

Wspomnienie
niezależny, polityczny
w gospodarce, polityce
w latach 1848-1926

EINES
DEUTSCHEN BÜRGERS ARBEIT
IN WIRTSCHAFT UND POLITIK

VON

MAX BAHR

DR. ING. E. H. LANDSBERG / WARTHE

BERLIN 1926 / F. A. HERBIG G. M. B. H.



MUZEUM LUBUSKIE



Max Baehr



MUZEUM LUBUSKIE
Im. Jana Dekerta w Gorzowie Wlkp.

EINES
DEUTSCHEN BÜRGERS ARBEIT
IN WIRTSCHAFT UND POLITIK

LEBENS · ERINNERUNGEN
UND ·ERFAHRUNGEN
AUS DEN JAHREN
1848 BIS 1926

6

VON
MAX BAHR · DR. ING. E. H.
LANDSBERG / WARTHE

MUSEUM W GORZOWIE



nr inv. 1482 1737

BERLIN 1926 / F. A. HERBIG G. M. B. H.



MUZEUM LUBUSKIE
Im. Jana Dekerta w Gorzowie Wlkp.

INHALT:

	Seite:	Anlage:
Vorwort	4	
Vorfahren und Jugend	5	
Militärdienst und Krieg 1870/71	12	
London	14	
Meine Geschäftstätigkeit	15	
Amerika 1897	19	
Indien 1913	27	3
Die Jutefabrik in Landsberg a. W., Spar- kasse und Kinderheim	44	4 5
Deutschlands Spinnfasernot	50	6 7
Gemeindearbeit in der Vaterstadt	54	
Die Frauenfrage	58	8
Gemeinnütziger Bauverein	60	9
Volksbücherei und Lesehalle	62	
Volkswohlfahrthaus	64	
Der Dienstagsverein	68	
Wasserstraßen und Kanäle	73	10
Meine politische Tätigkeit	75	11 12 13
Revolution und politische Entwicklung	82	14
Der amerikanische Stimmzettel	88	
Der Geschäftsbetrieb des Reichstages	91	
Betriebsräte	94	
Wohnungswesen	96	15 16 17 18
Handelsbilanz, Ernährung, Aufwertung	97	19 20
Kapitalismus und Sozialismus	99	21 22 23 24
Wie wurde ich Kapitalist? und	100	
Welchen Gebrauch machte ich vom Kapital?	105	
Weltfrieden und Weltwirtschaft	109	25
Schlußbetrachtungen	112	



ANLAGEN-VERZEICHNIS

Anlage	Seite
1: Die Schulpolitik der Vereinigten Staaten, Schulgeldfreiheit für alle Schulen, 1925	129
2: Schulgeld — Sondersteuer der Plutokratie, 1925?	136
3: Indienreise — Zeiteinteilung	138
4: Sparkasse der Firma Max Bahr, 1906	139
5: Kinderheim der Firma Max Bahr, 1907	143
6: Textil-Industrie, Valuta, Handelsbilanz, 1919	152
7a, b: Hanfbau, 1922	158
8: Deutschlands Wiederaufbau und die Frau, 1923	161
9: Gemeinnütziger Bauverein, 25 Jahre, 1914	174
10: Für den Ostkanal, 1908, 1911, 1912	183
11: Die preußische Wahlrechtsreform, 1917	238
12: Monarchie oder Republik, 1924	247
13: Schafft kleine Wahlkreise, 1923	252
14: Walter Rathenaus Tod, 1922	254
15: Aufgaben des Staates und der Gemeinde in der Frage der Volksvermehrung, 1918	261
16: Zur Lösung der Wohnungsfrage, 1921	274
17: Bekämpfung der Wohnungsnot, 1923	281
18: Zwei Grundfehler der deutschen Wohnungspolitik, 1926	288
19: Gibt es noch Rettung für das verarmte Deutschland? 1922	293
20: Gute und billige Ernährung, 1924	297
21: Entwertung der Mark, 1924	336
22: Demokratie und Wirtschaft, 1921	336
23: Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten, 1920	343
24: Produktionssteigerung bei verkürzter Arbeitszeit? 1923	356
25: Forderungen der Weltwirtschaft, 1923	361



VORWORT

Während meiner Teilnahme am öffentlichen Leben habe ich es immer als einen bedauerlichen Mangel und als einen Fehler unserer in der Wirtschaft stehenden bürgerlichen Kreise empfunden, daß sie von der Mitarbeit in den Parlamenten sich zu sehr zurückhielten und damit den Einfluß der alten bevorrechtigten Klassen und der gut organisierten Landwirtschaft über das berechnete Maß hinaus wachsen ließen. Auch den Mängeln der Bürokratie wurde infolgedessen nicht mit dem nötigen Nachdruck entgegengetreten. Zur vollen Klarheit über die Bedeutung dieses Fehlers bin ich aber erst nach dem Zusammenbruch von 1918 gekommen, der mich veranlaßte, meinerseits durch Bewerbung um einen Sitz in der National-Versammlung diesen Fehler noch etwas gut zu machen. In der parlamentarischen Tätigkeit ist mir dann die in solcher Versäumnis liegende Mitschuld des Bürgertums am Elend des Vaterlandes in voller erschreckender Klarheit zum Bewußtsein gekommen.

Ich glaube aber auch, vielleicht in weiteren bürgerlichen Kreisen anregend wirken zu können, wenn ich meine eigene wirtschaftliche und politische Tätigkeit der Öffentlichkeit vorlege. Aus diesem Grunde habe ich mich entschlossen, meine zunächst für meine Nachkommen bestimmten Lebenserinnerungen in Druck zu geben, und hoffe, daß der Leser die denselben gewidmete Zeit nicht als eine verlorene ansehen werde.

Die furchtbare Not, welche auf das Kriegsende folgte und das Wirtschaftsleben Deutschlands völlig zu vernichten drohte, gab mir Veranlassung, zu einer Reihe wichtiger Fragen in Zeitschriften und Zeitungen mich zu äußern, und ich füge einige Artikel, welche vielleicht auch für später noch einige Bedeutung haben werden, als Anlagen dem Buche bei. Soweit darin Geldzahlen genannt werden, muß beachtet werden, welchen Goldwert unsere Papiermark zur Zeit der Niederschrift hatte. Ich habe deshalb auch eine Tafel der Geldentwertung als Anlage hinzugefügt. Auch für den sächlichen Inhalt ist die angegebene Zeit der Niederschrift von Bedeutung, da die Gestaltung der äußeren wie inneren Politik die Ausführungen immerhin etwas beeinflusste.

Möge das Buch dem Wohlwollen des Lesers empfohlen sein.

Landsberg a. Wl., März 1926.

Max Bahm



Vorfahren und Jugend

Meine Vorfahren waren, soweit Aufzeichnungen meines Vaters und Familienerinnerungen erkennen lassen, einfache, tüchtige Bürgerleute, die in altpreußisch-schlichter Weise ihr Leben führten, ihre Nachkommen zu Arbeit und Sparsamkeit erzogen und eine geachtete Stellung unter ihren Mitbürgern einnahmen. Der Großvater, Christian Jeremias Bahr, Tuchmacher, Braueigner und Ratsherr in Landsberg a. W., war am 20. März 1766 in Neudamm geboren, in Landsberg a. W. am 10. April 1848 gestorben. Seine Frau zweiter Ehe, Juliane, geb. Jäschke, die Mutter meines Vaters, geboren in Königswalde, einem kleinen benachbarten Marktflecken, am 11. April 1789 (gestorben in Landsberg a. W. am 16. September 1878), heiratete 1809, 20 Jahre alt, den 23 Jahre älteren Mann, dem sie noch 8 Kinder gebar, und den sie 30 Jahre überlebte. Sie war bis in ihr hohes Alter eine sehr tatkräftige, kluge Frau, die all ihren Kindern eine gesicherte Zukunft schuf und auch für die Enkel — insbesondere die Kinder der zum Teil früh Verstorbenen — mit treuer Hingebung sorgte. Ihr Vater, Johann Christian Jäschke, Tuchmacher in Königswalde, erreichte das hohe Alter von 85 Jahren und hat anscheinend auch seinen Töchtern die Langlebigkeit vererbt. Die Großmutter wurde 89, die in unserem Hause lebende Schwester 83 $\frac{3}{4}$ Jahre alt. Beide waren kerngesund und bis in ihr hohes Alter tätig wie geistig frisch.

Die Tuchmacherei wurde im Hause des Großvaters noch 1850 betrieben. Ein Sohn erster Ehe — „der Onkel Meister“ — arbeitete am Webstuhl. Mein Vater hatte das Tuchmacherhandwerk gleichfalls erlernt, war einige Jahre gewandert und mit einer Reihe tüchtiger Tuchmacher aus Neudamm, Schwiebus, Guben, der Lausitz bekannt geworden, die ich später auf der Messe in Frankfurt a. O. als teilweise führende Männer der Tuchindustrie selbst kennen lernte.

Die Großmutter erzählte wohl gelegentlich kleine Geschichten aus der Franzosenzeit — wie sie einmal ein kleines Häuschen der Wollstraße um ein Paar neuer Stiefel vom Besitzer eintauschte,



der die schweren französischen Einquartierungslasten beim Zug nach Rußland, dessen Hauptstraße durch Landsberg führte, nicht mehr tragen konnte. Wir Enkel saßen gern zu den Füßen der erfahrenen, herzenguten Frau, die für ihre Enkelschar ein Gegenstand der Liebe und Verehrung blieb. Von den eigenen Kindern und Schwiegerkindern wurde sie nach alter Sitte mit „Sie“ angeredet, während bei den Enkeln das „Du“ galt. Mit berechtigtem Stolz erzählte sie wohl, wie sie in Landsberg für den zweiten Sohn, Gottlieb, eine schöne Gastwirtschaft (Richtstraße 66) mit hübschem Landbesitz, für unsern Vater, Alexander, das gute alte Tuchgeschäft (Richtstraße 12), für einen Schwiegersohn, Zastrow (der zwei Töchter geheiratet hatte), eine hübsche Landwirtschaft im Nordosten (an der Stolzenberger Chaussee), für einen andern, Krebs, eine solche im Nordwesten (an der Soldiner Straße) beschafft hatte, während sie selbst das alte Stammhaus (Wollstraße 61) weiter führte, das erst später dann an einen Bayern (Güthler) verkauft wurde, der dort eine moderne Brauerei einrichtete. Als mein Vater in der Provinz Posen ein kleines Gut (Gr. Chzypsko) erworben hatte, überwachte sie dort, wohl 6 bis 8 Jahre, die Bewirtschaftung, und als die letzte Tochter starb, führte sie dem verwitweten Schwiegersohn, Krebs, mehr als 80 Jahre alt, eine Reihe von Jahren die Wirtschaft, überstand dabei noch eine schwere Lungenentzündung und beendete dann 1878 ihr langes, arbeitsreiches Leben als verehrtes Familienhaupt in unserem Hause.

Die Familie meiner Mutter, Rosalie, geb. Ritter, muß wohl zu den städtischen Patriziern gehört haben. Wenigstens bewahrte die Großmutter ein kleines Bild, welches ein Wappen der Familie Ritter zeigte. Der Großvater besaß ein schönes, an der Warthe belegenes Grundstück, auf welchem ein Sohn (Heinrich) später eine stattliche Brauerei errichtete. Der Großvater, den wir Enkel nicht mehr kennen lernten, hatte die Freiheitskriege mitgemacht. Er wurde uns immer als ein strenger Vater geschildert, der keine Nachlässigkeit duldete und seine Kinder zu tüchtigen, ehrliebenden Menschen erzog. Auch die Großmutter Ritter war uns Enkeln eine strenge Frau, der wir immer mit etwas Scheu nahten. Die Ritter'sche Strenge war auch auf unsere Mutter übergegangen, die sie freilich bei ihren 7 Rangen (6 Jungen, 1 Mädchen) auch brauchte. War der Vater auch heftiger, setzte er den immer bereit hängenden Kantschu (wohl ein Nachlaß aus der Kosakenzeit) schnell in Tätigkeit, um manchmal den bewußten Körperteil recht schmerzlich zu strafen, so ließ er sich doch bisweilen erweichen. Die Mutter aber, die wohl gelegentlich die Kinder vor zu großer Heftigkeit des Vaters zu schützen



suchte, kannte kein Erbarmen, wenn ein ernstes Verschulden vorlag und ruhte nicht, bis die verdiente Strafe vollstreckt war.

Mein Vater hatte nach Beendigung der Wanderjahre das Tuchweben mit dem Tuchhandel vertauscht. Geboren am 22. November 1818, hatte er am 1. Oktober 1845 das alte Tuchgeschäft, welches inzwischen ein kinderloser Onkel, Teschner, geführt hatte, übernommen, am 23. April 1846 die Mutter geheiratet, die ihm am 9. April 1847 den ältesten Sohn Georg, am 25. Oktober 1848 den zweiten Max, am 10. März 1851 den dritten Paul, am 31. Oktober 1852 die Tochter Anna, am 5. August 1854 den vierten Sohn Robert, am 29. Oktober 1856 den fünften Carl und am 22. Mai 1861 den sechsten Sohn Otto gebar. Unsere Ernährung war einfach. Statt Kaffee gab es morgens eine kräftige Suppe aus Milch und Mehl. Zur Schule nahmen wir einen trockenen, ungestrichenen Salzkuchen aus Roggenmehl mit. Mittag- und Abendessen waren einfach, aber kräftig und reichlich. An den drei Wochenmarkttagen (Dienstag, Donnerstag, Sonnabend), an denen Vater wie Mutter im Geschäft stark in Anspruch genommen waren, gab es häufig zum Mittag nur eine kräftige Suppe und dann am Abend eine etwas reichlichere Mahlzeit — einmal wöchentlich in der Regel den allgemein beliebten Bierfisch — meist großen Bleien, seltener Karpfen. In Kleidung und Wohnung wurden wir nicht verwöhnt. Wir schliefen meist in einem Zimmer — teilweise zwei in einem Bett; ein großer Schiebekasten, der am Tage unter ein Bett geschoben war, nahm wohl zwei kleinere Geschwister auf. Später wurden wir in zwei Zimmer verteilt, nachdem 1864 der Vater ein derzeit stattliches neues Haus gebaut hatte. Der älteste Bruder ging 1863 in die Lehre als Landwirt, ich 1864 als Lehrling in ein Manufakturwarengeschäft nach Potsdam, so daß es in der Wohnung etwas mehr Raum gab.

Unsere Kleidung war bis zu 12—13 Jahren bei kurzen Hosen ein kurzärmeliger Kittel, den wir Sommer wie Winter trugen. Überzieher gab es nicht. Wir Jungen hätten uns auch solcher Verweichlichung geschämt. Ich habe Tränen der Wut vergossen, als ich beim Eintritt in die Lehre mit einem Überzieher auf die Reise gehen mußte, den ich mein ganzes Leben hindurch niemals besonders lieben gelernt habe.

Landsberg war damals eine kleine Mittelstadt (1849 12 079, 1860 14 726, 1871 18 028 Seelen). Auf den, außerhalb der Wochenmarkttag, meist stillen Straßen konnten wir Sommer wie Winter nach Herzenslust als Straßenjungen uns austoben, Schneeballschlachten schlagen, Versteck spielen und sonstigen Unfug treiben. Wir haben eine glückliche Jugend gehabt, ernste



Krankheiten nie kennen gelernt. Der Vater hatte in der Provinz Posen, zwischen Zirke und Wronke belegen, etwa 10 Meilen (75 km) von Landsberg entfernt, ein Gut, Gr. Chrzypsko, von 400 Morgen Land, 1000 Morgen See gekauft, auf welchem wir herrliche Ferienwochen verlebt. Ursprünglich war es für einen Vetter Schröer bestimmt, der in Amerika den Sezessionskrieg mitgemacht hatte und nun in Deutschland eine bürgerliche Existenz finden sollte, wobei für einen Offizier ja nur der Gutsbesitz in Frage kommen konnte. Leider fehlten dem Offizier wie seiner Frau die wirtschaftlichen Fähigkeiten — er ging nach Amerika zurück, und unser Vater konnte das Gut selbst weiter bewirtschaften. Der Vetter war ein Opfer der nach 1815 einsetzenden Reaktion. Sein Vater, im Kriege als Bürgerlicher aus dem Unteroffizierstande zum Offizier aufgestiegen, hatte zwei Söhne zur Kadettenanstalt geschickt, um sie Offizier werden zu sehen. Sie wurden nachher als Bürgerliche abgelehnt und gingen wegen des väterlichen Grolls ins Ausland — der Ältere in die französische Fremdenlegion, der Jüngere in englische Dienste. Vor Sebastopol sahen sie sich als Offiziere wieder. Der Ältere endete als französischer Oberst und Kommandant von Schlettstadt — ihn sah ich im September 1870 nach dem Fall von Metz dort als französischen Pensionär. Der Jüngere lebte schließlich von seiner amerikanischen Pension in Holstein.

Für unseren Vater war die Gutswirtschaft keine Gewinnquelle. Die Verwalter brauchten immer mehr, als die Wirtschaft einbrachte. Schließlich übernahm ein kinderloser Bruder der Mutter das Gut in Pacht, und bei diesem Onkel Karl und der Tante Auguste haben wir dann herrliche Zeiten verlebt. Wir Jungen konnten natürlich alle schwimmen und zogen manchmal tagelang die Badehose gar nicht aus. Namentlich der Krebsfang nach allen Methoden war unser Hauptvergnügen — vormittags wurde bei sonnigem Wetter im flachen Uferwasser mit dem Fang der großen auf Raub ausgehenden Krebse begonnen; sie mußten mit der Hand geschickt von hinten gepackt werden — und am Abend wurde bei Kienfackeln im großen Trupp ein Fang ausgeführt, der bisweilen 6 bis 8 Schock guter Krebse brachte; kleine wurden natürlich nicht genommen. Wenn auch für Vaters Geldbeutel der Gutsbesitz kein Vorteil war, seinen Kindern war er eine Quelle reichen Jugendglücks, und wenn seine Kinder — alle sieben glücklich verheiratet — ausnahmslos gesunde, kräftige Menschen geworden und von gleichen Kindern gefolgt sind, so hat diese glückliche Jugend dabei sicher wesentlich mitgewirkt. 1918 zählte die Nachkommenschaft meines Vaters: 7 Kinder, 27 Enkel, 51 Urenkel, = 85 Köpfe, davon lebend: 6 + 25 + 46 = 77.



Todesursachen der Verstorbenen: 1 Unglücksfall, 1 Diphtherie, 1 Lebensunfähigkeit, 4 Fehlgeburten, 1 Ansteckung bei der Geburt.

Die ganze Nachkommenschaft wirkte und heiratete in mittleren, gutbürgerlichen Verhältnissen, und hatte nicht ein verlorenes, zugrunde gegangenes Glied zu beklagen. Fast alle erfreuten sich bis 1914 mäßigen und etwas höheren Wohlstandes, aufgebaut auf der anerzogenen Arbeitsamkeit und Sparsamkeit.

Ich selbst lebte im Haufen der Geschwister und Nachbarkinder, ohne mich im Guten oder Schlimmen besonders auszuzeichnen. Auf der Schule kam ich bei guter Begabung — namentlich für Rechnen und Mathematik — leidlich vorwärts. Zunächst ging ich $1\frac{1}{2}$ bis 2 Jahre zur Volksschule; dann kamen wir $2\frac{1}{2}$ Jahr lang in die Privatschule des Kandidaten Golcher, welcher uns für das geplante, die bisherige höhere Bürgerschule ersetzende Gymnasium vorbereiten sollte. Sein Unterricht war zweifellos ein guter. Ein größerer Teil der Schüler kam am 1. Oktober 1858 in die dritte Klasse der höheren Bürgerschule, erhielt dort schon lateinischen Unterricht, und am 1. Oktober 1859 trat ich, noch nicht volle 11 Jahre alt, in die Tertia des Gymnasiums ein. Wir saßen dann freilich $2\frac{1}{2}$ Jahre in der Tertia — wir früheren Privatschüler waren meist ziemlich jung — ich selbst in jenen Jahren bei aller Kraft und Frische der Kleinste und Jüngste — und dies hat wohl mit dazu beigetragen, daß man mich auch in der Sekunda $\frac{1}{2}$ Jahr länger sitzen ließ als meine bisherigen Schulgenossen, was mich natürlich sittlich aufs tiefste entrüstete. In Rechnen und Mathematik war ich den andern meist überlegen; in den andern Gegenständen glaubte ich nicht merklich schwächer zu sein.

Wir haben natürlich es an den üblichen Schülerstreichen nicht fehlen lassen, haben gerade die gutherzigen Lehrer weidlich geärgert, während wir vor den strengen und energischen uns duckten. Am 1. Oktober 1864 verließ ich — nach Prima versetzt — die Schule, um in Potsdam in ein gutes altes Manufakturwarengeschäft in die Lehre zu treten. Daß ich besonders gern Kaufmann wurde, kann ich nicht behaupten. Mein Wunsch wäre wohl nach Fortsetzung der Schule und späterem Studium gerichtet gewesen. Zu Hause war aber meine Vorbereitung für spätere Geschäftsübernahme immer als so selbstverständlich behandelt worden, daß der Gedanke an ernsteren Widerstand gar nicht entstehen konnte, und ich mich mit dem Eintritt in die Kaufmannschaft abfand. Wir hatten auf der Schule im Turnen, Spielen, Wandern, Schmetterlingfangen unter einem alibi'liebten Oberlehrer Stange, der auch unser Turnlehrer war, uns in



unsern schönen Wäldern viel getummelt, eifrig geturnt und waren fast ausnahmslos kräftige, frische, gesunde Jungen geworden. Mit dem engeren Freundeskreis bin ich mein Leben hindurch in Freundschaft verbunden geblieben. Die Freunde sind meist tüchtige, geachtete Menschen geworden, wenn auch nur wenige ein hohes Alter erreichten. Zur Zeit (1925) lebt neben mir von allen Freunden nur noch einer, Hugo Friedrich, der Schwiegervater meines Sohnes, der, wie ich, sein ganzes Leben hindurch seiner Heimatstadt Landsberg als Arzt — später Kreisarzt — treu geblieben ist.

Meine dreijährige Lehrzeit in Potsdam bot nichts besonders Bemerkenswertes. Daß Lehrjahre keine Herrenjahre waren, verstand sich damals, noch mehr als heute, von selbst. Feste Arbeitsstunden gab es nicht. Der Laden wurde im Winter um 8, im Sommer um 7 Uhr geöffnet und Sonntag wie Wochentag abends 8 Uhr geschlossen; lag weitere Arbeit vor, dann wurde eben länger gearbeitet. Wir Lehrlinge machten manche Hausknechtarbeit mit, obwohl ein Hausknecht vorhanden war. Die Potsdamer Damenwelt, teilweise dem Hofe und höherer Beamtenschaft zugehörig, war recht anspruchsvoll. Konnte die gnädige Frau im Laden sich nicht entscheiden, dann wanderte ein Lehrling mit einem häufig recht schweren Packen von Kleiderstoffen, Kattunen, Wollstoffen, Seiden — in die Privatwohnung — manchmal 15 bis 20 Minuten weit — und kam beglückt zurück, wenn er vielleicht für 10 bis 15 Mark (3 bis 5 Taler) ein Kleid verkaufte. Die Vierteljahrsrechnungen — 300 bis 400 — trugen die Lehrlinge aus, im Winter im Schnee durch die Wege von Sanssouci, Pfingstberg, Neuen Garten. Wir haben wohl manchmal geflucht über das, was uns zugemutet wurde — geschadet hat es uns aber nicht! Im Gegenteil, die Gewöhnung an harte Arbeit hat uns später im Lebenskampf gut vorwärts gebracht.

Aufnahme fand ich im ersten Jahre in Haus und Familie eines den Eltern befreundeten Brauereibesitzers Hoene, eines einflußreichen, führenden Mannes der Potsdamer Bürgerschaft. Im zweiten und dritten Lehrjahre war ich in Pension bei einem Rat der Oberrechnungskammer Schneider, in dessen Hause ich glückliche Tage verlebte. Die Familie bestand aus Mann und Frau, zwei älteren Töchtern — Lehrerinnen — einem öfters besuchsweise erscheinenden Sohn — Militärarzt — einem bildhübschen Kerl, und einem jüngsten Sohn, in Berlin in der Lehre befindlich, der über einen prachtvollen Bariton verfügte. Die Mutter war noch eifriges Mitglied eines guten Gesangsvereins — wir erfreuten uns häufig schöner, musikalischer Abende. Ich



selbst spielte Klavier und benutzte den Flügel des Hoeneschen Hauses, in welchem öfters unter Mitwirkung von Berufsmusikern Duos, Trios und Klavierkonzerte mit Begleitung zur Ausführung kamen. Mein Klavierlehrer wußte meinen Eifer besonders anzuspornen, wir musizierten in seiner Wohnung auch zu Vieren auf zwei Klavieren und ich hatte Gelegenheit, mit guter Musik näher vertraut zu werden. Die Erinnerung an Potsdam und die lieben Menschen, welche mich dort aufgenommen und mir ihre Freundschaft bis zum Tode bewahrt haben, ist in meinem Innern stets lebendig geblieben. 20 Jahre später besuchten dann meine Töchter die höhere Mädchenschule in Potsdam — die jüngere legte dort das Lehrerinexamen ab.

Als ich nach beendeter Lehrzeit am 1. Oktober 1867 Potsdam verließ, arbeitete ich zunächst während des lebhaften Wintervierteljahres im väterlichen Geschäft zu Hause. Mit Jahresanfang trat ich in eine befreundete Tuch-Großhandlung Berlins (am Dönhoffplatz) ein — die Firma Lampson & Opdenhoff, zur Zeit anerkanntermaßen die erste Tuchfirma Berlins. Die Geschäftsführung war musterhaft. Der Seniorchef Eduard L. — unermüdlich tätig, wortkarg, ruhig, gemessen seine Befehle erteilend, wurde mit scheuer Ehrfurcht betrachtet. Sein vor der Heirat stehender Sohn Hermann und der jüngere Bruder des Seniors, Emil, arbeiteten mehr mit dem Personal bei Erledigung der laufenden Arbeiten. Alte erfahrene, hervorragend tüchtige Prokuristen waren für die Jüngeren Vorbilder. Für mich bot sich ein Blick in ein weitverzweigtes, vorbildlich organisiertes neues Arbeitsgebiet, in dem ich mein Wissen und Können wie meinen Gesichtskreis wertvoll erweitern konnte. Leider hatte ich mir im Sommer 1868 einen schweren Typhus zugezogen, der mich wohl 4 bis 5 Monate einschließlich einer längeren Erholungszeit in Landsberg vom Berliner Geschäft fernhielt. Nach meiner Rückkehr (Anfang 1869) wurde ich dann trotz meiner Jugend (20 Jahr) als Reisender hinausgeschickt nach der Neumark, Altmark, Pommern, Westpreußen und hatte Gelegenheit, die Freuden und Leiden des Reisens jener Zeit kennen zu lernen. Das Eisenbahnnetz war noch wenig entwickelt; vielfach mußte die Post benutzt werden. Durch die Tucheler Heide war ich nach Bütow den ganzen Tag unterwegs, hatte nur eine Mittagsstation an einem einsamen Postort der Heide. Ich hatte aber doch Gelegenheit, einen größeren Teil Deutschlands kennen zu lernen. Bei Dirschau sah ich die große Weichselbrücke, in Marienburg das Ordensschloß, bei Preuß.-Holland die sogenannte schiefe Ebene, auf der ein Schiff auf Eisenbahnrollwagen vom Oberlandkanal in die tiefer liegende Kanalfortsetzung für Elbing hin-



abgeführt wurde. All dies waren derzeit interessante Sehenswürdigkeiten, die man gelegentlich solcher Geschäftsreisen kennen lernte. Der Erfolg meiner Reisetätigkeit war erträglich, und meine Chefs waren nicht besonders erfreut, als ich für den 1. Oktober 1869 meinen Eintritt in den Militärdienst anmeldete.

Militärdienst und Krieg 1870/71

In den Dienst trat ich zusammen mit meinem älteren Bruder Georg als Einjähriger bei der 4. Schwadron des Ostpr. Dragoner-Regiments Nr. 10, welches, nach 1866 neu gebildet, nach der Mark verlegt war und mit der 1. und 4. Schwadron in Landsberg, der 2. und 3. in Friedeberg, der 5. in Woldenberg stand. Wir waren vier Einjährige bei der 4. Schwadron; die 1. hatte wohl nur zwei. Der Dienst war der übliche. Auf Anfrage, ob wir beabsichtigten, um den Reserveoffizier uns zu bewerben, hatte ich erklärt, daß ich als späterer Kleinhändler ja doch nicht als Offizier in Betracht käme, und auch mein Bruder verzichtete auf die Bewerbung. Wir wurden deswegen zu den bezüglichen Vorbereitungen nicht zugezogen und hielten uns vom Verkehr mit den Offizieren etwas zurück. Zu Gefreiten wurden wir zusammen mit den andern Einjährigen befördert. Mit den Unteroffizieren wurden die üblichen Trinkereien abgehalten, wobei ich, ein schwacher Trinker, die unglaubliche Leistung einzelner ostpreußischer Unteroffiziere zu bewundern hatte. Im Sommer war ich gerade beim Onkel auf dem Gut zu Besuch, als die Zeitungen die Nachricht von der Hohenzollernschen Kandidatur für den spanischen Thron brachten, was mich Besorgnis um mögliche Kriegsfolge äußern ließ. Wenige Wochen später waren wir mobil — am 7./8. August überschritten wir die französische Grenze, wechselten am 10. August mit französischen Vorposten die ersten Kugeln und standen am 14. als Artilleriedeckung in der Schlacht von Colombey, die uns einige Verwundete brachte. Zu besonderen Heldentaten hat es weder die Truppe noch der einzelne gebracht, wenn auch jeder seine Schuldigkeit getan hat. Während der Schlachttage vom 16. und 18. August waren wir weniger beteiligt — lagen dann aber während der Belagerung vor Metz und hatten auch gegen den Ausfall Bazaines am 31. August bei Noisseville mitzukämpfen. Mit Jubel empfangen wir am 2. September die Nachricht von der Kapitulation von Sedan und der Gefangennahme Napoleons.

Die Belagerung von Metz war wenig angenehm. Der viele Regen machte den lehmigen Boden zu einem widerlichen Brei.



Der Dienst war langweilig — kleine Zwischenspiele brachten etwas Abwechslung. Daß z. B. ein Leutnant einem Dragoner seiner Patrouille, die in allen angetroffenen Gasthäusern zuviel Alkohol aufgenommen hatte, für einen in der Trunkenheit geleisteten Widerstand einen Hieb über den Schädel gab, was dem Dragoner eine längere Festungsstrafe, ihm selbst, etwas unauffällig spät, eine sechswöchige Erholung an einem stillen Ort eintrug, hatte bei der Mannschaft eine gewisse Erbitterung erregt. Nun lagen wir auf einer Wiese am Fuße eines Abhangs, der durch einen kleinen Wall gegen die Wiese abgeschlossen war. Hinter dem Wall hatte sich, wohl ein Meter hoch, das Regenwasser angestaut. Die Offiziere schliefen auf dem Boden der Wiese auf Matratzen; in einer Nacht durchbrach das Wasser den Wall und fand den Weg zu den Offizieren, die, von den Matratzen aufspringend, im Wasser pantschten. Der Wallbruch ließ sich trotz aller Mühe nicht aufklären — manche Dragoner sollen aber verständnisvoll geschmunzelt haben.

Nach der Übernahme von Metz lagen wir noch einige Zeit davor, und wir Brüder konnten den französischen Obersten, Onkel Schröer, aufsuchen, der uns, wie er sagte, das erste Stück Fleisch vorsetzte, welches seit langer Zeit auf seinen Tisch gekommen war. Er betrachtete den Krieg als beendet und den Versuch der Fortsetzung als Wahnsinn. Gambetta aber dachte anders und hat noch drei Monate weiter gekämpft.

Unsere Schwadron ging von Metz zur Belagerung nach La Fère. Ich selbst wurde zur Heranschaffung von Liebesgaben zurückgeschickt, berührte dabei auch Laon, wo kurz zuvor das Fort gesprengt war, ohne uns glücklicherweise schwere Verluste zu bringen. Es gelang mir, etwas Liebesgaben — wollene Decken und anderes — zu erlangen, und die Schwadron wieder zu erreichen. Wir kämpften dann unter Manteuffel in der Normandie gegen Faidherbe, hatten bei St. Romain, Dieppe kleine Scharmützel, machten einen interessanten Parforceritt nach Versailles (77 km in 6 Stunden) mit wichtigen Meldungen für das Große Hauptquartier und erhielten in der Nähe von Rouen die Nachricht des Waffenstillstandes und voraussichtlichen Kriegsendes.

Ich hatte in den letzten Monaten mit meiner mäßigen Kenntnis des Französischen wiederholt dem Rittmeister als Dolmetscher gedient, hatte ihm auch bei der Einziehung einer Kriegskontribution schätzbare Dienste geleistet, und so gelang es mir, eine Beurlaubung in die Heimat zu erwirken, wo die Eltern am 23. April 1871 die silberne Hochzeit feiern wollten. Mein Bruder hatte infolge eines kleinen Unfalls, der einen



Knöchel verletzte, schon einige Monate zu Hause sein können. Ich selbst war ganz unverletzt geblieben — meine Eltern konnten also ohne Trauer das schöne Fest begehen. Wir mußten dann ja nochmals nach Frankreich zurück, wurden aber Juni/Juli endgültig entlassen.

London 1872

Ich hatte im Französischen mich einigermaßen befestigt — Englisch hatte ich vor dem Kriege regelmäßig getrieben und nahm es nach demselben mit doppeltem Eifer wieder auf. Anschluß fand ich an einen kleinen Kreis, der wöchentlich einmal zusammenkam, um abwechselnd französisch oder englisch sich zu unterhalten. Meine Absicht war, für einige Zeit nach England zu gehen, um das englische Geschäftsleben kennen zu lernen. Diesen Gedanken brachte ich dann im Frühjahr 1872 zur Ausführung. Meine Reise ging von Hamburg nach London, wo ich, unterstützt durch deutsche Freunde, bei einer äußerst lebenswürdigen englischen Dame in Islington Aufnahme fand. Die Dame, aus einer Pfarrerrfamilie stammend, Gattin eines Schweiz-Italieners, eines früheren Bankdirektors, der seit längerer Zeit im Hospital lag, gehörte einer höheren Bildungsschicht an als die meisten „boarding-house“-Vermieterinnen. Ich habe dort 6 Monate in der angenehmsten Weise verlebt, und bin mit der Dame bis zu ihrem Tode in herzlicher Freundschaft verbunden geblieben. 25 Jahre später, als ich 1897 nach Amerika ging, habe ich sie wieder getroffen in unveränderter Frische und Lebenswürdigkeit. Inzwischen hatten zwei junge Landsberger auf meine Empfehlung hin gleichfalls bei ihr Aufnahme gefunden, die ebenfalls in dauerndem Verkehr mit ihr blieben.

Geschäftlich konnte ich mich nach vier- bis sechswöchigem Bemühen und vorübergehender Arbeit bei einem Getreidehändler in einem Agenturgeschäft eines, mit einem englischen Geldgeber verbundenen, gewandten und tüchtigen Franzosen betätigen. Die Arbeit führte mich zu einer großen Zahl von Firmen der verschiedensten Geschäftszweige. Ich war außerdem sofort dem deutschen Turnverein beigetreten, wo ich gleichfalls schätzbare Bekanntschaften mit Deutschen wie Engländern machte und freundliche Unterstützung fand. Dabei hatte ich Gelegenheit, die englische Zähigkeit kennen und schätzen zu lernen. Die besten Turner waren zweifellos die Deutschen; was aber einzelne Engländer an zäher Muskelkraft zu leisten vermochten infolge



unausgesetzter Übung, war einfach unfaßbar. Ich habe ähnliches in meinem Leben nur bei erstklassigen Berufsathleten wieder gesehen. Ich selbst verfügte in jenen Jahren über eine recht achtbare Muskelkraft und einen turnerisch gut durchgebildeten Körper — aber mit jenen Engländern konnte ich mich absolut nicht messen.

Der Aufenthalt in England und die Beobachtung des englischen Geschäftslebens hat mir damals vor 52 Jahren gute Dienste geleistet und manche Anregung gegeben. Der Grundsatz „Zeit ist Geld“, das Vermeiden unnützer Unterhaltung, die klare, sachliche Sprache bei geschäftlichen Verhandlungen, die schnell zum Ziel und zum Schluß führten, haben mir einen tiefen Eindruck hinterlassen. In den folgenden Jahrzehnten ist aber Deutschland schneller fortgeschritten als England und hat dieses auf vielen Gebieten überholt. An allgemeiner Bildung, Kenntnis fremder Sprachen, technischem Wissen, stand der Engländer auch damals schon zurück und war deshalb dem überlegenen Deutschen instinktiv abgeneigt. Die wichtigen Plätze waren in vielen Bureaus durch Deutsche oder andere Ausländer besetzt, wie überhaupt im englischen Wirtschaftsleben der Ausländer eine bedeutsame Rolle spielte. Der Engländer wollte seine freie Zeit nicht seiner Weiterbildung opfern. Sport und Spiel nahmen sein ganzes Interesse in Anspruch. Von fremden Sprachen lernte er allenfalls etwas Französisch; dann aber war Schluß. So war es kein Wunder, daß nach und nach die Ausländer die Engländer aus den besseren Stellungen verdrängten.

Meine Geschäftstätigkeit

Mir selbst gab schließlich die Arbeit dort nicht mehr rechte Befriedigung, und so entschloß ich mich, meinen Aufenthalt zu beenden und zum Herbst 1872 nach Hause zurückzukehren. Meinem Vater war dies durchaus erwünscht. Er sehnte sich nach Entlastung, namentlich von der ihm lästigen Schreibarbeit. Ich machte mich sofort daran, mir über alle wichtigen Punkte der Geschäftsführung durch sorgsame Aufzeichnung einen klaren Überblick zu verschaffen und in der Verwendung der eingehenden Gelder, in der Abrechnung mit den Lieferanten, in der planmäßigen Beschaffung der Waren zweckmäßigere Wege zu gehen. Nach wenigen Jahren zeigten sich die günstigen Wirkungen der Methode. Auch ging ich dazu über, neue Warengattungen mit in den Vertrieb aufzunehmen. Bisher hatten wir uns auf Männerkleidungsstoffe und was diesen nahestand, beschränkt; nunmehr



wendeten wir uns in größerem Umfange auch der Frauenkleidung — und Wäschestoffen zu. Meine Mutter begrüßte dies mit großer Freude — der Vater ließ mich gewähren. Unsere Arbeitszeit war auch hier für Sonntag wie Wochentag die gleiche — morgens 8 (im Sommer 7) wurde der Laden geöffnet; abends 8 Uhr oder später wurde er geschlossen. Lag besondere Arbeit vor, wie etwa nach einem besonders lebhaften Wochenmarkt oder Jahrmarkttag, dann wurde eben länger gearbeitet — bis 10 Uhr, auch 11 Uhr abends. Pausen gab es nicht! Der Morgenkaffee war vorher genommen, das Frühstück wurde in einigen Minuten verzehrt — zum Mittagessen löste sich das im Hause wohnende Personal ab — ebenso war es am Abend. Am Sonntag nachmittag war häufig ein sehr lebhafter Verkehr, da die Landleute sehr gern den Sonntag benutzten, um in der Stadt ihre Einkäufe zu machen. Trotzdem blieb auch zum Vergnügen Zeit. Ich glaube nicht, daß wir weniger unser Leben genossen haben als die heutige Jugend, wenn wir auch nicht so viel auf der Straße waren wie diese. Hatten gute Freunde mal eine Waldpartie gemacht, dann machte man sich 5 Uhr nachmittags frei, marschierte — in der Stunde eine Meile, 7,5 km — hinaus und war zum gemeinsamen Abendessen und Tanz zur Stelle. Körperliche Anstrengungen wurden wenig beachtet — wir waren alle flotte Turner und machten uns nichts aus einer Meile Weges oder auch mehr. Unter den Bekannten war eine ganze Anzahl frischer junger Männer wie Mädels, und wir haben in harmloser Lustigkeit unser Leben genossen, wie es auch heute nicht besser und reiner genossen werden kann. Freilich wurde mit jedem Groschen mehr gerechnet als heute. Zigaretten gab es damals noch nicht — ein Rauchen der Damen kam selbstverständlich nicht in Frage — auch das Zigarrenrauchen wurde mäßig geübt — kurzum, das Vergnügen verursachte auch nur mäßige Kosten und war deswegen nicht weniger froh! Ich selbst habe meine Rauchstudien vielleicht mit 11 oder 12 Jahren beendet und mir später gesagt, daß man doch eigentlich nichts entbehre, wenn man sich das Rauchen nicht erst angewöhnt habe, daß es also im Grunde genommen wenig vernünftig sei, zu rauchen. Diesem Grundsatz bin ich dann mein Leben hindurch treu geblieben und habe mich dabei sehr wohl befunden — im Stillen mich recht oft gewundert, daß Leute, die man für verständig hielt, so wenig Willenskraft aufzubringen vermochten, eine Gewohnheit aufzugeben, welche der Arzt als direkt schädlich bezeichnete. Daß Damen sich beeifern konnten, derartige männliche Untugenden mit- und nachzumachen, ist mir stets unverständlich geblieben.



Verhältnismäßig früh habe ich mich dann mit meiner Kusine Adelheid, der Tochter des verstorbenen älteren Bruders meines Vaters, verlobt. Als ich meine Absicht meinem Vater entdeckte und den Wunsch aussprach, sofort hinzugehen und die Sache in Ordnung zu bringen, meinte der Vater, solche Eile hätte es am Ende nicht, ich könnte ruhig noch mit ihm am Abend zu einigen Freunden mitkommen. Ich war natürlich anderer Meinung, konnte zwar nicht gut widersprechen, rächte mich aber, als man mich auch noch zum Skatspielen preßte, indem ich den Alten glänzend ihr Geld abnahm, was natürlich helle Empörung auslöste, als man am nächsten Tage erfuhr, mit welchen Gedanken ich beim Skat gesessen hatte. Am 7. Oktober 1873 machten wir Hochzeit, und da wir das seltene Glück gehabt haben, im vergangenen Jahre die goldene Hochzeit zu feiern, so darf ich wohl sagen, daß wir uns damit ein seltenes Lebensglück geschaffen haben. Meine Frau schenkte mir 1874 eine Tochter, 1875 einen Sohn, dann 1877, 1880, 1886 drei weitere Töchter, die uns alle gesund geblieben sind. Vorwegnehmend will ich vermerken, daß der Sohn und drei Töchter sich früh verheiratet und uns mit 16 noch lebenden Enkeln erfreut haben. Der Sohn führt das von mir gegründete Unternehmen fort, die unverheiratete Tochter hat seit zwei Jahrzehnten die wichtigsten Buchführungsarbeiten geleitet und sich außerdem den sozialen Einrichtungen des Betriebes gewidmet.

Im Geschäft war es erfreulich weiter gegangen. Der Vater war ja anfangs etwas überrascht, als ich nach der Verheiratung den Wunsch aussprach, bezüglich meines Einkommens und meines Geschäftsanteils etwas Bestimmtes zu wissen, stimmte aber meinem Vorschlage zu, daß nach Verzinsung seines Kapitals mit 5%, der verbleibende Gewinn ihm mit drei, mir mit einem Viertel zufallen sollte. Da ich den Umsatz inzwischen erheblich gesteigert hatte, war sein Gewinnanteil tatsächlich höher, als früher sein ganzer Gewinn gewesen war. Ich legte aber Wert darauf, da mir ja die spätere Übernahme des guten Geschäfts winkte, daß meine Geschwister mir nicht den Vorwurf machen sollten, ich hätte mich zu ihren Ungunsten in unbilliger Weise bereichert.

Gelegentlich einer von England eingeforderten Probesendung waren auch Jutesäcke angeboten, welche gegenüber den deutschen Leinensäcken so unverhältnismäßig billig erschienen, daß ich dem Vater vorschlug, auch davon Probesendungen kommen zu lassen. Er hatte keine Lust, war aber einverstanden, daß ich für meine eigene, alleinige Rechnung Jutesäcke mitkommen ließ, womit dann der Anfang gemacht wurde zu dem Jutegeschäft,



welchem ich später mich ausschließlich gewidmet habe. Das alte Tuch-, Manufaktur- und Leinengeschäft war ständig gewachsen und nahm meine Kraft eigentlich vollständig in Anspruch. Das mir allein gehörende Sackgeschäft trieb ich aber mit doppeltem Eifer und nahm die Nächte für die Reise zur Hilfe, um für die Säcke Absatz zu schaffen. Der Erfolg war zunächst gering, sowohl was den Absatz, wie den Gewinn betrifft. Ich ließ aber nicht nach, so schwer es mir auch oft genug wurde, wenn mich irgendein kleiner Getreidehändler in der Küche oder auf dem Hausflur abfertigte oder eine Kleinigkeit bestellte. Schließlich kam dann doch der Lohn für meine zähe Ausdauer — nach einigen Jahren wuchsen Umsatz und Gewinn, und nach etwa 15 Jahren war ich unbestritten der größte Sackhändler Deutschlands. Meine vierzehntägig an die Großverbraucher von Säcken und Jutegeweben hinausgehenden Marktberichte fanden in ganz Deutschland Beachtung.

Mein Vater hatte sich 1879 vom Geschäft zurückgezogen und dasselbe mir und meinem jüngeren Bruder Robert übergeben. Für die bisherige geringe Gewinnbeteiligung wurde ich nun dadurch entschädigt, daß für die ersten fünf Jahre ich 2, der Bruder nur 1 Drittel des Gewinns erhielt. Nach Ablauf dieser fünf Jahre hatte ich mich aber überzeugt, daß in der bisherigen Weise nicht weiter gearbeitet werden konnte — ich hatte meine Nerven denn doch zu stark mißhandelt, und sie versagten den Dienst. Schreibkrampf der rechten Hand, der nicht wieder beseitigt wurde, zwang mich, zum Links-Schreiben überzugehen. Ich mußte die doppelte Tätigkeit aufgeben, verzichtete auf das an sich einträglichere alte Geschäft und beschränkte mich ausschließlich auf das Sackgeschäft, welches leider gerade in den nächsten Jahren eine schwere, verlustbringende Krise durchzumachen hatte. Es half aber nichts — es mußte durchgehalten werden, so sauer es auch werden mochte. Ich ging mit doppelter Energie an die Arbeit, richtete in Magdeburg und Danzig Zweiggeschäfte ein, von denen Danzig nach einigen Jahren wieder aufgegeben wurde, während Magdeburg unter besonders tüchtiger Leitung sich glänzend entwickelte und nach und nach der Hauptabsatzplatz des ganzen Unternehmens wurde. Die Benützung des billigen Wasserweges ermöglichte mir die Lieferung nach Magdeburg, obwohl die Stoffe häufig erst von Magdeburg nach Landsberg schwimmen und dann nach Magdeburg zurückkehren mußten. Sehr bald wurde dann freilich in Magdeburg selbst eine Sacknäherei eingerichtet, zunächst in kleineren gemieteten Räumen, nach einigen Jahren in einer stattlichen, neuerbauten Fabrik.



1895 hatte meine älteste Tochter sich verlobt mit dem Sohne eines alten Freundes, der aus Amerika zurückgekehrt war, nachdem er dort einige Jahre gearbeitet hatte. Der Schwiegersohn trat zunächst in Landsberg ins Geschäft und wurde dann nach einigen Jahren nach Hamburg geschickt, um auch dort eine Sackfabrik einzurichten, die er später für eigene Rechnung übernahm, nachdem wir auch dort eine neue Fabrik erbaut hatten, die freilich später noch wieder durch eine am Wasser gelegene größere Fabrik ersetzt wurde.

In diese Zeit fällt eine größere Reise in die Vereinigten Staaten von Nordamerika, und ich glaube, den Bericht über diese Reise hier einschieben und alsdann auch eine spätere Reise nach Indien anschließen zu sollen. Beide Reisen haben mir wertvolle Beobachtungen ermöglicht, die auch für meine wirtschaftliche wie sonstige Betätigung mitbestimmend wurden.

Amerika

Die Vereinigten Staaten kennen zu lernen, war immer mein lebhafter Wunsch gewesen. Meine Absicht, die Weltausstellung von Chicago (1892) zu besuchen, war vereitelt worden, und so benutzte ich 1897 eine günstige geschäftliche Gelegenheit dazu, mir einen Erholungsurlaub von etwa hundert Tagen zu bewilligen, um die Vereinigten Staaten und Mexiko zu besuchen.

Ich reiste am 23. März 1897 ab und war am 2. Juli wieder in der Heimat. Die Fülle des Hochinteressanten dort Gesehenen habe ich durch Zeitungsberichte in der Stadtzeitung bekanntgegeben und später nochmals in Buchform veröffentlicht. Hier muß ich mich darauf beschränken, das Wichtigste kurz zusammenzufassen. Meine Reise führte mich zunächst nach London, wo ich die befreundete frühere Wirtin wiedersah und mit erfreuender Herzlichkeit aufgenommen wurde. Ich sah manches interessante Neue — englische Schulen, Wohnhäuser der Peabody-Stiftung, Themsetunnel — und stand wieder unter dem überwältigenden Eindruck des Londoner Riesenverkehrs, gegen welchen der Berliner gewaltig zurückbleibt. Die Ruhe, mit welcher der Verkehr vom Londoner Schutzmann geleitet und vor Störung und Unfall bewahrt wurde — die Höflichkeit und Sorgsamkeit, mit welcher schwache Personen über den Straßendamm an gefährlichen Stellen geleitet wurden, forderten zu wenig günstigen Vergleichen mit Berlin heraus. Nach einem viertägigem Aufenthalt bestieg ich dann in Southampton den Lloyd-dampfer „Havel“, welcher mich in 9 Tagen nach New York



brachte. Die Überfahrt war für den Neuling hochinteressant; wir hatten auch einen ganz achtbaren Sturm durchzumachen — ich will aber die bekannten Genüsse solcher Fahrten hier nicht näher schildern. New York mit seinen Wolkenkratzern, seinem Riesenverkehr, seinen vorzüglichen und nicht teuren Hotels, seinen billigen Straßenbahnen — man kann für 5 cents = 20 Pfg. etwa 35 km weit fahren, und wenn man will, ohne Nachzahlung denselben Weg zurückmachen — seinen unheimlich schnell laufenden Fahrstühlen in den Wolkenkratzern, seinen spottbilligen riesengroßen Zeitungen, seinem, auf kablern Fels geschaffenen, schönen Zentralpark usw., machte auf mich einen tiefen Eindruck. Durch Freunde war ich an Karl Schurz — den Befreier Gottfried Kinkels — empfohlen und fand freundliche Aufnahme und Empfehlung an einflußreiche Personen in New York, Washington, Saint Louis. Amerika ist das Land der Massen! Barnum-Zirkus und dergleichen! Ich muß auf solche Einzelheiten hier verzichten, so eigenartig sie auch auf den Neuling wirken. Die Bedeutung Amerikas liegt doch auf andern Gebieten, auf welche ich am Schluß meiner Ausführungen zurückkommen werde. Von New York ging ich nach Washington, wo ich einen Einblick in das Regierungsgetriebe mit seinen Licht- und Schattenseiten bekam. Daß man die Kongreßmänner mehr oder weniger alle für käuflich ansah und vornehme Bostoner sie nicht an ihren Tisch kommen ließen — daß jeder Staat, welcher etwas erreichen wollte, einen gerissenen Advokaten in Washington haben mußte, der die einflußreichen Leute zu beeinflussen wußte — daß kein öffentlicher Bau ohne Schmiergelder ausgeführt wurde, welche die Kosten auf die vier- bis sechsfache Höhe brachten — all das war natürlich wenig erhebend. Dem gegenüber aber stand doch ein Tempo der Durchführung aller wichtigen Dinge, gegen welches unsere deutsche Verwaltung als zum Geschlecht der Schnecke gehörig erschien.

Mein Weg führte mich dann nach St. Louis, an den Mississippi mit seinen Riesenwassermassen, dann nach Mexiko — in einer Bahnfahrt von 3 Tagen und 4 Nächten, wo mich ein Schulfreund, Inhaber eines führenden Bankgeschäfts, in Empfang nahm. Mexiko stand unter der Herrschaft von Porfirio Diaz, der mit seiner eisernen Faust in 10 Jahren Unglaubliches an Fortschritten erreicht hatte und nach meiner Überzeugung zu den bedeutendsten Staatsmännern des neunzehnten Jahrhunderts zu rechnen ist — neben Männern wie Napoleon, Stein, Bismarck. Leider hat auch er, wie so viele große Männer, es nicht verstanden, sich einen Nachfolger zu erziehen, und so ist nach seinem Abgang Chaos und Elend wieder nach Mexiko zurück-



gekehrt. Landwirtschaft, Industrie, Handel blühten — Eisenbahnen, Wege, Häfen wurden ausgebaut — das Schulwesen war durchgreifend wohlorganisiert — die Finanzen, welche Diaz zerrüttet übernommen hatte, waren durch den hervorragend tüchtigen Finanzminister Limantour so geordnet, daß die Staatsanleihe, auf 4prozentige Verzinsung herabgesetzt, besser stand als preußische Konsols! Ich fand in Mexiko einen geachteten deutschen Klub — die Deutschen in vielen einflußreichen Stellungen — und durfte hoffen, daß diese Verhältnisse von Dauer sein würden. Daß deutsche Diplomaten im Weltkriege freilich auf den wahnsinnigen Gedanken kommen konnten, das verarmte und verelendete Mexiko zum Kampf gegen den Riesen — die Vereinigten Staaten — aufzurufen, hätte ich doch auch in den heftigsten Fieberträumen für undenkbar gehalten. Ich ging von Stadt Mexiko nach Orizaba — halbwegs zwischen Mexiko Vera Cruz —, wo ich eine vom einem Wasserfall getriebene Jutespinnerei und eine sehr bedeutende Baumwollfabrik kennen lernte, deren Leiter mir die kaum glaubliche Intelligenz des indianischen Maschinenführers schilderte, der nach dreimonatlicher Führung imstande war, die große Dampfmaschine auseinanderzunehmen und wieder zusammensetzen. Ebenso imponierte mir das Beispiel stoischer Unempfindlichkeit, als er mir erzählte, daß ein Indianer, ohne mit der Wimper zu zucken, vier von der Maschine zerquetschte Finger sich abnehmen ließ, während er seine Zigarette rauchte. Da kommen wir Kulturmenschen doch nicht mit.

Von Mexiko führte mich dann wieder eine Fahrt von drei Tagen und vier Nächten nach Los Angeles in Südkalifornien mit seinen wunderbaren Obst-, Palmen- und Rosenpflanzungen — das eisige Hochgebirge am Ufer des Stillen Ozeans im Hintergrunde! Los Angeles ist die Riviera Amerikas — die reichen Leute haben dort ihre Sommervillen von einer entzückenden Schönheit, deren Gärten und Blumen auch nicht durch einen Draht vom öffentlichen Wege getrennt sind, ohne daß die Blumen abgerissen oder die Früchte geraubt würden! Ich habe mich in meiner Seele geschämt, wenn ich daran dachte, wie ein solcher Villengarten wohl bei uns zugerichtet würde, wenn man wagen wollte, ihn ungeschützt liegen zu lassen!

Von Los Angeles besuchte ich auf dem Wege nach San Franzisko noch das Yosemiteal mit seinen herrlichen Wasserfällen und Glätschern, wobei auch der Hain mit den berühmten Riesenzedern — sequoia gigantea — von 100 Metern Höhe und 6 bis 11 Meter Durchmesser, berührt wurde. San Franzisko mit seinem herrlichen Golden-Gate-Park, der durch unaufhörliches



Wassergeben auf der dünnen Sanddüne hervorgezaubert ist, mit seinem hübschen Kliffhaus am Ozean, dem gegenüber Hunderte von Robben — bis zu 20 Zentner schwer — in Büchenschußweite ihr ungestörtes, behagliches Dasein führen und die auf den offenen Balkons des Hauses sitzenden Zuschauer unterhalten, mit seinen Millionär-Villen — der Erbauer der Pazific-Bahnen! — und mit der Fülle der sonstigen interessanten Eigenheiten — wird jedem Besucher unvergeßlich bleiben!

Ich hatte damit die westliche Grenze meiner Reise erreicht und wendete mich von dort wieder heimwärts. Mein Weg ging wieder einmal in einer Bahnfahrt von drei Tagen und vier Nächten nach Norden über Portland, Seattle, dann östlich nach dem berühmten vulkanischen Yellowstone-Park mit seinen Riesengeisern, seinen eigenartigen Felsbildungen, seinem herrlichen Yellowstone-See und der farbigen Felsschlucht, durch welche der See sein Wasser zunächst mit prachtvollem Wasserfall, dann in schäumendem Bach zum Missouri schickt. Der Yellowstone-Park zählt mit Recht zu den interessantesten Schönheiten der Erde und wird jedem Besucher einen unauslöschlichen Eindruck hinterlassen. Man durchfährt ihn in vierspänniger hoher Kutsche, findet nach jeder Tagesfahrt Nachtquartier mit guter Verpflegung, jeder Tag bringt neue, eigenartige Schönheiten — in einem Hotel zeigte der Wirt ein Bild, wonach ein Stammgast — ein zur Mahlzeit sich einfindender Bär — am Boden liegend, seine Pranke um den Hals des Wirtes geschlungen hatte. Es darf im Park nicht geschossen werden! Park wie Tier stehen unter dem Schutz der Unionsregierung. Die Hotels werden mehrfach durch riesengroße Zelte dargestellt, deren Zimmertrennungen aus Leinwandwänden bestehen.

Bemerkenswert ist ein Geiser „der Zuverlässige“, der so genau seine Zeit einhält, daß man die Uhr danach einstellen kann. Er springt 4 Minuten lang innerhalb genau 65 Minuten. Eine wunderbare Naturerscheinung sind auch zwei kleine Teiche, nur durch einen, von Bibern erbauten, einige Meter breiten Damm getrennt, von denen der eine hellblaues, der andere hellgrünes Wasser zeigt. Eine Erklärung für dieses wunderbare Bild kann auch Baedeker nicht geben. Der Fischreichtum des Sees ist so groß, daß man eine Angel mit Doppelhaken nur hineinzuhalten braucht, um sie sofort mit zwei hübschen feinen Fischen wieder herauszuziehen. Hart am Ufer sprudelt auch eine kleine siedende Quelle, welche den Fisch in wenigen Minuten kochen würde.

Meine Weiterreise führte mich dann durch das eigentliche Felsengebirge auf kühnen Bahnbildungen, hohen, aus starken

Baumstämmen gebildeten Gerüsten — durch enge Schluchten, wo die Bahn die Felswände beinahe streifte — man saß gemütlich draußen auf den Stufen des Waggons, der Schaffner warnt wohl — im übrigen ist es jedermanns Sache, ob er sich Arme oder Beine brechen will, die Bahn haftet dafür nicht! Es sind fesselnde Bilder, die an die hübschesten Bilder der Schweiz erinnern. Vor Butte, einer neuen Bergwerksstadt, hatten wir ein riesiges Steinfeld zu überschreiten, mit wild durcheinander gewürfelten Blöcken von Hausgröße — offenbar Rückstände gewaltiger Erdbeben. In Butte, wo ich morgens ankam, fand ich beim Ausgang eine befremdende Stille. An den Berghängen standen kleine Bergwerkswagen, in Zügen zusammengestellt, still. Menschen waren wenig zu sehen, und als ich schließlich einen Vorübergehenden nach Aufklärung fragte, riet er dringend, wegzugehen. Es wäre Streik — oben lägen die Bergwerksbesitzer, unten die Arbeiter mit der Büchse am Kopf, ich könnte jeden Augenblick eine blaue Bohne bekommen, worauf ich es denn doch vorzog, wieder zum Hotel zurückzukehren und nach friedlicheren Bezirken abzdampfen.

Ich fand diese in Salt Lake City bei den Mormonen. Ihre Organisation bietet zweifellos ein hochinteressantes eigenartiges Bild. Bei ihnen gibt es kein Elend und in der Verwaltung keinen Betrug. Die Stadt ist vorzüglich angelegt — überall breite, saubere Straßen. Das Rathaus ist das schönste, welches ich gesehen. Ein schönes, großes Gebäude in geschmackvollem Baustil — der innere Ausbau vornehm und kostbar, so daß ich überrascht den freundlichen, aus der Rheinpfalz (Alzey) stammenden Führer fragte, wie groß denn Salt Lake City sei, und als mir die Zahl von etwa 60 000 Seelen genannt wurde, meiner Verwunderung Ausdruck gab, daß sie sich ein Rathaus bauen konnten — ebenso groß und ebenso kostbar, wie das von New York, welches über 20 Millionen Dollar gekostet habe. Der Führer lachte — der Unterschied liege darin, daß es bei ihnen ehrlich zugehe, während in New York drei Viertel des Geldes gestohlen werde. Ihr Rathaus habe nur 2½ Millionen gekostet. Ich bewunderte nachher ihr großartiges Bewässerungssystem, mit welchem sie den dünnen, salzhaltigen Boden fruchtbar gemacht haben. Die Mormonen sind organisiert wie eine Armee — in Gemeinschaften von 10, 100, 1000 Familien — jede Gruppe hat ihr Haupt, das sich um alles kümmert. Will einer verbummeln, dann wird er zur Ordnung gerufen und gezwungen. Trifft jemand ein Unglück, Viehsterben, Hausbrand oder dergleichen, dann treten die andern ein und helfen. Arme gibt es daher bei ihnen nicht. Die Vielweiberei war schon seit Jahren



abgeschafft und verboten. Ihr berühmter Führer, Brigham Young, hatte freilich noch 64 Kinder hinterlassen, welche alle tüchtige Menschen geworden sein sollen, und von denen mir einige vorgestellt wurden. Die Wirtschaft der Mormonen ist in großen Konsum- und Erzeugergenossenschaften organisiert — es soll alles tadellos funktionieren. Jedenfalls bieten die Mormonen ein beachtenswertes Beispiel staatlicher Organisation.

Der große Salzsee hat bekanntlich einen Salzgehalt wie das Tote Meer — etwa 22% — man taucht beim Schwimmen nur bis zum Nabel ein und muß sich vorsehen, daß man nicht vornüber mit dem Gesicht ins Wasser kippt! Sehenswert ist noch ihr erstes Bethaus, das sogenannte Tabernakel, ein langer Saal mit einem freitragenden Dach von 45 Meter Spannweite. Das Haus soll 12 000 Menschen fassen, und in ihm findet sich eine der größten Orgeln der Welt.

Nach Verlassen des Mormonenstaates hatte ich das Felsengebirge zu überschreiten und trat damit in das Gebiet des mittleren Westens, wo ich zunächst das Zentrum der Edelmetallwerke — Denver — aufsuchte. Ein Reisegenosse von der Havel, Leiter größerer Bergwerksunternehmungen, hatte mich eingeladen und mir Einführung in interessante Bergwerke in Aussicht gestellt. Er hielt in liebenswürdiger Weise Wort — schickte mich mit seinem Bruder in eine Reihe interessanter Bergwerke, in denen Kupfer und Gold gewonnen wurde, gab mir auch Gelegenheit, die Ausarbeitung in den Schmelzwerken kennen zu lernen — kurzum, der Aufenthalt war für mich sehr belehrend, und ich schied mit herzlichem Dank für die liebenswürdige Aufnahme.

Meine nächste Station war Omaha, wo ich eine der großen Schlachthausfirmen kennen lernte, die Schweine und Rinder in Massen von 3—4000 bzw. 800—1000 täglich abschlachten. Die Methode ist ja bekannt. Interessant war mir die Mitteilung, daß nicht im Akkord gearbeitet werde, daß aber der die Rindhäute abziehende Arbeiter $4\frac{1}{2}$ Dollars Tagelohn — also etwa 19 Mark — erhalte (1897), er dürfe aber keine Haut einschneiden und damit deren Wert schädigen!

Von Omaha erreichte ich alsdann die nächst New York bedeutendste Stadt Amerikas — Chicago —, welche als klassisches Beispiel aller Licht- wie Schattenseiten Amerikas gelten kann. Keine andere ist so schnell gewachsen — hat einen so riesigen Handel entwickelt — hat so schöne und so unglaublich schmutzige Straßen wie Chicago. Eine so glänzende Prunkstraße wie die Michiganstraße am See, die gleichzeitig am Abend berüchtigt ist durch tägliche Raubüberfälle! Mir erschienen diese Angaben zunächst unglaublich. Ein Reisegefährte — deutscher



Architekt, Spezialist im Kirchenbau — erzählte mir aber, daß erst kürzlich in einer lebhaften Geschäftsstraße der inneren Stadt — etwa der Krausen- oder Charlottenstraße Berlins entsprechend — am hellen Vormittag ein Krämer auf seinem Geschäftswagen durch einen von hinten aufgesprungenen Räuber niedergeschossen und ausgeraubt sei, ohne daß man den Verbrecher gefaßt habe! Auf dem früheren Ausstellungsplatz fand ich noch das Deutsche Haus erhalten, welches der Inhaber des großen Warenhauses Marshall Field, als Museum der Stadt Chicago geschenkt hatte.

Von Chicago ging nunmehr die Reise nach New York zurück unter Berührung der weltberühmten und weltbekannten Niagarafälle, deren nähere Schilderung ich mir füglich ersparen kann. Es ist zweifellos eines der großartigsten, erhebendsten Bilder, welches die Erde dem Menschen bietet, und auch ich konnte mich der Gewalt des Eindrucks nicht verschließen.

Vor der Rückreise suchte ich Karl Schurz auf und erhielt die Frage vorgelegt, welchen Eindruck ich denn nun von Amerika mitnehme? Ich sagte ihm, daß ich vieles gesehen habe, was mich mit Bewunderung erfüllt habe, daß aber doch ungeheuerliche Mißstände vorhanden seien, unter denen mir das berechtigte Mißtrauen des Volkes in die Justiz das bedauerlichste zu sein scheine. Er konnte dies nicht leugnen, gab aber doch der Meinung Ausdruck, daß die Besserung fortschreite. Mehr wagte er allerdings nicht zu behaupten, als daß „der oberste Gerichtshof — des Staates New York — doch wohl „jetzt“ einwandfrei sei“!! Wie unsagbar vernichtend ein solches Urteil aus dem Munde eines begeisterten Amerikaners ist, war ihm im Augenblick wohl nicht ganz gegenwärtig.

Von ganz besonderem Interesse war mir das amerikanische Schulwesen. Ich selbst hatte mich auch in der Heimat für die Schule stark interessiert — einige Jahre als Magistratsmitglied das Schulwesen Landsbergs geleitet und mich bemüht, Verbesserungen einzuführen — die skandalös schlechten, gesundheitsschädlichen Schulbänke durch bessere zu ersetzen — leider nicht mit durchgreifendem Erfolg. Mein Nachfolger kehrte bald wieder zum bewährten Alten-Schlechten zurück. In diesen Dingen sind die Amerikaner uns unendlich überlegen. In allen größeren Städten versteht es sich eigentlich von selbst, daß jedes Kind auf einem verstellbaren, seinem Körper genau angepaßten Einzelsitz sitzt, wie ihn in Deutschland wohl nur wohlhabende Familien für ihre Kinder im Hause haben. Auf meine Äußerung des Bedauerns, daß das arme Deutschland sich diesen Luxus nicht leisten könne, wurde mir gesagt, daß ein solcher Sitz nicht ganz einen Dollar — weniger als 4 Mark — koste. Diese



Sitze werden nach einem Typ in Massenfabrikation so billig hergestellt, daß sie nicht mehr kosten als unsere miserablen Holzbänke. Die Schulhäuser hatten selbstverständlich zentrale Heizung mit selbsttätiger Wärmeregulierung durch patentierte Apparate, teilweise von Schaefer & Budenberg in Magdeburg, was ich mit Genugtuung, manchem aufgeblasenen Vollblut-Amerikaner zum Ärger, bemerkte. Der Unterricht ist für alle Volksteile gemeinsam und von Anfang bis zu Ende kostenfrei. Die Wirkung dieser gemeinsamen Schulbildung auf das Volksleben ist unglaublich und unschätzbar. Standesunterschiede — Klassenhaß und Rassenhaß — gibt es in Amerika nicht. Auch erbitterte Interessenkämpfe werden ausgekämpft, ohne Haß und Entfremdung zu hinterlassen, und die Schule ist dem ganzen Volke Herzenssache. Während bei uns, bei aller Anerkennung ihrer Bedeutung und bei aller Opferwilligkeit doch die Schule meist mit dem Stoßseufzer genannt wird „Sie frißt uns die Haare vom Kopfe“, ist der Amerikaner stolz darauf, sagen zu können, „Unsere Stadt gibt das meiste Geld für ihre Schule aus — 25 Cents pro Kopf der Bevölkerung mehr als die nächst höchste“. Während die Betätigung im öffentlichen Dienst im allgemeinen gemieden wird von Leuten, welche etwas auf sich halten, sind die besten Leute eifrig und stolz, zum Schulausschuß zu gehören. In New York gab mir Schurz eine Empfehlung an ein Mitglied des großen Bankhauses Speyer, das mit Eifer am Schulwesen mitarbeitete.

Ich fand im großen und ganzen in der ganzen Union kaum Unterschiede im Schulwesen. In manchen Staaten sind die Neger von den rein Weißen getrennt. Auch wenn es sich nur um eine Spur von Negerblut handelt — dem Europäer kaum noch erkennbar — ein schwacher dunkler Schatten an der Wurzel des Fingernagels — der so Gezeichnete muß in die Negerschule. Hier liegen noch ernste Probleme für Amerikas Zukunft! Aber für die ganze weiße Bevölkerung gibt es keine Trennung — auch der ganz Reiche schickt seine Kinder in die gemeinsame öffentliche Schule (Privat- und Kirchenschulen haben nur eine geringe Bedeutung) — die Kinder erziehen sich gegenseitig, spielen und schlagen sich untereinander und wachsen zu einem einheitlichen geschlossenen Volke zusammen, für das es Klassenunterschiede nicht gibt.

s. Anl.
1 u. 2.

Für mich war so diese Amerikareise ein Anschauungsunterricht von sehr großem Werte. Er öffnete mir aber nicht nur die Augen für die Mängel, sondern auch für die Vorzüge unseres Systems. Die schreienden Übelstände der öffentlichen Verwaltung, Rechtsprechung ließen mich die Redlichkeit und Unbestechlichkeit Deutschlands erst nach ihrem vollen Werte



würdigen, und ich habe oft genug es ausgesprochen, wie bedauerlich es sei, daß Deutsche so wenig hinübergehen, um ein gerechteres Urteil über die eigenen wie die fremden Vorzüge und Mängel sich zu bilden.

Ich möchte im Anschluß an meine Beobachtungen in Amerika hier gleich die Eindrücke folgen lassen, welche eine im Winter 1913/14 ausgeführte Reise nach Indien gebracht hat.

Indien

Die Rohstoffversorgung der Jutespinnerei erschien seit 1908 s. Anl. 3. in steigendem Maße gefährdet. Der Anbau des einzigen — indischen — Rohstoffgebietes hatte mit dem jährlich wachsenden Bedarf nicht Schritt gehalten; infolgedessen war Jute nicht bloß teuer geworden, sie wurde auch bisweilen so knapp, daß man ein völliges Erschöpfen des Vorrats mit Betriebsstillegung usw. befürchten mußte. Um nicht plötzlich vor die Frage einer völligen Umwälzung aus solcher Ursache gestellt zu werden, hielt ich es für geboten, mich im Ursprungslande selbst genau zu unterrichten, worauf wir uns vorzubereiten hätten. Daneben erschien es sehr wünschenswert, an Ort und Stelle die zuverlässigsten Packer und Lieferanten zu ermitteln und damit den schweren Schäden vorzubeugen, welche unzuverlässige Lieferungen nach sich zogen. Mein Sohn — mein späterer Nachfolger in der Betriebsleitung — mußte natürlich mitkommen. Meine Frau, welche nur mit großer Sorge mich auf eine solche Reise gehen sah, wurde aufgefordert, mitzukommen, und meine an der Geschäftsführung mitbeteiligte Tochter wollte nun auch nicht zurückbleiben, so daß wir dann schließlich zu Vieren hinauszogen nach der angeblichen Wiege des Menschengeschlechtes — dem Paradieslande Ceylon und dem Wunderland Indien.

Wir benutzten die Gelegenheit, um das uns noch unbekanntes Rom wie Neapel zu sehen und gingen dann in Neapel an Bord unseres Lloyd dampfers „Prinzeß Alice“. Aufenthalt wie Verpflegung waren gleich tadellos. Auch die Gesellschaft war, wie gewöhnlich auf solchen Dampfern, angenehm und interessant. Neben nach dem Osten hinausgehenden Marineoffizieren und Verwaltungsbeamten fanden sich Amerikaner, Holländer, Schweden usw. — ein eifriger Nimrod wollte durchaus auch Nashorn und Tiger seiner Jagdbeute hinzufügen und hatte sich mit einer Büchse bewaffnet, die ein weniger kräftiger Mann kaum heben konnte. An der ersten Landungsstelle Port Said fanden sich beim Anlaufen des Dampfers natürlich die gewandten



Taucher, welche die kleinste hineingeworfene Münze dem Meere spielend abgewinnen. An Land wurden Einkäufe gemacht.

Briefmarkenbogen mit Marken aller östlichen Raub- und Kleinstaaten waren in allen Größen und Preislagen zu haben und wurden eifrig gekauft. Einzelne Mitreisende benutzten die Gelegenheit, mit der Eisenbahn schnell durch Ägypten zu fahren, um in Suez das Schiff wieder zu besteigen. Sie behaupteten nachher, daß die Reise doch ganz lohnend gewesen sei, was uns etwas unwahrscheinlich erschien. Lohnender wäre es wohl gewesen, wenn man bis Aden gelangt und damit der Gluthitze des Roten Meeres entgangen wäre, die unsere Geduld allerdings auf eine harte Probe stellte. Drei Tage in einer Glut, die meist über 40 Grad Celsius empfindlich hinausging — dabei keine Erquickung in kühler Nacht — es war schon das Schlimmste der ganzen Reise, wie uns dies allerdings von erfahrenen Reisenden vorausgesagt war. Nachdem wir dann die kahlen Felsen von Aden mit den von den Engländern dort angelegten Befestigungen hinter uns hatten, wurde es ja etwas besser; für unsere norddeutsche Haut blieb die Hitze doch immer noch recht empfindlich. Nach 7 Tagen winkte uns dann die Küste von Ceylon — wir legten in Colombo an, hart an dem großen Hotel „Grand Oriental“, welches wir allerdings erst auf der Rückreise benutzten, während wir jetzt nach dem etwas außerhalb der Stadt liegenden Hotel „Galle Face“ fuhren. All diese großen Hotels der großen Rundreisetur sind wohl ausnahmslos gut geführt und auch nicht übermäßig teuer. Überraschend war uns die Beobachtung, in wie großem Umfange Deutsche — Geschäftsführer und Kellner — überall vertreten waren, deren Tüchtigkeit allgemein anerkannt wurde. Bei der Landung stürzten sich sofort eifrige Händler auf die Reisenden. Ein tüchtiger Geschäftsmann verkaufte und lieferte uns in etwa sechs Stunden ein halbes Dutzend leichter baumwollner Tropenanzüge. Hier fanden wir auch zuerst die abscheulichen, von Menschen gefahrenen zweirädrigen Rickshaws, welche schneller sind als die miserablen Pferdedroschken, welche aber auch in unverantwortlicher Weise die Menschen verbrauchen. Die Rickshawläufer sollen meist vor dem 40. Jahre zugrunde gehen. Es sind hübsche, schlanke Menschen (der singhalesische Menschenschlag zeigt überhaupt schöne Körper wie Gesichter), welche hier in diesem mörderischen Dienst sich opfern und es wäre Zeit, daß mit diesem unverzeihlichen Menschenmord Schluß gemacht würde. Wir blieben noch einige Tage in Colombo, nahmen mit Hilfe von Cook den unentbehrlichen Boy für die ganze Indienreise für verhältnismäßig geringe Entlohnung an,



der uns nachher sehr schätzbare Dienste leistete, wenn er auch behauptete, gewöhnliche Dienstarbeit nicht machen zu können, „das erlaube seine Kaste nicht“. Wir konnten ihm sagen und zeigen, daß wir unter solchen Kastengesetzen nicht standen. Auf einem Ausflug an der Küste gelangten wir dann an den im Reisebuch besonders vermerkten „Mount Lavinia“, den wir trotz unermüdlichen Suchens nicht finden konnten, bis uns gesagt wurde, daß eine niedrige, mit einem kleinen Hotel bebaute Felsklippe der berühmte Mount sei! Die Palmenwälder brachten uns hier die nächste Enttäuschung. Von Schönheit ist keine Rede! Die kahlen streichholzartigen Stämme mit den darüber stehenden kleinen Wedeln machen absolut keinen erhebenden Eindruck und halten einen Vergleich selbst mit einem deutschen Fichtenwald nicht aus — von Buchen- oder Eichenwald ganz zu schweigen! Später haben wir allerdings auch indische Baumwuchsschönheiten gesehen — prachtvoll blühende Taliputpalmen mit einer Blütenkrone von 10 Meter Höhe und 6 bis 8 Meter Durchmesser, nach deren Verblühen der Baum freilich stirbt. An solchen Schönheiten fehlt es Indien keineswegs, aber von Palmenwäldern hatten wir uns doch eine andere Vorstellung gemacht.

Nach einigen Tagen nahmen wir den Dampfer, der uns in einer Nachtfahrt nach Tuticorin, dem Festlandhafen, brachte, von wo wir dann in einer Eisenbahnfahrt von 22 Stunden Madras erreichten. Hier suchten wir den deutschen Konsul auf — Geschäftsführer einer bekannten süddeutschen Lederfabrik, der dort für seine Firma dauernd Häute kauft. Wir wurden in lebenswürdigster Weise aufgenommen und auch bei unsern späteren Verhandlungen mit dem dortigen Gouverneur unterstützt, den ich zu veranlassen suchte, den Juteanbau in seinem Bezirk nach Kräften zu fördern. Er zeigte durchaus Verständnis für die Gefahr, welche der Jute-Industrie aus der Verkürzung des Rohstoffes drohte, und versprach seine Hilfe. Aber der Krieg hat ja nachher durch alles einen dicken Strich gemacht! Wir hatten in Madras Gelegenheit, den offiziellen Besuch des Vizekönigs von Indien zu beobachten. Vor kürzerer Zeit waren mehrfache Attentate vorgekommen, und es wurden deshalb die sorgsamsten Schutzmaßregeln getroffen, damit niemand dem Vizekönig nahekommen konnte. Die Straßen, welche er berührte, waren genau bestimmt — sie wurden durch Truppen vollständig abgesperrt, die hinter ihm ihren Platz verließen und sich vorn wieder aufstellten. Es verlief alles programmäßig, aber viele Inder waren es nicht, die ihren obersten Beherrscher wirklich gesehen haben.



Wir verließen Madras sehr bald und fuhren in etwa 40 Stunden nach Calcutta, unserm eigentlichen Reiseziel, dem neben Bombay wichtigsten Handelsplatz Indiens — dem Zentrum des Jutehandels und der Juteindustrie. Es kam uns bei der Reise zustatten, daß wir bei vier Personen ein ganzes Abteil erster Klasse allein belegen konnten. Dazu gehörte Badegelegenheit, die freilich meist in nicht verlockender Verfassung war. Vier Schlafstellen standen zur Verfügung, die wir mit eigener Bettwäsche und Decken durch den Boy zurecht machen ließen. Wir waren somit ganz ungeniert durch Andere, mußten aber auch darauf verzichten, mit Anderen Bekanntschaft zu machen und ihre Erfahrungen kennen zu lernen. Unterwegs fielen uns riesige grüne Wiesen auf, deren Grenzen gar nicht abzusehen waren. Nachher hörten wir, daß dies Felder von Reis wären, welcher mit dem Überschwemmungswasser um die Wette wüchse, um nicht erstickt zu werden.

In Calcutta wurden wir von Geschäftsfreunden in Empfang genommen, die uns auch im Hotel „Great Eastern“ sehr behagliche Zimmer beschafft hatten. Calcutta macht durchaus den Eindruck einer modernen Großstadt. Die öffentlichen Gebäude unterscheiden sich kaum von denen Europas. Die öffentlichen Plätze sind gut erhalten, der Gangesarm — Hooghly — bringt gewaltige Wassermassen, obwohl er nur einen kleinen Teil des gewaltigen Stromes darstellt, der wahrscheinlich mehr Wasser führt, als sämtliche Ströme Deutschlands zusammengenommen. Der Fluß ist stets bedeckt mit Inlandsbooten, welche die Erzeugnisse Indiens zur Verladung heranführen, und ebenso mit den großen Europadampfern, welche die Zufuhren in sich aufnehmen. Deutschland unterhielt eine regelmäßige Frachtdampferlinie zwischen Calcutta und Bremen-Hamburg und hatte sich einen hübschen Anteil an diesem Geschäft nach und nach gesichert. Die Juteverladung, welche jährlich etwa 150 000 Tonnen nach Deutschland brachte, gab diesem Geschäft ein gesundes Rückgrat.

Unsere Hauptzeit war natürlich hier dem Geschäft gewidmet, wir unterließen aber auch nicht, uns die Sehenswürdigkeiten der Stadt anzusehen. Calcutta liegt dicht am Dschungel des Mündungsdeltas. In ruhigen Nächten hört man in den Außenbezirken wohl die Schakale heulen, aber im Innern der Stadt lebt man wie in einer europäischen Großstadt. Nur die unerträgliche Hitze macht einen üblen Unterschied. Am Tage eine Temperatur, die über 40 Grad Celsius liegt — das ist trotz der nächtlichen Abkühlung doch etwas viel für einen Deutschen! Der Engländer geht ja kaum zu Fuß; er benutzt einen durch



offene Jalousien geschlossenen Wagen, der stetigen Luftdurchzug hat. Wir machten die nicht allzu langen Wege meist zu Fuß, fanden auch gelegentlich die Luft in solchem Wagen kaum merklich besser. Eine besondere Sehenswürdigkeit Calcuttas ist im Botanischen Garten ein Banyan-Baum, der durch von den Ästen nach unten gehende Wurzeln immer neue Zweigstämme bildet und so zu dem Riesendurchmesser seiner Krone von etwa 90 Metern kommt.

Die Außenbezirke zeigen die einfachen Häuschen der Eingeborenen — Lehmfußboden, Lehmwände — das Dach teilweise durch breitblättrige Palmenblätter gedeckt. Die davor sitzenden Bewohner ließen aber in ihrer Erscheinung besonderes Elend nicht erkennen. Auf den Straßen widmete vielleicht eine sorgsame Mutter das Haar eines Sprößlings einer eingehenden Prüfung und setzte die gefundenen Lebewesen, deren Tötung eine grobe Sünde wäre, behutsam in einiger Entfernung auf das Pflaster ab. Ich muß ja von einer ausführlichen Schilderung aller interessanten Einzelheiten absehen und dafür auf Baedeker verweisen. Ich könnte sonst einige hundert Seiten damit füllen!

Nachdem wir in Calcutta mit allen Geschäftsfreunden Fühlung genommen, auch mit den Organisationen des Jutehandels wie auch dem Gouverneur in Verbindung getreten waren, um eine Förderung größerer Juteernten zu erzielen, folgten wir gern einer Einladung eines größeren Jutehändlers, im Innern einige Zweigstellen mit ihm aufzusuchen, welche dort von den Indern Jute kaufen, sortieren und packen. Nach einer Bahnfahrt von einigen Stunden nahm uns am Ganges ein eigener Dampfer der Firma auf, welcher uns nach dem sogenannten „Bungalow“ brachte, angeblich einem einfachen indischen Gasthaus, auf welches unser Freund bedauernd glaubte meine Frau vorbereiten zu müssen. Tatsächlich war es ein sehr behagliches englisches Landhaus, in welchem wir nichts zu entbehren hatten. Bei einer kleinen Spazierfahrt mit dem Dampfer hatten wir einen kleinen Zusammenstoß mit einem andern, der glücklicherweise keine schweren Beschädigungen nach sich zog, so daß wir ohne ernste Gefahr davonkamen.

Am nächsten Tage besuchten wir eine zweite Einkauf- und Packungsstation in Naraingunge, geleitet von einem jüngeren Eurasier (Halbblut — Vater Europäer — Mutter Inderin), der mit seiner jungen Frau ein behagliches Leben führte. Beide schwärmten für deutsche Lieder — kannten aber weder Schumann noch Schubert, so daß wir ihnen versprachen, deren Lieder zu schicken, damit ihnen doch das Schönste der deutschen Lieder nicht unbekannt bliebe.



Nach dem Dinner wurde vorgeschlagen, noch den englischen Klub aufzusuchen, der gemeinsam mit einigen andern Firmen an diesem entlegenen Ort geschaffen werden mußte. Der Vorsteher der Station ging mit brennender Laterne voraus, obwohl es noch gar nicht dunkel war, und als ich fragte, warum das geschehe, erhielt ich die etwas unbehagliche Antwort — die Cobras, welche häufig auf dem Wege wären, gingen dann beiseite. Ich wurde gebeten, die Damen nicht durch Mitteilung zu beunruhigen, was natürlich befolgt wurde. Der Klub war sehr gemütlich eingerichtet — wir trafen einige, den andern bekannte Engländer und plauderten einige Stunden. Am nächsten Morgen suchten wir dann auch Dörfer von Indern im Dschungel auf. Die Wohnungen waren teilweise gebildet aus dicht nebeneinander in den Boden gesteckten armdicken Bambusstämmen, oben zusammengebogen und alles durchflochten mit breiten, festen Palmenblättern, welche das Ganze gegen Regen und Wetter schützten. Wohlhabendere hatten Lehmhäuser, die ganz nett aussahen. Auf Bitte meiner Frau vermittelte unser Freund, daß sie die Küche betreten dürfte. Sie wurde aber dringend gebeten, nichts zu berühren. Der Inder werde höflich durchaus nichts dagegen einwenden — er werde nach ihrer Entfernung aber alles vernichten, was sie berührt und damit unrein gemacht habe! Meine Frau verhielt sich dementsprechend — und erklärte nachher, daß sie alles durchaus nett, ordentlich und sauber gefunden habe.

Von Naraingunge gingen wir nach Darjeeling, dem Erholungs-ort der Engländer des nordöstlichen Indiens. Es liegt etwa 2070 Meter über dem Meer und hat infolgedessen recht kühle Nächte, was uns zunächst nötigte, unserm Boy einen neuen, warmen Überzieher zu kaufen, da er sonst vor Kälte erfrieren könnte. Allgemein üblich, also kaufen! Die Gebirgsbahn, mit nur 60 cm Spurbreite und entsprechenden Spielzeugwagen, klettert ganz nett in allen möglichen Windungen und Kunstschleifen in die Höhe — wir kamen spät abends an und überzeugten uns, daß es allerdings reichlich kalt war, so daß die Zimmer schleunigst geheizt werden mußten. Die Bevölkerung ist überwiegend mongolisch — über die Gebirge weg kommen aus Innerasien dauernd Tibetaner herüber. Die gute alte Sitte herrscht noch, daß die schwere Arbeit Sache der Frau ist; der Herr der Schöpfung hat sich das bessere Teil erwählt. Die schweren Koffer und Säcke tragen Frauen zum Hotel — der Mann raucht seinen Tabak!

Die Aussicht von Darjeeling ist großartig! In einer Kette von mehr als 200 km Länge liegt der gewaltige Himalaya mit



den 7000 bis 8000 Meter hohen Gipfeln vor uns — ein riesiges Eisbild! Der Mount Everest freilich mit seinen 8849 Metern ist nur des Morgens vom etwa 5 km entfernten Tigerhill aus zu sehen — helles Wetter vorausgesetzt. Uns selbst erschien am Morgen der Himmel ziemlich wolkig, und so ließen wir Sohn und Tochter allein den Ausflug machen. Nach einer Stunde schien es heller zu werden; wir entschlossen uns noch schnell, unser Heil zu versuchen. Zweimal fünf Träger nebst Führer wurden schnell herbeigeschafft und in leichtem Trab trugen uns je vier Mann auf dem bequemen Tragsessel vorwärts. Der fünfte Mann lief daneben und löste jedesmal einen Mann ab, ohne den Trab zu unterbrechen.

Uns war der Weg als ziemlich bedenklich von Damen des Hotels, welche ihn am Vortage gemacht hatten, geschildert, Tatsächlich war er recht harmlos, wenn man ihn vergleicht mit Schweizer oder Tiroler Wegen, die als völlig unbedenklich gelten. Leider kamen wir zu spät — die uns begegnende Partie sagte, daß der Everest bereits wieder hinter dem Nebel verschwunden und nicht mehr sichtbar sei. Wir mußten also erfolglos Kehrt machen und uns damit abfinden, daß wir doch die große Hauptkette in Darjeeling vor Augen hatten. Trotz der gewaltigen Höhe und Breite war der Eindruck nicht so überwältigend wie am Gornergrat bei Zermatt, wo man das Matterhorn, Monte Rosa mit Händen greifbar und den ganzen Gletscherkranz der Berner Alpen vor sich hat. Die Himalayakette liegt noch etwa 150 km vom Beschauer entfernt, während das Matterhorn kaum 2 km entfernt ist. In Darjeeling fanden wir als Photographen einen biedern Wiener, dessen bildhübsche, fesche Tochter eine erfolgreiche Verkäuferin war — sich auch selbst sehr vorteilhaft auf einem Tragsessel vorführte — ein Bild, welches glänzenden Absatz fand. Die aufgestellten Gebetstempel und Religionszeichen der Tibetaner, die eigenartige Bauweise der Häuser, die grünen Teefelder, Bergabhänge boten ein fesselndes Bild, welches den Ausflug nach Darjeeling zu einem durchaus lohnenden macht, den kein Indienreisender ausläßt.

Nach unserer Rückkehr aus Darjeeling nach Calcutta verweilten wir dort noch einige Tage, machten auch die Bekanntschaft einiger indischen Packer von gutem Namen, deren Marken wir im Kauf bevorzugten und begrüßten sie mit Handschütteln, was bei unsern Engländern ein tadelndes Kopfschütteln auslöste. Der Engländer reicht dem Inder nicht die Hand, im Marktgedränge tippt er dem Inder mit dem Stöckchen auf die Schulter, worauf dieser ehrerbietig Platz macht und ihm den Weg frei



gibt. Ob der Engländer dieses verletzende Verfahren dauernd wird aufrecht erhalten können, dürfte zweifelhaft sein.

Nach Erledigung unserer geschäftlichen Aufgaben traten wir alsdann die Weiterreise durch den Norden zur Westküste von Indien an, die uns zu den interessantesten, stets besuchten Plätzen führte. Benares, Lucknow, Cawnpore, Agra, Delhi, Bombay; dann weiter nach Tuticorin, Colombo, Kandy und heimwärts. Alle diese Orte bieten eine Fülle von hochinteressanten Erscheinungen. Ich muß mich aber darauf beschränken, nur das allerwichtigste hervorzuheben.

Der erste Besuch galt Benares, der heiligen, am Ganges gelegenen Stadt Indiens, wo der fromme Inder zu sterben, verbrannt und mit der Asche dem heiligen Strom übergeben zu werden wünscht. Man fährt mit dem Boot in mäßiger Entfernung an den Bade- und Verbrennungsplätzen vorüber, sieht, wie täglich Tausende beider Geschlechter aller Stände und Kasten im Strom ihr Bad nehmen, bewundert die Geschicklichkeit, mit welcher die Frauen ins Wasser steigen, das verhüllende Baumwolltuch ablegen, ohne den Körper entblößt dem Auge preiszugeben, wie der vornehme Brahmane vom Diener in Empfang genommen und in eine Zelle geführt wird, wo ihm sofort wieder die Zeichen seiner Kaste auf die Stirn geschrieben werden. Wir hatten Gelegenheit, der Verbrennung einer jungen Frau beizuwohnen. Die auf Stäbe gebundene Leiche wurde zunächst in den heiligen Fluß getaucht, dann auf den aufgeschichteten Holzstoß gelegt, den der Hauptleidtragende — der Mann mit kahlgeschorenem Kopfe — anzündete, worauf auch die übrigen Leidtragenden ein Scheit Holz zufügten. Nach der Verbrennung streuen dann die Diener die Asche in den heiligen Fluß. Benares ist die heilige Stadt der Inder seit Jahrtausenden, enthält natürlich eine große Zahl heiliger Tempel und anderer Bauten — die heilige Kuh und ihre Spuren füllen alle Straßen und werden mit Ehrfurcht von allen begrüßt. Auch der Affe findet in Benares sein Heiligtum und erfreut sich eines gesicherten, gut versorgten Daseins. Der jährliche Besuch durch Pilger wird auf weit über die Million hinausgehend geschätzt, und Benares behauptet seine Stellung als heiligster Ort Indiens.

Auf der Weiterreise berührten wir dann die aus dem Meutereikrieg von 1856 bekannten Orte Lucknow und Cawnpore.

In Lucknow besucht man in erster Linie die frühere Residenz des Gouverneurs, wo etwa 2700 Männer, Frauen und Kinder von Mitte Juni bis Mitte November dem Ansturm von 40 000 Meuterern standhielten, bis sie endlich, kaum noch 1000 zählend, entsetzt wurden. Mit berechtigtem Stolz wird darauf hingewiesen,



daß Belagerte und Belagerer nur etwa 100 Meter entfernt Tag und Nacht mit der Büchse am Kopf sich gegenüber lagen. Die englische Zähigkeit rechnet Lucknow mit Recht zu ihren stolzesten Ruhmesblättern. Jetzt kann man an dem freundlichen, in Blumengärten liegenden Bauwerk einen solchen Kampf kaum als möglich sich vorstellen.

Cawnpore hat ein durch die Königin Viktoria gestiftetes Denkmal — einen Engel mit Friedenspalme — zur Erinnerung an eine große Zahl von Nena Sahib unter Wortbruch gemordeter und in einen Brunnen gestürzter Frauen und Kinder — eine grausige Erinnerung an diese mit großer Grausamkeit und Erbitterung geführten Kämpfe.

Die nächste Station brachte uns zum Weihnachtsfest nach Agra in ein deutsches Haus, Holtz, dessen Besitzer freilich nach Europa gefahren war, und hier führte uns der Zufall wieder zusammen mit Reisegegnossen von der „Prinzeß Alice“, zwei Berliner Damen, welche die Reise von der Westküste her über Bombay angetreten hatten, eben vom Kyberpaß, dem Einfallstor nach Afghanistan zurückkamen und nun die Weihnachtstage mit uns zusammen in Agra verlebten. Agra, neben Delhi der Sitz der Mogulkaiser, bietet ebenfalls eine große Zahl ihrer Prachtbauten — vor allem das schönste Bauwerk Indiens — manche Reisebücher behaupten: der Welt!! — die wunderbar schöne Taj Mahal — den Gedächtnistempel, welchen Schah Jahan seiner geliebten Gattin Mumtaz i Mahal in weißem Marmor erbaut hat. Auch der Skeptiker wird in Verlegenheit kommen, wenn er ein schöneres Bauwerk nennen soll. Gelegen in einem großen Park mit reizvoller grüner Umgebung, beim Eintreten in etwa 150 Meter Entfernung vor uns liegend, etwa 2 Meter erhöht auf weißem Marmor stehend, ganz aus weißem Marmor hergestellt, in ideal schöner, klassischer Form, flankiert von zwei hübschen dunklen Moscheen, 70 Meter über das dahinter liegende Gangestal erhöht, bietet der Tempel ein entzückendes Bild, dessen Eindruck noch erhöht wird, wenn man dasselbe bei hellem Mondschein besichtigen kann, wie wir dies (wenn auch nicht ganz bei Vollmond) tun konnten. An dem Werk haben sicher Künstler allerersten Ranges mitgewirkt. In allen Formen und Teilen zeigt sich ein hoher, vornehmer Kunstsinn — ob man die durchbrochenen Marmoröffnungen mit reizvollen Ranken oder die Einlegearbeiten farbiger Halbedelsteine im weißen Marmor ins Auge faßt, oder auch nur das Gesamtbild mit der ganzen Umgebung auf sich wirken läßt. Ich mußte für meine Person zugestehen, daß ich weder in den Hauptstädten Europas noch Amerikas Schöneres gesehen hatte; auch die Meinigen stimmten



mir durchaus bei, obwohl uns allen die Bauten Roms und Neapels noch lebendig vor Augen standen. Man kann sich von solchem Bild schwer trennen, und immer wieder benutzten wir eine freie Stunde, um die Taj Mahal nochmal wiederzusehen. Die sonstigen Prachtbauten Agras ähnelten denen Delhis und bedürfen einer näheren Beschreibung nicht. Dagegen kann nicht unerwähnt bleiben eine interessante Teppichfabrik, von einem Deutschen — Weylandt — betrieben, wo wir auch Gelegenheit hatten, die Knüpfarbeit, welche die reiche Muster- und Farbenpracht schafft, zu beobachten. Wenn diese überaus sorgsame und zeitraubende Arbeit von europäischen Arbeitskräften geleistet werden sollte, müßte der Preis wahrscheinlich die zehnfache Höhe erreichen. Die Teppiche gefielen uns so ausnehmend, daß wir es nicht unterlassen konnten, uns heimlich zur Fabrik zurückzusteilen, um uns in Europa wechselseitig mit einem indischen Teppich zu überraschen.

Auf Agra folgte die wichtige Hauptstadt Indiens, Delhi, an welches eine 3000jährige Geschichte mit siebenmaliger vollständiger Zerstörung und immer wiederholter Neuerbauung sich knüpft. In Delhi hatten die alten Herrscher ihren Sitz. Die Stadt ist ausgefüllt mit Palästen, Tempeln und allen möglichen Prachtbauten. Den Mittelpunkt des Interesses bildet das in der Stadt gelegene Fort — die Paläste der Herrscher einschließend, mit gewaltigen Mauern und Gräben, für derzeitige Waffen nahezu absolut uneinnehmbar! Man kann gern einen vollen Tag darauf verwenden, nur dies Fort mit seinem Inhalt zu besichtigen. Die Paläste der Großmoguls stellen wohl den Gipfel orientalischer Pracht dar, wenn sie auch teilweise durch europäische Künstler geschmückt wurden. Eine Sammlung von Pracht, wie sie die öffentliche Empfangshalle Diwan i Am mit ihrem Pfauenthron bot, dürfte an anderer Stelle kaum jemals geschaffen sein. Der Thron, auf massiv goldenen Füßen ruhend, die den Hintergrund bildenden Pfauen in jeder Feder des ausgespannten Fächers mit kostbaren Edelsteinen geschmückt — die Köpfe gebildet durch Riesendiamanten, von denen einer der berühmte Koh-i-noor war — alles in allem eine märchenhafte Pracht. In der anschließenden Privataudienzhalle Diwan i Khas war die Decke aus massivem Silber hergestellt, welches der letzte persische Eroberer Nadir Schah mit nach Persien führte. Die Engländer haben die Räume einigermaßen wiederherstellen lassen, so daß man eine Vorstellung der früheren Pracht bekommt — aber die kostbaren Edelsteine fehlen allerdings. Die sechs großen Mogulherrscher — Baber, Humayun, Akbar (der Große), Jehangir, Schah Jahan und Aurangzeb — haben hier und in Agra residiert. Sie bezeichnen



den Gipfel indischer Macht und Pracht. Ihr schönstes Bauwerk zeigte uns allerdings Agra mit dem Denkmal der Taj Mahal. Delhi aber bietet an Interessantem nicht nur die Mogulpracht. Als Jahrtausend alte Hauptstadt Indiens bietet es auch sonst eine Fülle von Sehenswürdigkeiten. Die Ruinen der wiederholt zerstörten Stadt, 5 bis 20 km weit sich erstreckend, werden von jedem Reisenden mitbesucht. Man findet dort einen gewaltigen alten Turm — Kutab Minar — 72 Meter hoch — zu besteigen auf einer Treppe von unglaublicher Stufenhöhe — eine massive, geschmiedete Säule von etwa 20 cm Durchmesser, deren Alter auf eine Zeit zurückführen soll, in welcher Europa ein Schmieden solcher Eisensäulen noch nicht kannte. Überhaupt läßt Delhi erkennen, eine wie große Jahrtausend alte Kultur Indien aufzuweisen hat. Ebenso zeigt seine Geschichte, in einem Herrscher wie Akbar — der die Vertreter aller Kirchen vor sich ihre Lehren erläutern und verteidigen ließ — der sein Land und Volk nach dem Grundsatz höchster Toleranz und weit-sichtigster Fürsorge verwalten ließ — er machte jeden Gouverneur dafür verantwortlich, daß für eine Hungersnot durch Aufspeicherung genügender Vorräte vorgesorgt werde —, daß auch unter seinen Regenten Geister allerersten Ranges nicht fehlten. Indien, daß seit Jahrtausenden von der Menschheit gesuchte Wunderland, hatte ja alle großen Eroberer — schon vor Alexander bis ins 18. Jahrhundert hinein — angezogen. Die Perser, Griechen, Araber, Mongolen, Türken, Neu-Perser, Portugiesen, Franzosen hatten dort zu herrschen versucht. Die früheren Einbrecher hatten einen Teil ihrer Völker angesiedelt und eine Blutmischung herbeigeführt, wie sie wohl kein zweites Land der Erde aufzuweisen hat. Das Volk weist alle Farbentöne vom Schwarz der Ureinwohner — der Dravidas, von welchen noch kleine scheue Reste in den Wäldern der Südspitze und Ceylons sich finden — bis zur hellen Europäerhaut der Parsen — der Perser in Bombay auf. Der Forscher findet in Indien ein lohnendes Feld, der gewöhnliche Sterbliche fühlt wohl die Bedeutung dieser Dinge, kann ihnen aber trotz allen Interesses doch nicht nachgehen.

Für uns war Delhi nach dem Rat unserer Freunde auch der große Einkaufsplatz für alle Reiseerinnerungen — Geschenke. Es gibt dort hervorragend gute indische Kaufhäuser, welche alles bieten, was es in Indien Beachtenswertes gibt. Elfenbeinwaren aller Art, Metall- und Holzschnitzereien, Stickereien — die alte indische Kunst- und Handfertigkeit stand sehr hoch, und wenn auch manches verloren gegangen ist — indische Arbeit bietet eine Fülle wertvoller Dinge bei unglaublich billigem Preise



infolge der überaus niedrigen Löhne. Arbeiter, welche zweifellos als Kunsthandwerker anzusehen sind, verdienen vielleicht 5 Rupien = etwa 6,75 Mark in der Woche. Die großen, offenbar über große Mittel verfügenden Geschäfte, welche als streng reell gelten und feste Preise halten, haben ein Riesenlager, welches wohl Millionenwerte darstellt. Wir konnten der Verlockung nicht widerstehen und kauften einen ganzen Haufen Sachen zusammen, die wir dann in einer großen Kiste verpacken und für unsern Dampfer nach Colombo schicken ließen. Der Elfenbein-Elefant war in Dutzenden von Größen und Ausführungen vertreten, ebenso weitere Kunstwerke aus Elfenbein, die bis zu 5000 Rupien hinaufgingen und diesen Preis nach ihrem künstlerischen Wert auch rechtfertigten.

Auf dem weiteren Wege nach Bombay hatten wir noch Gelegenheit, in Jaipur die Residenz eines indischen, unter britischer Vormundschaft stehenden, Fürsten kennen zu lernen, und bei einem Ausflug nach dem naheliegenden Ajmer einen Elefantenritt, der keine Freude brachte, zu genießen. Jaipur ist auf seinen Straßen überfüllt mit Taubenschwärmen, welche die des Markusplatzes in Venedig noch weit übertreffen. Man sieht auf der Straße indische Färber ihre bedruckten Baumwolltücher zum Trocknen ausbreiten. Diese alte indische Kunst hat sich hier noch erhalten. Auch sonst bietet Jaipur manches Beachtenswerte alter Kunstfertigkeit. Interessanter aber war doch der Elefantenritt in Ajmer. Die Tiere werden vom Fürsten zur Miete gestellt. Das unsrige war ein Riese. Man konnte trotz seines Niederlegens nur mit einer nicht ganz kleinen Leiter zum Sitz hinaufklettern, der uns Vier gleichzeitig aufnahm. Der Ritt war aber alles andere eher als ein Vergnügen! Das Tier war an seinen Füßen offenbar sehr empfindlich gegen den steinigen Weg. Jeder Fußtritt gab uns einen fühlbaren Ruck, so daß wir in Rücksicht auf das Tier wie auf uns selbst vorzogen, den Rückweg zu Fuß zu machen. Auch die besichtigten Gebäude entschädigten uns nicht für das zweifelhafte Vergnügen des Elefantenritts.

Um so reicher war dagegen das in Indiens zweitwichtigster Stadt — Bombay — Gebotene. Bombay, der Sitz von Indiens Baumwollindustrie und Baumwollhandel — neben Calcutta ein Zentrum von Wirtschafts- wie Finanzkraft — bietet eine Fülle von Interessantem. Schon das Hotel „Taj Mahal“ machte seinem stolzen Namen alle Ehre; es hielt den Vergleich mit guten europäischen Häusern ersten Ranges durchaus aus. Zimmer, Verpflegung, Bedienung waren durchweg erstklassig. Leitung wieder deutsch. Die Lage, auf einer weit in das Meer hinaus-springenden Landzunge, gewährt sehr schätzbare Erfrischung



gegen die tropische Hitze. Die Straßen sind breit und sauber — die Gebäude groß und geschmackvoll. In der Bevölkerung bilden die Parsen mit ihrer hellen Farbe einen bemerkbaren Teil. Sie sind auch die Träger der Wirtschaft wie Finanzkraft und zugleich der kulturellen Höhe des Bezirks. Ein reicher Parse hatte eine Universität begründet, und überall begegnet man Zeichen ihres opferwilligen Gemeinsinns. Schöne Museen, Sammlungen und Ausstellungen aller Art zeigen, daß Bombay eine kräftig vorwärts strebende Stadt ist. Jeder Fremde muß natürlich die berühmten Türme des Schweigens — die Begräbnisstätten der Parsen — sehen. Sie liegen am Außenrande der Stadt. Eine Reihe runder offener, etwa 8 Meter hoher Türme, auf deren Rand große Geier sitzen, welche die eingebrachten Leichen in wenigen Minuten vom Fleisch befreien, während das Knochengerüst dem Verfall überlassen wird. Für uns ist der Gedanke eines solchen Zerfleischens der Leiche ja durchaus widerlich, dem Parsen aber ist die Hauptsache, jede Verunreinigung des Bodens durch eine verwesende Leiche zu beseitigen. Der Parse ist bemerkenswert als schöner Menschenschlag. Die Frauen, welche sich nicht verhüllt, nur das Gesicht von feinem Schleier umrahmt, auf der Straße bewegen, scheinen durchweg von hervorragender Schönheit zu sein. Trotz ihrer kleinen Zahl — kaum 100 000 unter 330 Millionen — bilden die Parsen doch ein bedeutsames Element im indischen Volke.

Bombay bietet natürlich auch in seinen Geschäftshäusern alles nur Denkbare und wird deshalb auch für Einkäufe sehr bevorzugt. Für uns schloß hier der Besuch des indischen Festlandes ab. Die Bahn brachte uns nach Tuticorin zurück, um nach Colombo überzusetzen. Wir mußten dabei die Quarantäne passieren, da Ceylon sich durch Überwachung gegen die Einschleppung der in Indien nie erlöschenden Cholera und Pest schützt. Unser Boy traf dabei einen angeblichen Onkel, welcher nicht durchgelassen wurde, und welchen er gern als unsern Diener durchgeschmuggelt haben wollte, was wir dankend ablehnten. Der Ernst der Cholerafaher kam uns nachher in Port Said zum vollen Bewußtsein. Wir hatten in Bombay im Hotel zufällig einen englischen Fabrikanten von Spinnereimaschinen angetroffen, der in Calcutta der Eröffnung einer Spinnerei beiwohnen sollte, für welche er die Spinnmaschinen geliefert hatte. Als wir einige Wochen später in Port Said Briefe aus der Heimat in Empfang nahmen, fanden wir darin die Nachricht, daß er in Calcutta an der Cholera gestorben war. Uns hatten unsere Freunde von vornherein streng eingeschärft, unter keinen Umständen irgendwie natürliches Wasser in unseren



Mund zu bringen. Nur künstliches Mineralwasser dürfe benutzt werden. Ebenso dürfe man nur Butter aus der unter strenger Aufsicht arbeitenden Regierungsfarm genießen — die Gefahr einer Choleraansteckung sei zu groß!

In Colombo gingen wir diesmal in das hart am Dampferanlegeplatz gelegene Great Eastern-Hotel, gleichfalls unter deutscher Leitung stehend. Die Geschäftsführung war tadellos — leider war man dabei, das Hotel durch Umbau zu verdoppeln, was natürlich nicht ganz angenehm für die Gäste war — das Hotel gefiel uns aber so gut, daß wir trotzdem wieder dorthin zurückkehrten, als wir von dem Aufenthalt im hochgelegenen Kandy zur Einschiffung in Colombo uns wieder einfanden. Ceylon ist ja im ganzen ein Hochplateau mit schmalem Küstensaum. Es wird für das alte Paradies gehalten, das früher mit dem Festlande in Verbindung gestanden haben mag. Etwas nördlich von Colombo führt eine in seichtem Wasser liegende Klippenreihe nach dem Festlande hinüber, welche den Namen „Adamsbrücke“ führt und heute wohl durch den schon damals geplanten Brückenbau eine Bahnverbindung mit dem Festland erhalten hat. Ich finde eine solche im jetzt erschienenen Andreeschen Atlas wenigstens eingezeichnet. Ceylon wurde vor dem Erscheinen der Europäer regiert von singhalesischen Königen, die früh den Buddhismus einführten und das Land offenbar mit hoher Einsicht verwalteten. Sie haben auf dem Hochplateau große Wasserteiche angelegt, aus denen die ganze Insel durch Bewässerung fruchtbar gemacht wurde. Die Engländer haben erst in den letzten Jahren dieses wichtige Kulturwerk der singhalesischen Herrscher wieder für einen Teil der Insel in Betrieb genommen und werden es in den nächsten Jahren hoffentlich wieder in vollem Umfange nutzbar machen.

Wir machten noch einen kleinen Ausflug nach dem etwa 1000 Meter höher liegenden Kandy und Nuwara Elija (Nurellia) — den Erholungsorten Ceylons, Australiens, der malayischen Inseln — und verlebten dort noch eine Woche der Ruhe in einer schönen Natur, verbunden mit Parks und Gärten, welche alle Schönheiten der Tropen in ganz hervorragenden Formen und Gruppen zeigten. Beim Abstieg führte uns der Zufall zusammen mit einem hochgebildeten Inder — wie sich später ergab, einem hohen, indischen Richter — dem ebenfalls die für die Europäer bestimmte erste Wagenklasse verschlossen war, und wir fragten uns, wie diese Zurücksetzung wohl auf einen solchen Mann wirken müsse.

Nach der Ankunft in Colombo bestiegen wir dann bald unsern Lloydampfer „Fürst Bülow“, auf dem wir ein



befreundetes englisches Ehepaar aus Calcutta trafen, welches gemeinsam mit uns die Reise bis Port Said, zum ersten Mal auf einem deutschen Schiffe, machen wollte. Wir freuten uns, nach einigen Tagen von der Frau zu hören, daß sie ganz entzückt sei von der Ordnung, Sauberkeit, guten Verpflegung, höflichen, aufmerksamen Bedienung — sie hätte nie geglaubt, daß die deutschen Schiffe die englischen übertreffen könnten. Das Schiff war gefüllt mit Leuten aus allen Teilen des fernen Ostens. Japan, China, Australien, Java, Sumatra usw., hatten eine große Zahl von Deutschen entsandt, welche die Heimat einmal wieder sehen wollten. Man bekam eine Vorstellung von der Bedeutung, welche das Deutschtum im Laufe der letzten Jahrzehnte für die Entwicklung des Ostens erlangt hatte. Da war der Ingenieur, welcher im Auftrage der chinesischen Regierung die gefundenen Steinkohlenbergwerke begutachtet hatte; da war der deutsche Arzt aus Tokio, der seinerzeit den russischen Thronfolger verbunden hatte, als er von einem japanischen Fanatiker angefallen war. Er sowohl wie der Hamburger Kaufmann, welcher seit Jahrzehnten das Kontor seiner Firma in Tokio verwaltete, kannten den Pfarrer, welcher, aus Japan kommend, eine Reihe von Jahren in Landsberg gewirkt hatte, und dessen Frau in Tokio unliebsames Aufsehen erregt hatte, weil sie gewagt hatte, nach einem Japaner, dessen Dienstleistung sie nicht befriedigte, mit dem Sonnenschirm zu schlagen. Wie klein ist doch die Erde! Eine Dame aus Sumatra stammte aus Potsdam und kannte eine Anzahl von Bekannten meiner Lehrzeit! Was diese uns erzählte über die Öde eines tropischen Landlebens — des Dahinträumens der Tageszeit unter dem Moskitonetz, dem gelegentlichen Erscheinen eines Tigers, einer Gift- oder Riesenschlange, war hochinteressant und machte den Wunsch des Nichtzurückkehrens in diese Verhältnisse begreiflich. Unter den Engländern war ein begeisterter Schwärmer für die deutschen Lieder — Schumann, Schubert, Brahms! Er gab ohne weiteres zu, daß ihre englische Musik dahinter weit zurückstehe und gar nicht in Betracht käme, war aber stolz darauf, daß die Engländer doch anfangen, den Wert der deutschen Musik zu würdigen und sich daran zu erfreuen. Daneben erschienen dann auch die exotischen Erscheinungen des Weltverkehrs — ein alter verknöchertes Offizier, begleitet von einer üppigen Schönheit, welche sehr verständlich machte, daß ihr die Gesellschaft jüngerer Männer erwünschter sei als der alte vertrocknete Oberst! Ein Schiffsfest gab ihr Gelegenheit, sich als Medea mit gezücktem Dolch interessant zu machen — im ganzen aber überwog doch auch bei den jüngeren Herren die Ablehnung.



Unsere Reise brachte im übrigen nichts Bemerkenswertes. Die Hitze war groß, das Morgenbad an Deck im wasserdichten, aus Segeltuch gebildeten Schwimmbassin bot erwünschte Erquickung, und wir atmeten erleichtert auf, als wir in Port Said wieder im Mittelmeer an Land gehen und dort die ersten guten Nachrichten der Heimat in Empfang nehmen konnten. Das Schiff brachte uns dann in ruhiger Fahrt, vorbei an der interessanten sizilianischen Küste mit Ätna, Neapel mit Vesuv, nach Genua, wo der Zug, welcher uns aufnehmen sollte, bereit stand. Die Abreise bescherte uns sofort ein Zeichen der höheren europäischen Kultur! Der Andrang im Zuge war entsetzlich groß, die Gänge im Wagen kaum zu passieren, und als wir vielleicht 15 km Fahrt und die erste italienische Haltestelle hinter uns hatten, erschien plötzlich ein Reisegefährte, welcher uns vorher noch mit etwas Geld hatte helfen wollen, mit der Nachricht, daß ihm die Brieftasche mit Geld und Wechseln gestohlen sei. Der Zugführer glaubte ihn damit trösten zu können, daß dies eigentlich bei der Ankunft jedes Auslandsdampfers vorkomme — die Gauner wären so gut organisiert, daß irgendein Opfer ihnen immer verfiel! Wie ich bei einem gelegentlichen Wiedertreffen in Berlin hörte, hat er von Geld und Wechseln, die freilich gesperrt werden konnten, nie etwas wiedergesehen. In Berlin wurden wir von Töchtern und Schwiegersöhnen in Empfang genommen, feierten ein vergnügtes Wiedersehen bei einem Tropfen deutschen Weines und schliefen dann wieder mal behaglich in den eigenen Betten. Die Nerven waren immerhin etwas stark mitgenommen worden, und wir brauchten einige Monate, bis wir wieder ganz in Ordnung waren.

Der Gesamteindruck, den ich aus Indien heimbrachte, war der, daß die englische Verwaltung, trotz aller Mängel in der Behandlung und Bewertung der indischen Bevölkerung, für das Land doch ein Segen gewesen sei und dasselbe mit großen Schritten vorwärts gebracht hatte. Wenn man daran denkt, wie vor der englischen Herrschaft Kriege immer wieder das Volk zerfleischten, wie Seuchen und Hungersnöte Millionen weg- rafften, wie erst die Engländer gute, durchgehende Straßen gebaut haben, welche es ermöglichten, Hilfe in Hungerbezirke zu bringen, wie jetzt Eisenbahnen ganz Indien durchziehen, wie großartige Kanalbauten frühere Wüsten fruchtbar gemacht haben, wie ganz Indien mit unteren und höheren Schulen versorgt ist, dann muß man doch anerkennen, daß die Vorwürfe, England heute Indien nur aus, durchaus unberechtigt sind. Damit soll nicht gesagt sein, daß England an sein eigenes Interesse bei der Verwaltung Indiens nicht denke, oder dasselbe



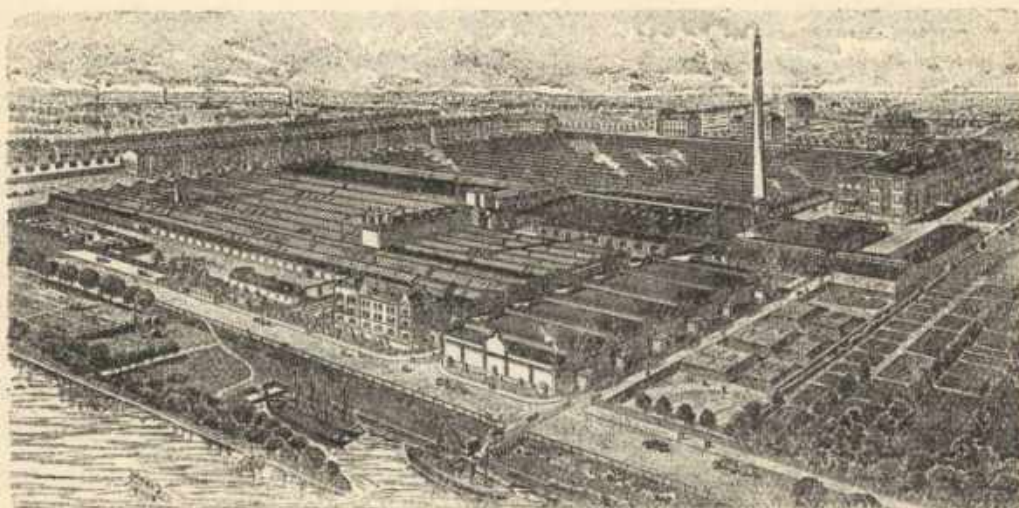
völlig zurückstelle — davon ist durchaus keine Rede! England hat dies nie vernachlässigt oder gar geopfert! Wenn man aber Licht und Schatten gegenüber stellt und fragt, ist die englische Herrschaft für das Land ein Segen oder ein Fluch? dann muß man den Segen bejahen. Indiens Bevölkerung hat sich unter der englischen Regierung in 100 Jahren um mehr als 100 Millionen vermehrt, die Seuchen und Hungersnöte sind nicht ganz verschwunden, aber erheblich kleiner geworden — das Volk lebt gesicherter und jedenfalls nicht schlechter, sondern wahrscheinlich besser als früher, und wenn auch noch sehr viel zu tun bleibt — ein vorurteilsfreier Beobachter muß doch anerkennen, daß es vorwärts, nicht rückwärts geht! Und ob das Zeitmaß des Fortschritts langsamer ist als in vielen Ländern Europas, das kann gern bezweifelt werden. Wenn wir Preußen uns die Frage vorlegen, welche Fortschritte in der inneren Verwaltung seit Stein — also seit mehr als 100 Jahren — vor 1914 gemacht waren, dann haben wir keinerlei Veranlassung, auf unsere Fortschritte gegenüber denen Indiens unter englischer Verwaltung stolz zu sein oder geringschätzig über die englische Verwaltung zu urteilen. Die Lehre, welche der Verlust der amerikanischen Kolonien England gebracht hat, ist nicht vergessen worden! England hat begriffen, daß mit Gewalt willenskräftige Menschen nicht unter Druck gehalten werden können, daß nur verständiges Gewähren von selbständiger Verwaltung dauernd starke Menschenkörper an das Mutterland binden können. Danach hat es Kanada, Australien, Afrika behandelt, und so bemüht es sich, auch Indien einen gewissen Anteil an der Landesverwaltung zu gewähren. Die in Indien lebenden Engländer sind wenig damit einverstanden, aber die Regierenden sehen doch wohl klarer und werden durch langsam fortschreitende Zugeständnisse an die indische Bewegung die Gefahr der völligen Trennung oder des gewaltsamen Kampfes zu vermeiden suchen. Mahatma Gandhi, der weitblickende und zielbewußte Führer der Hindus, hat auch wohl eine solche Entwicklung im Auge — er ist sich wohl über die bei völliger Beseitigung der englischen Herrschaft drohenden Gefahren ebenso klar wie über den Blutpreis, der bei erbittertem Unabhängigkeitskampf zu zahlen wäre. Ob auch darüber, daß die Jahrhundert alte Feindschaft zwischen Hindus und Moslems Indien erneut in ewige Kämpfe zurückwerfen würde, wie sie seine Geschichte seit Jahrhunderten immer wieder gebracht hat, ist zweifelhaft. Haben die Hindus mit etwa 250 Millionen den 70 Millionen Moslems gegenüber die erdrückende Volkszahl in die Wagschale zu legen, so stellen dagegen die Moslems die



überlegene Kampf- und Willenskraft dar, und das Endergebnis wäre voraussichtlich eine Wiederholung der indischen Geschichte von 1450 bis 1750. Gandhi besitzt nach allem, was man von ihm hört, ein hohes Maß politischer Einsicht und Geschichtskennntnis, welche ihn dazu veranlassen, immer wieder seinen Anhängern die Gewalt zu verbieten. Und bei den englischen Staatsmännern fehlt es auch nicht an genügender Einsicht, um die Gefahr des Bankrotts einer Gewaltpolitik zu vermeiden. Daß heut die asiatische Frage — Asien den Asiaten! — sehr viel ernster ist als zur Zeit des törichten Wortes: „Völker Europas, schützt eure heiligsten Güter“, liegt wohl für jeden Urteilsfähigen klar auf der Hand, und ganz Europa hat ein lebhaftes Interesse daran, daß es den klugen Engländern gelingen möge, durch Erhaltung ihres Einflusses die Menschheit vor einem Jahrhundert furchtbarer Kämpfe in und um Asien zu bewahren.

Wir kehren nun nach Europa zurück.

Die Jute-Fabrik in Landsberg a. W. Sparkasse und Kinderheim



Die Jute-Fabrik in Landsberg a. W.

Mein Bedarf an Jutegeweben war im Laufe der Jahre immer größer geworden und ging schon über die Erzeugung auch einer größeren Jutespinnerei hinaus. Dazu kam, daß der Zusammenschluß der Jutespinnereien ein immer engerer und die Kaufbedingungen für uns immer ungünstiger wurden. Bei dieser Sachlage konnte ich mir nicht verhehlen, daß das ganze Unternehmen und seine Zukunft auf sehr unsicheren Füßen stand, wenn es dauernd von den Maßnahmen der im Juteverbande zusammengeschlossenen Spinnereien abhängig blieb.

Ich entschloß mich daher, Anfang 1903 in Landsberg eine eigene Jutespinnerei zu gründen. Die Aufgabe war nicht ganz leicht — Landsberg hatte keine Textil-Industrie — es gab weder einen Weber noch eine Spinnerin in Landsberg. Außerdem reichten meine eigenen Mittel nicht entfernt für eine solche Anlage aus. Es gelang aber, Brüder und Freunde zur Beteiligung zu veranlassen; auch fand sich eine Magdeburger Bank bereit, uns zu unterstützen. Ein geeignetes, großes, am Wasser belegenes Grundstück wurde erworben und der Bau unverzüglich in Angriff genommen. Das Gelände, welches etwas tief lag, mußte erhöht werden, wofür der erforderliche Boden zum Teil aus einem Hafen genommen wurde, der im Vorlande der Warthe angelegt wurde. Als technischer Leiter war ein früherer Direktor einer älteren Jutespinnerei gewonnen, der damit den Bau einer dritten Jutespinnerei in Angriff nahm. Der Bau ging ordnungsmäßig vor sich, und im Juni 1904 konnte mir die erste Spule selbst gesponnenen Garns vorgelegt werden.

Facharbeiter waren nach und nach herangekommen. Die Jute-Industrie Deutschlands war im Laufe der letzten 30 Jahre in den verschiedensten Teilen Deutschlands — Mitteldeutschland, Nordseebezirk (Hamburg Bremen) am Rhein, in Süddeutschland — von einzelnen Unternehmern ins Leben gerufen, denen geschulte Arbeitskräfte meist nicht zur Verfügung standen; es war eine wenig seßhafte, viel wechselnde, und hin- und her ziehende Arbeiterschaft, unter denen auch Ausländer — Italiener, Russen, Tschechen — stark vertreten waren, die leicht die Arbeitsstelle wechselten. Für uns war die Heranschaffung der nötigen Arbeiter eine doppelt-schwere Aufgabe. Die besten Elemente waren es natürlich überhaupt nicht, welche zunächst zu uns kamen; wir mußten uns bemühen, den Verdienst, namentlich der Facharbeiter, günstig zu gestalten, was bei Stundenlöhnen, welche anfangs allgemein gezahlt wurden, und einer geringen Tagesleistung seine Bedenken hatte. Nach und nach gelang es aber, durch Prämierung der besten Leistungen einen gewissen Wettstreit wachzurufen und die Leistungen zu steigern. Dann wurde nach und nach zur Akkordarbeit übergegangen, und ich erkannte bald, daß ein allgemein fleißiges Arbeiten nur möglich sein würde bei einem System, welches automatisch den Fleiß belohnte und zwar in tatsächlich verlockender Weise. Meine Kostenberechnung zeigte mir, daß die Löhne ungefähr die Hälfte der Selbstkosten darstellten, während die Gehälter, allgemeinen Unkosten, Kohlenverbrauch, Abschreibungen, Kapitalzinsen ziemlich das Gleiche ausmachten. Jede Mehrleistung am Webstuhl oder an der Spinn-



maschine erhöhte also nur den Lohnbetrag — nicht aber den anderen Kostenfaktor und verbilligte damit automatisch die Selbstkosten. Diese Sachlage legte ich den Arbeitern ganz offen und klar dar und sagte ihnen, daß solche Arbeiter, welche nicht Tüchtiges leisten, dem Betrieb nur Verlust brächten, verdient werde nur an der Arbeit tüchtiger Leute! Diesen sollte daher auch der Fleiß gelohnt werden! Für alles, was über 80% einer Normalleistung geleistet werde, werde ihnen in der Folge ein Extrazuschlag von 33 $\frac{1}{3}$ gezahlt werden! Das wirkte vorzüglich — fleißige Leute verdienten gut; wir selbst standen uns ebenfalls gut dabei, und da schließlich auch die schwächeren Arbeiter un schwer mehr als 80% erreichten, wurden auch sie angeregt, sich zusammen zu nehmen und im Laufe eines Jahres erreichten wir, daß in unserer jüngsten Fabrik, der keine Facharbeiter des Ortes zur Verfügung gestanden hatten, die Leistung des Webstuhls wie der Spindel sehr erheblich größer war als in den ältesten anderen Fabriken. Nach einigen Jahren war der Jahresdurchschnitt der Weberei etwa 25%, der Spinnerei etwa 15% höher als der guter älterer Werke! Ich hatte allerdings sehr bald begriffen, daß Vorbedingung guter Betriebsleistung die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Arbeiterschaft und Betriebsleitung sei! Von vornherein war es unerläßlich, für die Arbeiter — wir beschäftigten schon nach einem Jahre etwa 1300 — Wohnungen zu schaffen. Mit der Fabrik wurden daher sofort auch einige Hundert Wohnungen gebaut, meist mit kleinen Gärten, in welchen Obst und Gemüse gewonnen werden konnte. Um den in der Fabrik beschäftigten und unentbehrlichen Müttern die Sorge um die kleinen Kinder zu erleichtern, wurde sehr bald ein Kinderheim eingerichtet, welchem nach einigen Jahren ein hübsches Haus mit freund-

s. Anl. 5 lichem Garten und Spielplatz geschaffen wurde.

In dem ersten Jahre war zweimal aus nichtigen Ursachen ein Streik vorgekommen, der zwar nie länger als ein bis zwei Tage dauerte, mich aber dennoch veranlaßte, den Leuten sofort zu erklären, dieser Unfug dürfe nicht wieder vorkommen! Wenn sie glaubten, über irgendetwas zu klagen zu haben, so hätten sie durch berufene Vertreter mir diese Beschwerden vorzutragen — wären sie berechtigt, so würden sie sofort abgestellt werden — wären sie unberechtigt, so würde ihnen das klar gemacht werden — so alberne Störungen aber dürften nicht wieder vorkommen! Jeder, der künftig solche Streiks hervorrufe, ohne daß Beschwerde eingelegt sei, werde unweigerlich entlassen und nie wieder eingestellt werden. Der ganze Betrieb wurde in 10 Abteilungen geteilt — Sackfabrik — Werkstatt — Batscherei



— Vorbereitung und Vorspinnerei — Feinspinnerei, Spulerei und Kopserei — männliche Weber — weibliche Weber — Schlichterei — Appretur — Aufseher und Vorrichter. — Jede Abteilung wählte in geheimer Wahl je nach ihrer Zahl Vertreter und Stellvertreter. Diese Vertreter hatten alle Angelegenheiten zu verhandeln, welche ihre Abteilung allein betrafen, während Angelegenheiten, welche den ganzen Betrieb angingen, von den Obleuten der Ausschüsse gemeinsam zu behandeln waren. Diese bildeten dann gleichzeitig den Ausschuß für die Krankenkasse. Wir haben bei dieser Methode nie wieder einen Streik gehabt, und Differenzen stets ohne alle Schwierigkeiten beglichen.

Was das Betriebsrätegesetz nach schweren Kämpfen 1920 in Deutschland einführt, hatten wir 15 Jahre früher nach 15monatlicher Betriebserfahrung freiwillig eingeführt und damit, wie es bei freiwilligem Entgegenkommen immer der Fall ist, viel Besseres erreicht als das Betriebsrätegesetz, welches im übrigen ja gleichfalls da durchaus segensreich gewirkt hat, wo es von beiden Seiten in gutem Willem und verständig gehandhabt worden ist.

Unser Betrieb, welcher 1904 mit 5000 Spindeln und 300 Webstühlen eröffnet wurde, war schon 1908 auf 12000 Spindeln und 690 Webstühle erweitert und damit der größte Deutschlands geworden. Dem Verband der Jutespinnereien war ich fern geblieben, weil ich meine Handlungsfreiheit wahren wollte und auch zur Genüge erfahren hatte, daß in all diesen Verbänden der Ehrliche immer der Dumme war und den Kürzeren zog.

Die Politik des Wohnungsbaues mit Garten wurde weiter festgehalten — bei Kriegsausbruch und nach Friedensschluß wurden noch 200 Wohnungen gebaut und damit die Gesamtzahl auf etwa 850 gebracht — wohl im Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Arbeiter — vor dem Kriege etwa 2000, jetzt 1925 etwa 2400 — eine der höchsten Zahlen von Arbeiterwohnungen in Deutschland! Leider sind meine Bemühungen, auch andere Betriebe Landsbergs zum Bau von Arbeiterwohnungen zu veranlassen, erfolglos geblieben!

Neben dem Wohnungsbau erschien mir als eine der wichtigsten Aufgaben sozialer Fürsorge die Anregung der Arbeiter zur Sparsamkeit. Die Methode der öffentlichen Sparkassen s. Anl. 4 bei Zahlung recht niedriger Zinsen, der Kämmereikasse



hübsche Jahresüberschüsse abzuliefern, anstatt durch möglichste Erhöhung des Zinsfußes den Spartrieb zu verstärken, hat mir nie gefallen! Auch konnte ich mir nicht verhehlen, daß bei so niedrigem Zinsfuß das Ergebnis des Sparens kaum dahin führen konnte, dem Arbeiter im Alter eine merkliche Besserung seiner Lage zu sichern. Ich hielt es für geboten, durch höhere Zinsen stärker zum Sparen anzureizen und gleichzeitig auf diesem Wege auch dem Arbeiter einen kleinen Anteil am Erfolg des Unternehmens zuzuführen, dem er seine Arbeitskraft widmete. Ich richtete deswegen eine Fabriksparkasse ein, welche zunächst für die ersten 300 Mark der Einlage 6%, für das weitere 5% Zinsen zahlte. Nach wenigen Jahren konnten wir die Sätze erhöhen auf 8% für die ersten 1000 Mark und 6% für die weiteren Einlagen. Bei einer wöchentlichen Einlage von 1 Mark wurden in 30 Jahren aus den eingelegten 1560 Mark 5629 Mark, bei 2 Mark Einlage 11037 Mark, bei 3 Mark Einlage 16845 Mark, die rund 356 — 704 — 1040 Mark Jahreszinsen brachten! Diese Zahlen wurden auf jeder Lohndüte den Arbeitern ständig vor Augen geführt und der Erfolg war nach und nach durchaus erfreulich! Waren auch die Arbeiter sehr ängstlich, daß niemand wissen sollte, daß sie sparten oder gar wieviel sie sparten — und mußten wir auch in den Jahresberichten auf ihren Wunsch alle Angaben über die Höhe der höchsten Sparkonten und dergleichen fortlassen — mußten wir auch die Einzahlung möglichst geheim gestalten, indem wir ihnen die Möglichkeit schufen, daß bei der Lohnzahlung der von ihnen vorgeschriebene Betrag von vornherein gekürzt wurde — die Zahl der Sparer wuchs doch in überaus erfreulicher Weise und einzelne kamen auch zu hübschen Guthaben. Ein Italiener, der allerdings mit Sohn und Tochter arbeitete, legte jährlich 1000 Mark ein und ging kurz vor Kriegsausbruch mit 5000 Mark Ersparnis nach Italien, wo er nun ein gemachter Mann war und ein kleines Landanwesen sich beschaffen konnte. Ein jüngerer, tüchtiger Zweistuhlweber ließ sich 14tägig 25 Mark abziehen, sparte im Jahr also 650 Mark; er verließ uns nach einigen Jahren und hat vielleicht mit dieser Ersparnis sich in eine höhere Lebensbahn emporgearbeitet! Leider hat der unselige Krieg alle diese Dinge vernichtet, und es wird eine der wichtigsten Aufgaben sein, Wege zu finden, um das Sparen wieder zu erwecken und gegen die Möglichkeit von Entwertung zu

s. Anl. 5 schützen.



Um die zweifellos schwere Lage der Arbeiterschaft, insbesondere von Familien mit Kindern, zu erleichtern, haben wir eine Kranken- und Wochenstube mit Entbindungsanstalt unter Verwaltung erprobter Schwestern eingerichtet, lassen auch in Krankheitsfällen die Hauswirtschaft beobachten und unterstützen, wie wir auch den kinderreichen Familien neben ermäßigter Miete eine Kinderzulage gewähren. All solche sozialen Hilfen muß nach unserer Auffassung ein gut geleiteter Betrieb gewähren und tragen. Ob für solche Dinge Dank und Anerkennung geerntet wird, darf nicht maßgebend sein! Auch über Undank und unerfreuliche Erfahrungen muß man sich hinwegsetzen — nur das eigene Empfinden für soziale Pflichten darf entscheiden. Wenn auch manche widrige Erfahrung niemand erspart bleibt — schließlich bietet doch auch die bei den Arbeitern sich durchsetzende Erkenntnis, daß sie nicht bloß als Arbeitsmaschinen, sondern als Mitmenschen angesehen werden, und die daraus erwachsende größere Arbeitsfreudigkeit eine gewisse Entschädigung für die zu bringenden mäßigen Opfer. Wir haben natürlich heute ebenfalls mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen — wenn wir aber sagen können, daß wir nach dem Kriege noch keine Arbeitsunterbrechung gehabt haben, daß wir zeitweise im Zweischichtbetrieb 1000 Leute mehr beschäftigten, daß wir ohne Schwierigkeiten in dringenden Fällen die Leistung von Überstunden erreichten und damit auch im Absatz gute Erfolge zu verzeichnen haben, so sind dies doch Ergebnisse, deren Wert nicht zu unterschätzen ist. Freilich ist die ganze geistige Atmosphäre, welche heute das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer in Deutschland beherrscht, sehr unerfreulich, aber es ist doch zu hoffen, daß sie nach und nach wieder entgiftet wird, wobei dem geistig, sozial und wirtschaftlich höher stehenden Unternehmer ein größeres Maß von Verantwortung zufällt, als dem leider leicht irreführenden Arbeiter. Es hilft alles nicht — auch dem üblen Treiben von Kommunisten gegenüber darf der klarer und weiter sehende Unternehmer sich nicht abhalten lassen, zu sagen: und dennoch!! Ich halte daran fest, durch unerschütterlichen guten Willen das Vertrauen der Arbeiterschaft und damit die Möglichkeit des Wiederaufstiegs zu sichern! Mag man mich auch einen unverbesserlichen Narren schelten — ich lasse mir das Vertrauen, den Optimismus und den Idealismus nicht rauben! Schließlich lehrt uns doch die Weltgeschichte, daß auf lange Zeit die geistigen und sittlichen Kräfte stärker sind als Brutalität, Unvernunft und Bosheit.



War ich vor dem Kriege den Vereinigungen der Juteindustrie fern geblieben, um meine völlige Unabhängigkeit zu behaupten, so machten doch bei Ausbruch des Krieges die Verhältnisse dies sehr bald unmöglich. Die Sperrung der Zufuhr für alle fremden Rohstoffe führte zur Beschlagnahme aller Rohstoffvorräte, welche noch greifbar wurden, und zur gleichmäßigen Verteilung auf alle Betriebe im Verhältnis zum regelmäßigen Vorkriegsbedarf. Jede Industrie mußte sich hierfür zusammenschließen, und der einzelne Betrieb erhielt nur durch Vermittlung der Zentralstelle Rohstoff zugeteilt! Die Spinnvorräte Deutschlands stellten sich sehr bald als völlig unzulänglich heraus. Es galt alle möglichen ähnlichen Spinnstoffe oder auch Garne zur Aushilfe heranzuziehen, um die Weiterbeschäftigung der nicht zur Armee einberufenen Arbeiterschaft — der Frauen, Mädchen, älteren Männer und jungen Burschen — zu sichern. Leider war die Menge der erlangbaren Ersatzstoffe — Hanffaser, Flachswerge, Baumwollgarne usw. — sehr klein und, so sehr ich mich auch dagegen sperrte, schließlich blieb auch mir nichts anderes übrig, als zum Verspinnen von Papier überzugehen. Dies bedingte die Anschaffung einer ganzen Anzahl neuer Maschinen, ein völliges Neuanlernen der Arbeiterschaft, was natürlich mancherlei Schwierigkeiten mit sich brachte, aber doch bei dem hingebenden Eifer aller Kreise ohne jedes Zögern in Angriff genommen und durchgesetzt wurde. Das ganze Volk war einig im festen Willen des Durchhaltens, und so ging auch alles!

Nach dem Friedensschluß galt es dann, die zurückkehrenden Arbeiter wieder zu beschäftigen; zum Verspinnen von Jute zurückzukehren, die alten Verbindungen für den Rohstoffbezug wieder anzuknüpfen und das alles unter dem Druck der furchtbaren Friedensbedingungen, des dauernden Rückgangs unserer Mark! Es waren sehr schwere Jahre, deren Last in erster Linie von meinem Sohn zu tragen war, dem ich seit seiner Rückkehr aus dem Felde und der Entlassung aus dem Lazarett die Leitung des Betriebes nach und nach überlassen hatte. Ich will an dieser Stelle nicht näher auf Einzelheiten eingehen — es waren ja hauptsächlich die politischen Verhältnisse, welche das Elend herbeiführten, und über diese werde ich später mich äußern.

Deutschlands Spinnfasernot

s. Anl.
6. u. 7. Der Krieg enthüllte schon nach wenigen Wochen die furchtbare Gefahr, in welcher unsere Industrie wegen der Beschaffung ihrer Rohstoffe schwebte. Hieran hatte in den Kreisen der



Regierung anscheinend niemand gedacht! War es schon unbegreiflich, daß man noch im Juli deutsches Getreide hatte ins Ausland gehen lassen, obwohl man wußte, daß es nicht ausreichte, um unser Volk zu ernähren, so hatte doch, obwohl man seit 10 Jahren mit der Gefahr des Weltkrieges unter Abschnürung der Auslandszufuhr rechnen mußte, noch weniger jemand darüber nachgedacht, wie man die deutsche Industrie mit ihrem Riesenbedarf an fremden Rohstoffen vor dem Erliegen, 5 bis 6 Millionen von Industrie-Arbeitern gegen Arbeitslosigkeit schützen wollte. Erst Walter Rathenau mußte die Regierungsstellen darauf aufmerksam machen, daß es neben dem Krieg auch noch an das zu Hause bleibende Volk zu denken gelte, und daß in 3 bis 4 Monaten wahrscheinlich Millionen von Arbeitern vor der Gefahr der Arbeitslosigkeit und des Hungerns ständen. Diese Gefahr war kaum für irgendeine andere Industrie so groß wie für die deutsche Spinn- und Webeindustrie, welche 98 vom Hundert ihrer Spinnfaser — Seide, Wolle, Flachs, Hanf, Baumwolle, Jute — aus dem Ausland erhalten mußte und in 4 Monaten für ihre 1¼ Million Arbeiter keinen Rohstoff mehr haben würde. Wenn nicht dank der Arbeit von Claviez-Adorf die Papierspinnerei zum Glück so weit gelangt gewesen wäre, daß die gesamte Spinnerei zum Papierspinnen übergehen konnte, so wäre hieraus eine Katastrophe von unabsehbarem Umfang entstanden.

Meine Reise nach Indien hatte mich überzeugt, daß der Rohstoffmangel schon in wenigen Jahren einen Teil der Juteindustrie zum Stillstand zu bringen drohte. Meine Beobachtungen hatten mir gezeigt, daß die englischen Spinner den Ernst der Frage absolut nicht würdigten und daß auch die Regierenden, welche viel klarer sahen, außerstande sein würden, wirksam zu helfen. Ich war zurückgekehrt mit der ernstesten Sorge um die Lebensfähigkeit unserer Industrie und hatte mich bemüht, im Frühjahr 1914 die europäische Juteindustrie auf einer Konferenz in Paris zu gemeinsamen Schritten bei der englischen Regierung zu veranlassen, um in Indien einen stärkeren Anbau der Jute herbeizuführen. Großes Vertrauen auf Erfolg hatte ich freilich nicht. Die klugen Inder hatten zu häufig die Erfahrung gemacht, daß sie für eine kleinere Ernte bei viel geringerer Arbeit erheblich mehr Geld in den Beutel bekamen, als bei großen, viel mehr Arbeit fordernden Ernten. Ein anderes Anbaugebiet als Indien kommt für Jute nicht in Frage. Nicht deshalb, weil Jute an anderen Stellen nicht wüchse, sondern weil kein anderes Land die vielen Millionen fleißiger, geschickter, bedürfnisloser und daher billiger Arbeitskräfte hat, welche die Jute beim



Anbau wie der Fasergewinnung beansprucht. Der absolute Rohstoffmangel des Krieges zeigte mir daher sofort die ganze Größe der Gefahr und des Zwanges, unverzüglich und womöglich dauernd Abhilfe zu schaffen. Meine Umfrage bei den befreundeten Faserspinnern, ob denn in Deutschland nicht Spinnfaser sich gewinnen lasse, wies mich auf Versuche, welche seit einigen Jahren schon gemacht waren, den verloren gegangenen Hanfbau Deutschlands wieder zum Leben zu erwecken. Ein sehr günstiges Moment war dabei, daß dafür ganz besonders gut geeignet wäre das in großen Flächen ungenutzt liegende Niedermoor, dessen Erschließung sowieso eine dringende Forderung war, und das uns instand setzen würde, die Fasergewinnung durchzuführen, ohne unserem Nährstoffacker irgendwelche Flächen zu entziehen. Meine im November 1914 an Spinnerkreise gerichtete Aufforderung, sofort eine Deutsche Hanfbau-Gesellschaft zu gründen, fand sowohl bei diesen wie bei der Vertretung der Landwirtschaft freudige Zustimmung, und sofort wurde daran gegangen, schon 1915 mit dem Hanfbau zu beginnen. Saat ließ sich aus dem damals noch neutralen Italien beschaffen, auch bei Festhaltung in der Schweiz durch persönliche Bemühungen des technischen Führers — eines Deutsch-Schweizers — frei bekommen. Es waren 20 000 kg, mit denen sich 1915 etwa 500 ha Hanf anbauen ließen. Die Anbauer waren meist erfahrene größere Landwirte, die mit Ernst bei der Sache waren und Erträge erzielten, welche als erste Versuche durchaus befriedigten und zu umfassenderem Anbau für das nächste Jahr anspornten. Auch die Frage der Fasergewinnung im Röstprozeß war in vielversprechender Weise anscheinend gelöst. Der Bau von Röstanstalten sollte sofort in Angriff genommen werden. Aber die Not war groß — Aussaat war nicht zu beschaffen — wir waren in Ungarn gewesen, um dort Anbau und Ausarbeitung kennen zu lernen, hatten erkannt, wie günstig auch in Deutschland die Verhältnisse für den Hanfbau lagen. Die Ungarn waren gern bereit, den deutschen Verbündeten zu unterstützen, aber Saatgut konnte man uns nicht geben. Man war selbst auf Zufuhr aus Serbien und Kleinasien angewiesen und nahm uns schließlich noch Saatladungen weg, welche ihren Weg durch Ungarn nehmen mußten.

In letzter Stunde kam dann ein Telegramm von der Heeresleitung des Ostens, daß wir 50 000 kg Hanfsaat erhalten würden, die auch bei Prüfung in Berlin als durchaus gut und keimfähig erschienen, schließlich aber doch versagten und völlig kahle Feldstriche im Sommer zeigten. Drei Röstanstalten in Löcknitz bei Stettin, Berger Damm bei Nauen, Lauenburg in Pommern



waren in Bau genommen — auf Grund einer Aussaatmenge von 50 000 kg glaubten wir unverzüglich noch zwei weitere bauen zu müssen und kauften weitere Grundstücke in Schneidemühl und Moosburg in Bayern. Der Bau ging infolge des Mangels an Baumaterial wie Arbeitskräften nur langsam vorwärts. Auch die Landwirte machten eine schlechte Ernte, behandelten den Hanf bei den fehlenden Arbeitskräften nachlässig — die Stengel wurden teilweise angefault an die Röstanstalten geliefert, so daß nur minderwertige Faser gewonnen wurde — kurzum, das ganze Elend des Krieges ruhte auch auf diesen Arbeiten, so daß das Endergebnis in üblem Gegensatz zu den gehegten Hoffnungen stand. Die Beteiligten — Spinner wie Landwirte — ebenso die Regierungsvertreter, welche das Unternehmen durch Geld unterstützten, hielten aber tapfer aus. Die späteren Jahre hatten immer wieder mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen — eine Ausdehnung des Anbaus war im gewünschten Umfange nicht zu erreichen, und als mit dem Friedensschluß wieder Bezug von Auslandshanf möglich wurde, während die Landwirtschaft, auf Grund der durchlebten Schwierigkeiten, wenig Lust zu größerem Anbau zeigte, mußte die Gesellschaft die Hoffnung, alle fünf Anstalten beschäftigen zu können, wohl aufgeben und verkaufte die Lauenburger Anstalt an eine Gesellschaft von Flachsspinnern, die Moosburger an bayerische Interessenten, die Berger Dammer an einen sehr tatkräftigen Landwirt des Havelandes, Oberamtmann Schurig, der im entwässerten Luch schon immer Hanf in größerem Umfange gebaut hatte, die Röstanstalt bald zur Spinnerei entwickelte, den Hanfbau selbst zielbewußt auf Züchtung einer gut lohnenden Art mit hoher Saat-, d. h. Öl- oder Fettgewinnung einstellte und ihm dadurch eine günstigere Ertragsgrundlage gab. Die Hanfbau-Gesellschaft betrieb die beiden Anstalten in Löcknitz und Schneidemühl weiter und setzte ihre Aufgabe, die Fasererzeugung aus deutscher Erzeugung zu fördern, zielbewußt fort. Daß dies Ziel erreichbar sei, war durch die bisherige Arbeit doch klargestellt — auch daß Anbau- und Fasergewinnung die aufzuwendende Arbeit lohnend bezahlen würde, nachdem die Anfangsschwierigkeiten überwunden, war unzweifelhaft erwiesen. In den Friedensjahren war man nun auch zu geordneter Wirtschaft im Anbau wie in der Faserbehandlung gekommen, und die Notwendigkeit, uns mit der Rohstoffbeschaffung vom Auslande möglichst unabhängig zu machen, wurde allgemein anerkannt.

Nur hatte sich außerdem schon in den letzten Jahren des Krieges gezeigt, daß es möglich sei, aus der Hanffaser durch Auflösung in die Urzelle ein der Baumwolle in Farbe, Feinheit



und Faserlänge völlig gleichartiges Spinnmaterial herzustellen und uns hierdurch auch für unsern Baumwollbedarf vom Ausland in ziemlich großem Umfange unabhängig zu machen.

Man benutzte zunächst die ganz geringen Spinnabfälle, welche bisher nahezu wertlos gewesen waren und stellte daraus unter Mischung mit Naturbaumwolle tadellose Gewebe her, welche auch der Kenner von reinen Baumwollgeweben kaum unterscheiden konnte. Bei dieser Sachlage war das Gebot, die Fasergewinnung ganz großzügig in die Wege zu leiten, ein doppelt gebieterisches. Eine Reihe von Betrieben nahm die Umwandlung der Hanf- und Flachsfaser in Baumwolle sehr energisch in die Hand. Die Rentabilität für den Landwirt war durch Schurig, der auch zielbewußt auf Züchtung einer guten deutschen Sorte hinarbeitete, sichergestellt. Es galt in erster Linie das nötige Saatgut selbst zu erzeugen, das im Ausland in ausreichender Menge nicht zu haben war, und auch Fehlernten ausgesetzt blieb, so lange es dem deutschen Klima nicht angepaßt war. Hierauf ist nunmehr 1925 alles eingestellt, und man darf die Lösung der Aufgabe, eine erhebliche Erleichterung unserer Handelsbilanz zu schaffen, durch Herabdrückung des aus dem Auslande zu beziehenden Rohstoffes, als gesichert ansehen. Wenn auch noch ein Jahrzehnt vergehen mag, ehe vielleicht ein Drittel unseres Baumwollbedarfs, der vor dem Kriege 600 Millionen Goldmark beanspruchte, in Deutschland gedeckt wird — der Weg ist gefunden. Das weitere wird deutsche Tüchtigkeit und Zähigkeit schon machen! Die 10 Jahre harter Pionierarbeit seit 1914 sind nicht verloren!

Gemeinde-Arbeit in der Vaterstadt

Unsere Familie hatte seit Jahrzehnten in der Stadtverwaltung mitgearbeitet und Einfluß wie Vertrauen erworben. Mein Großvater war Ratsherr, mein Onkel und Schwiegervater eine Reihe von Jahren Stadtrat, mein Vater einige Jahre Stadtverordneter gewesen, und so ergab es sich sehr bald, daß auch ich mich an städtischen Angelegenheiten beteiligte. Zunächst betätigte ich mich freilich nur als Hilfskraft bei städtischen und politischen Wahlen. Dagegen gelangte ich sehr bald im Vereinsleben — Kaufmännischen Verein und Turnverein — zu Einfluß, und wirkte im ersteren etwas als Hecht im Karpfenteich, während mir im Turnverein nach meiner Rückkehr aus London sehr bald die Aufgabe zufiel, als Turnwart den früher glänzend blühenden, inzwischen völligem Siechtum verfallenen Turnbetrieb wieder in die Höhe zu bringen. In den Jahren 1850 bis 1866 waren die



Turnvereine in hohem Maße auch die Träger des deutschen Einheitsgedankens gewesen. Jedes deutsche Turnfest war gleichzeitig auch eine Heerschau des deutschen Liberalismus, und die Turnerschaft war allen reaktionären Kreisen ein Gegenstand erbitterter Bekämpfung. Damals fragte freilich das Bürgertum nicht viel danach. Bürgermeister, Ärzte, Richter, ja auch eine erkleckliche Zahl von Gutsbesitzern — namentlich Ostpreußens — bekannte sich ohne Scheu zum Liberalismus und die ganze bürgerliche Jugend befand sich im Turnverein, dem auch eine achtbare Zahl strebsamer Arbeiter angehörte. Nach 1866 trat ein unglücklicher Verfall des Turnvereins ein. Der langjährige verdiente und geliebte Leiter, Oberlehrer Stange, hatte die Leitung niedergelegt (1871 gestorben). Sein Nachfolger hatte es nicht verstanden, das Interesse lebendig zu erhalten, und als ich 1872 zurückkehrte, war der Turnbetrieb so heruntergekommen, daß bisweilen nur 6 bis 8 Turner zum Üben antraten. Ich wurde bald Vorturner, dann Turnwart und machte mich mit Eifer an die Aufgabe, Besuch und Betrieb wieder in die Höhe zu bringen. In London hatte ich die Übungen der indischen Keulen kennen und lieben gelernt — führte sie auch in Landsberg ein und hatte die Freude, eine ganze Reihe ganz hervorragender Keulenschwinger den Landsberger Turnverein berühmt machen zu sehen. Das Hauptverdienst hieran hatten allerdings meine Nachfolger im Turnwartamt — ich kann nur beanspruchen, den Grund gelegt zu haben. Neben solchen Neuheiten suchte ich aber vor allem größeren Ernst und strenge, gründliche Durchbildung des ganzen Körpers zum leitenden Grundsatz des ganzen Übungswesens zu machen. Bei Beginn wie bei Schluß jedes Halbjahres hatte jeder Turner einer strengen Prüfung seiner Leistungen an verschiedenen Geräten — Reck, Barren, Schwingel, Weitsprung, Hochsprung — sich zu unterziehen, deren Gesamtergebnis mit entsprechender Punktzahl festgelegt wurde. Nach dieser Methode wurden dann später auch alle Wettkämpfe entschieden. Ich hatte die Freude, nach und nach die Zahl der Turner wie ihre Leistungen erfreulich in die Höhe gehen zu sehen, und nach meinem späteren Ausscheiden hat die Hingabe meiner Nachfolger es dahin gebracht, daß der Landsberger Turnverein mit seinen Leistungen als vorbildlich für die Neumark neidlos anerkannt wurde.

Der Feuerwehr, die aus dem Turnverein hervorgegangen war, habe ich gleichfalls eine Reihe von Jahren angehört, dort aber nur als einfacher Wehrmann gedient. Die Leitung lag in den Händen der Führer, Brüder Groß, die sich große Verdienste um die Wehr und den Landsberger Feuertienst erworben haben.



Im Kaufmännischen Verein war ich lange einfaches Mitglied, beteiligte mich wohl regelmäßig an der Besprechung vorliegender Fragen — zu einer Beteiligung am Vorstand kam ich aber erst später, kann auch nicht in Anspruch nehmen, irgendwelche bedeutungsvollen Neuerungen herbeigeführt zu haben. Anfang der 70er Jahre brachte die Neuordnung der Währung, die Schaffung der Reichsbank eine ganze Anzahl neuer Probleme zur Erörterung, woran ich mich durch einen Vortrag über das Bankgesetz und ähnliches dann auch beteiligte.

1885 wurde ich in die Stadtverordnetenversammlung gewählt, der ich bis 1893 angehörte, Mitglied des Magistrats war ich 1893 bis 1896 und nochmals 1901 bis 1904. Ich bemühte mich, durch systematische Zusammenstellung einer, alle Zweige der Verwaltung erfassenden, Jahrzehnte zurückgreifenden Statistik ein Verständnis zu gewinnen für die Bedeutung der einzelnen Gebiete für die Entwicklung und den Geldbeutel der Stadt. Erstes Gebot eines neuen pflichttreuen Stadtverordneten ist ja — sparen! wo dies nur möglich, die Steuern niedrig halten! Später erkannte man wohl, daß wichtiger als das Sparen, die gute Verwendung der Gelder für wichtige städtische Aufgaben ist! Mein statistischer Eifer wurde recht häufig spöttisch belächelt — ich bin aber trotzdem meiner Vorliebe für die Statistik treu geblieben und habe im Laufe der Zeit mehr und mehr mich überzeugt, von wie großem Wert eine sorgsam geführte und mit Verstand benutzte Statistik ist. Nur Toren können von der Statistik verlangen, daß ihre Zahlen absolut endgültige Lösungen und Antworten auf schwierige Fragen geben. Von diesen Kinderglauben kommt der ernste Statistiker sehr bald zurück! Die Statistik gibt mit ihren Zahlen eine sichere Unterlage für die Prüfung schwieriger Fragen, indem sie Vergleichszahlen aus Jahresreihen oder aus einer größeren Zahl anderer Städte oder Länder bietet, aus denen ruhige Prüfung dann Schlüsse über wichtige Punkte abzuleiten hat. Mir haben meine, oft recht mühsam zusammengestellten Statistiken wertvolle Dienste geleistet sowohl in der Beurteilung öffentlicher wie geschäftlicher Angelegenheiten, und die aufgewendete Mühe hat sich schließlich, ideell wie materiell, auch gut bezahlt gemacht.

In die Zeit meiner Teilnahme an den städtischen Angelegenheiten 1886 bis 1896 und 1901 bis 1904 fällt die Erweiterung der städtischen Bebauung, um die erfreulich wachsende Bevölkerung unterzubringen. Ein neuer Stadtteil mußte im Norden erschlossen werden. Meine geschäftlichen Reisen, welche mich durch einen größeren Teil Deutschlands führten, ließen mich doch manches sehen, was den meisten Mitbürgern wie Beamten unbekannt ge-



blieben war. So konnte ich erfolgreiche Bestrebungen auf Herstellung von Wasserleitung und Kanalisation unterstützen, welche einige Jahre später in Angriff genommen wurden. Unser Stadthaupt war ein älterer Herr, der seines lautereren Charakters wegen allgemeiner Hochachtung und Verehrung sich erfreute. Er war aber von einer bedenklichen Zaghaftheit in der Vertretung der städtischen Interessen gegen andere Stellen, und die Stadt hat dabei sehr häufig den Kürzeren gezogen. Auch fehlte ihm die Initiative zur Inangriffnahme wichtiger neuer Aufgaben, und so kam Landsberg nicht in dem Tempo vorwärts, wie dies unter tatkräftigerer Führung wohl geschehen wäre. Im Magistrat wie in der Stadtverordnetenversammlung überwog die Zahl ruhiger älterer Männer, die im ganzen die Verwaltung in Ordnung hielten, auch namentlich das hochwichtige Schulwesen leidlich vorwärts brachten, aber es fehlte doch das frische, kräftig pulsierende Blut, welches die lebhaftere Entwicklung der deutschen Wirtschaft dringend forderte.

Ich selbst hatte mich neben den Finanz- und Wirtschaftsfragen, neben den Aufgaben des Straßenbaues, der Schaffung von Kanalisation und Wasserleitung mit besonderem Interesse auch dem Schulwesen gewidmet und war in die Schuldeputation eingetreten, wo ich einen gründlichen Einblick in die Bedeutung, die Organisation, die Eigenart der verschiedenen Schulstufen — Volksschule, Mittelschule, Gymnasium und Realschule, Höhere Töchterschule (wie sie damals hieß) gewann, auch vorhandene Mängel — z. B. schlechte Schulbänke, eine ernste Schädigung der Kinder darstellend — nicht verkennen konnte. Als ich nach einigen Jahren beim Wechsel des Schuldezernenten dann selbst als Magistratsmitglied das Schuldezernat übernahm, war eine meiner ersten Aufgaben die Herstellung einer praktischen, zweisitzigen Schulbank mit geschweiftem, dem Körper angepaßtem Sitz, Tisch mit Minusdistanz, d. h. einer einige Zentimeter über die Sitzkante hinauspringenden Tisch-Vorderkante, welche Aufrechtsitzen erzwang. Es war das eine Verbesserung, welche nach meinem Ausscheiden leider wieder fallen gelassen wurde.

Anfang 1896 hatte ich erkennen müssen, daß neben den Ansprüchen des stark wachsenden Geschäfts ich meinen Nerven die weitere Belastung mit den städtischen Pflichten nicht mehr zumuten dürfe und hatte daher aus dem Magistrat ausscheiden müssen. Ich trat dann Sommer 1897 eine längere Erholungsreise nach Amerika an, über welche ich an anderer Stelle berichte. 1901 bis 1904 war ich wieder Magistratsmitglied, ohne in dieser Zeit besonders erwähnenswerte Aufgaben zu bearbeiten.



Die Inbetriebnahme der 1903 begonnenen, Sommer 1904 arbeitenden Jutespinnerei und Weberei mit damit verbundenem starken Wohnungsbau machte es aber unmöglich, meine Kräfte noch anderen Aufgaben zu widmen, und so mußte ich denn meine Mitarbeit an der städtischen Verwaltung endgültig einstellen.

Die Frauenfrage

Die Frauenfrage war mir ziemlich früh zunächst als Schul- und Erziehungsfrage nahe getreten. Schon im Februar 1877 hatte ich in einem Vortrage auf die starke Vernachlässigung hingewiesen, welche das öffentliche Schulwesen in der Fürsorge für die Mädchen aufwies. Ich hatte meinerseits stets den Standpunkt eingenommen, daß Mann und Frau sich wechselseitig ergänzen sollen, daß jedes Geschlecht seine besonderen Vorzüge und Schwächen habe, und daß für das Wohl der Menschheit es erforderlich sei, beide Geschlechter einer gleichmäßigen Entwicklung zuzuführen. In der Ehe und Familie, der Grundlage unserer Gesellschaft, sollen Mann und Frau in möglichst inniger Gemeinschaft miteinander leben, alles Wichtige gemeinsam durchdenken und beraten, so daß schließlich die Gemeinsamkeit nicht nur eine äußerliche, sondern auch eine innerliche werde und Mann und Frau zu einer wirklichen Einheit sich entwickeln. Voraussetzung für diese Möglichkeit sei natürlich eine einigermaßen gleiche geistige Ausbildung — also Gleichwertigkeit der männlichen und weiblichen Bildungsanstalten. Staat und Gemeinden standen ungefähr auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Daß den Knaben eine möglichst gute Schulbildung gegeben werde, um sie fürs Leben stark und leistungsfähig zu machen, ihnen die Erlangung einer guten Lebensstellung zu sichern, war allgemein anerkannter Grundsatz. Da dies nun schon recht empfindliche Opfer von den Eltern forderte, konnte man für die Ausbildung der Mädchen nicht auch noch wer weiß wie viel opfern!! —, wenn sie einen gewissen äußeren Bildungsschliff erhielten, einigermaßen für die Wirtschaft tüchtig gemacht wurden, so daß sie für den zu gewinnenden Mann eine brauchbare Hausfrau darstellten, dann war für sie genug geschehen, mehr war nicht nötig! Für eine höhere Mädchenbildung geschah deshalb vom Staat wie Gemeinde herzlich wenig! Auch die vorhandenen höheren Töchterschulen blieben in ihren Zielen hinter den Knabenschulen erheblich zurück. Es war die Zeit, wo selbst Berlin kaum eine öffentliche höhere Mädchenschule



hatte, wo der Staat bei seinen Schulbehörden bisweilen nicht einmal ein Aktenstück über solche Privatschulen führte — wie mir der Dezerent der Regierung in Frankfurt an der Oder gelegentlich gemächlich zugestand — wo Auguste Schmidt, Luise Otto-Peters, Helene Lange ihre Kämpfe um die Erschließung des höheren Unterricht für das weibliche Geschlecht durchfochten und in zähem Ringen, unterstützt von der Kronprinzessin Viktoria, Schritt für Schritt die Gleichberechtigung auf geistige Ausbildung der Mädchen eroberten. Landsberg hatte eine städtische höhere Töcherschule, aber die sich vornehmer dünkenden Kreise schickten die Mädchen natürlich in die Privatschule, die zum großen Teil nur mit nebenamtlich tätigen Hilfskräften arbeitete, aber eben vornehmer war. Schulleiterin war im übrigen eine zweifellos vorzügliche, mit großer Hingebung arbeitende Dame, die von ihren Schülerinnen aufrichtig verehrt wurde. Aber trotz allem war auch diese Privatschule nicht imstande, mit den verfügbaren schwachen Mitteln eine Schule zu schaffen, welche den berechtigten Ansprüchen auf eine höhere Bildung genügen konnte. Während meiner Amtszeit als Schuldezerent trat die Notwendigkeit, der höheren Mädchenschule ein neues Heim zu schaffen, an die Stadt heran. Unter Falks Leitung war ein frischer Geist in das preußische Schulwesen gekommen — die Städte hatten sich daran gemacht, das Versäumte nachzuholen — tüchtige Direktoren waren auch den Mädchenschulen erstanden — und so sollte denn auch bei einem Neubau der Grund gelegt werden für eine wirklich leistungsfähige Bildungsanstalt. Um die zu bringenden Geldopfer dann auch wirklich als wohlangewendet bezeichnen zu können, war es nötig, einen möglichst hohen Schulbesuch zu sichern, und es wurden daher Versuche unternommen, die Privatschule mit der städtischen Anstalt zu verschmelzen. Mir fiel die wenig verlockende Aufgabe zu, mit der Leiterin die Verhandlungen einzuleiten. Der Dame war aber allerdings ihre Schule so völlig Herzenssache geworden, daß sie bei der ersten Erkenntnis des Zweckes meines Besuches in eine Erregung geriet, welche mir keinen Zweifel darüber lassen konnte, daß ich so schnell wie möglich das Feld zu räumen hatte. Einige Jahre später ist dann die Verschmelzung vollzogen worden, welche sowohl im Interesse der Mädchenerziehung wie der Schulinhaberin und noch mehr der beschäftigten Lehrkräfte und ihrer Alterssicherung lag. Die städtische Höhere Mädchenschule Landsbergs hat von Anfang an unter tüchtigen Direktoren einen sehr guten Ruf erworben und bietet seit mehr als 30 Jahren auch der Mädchenjugend die Gelegenheit, eine Bildung zu erwerben, welche der der Knaben



ebenbürtig ist. Von einer Zulassung zum Studium, zu öffentlichen Ämtern und dergleichen war früher keine Rede, erst jahrzehntelange Kämpfe konnte den Frauen den Weg ganz frei machen.

Die Zuverlässigkeit und Brauchbarkeit weiblicher Kräfte in Bureau und Geschäft habe ich ziemlich früh würdigen gelernt und habe in steigendem Maße sehr wertvolle Kräfte aus Mädchen- und Frauenkreisen beschäftigt zu Zeiten, wo dies noch als ungewöhnlich auffiel. Für Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben bin ich früh eingetreten, strebte auch eine Einführung in das politische Leben an, wobei ich allerdings an ein allmähliches Vorwärtsschreiten dachte, vielleicht mit der Gemeindeverwaltung beginnend und dann zur Staats- und Reichspolitik fortschreitend. Die Gewährung der vollen Gleichberechtigung 1919 fand mich daher nicht als Gegner, und die später im Parlament gemachte Erfahrung zeigte mir, daß die weiblichen Abgeordneten in Intelligenz und Pflichttreue den Vergleich mit den Männern nicht zu scheuen brauchten — in manchen Fragen — wie Alkohol, Sittlichkeit — vielmehr richtiger urteilten als die Männer

s. Anl. 8

Gemeinnütziger Bauverein

Im Jahre 1888 hatte ein gräßlicher Mord in unserer Stadt s. Anl. 9 meinen Abscheu und mein Entsetzen erregt. Ein sogenannter Schlafbursche, der bei einem Arbeiter wohnte, hatte mit der Frau unlautere Beziehungen angeknüpft und schließlich mit ihr gemeinsam den Mann ermordet. Auf meine Frage bei Juristen und Ärzten, wie dies möglich sei, wurde mir gesagt, daß bei der Scheußlichkeit der Wohnungsverhältnisse der unteren Schichten das Schlafburschenunwesen grauenhaft sei, daß gar nicht selten Mann, Frau und Schlafbursche in demselben Bett schliefen. Auf meine Bitte bezeichneten mir Ärzte eine ganze Anzahl besonders schlechter Wohnungen. Ich suchte sie auf und war entsetzt, 7 bis 8 Personen in einer Dachkammer unter dem schrägen Hausdach! Eine Familie in einem Keller der Rückseite, der unter dem Kellergeschoß der Vorderseite lag, so daß er auch an der Hinterseite des Hauses, die tiefer lag als die Straßenfront, Keller war, der nicht einmal ein direktes Fenster nach der frischen Luft hatte! — das waren so die schlimmsten Zustände, welche ich fand. Die andern aber waren ausnahmslos so schlecht, daß ein human denkender Mensch einen ihm werten Hund kaum in solche Löcher stecken würde. Auch städtische Häuser ähnlicher Beschaffenheit waren ver-



mietet und bewohnt, und auf meine Frage an den Oberbürgermeister, wie er derartiges dulden könne, sagte er mir, daß er die Leute doch nicht auf die Straße werfen könne! Es wären eben bessere Wohnungen für die unteren Schichten nicht vorhanden und bauen wolle auch niemand dafür! Um diesen scheußlichen Verhältnissen etwas abzuhelpen, gründete ich dann am 22. März 1889, dem Geburtstage Kaiser Wilhelms, zusammen mit zwei Brüdern und drei Freunden den „Gemeinnützigen Bauverein“ mit einem Aktienkapital von 100 000 Mark, von dem 25 000 Mark eingezahlt wurden. Wir erwarben sofort ein gut gelegenes Grundstück in einer Außenstraße und bauten vier Häuser mit 16 Wohnungen und kleinen Gärten — jede Wohnung bestehend aus einer zweifenstrigen, einer einfenstrigen Stube, einer einfenstrigen Küche mit 38 qm Wohnfläche, für welche 2 Mark Wochenmiete zu zahlen waren. 1891 und 1893 folgten weitere vier Häuser mit 18 Wohnungen, 1894 und 1895 fünf Häuser mit 30 Wohnungen; damit waren unsere Mittel erschöpft — bei 13 Häusern mit 64 Wohnungen mußten wir Halt machen — wiederholte Bemühungen, andere Mitbürger, namentlich andere Industrielle, zur Beteiligung heranzuziehen, blieben erfolglos. Ich selbst beschäftigte damals nur eine kleine Zahl von Arbeitern — etwa 20 bis 25 — und brauchte mein eigenes Kapital dringend für mein Geschäft. Einige befreundete Herren hatten wohl mit einigen Tausend Mark sich beteiligt, aber es genügte doch nicht, um weiter zu bauen. Verkauft wurden Häuser erst nach 10 Jahren trotz wiederholter Anregung. Erst 1901 und 1903 wurden drei und vier Häuser verkauft zu Preisen, die lächerlich niedrig waren und ein direktes Geschenk von mehreren Tausend Mark gegenüber den Herstellungskosten der Kaufjahre bildeten. Die Häuser mit 4 und 5 Wohnungen brachten 9500 bis 10 800 Mark, die mit 6 Wohnungen etwa 14 000 Mark. Verkaufsbedingung war, Verbot von Alkoholverkauf, von Weiterverkauf zu einem Preise, der mehr als 5% über dem Kaufpreis läge, und an andere als Arbeiter. Diese Bedingungen galten für 10 Jahre nach erfolgtem Kauf.

Bis 1904 mußte unsere Bautätigkeit ruhen, da Mittel nicht mehr zur Verfügung standen. Als dann die neu begründete Jutespinnerei in Betrieb kam, die für die heranzuziehenden fremden Arbeiter dringend Wohnungen brauchte, wurden von dieser die noch nicht eingerufenen 50 000 Mark des ersten Aktienkapitals gezahlt. Ebenso übernahm sie dann 1907 weitere 50 000 Mark und 1914 250 000 Mark Aktien, welche vorgeschossenes Geld in Aktienkapital umwandelte. Mit diesen Geldern wurden von 1904 bis 1913 weitere 65 Häuser mit 624 Wohnungen erbaut, denen



während des Krieges und nach dem Kriege noch etwa 230 Wohnungen gefolgt sind, so daß im ganzen einschließlich der von der Firma selbst gebauten Häuser etwa 900 Wohnungen unter meiner Leitung geschaffen worden sind. Meine Bemühungen, 1918 ein umfangreicheres Bauen herbeizuführen, daß wohl 200 bis 250 Wohnungen ergeben hätte, scheiterte leider am Widerstand einflußreicher Stadtverordneter, obwohl einige Industrielle sich bereit erklärten, sich mit mehr als 300 000 Mark zu beteiligen, während die Stadt 200 000 Mark beisteuern sollte, um mit der Verzinsung von zusammen 400 000 Mark kinderreichen Familien größere Wohnungen billig zu geben.

Als Verzinsung des Kapitals war regelmäßig eine Dividende von $3\frac{1}{2}\%$ verteilt worden; sie war nicht immer durch die Mietseinnahme erreicht und dann durch Zuschüsse der Jutespinnerei ergänzt worden, da deren Arbeiter den größten Teil der vorhandenen Wohnungen benutzten. Die Wohnungen erhielten zum größeren Teil kleine Gärten von 60 bis 120 qm Fläche, so daß die Mieter etwas Gemüse und Obst ernten konnten. Außerdem war noch in allernächster Nähe ausreichend Land verfügbar, so daß auch Acker von 500—600 qm hinzugepachtet werden konnte. Das Vorhandensein dieser günstigen Wohnungen hat zweifellos die günstige Entwicklung der Spinnerei erst ermöglicht und ich habe stets die Kurzsichtigkeit der andern Industriellen bedauert, welche sich nicht entschließen konnten, durch verhältnismäßig kleine Opfer die Freudigkeit ihrer Arbeiter anzuregen und zu steigern. Ich sehe darin nicht nur einen bedauerlichen Mangel an sozialem Empfinden, sondern auch ein Verkennen des eigenen Interesses.

Die Volksbücherei und Lesehalle

Auf meiner Amerikareise hatte ich immer mit großer Freude und noch größerer Beschämung gesehen, in welcher vorbildlicher Weise für die Weiterbildung des Volkes gesorgt wurde. Das jede — auch eine kleine — Stadt ihre öffentliche Bücherei mit Lesehalle hatte, verstand sich von selbst. In einzelnen Großstädten — namentlich in Boston — fanden sich Büchereien, die zu den ersten der Welt gehörten. Teilweise waren sie durch opferwillige Bürger begründet — die Regel aber war, daß sie auf städtische Kosten geschaffen und unterhalten wurden.

Bei uns in Deutschland war dagegen (1897) eine öffentliche Bücherei — von Residenz-, Universitäts- oder Großstädten abgesehen — eine recht seltene Ausnahme, und ich konnte mich



dem Gedanken nicht verschließen, daß darunter unser ganzes Volkstum ernst leiden mußte. Meine Anregung, auch in unserer Stadt eine Bücherei zu schaffen, fiel auf fruchtbaren Boden. Im Frühjahr 1899 wurde ein „Verein für Volksbücherei und Lesehalle“ gegründet — er fand schnell etwa 180 Mitglieder mit 1600 Mark Jahresbeiträgen, und am 1. Oktober konnte die Bücherei, an zwei Wochentagen, ihre Bücherausgabe beginnen. Der Anfang war überaus bescheiden. Wir hatten nur etwa 2000 Bände — meist geschenkt! — konnten aber doch im ersten Halbjahr 10 469 Bücher ausgeben, die im nächsten Volljahr auf 22 957 stiegen. Das dritte Jahr brachte bei vier Ausgabeabenden 30 078, das achte Jahr 40 028, das vierzehnte Jahr 50 305 ausgegebene Bücher. 1920 brachte mit etwa 65 802 die bisher größte Ausgabezahl, und das Jahr 1924 wird etwa 60 000 zählen. Der Bücherbestand stieg in den gleichen Jahren auf 3600, 4000, 6019, 8198, 11 352, 13 000 Bände, womit den Lesern nun doch schon eine sehr hübsche Sammlung guter, wertvoller Bücher zur Verfügung gestellt wird, welche auch über das Wichtigste der Politik und Geschichte Auskunft gibt. Der Lesesaal wurde besucht von 2924, 4693, 6418, 6546, 7918, 12 101 Lesern, welche dort Zeitungen verschiedener Parteien, Wochen- und Monatschriften in ziemlich großer Zahl finden. Seit mehr als 12 Jahren ist die Bücherei täglich geöffnet. Auch für Kinder ist seit 1919 ein Lesesaal geöffnet, und das Interesse für die Bücherei hat in den weitesten Kreisen der Bürgerschaft feste Wurzeln geschlagen. Der unselige Krieg hat natürlich auch für sie schwere Zeiten gebracht. Die verfügbaren Mittel waren immer sehr beschränkt. Noch 1912 flossen aus Beiträgen nur 2616 Mark ihr zu. Wir sind in Deutschland nicht gewöhnt, für das Gemeinwohl in angemessener Weise zu opfern. Fünf größere Beiträge brachten 1500 Mark (darin seitens der Stadt 1000 Mark); dann folgten 20 Spenden von 10—30 Mark = 355 Mark, 132 Beiträge von 2—5 Mark = 335 Mark und 531 Beiträge von 0,50—1,50 Mark = 426 Mark ergebend. So erfreulich es nun ist, daß auch Ärmere für eine Bücherei etwas geben, so unerfreulich, ja beschämend ist es, wenn auch wohlbemittelte Bürger sich mit einem Jahresbeitrage von 1 Mark für eine Bücherei abfinden. Während des Krieges waern die Beiträge natürlich noch knapper, und die Erhaltung der Bücherei war noch mehr als bisher auf die Opferwilligkeit weniger warmer Freunde angewiesen. Das 1914 gerade fertig werdende schöne Volkswohlfahrthaus wurde als Lazarett für Verwundete und Kranke in Anspruch genommen, und so mußte die Bücherei noch länger in dem Kellergeschoß hausen, welches die Stadtverwaltung 1900 zur Verfügung gestellt hatte,



um auf Kosten der Bücherei aus einem Kohlenkeller in Bücherei und Leseraum umgewandelt zu werden. Daß die Beamtinnen in diesen Räumen 19 Jahre treu ihres Amtes gewaltet und bei recht knapper Entlohnung die Bücherei auf eine erfreuliche Höhe gebracht haben, kann gar nicht dankbar genug anerkannt werden. Gegenwärtig befindet sich nun die Bücherei in dem schönen Neubau des Volkswohlfahrthauses mit schönen Räumen für die Bücher, Lesesaal und Kinderlesesaal, geräumigem Arbeitszimmer — ausreichend für mehr als einen verdoppelten Betrieb. Bei dem warmen Interesse, welches ihr jetzt zugewendet wird, darf auch darauf gerechnet werden, daß in der Zukunft die erforderlichen Mittel nicht fehlen werden, um das Geschaffene zu erhalten und weiter zu entwickeln. Hohen Dank schuldet die Bücherei ihrer Leiterin, Fräulein Forch, die volle 25 Jahre ihre ganze Liebe und Kraft ihr gewidmet, unermüdlich das Gute für sie gewählt und trotz der Beschränktheit der Mittel es ermöglicht hat, daß eine Bücherei entstehen konnte, welche auch von anspruchsvolleren Lesern als wertvoll anerkannt werden muß.

Das Volkswohlfahrthaus

Die traurigen Verhältnisse, unter welchen die Volksbücherei arbeitete, hatten mir schon lange großes Unbehagen verursacht. Außerdem hatte ich auch mit Neid in anderen Städten Einrichtungen kennen gelernt, deren Fehlen in Landsberg ich als Rückständigkeit empfand. Namentlich waren es auch die traurigen Badeverhältnisse, welche ich als alter Schwimfreund glaubte, beseitigen zu müssen. In Stuttgart hatte ich das glänzende Volksbad kennen gelernt, begründet von dem tatkräftigen und umsichtigen — dafür geadelten — Geheimrat von Vetter, der es erreicht hatte, das darin angelegte Kapital sogar regelmäßig zu verzinsen. Das Bad — Vorbild für eine große Zahl später erbauter Badeanstalten — bietet alle Arten von Bädern, große Schwimmbäder für Männer wie Frauen, ausgestattet mit allem Behagen und Schmuck. Bei seiner Lage inmitten der Stadt, an einer lebhaften Verkehrsstraße, erfreut es sich eines glänzenden Besuches. Auf meine verwunderte Frage, wie die Verzinsung ermöglicht sei, erklärte mir Herr von Vetter, daß dies in erster Linie auf die günstige Lage der Anstalt zurückzuführen sei, und daß er mir dringend anrate, falls ich in Landsberg etwas Ähnliches anlegen wollte, unter keinen Umständen davon abzugehen, daß das Bad im Innern der Stadt, an einer lebhaften Verkehrsstraße läge — in diesem Falle bürge er für guten Besuch und gute Verzinsung, während ein ungünstig liegendes Bad sich sicher nicht verzinsen werde! Ich konnte



mich der Richtigkeit dieser Gedanken nicht verschließen und beschloß, danach zu handeln.

Als ich im Herbst 1912 an meine Mitbürger herantrat mit dem Vorschlag zwecks Erbauung eines Volkswohlfahrthauses für Turnverein, Bücherei, Jugendpflege, Schwimmbad eine gemeinnützige Aktiengesellschaft zu begründen, fand ich lebhaft Zustimmung — ein Kapital von 200 000 Mark Stammaktien, welche voraussichtlich zinslos bleiben würden, und 100 000 Mark Vorzugsaktien, für welche ich auf 10 Jahre eine dreiprozentige Verzinsung verbürgte, wurde gezeichnet, und nun galt es, ein geeignetes Grundstück zu finden. Der Zufall fügte es günstig. Aus dem Nachlaß eines Ackerbürgers stand ein großes Grundstück zwecks Erbteilung zum Verkauf, welches in der Luftlinie nur etwa 300 Meter von der Hauptkirche und dem Marktplatz entfernt, allerdings durch eine Ringstraße und die alte Stadtmauer von der inneren Stadt abgetrennt war. Der Durchbruch dorthin stand aber schon seit mehr als einem Jahrzehnt im Straßenplan der Stadt verzeichnet und war in nicht zu ferner Zeit zu erwarten, da er sowieso von der Entwicklung der Stadt auf das Dringendste gefordert wurde. Dieses Grundstück wurde also zu einem erträglich günstigen Preis in öffentlichem Aufgebot erstanden, dazu eine kleine Anschlußfläche erworben und so ein schönes Baugelände von etwa 4500 qm geschaffen, welches für alle spätere Entwicklung ausreichend Raum sicherstellte. Der Gedanke, auf dieser Baustelle Turnhalle und Schwimmbad übereinander schaffen zu können, erwies sich freilich bei näherer Prüfung als nicht empfehlenswert, und so benutzte man die Gelegenheit, gegenüber liegende Baustellen von etwa 2450 qm hinzu zu erwerben, um später alles von einer Stelle aus bewirtschaften zu können. Für den gleichzeitigen Bau eines Schwimmbades waren opferwillige Aktienzeichner vorhanden, und es hätte beides in Angriff genommen werden können, wenn nicht die Stadtverwaltung sich geweigert hätte, die baldige Durchführung des Straßendurchbruchs durch Erwerb eines dafür notwendigen Grundstückes sicherzustellen. Wie so oft, stieß man sich an kleinem Preisunterschied von etwa 10 000 Mark, und als ich mich bereit erklärte, davon die Hälfte zu tragen, ließ man trotzdem den Ankauf verfallen, obwohl vorher der noch auf meine Bitte herübergekommene Regierungspräsident von Frankfurt an der Oder auf das Dringendste empfohlen hatte, an solcher Kleinigkeit eine so schöne Sache nicht scheitern zu lassen.

Der 1914 kommende Krieg hat alsdann für absehbare Zeit die Schaffung eines Schwimmbades für Landsberg unmöglich



gemacht. Vielleicht ist es mir möglich, noch einen Grundstock für die spätere Ausführung des Bades in meinem Nachlaß zur Verfügung zu stellen, doch läßt sich bei der traurigen Lage unserer Wirtschaft nicht absehen, wie sich meine Vermögensverhältnisse in den nächsten Jahren gestalten werden.

Die Volkswohlfahrt-Aktiengesellschaft mußte sich zunächst darauf beschränken, das Wohlfahrtshaus mit Turnhalle zu bauen, was nach den Bauplänen eines Schwiegersohnes meines alten Freundes Georg Schönflies, des Regierungsbaumeisters Fritz Crzellitzer in Zehlendorf, in würdiger Form zur Zierde der Stadt zur Ausführung kam.

Die Turnhalle ist gleichzeitig als Versammlungsraum für öffentliche Vorträge vorgesehen — unter derselben sind einfache Bänke aufbewahrt, welche leicht durch mehrere Öffnungen des Fußbodens heraufgereicht und wieder dorthin zurückbefördert werden können. Für den Tagesbetrieb sind diese Öffnungen natürlich in gesicherter Weise geschlossen. Bei einer Größe von etwa 475 qm und bei einer eingebauten Tribüne von etwa 95 qm bietet die Halle Raum für rund 1500 Personen, und bei der günstigen Lage inmitten der Stadt und dem Mangel an solchen Räumen erfüllt das Wohlfahrtshaus auch nach dieser Richtung hin eine wichtige Aufgabe im Dienst des Gemeinwohls.

Der Hauptwert liegt indessen in den Zwecken, welchen das Hauptgebäude dient. Im Erdgeschoß finden sich Restaurationsräume und Klubräume des Turnvereins, dessen 700 Mitglieder eifrig an der Beschaffung der Mittel für die Aktiengesellschaft sich beteiligt haben. Man hat einen kleinen Saal von 108 qm, der sich auf 140 qm erweitern läßt, dann weitere Räume von 63, 48 qm usw.

Das erste Obergeschoß dient der Volksbücherei, welche einen Büchersaal von etwa 148, einen Lesesaal von 109, einen Kinderlesesaal von 74, ein Arbeitszimmer von 52 qm mit anderen Nebenräumen hat.

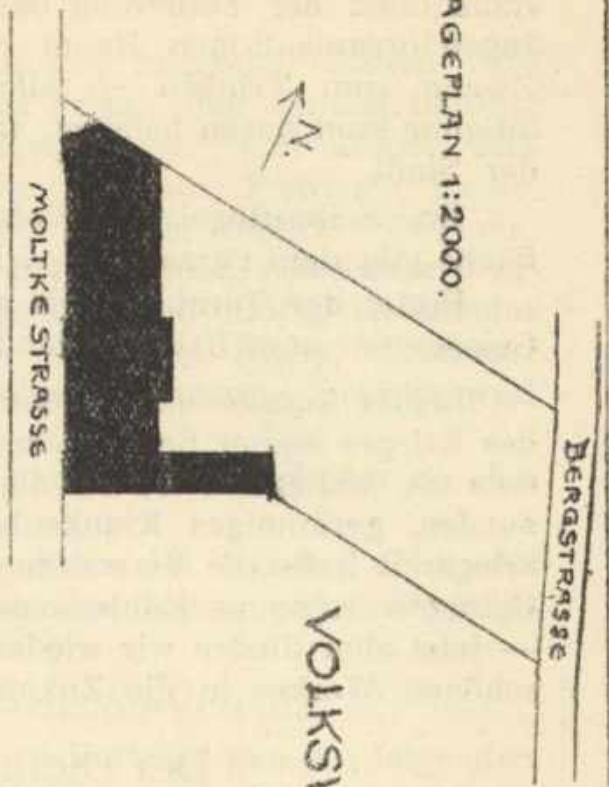
Das zweite Obergeschoß ist für die weibliche Jugendpflege bestimmt mit Räumen von 50, 58, 75, 28, 66 qm, von denen zwei zu einem kleinen Saal von 113 qm vereinigt werden können. Außerdem enthält es noch eine Schulküche von 90 und einen weiteren Raum von 28 qm.

Das dritte Obergeschoß enthält 5 Vereinsräume wie das zweite Obergeschoß und die Wohnung des Hausverwalters von 175 qm Nutzfläche.

Im Dachgeschoß befinden sich Räume für Handfertigkeitsunterricht, welche eifrig benutzt werden — kurzum, das ganze

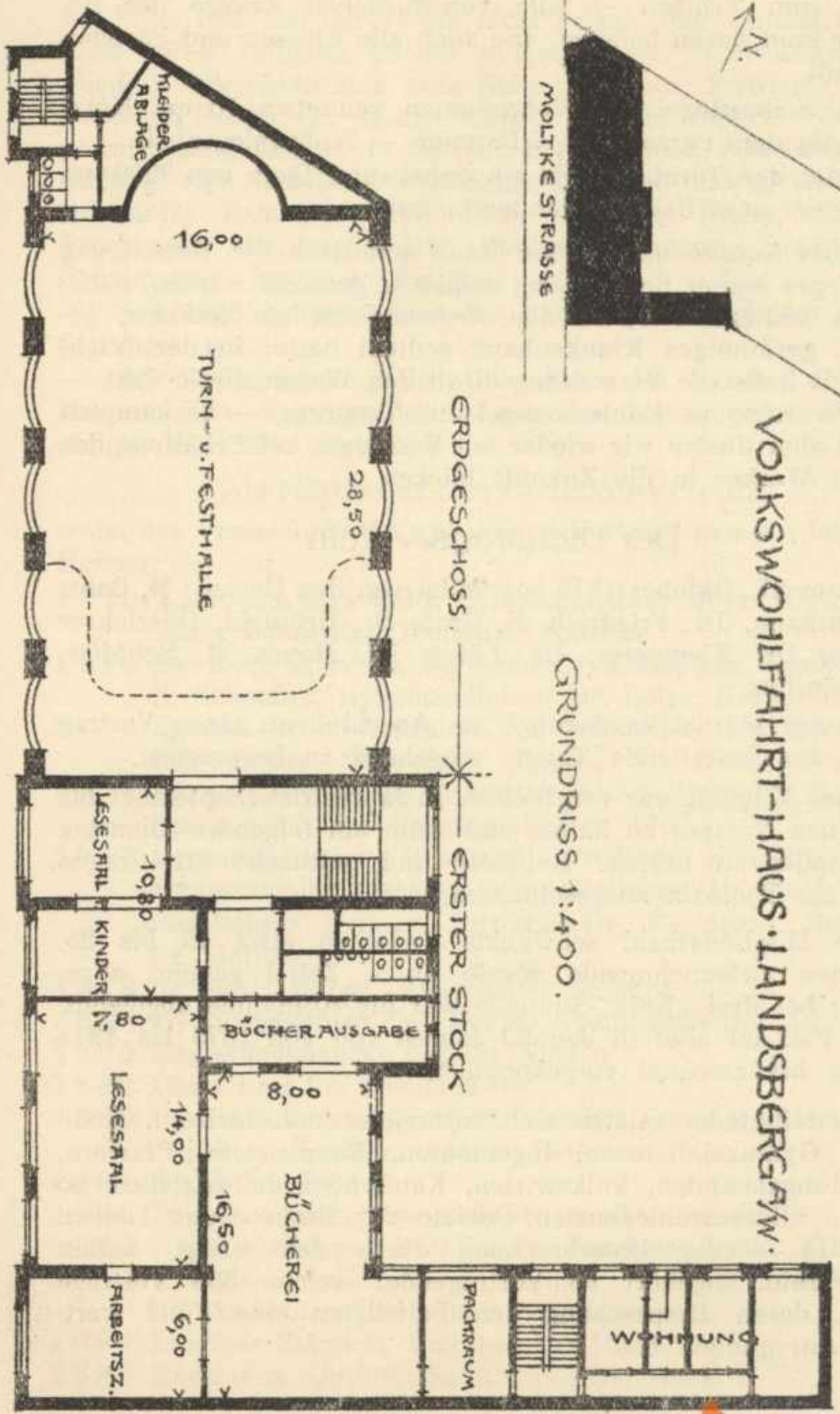


LAGEPPLAN 1:2000.



VOLKSWOHLFAHRT-HAUS · LANDSBERG A/W.

GRUNDRISS 1:400.



Haus dient der Förderung des Gemeinwohls und gibt etwa 52 Jugendorganisationen Raum zum Zusammenkommen — ohne Zwang zum Trinken — alle verschiedenen Zweige der Betätigung sind daran beteiligt, wie auch alle Klassen und Parteien der Stadt.

Ein Seitenflügel mit Wohnräumen von etwa 70 qm Nutzfläche gibt dem Personal — 4 Parteien — Wohngelegenheit.

Hinter der Turnhalle gibt ein unbebauter Platz von 3200 qm Gelegenheit zum Ball- und anderem Spiel.

Leider konnte das schöne Haus erst nach der Beendigung des Krieges seiner Bestimmung dienstbar gemacht werden, nachdem es nahezu 5 Jahre den Verwundeten als schönes, gesundes, geräumiges Krankenhaus gedient hatte; in der Nachkriegszeit hatte die Verwaltung in all den Wehen dieser Zeit — Geldentwertung — Kohlenmangel und Teuerung — zu kämpfen — jetzt aber dürfen wir wieder mit Vertrauen auf Erhaltung des schönen Werkes in die Zukunft blicken.

Der Dienstags-Verein

wurde am 27. Oktober 1875 begründet von den Herren: M. Bahr, Dr. Baumann, Dr. Friedrich, E. Groß, Dr. Grünfeld, Oberlehrer Klauke, Dr. Klemperer, Dr. Lötze, Dr. Meyer, R. Schäffer, G. Schönflies,

um einmal wöchentlich im Anschluß an einen Vortrag das betreffende Thema eingehend zu besprechen.

Jedes Mitglied war verpflichtet, in Jahresfrist (September bis Mai) einen Vortrag zu halten und dann am folgenden Dienstag den Vorsitz zu führen. Religiöse und politische Streitfragen waren als Themata ausgeschlossen.

Die Mitgliederzahl schwankte zwischen etwa 15 bis 25. Über neu aufzunehmende wurde durch Zettel geheim abgestimmt; bei drei „Nein“-Stimmen war die Aufnahme abgelehnt. Dieser Fall ist aber in den 39 Jahren von von 1875 bis 1914 nur ein bis zweimal vorgekommen.

Die Mitglieder setzten sich zusammen aus: Juristen, Medizinern, Gymnasiallehrern, Ingenieuren, Baumeistern, Pfarrern, Verwaltungsbeamten, Volkswirten, Kaufleuten, Industriellen, so daß die allerverschiedensten Gebiete zur Besprechung kamen. Bis 1914 — der Unterbrechung durch den Krieg, hatten dem Verein angehört 98 Vortragende, welche 868 Vorträge hielten, deren Besprechung den Beteiligten eine Fülle wertvoller Anregungen bot.



Während des Krieges und in den folgenden Jahren 1914 bis Ende 1925 hat der Verein nicht getagt, aber Anfang Oktober 1925 seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Von älteren Mitgliedern beteiligten sich aufs Neue: M. Bahr, Friedrich, Neide, Kästner, Hoefler, P. Bahr, Mielke, Fritsch, Staeck. Neu eingetreten sind bisher die Herren: Baurat Piper, Apotheker Wartenberg, Geh. Justizrat Wuthenow, Dr. med. Bock, Referendar Buchholz, Kaufmann Emil Pick, Professor Fiehe, Professor Freckmann, Dr. med. Aris, Stadtrat Weigang, Staatsanwalt Schwemann, Ingenieur Philpp.

Seit 1906 nehmen auch die Damen der Mitglieder an den Sitzungen teil.

Zur Kennzeichnung des Charakters des Vereins seien die Namen aller Vortragenden sowie die Themen der Vorträge einiger Jahre hier angeführt:

Als Mitglieder des Dienstag-Vereins

weist das Verzeichnis der gehaltenen Vorträge aus die folgenden Herren:

- 1875 Kaufmann Max Bahr, Gymnasiallehrer Meyer, Gymnasiallehrer Baumann, Oberlehrer Klauke.
- 1876 Dr. med. Grünfeld, Rabbiner Dr. Klemperer, Buchhändler R. Schaeffer, Gymnasiallehrer Dr. Lötze, Brauereibesitzer Egmont Groß, Kaufmann G. Schönflies, Amtsgerichtsrat Zeigermann, Oberlehrer Peters, Dr. med. Lehmann, Dr. med. Friedrich, Gymnasiallehrer Wronsky, Brauereibesitzer Pfauth, Gymnasiallehrer Pfeil.
- 1877 Gymnasiallehrer Neumann, Prediger Kirstein, Erster Staatsanwalt Toussaint, Gymnasiallehrer Dr. Buhle, Gymnasiallehrer Hancke, Justizrat Dr. Pescatore, Stabsarzt Dr. Götting.
- 1878 Dr. med. Haber, Amtsrichter Sellmer.
- 1879 Gymnasiallehrer Dr. Neide, Gymnasiallehrer Dr. Regel.
- 1880 Regierungsbaurat Dr. zur Nieden.
- 1882 Oberlehrer Dr. Kewitsch.
- 1883 Gymnasiallehrer Walther, Zeichenlehrer Scharen, Bauinspektor Roether, Baurat Petersen.
- 1884 Apotheker Röstel.
- 1885 Baurat Stürtz, Gymnasiallehrer Dr. Schulz.
- 1886 Gymnasiallehrer Dr. Noack, Landgerichtsrat Eichhorn.
- 1887 Amtsrichter Kersandt, Prediger Fischer, Amtsrichter Dr. Aschrott, Stadtbaurat Friedenreich.
- 1889 Prediger Stäglich, Prediger Dr. Müller.
- 1890 Kaufmann Quilitz, Sanitätsrat Dr. Gock.



- 1891 Gymnasiallehrer Dr. Kampfhenkel, Lyzeallehrer Löbner, Assessor Fern, Kaufmann Sasse.
- 1892 Justizrat Lasker.
- 1893 Gymnasiallehrer Dr. Höhnemann.
- 1894 Dr. med. Gaedcke.
- 1895 Regierungsbaumeister Kres, Prediger Brinckmann, Gymnasiallehrer Feistkorn.
- 1897 Gymnasiallehrer Dr. Kuhfahl, Deichhauptmann Rauch, Prediger Rackwitz.
- 1898 Dr. med. Aulich.
- 1899 Reichsbankdirektor Grimm, Landgerichtsdirektor Andree, Dr. med. Caro.
- 1900 Oberlehrer Dr. Hanow.
- 1901 Pfarrer Burk.
- 1902 Oberlehrer Hacker, Direktor Dr. Schreiber, Dr. med. Hoefler, Dr. med. Pritzsche.
- 1903 Ingenieur Dir. Hanisch, Oberlehrer Dr. Hasseroth, Ingenieur Dir. Schreuder.
- 1904 Landgerichtsrat Berlin, Kaufmann Paul Bahr jr., Staatsanwalt Engel, Rechtsanwalt Dr. Binting.
- 1905 Dr. med. Haedicke, Professor Dr. Rehmann.
- 1906 Apotheker Maaß, Landrichter Daffis, Landrichter Ahrens, Stadtrat Schacht, Dr. med. Prang, Dr. med. Marthen.
- 1907 Dr. med. Rösen, Oberlehrer Truelsen, Oberlehrer Dr. Mielke, Dr. med. Baumann, Rechtsanwalt Dr. C. Meyer, Lyzeal-Direktor Dr. Kästner.
- 1909 Regierungsbaumeister Haeger, Oberstleutnant v. Lessel.
- 1910 Gymnasial-Direktor Schlee, Dr. med. Rein, Apotheker Staeck, Rechtsanwalt Fritsch.
- 1913 Oberlehrer Dr. Brunner, Dr. med. Künkel.

Vorträge

1880.

6. Januar: Peters, Die Engländer in Indien.
13. „ Grünfeld, Erkältungskrankheiten.
20. „ Klemperer, Shakespeares Sonette.
27. „ Schaeffer, Das Inseratenwesen als Staatsmonopol.
3. Februar: Zeigermann, Trifft Friedrich d. Gr. der Vorwurf der Kabinettsjustiz?
10. „ Zur Nieden, Vollbahnen und Sekundärbahnen.
17. „ Kirstein, Schulsparkasse.
24. „ Zeigermann, Das Protokoll über die Absetzung des Kanzlers Fürst.



24. Februar: Zur Nieden, Bau einer Brücke über einen Fluß mit Inundationsgebiet; Bau der Eisenbahn in moorigen Gegenden.
2. März: Max Bahr, Kommunalbesteuerung.
16. „ Grünfeld, Die Disposition verschiedener Alter zu verschiedenen Krankheiten.
6. April: Neumann, Die gesetzlichen Bestimmungen in Preußen über die konfessionelle, simultane und konfessionslose Schule.
13. „ Klaucke, Die Puttkammersche Orthographie.
20. „ Neide, Zur Theorie des Lächerlichen.
27. „ Baumann, Der Unterschied von Poesie und Prosa.
14. September: Kirstein, Die Bettelplage.
21. „ Kirstein, Schwierigkeiten in der Gesetzgebung für das Volksschulwesen.
12. Oktober: Neide, Die Gedichte von Dav. Friedrich Strauß I.
19. „ Neumann, Die Erziehung der deutschen Frauen im Mittelalter.
2. November: Schaeffer, Die angebliche Liebe Lasalles zu Sophie Soluzeff,
9. „ Schaeffer, Vorlesung der Literaturkomödie „Lessing und Nicolai“ von Adolf Enslin.
13. „ Neide, Die Gedichte von Dav. Friedrich Strauß II.
23. „ Lehmann, Feuerbestattung.
30. „ Götting, Rekrutenaushebung.
7. Dezember: Zur Nieden, Verwundeten-Transport.
14. „ Kirstein, Die Gewerkvereine.
1895.
8. Januar: Kres, Die vulkanische Umgebung Neapels.
15. „ Höhnemann, Die Vorfahren der Säugetiere in Europa I.
22. „ Höhnemann, Die Vorfahren der Säugetiere in Europa II.
29. „ Neumann, Schillers Beschäftigung mit Virgil.
4. Februar: Max Bahr, Arbeiterwohnungen.
12. „ Sasse, Einfluß der Buchdruckerkunst im Mittelalter und in der Neuzeit.
19. „ Kres, Gründungen in großer Tiefe mit komprimierter Luft.
26. „ Brinckmann, Das japanische Unterrichtswesen.



5. März: Petersen, Vorgeschichte des Reichstagsgebäudes.
 12. „ Höhnemann, Über Wolkenbildung.
 19. „ Brinckmann, Sitten, Gebräuche und Religion in Japan.
 26. „ Neide, Schillers Ilias.
 2. April: Lasker, Noch einmal der Müller Arnold'sche Prozeß.
 23. „ Lehmann, Milch und Milchkontrolle.
 30. „ Feistkorn, Fichte als Pädagoge.
 7. Mai: Friedrich, Die Besessenen im Neuen Testament.
 22. Oktober: Walther, Über optische Täuschungen I.
 29. „ Walther, Über optische Täuschungen II.
 5. November: Walther, Über optische Täuschungen III.
 5. „ Neide, Begriff von Luxus.
 12. „ Lasker, Aus der Praxis des Oberverwaltungsgerichts.
 19. „ Kres, Über Beseitigung und Reinigung der städtischen Abwässer und Verunreinigung der Flußläufe I.
 26. „ Kres, Über Beseitigung und Reinigung usw.
 3. Dezember: Quilitz, Die Zerstörung des Inkareiches.
 17. „ Gaedcke, Der diluviale Mensch.

1910.

11. Januar: Truelsen, Shakespeare oder Bacon.
 18. „ Schlee, Entwicklung des höheren Schulwesens im 19. Jahrhundert.
 25. „ Rösen, Schülerselbstmorde.
 1. Februar: Höhnemann, Über Kometen.
 8. „ M. Bahr, Freiherr von Stein, I.
 15. „ M. Bahr, Freiherr von Stein, II.
 22. „ Pritzsche, Mikroskopischer Bau der Gewebe.
 1. März: Mielke, Die imperialistische Idee in England.
 8. „ Friedrich, Das Weib in anthropologischer Beziehung.
 22. „ Rehmann, Derfflinger.
 12. April: Rein, Anatomie des Gehirns.
 19. „ Rein, Lokalisation im Gehirn.
 26. „ P. Bahr, Die Gefahren des Bergsports.
 3. Mai: Meyer, Jurisprudenz des gewöhnlichen Lebens.
 10. „ Marthen, Hysterische Haftpsychosen.
 18. Oktober: Kästner, Der Geistescharakter des Menschen.



25. Oktober: Rehmann, Ein Kampf um den Besitztitel (Episode aus dem Leben der Gräfin Lichtenow).
 8. November: Rehmann, Drei Skizzen.
 15. „ Staeck, Über Ionen und Elektronen.
 22. „ Schlee, Die Entwicklung des Faustcharakters.
 7. Dezember: Schlee, Goethes Faust — Analyse.
 20. „ Fritsch, Dienstbotenfrage.

Wasserstrassen und Kanäle

s. Anl. 10

Bei der Entwicklung meines Sackgeschäftes und noch mehr der neubegründeten Jutespinnerei war mir der billige Frachtweg der Warthe eine sehr große Hilfe gewesen. Ich hatte daher mit großer Freude es begrüßt, als in den 1890er Jahren die preußische Regierung mit großzügigen Plänen auf Ausbau der Wasserstraßen hervortrat. Die daran sich knüpfenden heftigen jahrelangen Kämpfe betrachtete ich als eine schwere Schädigung des Staatswohls und bemühte mich nach Kräften, den Kanalbau zu fördern, und die kurzsichtigen, die Sachlage und ihr eigenes Interesse verkennenden, Gegner zu bekämpfen. Ich wies darauf hin, daß gerade der Osten die schweren Bahnfrachten nicht tragen konnte, um mit seinen Erzeugnissen den weit entfernten kaufkräftigen Westen zu erreichen. Während man bei einer Fracht von 1 Mk. in 10 Ton-Ladungen auf der Bahn nur 146 km weit 100 kg versenden konnte, gingen sie im Wasserverkehr 600 km weit! Namentlich für das gefährdete Ostpreußen war dies von verhängnisvoller Bedeutung.

Die Entwicklung einer blühenden Industrie war ganz unmöglich! Ostpreußen verlor infolgedessen von 1871 bis 1905 durch Abwanderung 700 000 Menschen, Westpreußen 500 000! während slavischer Nachschub vom fernerem Osten kam! Zu dem Frachtsatz, zu welchem man von Allenstein per Bahn nach niedrigem Spezialtarif bis nach Thorn an der Weichsel kam, erreichte man auf dem Wasserwege Magdeburg; der Bahnfrachtsatz, welcher bis Schneidemühl führte, führte auf dem Wasser bis Köln! Für unseren Spinnereibetrieb machte der Unterschied zwischen Bahn- und Wasserverladung schon im 4. Betriebsjahr 200 000 Mk. aus — später ging er über 300 000 Mk. hinaus! Ohne Wasserweg wäre es ganz unmöglich gewesen, in Landsberg größere Spinnerei zu begründen, da der gegenüber der Konkurrenz auf der Bahn erreichbare Absatzbezirk noch nicht den dritten Teil der Erzeugung hätte aufnehmen können. Der so ungünstig arbeitende Osten konnte ohne eine gute Wasser-Verbindung nach dem Westen nicht zu einer gedeihlichen Entwicklung kommen, aber trotzdem war der Mangel an Einsicht



und die Selbstsucht der Gegner — namentlich der Landwirtschaft — so groß, daß nach jahrelangen Kämpfen der Bau des Mittellandkanals abgelehnt und nur ein Bau vom Rhein bis Hannover bewilligt wurde. Vergeblich hatten die Eisenbahnminister erklärt, sie fürchteten, mit der Bahn allein den riesenhaft anwachsenden Verkehr nicht bewältigen zu können — vergeblich erklärte auch der Generalstab, daß der Kanal eine wertvolle Verstärkung der Kampfkraft böte — vergeblich erklärte im Bremer Ratskeller der Kaiser: „Ich gebe mein Wort, daß der Kanal gebaut wird,“ der ungekrönte König von Preußen — von Heydebrand — siegte; der Kanal wurde abgelehnt! Die Kanalrebelln — Landräte usw. — wurden zwar hier und da entlassen — aber nach wenigen Jahren kehrten sie in höhere Aemter zurück — sie waren die Treppe hinaufgefallen! Die Entwicklung des Kanalbaus ist eine der schmachvollsten Erscheinungen der politischen Vergangenheit — das Fehlen der Wasserverbindung zwischen West und Ost haben wir während des Krieges sehr schmerzlich empfunden. 7 Millionen Tonnen Schiffsraum konnten unsere Wagenraumnot nicht mildern helfen. Ich hatte in dieser Frage in der Zeitschrift für Binnenschifffahrt 1908, in Versammlungen der Binnenschifffahrt-Gesellschaft in Posen 1911, in Allenstein 1912, in München 1913 gesprochen — diese Reden in einem kleinen Heft zusammengestellt und im Interesse des Baues eines Kanals von den Masurischen Seen zur Weichsel verbreitet. Die Kanalfreunde begrüßten die kleine Schrift mit großem Beifall — aber die Gegner waren unbelehrbar — erst während des Krieges stimmten sie mir zu, als ich in einer kleinen Versammlung im Herrenhause ihnen an eindrucksvollen Karten die Torheit ihrer Gegnerschaft klar machte und zeigte, daß auf Rhein, Ems, Weser, Elbe, Oder, Weichsel das fremde Getreide jeden wichtigen Platz Deutschlands billig erreichen konnte, während das deutsche Getreide per Bahn kaum von Alleinstein nach Berlin versandt werden konnte und vor dem Kriege nach Rußland und Schweden ging. Nicht minder kurzsichtig war freilich auch die Regierung, welche den erbittertesten Gegner der Kanalbauten — Peters — zum Chef der Wasserstraßenverwaltung machte, den Vater aller Kanalpläne — Sympher — kalt stellte. Trotz aller so eindrucksvollen Karten Symphers konnte man nicht erkennen, daß der größte Eisenbahnverkehr immer in den Bezirken des größten Wasserverkehrs sich zeigte, daß der Wasserverkehr ein Helfer, nicht ein Minderer des Bahnverkehrs ist! Heute bemüht man sich den Mittellandkanal fertigzustellen — zu spät!! Während des Krieges fehlte seine wertvolle Hilfe!



Daß man außerdem versäumt hatte, neben dem Wasserstraßenausbau durch Anlage von großen Staubecken die schädlichen Hochwasser abzufangen und dadurch Millionenschäden jedes Jahrzehnts zu beseitigen, sowie für die Zeiten der Trockenheit den Wasserstand so weit aufzubessern, daß die Schiffe schwimmen konnten — all dies sind Sünden der Vergangenheit, welche zum Himmel schreien! Leider nicht die einzigen! Auf der Oder gingen in manchem Jahr 100 Schiffahrtstage verloren; auf der Elbe liegt es ähnlich. Die Schiffe wie die Verfrachter verlieren Millionen, aber durchgreifende Abhilfe war nicht zu erreichen.

Meine politische Tätigkeit

s. Anl.
11, 12, 13

In meiner Jugend war es mehr oder weniger selbstverständlich, daß jeder Städter liberal war! Waren es doch selbst eine große Zahl von Rittergutsbesitzern, Bauern, Adligen! Die nach 1848 einsetzende Reaktion mit der Nichtachtung des Bürgers, Maßregelung jedes liberalen Beamten, Verfolgung unabhängiger Presseäußerungen usw. hatte doch das Bürgertum so stark erregt, daß z. B. 1874 in Landsberg unter 74 Wahlmännern nicht ein einziger konservativer sich fand — alle waren liberal! Sozialisten gab es damals in Landsberg noch nicht. Ich selbst hatte die Kriege von 1864 und 1866 als 16 und 18jähriger mit großer Begeisterung verfolgt — einige Mitschüler hatten schon mitgekämpft, und wenn auch die Konfliktzeit alle Liberalen in scharfem Gegensatz zu Bismarck gesehen hatte, so war doch mit der Indemnität von 1866 eine andere Stimmung gekommen, man sah Bismarck auf dem Wege zur Einigung Deutschlands, und so spaltete sich auch in Landsberg der Liberalismus in die nationalliberale und fortschrittliche Partei. Führer war derzeit Apotheker Röstel, ein allgemein geachteter und beliebter Mann. Unter ihm habe dann auch ich die erste politische Lehrzeit durchgemacht — natürlich nur als junger Helfer bei der Stimmzettelverteilung, dem Heranschleppen säumiger Wähler usw. Nach meiner Rückkehr aus England wurde meine junge Kraft bald gewürdigt — ich trat wohl schon 1876 mit in den Parteivorstand und übernahm nach Röstels Uebersiedlung nach Berlin Mitte der 80er Jahre den Parteivorsitz, den ich dann mit kurzer Unterbrechung als Nationalliberaler, Sezessionist, Freisinniger und zuletzt Demokrat bis 1919 behalten habe.

Bei den Wahlen nach 1870 standen sich noch Fortschrittler und Nationalliberale gespalten gegenüber, was den konser-



vativen Gegnern natürlich zustatten kam. Dieser Fehler wurde aber bald ausgeschaltet, als mit der Wendung Bismarcks nach rechts die Notwendigkeit geschlossenen Widerstandes unverkennbar wurde. Landsberg bildete seinen Wahlkreis zusammen mit dem Kreise Soldin. In beiden Kreisen war der stark vertretene Großgrundbesitz sehr einflußreich, und wenn auch anfänglich noch eine Anzahl von Gutsbesitzern mit den Liberalen gingen und auch eine größere Zahl von Bauerndörfern liberal wählten, so brachte doch der Getreidezoll darin bald eine grundsätzliche Aenderung. Während bei der Reichstagswahl von 1877 noch die Liberalen mit 9203 gegen 7897 Konservative gesiegt hatten, brachte schon die erste Wahl nach Einführung der Getreidezölle 1878 eine konservative Mehrheit von 7396 gegen 5617 Liberale! Das wirkte denn doch aufpeitschend! Die Liberalen hatten etwas geschlummert und machten sich energisch an die Arbeit, um ihren Fehler wieder gut zu machen. 1881 brachte einen liberalen Sieg mit 7489 gegen 7287. 1884 und 1888 brachten Niederlagen mit 6244 gegen 8720 und 8170 gegen 11 493. Das Attentat Kullmanns auf Bismarck 1874 hatte für den Liberalismus wenig Bedeutung; Bismarck stand in scharfem Gegensatz zu den Konservativen, hängte auch Kullmann dem Zentrum an die Rockschoße. Bedrohlich war die Nachwirkung der Attentate gegen Kaiser Wilhelm, Hödel—Mai, Nobiling—Juni 1878; sie veranlaßten Bismarck, gegen die wachsende Sozialdemokratie ein Ausnahmegesetz zu beantragen und nach der Ablehnung den Reichstag aufzulösen. Die Wahl ergab eine Schwächung der Nationalliberalen, eine Stärkung der Konservativen. 1880 trennten sich dann anläßlich der Meinungsverschiedenheiten in der Zollpolitik wie der Innenpolitik Bismarcks unter der Führung von Forckenbeck (Ruf auf die Schanzen!) Rickert, Schrader, Barth, die Sezessionisten von den Nationalliberalen, und unser Wahlkreis wendete sich den Sezessionisten zu.

Nach Kaiser Wilhelms und Kaiser Friedrichs Tode brachte die Wahl von 1890 der Freisinnigen Volkspartei (seit 1884 die frühere Fortschrittspartei, die Freisinnige Vereinigung und die Süddeutsche Volkspartei umfassend) einen glänzenden Sieg mit 12 333 Stimmen gegen 9011 Konservative. Hier trat auch zuerst die Sozialdemokratie mit 233 Stimmen in unserm Wahlkreis in die Erscheinung. Schon 1893 war sie auf 3023 angewachsen, neben ihr erschienen auch die Antisemiten mit 3067 Stimmen. Es kam zur Stichwahl, in welcher die Sozialisten ganz, die Antisemiten zum größten Teil den Liberalen die Stimme gaben, sodaß diese mit 10 191 gegen 9059 siegten. Schon 1898 kamen die Sozialisten den Liberalen mit 4940 gegen 5109 Stimmen be-



denklich nahe, ermöglichten diesen aber dann noch einen Stichwahlsieg mit 10 908 gegen 10 796 Stimmen. In den folgenden Jahren 1903, 1907, 1909, 1912 verdrängten die Sozialisten die Liberalen stets aus der Stichwahl und machten den Wahlkreis hierdurch zu einem sicheren Sitz der Konservativen.

Der Wahlkampf der Konservativen war ein wenig schöner. Die Herren glaubten als selbstverständlich von jedem Kaufmann beanspruchen zu können, daß er ihnen die Stimme gebe, wenn sie bei ihm ihren Kaffee oder ihre Leinwand kauften. Daß sie auch wenig vorsichtig waren bei Verdächtigungen ihrer Gegner, verstand sich beinahe von selbst. Dabei passierte es ihnen dann wohl, daß sie in offener Wahlversammlung über die Unverschämtheit der Liberalen spotteten, welche sich nicht entblödeten, einen Kandidaten aufzustellen, welcher schon im Irrenhause gewesen sei (er hatte als Provinzial-Landtags-Abgeordneter mal eine Anstalt besichtigt). Ein anderes Mal wollten sie am Wahlmorgen ein Flugblatt verbreiten — „die Liberalen hätten mit den Sozialisten ein Abkommen getroffen, in Königsberg für einen Sozialisten zu stimmen, während die Sozialisten in Landsberg für den Liberalen stimmen sollten.“ In der betreffenden Druckerei arbeiteten wohl Sozialisten, welche mir durch einen Eilboten einen Abzug schickten, sodaß ich es noch ermöglichen konnte, auf telegraphische Anweisung durch Plakate dies als „eine unverschämte Lüge“ zu bezeichnen. Die Wirkung war kostbar! Die Empörung über solche Gemeinheit brachte uns einen glänzenden Sieg, sodaß ich manchmal sehnsüchtig bei einer Wahl auf eine ähnliche Dummheit der Gegner wartete, welche für uns wirken sollte.

Im ganzen aber war mir diese Kampfweise doch beschämend für mein Vaterland. Ich hatte in Amerika und England (die vornehmeren Sitten kennen gelernt, wonach man nach dem Kampfe sich die Hand schüttelte und unbefangen verkehrte, während bei uns ein gesellschaftlicher Verkehr zwischen politischen Gegnern beinahe ausgeschlossen war. Niemand konnte doch darüber im Zweifel sein, daß sich hierin ein kultureller Tiefstand kennzeichnete, auf welchen das Ausland mit Geringschätzung blickte.

Konnte doch kein Unbefangener und Einsichtiger verkennen, daß die derzeitigen Führer des Liberalismus — Männer wie Forckenbeck, Mommsen, Virchow, Lasker, Rickert, Schrader, Bamberger, Barth, Naumann, Payer, Hausmann, Haas, nur von reinsten Vaterlandsliebe geleitet, Bismarck in seiner Innenpolitik bekämpften. Die geistige und sittliche Höhe des Abgeordnetenhauses der 60er und 70er Jahre



ist in den späteren Jahrzehnten ja nie wieder erreicht worden. Eine Wochenschrift wie die von Barth begründete Nation, in welcher Bamberger die ganze Feinheit seines Stils, Barth die geistvolle Schärfe seiner Kritik, Schrader die unanfechtbare sittliche Höhe der politischen Forderungen des Liberalismus zur Geltung brachten, haben wir in Deutschland nicht wieder gesehen. Ich konnte als alter Mitkämpfer Vielen von ihnen politisch näher treten; mit Schrader, der unsern Wahlkreis jahrelang vertrat, habe ich wochenlang im Wahlkampf die Kreise Lansberg und Soldin bereist, sodaß ich im Stande war, seine lautere vornehme Gesinnung kennenzulernen. Jedes Volk konnte auf Männer dieses Schlages stolz sein.

Leider hat der Liberalismus nur geringe Erfolge seiner mehr als 50jährigen Kämpfe zu verzeichnen! Das unselige preußische Dreiklassen-Wahlrecht konnte erst 1918, wenige Wochen vor dem Zusammenbruch, gestürzt werden. Alles zu spät! Und so war es auf fast allen Gebieten! Seit Stein hat kein wirklich großer Staatsmann in Preußens oder Deutschlands innerer Verwaltung gewirkt. Die Städteordnung hat den Städten eine brauchbare Grundlage für ihre Verwaltung gegeben. Auf dem Lande herrschten geradezu himmelschreiende Zustände, bei denen von Staatsmännischem Geiste absolut keine Spur zu finden war. Der größere Besitzer saß allein in seinem Gutsbezirk, das daneben liegende oder auch ihn umschließende Dorf ging ihn nichts an. Kleine Dorfgemeinden lagen vielleicht dicht beieinander wie z. B. die Siedlungen Friedrichs des Großen im Netze- oder Warthebruch. Keine von ihnen war leistungsfähig, um eine ordentliche Schule zu unterhalten — 50, 60, 80 Kinder aller Jahrgänge mußten von einem Lehrer in einer Klasse unterrichtet werden, anstatt daß 4 bis 5 Dörfer gemeinsam eine 3- oder 4klassige Schule hatten. Nichts von alledem! Die zur Führung berufenen großen Besitzer kümmerten sich den Teufel um Dorf und Dorfschule! Unfug genug, daß sie gelegentlich Steine oder Holz zum Schulhausbau liefern sollten!

In die Kreisverwaltung hatten die Großgrundbesitzer (vielleicht 30 Köpfe) ebensoviel Abgeordnete zu wählen wie die ganzen Dorfgemeinden mit 30 000 Köpfen, bei denen übrigens auch nur die Landbesitzer etwas zu sagen hatten. Wie sollte sich da eine gesunde Selbstverwaltung entwickeln?

Für die Erschließung von Ödländereien und Mooren war herzlich wenig geschehen. Bei den geplanten Kanalbauten hätte sich eine Erschließung öder Bezirke ganz von selbst ergeben! Die Zusammendrängung der Bevölkerung in den Großstädten



mit ihren Mietskasernen, sonnenlosen Höfen oder in über-
völkerten Industriebezirken mit rauchgeschwängelter Luft,
während rein ländliche Bezirke sich entvölkerten — all solche
dem Staatswohl schädlichen Entwicklungen blieben unbeachtet!
Und warum? Hauptsächlich, weil niemand wagte und wagen
durfte, dem herrschenden Einfluß des Großgrundbesitzers ent-
gegentreten! Während Stein das Ziel verfolgt hatte, bei der
Bauernbefreiung ihren Besitz wie ihre Zahl stetig zu mehren,
wurde bei der Ausführung ihr Landbesitz stark beschnitten —
gegen das dauernde Auskaufen von Bauernstellen durch den
Großbesitz nichts getan! Dagegen durch dauernde, uneinge-
schränkte Neugründung von Fideikommissen immer mehr Land
dem freien Erwerb verschlossen. Der Großbesitz stärkte ziel-
bewußt seine Zahl, seinen Besitz und seine Macht, während
die Staatsregierung nichts tat, um die darin liegende schwere
Schädigung wichtiger Staatsinteressen abzuwehren. Schwer be-
greiflich war dies freilich nicht, wenn man wußte, daß die Re-
gierungsbeamten überwiegend aus den Kreisen hervorgegangen
waren, deren Interessen in solcher Politik ihren Schutz und
ihre Förderung suchten. Man mag ihnen zugestehen, daß sie —
bewußt oder unbewußt — gerade hierbei auch das Staats-
interesse am besten zu fördern glaubten. Wer als Beamter
anderer Meinung war und ihnen entgegen zu treten wagte, mußte
sehr bald weichen oder auf einem untergeordneten Platze sein
Leben hindämmern. Von Einfluß wußte man ihn schon fern-
zuhalten!

Daß man bei solchen Anschauungen auch bei der Steuer-
leistung sich nach Möglichkeit zu schonen suchte, war be-
greiflich. Die Landwirtschaft hatte in Preußen immer verstanden,
mit recht niedrigen Steuern ihre Staatspflichten zu erfüllen.
„Steuerfragen sind Machtfragen!“ entblödete sich ihr Führer
nicht, offen zu erklären. Während die Einkommensteuer-Ver-
anlagung schließlich dahin führte, daß der Arbeiter vom Tage-
lohn auf Grund der Angabe des Arbeitgebers voll besteuert
wurde, der Gewerbetreibende nach seinem Buchabschluß ziem-
lich voll sein Einkommen versteuerte, wußte der Landwirt zu
erreichen, daß er kaum den vierten Teil seines Einkommens
versteuerte. Der eigene Verbrauch aus der Wirtschaft wurde
überhaupt nicht in Anrechnung gebracht — die Einnahme aus
dem Kuhstall womöglich gar nicht gebucht — der die größeren
Besitzer einschätzende Landrat — ständiger Jagdgast der Herren
— stand so stark unter dem Eindruck der Notlage, daß er alle
einigermaßen gleichmäßig niedrig veranlagte! So war es denn
nicht wunderbar, daß er in einem mir genau bekannten Fall



einen Besitzer, der einen Sohn auf dem Gymnasium, zwei Töchter auf der Höheren Mädchenschule in Pension hatte, für einen zweiten Sohn eine Erzieherin im Hause hielt, mit einem Einkommen von 2400 Mark veranlagte, und als dieser selbst für das nächste Jahr eine Erhöhung auf 2700 Mark anregte, ihn hinauswarf mit der Begründung, dann müsse er auch die Andern erhöhen, und „dann hätte er die ganze Bande auf dem Halsel“ „Daraus würde nichts!“ Es bliebe dabei! Der Betreffende setzte sich später nach etwa 35 jähriger Tätigkeit zur Ruhe mit einem Vermögenszuwachs von 300 bis 350 000 Mark. Versteuert hatte er in den 35 Jahren insgesamt wohl noch nicht 100 000 Mark, verbraucht hatte er sicher für die Familie mehr als 200 000 Mark und trotzdem eine Vermögensvermehrung von 300 000 Mark und dabei die entsetzliche „Not der Landwirtschaft!“

Infolge einer Herausforderung in einer Wahlversammlung beschaffte ich mir ein Verzeichnis der Steuerveranlagung von 37 Landgemeinden und Gutsbezirken des Kreises Landsberg des Jahres 1908, aus welchem auf den Kopf der Bevölkerung eine Einkommensteuerbelastung für das Land von 1,70 Mark, für die Stadt von 5,20 Mark sich ergab! Dabei war die Stadt mit ihrer starken Arbeiterbevölkerung sicher nicht wohlhabender als die Landgemeinden mit wohlhabenden Bauern und reichen Gutsbesitzern. In einer Gemeinde von 149 Seelen betrug die ganze Steuer 12 Mark! gezahlt wahrscheinlich vom Lehrer! In der ganzen Gemeinde wäre demnach kein Mann gewesen, der über die Freigrenze von 900 Mark hinausgekommen wäre!

In unserer Spinnerei waren in manchem Arbeiterwohnhaus 6 Familien, die von dem nach der Lohnkarte gemeldeten Arbeitsverdienst einschließlich der Gemeindegzuschläge mehr Einkommensteuer zahlten als Dorfgemeinden von 500—600 Seelen! Daß solche Zustände der Sozialdemokratie es leicht machten, gegen diese ungerechte Klassenstaatverwaltung zu wühlen, bedarf wohl keiner weiteren Begründung!

Ich hatte niemals den Ehrgeiz gehabt, selbst als Abgeordneter in den Landtag oder Reichstag einzutreten. Ich hatte nur meinen Ehrgeiz darin gesetzt, liberale Kandidaten durch meine Arbeit zum Siege zu führen. Ich selbst wurde durch die Führung des Geschäfts — später des großen Fabrikbetriebes und meine sonstige Tätigkeit auf den verschiedenen Gebieten voll in Anspruch genommen und glaubte dadurch meine staatsbürgerlichen Pflichten treu erfüllt zu haben. Der Krieg mit seinen Folgen, die daran anknüpfenden Enthüllungen mit den Zurschaustellungen einer unfaßbaren Unvernunft in der Führung unserer Geschicke hat mich heut freilich zu einer anderen Auf-



fassung gebracht. Ich halte es für einen großen Fehler, daß die tüchtigen Wirtschaftler, welche in ihrer Arbeit so großes geleistet haben, sich von der Politik fern gehalten haben. Nach meiner Überzeugung hätten sie, bei ihrer Kenntnis der Weltverhältnisse, es nicht stillschweigend mit angesehen, daß eine Politik geführt wurde, die mit Deutschlands Vernichtung enden mußte! Wir büßen diese Vernachlässigung unserer staatsbürgerlichen Pflichten sehr schwer und müssen anerkennen, daß diese Unterlassungssünden das Bürgertum mit einem schweren Schuldanteil am Unglück Deutschlands belasten.

Revolution und politische Entwicklung

Noch wenige Tage vor dem Ausbruch hatte ich auf Grund s. Anl. 14 der in Amerika beobachteten groben Schäden der dortigen Staatsverwaltung mich nachdrücklich für die Monarchie ausgesprochen. Mein Stolz auf das Vaterland, mein Vertrauen in die Zuverlässigkeit unserer Staats- und Heerführer war so groß, daß Entsetzen mich packte, als ich erkennen mußte, daß wir getäuscht und belogen worden waren. Die dann später folgenden Enthüllungen, welche eine Unfähigkeit der Staatsleitung beim Kaiser wie seinen Beratern, zeigten, die ich nicht für möglich gehalten hätte, obwohl ich immer mit Sorge der Entwicklung gefolgt war, brachten mich schließlich zu der Überzeugung, daß zum zweiten Male ein Volk sich nicht der Gefahr aussetzen könne, durch den Unverstand eines durch den Zufall der Geburt auf den Thron gekommenen Mannes zu Grunde gerichtet zu werden.

Bei voller Würdigung der Verdienste der Hohenzollern um Preußen wie Deutschland mußte ich mich doch von der Monarchie zur Republik bekehren und zwar endgültig! Die auf den Umsturz folgenden Kämpfe zeigten auch jedem sachlich und gerecht Urteilenden, daß es die Sozialdemokratie war, welche durch den Einfluß auf die von ihr organisierten Massen uns vor ganz schweren Erschütterungen bewahrte und es ermöglichte, daß die 1919 gewählte Nationalversammlung dem Reiche eine Verfassung gab, welche trotz einzelner Mängel doch die Einheit des Reiches durch die folgenden schweren Jahre hindurch gerettet hat. Ich hatte mich für die Wahl zur Verfügung gestellt. Meine Wahl wurde aber bekämpft, weil man mich wegen meiner kurz vorher geäußerten monarchischen Gesinnung für nicht zuverlässig genug hielt. Die Mehrzahl meiner Mitbürger kannte mich indes genügend, um an meiner Erklärung, daß ich mich



nunmehr fest zur Republik bekenne, nicht zu zweifeln, und so wurde ich denn mit einer gewaltigen Stimmenzahl gewählt. Ich habe dann in den folgenden Jahren durchgehalten, ohne zu schwanken, während ein Teil der damaligen Zweifler bald nachher zu Nationalisten, Antisemiten und Sozialisten abgeschwenkt ist.

Die Arbeit im Parlament hat viel schwere Tage und Entschließungen gebracht. Den Frieden von Versailles habe ich mit der Mehrheit der demokratischen Partei abgelehnt. Das Herz war uns allen schwer, als wir die Stimme abgaben, und auch heut ist kaum zu entscheiden, wer das Richtige mit dem Nein oder dem Ja gewählt hat. Die Flaggenfrage war ein zweiter Punkt, der nicht leichten Herzens entschieden wurde. Wir Preußen stimmten meist für schwarz-weiß-rot, setzten uns aber nachher, nachdem die Verfassung schwarz-rot-gold für das Heer gewählt hatte, treu für die gefallene Entscheidung ein. Für die See war schwarz-weiß-rot festgehalten, und schwarz-rot-gold war an sich auch uns teuer, als die alte Fahne, unter welcher 1848 für Einheit und Freiheit des Reiches gekämpft war, und nach wie vor die Vereinigung mit den Deutschen Österreichs erstrebt werden mußte.

In der Nationalversammlung hatte sich zwar von Anfang an unter dem Druck der Lage ein starker Mehrheitsverband aus Zentrum 91, Demokraten 75, Mehrheitssozialisten 163 Abgeordneten gebildet, denen nur 44 Deutschnationale, 19 Volkspartei, 22 Unabhängige Sozialisten und 7 Andere gegenüber standen. Es muß auch anerkannt werden, daß die Sozialisten trotz ihrer Stimmenzahl auf die Meinung der verbündeten Bürgerlichen Rücksicht zu nehmen bereit waren. Die sachlichen Meinungsverschiedenheiten waren aber, namentlich auf dem Gebiete der Wirtschaft, zu groß, als daß nicht ernste Konflikte sich ergeben mußten; ohne den eisernen Zwang, welchen die Bedrohung durch die Feinde darstellte, wären daher Krisen kaum zu vermeiden gewesen. Der Sozialismus glaubte mit der Sozialisierung das Allheilmittel für alle Schäden der Wirtschaft in Tätigkeit setzen zu müssen. Hier aber schieden sich die Geister. Die bürgerlichen Parteien hielten doch an dem Grundsatz möglichst freier Betätigung der Person unerschütterlich fest, und so konnte eine Trennung des Verbandes wiederholt nur abgewendet werden, weil die von den Feinden drohenden Gefahren das Zusammenbleiben gebieterisch erzwangen. Eine der schwersten Krisen brachte das Betriebsrätegesetz, an welchem ich als größerer Arbeitgeber, dessen sozial-wohlwollende Grundanschauung anerkannt war, eifrig mitgearbeitet hatte, mit dem Ziel,



die Gegensätze auszugleichen und zu einem erträglichen Kompromiß zu kommen. Schließlich drohte das Gesetz an der Forderung der Bilanzvorlegung zu scheitern. Auch diese Klippe wurde umschifft, und das Gesetz am 18. Januar 1920 angenommen. Die Unabhängigen aber hatten die Arbeiterschaft Berlins zu einem Ansturm auf den Reichstag aufgerufen; der Platz vor dem Reichstag füllte sich mit drohenden Massen, und es mußten leider die Kugeln eine Reihe von Opfern niederwerfen, ehe Ruhe geschaffen wurde.

Nicht lange darauf folgte der frevelhafte Kapp-Putsch, bei dem auch Ludendorff mit seinem Spaziergang am Brandenburger Tor und der Begrüßung der einrückenden Kapp-Truppen eine etwas zweideutige Rolle gespielt hat. Ebenso hatte Stresemann, der Berliner Volksparteiler — sich etwas übereilt. Er hatte zunächst in einem Aufruf aufgefordert, der die Regierung übernehmenden Partei sich zu fügen; der am nächsten Tage eintreffende Vorsitzende Heintze veranlaßte dann schleunigst eine Berichtigung des anscheinend vorliegenden „Mißverständnisses“. Ich selbst hatte das Vergnügen, mich einige Stunden in den Händen der Rebellen zu befinden. Ich war nach Berlin geeilt, um mit der Partei das Nötige zu tun. Wir wollten uns am Vormittag in der Viktoriastraße im Demokratischen Klub treffen, und dort lief ich einer kleinen Truppe in die Arme, welche bestimmt war, verdächtige Personen abzufangen. Andere folgten — nach und nach waren wir wohl 12 bis 15 Häftlinge geworden — die befehlenden Offiziere zuckten zu allen Ausdrücken der Entrüstung die Achseln — Befehl! —, bis dann ein Major uns freigab, weil der Gesuchte nicht unter uns war, und man die Hoffnung, ihn zu fangen, wohl aufgab. Einige Tage gingen spannende Verhandlungen zwischen dem zurückgebliebenen Minister Schiffer, den Rebellen und den unter Führung von Legien in drohender Haltung anrückenden Arbeitermassen hin, bis Kapp die Aussichtslosigkeit erkannte und verschwand. Es war das erste mit frevelhafter Leichtfertigkeit unternommene Verbrechen der Nationalisten, welches Deutschland auf das schwerste bedrohte und schädigte. Zwei Monate später wurde die Nationalversammlung aufgelöst. Am 6. Juni 1920 wählte das deutsche Volk seinen ersten Reichstag, der freilich für die Demokratie einen starken Rückschlag brachte. Deutschnationale und Volkspartei hatten mit 71 und 66 Abgeordneten ihre Zahl nahezu verdoppelt; die Demokraten waren auf 39 zurückgegangen. Die Mehrheitssozialisten waren auf 102 gefallen, die Unabhängigen auf 84 gestiegen, die alsdann nach etwa einem Jahre sich wieder mit den Mehrheitssozialisten vereinigten, wonach sie zusammen 173 zählten, während der Rest zu den Kommunisten ging. Vom



Zentrum hatten die Bayern als bayerische Volkspartei sich abgezweigt. Der alte Weimarer Verband verfügte nicht mehr über eine Mehrheit, und die Festhaltung einer sicheren Richtlinie der Politik wurde immer schwieriger. Entsprechend den veränderten Stärkeverhältnissen ging das Reichskanzleramt von den Sozialisten an das Zentrum über. Fehrenbach, der bisherige Reichstagspräsident wurde am 25. Juni 1920 Reichskanzler, Simons Außenminister, dem die schwere Aufgabe zufiel, mit den Feinden eine Verständigung über die von Deutschland zu übernehmende Entschädigungssumme herbeizuführen. Anfang März 1921 kam es endlich zur mündlichen Verhandlung in London, bei welcher das wenig geschickt gefaßte deutsche Angebot mit Hohn zurückgewiesen wurde; später verurteilte man dann Deutschland, ohne es zu hören, 132 Goldmilliarden zu zahlen in drei Reihen von 12, 38 und 82 Milliarden, von denen allerdings die Zahlung der letzten 82 Milliarden als etwas angezweifelt erschien. Inzwischen hatte am 20. März 1924 in der Abstimmung Oberschlesien mit 716 046 gegen 471 496 Stimmen für das Verbleiben bei Deutschland sich erklärt, was die Feinde nicht hinderte, später trotzdem Oberschlesien in zwei Teile zu zerreißen! Die Übernahme einer Zahlungsverpflichtung von 132 Milliarden Gold erschien ganz untragbar — Fehrenbach legte sein Amt nieder. Die Feinde drohten mit Einmarsch ins Ruhrgebiet, wenn die Forderung nicht angenommen würde. In dieser verzweifelten Lage erklärte dann Wirth sich bereit, als Reichskanzler die Erfüllung zu versuchen. — Beginn der vielgeschmähten Erfüllungspolitik —, und die Demokraten hielten es für geboten, um die Katastrophe zu vermeiden, ihn zu unterstützen. Die Erbitterung des politischen Kampfes wuchs dauernd. Im Juni wird Gareis in München ermordet. Auf Erzberger war, gelegentlich einer Gerichtsverhandlung wegen schwerer gegen ihn von Helfferich gerichteter Vorwürfe, ein Mordversuch gemacht worden. Am 26. August fällt er den Kugeln von zwei fanatisierten jungen Offizieren zum Opfer; die Mörder entkommen nach Ungarn. Rathenau, welcher in Wirths Ministerium eingetreten war, gelingt es, in Wiesbaden mit dem Franzosen Loucheur ein Abkommen zu treffen, wonach anstelle von Barzahlungen Sachleistungen treten sollen. Auch dies bringt keine dauernde Hilfe, Deutschland kann das daneben erforderliche Geld nicht beschaffen; die Mark sinkt immer tiefer. Bei Kriegsende hatte ihr Goldwert noch 57 Pfg. betragen, Ende 1919 waren es nur noch 9, Ende 1920 6, bei Erzbergers Ermordung noch 5, Ende 1921 noch 2,3 Pfg. (s. Anlage 18). Deutschland mußte wegen Zahlungsaufschub verhandeln, zuerst in Cannes, dann in Genua, wo Rathenau mit Rußland durch Vertrag von Rapallo Frieden

s. Anl. 14



schließt und ein späteres freundliches Verhältnis anbahnt. Die Gegner sind zunächst empört und erbittert, beruhigen sich aber wieder, und als Rathenau dann beim Schluß der Verhandlung in italienisch an Alle appelliert und zum Frieden aufruft, erringt er einen glänzenden Erfolg. Leider wird er trotz allem von den Deutschnationalen, namentlich Helfferich, fortgesetzt in der heftigsten Weise angegriffen und als schwerer Schädiger Deutschlands angeklagt, so daß auch gegen ihn verblendete Fanatiker die Waffe richten und ihn am 28. Juni 1922 erschießen. Damit ist der Mark der letzte Stoß gegeben. Ende 1922 hat sie nur noch den Wert von sechs Hundertstel Pfennig und bis Mitte November 1923 kommt es dann soweit, daß eine Billion Papiermark eine Goldmark wert ist. Alle Rentner, Sparer, Millionen der besten Kreise des Volkes, werden dadurch rettungslos zu Bettlern gemacht! Der letzte Grund, welcher zu dieser Katastrophe führte, war der Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet, welchen sie Januar 1923 ausführen, obwohl auch die Engländer ihn als widerrechtlich bezeichnen.

August 1922 hatte anstelle des zurückgetretenen Wirth der Geschäftsführer der Hapag — Hamburg-Amerika-Linie —, Cuno, eine neue Regierung gebildet, die sich bemühte, durch unparteiische Sachverständige eine Feststellung von Deutschlands Leistungsfähigkeit zu erwirken, auf Grund deren dann ein erträgliches Abkommen zu treffen wäre. Auch England und Amerika litten unter dem Druck, der auf der Weltwirtschaft lag. England hatte mehr als 1,5 Millionen Arbeitslose, deren Erhaltung Riesensummen verschlang. Poincarè aber, der französische Ministerpräsident, wollte Deutschland vernichtend zerschlagen und war für alle Vermittlungsvorschläge taub. Der Einmarsch ins Ruhrgebiet mit seinen Folgen — Lahmlegung des Verkehrs mit Deutschland, Besetzung von Bergwerken, Knebelung der Industrie und Erzwingung gewaltiger Lieferungen ohne Bezahlung, Vertreibung Tausender von Beamten und Eisenbahnern usw. — setzte die Bewohner furchtbaren Folterqualen aus und suchte alle Halunken zu Abtrennungsrevolten aufzupeitschen. Wohl blieben alle diese Maßregeln wirkungslos gegenüber der Treue der Bevölkerung, aber die Furchtbarkeit der Pein forderte doch Erleichterung mit allen irgendwie wirksamen Mitteln. Cuno machte weitgehende Angebote, Verpfändung der Eisenbahnen, von Zollerträgen, erklärte sich bereit, jeden Schiedsspruch eines unparteiischen Schiedsamtes anzunehmen. Poincarè blieb unerbittlich, und schließlich mußte der versuchte Widerstand, der ungeheure Opfer gekostet hatte, doch aufgegeben werden. Cuno legt nieder und am 12. August 1923 tritt Stresemann, der Führer der Volkspartei, an seine Stelle, der eine Re-



gierung der großen Koalition — Volkspartei, Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten — bildet. Mitte September wird erwogen, ob es möglich ist, das Rheinland vor der Abtrennung von Deutschland zu bewahren. Man hofft, daß es nur vorübergehend sein werde! Der empörte Aufschrei des bedrohten Gebietes zwingt, von solchem Gedanken Abstand zu nehmen! Die Mark stürzt aber in den Abgrund, und erst im Oktober/November gelingt es vereinten Anstrengungen des Finanzministers Luther und des Bankdirektors Hjalmar Schacht —, eines Demokraten — eine Goldmark wieder zu schaffen, deren Wert dann von Mitte November ab bis jetzt — März 1926 — unverändert erhalten bleibt.

Im Ausland hatte inzwischen die Einsicht immer weitere Kreise erfaßt, daß mit dem Unfug Frankreichs, der die ganze Welt ins Elend zu bringen drohte, Schluß gemacht werden müsse. Der Französische Frank war ebenfalls bedrohlich entwertet und machte auch den französischen Rentner zum Bettler. So mußte Poincarè sich doch dazu bequemen, zuzugestehen, daß durch Finanzleute ersten Ranges Deutschlands Leistungsfähigkeit geprüft und die ihm aufzuerlegenden Lasten festgestellt werden sollten. Das sogenannte Dawes-Komitee trat zusammen, untersuchte alles sehr gründlich und stellte schließlich fest, daß Deutschland zunächst eine Erholungsfrist haben, ein Darlehen von 800 Millionen erhalten und dann in den ersten Jahren mit 1000, 1220, 1200, 1750 beginnend, jährlich 2500 Millionen Mark Gold zahlen sollte. Darin sollte aber alles enthalten sein, was man von Deutschland fordern könne. Es müsse auch fest darauf bestanden werden, daß dabei das deutsche Geld nicht erneut entwerte. Ein unparteiischer Kommissar solle alles scharf überwachen und dafür sorgen, daß keine Störung eintritt. Ein Endtermin der Zahlung war leider nicht festgestellt.

In Deutschland war die Regierung Stresemann nach Ausscheiden der Sozialisten am 23. November 1923 zurückgetreten, und der Zentrumsführer Marx hatte mit Zentrum, Demokraten und Volkspartei eine neue Regierung gebildet. Anfang Dezember erleidet in England die konservative Regierung eine Niederlage, und nach der Neuwahl tritt der Arbeiterführer MacDonald an die Spitze der Regierung. Er übt auf Poincarè einen starken Druck und macht ihn vernünftigeren Gedanken zugänglich.

Die unsicheren Mehrheitsverhältnisse Deutschlands veranlassen Marx zur Vornahme einer Neuwahl, die am 4. Mai 1924 zwar den Deutschnationalen und Kommunisten starken Zuwachs bringt, aber doch die Beibehaltung einer Regierung Marx mit Demokraten, Zentrum, Volkspartei, bei Unterstützung durch die



Sozialisten, ermöglicht. Am 10. Mai stürzt eine Neuwahl in Frankreich Poincarè und bringt den links stehenden Herriot ans Ruder, der, unterstützt von den Sozialisten, bereit ist, eine Verständigungspolitik mit Deutschland einzuleiten. In London wird dann durch Marx und Stresemann mit England und Frankreich über die Annahme und Durchführung des Dawesplans verhandelt; es gelingt auch dabei, für Deutschland noch eine Reihe wertvoller Zugeständnisse und Verbesserungen zu erlangen, und nun hat der Reichstag Ende August die erforderliche Zustimmung auszusprechen. Die Deutschnationalen hatten in ihrer Presse und in Versammlungen den Plan in Grund und Boden verdammt, ihn schlimmer als den Vertrag von Versailles genannt und erklärt, daß für sie die Ablehnung selbstverständlich sei. Ihre Verbündeten waren Deutschvölkische und Kommunisten. Alle anderen Kreise, auch die Länderregierungen, forderten Annahme, ganz besonders die Rheinprovinz, welche nicht länger die Pein der französischen Knebelung tragen wollte. Die Mehrheit für die Annahme war gesichert, für alle Gesetze (mit Ausnahme des Eisenbahngesetzes, welches Zwei-Drittel-Mehrheit brauchte) da die Gegner, Deutschnationale, Kommunisten, Deutschvölkische, insgesamt nur über 189 Stimmen von 472 verfügten. Bei der Abstimmung in zweiten Lesung wie in der dritten Lesung stimmten die Deutschnationalen geschlossen gegen alle Gesetze — als aber als letztes in der dritten Lesung das Eisenbahngesetz kam, zeigten sie wohl gleichfalls bis zum letzten Augenblick die rote „Nein-Karte“, gaben dann aber doch 48 weiße „Ja-Karten“ ab und schafften damit auch die hierfür erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit! Auf diese unwürdige Posse folgte aber leider ein ernstes Nachspiel! Die Volkspartei hatte in ihren Vorverhandlungen den Deutschnationalen den Eintritt in die Regierung und mehrere wichtige Ministerien zugesagt, wenn sie die Gesetze annähmen, und nun wurde die Erfüllung dieser Zusage gefordert, obwohl nur die halbe Partei und nur bei einem Gesetz für die Annahme gestimmt hatte. In der Volkspartei war aber offenbar der Wunsch nach der Verbindung mit den Deutschnationalen so stark, daß sie vom Kanzler eine solche Regierungsbildung dringend forderte. Nach langen Verhandlungen, die an der Festigkeit der Demokraten scheiterten, kam es dann zur Auflösung des Reichstages, dem der preußische Landtag folgte, und zur Neuwahl am 7. Dezember 1924. Das Ergebnis war eine Schwächung der extremen Deutschvölkischen und kommunistischen Parteien, eine kleine Zunahme bei Zentrum und Demokratie, ein starker Gewinn der Sozialisten, während die Deutschnationalen, ein-



schließlich des ihnen nahe stehenden Landbundes, von 105 auf 110 stiegen. Die gesamten früheren Gegner der Dawesgesetze zählten aber vor der Wahl 203 unter 472, nach der Wahl nur 169 unter 489 Stimmen. Im Reichstag bildete nach langen Verhandlungen der frühere Finanzminister Luther ein Kabinett aus Fachministern, welches neben der Unterstützung durch Volkspartei und Deutschnationalen auf wohlwollende Duldung seitens des Zentrum und der Demokraten rechnen konnte. In Preußen bestanden die Volksparteiler auf Aufnahme der Deutschnationalen; die alte Regierung Braun mit dem verhaßten Innenminister Severing — Sozialist — der alle Rechts- und andern Putsche mit fester Hand niedergehalten hatte, mußte abtreten. Nach wiederholten Versuchen, ein Kabinett von den Nationalen bis zu den Sozialisten zusammenzubringen, konnte schließlich der Zentrumsführer Marx nur ein Kabinett aus Zentrum und Demokraten bilden, dem auch Severing wieder angehörte. Es wurde sofort bei der Vorstellung im Landtag gestürzt, und Preußen stand erneut wieder in einer schweren Krise.

Der amerikanische Wahlzettel

Ein nicht ganz unwichtiges Ergebnis meiner politischen Tätigkeit war die Einführung des amerikanischen Wahlzettels in die Technik unserer Wahl, die ich durch Verteilung des nachstehenden kleinen Blattes im Reichstage und durch Veröffentlichung in Tageszeitungen 1922 anregte. Meine Bemühungen, die maßgebenden Vertreter der verschiedenen Parteien in dem zuständigen Reichstagsausschuß dafür zu gewinnen, begegneten zuerst starker Abneigung und entschiedenem Widerspruch. Teilweise befürchtete man die Möglichkeit einer Kontrolle und Beeinflussung des einzelnen Wählers. Der Vertreter unserer Partei setzte aber seine Bemühungen zäh und unermüdlich fort — in einigen kleinen Ländern wurden Versuche mit diesen Wahlzetteln gemacht — die Erleichterung der Wahlarbeit und die bedeutsame Kostenersparnis erzwangen sich Anerkennung und so gelangte dieser Stimmzettel im Frühjahr 1924 zur gesetzlichen Einführung in Reich und Ländern.

Jeder an der eigentlichen Wahlarbeit Beteiligte weiß, wie die Schwierigkeiten der erfolgreichen Verteilung der Wahlzettel an die jetzt auf nahezu 40 Millionen Köpfe angewachsenen Wählermassen, für die etwa 400 Millionen Wahlzettel zu drucken sind, dauernd wuchsen und fast unüberwindlich wurden. Hand in Hand damit wuchsen die dafür aufzuwendenden Kosten an Geld und Arbeit, die mit 15 bis 20 Millionen Mark für jede



Reichstagswahl wohl zu niedrig veranschlagt sind. Bei dem Elend unserer Finanzlage hatten wir aber dringenden Anlaß, jede Vergeudung von Geld und Arbeitskraft zu vermeiden und aus den Erfahrungen anderer Völker Nutzen zu ziehen. Kaum ein anderes Volk hat nun auf diesem Gebiet so reiche Erfahrungen gesammelt und soviel Systeme durchgeprobt wie das der Vereinigten Staaten, und wir sollten das dort für die Wahlzettelabgabe jetzt vorherrschende System auch bei uns in Anwendung bringen; es werde allen Parteien und dem deutschen Volke bei jeder Reichstagswahl unendliche Arbeit und Millionen nutzlos vergeudeter Kosten ersparen.

James Bryce, der Verfasser von „The American Commonwealth“ (S. 143, 144) schildert, wie die Mißstände bei der Verteilung der Stimmzettel durch die Agenten der einzelnen Parteien (Ansammlung von Menschen vor dem Wahllokal, Aufdrängung der Parteizettel, Überwachung des Wählers bis zur Zettelabgabe, Höhe der dadurch bedingten Wahlkosten, Erpressung hoher Parteibeiträge usw.) schließlich dahin führten, daß bis 1893 alle Staaten bis auf 6 Südstaaten (Nord-Carolina, Süd-Carolina, Georgia, Louisiana, Florida, Texas) und Idaho dazu gekommen sind, neue Wahlgesetze zu erlassen, über welche Bryce auf S. 144 des zweiten Bandes vierte Zeile des zweiten Absatzes folgendes sagt: „Fast alle Gesetze schreiben vor 1. den Druck der Stimmzettel durch die Behörden, 2. die Aufnahme der Namen aller Kandidaten auf demselben Zettel und daß der Wähler selbst sein Zeichen setzt neben diejenigen, welche er zu wählen wünscht, 3. die Abgabe des Wahlzettels in die Wahlurne durch den Wähler in einer Weise, welche ihn gegen Überwachung schützt. Auf die Weise ist die Geheimhaltung fast überall gesichert, und während unabhängige Kandidaten bessere Aussichten haben, ist der Bestechung und Einschüchterung ein schwerer Schlag versetzt. Die Unsitte des Zettelaufdrängens am Wahlort durch die Parteiagenten, welche in New York einen abscheulichen Umfang erreicht hatte, ist an den meisten Orten verschwunden, während die Austilgung der schweren für diesen Zweck wie für das Zetteldrucken erwachsenden Kosten den Vorwand zur Erhebung von Wahlabgaben abgeschwächt hat. Die Wahlen vollziehen sich viel mehr in ruhiger Ordnung als früher, weil in größerem Geheimnis und weil die Menge der Leute, welche die Zettel verteilen und, bereit zu Unruhen und Einschüchterung, herumstehen, sehr stark abgenommen hat. Auch ist es ein Nebengewinn, daß der unwissendsten Klasse der Wähler (Analphabeten! Der Übersetzer.), welche im Norden namentlich die letzten Einwanderer sind, in einzelnen Staaten



das Wahlrecht vorenthalten ist, in anderen ein Anreiz gegeben ist (wie es den intelligenteren Teilen der Neger in Teilen des Südens widerfuhr), ihre Erziehung aufzubessern, um die Wahlfähigkeit zu erlangen. Selbst wo Fürsorge getroffen ist für die Stimmabgabe von Analphabeten ist doch ein gewisser Makel, welchen die Bürger zu vermeiden wünschen, damit verbunden, wenn Wähler von solchen Erleichterungen Gebrauch machen müssen. Die Präsidentenwahl von 1892, welche in 35 Staaten unter diesen neuen Gesetzen sich vollzog, hat seine Überlegenheit über das alte System nachgewiesen und hat die Reformer weiter ermutigt, welche überrascht waren, zu sehen, wie schnell der Erfolg ihre Anstrengungen gekrönt hat. Für ein Endurteil aber müssen wir warten, bis die Zeit gezeigt hat, inwieweit der Erfindungsgeist raffinierter Politiker neue Methoden findet, um den heilsamen Vorschriften der neuen Gesetze zu entschlüpfen.“

Die Bedenken, welche eingewendet werden, daß die Wähler leicht irrig abstimmen könnten, daß sie ihren Wahlzettel vorher in der Hand haben müßten, werden sich ebenso wie in Amerika als unbegründet erweisen. Der Bildungsstand Deutschlands ist höher als der irgendeines anderen großen Volkes, und die etwa vorhandenen wenigen alten Wähler, bei denen Schwierigkeiten entstehen könnten, werden leicht von Kindern und Freunden belehrt werden.

Zur Veranschaulichung lassen wir einen Musterwahlzettel A folgen, wie er aussehen könnte, wenn in einem Wahlbezirk 8 Parteien Kandidatenlisten eingereicht hätten. Wir tragen darauf die Marke ein, welche ein Wähler der Mehrheitssozialisten oder ein Wähler der Deutschnationalen zu machen haben würde. Eine Nummerierung wäre völlig einwandfrei — ob man dabei die Parteien von links nach rechts oder von rechts nach links nummeriert, ist bedeutungslos. Wir folgen in dem Beispiel der Nummerierung der Wahlakten der letzten Reichstagswahl. Falls Wert darauf gelegt wird, die vollen Kandidatennamen verzeichnet zu sehen, so würde auch dies kein Hindernis sein — es dürfte aber wohl ausreichen, wenn nur der Spitzenkandidat genannt würde — der Zettel würde dadurch jedenfalls übersichtlicher und besser geeignet, Irrtümern vorzubeugen.

Mögen wir recht bald uns entschließen, diesen auf die Dauer nicht zu vermeidenden Schritt zu tun, dessen Wert und Wichtigkeit nach den ersten Erfahrungen sich wie in Amerika glänzend ausweisen würde.



A	
1	Vereinigte Kommunistische Partei Liste: Zetkin
2	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Liste: Henke
3	Sozialdemokratische Partei X Liste: Löbe
4	Bayerische Volkspartei Liste: Leicht
5	Christliche Volkspartei (Zentrum) Liste: Trimborn
6	Deutsche demokratische Partei Liste: Petersen
7	Deutsche Volkspartei Liste: Stresemann
8	Deutschnationale Volkspartei Liste: Dietrich X

Der Geschäftsbetrieb des Reichstages

Was die Arbeit im Reichstag selbst angeht, so war vieles wenig erfreulich. Man muß freilich berücksichtigen, daß wohl kaum jemals ein Parlament unter so schweren Verhältnissen gearbeitet hat wie dies deutsche. 1918 kam die Revolution, das Verschwinden aller Herrscher und der alten Regierungen. Niemand rührte eine Hand oder erhob eine Waffe um einen Thron zu schützen. Auf der Straße herrschten wüste Haufen und bedrohten Jeden, der ihnen zu widerstehen Miene machte. Daß unter diesen Umständen Ebert und die Führer der Sozialdemokratie die Regierung in die Hand nahmen und in verhältnismäßig kurzer Zeit und mit verhältnismäßig geringen Blutopfern Ordnung und Ruhe wiederherstellten, wird die Weltgeschichte als hohes Verdienst anrechnen. Die neuen Leute im Parlament fanden sich verhältnismäßig schnell in ihre Aufgaben und waren durchaus bereit, Rat und Belehrung anzunehmen, wenn sie glaubten, dem Andern vertrauen zu können. Außerdem darf man das Riesenmaß der Aufgaben, welche zu bewältigen waren, nicht verkennen. Vieles mußte doch von Grund auf neu geordnet werden, und die Peitsche der feindlichen Gegner schwebte dauernd über Deutschlands Haupte! Die Weltgeschichte kennt keine Umwälzung dieses Ausmaßes, welche mit so wenig Blut sich vollzogen hätte wie die deutsche. Wenn wir vergleichen, was in den andern Ländern — Rußland, Ungarn — vor sich ging, dann wird man Deutschland beglückwünschen und den Männern und Parteien, welche Deutschland seit 1918 geleitet haben,



tiefen Dank sagen müssen. Dabei darf man nicht übersehen, daß die Männer der alten Welt innerlich feindlich dem Neuen gegenüberstanden und manches dazu beitrugen, den neuen Männern ihre Aufgabe zu erschweren.

Trotzdem aber muß getadelt werden, daß im Parlament wenig Pünktlichkeit in der Arbeit herrschte — das akademische Viertel wuchs sich zur halben Stunde aus — das Redebedürfnis war übermäßig groß — auch in den Ausschüssen, wo doch überwiegend Fachmänner saßen, wurden überlange Reden gehalten, wo einige kurze Sätze genügt hätten. Die Folge war dann, daß die Zeit fehlte für ruhige, gründliche Aussprache, wo sie geboten gewesen wäre z. B. für die Fraktionsbesprechung wichtiger Gesetze. Die rein politischen Dinge — Außenpolitik und Regierungskrisen — verschlangen viel kostbare Zeit, und am bedauerlichsten waren die langen Reden in den Vollsitzungen des Reichstags. Die Entscheidungen wurden davon nicht berührt, die Abstimmungen standen fest — daran änderte die glänzendste Rede nichts, mochte sie 10 Minuten oder 2 Stunden dauern. All diese schöne Zeit konnte viel besser zur ruhigen Besprechung wichtiger Fragen verwendet werden. Ob es früher besser gewesen, kann ich nicht aus eigener Erfahrung entscheiden — die alten Parlamentarier waren darüber verschiedener Meinung.

Der Gesamteindruck meiner politischen Arbeit ist doch, daß es vor allem fehlt an der Gesinnung, daß das Wohl des Ganzen dem Eigeninteresse vorzugehen habe. Man kann es ja verstehen, wenn die Kreise, welche früher im Anspruch auf einflußreiche Stellen stark bevorzugt waren, welche den Arbeiterkreisen als Herren gegenüberstanden, welche auch in der Steuerbelastung sehr schonend behandelt, in ihren Betrieben durch Zölle geschützt waren, sich schwer damit abfinden, daß dies alles jetzt anders geworden ist. Sollten sie aber nicht sich sagen, daß gegenüber einem auf unsern Untergang hinarbeitenden Feind der Streit um solche Dinge zurückgestellt werden muß, bis wir erst nach außen hin uns gesichert haben? Daß wir gegenwärtig — sowohl politisch wie wirtschaftlich — auf die Hilfe des Auslandes angewiesen sind, kann doch kein Unbefangener verkennen — und daß man dort der Gefahr einer Monarchie, welche man als Vertreter der Gewalt und des Unfriedens ansieht, mit sehr ernstesten Augen und einem zur Monarchie neigenden Deutschland mit starken Mißtrauen gegenüber steht, unterliegt doch auch keinem Zweifel! Ebenso sehen wir doch, daß es im Auslande lediglich die republikanischen und sozialistischen Kreise sind, welche im Interesse der ganzen



Menschheit und des Friedens die Notwendigkeit anerkennen, mit Deutschland zu einer Verständigung und zu wirklichem Frieden zu kommen, während die einflußreicheren und kapitalistischen Kreise überwiegend die Vertreter der Vernichtungspolitik sind. Aber unsere Rechtsparteien können sich noch immer nicht mit dem Gedanken abfinden, daß der stärkere politische Einfluß der arbeitenden Schichten von Dauer, der eigene Herrenstandpunkt endgültig aufzugeben sei. Die Sorge, daß dann der Sozialismus endgültig zum Siege kommen und der gebührende Einfluß des geistig überlegenen Mannes verschwinden werde, kann ich nicht teilen. Nach meiner Überzeugung ist es ganz unmöglich, die geistig dauernd aufsteigenden Arbeiterkreise von der politischen und sozialen Gleichberechtigung auszuschließen. Ich halte dies auch gar nicht für wünschenswert! Die oberen Schichten leiden in ihren geistigen Leistungen sehr erheblich unter den üblen Einwirkungen des Wohlstandes oder Reichtums. Ihre Kinder verlernen es, mit der Anspannung aller Kräfte zu arbeiten, wie dies geboten ist, wenn unser Volk auf der Höhe bleiben soll. Der harte Lebenskampf, welchen die unteren Schichten durchzumachen haben, stärkt auch die geistigen Muskeln und Sehnen, und wir haben daher alle Veranlassung, von früh an allen Kindern den Aufstieg zu höherer Bildung und Leistungsfähigkeit zu erleichtern. Also ein einheitlicher Schulweg den alle gehen können, wenn auch der Unterrichtsplan den Zielen entsprechend verschieden gestaltet wird.

Dann die Lohnkämpfe und Lohnfragen, die Frage der Arbeitszeit usw.! Ich weiß als Wirtschaftler natürlich auch, daß wir mit der Konkurrenz zu rechnen haben, dementsprechend unsern Betrieb zu organisieren, unsere Löhne zu gestalten haben. Ich bin mir auch darüber klar, daß eine Zeit der bittersten Not, wie sie Deutschland jetzt durchzumachen hat, die am wenigsten geeignete ist, um die Arbeitszeit zu verkürzen und die Löhne zu erhöhen. Aber auf der andern Seite muß ich doch auch anerkennen, daß in der Vergangenheit die Betriebsorganisation manches zu wünschen übrig gelassen hat und daß die Löhne recht wohl eine mäßige Erhöhung hätten erhalten können, ohne daß der Gewinn unter das gebotene Maß gesunken wäre. Es kann doch nicht geleugnet werden, daß viele Betriebe in der Lage gewesen sind, bei guten zur Verteilung kommenden Dividenden ihr eigenes Kapital in der Form großer Abschreibungen oder durch andere stille Reserven in einem Umfange zu vermehren, der eine kleine Minderung schon hätte tragen können. Nach meiner Meinung würde auch durch verständiges, ver-



trauensvolles Zusammenarbeiten mit der Arbeiterschaft eine Steigerung der Leistung sich erreichen lassen, welche die Konkurrenzfähigkeit auch bei etwas erhöhten Löhnen nicht gefährden würde. Ich verkenne nicht, daß die letzten Jahre unter dem Einfluß unverständiger Elemente eine Lohngestaltung herbeigeführt haben, welche nicht gebilligt und nicht aufrecht erhalten werden kann. Der Qualitätsarbeiter muß in angemessenem Abstand über dem ungelernten, der erfahrene ältere über dem jüngeren stehen, wo irgend möglich dem Familienvater durch soziale Zulage die Erhaltung der Familie erleichtert werden. Durch hohe Verzinsung von Spareinlagen sollte man den Sparsinn locken und auch dem Arbeiter die Kapitalbildung leichter und reizvoller machen. Daneben sollte man durch Schaffung guter Wohnungen, womöglich mit etwas Garten, dem Arbeiter sein Heim lieb und wert machen! All das sind Dinge, die bei gutem Willen in einem vorwärtskommenden Betriebe sich schaffen lassen, ohne daß dabei das Kapital übermäßige Opfer zu bringen hätte. Um solche Ziele zu erreichen, müßte man natürlich mit den Betrieben heraus aus den großen Städten, hinaus aufs Land! In den großen Städten ist Grund und Boden viel zu teuer, als daß man gute Wohnungen mit Garten schaffen könnte! Natürlich kann man nicht daran denken, die Großbetriebe großer Städte bald hinauszulegen — die Aufgabe kann nur sein, für die Zukunft nach solchen Gesichtspunkten zu handeln!

Betriebsräte

Ich selbst hatte mich während meiner Tätigkeit in der Nationalversammlung und im Reichstag, die im Frühjahr 1924 endete — bei der Maiwahl wurde ich nicht wiedergewählt — vorwiegend mit der Betriebsrätefrage und dem Wohnungswesen beschäftigt. Auf diesen Gebieten hatte ich die Fraktion in den Ausschüssen vertreten, deren Arbeit und Entscheidung vom Plenum des Reichstages ja meist bestätigt wird.

In meiner geschäftlichen Tätigkeit hatte ich bei der Sackfabrikation anfänglich nur mit einer kleineren Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen zu tun gehabt; meist verkehrte ich direkt mit jedem einzelnen, wenn auch ein Meister im Betrieb vorhanden war. Die ersten Näherinnen mußte ich selbst anlernen, nachdem ich die Nähmaschinen und die wichtigsten Kleinigkeiten, von denen das gute Arbeiten abhing, durch längeres Nähen mir vertraut gemacht hatte. Bei solchen Verhältnissen ergab es sich von selbst, daß alles, was zu besprechen war, ohne Mittels-



personen erledigt wurde. Mein Bestreben ging stets dahin, dem Arbeiter bei fleißiger Arbeit auch einen angemessenen Verdienst zu bieten. Meist war der Verdienst etwas höher als bei ähnlicher Arbeit an anderen Stellen, und so hatte ich Schwierigkeiten im Verhältnis zu den Arbeitern nie kennen gelernt. Aus der früheren kleinen Arbeiterschaft der Sackfabrik sind heute noch einige tätig, welche vor 25 bis 38 Jahren angefangen haben. Ganz anders gestalteten sich die Dinge, als wir 1904 die Jute-Spinnerei und Weberei in Betrieb nahmen. Spinner oder Weber hatte es in Landsberg, wie erwähnt, nicht gegeben. Die Arbeiter mußten alle von auswärts kommen, und da die Juteindustrie Deutschlands überhaupt keinen festen Bezirk als Heimat hatte, sondern über alle Teile des Reiches verstreut war, — je nachdem zufällig ein kapitalkräftiger Mann oder ein tüchtiger Fachmann an einer Stelle eine Aktiengesellschaft zustande brachte —, so ergab sich daraus schon eine Unseßhaftigkeit und ein Hin- und Herziehen der Arbeiterschaft. Es waren natürlich nicht die besten Kräfte, welche der neuen Arbeitsstelle sich zuwandten, und die ersten Monate brachten eine schlechte Produktion, dauernden Streit um den Lohn, und, wie gleichfalls erwähnt, im ersten Jahr zwei kurze Streiks, für welche gar kein ernster Grund vorlag. Ich schuf sofort, wie auf Seite 46 gesagt, eine geordnete Vertreterschaft für jede Betriebsabteilung und hatte nie wieder einen Streik. Kurze Störungen von einigen Stunden kamen wohl in sehr wenigen Fällen noch vor — aber ernsten Streit hat es nicht mehr gegeben.

Als wir nun in Weimar an das Betriebsrätegesetz gingen, war ich mit der Grundforderung einer geordneten Vertretung der Arbeiterschaft von vornherein durchaus einverstanden, hatte auch nichts dagegen, derselben gewisse Rechte in der Behandlung von Streitfragen einzuräumen, während ich auf der andern Seite unbedingt ablehnte, dem Arbeitgeber letzten Endes seine Selbständigkeit nehmen zu lassen. Im Falle des Nichterreichens einer Verständigung und der Nichtanerkennung eines Schiedsspruchs sollte der Arbeitgeber durch Zahlung einer angemessenen Entschädigung von der Weiterbeschäftigung eines unerträglichen Arbeiters sich befreien können. Nach meinen Erfahrungen wünschte ich lebhaft, die Betriebsräteschaft ähnlich unserer Organisation für die verschiedenen Betriebsabteilungen einzuführen, weil deren Vertreter über die wertvolle Sondererfahrung verfügen, welche zur richtigen Beurteilung einer Streitfrage kaum entbehrlich ist. Der Widerwille gegen die Arbeitervertretung überhaupt war aber so groß, daß man jede Vermehrung der Zahl mit Hartnäckigkeit zurückwies und so wenige



wie möglich zuließ. Die Sozialdemokratie suchte natürlich die Rechte des Betriebsrats so weit wie möglich auszudehnen, glaubte teilweise durch ihn den Betrieb besser und zweckmäßiger organisieren und leiten zu können als der Inhaber dies erreichte. Vor allem aber kam es ihr darauf an, genau zu ermitteln, was verdient wurde, um den Arbeitslohn nach Möglichkeit steigern zu können, und so ergab sich dann am Schluß noch eine sehr ernste Differenz bezüglich der Vorlegung der Bilanz, welche auch mir die Zustimmung schwer machte. Schließlich aber überwog doch der Fortschritt, welcher in der persönlichen Annäherung der beiden Parteien lag, so stark, daß das Gesetz angenommen wurde. Heute — nach fünfjähriger Erprobung — darf wohl gesagt werden, daß es durchaus segensreich gewirkt hat, und daß da, wo dies nicht der Fall ist, ein Verschulden einer oder wohl auch beider Seiten vorliegt.

Das Wohnungswesen

s. Anl. 15
16, 17, 18

bot nach dem Kriege die allergrößten Schwierigkeiten und litt unter einer Fülle von Elend und Not! Der jährliche Bevölkerungszuwachs von 800 000 Köpfen brauchte jährlich 200 000 neue Wohnungen. Während der vier Kriegsjahre war so gut wie nichts gebaut worden, und auch 1919 wurde kaum ein Zehntel des Jahresbedarfs gebaut. Der Zuzug aus den verlorenen Gebieten brachte etwa 800 000 Rückwanderer, welche gleichfalls 200 000 Wohnungen brauchten. Die schweren Kriegsverluste hatten wohl vielfach den Vater der Familie dahingerafft — die Familie aber brauchte die Wohnung meist weiter. Während des Krieges war ja weniger geheiratet worden (1913 513 238, 1916 279 076 Ehen); die ersten Friedensjahre aber brachten eine außerordentlich hohe Zahl von Eheschließungen (1920 894 978), und Häuser konnten in genügender Zahl nicht gebaut werden. Schon während des Krieges war eine Mieterhöhung untersagt worden, nachher war das Geld entwertet, und der Hausbesitzer kam mit der früheren Friedensmiete absolut nicht mehr aus. Er durfte aber nicht erhöhen! Und an Neubau dachte natürlich kein Mensch, zumal nicht bloß das eigene Kapital knapp, sondern auch Geld auf Hypotheken nicht zu haben war. Das Reich suchte zu helfen durch Gewährung von Bauzuschüssen, welche von den Inhabern der alten billigen Wohnungen aufgebracht werden sollten. Jahre hindurch wurde an dieser Frage mit der größten Hingebung gearbeitet. Bei Beginn wurden in einem Unterausschuß die erfahrensten Personen Deutschlands — Baumeister, Stadträte, Bank-



direktoren, Gewerkschaftsvertreter, Leiter von Baugenossenschaften — zusammengerufen. Alle möglichen Wege wurden erörtert — von der Erfassung und Sozialisierung der vorhandenen Gebäude bis zur Sozialisierung der gesamten Bauwirtschaft. Ich bemühte mich als Berichterstatter alles Wichtige in einem umfangreichen Bericht festzulegen. Die ganzen Verhandlungen wurden geführt in voller Sachlichkeit — aber das Ergebnis war gering! Über die Schwierigkeit, daß nicht genügend Geld da war und daß niemand Lust haben konnte zu bauen, wo ein angemessener Ertrag nicht zu erwarten war, kam man nicht hinweg. Jahre hindurch wurden die Arbeiten fortgesetzt — die sich steigernde Geldentwertung machte ja in wenigen Wochen die vorhergegangene Arbeit unbrauchbar — es war eine Sisyphusarbeit, und das Ergebnis war trotz aller Mühe und Opfer, daß in den fünf Jahren seit 1919 kaum soviel an neuen Wohnungen geschaffen wurde, wie der Zuwachs von $3\frac{1}{2}$ Jahren brauchte. Für mindestens eine Million Familien fehlt auch jetzt noch eine eigene Wohnung, und wann dieser Fehlbetrag beseitigt werden soll, ist schwer abzusehen. Ich habe mich bemüht, nach der Seite der Mieter wie der Vermieter hin ausgleichend zu wirken. Daß der Hausbesitzer von Kriegsbeginn an außerordentlich schwer belastet worden ist, kann kein billig Denkender verkennen. Auf der andern Seite aber war es auch ganz unmöglich, dem Wirt die Verfügung über die Wohnungen und die Mietshöhe völlig freizugeben — Revolten schwerster Art wären ganz unvermeidlich gewesen, und unser so schwer gefährdetes Reich wäre darüber wohl zusammengebrochen. Jetzt, nach Festigung unserer Währung, wird es ja vielleicht möglich sein, das Bauen wieder einigermaßen in Gang zu bringen — aber Jahre werden doch noch vergehen, ehe wieder jede Familie in eigener Wohnung erträglich untergebracht sein wird.

Handelsbilanz, Ernährung, Aufwertung

Die Not, welche dem deutschen Volke durch den Krieg und seine Folgen entstanden ist, zwingt uns, mit der größten Genauigkeit zu prüfen, in welcher Weise wir unsern Lebens- und Staatsbedarf decken können. Schon vor dem Kriege war unser Handelsverkehr mit dem Ausland Gegenstand ernster Sorge. Wir führten dauernd mehr ein, als wir ausführten. Dies wäre an sich nicht allzu schlimm gewesen, da wir den Mehrbetrag von etwa 1,5 Milliarden durch unsere Schiffahrtseinnahmen und den Ertrag unseres Auslandskapitals schon deckten. Das Bedenk-

s. Anl.
19, 20, 21



liche war, daß wir für etwa 3,5 Milliarden fremde Rohstoffe und etwa 2 Milliarden fremde Nahrungsmittel für Menschen und Vieh mehr einführen. Im Kriege wurde uns die Furchtbarkeit der hierin liegenden Gefahr bald klar! Wir standen vor der Gefahr der Arbeitslosigkeit wegen Rohstoffmangels und vor dem Hunger, weil uns die Nahrung fehlte! Hiergegen uns für die Zukunft zu sichern, ist eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Unter den Rohstoffen spielt der Bedarf unserer Webindustrie, welche etwa 1,25 Milliarden braucht, eine sehr wichtige Rolle, und deshalb ist der Anbau des Hanfes von so großer Bedeutung! Seine Bedeutung endet aber nicht als Spinnstoff, die fortgesetzten Versuche des Anbaues haben dazu geführt, Sorten als die günstigsten zu erweisen, welche neben der Faser auch gute Samenerträge bringen. Der Geldertrag wird dadurch so erheblich gesteigert, daß der Hanf mehr bringt als Weizen oder Kartoffeln, und, was ganz besonders von Wichtigkeit ist, der Samen enthält soviel Eiweiß und Fett, daß wir nicht mehr ausschließlich vom Tier diese Stoffe zu nehmen nötig haben. Alle Fachleute sind darüber einig, daß das Tier uns nur ein Fünftel oder ein Viertel der Nährwerte wiedergibt, welche es im Körnerfutter empfangen hat. Was auf dem Weg durch seinen Magen verloren geht, beträgt mehr als der gesamte Nahrungsbedarf des deutschen Volkes; und da gerade die vorwiegend vom Tier kommenden eiweißhaltigen Nahrungsmittel es sind, welche unsere Nahrung teuer machen, haben wir alle Ursache, jedes pflanzliche Nahrungsmittel zu benutzen, welches uns Fett und Eiweiß direkt geben kann. Der gleiche Nährwert kostet in Eiweiß das Fünffache, was er in Kohlehydraten — Mehl, Kartoffel — kostet, und wir werden daher billige eiweißreiche pflanzliche Nährstoffe mit Freuden begrüßen müssen. An sich ist es ja bedauerlich, daß wir bisher diese Frage bei unserer Ernährung zu wenig beachtet haben. Viele Hausfrauen sind kaum näher darüber unterrichtet, bei welchen Nahrungsmitteln sie für ihr Geld die höchsten Nährwerte bekommen. Um dem abzuhelpen, habe ich eine kleine Schrift zusammengestellt, die auf farbiger Tafel zeigt, was die einzelnen Nährstoffe enthalten und wieviel Nährwert-Einheiten man für 1 Mark von jedem Produkt erhält. Bei diesen Untersuchungen kam ich dann auf die hervorragende Bedeutung der ostasiatischen Sojabohne, welche mehr Fett und Eiweiß enthält als unser Fleisch und nur den 15. Teil des Fleischpreises für den gleichen Nährwert erfordert. Die wertvollen Stoffe der Sojabohne müssen wir uns nutzbar zu machen suchen. Der Hanfsamen aber wird uns in gleicher Weise dienen können.

s. Anl. 7



Wir müssen daher mit aller Kraft auf den Anbau des Hanfes hinwirken, und da hierfür die Niederungsmoore, von denen noch 1,5 Millionen Hektar in Deutschland erschlossen werden können, ganz besonders gut geeignet sind, so werden wir da mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen — wir gewinnen neues wertvolles Land, wir schaffen uns inländischen Spinnstoff, wir mehren unsere eigene Nahrungserzeugung, und wir verbessern sehr wirksam unsere Handelsbilanz. Daß dies eine unserer wichtigsten Aufgaben ist, wenn wir dem Ausland alles zahlen sollen, was uns an Verpflichtungen auferlegt ist, liegt ja klar auf der Hand. Nur hierdurch können wir uns wirklich dagegen schützen, daß nicht wieder eine Entwertung unseres Geldes eintritt, wie wir sie mit Grauen 1922 und 1923 erlebt haben und wie sie unser Volk bettelarm gemacht hat.

Daß Reich, Staat, Gemeinde, Sparkassen, Pfandbriefbanken und Hypothekenschuldner ihre Schulden mit wertlosen Papierzetteln beglichen oder sich ganz davon losgesagt haben — ist für die armen Rentner und Sparer furchtbar. Die bisher (1924) erfolgte Regelung ist als befriedigend nicht anzusehen, aber auf der anderen Seite kann nicht verkannt werden, daß Wohngrundstücke schon seit Jahren keinen Ertrag gebracht haben und auch jetzt kaum einen Ertrag bringen. Beim Verkauf kam es vor, daß kaum der 5. oder 6. Teil des Friedenspreises erzielt wurde; ähnlich lag es häufig auch beim Verkauf von Landbesitz. Es handelt sich hier um Fragen, die schwer in völlig befriedigender Weise gelöst und entschieden werden können. Von der weiteren Entwicklung unserer Wirtschaft wird es abhängen, ob eine weitere Aufbesserung für die schwerleidenden Volksgenossen möglich sein wird. Wird unsere Wirtschaft wieder einigermaßen gesund, dann wird man der Billigkeit entsprechend sich entschließen müssen, auch für diese in das tiefste Elend gestoßenen Kreise etwas mehr zu tun, als bisher zugestanden ist, und unsere Wirtschaft wird dies dann auch tragen können.

Kapitalismus und Sozialismus

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die größten, am schwersten zu überbrückenden Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter auf dem Gebiet liegen, welches meist mit den Schlagworten Kapitalismus und Sozialismus bezeichnet wird. Hier wird nun vielfach von beiden Seiten gesündigt; der Unternehmer läßt sich durch Übertreibungen radikaler Elemente verleiten, auch berechtigten

Forderungen und Bestrebungen der Arbeiter eine schroffe Ablehnung entgegenzustellen — der Arbeiter, dem die immer wachsende Zusammenschließung der großen Unternehmungen mit ihrer wachsenden Kapitalkraft vor Augen stehen, die eine wirk-
same Konkurrenz immer schwieriger machen, auf manchen Gebieten eine vollständige Monopolstellung schaffen, welche große Gewinne ermöglicht und nach der Marx'schen Lehre solche Betriebe sozialisierungsreif machen, übersieht, daß es sich um Ausnahmefälle handelt und um Auswüchse, welchen allerdings durch gesetzliche Maßnahmen entgegen gearbeitet werden muß. Daß die überwiegende Zahl der Wirtschaftsbetriebe ganz anders liegt, wird verkannt, und so kommen die Arbeiten zu ganz irrigen Schlüssen. Um eine Unterlage für eine sachlich richtigere Beurteilung zu bieten, habe ich 1922 die Entwicklung meiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit unter Angabe der maßgebenden Zahlen veröffentlicht und lasse diese Darlegungen hier folgen, etwas gekürzt, um längere Wiederholungen zu vermeiden.

Wie wurde ich Kapitalist?

Dezember 1922.

In dem Kampfe, der zurzeit zwischen Kapital und Arbeit ausgefochten wird, spielen die irrigen Vorstellungen über die unberechtigte Gewinnhöhe des Kapitalisten eine bedeutungsvolle Rolle. Die Arbeiter, welche in erster Linie auf die verhältnismäßig schnelle große Kapitalbildung in den Händen der hervorragendsten Unternehmer — von Leuten wie Krupp, Thyssen, Stinnes, Siemens, Tietz, Wertheim und ähnlichen — sehen, berücksichtigen nicht, daß

1. bei aller Bedeutung dieser großen Unternehmer die in den Riesenbetrieben beschäftigte Arbeiterzahl wohl kaum 15—20 Prozent aller Arbeiter umfaßt (die Betriebe mit 51 und mehr Arbeitern enthalten nur 45,5 Prozent!), während die kleinen und mittleren Betriebe 80—85 Prozent beschäftigen;
2. in dem Gewinn der Unternehmer die Bezahlung für meist sehr angestregte, die übliche Arbeitszeit stark überschreitende Arbeit besonders tüchtiger Personen steckt;
3. die Größe des Arbeitsergebnisses — Höhe der Erzeugung, Warenumsatz — meist weit über das übliche Maß hinausgeht, so daß der erzielte Gewinn im Verhältnis zum Umsatz in der Regel ein recht bescheidener ist, der hinter den Sätzen, wie sie in der vom Staat organisierten Wirtschaft bewilligt werden, erheblich zurückbleibt.



Wenn ich selbst nun auch hinter den genannten Wirtschaftsriesen zurückstehe, so habe ich doch auch den 1903 begründeten Jutespinnereibetrieb bis 1913 auf eine Arbeiterzahl von rund 2000 gebracht, und es trägt vielleicht dazu bei, irrige Vorstellungen zu berichtigen, wenn ich die Entwicklung meines Arbeitsganges mit den wichtigsten Zahlen hier bekannt gebe.

Nach meiner Rückkehr aus London wurde ich 1873 Teilhaber des väterlichen Tuchgeschäfts. 1875 nahm ich für eigene Rechnung nebenher, den Handel von Jutesäcken auf, für welche ich bald eine eigene Näherei einrichtete. Ende 1878 übertrug mein ausscheidender Vater das Tuch- und Zeugwarengeschäft mir und meinem jüngeren Bruder. Nach 5 Jahren schied ich aus, um mich ganz dem Sackgeschäft zu widmen, welches ich bis Ende 1902, unterstützt durch tüchtige Mitarbeiter, zu einem der ersten in Deutschland machte. Die immer unerträglicher werdende Abhängigkeit von der in einem Verbands zusammengeschlossenen Juteindustrie veranlaßte mich 1903 in Landsberg eine eigene Jutespinnerei und Weberei zu bauen, die bis 1913 zu einer Herstellung von 25 Millionen Meter und unter Zukauf fremder Gewebe der Herstellung von 35 Millionen Säcken sich entwickelte, wobei in der Spinnerei und Weberei rund 2000, in den 3 Sackfabriken (Landsberg, Magdeburg, Hamburg) weitere rund 200 Arbeiter Beschäftigung fanden. Die Fabrik wurde 1903 als Aktiengesellschaft gegründet mit 3 Millionen Mark Aktienkapital, dessen größerer Teil von Brüdern und Freunden aufgebracht war. Zur Vermeidung der untragbaren Doppelbesteuerung wurde die Aktiengesellschaft 1908 in eine offene Handelsgesellschaft zurückverwandelt, an der die Großaktionäre auf 10 Jahre als stille Teilhaber beteiligt waren.

Wie gestalteten sich nun im Laufe der Zeit Umsatz und Gewinn der von mir geführten Betriebe? Das Zeugwarengeschäft machte 1867 einen Jahresumsatz von etwa 125 000 Mark, der bis Ende 1883 auf etwa 375 000 Mark (also das Dreifache) erhöht wurde. Der Reingewinn betrug 1867 14 005 Mark, rund $11\frac{1}{4}$ Prozent des Umsatzes, 1883 29 920 Mark, rund 8 Prozent des Umsatzes. Der Gewinn bezahlte, neben dem Personal, 1867 die Arbeit von zwei tüchtigen Personen (Vater und Mutter), 1883 die Arbeit von zwei jungen Männern und zwei jungen mitarbeitenden Frauen, die zusammen gleich $2\frac{2}{3}$ tüchtigen jungen Männern veranschlagt werden können. Der Laden wurde im Sommer um 7, im Winter um 8 Uhr geöffnet und abends nicht vor 8 Uhr geschlossen. Auch Sonntag war Arbeitstag, in den 4 Jahren 1880—83 mag wohl Sonntag nachmittag um 2 Uhr geschlossen worden sein. Mittagspausen gab es nicht;



man ging vom Laden zum Essen — vom Essen in den Laden zurück. Der Tag hatte $11\frac{1}{2}$, die Woche rund 80 Arbeitsstunden. Zu Reisen, welche für das Sackgeschäft zu machen waren, wurden meist die Nächte verwendet. Ein Gewinn von 8 Prozent des Umsatzes eines Kleinhandels dürfte als mäßig anzusehen sein; die Unkosten für Personal, Miete, Licht, Feuerung usw. betragen etwa 5—6 Prozent. Gekauft wurde zu 75—80 Prozent direkt vom Fabrikanten — auf die Einkaufspreise wurden je nach Art der Ware $12\frac{1}{2}$ —20 Prozent, im Durchschnitt rund 15—16 Prozent aufgeschlagen, ein Satz, zu welchem heute Kleinhandelsware nicht vom Erzeuger zum Verbraucher gelangt. Auch wo Staat oder die Gemeinde-Gemeinwirtschaft arbeitet, wird der Verbraucher mit erheblich höherer Spannung belastet.

Das Sackgeschäft fing mit sehr kleinen Umsatz und Gewinnziffern an. Es betrug

für das Jahr 1875	der Umsatz	3 230,	der Gewinn	338 M.
für das Jahr 1878	der Umsatz	82 678,	der Gewinn	540 M.
für 2 Jahre 1880/2	der Umsatz	557 834,	der Gewinn	9 866 M.
die 4 Jahre 1884, 85, 92, 94	ergaben Verlust			54 000 M.

infolge starken Preisrückganges.

Das Geschäft wuchs aber erfreulich schnell.

1888	wurden	581 308 M.
1890	„	951 852 M.
1896	„	1 989 849 M.
1902	„	3 179 766 M.

Jahresumsatz erreicht.

In den 18 Jahren 1885 bis 1902 betrug der Gesamtumsatz 28 658 383 Mark, der mir verbleibende meine Arbeit bezahlende Reingewinn 448 067 Mark = 1,56 Prozent des Umsatzes.

Außerdem hatte das Geschäft zu erbringen

für Zinsen	343 527 M.	= 1,2 %
für Reisen, Personal, Unkosten	806 233 M.	= 1,8 %
	zusammen	<u>4,0 %</u>

Zwischen Erzeuger und Verbraucher lag also eine Spannung von 5,56 Prozent des Preises, worin auch der Gewinn bei der gut organisierten Sacknäherei lag, die allein im Jahre 1902 etwa 12 Millionen Säcke herstellte.

Die Jutespinnerei begann ihre Arbeit und erzeugte

im Halbjahr 1904	mit 300 Arbeitern	rd.	2 000 000 m Gewebe
im Jahr	1905	„ 1 129	„ „ 12 590 000 m „
„	1908	„ 1 667	„ „ 20 100 000 m „
„	1913	„ 1 900	„ „ 25 510 000 m „



Die Arbeiterzahlen geben den Jahresdurchschnitt der täglich Arbeitenden an.

Die drei Sackfabriken erzeugten 1913 rund 35 000 000 Säcke.

Die zur Verteilung gelangte Dividende betrug für 1904 bis 1913 0, 2½, 4, 4, 8, 8, 8, 11, 12, 14 Prozent, zusammen in 10 Jahren 71,5 Prozent — im Durchschnitt 7,15 Prozent.

Das gewinnberechtigende Betriebskapital war 1908 von 3 auf 4 Millionen Mark erhöht worden.

Mein eigenes Vermögen betrug

1875 12 918 Mk.

1878 33 548 Mk. (darin 18 000 Mk. väterliches Kapital und Frauen-Mitgift)

1898 170 570 Mk. (darin der Geschäftsgewinn von 3 Millionen Mark Umsatz im Zeugwaren- und Sackgeschäft).

Bis Ende 1903 (Gründung der Jutespinnerei) war mein Vermögen gewachsen auf 455 160 Mk.

oder zuzüglich 181 130 Mk. (an Kinder gegeben für Aussteuer)
636 290 Mk.

Hierin lag der Gewinn an einem Umsatz in Säcken von 27 140 000 Mark.

Mein Vermögen wuchs alsdann bis Ende 1913 auf 1 081 127 M.

Zuzüglich der an 5 Kinder gegebenen 231 130 M.

betrug mein Gesamterwerb 1 312 257 M.

der Zuwachs seit 1903 rund 676 000 M.

Gewinnanteil als Seniorchef an einem Umsatz von 250 bis 260 Millionen Säcken.

Meine vier Geschäftsteilhaber werden zusammen etwa das Zweieinhalbfache erhalten haben — das Endergebnis wäre dann, daß die Leitung des Betriebes, welcher etwa 1700 Köpfe durchschnittlich 11 Jahre beschäftigte, etwa 1 Pfennig erhielt für den von ihr geleisteten Arbeitsanteil, um die Rohfaser in einen Sack umzuwandeln und an den Verbraucher zu bringen — der Absatz erfolgte zu mehr als 95 Prozent direkt an die Verbraucher. Ich glaube nicht, daß ich als Leiter eines Staatsbetriebes für meine Arbeit weniger erhalten hätte, wie als unabhängiger Unternehmer — aber ich glaube, daß ich nicht 75 Prozent der von mir aufgewendeten Arbeit geleistet hätte. In meinem Vermögenszuwachs stecken auch die Zinsen meines dauernd anwachsenden Kapitals und bei meiner sparsamen Lebensführung hätte ein mäßiges angemessenes Jahresgehalt zur Deckung meines Jahresbedarfs wohl ausgereicht.

Es stehen mir noch meine Haushaltrechnungen von 1881 bis 1893 zur Verfügung. Ich verbrauchte in diesen dreizehn Jahren bei 4 Kindern (ich rechne 1 Kind im Durchschnitt wegen Verheiratung ab) 108 221 Mark, im Durchschnitt 8 325 Mark, davon entfielen

- 2 388 Mk. = 28,8 % auf Nahrung,
- 997 Mk. = 12 % auf Kleidung,
- 831 Mk. = 10 % auf Miete,
- 790 Mk. = 9,5 % auf Möbel, Licht, Feuerung,
- 373 Mk. = 4,5 % auf Hauslohn,
- 851 Mk. = 10 % auf Erziehung,
- 1 097 Mk. = 13,2 % auf Erholung und Geschenke,
- 997 Mk. = 11,8 % auf Steuern.

Wenn auch zuzugeben ist, daß nur ein kleiner Teil unserer Beamten eines Einkommens von 8 325 Mk. sich erfreute und abzüglich der Steuern 7 348 Mark verbrauchen konnte, so wird man doch auch zugeben, daß der aus meiner Leistung im Wirtschaftsleben mir zufließende Gewinn für den Verbraucher eine so geringe Erhöhung des zu zahlenden Preises bedeutet, daß ich wohl behaupten darf, daß eine sozialisierte Wirtschaft teurer arbeiten und den Verbraucher weniger gut versorgen würde. Das Bestreben jedes verständigen Kaufmanns ist, Kundschaft zu gewinnen und Kundschaft zu erhalten. Das zwingt zu reeller guter Bedienung der Kundschaft, und dieses Selbstinteresse ist durch keine Organisation zu ersetzen. Der Beamte der Organisation wird weniger angespannt und auch weniger sparsam wirtschaften, d. h. der Verbraucher wird schlechter und teurer bedient werden.

Nun kann und wird man einwenden — du warst wohl eine Ausnahme; die anderen werden teurer gewirtschaftet haben. Das mag in mäßigem Ausmaß zutreffen — aber die Richtigkeit des Grundsatzes: großer Umsatz, kleiner Nutzen, wird doch bei vielen Kaufleuten anerkannt und einige Wenige, die so handeln, zwingen doch auch die anderen, mit ihren Preisen zu folgen, wenn ihr Geschäft nicht völlig zurückgehen soll.

Für die heutigen Verhältnisse darf allerdings nicht unbeachtet bleiben, daß namentlich im Kleinverkauf bezüglich der Verkaufsräume, Bedienung, Zusendung des Gekauften usw. Anforderungen gestellt werden, welche eine Erhöhung der von mir erwähnten Sätze bedingen. Das Grundverhältnis zwischen freier und sozialisierter Wirtschaft wird dadurch aber nicht verschoben, und wenn wir sehen, wie gut geleitete Privatbetriebe auch neben den gleichfalls durchaus gut arbeitenden Konsumvereinen ihren Platz behaupten, dann sollten doch auch die



Sozialisten zweifelhaft werden, ob wirklich die Sozialisierung allein imstande ist, den Massenverbrauch gut und billig zu versorgen. Nach meinen Erfahrungen überschätzen sie meist die Gewinnspanne, unterschätzen die die Bedeutung der durch das Selbstinteresse geschaffenen Arbeitsanspannung und Sparsamkeit im Betriebe!

Ich hoffe, daß meine Ausführungen dazu beitragen, zum Nachdenken anzuregen und das Mißtrauen und die Gegensätze auszuräumen, welche jeden Aufstieg aus der Tiefe unseres Elends unmöglich machen.

Welchen Gebrauch machte ich vom Kapital?

Bis Ende 1888 habe ich mich wohl an den vorkommenden Spenden für wohltätige oder gemeinnützige Zwecke beteiligt, von einer nennenswerten Tätigkeit eigenen Antriebs aber ist nicht zu sprechen. Mein Betrieb war noch klein, mein Kapital (Juli 1888: 206 471 Mark) reichte für das Geschäft eben aus, und die anderweite Verwendung in nennenswerten Beträgen mußte immerhin überlegt werden.

Anläßlich eines gräßlichen Mordes beschäftigte ich mich 1888 mit dem Wohnungselend Landsbergs und gründete dann März 1889 den Gemeinnützigen Bauverein, der bis 1922 etwa 900 Wohnungen schuf. 1898 gründete ich den Verein für Volksbücherei und Lesehalle. 1912 die Volkswohlfahrt-Akt.-Ges., die das Volkswohlfahrthaus baute (s. Seite 62).

Neben diesen der Allgemeinheit dienenden Schöpfungen blieb ich bemüht, die Schatten des Fabrikbetriebes für die Arbeiterschaft nach Möglichkeit zu mildern. Zur Förderung eines vertrauensvollen Verhältnisses wurden schon im zweiten Betriebsjahr Arbeiter-Ausschüsse für zehn Abteilungen ins Leben gerufen, mit denen gemeinsam alle Störungen und Mißstände beraten und beseitigt wurden. Das Betriebsrätegesetz hat wohl das formale Recht erweitert, aber die frühere Einrichtung unseres Betriebes wirkte günstiger für das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer, weil die persönliche Verhandlung einen viel größeren Teil der Arbeiterschaft erfaßte.

Im dritten Betriebsjahr wurde ein Kinderheim errichtet, welches im ersten Jahre (1907) 13, 1914 124, 1921 135 Kinder im Durchschnitt verpflegte, während die Mutter in der Arbeit war. Von den Kosten (ohne Miete) von 0,72 Mark (1907), 0,54 Mark (1914), 6,60 Mark (1921) trugen die Eltern vor dem Kriege etwa ein Drittel, zur Zeit etwa ein Zehntel bei. Gegenwärtig ist eine Oberin mit 12 Helferinnen beschäftigt. s. Anl. 5

Eine Fabrikpflegerin mit Helferin haben sich um die Häuslichkeit der Arbeiterschaft, namentlich in Krankheitsfällen, zu kümmern; eine Hebamme um die Entbindungsanstalt, für welche eine Wohnung mit 6 Betten bereitgehalten wird.

Für besondere Notfälle gewährt eine Betriebswohlfahrtskasse Hilfe. Eine Alters-Fürsorgekasse soll dem Alter eine gewisse Sicherung geben. Die Arbeiter haben regelmäßig zweiwöchentlich einen festen Satz von 1—5 Mark nach ihrer Wahl einzuzahlen, der wie die Sparkassengelder verzinst wird, und die Firma gewährt nach fünf Jahren einen Zuschuß von 10%, nach weiteren je fünf Jahren von 20% der Einlagen. Das Guthaben ist gesperrt bis zum Arbeitsantritt. Nach 30 Jahren werden aus 1560 Mark Einzahlung auf diese Weise 7864 Mark.

Die Fabrik-Sparkasse sollte die Arbeiter zum Sparen anregen und gewährte deshalb für die ersten 1000 Mark 8%, darüber hinaus 6% Zinsen. (1925 wurden die Zinssätze erhöht.) Die Erziehung zur Sparsamkeit halte ich für eine der wichtigsten Aufgaben eines pflichtbewußten Arbeitgebers. Der Arbeiter hatte in früherer Zeit kaum die Möglichkeit zu sparen, und der übliche Zinssatz der öffentlichen Sparkassen von 3—3½% war wenig geeignet, den Spartrieb zu wecken.

- Welchen Nutzen hat nun 1. meine Kapitalbildung dem Arbeiter gebracht? und ist
2. dieser Nutzen nicht durch Minderung des Arbeitslohnes zu teuer erkaufte?

Zunächst muß mit allem Nachdruck betont werden, daß Kapital nie allein durch den Erwerb geschaffen wird, sondern daß die Sparsamkeit hinzukommen muß, welche den Verbrauch niedriger hält als den Erwerb und aus dem Überschuß das Kapital bildet.

Zu Frage 1 ist zu bemerken: Im Zeugwaren-Kleinhandel (1875—1883) wurden Arbeiter überhaupt nicht verwendet — nur 1—2 Gehilfen und einige Lehrlinge —, hier kamen also Arbeiterlöhne nicht in Betracht. Im Sackgeschäft (1884 bis 1903) spielten die bei der Näherei zu zahlenden Löhne (nicht 2% des Umsatzes) keine Rolle. Die bis dahin erzielte Kapitalbildung von 455 160 Mark ermöglichte es mir, im Verein mit dem begründeten Vertrauen in meine Tüchtigkeit, die 5—6 Millionen fremden Kapitals zu erlangen, welches ein Werk schuf, das 1200 Arbeitern dauernden Verdienst gab. Die im Großbetrieb nach und nach durch Abschreibungen und Reservestellungen gesammelten Kapitalien ermöglichten alsdann den Ausbau für 1500 und 2000 Arbeiter (1913) und 1922 bis 2800 Arbeiter.



Daß daneben bei der Schaffung von 900 Wohnungen, der großen Fabrikräume, der Maschinen und Anlagen Hunderte von anderen Arbeitern ihren Lebensunterhalt gewannen, darf wohl auch angerechnet werden! Die meinerseits gezahlten Löhne waren stets eher etwas höher, als für gleichwertige Arbeit im Bezirk gezahlt wurde. Daneben wurde für gute Wohnung — meist mit etwas Garten und Kartoffelland — gesorgt.

Bei der Lohnzahlung wurde auf die über etwa 80% des Normalen hinausgehende Leistung ein Prämienzuschlag von $33\frac{1}{3}$ % gezahlt mit der Wirkung, daß die Durchschnittsleistung in Weberei und Spinnerei um 15—25 % die anderer Werke übertraf, und der Arbeiterwechsel unseres Betriebes sehr bald wohl die niedrigste Ziffer der Jute-Industrie aufwies. In unserem Bezirk haben unsere Löhne sicher nicht senkend, sondern steigend gewirkt.

Ich darf wohl ohne Überhebung sagen — ohne meine Tatkraft und ohne meine Kapitalbildung wäre das Werk, das mindestens 5000 Menschen ernährt, nie entstanden. Eine sozialisierte Wirtschaft wäre nie imstande gewesen, ein solches Werk zu schaffen in einem Bezirk, in welchem vorher weder eine Spindel noch ein Webstuhl lief.

Und sind nun 2. die dem Arbeiter und dem Gemeinwohl dienenden Einrichtungen zu teuer erkaufte? Eine Minderung meiner Kapitalbildung um etwa 5—10% der gezahlten Arbeitslöhne hätte die dem Arbeiter nützende Schaffung und Ausdehnung des Werkes unmöglich gemacht und die Lohnhöhe durch Minderung der Nachfrage nach Arbeitskraft wohl um einen höheren Prozentsatz gesenkt, die Schaffung wertvoller Wohlfahrtseinrichtungen aber nicht zugelassen.

Nun wird man einwenden: Dein Beispiel beweist nichts — es handelt sich um eine Ausnahme — im ganzen genommen bereichern sich die Kapitalisten nur auf Kosten der Arbeiter, sie denken nicht an deren Wohlergehen! Dies letztere trifft leider zum Teil zu — aber doch auch nur zum Teil. Gerade die großen Unternehmer haben in Wohnungsbau und Wohlfahrtspflege vielfach Hervorragendes geschafft. Es fehlt leider nur zu häufig ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen ihnen und der Arbeiterschaft. Ein solches ist mit Zehntausenden von Arbeitern ja schwer aufrecht zu erhalten — die zuständigen Beamten finden nicht immer den richtigen Ton — die Sünden der Vergangenheit haben auf beiden Seiten eine Stimmung geschaffen, die eine Besserung unsagbar erschwert. Die Herstellung des Vertrauens aber ist die Voraussetzung für jede Gesundung



unserer Wirtschaft, und hierfür muß auch der größte Unternehmer einen Teil seiner Zeit freimachen. Es ist bezeichnend, daß nach einigem Zusammenarbeiten Stinnes einen seiner Dampfer „Karl Legien“ taufte und Legien erklärte „Es ist schade, Herr Stinnes, daß wir uns nicht 20 Jahre früher kennen gelernt haben — es wäre wohl manches anders geworden.“ Die Macht der Persönlichkeit ist nicht zu ersetzen. Erst in persönlichem Verkehr lernt der Arbeiterführer die Bedeutung des großen Unternehmers richtig würdigen — der Unternehmer die opferwillige Arbeit des Arbeiterführers verstehen und achten. Auf solcher Grundlage aber baut sich dann auch leicht die gegenseitige Verständigung und Erkenntnis auf, daß Arbeiter und Unternehmer, Arbeit und Kapital nicht Gegner, sondern Verbündete sein müssen, wenn beide und mit ihnen das Vaterland vor dem Untergang bewahrt bleiben sollen.

Auch der Arbeiter muß verstehen lernen, daß der große Unternehmer, wenn er auch Riesenkapitalien aufhäuft, doch für des Arbeiters Wohl unentbehrlich ist. Er schafft die Arbeitsgelegenheit für die Zehntausende und Hunderttausende, das Riesenkapital dient nur der Aufgabe, neue Werke, d. h. Arbeit zu schaffen. Schlemmer und Prasser sind die großen Unternehmer nie — im Gegenteil werden sie wegen ihrer großen Sparsamkeit und Schlichtheit recht häufig als große Knicker gescholten. Während sie für neue Werke Millionen und Millionen mit offenen Händen hingeben, gehen sie vielleicht still und schlicht zu Fuß zu ihrer Arbeitsstelle. Dagegen sind sie große Arbeiter — vom frühen Morgen bis zum späten Abend — von der frühen Jugend bis ins späte Alter. Und wie häufig erkaufen sie ihre Erfolge auf Kosten ihrer Kinder und Enkel, für deren Entwicklung der Reichtum des Vaters und Großvaters zum Verhängnis wird. Die Rastlosigkeit des Schaffens läßt so oft übersehen, daß wohl das Geld, nicht aber die viel wichtigeren Eigenschaften des Begründers — seine Schlichtheit, Sparsamkeit, Tüchtigkeit — auf Nachkommen übergehen. Im Niedergang der Oberen und Aufstieg der Unteren vollzieht sich eine ausgleichende Gerechtigkeit, welche nicht unbeachtet bleiben darf.

Es ist in Deutschland viel geschehen, um den Weg frei zu machen für eine Gesundung des Wirtschaftslebens — die Geburtswehen einer neuen Zeit sind schwer, die Bedrohung durch die Feinde ist furchtbar — gelingt es aber, unseren Volkskörper zu heilen, Vertrauen zwischen Arbeiter und Unternehmer zu schaffen, so daß alle gemeinsam ihre beste Kraft einsetzen, dann wird alle Tücke zu Schanden werden und Deutschland in den Werken des Friedens der Menschheit neue Wege weisen.



Weltfrieden — Weltwirtschaft

Wenn wir die Menschheitsgeschichte an unserm Auge vorüberziehen lassen, so zeigt sie uns ein grauses Bild von Blut und Schlachten; — von einer Einwirkung der Religionsvorschriften auf das Handeln der Menschen und Völker ist wenig zu sehen. Wenn auch bisweilen gegen diesen Massenmord eine warnende Stimme sich erhob — ein Volk, welches nicht stark und wehrhaft sich selbst zu schützen vermochte, war rettungslos dem Untergang geweiht, und so mußten immer wieder die Volksherrscher und Volksführer zum Krieg rüsten, wenn sie nicht ihr Volk einem lüsternen Nachbarn als Sklaven preisgeben wollten. Die Lehre der Geschichte, daß die brutale Macht Dauerndes nicht schaffen konnte, daß all die großen Eroberer und Staatengründer nur für eine kurze Zeitspanne ein Reich zusammenschmieden konnten, daß nach ihrem Tode, oder auch noch bei Lebzeiten, es wieder auseinander brach — all diese Lehren waren für die nachfolgenden Geschlechter verloren. Mut und Tapferkeit mußten aller Gefahren spotten, so geizte es dem Manne! Als Feigling wurde verachtet, wer anders dachte, und so blieb die Menschheit beherrscht vom Rausch des Heldentums und Kampfes. Wohl erhob ein Mann wie Kant seine warnende Stimme und empfahl der Menschheit, dauernden Frieden anzustreben — das Vertrauen, daß dieser erreichbar sei, wurde verlacht. Immer wieder mußte die Menschheit sich in blutigem Kampf zerfleischen und in wenigen Kriegsjahren vernichten, was Jahrzehnte friedlicher Arbeit geschaffen hatten. Die fortschreitende Technik schuf indes nach und nach so furchtbare Vernichtungswaffen, daß der persönliche Mut dagegen machtlos wurde. Nachdem der letzte Krieg schon Menschenopfer gefordert hatte, welche ein Grauen vor der Wiederkehr solcher Vernichtung erwecken mußten, haben endlich die Völker angefangen, sich ernsthaft mit der Aufgabe zu beschäftigen, durch Verträge neuen Kriegen vorzubeugen. Daß diese noch erheblich furchtbarer sein würden als der letzte, darüber kann ein Zweifel nicht mehr bestehen. An die Stelle des vom Manne geschwungenen Schwertes tritt das Giftgas, welches schonungslos alles Leben vernichtet, welches von ihm erreicht wird. So wird denn auch eine Erwägung, ob Krieg wirklich ganz unvermeidlich und daher berechtigt sei, eher Beachtung finden, als dies bisher geschah. In den hinter uns liegenden Jahrtausenden war vielfach die reine Eroberungssucht großer Herrscher oder auch das Streben, in überwundenen Völkern dienende Sklaven zu gewinnen, der Anlaß der Kriege. Daneben ging stets der



Wunsch, wertvolle reiche Länder mit ihren Schätzen dem eigenen Volk dienstbar zu machen. Heut wird vielfach die Notwendigkeit, der Wirtschaft des Volkes wertvolle Rohstoffe oder andere Schätze zu sichern, als ausreichender Grund zur Rechtfertigung für Krieg und Eroberung angesehen. Auch im reinen Wirtschaftskampf überwiegt die Vorstellung, daß die Macht, welche den Wettbewerber ausschließt oder den Abnehmer durch Ausschaltung des Wettbewerbes zur Zahlung des gewünschten Preises zwingt, die Hauptsache sei! Und hieraus fließt dann immer wieder das Streben nach brutaler Übermacht mit all ihren Folgen. Das Mommsensche Wort vom tragischen Geschick der Geschichte, welche „von den Toren mißverstanden, von den Klugen mißbraucht werde“, scheint ewig wahr bleiben zu sollen. Gerade die letzten zwei Jahrhunderte sollten uns doch die Augen geöffnet haben dafür, daß die brutale Gewalt schließlich doch immer Schiffbruch leidet. Ludwig XIV., Napoleon, Bismarck sind sprechende Beispiele. Auf Ludwig folgte die französische Revolution und das Blutgerüst für den Großvater. Napoleon kam auf St. Helena zur Einsicht, daß von den zwei großen Kräften, welche die Menschheitsschicksale entscheiden — Kanone und Idee — die Idee die stärkere sei. Und Bismarck unterlag mit seiner brutalen Gewaltpolitik gegen Zentrum, Polen, Sozialdemokraten! *n. Wilhelm II*

Auch im Wirtschaftskampf ist es verkehrt, von der brutalen Macht das Heil zu erwarten. Berechtigt ist nur der Gewinn, bei welchem auch dem andern ein Dienst geleistet wird, der den Gewinn voll aufwiegt, und wo das Wirtschaftsleben auf solcher Grundlage sich aufbaut, da ist die brutale Macht nicht vonnöten!

Das letzte halbe Jahrhundert hat in der Weltwirtschaft eine Entwicklung gebracht, wie sie die Menschheit niemals vorher kennen gelernt hatte. Die Fortschritte der Technik auf allen Gebieten — nicht zum wenigsten in der Überwindung der Entfernungen — hatten eine völlige Umwälzung herbeigeführt, welche natürlich auch recht große Unbequemlichkeiten und durch Verschärfung des Wettbewerbes gewisse Nachteile mit sich brachte. Das führte, da jeder wohl das Widrige, nicht aber das Angenehme zu beachten pflegt, dazu, daß eine starke Strömung zur Beseitigung oder Abwehr des unbequemen Wettbewerbes durch die ganze Menschheit ging, und daß darüber der gewaltige Aufstieg der Weltwirtschaft, welcher allen zu gute kam, nicht gebührend gewürdigt wurde. Es war insbesondere der Wettbewerb zwischen England und Deutschland,



welcher die Stimmung beider Völker sehr ungünstig beeinflusste. England war im Weltverkehr im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts ganz gewaltig im Vorsprung gegen Deutschland gewesen. Dieser Vorsprung ging mehr und mehr verloren; die Welthandelszahlen Englands wurden von Deutschland immer stärker mit Überholung bedroht, und dies wurde vielfach als unerträglich angesehen ohne daß man sich der Mühe unterzog, der Frage wirklich mit streng sachlicher Prüfung näherzutreten. Man würde dann sehr bald erkannt haben, daß die bloßen Umsatzzahlen der Ein- und Ausfuhr nicht maßgebend sein konnten, daß man auch zu vergleichen hatte, wie die Bevölkerungszahlen sich verändert hatten! Deutschland behielt seinen Bevölkerungszuwachs im Lande, während England jährlich 250 000 bis 300 000 Menschen als Auswanderer hinausschickte, die an andern Stellen seines Weltgebietes seine Macht und Größe mehren, wenn sie auch in den Wirtschaftszahlen Großbritanniens nicht erscheinen. Dabei war es natürlich unvermeidlich, daß die Volkszahl des europäischen England von Deutschland überflügelt wurde und daß schließlich eine größere Volkszahl auch im Welthandel sich geltend macht. So mußte auch Deutschlands Welthandelszahl über die des europäischen Englands hinauswachsen.

Sobald wir den richtigen Maßstab — die Kopfzahl — zugrunde legen, ergibt sich, daß England durchaus nicht zurückgeblieben oder geschädigt ist. Sein Zuwachs ist von 1885 auf 1913 trotz des früheren erheblichen Vorsprungs immer noch erheblich größer als der Deutschlands — 234 gegen 187 Mark auf den Kopf! Die hier beigefügte Aufstellung zeigt, daß in dem kurzen Zeitraum von 29 Jahren die Bevölkerung der 15 Staaten um fast 200 Millionen — von 705 auf 902 — der Umsatz von 45 auf 128 Milliarden, der Kopfanteil von 65 auf 142 Mark gestiegen ist. Die Menschheit hat niemals eine ähnlich günstige Entwicklung ihrer Wirtschaft gekannt, und wenn auch der furchtbare Krieg an Menschen wie Kapital entsetzliche Opfer gefordert hat, so wird doch die Menschheit auch diesen furchtbaren Blutverlust überwinden, wenn sie zur Vernunft kommt und wirklichen Frieden schafft. Der größte Fluch der Menschheit ist nicht die Bosheit, sondern die Dummheit! Wenn die Menschen einsehen, daß Frieden und friedlicher Verkehr für alle Vorteil und Segen bringt, dann werden sie hoffentlich aufhören, in gegenseitiger Vernichtung ihr Heil zu suchen, und die Forderung der Vernunft, welche Kant vor 130 Jahren aufstellte, kommt doch noch einmal zur Herrschaft — trotz allen Hohnes,



welchen die Vertreter des brutalen Machtgedankens über die Idee des Menschheitsfriedens ausgegossen haben. Solange freilich die andern Völker den Weltfrieden nicht gleichfalls ehrlich erstreben, muß auch Deutschland bemüht bleiben, militärisch sich zu stärken und dahin zu streben, daß für alle Völker die gleichen Grundsätze der Rüstung zur Geltung gebracht werden.

Der Anteil einiger wichtigeren Länder am Welthandel 1885 und 1913 in Millionen Mark (Einfuhr und Ausfuhr zusammen gerechnet) unter Berücksichtigung der Volkszahl (Millionen) nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich zeigte folgende abgerundete Zahlen

	1885			1913			Zuwachs je Kopf M.
	Volks- zahl	Ein-u. Ausfuhr Mill. M.	je Kopf M.	Volks- zahl	Ein-u. Ausfuhr Mill. M.	je Kopf M.	
Deutschland	46,7	5788	124	67	20866	311	187
Groß-Britanien	36,5	10739	291	46	24161	525	234
Frankreich	38,1	5812	152	39,7	12306	310	158
Oesterreich-Ungarn	41,5	2090	51	53	5249	95	44
Rußland	110	1994	18	145	5632	39	21
Italien	29,5	1927	65	35,2	4925	140	75
Spanien	17,3	1140	66	19,8	2067	104	38
Schweden	4,6	654	140	5,6	1871	332	192
Belgien	5,8	2037	351	7,4	7011	398	547
Niederlande	4,3	3314	771	6	11901	1983	1212
Schweiz	2,9	1137	392	3,8	2636	694	302
Vereinig. Staaten v. Amerika	56	5486	98	94	17656	188	90
Japan	39	245	6	52	2846	55	49
Brit. Indien	270	1897	6	320	5884	18	12
Australien	2,8	1344	490	8	3102	388	92
Summe	705,0	45604	65	902,6	128112	142	77

Gewachsen ist

die Bevölkerung um 197,6 Millionen Köpfe = 28 v. H.

der Weltumsatz um 82,5 Milliarden Mark = 181 v. H.

der Anteil je Kopf um 77 Mark = 118 v. H.

Ein glänzender Aufstieg der gesamten Menschheit!

Schlussbetrachtungen

Zur Niederschrift meines Lebensganges wurde ich veranlaßt durch den Wunsch meines Sohnes, welcher glaubte, daß meine Nachkommen von den Erfahrungen des Großvaters Nutzen ziehen sollten. So will ich denn versuchen, das zusammenzufassen, was ich glaube, nach meiner heutigen Einsicht als Richtlinien für das Leben aufstellen zu sollen.



Ich habe vielleicht mehr als viele andere auf den verschiedensten Gebieten durch Studien wie Arbeiten Erfahrungen gesammelt, die auf jedem Einzelgebiet wohl von Vielen übertroffen werden mögen, die aber selten aus so vielen Quellen zusammengeflossen sein dürften.

In Vereinen der verschiedensten Gebiete — Kaufmannschaft, Handelskammer, Turnerei, Feuerwehr, Volksbildung Kreditgenossenschaft, in der Gemeinde- wie Kreisverwaltung, im Eisenbahnbezirksrat, in Schiffahrts- und Kanal-Vereinen — habe ich mitgearbeitet, am politischen Leben mehr als 50 Jahre mich beteiligt, daneben nahezu 40 Jahre einem kleinen Kreise geistig regsamer Männer angehört, in welchem wöchentlich eine bestimmte Frage eingehend durchgesprochen wurde. Meine Reisen in Europa wie Amerika und Indien haben mich auch mit fremden Ländern und Kulturverhältnissen bekannt gemacht. Meine Frau hat oft — und mit Recht — sich beklagt, daß ich jede freie Minute ein Buch vor der Nase hatte, und so habe ich wohl auch mehr gelesen als die meisten Männer meiner Kreise. Das Ergebnis meiner wirtschaftlichen Tätigkeit ist ein nicht ganz unbedeutendes, und ich hätte wohl auf diesem Gebiet noch erheblich mehr leisten und erreichen können, wenn ich nicht eine direkte Abneigung gefühlt hätte gegen ausschließliche Betätigung in der Wirtschaft und im Geldverdienen! Und wenn ich nun heute zurückblicke auf mein Leben, dann verstärkt und festigt sich bei mir die Überzeugung, daß wir uns auf falschem Wege befinden, wenn der Einzelne überwiegend nach Gelderwerb strebt, nach Steigerung seiner Macht, nach Lebensgenuß usw. Tüchtige Nachkommen zu erziehen, ist die wichtigste Aufgabe, welche auch uns im Alter die sicherste Lebensfreude bietet. Die Fürsorge für Familie und Kinder darf nicht hinter geschäftlichen und anderen Aufgaben zurückgestellt werden. Wie haben sich innerhalb eines kurzen halben Jahrhunderts die Dinge in meinem Umgangskreise geändert. Wie wenige meiner Mitbürger, aus wohlhabenden Familien stammend, haben sich bewährt, ihre Stellung behauptet oder erhöht. Wie viele sind direkt wirtschaftlich zu Grunde gegangen. Und die heute zu Wohlstand und Bedeutung gelangten, waren vor 30 bis 40 Jahren unbekannte, arme junge Menschen, die aber zäh sich heraufarbeiteten und Vermögen erwarben, leider nicht immer zum Segen der Kinder, welche häufig der Versuchung des väterlichen Wohlstandes schnell erlagen. Ich bin aus einer Familie hervorgegangen, welche besonders günstig dasteht. Vater und Mutter waren streng in der Erziehung, lehrten uns Arbeiten

und Sparen. Die Nachkommen meines Vaters zählten 1918 6 Kinder, 25 Enkel, 46 Urenkel, lebend; tot waren 1 Kind, 2 Enkel, 5 Urenkel. Unter allen war bisher kein Nachkomme, der seinen Eltern Unehre gebracht hätte! Ich selbst habe meine Kinder in gleichem Sinne erzogen, glaube auch trotz meiner vielen Nebenaufgaben jederzeit meinen Kindern mich treu gewidmet zu haben. Und doch muß ich mir sagen, daß ich nicht ganz die Aufgabe gelöst habe, in der entscheidenden Zeit aus dem strengen Vater mich umzuwandeln in den allernächsten Vertrauensmann Aller! Dies bleibt die allerwichtigste Aufgabe aller Erzieher! — wichtiger als Erwerb und Gut! Und wenn wir die Geschichte fragen und sehen, daß die ganz Großen fast nie bedeutende Kinder hinterlassen haben, sehen, wie auch ein Goethe bitteren Schmerz an seinen Nachkommen erlebte (woran er nicht ganz schuldlos war, da sein Genius oder sein Dämon seinen Kindern die gebotene Hingabe entzog) dann wollen wir daraus die Lehre ziehen, daß wichtiger als äußere Erfolge irgendwelcher Art für unser wie unserer Kinder Lebensglück die Erfüllung unserer Pflichten gegen unsere Kinder ist, wichtiger auch für unser Volk, dessen Blühen und Gedeihen bedingt ist von der Tüchtigkeit seiner Bürger! Wieviele Beispiele von Familientragödien habe ich nicht beobachten können an den Kindern reicher und großer Männer, deren Interesse und Kraft zu ausschließlich der Wirtschaft und dem Wachsen des Betriebes gewidmet war! Arbeiten und sparen sollen wir unsere Kinder lehren! und eifersüchtig sollen wir darauf achten, immer ihr vertrautester Vater und Freund zu sein und zu bleiben.

Bei aller Wichtigkeit aber, welche ich der Familienfürsorge zuspreche, kann ich doch nicht unterlassen, zu betonen, daß auch das Gemeinwohl an uns berechnete Ansprüche zu stellen hat. Kein Mensch lebt und wächst allein aus eigener Kraft. Wir zehren alle von der Arbeit der Gesamtheit in der Vergangenheit wie der Gegenwart! Jeder ist daher Schuldner seines Volkes und hat diese Schuld abzutragen, indem auch er an der Arbeit für das Gemeinwohl sich beteiligt! Daß er bei solcher Mitarbeit das eigene Interesse dem Interesse des Ganzen unterzuordnen hat, versteht sich wohl von selbst! Leider ist heute die Zahl der Männer, welche das Selbstinteresse stets voranstellen, und über die Selbstlosen als „Narren“ lachen, sehr groß — umso nötiger ist es, daß jeder Andersdenkende dem Gemeinwohl seine Kraft widmet, um diese Kreise zu bekämpfen, deren Herrschaft



letzten Endes das Ganze schädigt, worunter auch jeder Einzelne schwer leidet.

Auf dem Gebiet der eigentlichen Politik wird der Schaden noch erheblich verschärft dadurch, daß unser Volk noch nicht gelernt hat, sich ein eigenes politisches Urteil zu bilden und daher auf alle Lockungen hineinfällt, mit welchen gerade die selbstsüchtigen Kreise das Volk zu ködern verstehen. Dazu kommt das Unheil der Parteizersplitterung, welche ein Fluch des deutschen Volkes seit Jahrhunderten gewesen ist und zu bleiben droht. Es handelt sich ja im wesentlichen um **eine Grundfrage — sollen alle Volksteile politisch gleichberechtigt sein, oder sollen nach irgendwelchen Gesichtspunkten politische Vorrechte zugelassen werden.**

Die Rechtsparteien haben bis 1918 mit Erbitterung das Dreiklassenwahlrecht Preußens verteidigt und würden es auch heute noch verteidigen, wenn sie nicht wüßten, daß mit solcher Forderung sie politisch abdanken würden. Sie verleugnen deshalb ihre früheren Herzenswünsche und schieben alle möglichen Sonderwünsche in den Vordergrund des politischen Kampfes: Erhöhung des Wahlrechtsalters, Einschränkung des Frauenwahlrechts, Einzelheiten der Besteuerungsfragen, Schutzzollfragen für Landwirtschaft und Industrie, Aufwertungsfragen, monarchische oder republikanische Staatsform, Flaggenfrage usw. Die Welt hat inzwischen grundsätzlich sich für die Republik entschieden. Die noch vorhandenen Monarchen haben monarchische Vorrechte nicht mehr! nur ihre völlige Machtlosigkeit erhält sie noch auf dem Throne. In Deutschland aber waren bisher die Monarchien Träger sehr starker Klassenvorrechte und für das Ausland vor allem die Träger der Gewaltpolitik, welche uns in den furchtbaren Weltkrieg hineingetrieben hat und deren Wiederkehr mit der Monarchie im Auslande gefürchtet wird. Die Mehrheit des deutschen Volkes aber, welche in der Vergangenheit politisch nicht gleichberechtigt war, fürchtet mit der Wiederkehr der Monarchie auch Wiederkehr der politischen Vorrechte und wird daher alle Versuche auf Wiederherstellung der Monarchie in erbittertem Kampfe zu hindern suchen. Bei solcher Sachlage ist es Pflicht jedes Vaterlandsfreundes, nur ehrlich republikanischen Parteien die Stimme zu geben. Wird diese Grundfrage als entscheidende in den Vordergrund gestellt, und hiernach die politische Parteistellung genommen, dann kann alles weitere ruhig der Auskämpfung der Einzelfragen überlassen werden. An Meinungsverschiedenheiten wird es ja nie fehlen — es darf aber nicht dahin kommen, daß auf solchem Umwege



grundsätzliche Gegner der Republik sich wieder in die frühere Machtstellung einschmuggeln!

Grundsätzliche Gegnerschaft wird freilich unvermeidlich sein in der Frage, ob unser Wirtschaftsleben sich entwickeln soll nach sozialistischem Gedanken der Leitung durch Staatsorgane, oder unter Festhaltung an der Leitung durch freie Persönlichkeiten. Hier werden sich gleichfalls die Geister scheiden. Ich halte die Verteidigung der Leitung durch freie Persönlichkeiten für unbedingt geboten, fordere aber ebenso entschieden Schutz der Schwächeren gegen die Übermacht des Kapitals, welches durch Zusammenballen großer Unternehmergruppen, wötmöglich auf das Ausland hinübergreifend, unterstützt durch Ankauf der Presse, eine Macht sich zu schaffen bemüht, die eine ernste Gefahr für das Staatswohl und das Staatsganze zu werden droht. Bei Schutz voller politischer Gleichberechtigung kann erwartet werden, daß solche Gefahren sich werden abwenden lassen — der Ernst derselben darf aber nicht verkannt und es muß ihnen zielbewußt und mit aller Kraft entgegengearbeitet werden.

Der Kampf gegen die zu weit gehenden gefährlichen Forderungen des Sozialismus wird nicht ganz leicht sein. Wir dürfen nicht verkennen, daß namentlich in den alten preußischen Provinzen die früheren Klassen- und Standesunterschiede und Vorrechte, verbunden mit einem schroffen Ton, welcher im Verkehr zwischem oberen und unteren Klassen vielfach sich eingebürgert hatte, im Volk tiefe Gegensätze und Klüfte geschaffen hat, welche Haß und Erbitterung dauernd wachsen ließen. Dem Kampf der unteren Schichten um Besserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen wurde seitens der Arbeitgeber vielfach mit der größten Härte entgegengetreten. Die Vertreter der Arbeiter wurden mit schwarzen Listen verfolgt, welche ihnen eine Neueinstellung in Arbeit, nachdem sie an einer Stelle wegen Vertretung von Arbeiterinteressen als lästige Störenfriede entlassen waren, fast unmöglich machten. Daß hierdurch viel Wut und Erbitterung geschaffen wurde, ist begreiflich. Wenn auch zweifellos von beiden Seiten gefehlt worden ist, so war doch die Wirkung für den Arbeitervertreter eine ganz andere als für den Unternehmer. Für den Arbeiter ergab sich monatelange Not für Frau und Kinder, für den Unternehmer eine lästige Störung, die aber von großer sachlicher Bedeutung nicht war. Die Nachwirkungen dieser Verhältnisse haben die Luft vergiftet, welche in unsern Betrieben geatmet wird, und es wird jahrelanger Mühen bedürfen, ehe diese Luft völlig entgiftet wird. Wenn auch eine nicht ganz kleine Zahl



von Arbeitgebern eine andere verständigere Politik getrieben hat, und wenn auch nach dem gegenwärtigen Stände des Arbeitsrechtes gegen die schlimmsten Auswüchse des alten rücksichtslosen Herrenstandpunktes Sicherungen geschaffen sind — die Nachwirkungen des jahrzehntelangen Kampfes verschwinden doch nicht so schnell aus dem Herzen, und es ist Pflicht jedes einsichtigen Mannes mit aller Kraft darauf hinzuwirken, daß ein anderer Geist zur Herrschaft kommt. Die Frage der Höhe des Arbeitslohnes wird ja immer im Vordergrund der Kämpfe stehen — man darf sagen — leider! Andere Dinge — die Fürsorge für Wohnungen, Familie, Krankheit, eine richtige Abstufung der Löhne nach Leistung und sozialen Gesichtspunkten sind oft von größerer Bedeutung als die reine Lohnhöhe — aber überall diese Punkte ist eine verständige Regelung nur möglich, wo Vertrauen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter herrscht; in vielen namentlich großen Betrieben, fehlt dieses Vertrauen leider, und es kommt fast nur die Lohnhöhe in den Verhandlungen in Betracht. Und wenn da die Arbeiter, welche ja über die Lage ihrer Industrie im ganzen leidlich gut unterrichtet sind, sehen, wie die Aktionäre recht hohe Dividenden beziehen und wie daneben sehr erhebliche, sogenannte stille Reserven geschaffen werden, während um jede kleine Lohnerhöhung erbittert gekämpft werden muß, dann ist es begreiflich, wenn sie glauben, daß nur der böse Wille des Arbeitgebers sie bedrückt erhält. Die Folge ist die Verschärfung der marxistischen Ideen, deren Herrschaft zum Unsegen aller sich auswirken würde. Die Voraussetzung zur Vermeidung der hieraus drohenden Gefahren ist die Schaffung von Vertrauen zum Arbeitgeber, das sich nur gewinnen läßt, wenn auch dieser mit Vertrauen dem Arbeiter entgegenkommt und mit unbedingter Wahrhaftigkeit alles ihm gegenüber verhandelt, vor allem auch zeigt, daß er sein Wohlergehen aufrichtig im Auge hat und bereit ist, dafür auch Mühe und Opfer nicht zu scheuen. Solches Vertrauen zu schaffen, ist nicht ganz leicht, zumal unter den Arbeitgebern die richtige Einsicht für die Notwendigkeit einer solchen Politik — wir wollen von christlichen Pflichten ganz absehen, obwohl solche für alle stets maßgebend sein sollten! — noch in bedauerlich großem Umfange fehlt! Es ist dies nicht nur bedauerlich nach sittlichen Gesichtspunkten, es ist auch ein kurzsichtiger Fehler gegen das Interesse der Wirtschaftlichkeit — des Ergebnisses des Betriebes. Eine mit gutem Willen im Gefühl gerechter Behandlung und Entlohnung arbeitende Mannschaft leistet erheblich mehr als eine durch das Gefühl ungerechter Behandlung erbitterte. Eine 10 bis 15 prozentige Mehrleistung ergibt sich sehr bald, und diese



Mehrleistung wiegt eine etwas aufgebesserte Entlohnung sehr leicht auf. Ich weiß, daß man einwenden kann, daß viele Arbeiter jede Aufbesserung nur als einen Beweis ansehen, daß sie nur immer weiter ihre Forderungen steigern müßten — all solche Einwendungen sind mir bekannt und ihre häufig begründete Berechtigung will und kann ich durchaus nicht leugnen, aber schließlich kann ich nur immer wieder darauf hinweisen, daß in meinem Betriebe mit der von mir geforderten Politik glänzende Erfolge in der Arbeitsleistung erzielt sind, und daß nach meiner Erfahrung auch an andern Stellen die gleichen Erfolge zu erwarten sind, wenn auch nicht sofort und nicht ohne Rückschläge und Enttäuschungen. Es gilt auch hier durchzuhalten ohne Entmutigung und in dem Bewußtsein, in dieser Weise nur eine sittliche Pflicht zu erfüllen.

Nach meiner Überzeugung hängt die Zukunft unseres Volkes und Vaterlandes davon ab, daß solcher Geist zur Herrschaft kommt; er hat bisher geherrscht in dem Betriebe, welcher meinen Namen trägt, und ich zweifle nicht, daß er auch bei meinen Nachfolgern herrschend bleiben wird!

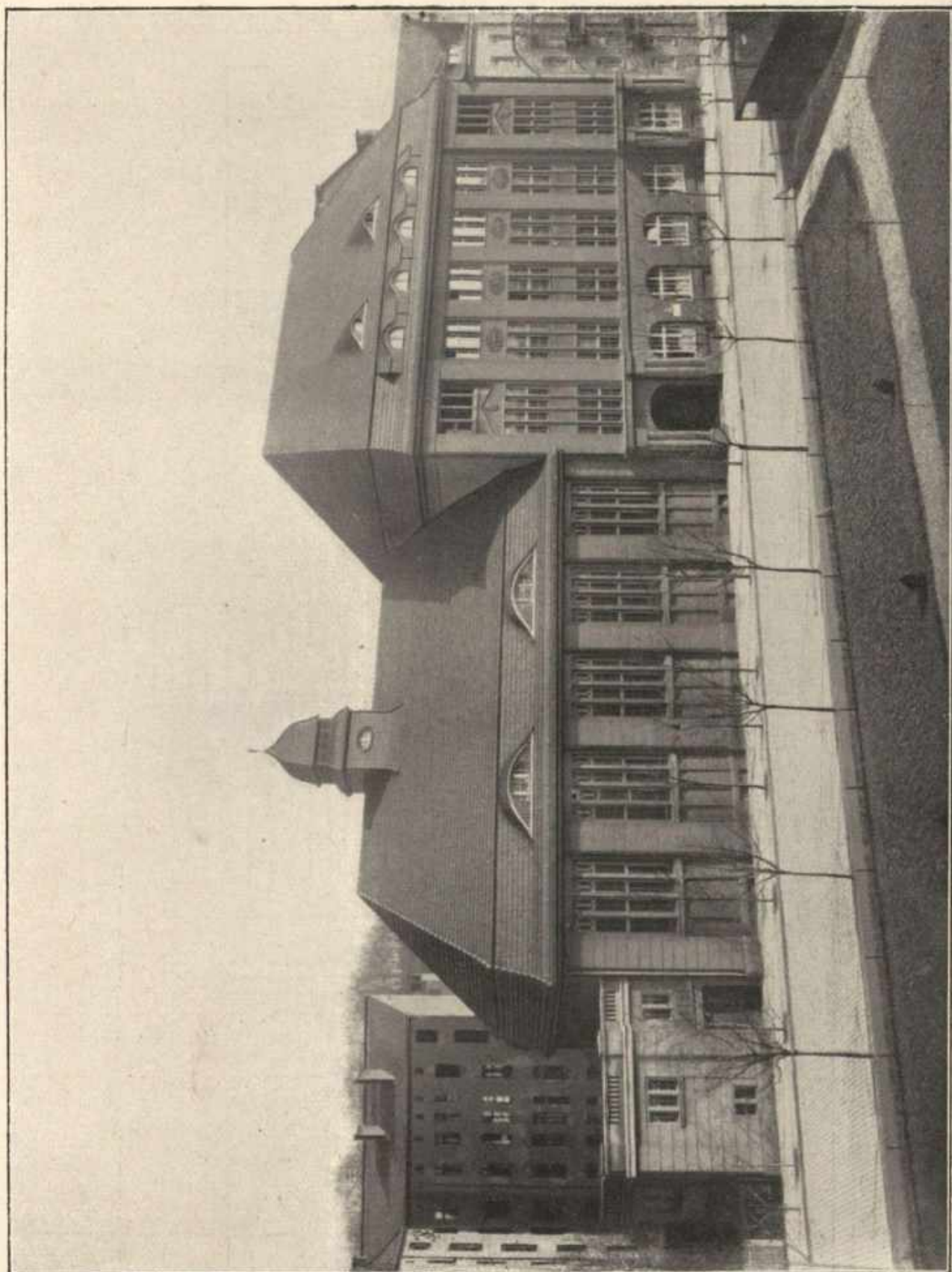
Im ganzen Reich und Volke aber sollten wir alle den Geist der Selbstsucht und des niedrigen Lebensgenusses bekämpfen, welcher gegenwärtig in der ganzen Menschheit vorzudringen scheint und letzten Endes der bisherigen Vorherrschaft der europäischen und christlichen Kultur jede Berechtigung entziehen würde. Gerade wir Deutsche durften bisher stolz darauf sein, daß unsere edelsten Geister — Kant, Goethe, Schiller — den Idealismus hochgehalten haben. Diese hohe Erbschaft und die Pflicht ihrer Bewahrung und Verteidigung sollten wir uns nicht rauben oder schmälern lassen. Leider hat das Bürgertum in den letzten Jahrzehnten sich dieser Vorgänger wenig würdig gezeigt! In wie beschämendem Umfang hat man sich an anscheinend vornehmere Kreise herangedrängt, hat deren Formen und Äußerlichkeiten in würdeloser Weise nachgeahmt, ohne daran zu denken, daß die großen Führer und Förderer der Menschheit aus den bürgerlichen Kreisen hervorgegangen sind. Orden! Titel oder gar der Adel! wie beglückt fühlten sich auch Männer, deren Bedeutung sie berechtigte, über solche Dinge die Achseln zu zucken! Das kernige Wort Gustav Freytags: „es schickt sich nicht für einen Bürgerlichen, sich adeln zu lassen“ hat das Bürgertum durch sein Verhalten wenig gerechtfertigt! Möge es der Pflichten eingedenk bleiben, welche die Größe seiner Vorfahren ihm auferlegt — möge es das Gemeine meiden, möge es daran festhalten, daß „Wert nur die Arbeit hat, welche dem Gemeinwohl dient“, möge

Geld ihm wohl Diener für seine Arbeit, nicht aber Zweck der Arbeit sein, möge es stolz nach oben, freundlich und hilfsbereit nach unten sein! Möge es die Nachkommen erziehen in dem Geiste der Luther, Kant, Goethe, Schiller, Lessing, möge es alle Vorrechte für sich zurückweisen, für andere bekämpfen und damit die Volksversöhnung herbeiführen, unter Beseitigung aller Klassen-Unterschiede und -Vorrechte, dann wird auch unserm armen gepeinigten Volke und Vaterlande eine Zukunft wiederkehren, wie sie seiner Vergangenheit und seinen Verdiensten um die Menschheit entspricht.





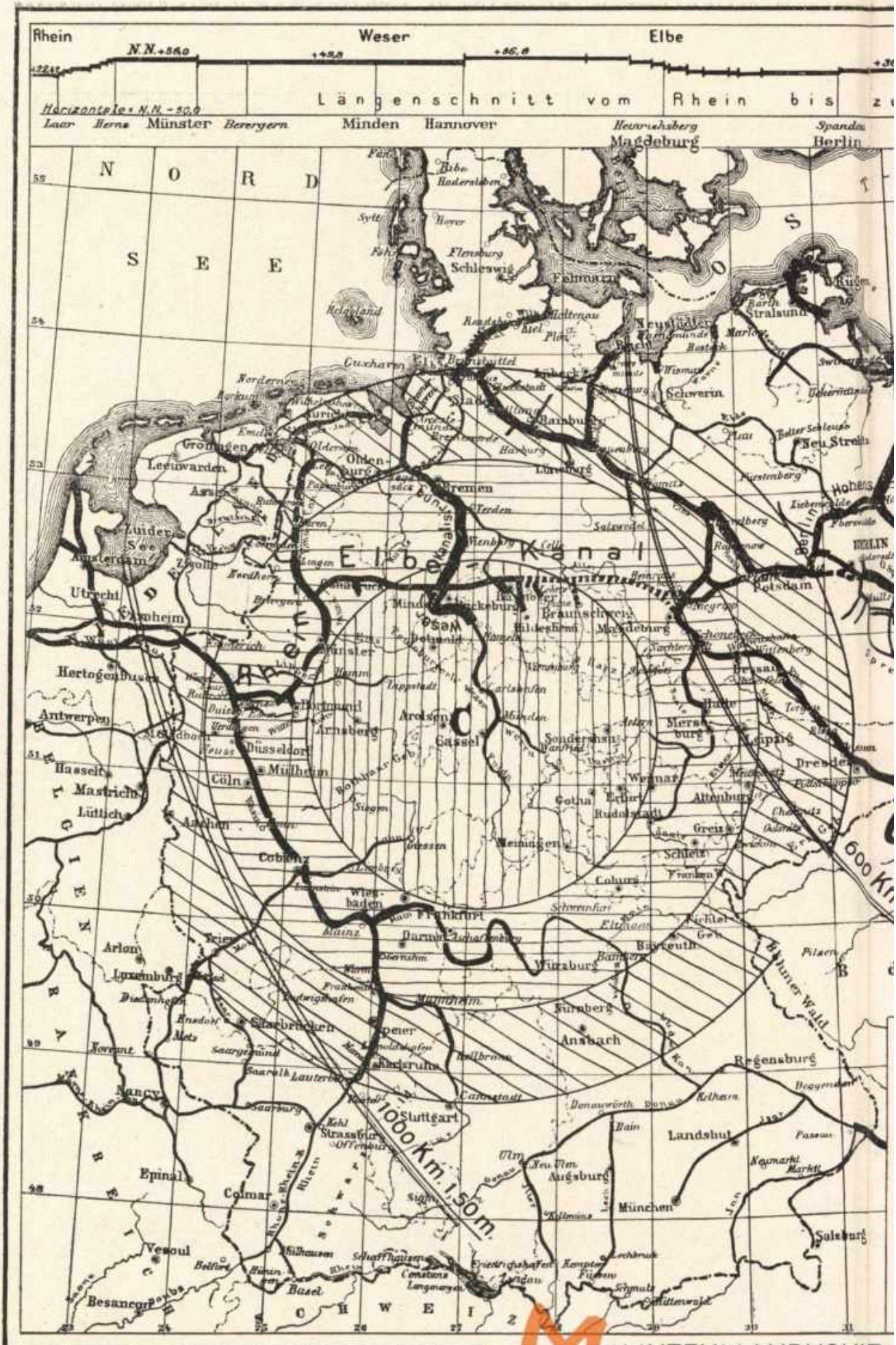
MUZEUM LUBUSKIE
im. Jana Dekerta w Gorzowie Wlkp.

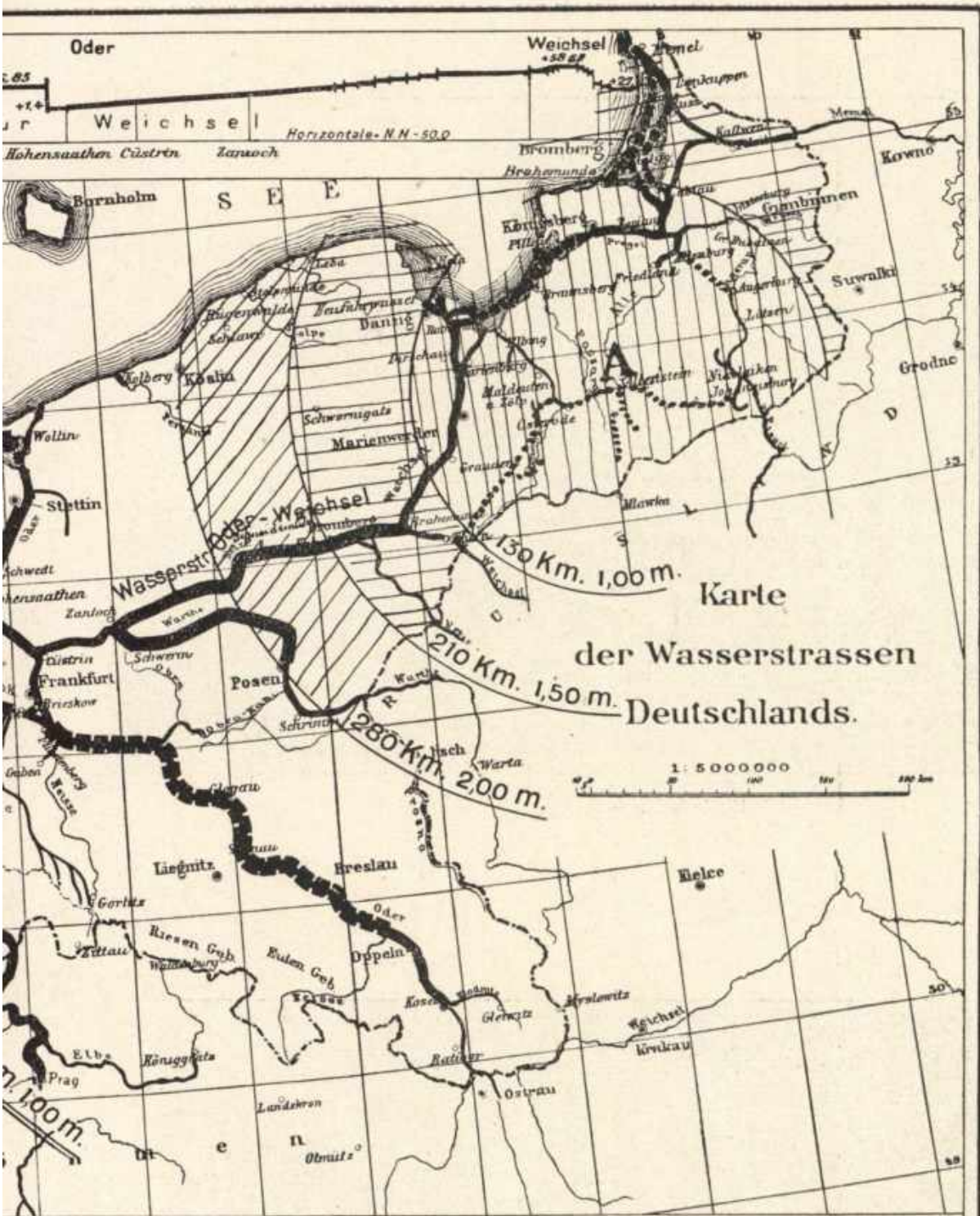


Das Volkswohlfahrtshaus Landsberg a. W.



MUZEUM LUBUSKIE
im. Jana Dekerta w Gorzowie Wlkp.





Karte
der Wasserstrassen
Deutschlands.

Zeichenerklärung.

- Wasserstrassen für Schiffe von 400 und mehr t Tragfähigkeit.
- " " " unter 400 t.
- " " " von geringer Schiffbarkeit.
- } Vorwiegend im Interesse der Schifffahrt. { Neue Kanäle.
- } " " " " " Verbesserung bestehender Wasserstrassen.
- } Vorwiegend im Interesse der Landescultur. { Verbesserung schiffbarer Wasserstrassen.
- } " " " " " " nicht " " Wasserläufe.
- Für die Vergrößerung der Niedrigwassertiefe in Aussicht genommene Oderstrecke.



Kinderheim — Strassenfront



Kinderheim — Krippen — Spielzimmer



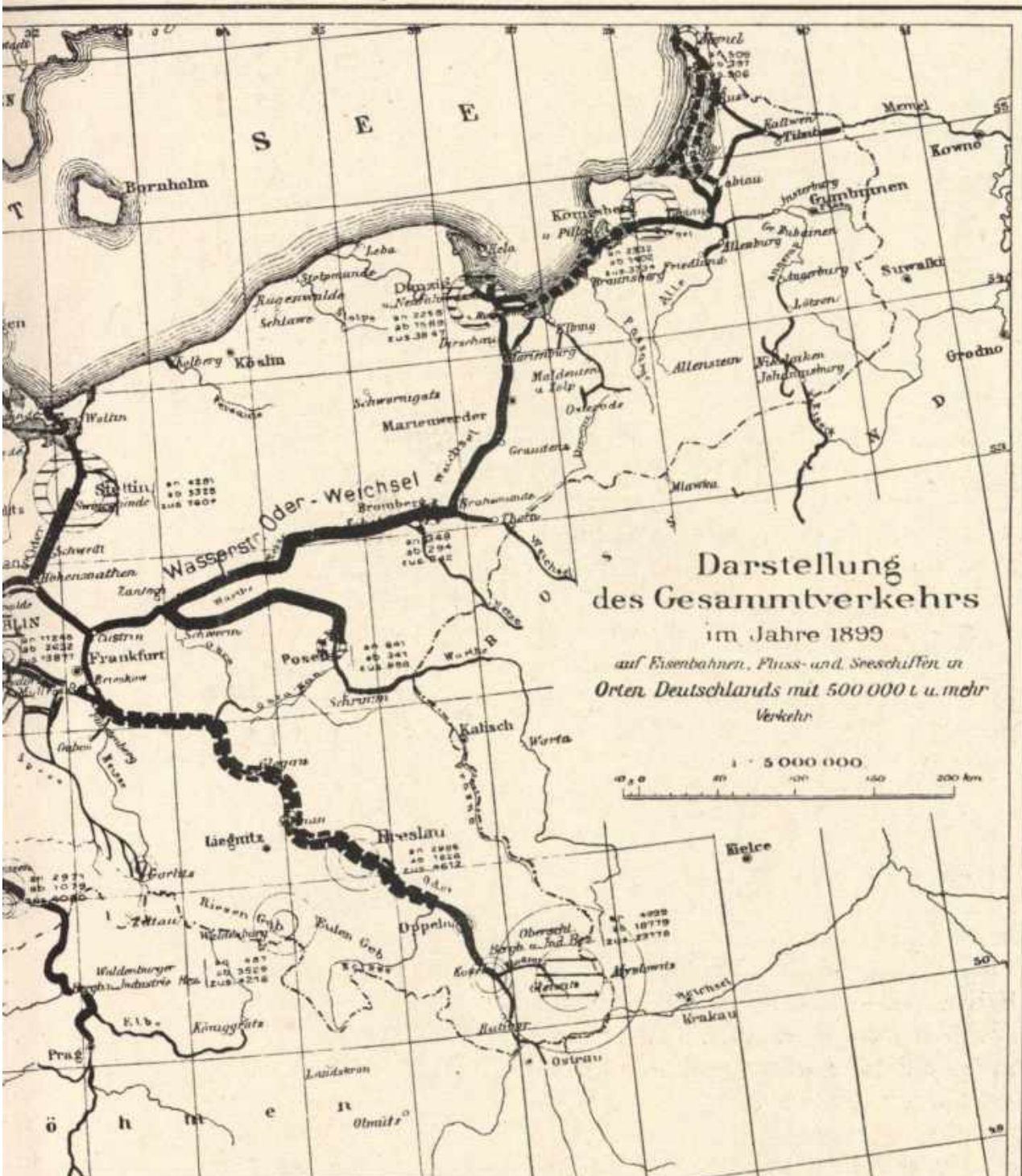
Kinderheim — Gartenseite



Liege-Saal







**Darstellung
des Gesamtverkehrs
im Jahre 1899**
auf Eisenbahnen, Fluss- und Seeschiffen in
Orten Deutschlands mit 500 000 t u. mehr
Verkehr

1 : 5 000 000
0 50 100 150 200 km

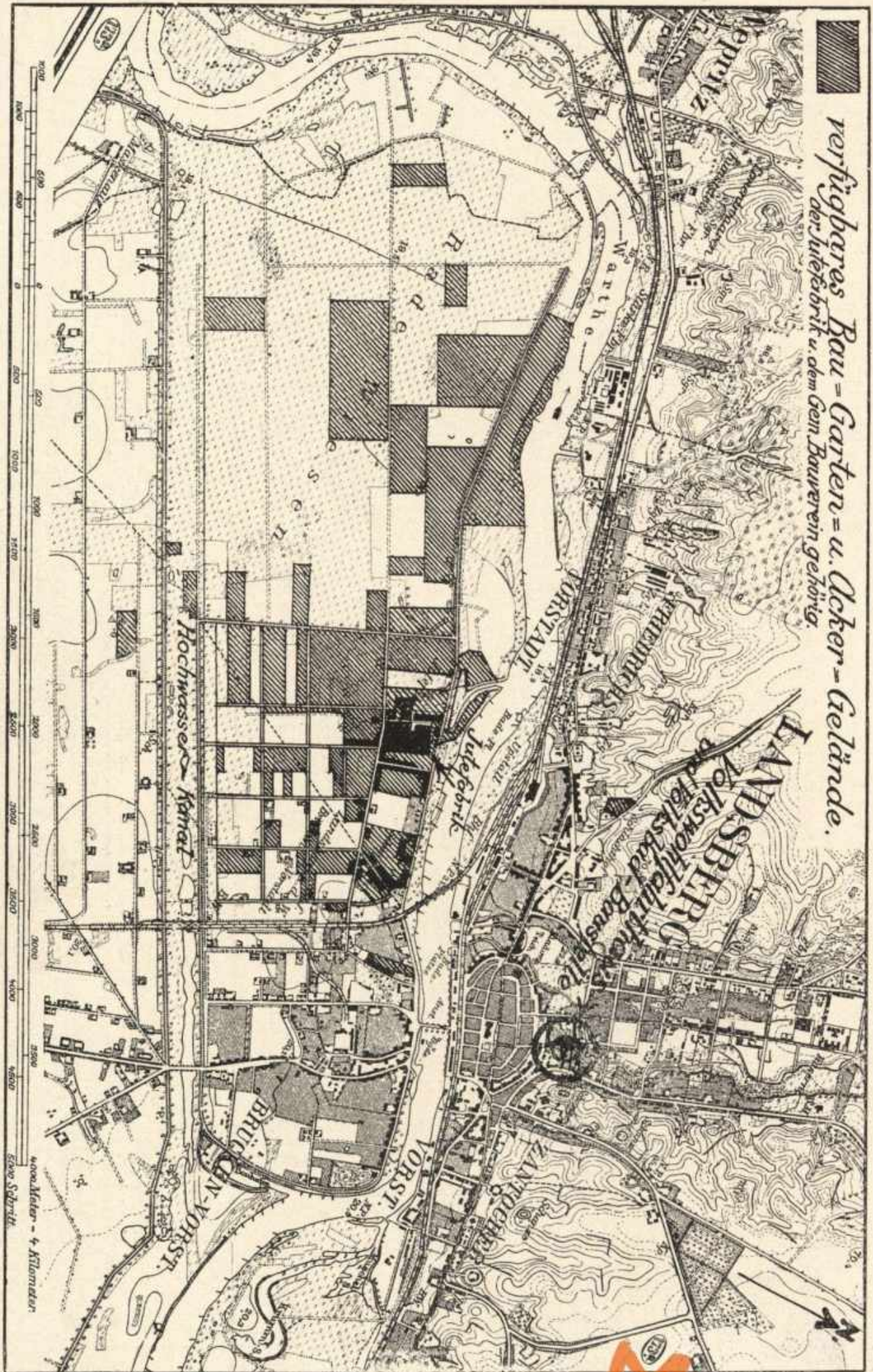
In den Kreisen ist bei einigen wichtigen Bezirken der Empfang in schraffierter, der Versand in glatter Fläche dargestellt. Es stellt der innere Kreis den kleineren, der äussere Kreisring den grösseren Verkehr dar. Gegenüber einem Gesamtverkehr von rund 118 Millionen (Rhein-Westf. Ind.-Gebiet) 26,7 Mill. Hamburg, 23,8 Mill. Oberschlesien, 13,9 Mill. Berlin, 7,6 Mill. Stettin steht der Osten (Memel 0,9 Mill., Königsberg 3,7 Mill., Danzig 3,8 Mill., Bromberg 0,6 Mill., Posen 1,0 Mill.) erheblich zurück. Und dies war der Stand von 1899! Heut 1912 wäre der Abstand noch viel ungünstiger für den Osten!

MAX BAHR.

Maassstab für die Durchmesser der Kreise.

Die Punkte bedeuten
1000 t

verfügbares Bau- Garten- u. Acker- Gelände.
 der Jutefabrik u. dem Gem. Bauverein gehörig.



ANLAGEN

1. Die Schulpolitik der Vereinigten Staaten Schulgeldfreiheit für alle Schulen.

November 1925.

Um die Schulpolitik der Vereinigten Staaten zu verstehen, müssen wir in kurzen Zügen den Gang ihrer Geschichte an uns vorüberziehen lassen. Die Ostküste Nordamerikas wurde vorwiegend (1584 Walter Raleigh's Begründung von Virginia) von Engländern, Franzosen, Holländern — Anglikanern, Puritanern, Calvinisten, Lutheranern, Hugenotten, Katholiken besiedelt. Die Kriege Europas übertrugen sich auf Amerika — die Engländer rissen den holländischen Besitz (New Amsterdam wird in New York umgetauft) ganz, den französischen (Kanada und Florida) zum großen Teil an sich, so daß um 1760 die ganze Ostküste vom Lorenzstrom bis zur Südspitze Floridas englisch war. Obwohl neben Holländern und Franzosen auch Schweden und Deutsche unter den Siedlern vertreten waren, so überwogen doch Engländer, Iren und Schotten so stark, daß auch volksmäßig die einzelnen Staaten als englische Kolonien sich darstellten. Die 5 nördlichen Neu-England-Staaten hatten sich schon 1643 zu einer Union zusammengeschlossen, und als 1774 die ganzen 14 Kolonien gegen die drückende Herrschaft des Mutterlandes sich erhoben, bildeten sie mit ihren 3 Millionen Seelen (gegen etwa 8 Millionen des Mutterlandes) schon einen, wenn auch losen Staatsverband, dem es gelang, von 1775—83 in achtjährigem hartem Kampf die Unabhängigkeit zu erringen. Nach mancherlei Verhandlungen kam dann 1787 die Begründung der Einheits-Union zustande auf Grund einer Verfassung, welche der Union die für die Staatseinheit wichtigsten Gebiete — Außenpolitik, Heer, Flotte, Post- und Verkehrswesen, Handelspolitik, Einwanderung — zuwies, einen höchsten Unionsgerichtshof für staatliche Beziehungen schuf, den Bürger des Einzelstaates zum gleichberechtigten Bürger aller Staaten wie der Union machte, alles andere aber — Innere Verwaltung, Justiz, Schule usw. — kurz alles, was nicht ausdrücklich der Union zugewiesen war, dem Rechte und dem Wirken des Einzelstaates vorbehielt. Der Schule legte man derzeit so große Wichtigkeit nicht bei; sie



wird in der Verfassung der Union wie auch in den meisten Länderverfassungen gar nicht erwähnt. Erst im 19ten Jahrhundert fing man an, ihr ein größeres staatliches Interesse zuzuwenden.

Nach Lage der politischen Rechteverteilung handelte es sich hier um ein Arbeitsgebiet des Einzelstaates, und es kann daher nicht wundernehmen, daß die Entwicklung in den verschiedenen Staaten ganz verschiedene Wege einschlug und große Unterschiede bis zum Ende des 19. Jahrhunderts sich erhielten. Der beherrschende Zug der Angleichung aber, welcher in der Entwicklung der Union auf allen Gebieten zu beobachten ist, die völlige Übereinstimmung in den politischen Grundanschauungen — alles für das Volk, alles durch das Volk — bei voller Rechtsgleichheit im ganzen Volke — führte ganz naturgemäß auch im Schulwesen zu immer größerer Gleichmäßigkeit. Auch die Union gewann auf diesem Gebiete nach und nach eine etwas stärkere Einwirkung, da sie bei Erschließung der westlichen Bezirke, als Besitzerin des herrenlosen Landes, den neu sich bildenden Einzelstaaten bestimmte Landflächen zur Unterhaltung der Schule zuwies, wobei sie in der Lage war, bestimmte Forderungen und Bedingungen aufzustellen, welche dahin wirkten, die Schulleistungen zu steigern und größere Verschiedenheiten zwischen den Staaten nach und nach abzugleichen. Gegenwärtig hat die Union ihre zentrale Schulabteilung, welche die Entwicklung der Schulen in den Staaten beobachtet, Statistiken zusammenstellt, Anregungen gibt und bei aller Selbständigkeit der Staaten doch einen bemerkenswerten Einfluß ausübt.

Wenden wir uns nun der Entwicklung des Schulwesens selbst zu, so finden wir bis 1650 kaum eine wirksame staatliche Fürsorge für dasselbe. Die Kirche hat Schulen geschaffen für kleinere Kreise der oberen Schichten — Lateinschulen u. a. — auch vereinzelt Armenschulen — von einem planmäßigen geordneten Schulbetrieb ist aber keine Rede. Führend sind und bleiben die calvinistischen und puritanischen nördlichen Neu-England-Staaten, in erster Linie Massachusetts und Boston. Hier werden schon 1642/47 durch Gesetz öffentliche Schulen gefordert — jeder Bezirk mit 50 Familien soll eine Elementarschule für Lesen und Schreiben, jeder Bezirk mit 100 Familien eine Lateinschule schaffen, welche für die Universität vorbereitet. Die Mittel soll der Bezirk nach seinem Ermessen beschaffen. Die beherrschenden Grundsätze des amerikanischen Schulwesens treten aber schon hier hervor.

Das Staatswohl fordert allgemeine Jugenderziehung.

Der Staat hat das Recht sie zu erzwingen.



Der Staat bestimmt Aufgabe, Art und Ziel der Erziehung. Staatsmittel sollen dieser Aufgabe dienen.

Der Staat soll auch für Universitäts-Vorbildung sorgen.

Hatte Massachusetts hiermit auch ein hohes staatsmännisches Programm aufgestellt, so war doch von seiner Anerkennung oder Durchführung im nächsten Jahrhundert wenig zu bemerken.

Man vergegenwärtige sich die Lage der Staaten — eine zerstreute schwache Siedlerbevölkerung, in hartem Kampf mit der Natur und den zu verdrängenden Indianern! Zum Teil aus einer Heimat stammend, in welcher nur Wenigen eine Schulbildung zuteil wurde! Pensylvanien, New York und andere Staaten überließen gern der Kirche, Elternverbänden und anderen freiwilligen Organisationen die Sorge um die Schule; Virginia mit den Südstaaten lehnte eine staatliche Einmischung in das Schulwesen ganz ab. Bis etwa 1750 überwiegen die kirchlichen Schulen, welche ihre Zöglinge mit Bibel und Kirchenlehre vertraut machen, in mäßigem Umfange eine kleinere Schülerzahl in Lateinschulen auch für eine höhere Bildung vorbereiten. Es verstärken sich aber fortgesetzt die Bestrebungen, den Einfluß der Kirche zurückzudrängen. Die mehr den Anschauungen der oberen englischen Kreise entsprechenden Lateinschulen werden umgeformt; im Ganzen wird alles mehr den Anschauungen der breiteren Volksschichten angepaßt; neue — mehr demokratische — Kollegien (Pennsylvania 1749, Kings 1754) werden gegründet; Harvard und Yale passen sich dieser demokratischen Strömung an, und eine starke grundsätzliche Umstellung bereitet sich unverkennbar vor. Die Weiterentwicklung wird aber unterbrochen durch die politischen Unruhen, welche die Zeit von 1750 bis 1820 füllen — Kämpfe mit Frankreich — Unabhängigkeitskrieg — französische Revolution — Napoleon (der 1803 Louisiana an die Union verkauft) — erneuter Krieg mit England 1812 bis 1815! Erst nach erfolgter Beruhigung wendet die Union dem Schulwesen erneut ein lebhafteres Interesse zu.

Ihre leitenden Staatsmänner hatten die Bedeutung der Schule nie aus dem Auge verloren. Jefferson hatte schon 1787 aus Paris gemahnt, „man solle die Erziehung des Volkes, die sicherste Bürgschaft für die Freiheit, nicht aus dem Auge lassen“. 1816 wiederholt er, „daß bürgerliche Freiheit ohne Bildung des Volkes nicht bestehen könne“. Washington sagt dasselbe 1797 in seinem „politischen Testament für das Amerikanische Volk“. Der vierte Präsident James Madison (1809), der sechste John Quincy Adams (1825), Jackson (1829), Lincoln (schon 1832 — 23 Jahre alt — 30 Jahre vor seiner Präsident-



schaft!!), Daniel Webster und eine große Zahl anderer hervorragender Männer — sie alle haben dieselben Gedanken vertreten und für das 19. Jahrhundert ihren Siegeszug durch die ganze Union vorbereitet.

Bis zu Jackson (1829) waren die Präsidenten stets aus den oberen aristokratischen Schichten hervorgegangen. Das Stimmrecht war vielfach in den Staaten noch an eine Reihe von einschränkenden Bedingungen geknüpft gewesen. Der demokratische Widerstand war aber immer stärker geworden, namentlich die nach Westen vordringenden Siedler wollten von irgendwelchen Unterschieden nichts mehr wissen. Jackson, selbst ein Mann der westlichen Grenzer, wurde 1828 gegen Adams gewählt mit 178 Stimmen gegen 83 Stimmen, 1832 gegen Henry Clay mit 219 gegen 49 Stimmen. Diese starke demokratische Welle beseitigte alle Stimmrecht-Ungleichheiten und forderte auch auf dem Gebiete der Schule eine einheitliche, dem ganzen Volke offene, aus öffentlichen Mitteln zu erhaltende Schule. Auch die Arbeiterschaft machte sich diese Forderung zu eigen, und die nächsten Jahrzehnte standen in allen Staaten der Union unter dem Zeichen dieses Kampfes.

Auf schultechnische Fragen einzugehen, ist hier nicht der Ort, obwohl die Ideen von Pestalozzi, Herbart, Fröbel, in Amerika mit Begeisterung aufgenommen, in diesem Kampf stark mitgewirkt haben, der von beiden Seiten mit erbitterter Zähigkeit geführt wurde.

Die Parteibildung wie die Beweisführung war dieselbe, wie sie wohl bei allen Ländern und Völkern in die Erscheinung trat.

Für die freie öffentliche Schule waren: die Bürger der Republik (überzeugten Demokraten) — die Philantropen und human Denkenden — die Politiker von weitem Blick — die intelligenten Arbeiter — die Nicht-Steuer-Zahlenden — die Calvinisten — die Neu-England-Bürger. Gegner waren die Aristokraten — Konservativen — kurzsichtigen Politiker — Unwissenden — Engherzigen — Steuerzahler — Kirchenmänner — Südstaatler — Privatschulbesitzer.

Von den geltend gemachten Gründen wollen wir nur eine Reihe der wichtigsten anführen.

Für die öffentlichen freien Schulen wurde geltend gemacht, daß Bildung Armut, Elend und Verbrechen vermindere, die Produktion steigern und vor irrigen Wirtschaftslehren schütze, daß die gemeinsame öffentliche Schule die Entstehung gefährlicher Klassengegensätze verhindere, daß eine konfessionelle Schule in einem kirchlich stark gemischten Volke unmöglich sei (man zählte 1750 schon eine größere Zahl von



Kirchen, 1917 waren in der Union 49 Kirchen und 171 Sekten), daß Aufklärung über Staat und Bürgerpflichten unentbehrlich sei zum Schutze demokratischer Verfassung, daß die Einwanderer am besten durch die öffentliche Schule zu guten Staatsbürgern gemacht werden, daß alle Kinder eines Staates ein Recht haben auf freie Schule, daß der soziale, moralische, politische und wirtschaftliche Segen zehnfach die aufzuwendenden Kosten gut mache, daß nur ein System von Staatsschulen einen Unterricht gewährleiste, der die Wohlfahrt des Staates verbürge

Die Gegner behaupteten, daß eine Verallgemeinerung der Bildung die Leute über die gebührende soziale Stellung erhebe; lang bestehende und wünschenswerte soziale Grenzen beseitige; kirchliche Wohlfahrt und Entwicklung schädige; kinderlose Steuerzahler zugunsten fremder Kinder belaste; den Fleißigen zugunsten des Faulen besteuere; die Staatslasten so steigere, daß kein Staat solche Verschwendung tragen könne.

Der Kampf wurde geführt mit einer Kraft und Wucht, wie sie nur der Amerikaner leistet. Bei uns wendet man ja starke Kraft nur auf, wenn es sich um Geld- oder Standesinteressen handelt — für „Ideale“ kämpfen mit starker Kraft nur noch die „Narren“.

In allen Staaten der Union bildeten sich starke Kampforganisationen. In Philadelphia, Hartford, Cincinnati, Boston, New York, New Jersey usw. traten Schulfreunde und Lehrerorganisationen zusammen, welche Werbekämpfe in alle Staaten trugen. Auch die Arbeiterschaft schuf ihre Kampforganisationen. Ziele des Kampfes waren: Schulförderung aus Steuermitteln, Beseitigung der Armenschule, volle Schulgeldfreiheit, Erreichung der Staatshoheit in der Schule, Beseitigung der Konfessionsschule, Erfassung auch der höheren Schule, Krönung des Systems durch die kostenfreie Staatsuniversität.

Unterstützung hatten schon früh die Union wie die Einzelstaaten den Schulen zugewendet — ganz besonders durch Zuweisung von Landbesitz. Aber auch Abgaben zugunsten der Schulunterhaltung waren schon vor 1800 in Connecticut, New York und anderen Orten eingeführt. Man gründete vielfach Schulfonds, aus welchen man bei Bedarf schöpfte.

Als man dann aber zu direkten Schulsteuern übergehen und solche auch für höhere Schulen verwenden wollte, setzte ein erbitterter Widerstand ein. Man bestritt die Verfassungsmäßigkeit solcher Steuern, und eine Reihe der höchsten Staatsgerichtshöfe mußten über diese Frage ihre Entscheidung fällen. In manchen



Staaten wurden entsprechende Bestimmungen in die Staatsverfassungen aufgenommen. Die volle Schulgeldfreiheit für alle Schulen konnte schließlich erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durchgesetzt werden.

Auch um die staatliche Schulaufsicht, ausgeübt durch staatliche Schulbehörden, mußte hart gekämpft werden. Erst 1812 machte der Staat New York damit den Anfang und nur langsam folgten andere Staaten. Die größeren Städte führten schneller Stadtschulinspektoren ein, doch noch 1861 waren von 34 Staaten 6 ohne staatliche Schulbehörde und nur 25 Städte hatten einen Chef der Schulverwaltung. Albany, Washington, Kansas brachten erst kurz vor 1870 die Zahl auf 28! Heut sind es 1400!! Die Führer der amerikanischen Schulentwicklung — Horace Mann (1796—1859), Henry Barnard (1811—1900), Calvin Stowe (1802—1886) u. a. — kamen damit an die Spitze des Schulwesens und haben einem kraftvollen Aufstieg die Wege geöffnet und gewiesen.

Sehr bald war dann die Frage zu entscheiden, ob öffentliche Gelder auch für Konfessionsschulen verwendet werden sollten. Kirchliche Schulen meldeten sich mit solchen Ansprüchen und verfochten sie mit großer Zähigkeit. Der Vorwurf, daß man dem Volke die Religion nehmen wolle, blieb natürlich nicht aus. Schließlich siegte aber doch die Einsicht, daß in einem Volke mit so vielen Kirchen und Sekten konfessionelle Trennungen der Schule fern gehalten werden müßten, und wo nötig, wurde durch Verfassungsänderung eine Teilung der Schulfonds direkt verboten. 21 Staaten änderten die Verfassung dahingehend, 17 nahmen eine solche Bestimmung von vornherein bei Eintritt in die Union in die Verfassung auf.

Das höhere Schulwesen war vor 1820 nur schwach entwickelt gewesen. Es erhielt seine Schüler überwiegend aus den vornehmeren Kreisen und war teilweise Privatsache, mit oder ohne öffentliche Beihilfe; teilweise waren einzelne Schulen auf älteren Stiftungen aufgebaut. Nach 1820 aber brach sich dann die Erkenntnis Bahn, daß auch hier der Staat Fürsorge zu treffen habe, und Staaten wie größere Städte gingen an die Begründung neuer höherer Schulen, welche für alle Berufe und Studien die Jugend vorbereiten sollten. Auf die verschiedenen Wege einzugehen, welche hierbei eingeschlagen wurden, um den ganzen 12- bis 14jährigen Schulweg einheitlich so zu gestalten, daß ihn jeder Schüler gehen konnte, ohne kostbare Zeit zu verlieren, muß hier unterbleiben. Betont werden soll nur, daß auch die öffentliche höhere Schule völlig schulgeldfrei ist, und daß eine Reihe von Staaten für ihre Staats-



angehörigen auch auf ihren Staats-Universitäten Unterrichtsgebühren nicht erheben.

Überblicken wir diesen Entwicklungsgang des Schulwesens der Vereinigten Staaten, so können wir ein Gefühl des Neides schwer unterdrücken. Amerika hat es wirklich besser als unser Continent, der alte — es hat keine verfallenen Schlösser und keine Basalte — mit all den Folgen von Klassen- und Standes-, Rassen- und Kirchen-Gegensätzen, Bürokraten- und Soldaten-Dünkel, Orden- und Titel-Unfug usw. Die unerschütterlich festgehaltene Demokratie hat den tüchtigen Kräften den Aufstiegsweg frei gehalten und die Führung in die Hände von Männern gelegt, welche zum Teil als hervorragende — Washington, Lincoln — zum Teil als bedeutende Staatsmänner anzuerkennen sind — John Adams, Jefferson, Madison, Monroe, John Quincy Adams, Jackson, Garfield, Cleveland, Roosevelt — wie sie keine andere Nation in dieser Zahl aufzuweisen hat. Daß auch tiefe Schatten auf dem Bilde Amerikas liegen, braucht nicht verkannt zu werden. Wir wollen uns aber der Verkenntnis nicht verschließen, daß die Zukunft jedes Volkes davon abhängt, daß die Tüchtigen emporsteigen und sich zur Geltung bringen können. Dieser Erkenntnis hat die Union ihr Schulwesen angepaßt, und es ist dringend geboten, daß auch Deutschland durch Beseitigung des Schulgeldes in allen Schulen hierfür den Weg frei macht. Eine Besteuerung, die etwa 11—12% der damals viel niedrigeren Einkommensteuer gleichkommt, hätte 1911 in Preußen das Schulgeld der höheren und mittleren Schulen voll ersetzt. Belastet wären dadurch nur die Reichen und Reichsten, in mäßigem Umfange auch mittlere, Kinderlose und Ledige. Die Familien aber, welche unter schweren Opfern Kinder erziehen, hätten in den schwersten Jahren eine dringend gebotene Erleichterung erfahren! Mache man sich endlich frei von dem Irrwahn, daß das Schulgeld eine Sondersteuer der Reichen ist. Der größte Teil der höheren Schuljugend stammt aus unteren und mittleren Einkommenkreisen, welche durch das hohe Schulgeld schwer bedrückt werden! Die Aufhebung bringt auch keineswegs eine neue Last — sie legt sie nur von schwächeren auf stärkere Schultern! Also fort damit! Und schnell! Oder muß es so bleiben, daß ein Jahrhundert vergehen muß, ehe in Deutschland ein richtiger Gedanke zur Durchführung kommt? In Amerika geht es schneller! Und wenn wir beim Schnecken-tempo bleiben, dann wird Deutschland wohl die Hoffnung aufgeben müssen, mit Amerika Schritt zu halten.

Das Alte ist gestürzt! Wann blüht neues Leben aus den Ruinen?



Anlage 2

Ist das Schulgeld der höheren Schulen eine Sondersteuer zu Lasten oder zu Gunsten der Plutokratie?

Oktober 1925.

In Nr. 17 der „Hilfe“ bezeichnet Ludwig Aschoff die Forderung nach Aufhebung des Schulgeldes an den höheren Lehranstalten als Übertreibung — „es sei durchaus berechtigt, daß die Plutokratie in dem Schulgeld eine Sondersteuer zahle“.

Ich habe meinerseits seit Jahrzehnten die Schulgeldfreiheit aller — auch der höheren — Schulen gefordert, weil die Schulgeldzahlung nicht die Reichen, sondern die Ärmern mit einer schweren Sondersteuer trifft. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit?

In Preußen wurden 1911 für die höheren Lehranstalten rund 86 Millionen Mark aufgewendet, von denen das Schulgeld rund 33,5, der Staat, 19,5, die Gemeinden, 29,5, andere Quellen, 3,5 Millineon deckten. Die öffentlichen mittleren Schulen brauchten 25,7 Millionen, denen 10,6 Millionen Schulgeldeinnahmen gegenüberstanden. Bei Schulgeldfreiheit wären also rund 44 Millionen Mark aus Steuern aufzubringen gewesen. Die Einkommensteuer erbrachte 414 Millionen — ein Zuschlag von 11 Prozent würde also die 44 Millionen Schulgeld reichlich gedeckt haben. Nehmen wir nun an, daß eine Familie drei Kinder in die höhere Schule schickte und im Durchschnitt für jedes Kind — drei Vorschuljahre und sieben Schuljahre — hoch gerechnet — 1000 Mark, im ganzen also 3000 Mark Schulgeld zahlte. (Wir rechnen mit nach oben abgerundeten Zahlen, um ein möglichst einfaches, klares Bild zu gewinnen.) Welche Steuerleistung würde an die Stelle der Schulgeldzahlung treten, wenn man 40 Jahre Steuerzahlung zugrunde legt?

Die Steuerzahlung betrug 1911

		für 40 Jahre	Ein Zuschlag von 11% hätte betragen in 40 Jahren
bei einem Einkommen von			
2 000 M.	40 × 31 =	1 240 M.	136,40 M.
3 000 M.	40 × 60 =	2 400 M.	264,00 M.
4 000 M.	40 × 92 =	3 680 M.	404,40 M.
5 000 M.	40 × 132 =	5 280 M.	580,80 M.
10 000 M.	40 × 300 =	12 000 M.	1 320,00 M.
20 000 M.	40 × 600 =	24 000 M.	2 640,00 M.
100 000 M.	40 × 4000 =	160 000 M.	17 600,00 M.



Auf kindererziehende Familien entfielen also bei einer Ersetzung des Schulgeldes bei einem Einkommen bis zu 10 000 Mark (1911 etwa 99 Prozent der Bevölkerung darstellend) selbst bei einer Verdoppelung des erforderlichen Zuschlages noch eine sehr erhebliche Erleichterung, die in der Zeit der Kindererziehung, die immer die schwerste ist, besonders erfreulich gewesen wäre. Merklich belastet werden nur die Reichen und Reichsten! In mäßigem Umfange auch die Ledigen und die Kinderlosen, — alles in allem genommen aber ist

das Schulgeld eine Sondersteuer nicht zu Lasten sondern zu Gunsten der Plutokratie!

Es stehen leider in der preußischen Statistik vollständige Zahlen für alle Schularten (niedere, mittlere und höhere Schulen) für spätere Jahre als 1911 nicht zur Verfügung; heute werden wahrscheinlich erhebliche Verschiebungen sich vollzogen haben! Selbst aber eine Verdoppelung der erforderlichen Zuschläge von 1911 würde an der Tatsache nichts ändern, daß eine Aufhebung des Schulgeldes die Familienväter von 99 Prozent des Volkes, soweit sie Kinder in die höheren Schulen schicken, entlastet.

Vergegenwärtigt man sich, welche schweren Lasten die Familien tragen, welche Kinder in mäßiger oder größerer Zahl aufziehen, so wird man es daher als dringendes Gebot der Gerechtigkeit bezeichnen müssen, daß ihnen diese Last durch allgemeine Schulgeldfreiheit etwas erleichtert werde. Amerika hat volle Schulgeldfreiheit gegen teilweise erbitterten Widerstand nach und nach in allen Staaten durchgesetzt, weil seine weitblickenden Staatsmänner schon früh erkannten, daß im Geiste ehrlicher Demokratie und zum Wohle des Staatsganzen es geboten sei, dem ganzen Volke in der schulgeldfreien gemeinsamen öffentlichen Schule den Weg zum Aufstieg zu einer höheren Bildung freizuhalten. Auch in Deutschland ist es dringend geboten, so schnell wie möglich die Schulgeldfreiheit aller Schulen durchzuführen. Dazu ist vor allem erforderlich, die irrige Anschauung zu beseitigen, daß durch die Aufhebung die Reichen erleichtert würden.

Verschließen wir unsere Augen nicht vor dem furchtbaren Menetekel, welches unser Volkstum bedroht. Jedes Volk geht rettungslos zugrunde, welches seinen Nachwuch unter die Sterbezahl herabsinken läßt, wie dies auch für Deutschland immer näherückt. Die kinderziehenden Familien erwerben sich das allergrößte Verdienst um ihr Volk und bedürfen dringend der ausgiebigsten Unterstützung seitens des Staates. Daß außerdem ein möglichst großes Aufsteigen begabter Kinder der ärmeren



Kreise ein hochwertiges Staatsinteresse ist, kann nicht nachdrücklich genug betont werden. Der Besitz macht ruhig, träge, stolz!

Also fort mit dem Schulgeld aus allen Schulen!

Ein Volk — eine Kulturgemeinschaft — ein Bildungsweg — offen für alle!

So wird auch unser Volk zur Einigkeit und damit wieder zu Kraft und Aufstieg gelangen!

Anlage 3

Reise nach Indien — Zeiteinteilung.

1913.

Oktober.

23. 24. Landsberg, Basel, Spiez. 27. 28. Rom.
25. 26. Mailand, Rom. 29.—31. Neapel.

November.

1.—4. Neapel/Port Said. 18. 19. Tuticorin, Madras.
5.—8. Rotes Meer. 19. 20. Madras.
9.—16. Aden/Colombo. 21. 22. Madras, Calcutta.
16. 17. Colombo. 23.—30. Calcutta.

Dezember.

1. Calcutta Narayangunge. 16.—19. Lucknow.
2. 3. Chandpur, Goalundo. 20. Cawnpore.
4. Reise Darjeeling. 21.—26. Agra.
5.—7. Darjeeling. 27.—30. Delhi.
8.—13. Calcutta. 31.—1. I. Jaipur.
14. 15. Benares.

1914.

Januar.

2. Jaipur/Bombay. 10.—13. Nuvara Elya.
3.—5. Bombay. 15.—17. Kandy.
6. Bombay/Madras. 18. Colombo.
7. Madras. 19.—24. Colombo/Aden.
8. Madras, Tuticorin, 25.—28. Rotes Meer/Suez.
Colombo. 29. Suez/Port Said.
30.—2. II. Port Said/Neapel.

Februar.

3. Genua. 6. Frankfurt am Main.
4. Mailand. 7. Berlin/Landsberg.
5. Basel.



Anlage 4

Die Sparkasse der Firma MAX BAHR

zahlt vom 1. Januar 1913 ab den Arbeitern und Angestellten der Firma für die ersten tausend Mark 8 Prozent, für die weiteren Einlagen 6 Prozent Zinsen. Hierdurch steigert sich das Anwachsen der Einlagen durch Zinseszinsen ganz erheblich. Aus 1 Mark wöchentlich werden

in 10 Jahren	Einlage	Zinses-		Kapital (früher)	
		Zinsen	(früher)		(früher)
	520	262	(226)	782	(764)
" 20 "	1040	1405	(1052)	2445	(2069)
" 30 "	1560	4068	(2952)	5628	(4512)
" 40 "	2080	9168	(6706)	11248	(8786)
" 50 "	2600	18855	(13811)	21455	(16441)

Bei höheren Einlagen sind die Beträge natürlich bedeutend höher, wie die Tabelle auf Seite 4 zeigt. Wir können nur immer wieder dringend empfehlen, daß jeder Arbeiter wie Angestellte fleißig spare und dadurch für seine Zukunft und sein Alter Sorge.

Die Zahlen der früheren Berichte umfaßten auch Guthaben von nicht dem Betriebe angehörenden Personen, diese sind nunmehr ausgeschieden, um lediglich die Ersparnisse der Betriebsangehörigen zur Darstellung zu bringen.

Im abgelaufenen Jahre hat die Zahl der sparenden Arbeiter von 284 auf 360, ihr Guthaben von 162 593 auf 215 225 Mark, das Gesamtguthaben aller 450 Sparer von 250 786 auf 325 456 Mark sich erhöht.

Von der Gesamtzahl der Arbeitereinleger in Spalte III (360) hatten am 1. Januar 1914

181 (im Vorjahr 150)	ein Guthaben von	1 bis unter	300 M.
121 (" " 87)	" " "	300 " "	1000 "
32 (" " 24)	" " "	1000 " "	2000 "
12 (" " 18)	" " "	2000 " "	3000 "
14 (" " 5)	" " "	über	3000 "

Die Einzahlungen betragen 110 481 Mark, der Zinseszinszuwachs 19 112 Mark; bei der erhöhten Verzinsung für die ersten tausend Mark wird der Zinseszinszuwachs künftig noch höher sein, da der erhöhte Zins von 8% gerade für die Sparer unter tausend Mark auf das gesamte Guthaben entfällt.

Für die Gesamtguthaben von 325 456 Mark und 4090 Mark Angestellten-Fürsorge sind beim Landsberger Kredit-Verein als Treuhänder 400 000 Mark Teilschuldenverschreibungen hinterlegt.

Jute-Spinnerei und Weberei, Plan- und Sackfabrik.
Max Bahr.



Die Lohndüten erhielten wechselnd den folgenden Aufdruck:

A Ein regelmäßiges Sparen bei jeder Lohnzahlung

	ergibt nach	5	10	20	30	50	Jahr.
bei 1 M. pro Löhnung	158	391	1233	2824	10 778	M.	
„ 2 M. „ „	317	783	2426	5629	21 455	M.	

B. Sparanweisung des Arbeiters. An die Direktion!

Ich bitte bis auf Wiederruf bei jeder Lohnzahlung
.....M. zur Einlage auf mein Sparkassenkonto einzu-
behalten. Name auf der Vorderseite |

Daß das Gesamtguthaben der Sparer am 31. Dezember 1913
betrug bei der Sackfabrik 44 910 Mark, bei der Jute-Spinnerei
280 456 Mark, bescheinigen die Kassen- und Buchführer.

Otto Bahr.

Rob. Wilski.

Daß zur Sicherheit der Sparkasse der Max Bahr, Jute-
Spinnerei und Weberei, Plan- und Sackfabrik bei uns 400 000
Mark 4½% Teil-Schuldverschreibungen der Max Bahr, Jute-
Spinnerei und Weberei, Plan- und Sackfabrik hinterlegt sind,
bescheinigen wir hierdurch.

Landsberger Kredit-Verein E. G. m. b. H.
Peters. Glogau.

Satzung der Sparkasse.

Um den in unseren Betrieben in Landsberg a. W. be-
schäftigten Personen — Beamten wie Arbeitern — durch Ge-
währung einer höheren Verzinsung einen stärkeren Anreiz zum
Sparen zu geben und sie hierdurch zur Ansammlung eines
kleineren oder größeren Kapitals zu veranlassen, haben wir eine
Sparkasse der Firma Max Bahr, Jute-Spinnerei
und Weberei, Plan- und Sackfabrik in Lands-
berg a. W. gegründet, für deren Benutzung folgende Satzungen
gelten:

§ 1. Einlagen werden nur angenommen von Beamten und
Arbeitern der Firma, sowie nur aus den vom Lohn oder Gehalt
gemachten Ersparnissen.

§ 2. Der Guthaben-Höchstbetrag eines Sparerers wird auf
5000 Mark begrenzt. Überschreitungen bedürfen besonderer Ge-
nehmigung der Firma.

§ 3. Die Verzinsung erfolgt für die ersten tausend
Mark mit acht, für die tausend übersteigenden Beträge mit
sechs Prozent auf das Jahr; sie beginnt mit dem ersten
Tage des auf die Einzahlung folgenden und endet mit dem
letzten Tage des der Auszahlung vorangehenden Monats. Be-



rechnet werden die Zinsen nur von voller Mark, überschießende Pfennige werden nicht verzinst.

§ 4. Die Zinsen des abgelaufenen Jahres werden an jedem Jahresschlusse dem Guthaben zugeschrieben und nehmen vom 1. Januar des neuen Jahres alsdann am Zinsgenuß teil, es werden Zinseszinsen gezahlt.

§ 5. Jeder Sparer erhält ein auf seinen Namen lautendes, mit fortlaufender Nummer bezeichnetes Sparbuch, in welchem über jede Einzahlung Quittung erteilt wird. Leistet der Sparer Einzahlungen durch Vereinbarung regelmäßiger Lohnabzüge, so hat er die Lohnabrechnungen aufzubewahren und diese vierteljährlich mit seinem Sparbuch zur Eintragung der Einlagen einzureichen. Nur die vom Kassierer der Firma ordnungsmäßig quittierten Einlagen sind für die Sparkasse rechtsverbindlich, vorbehaltlich der Bestimmungen im § 11.

Das Sparbuch enthält im Vordruck diese Satzungen, welche der Sparer als für ihn verbindlich durch Unterschrift anerkennt.

§ 6. Rückzahlung auf sein Guthaben kann der Sparer fordern bis zur Höhe

von	50 Mark					ohne Kündigung
mehr als	50 bis zu 300 Mark	mit	1 Monat	Kündigung,		
„	„ 300 „ „ 2000	„	„ 2	„	„	„
über	2000 Mark		„ 3	„	„	„

Rückzahlungen, welche in mehreren Fällen innerhalb 3 Monaten erfolgen sollen, werden nach den Beträgen zusammengerechnet und es wird hiernach die Kündigungsfrist festgestellt.

Auszahlung.

§ 7. Beim Ausscheiden eines Sparers aus der Beschäftigung bei der Firma ist diese berechtigt, aber nicht verpflichtet, das Guthaben des Sparers auszuzahlen; sie kann auch für die Innehaltung der in § 6 bestimmten Kündigungsfristen fordern. Leute, welche zum Militärdienst eingezogen werden, können ihr Guthaben stehen lassen und davon nach Bedarf abheben.

§ 8. Der Sparkasse gegenüber ist nur der im Sparbuch genannte Sparer zur Verfügung über die Einlagen berechtigt. Im Falle des Todes eines Sparers treten die gesetzlich sich ausweisenden Erben in seine Rechte ein. Eine Verpfändung oder Übertragung an andere ist der Sparkasse gegenüber unwirksam. Im Übertretungsfalle ist die Sparkasse zur Hinterlegung des Guthabens berechtigt.



Kommt ein Sparbuch abhanden, so muß dies der Sparkasse unverzüglich gemeldet werden. Ein neues Buch wird nach Kraftloserklärung des abhanden gekommenen erteilt.

§ 9. Die Sparkasse ist berechtigt, dem einzelnen Sparer, wie der Gesamtheit die Guthaben zur Rückzahlung mit 1 Monat Frist zu kündigen. Die Kündigung gilt als zu recht erfolgt, wenn sie an den Sparer schriftlich erfolgt oder durch zweimalige Bekanntmachung in einer Zeitung Landsbergs und durch Aushang in den Fabrikräumen veröffentlicht ist.

§ 10. Zur Sicherheit der Sparer hinterlegt die Firma Max Bahr bei einem Treuhänder Teilschuldverschreibungen zu einem Betrage, der den Gesamtbetrag der jedesmal am 1. Januar vorhandenen Sparguthaben um 10% übersteigt und soweit nötig jedesmal bis zum 1. Februar auf diese Höhe zu ergänzen ist.

Für die Schuldverschreibungen ist eine mit 1 500 000 Mark abschließende Sicherungshypothek in Höhe ihres Nennwertes in das Grundbuch des Fabrikgrundstückes in Landsberg a. W. eingetragen.

Der Treuhänder ist berechtigt und verpflichtet, die Schuldverschreibungen wie den entsprechenden Teil der Sicherungshypothek zugunsten der Sparer zu verwenden und im Falle der Nichterfüllung der Verbindlichkeiten seitens der Sparkasse flüssig zu machen und den Erlös im Verhältnis der Einzelguthaben zum Gesamtguthaben an die Sparer zur Verteilung zu bringen.

Weitere Ansprüche stehen den Sparern gegen den Treuhänder nicht zu.

§ 11. Im ersten Vierteljahr jedes Jahres erstattet die Sparkasse einen Bericht über Veränderung und Gesamtbetrag der den Sparern am 1. Januar zustehenden Guthaben. Gleichzeitig hat der Treuhänder die Versicherung abzugeben, daß der Betrag der hinterlegten Schuldverschreibungen das Gesamtguthaben der Sparer um 10% übersteigt. Jeder Sparer erhält schriftliche Mitteilung vom Stande seines Guthabens, welcher sofort mit dem Sparbuch zu vergleichen ist. Abweichungen sind sofort zu melden, widrigenfalls für die Firma nur die niedrigere Summe verbindlich ist.

Landsberg a. W., April 1914. Max Bahr,

Jute-Spinnerei und Weberei, Plan- und Sackfabrik.

Max Bahr.

F. Schmidt.

Paul Bahr.

Vorstehende Satzungen erkenne ich als für mich verbindlich an.

Landsberg a. W., den

19



BERICHT

über das Kinderheim der Firma Max Bahr,
Jute-Spinnerei und Weberei, Plan- und Sackfabrik
zu Landsberg (Warthe) Turnstraße 30.

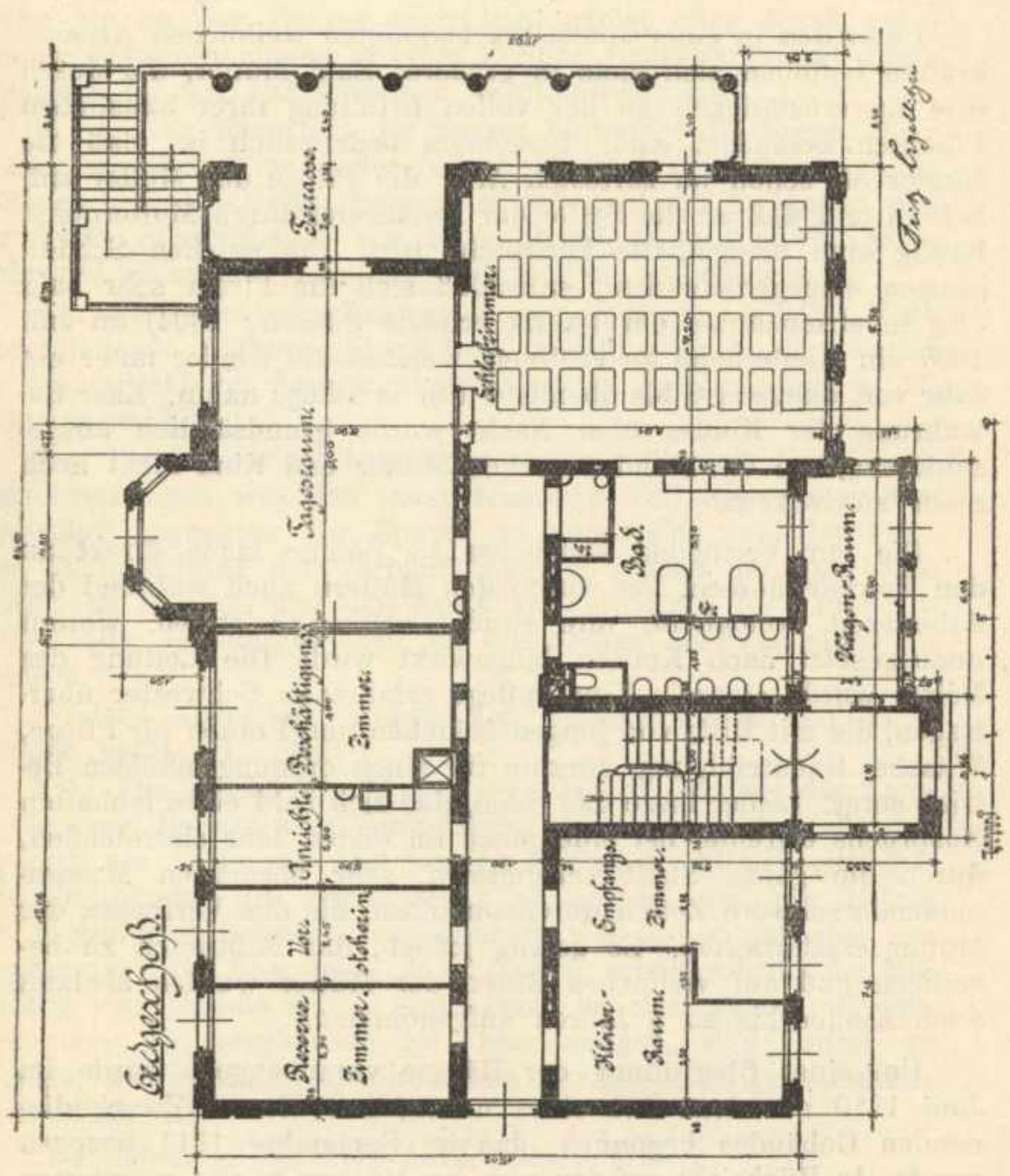
April 1912.

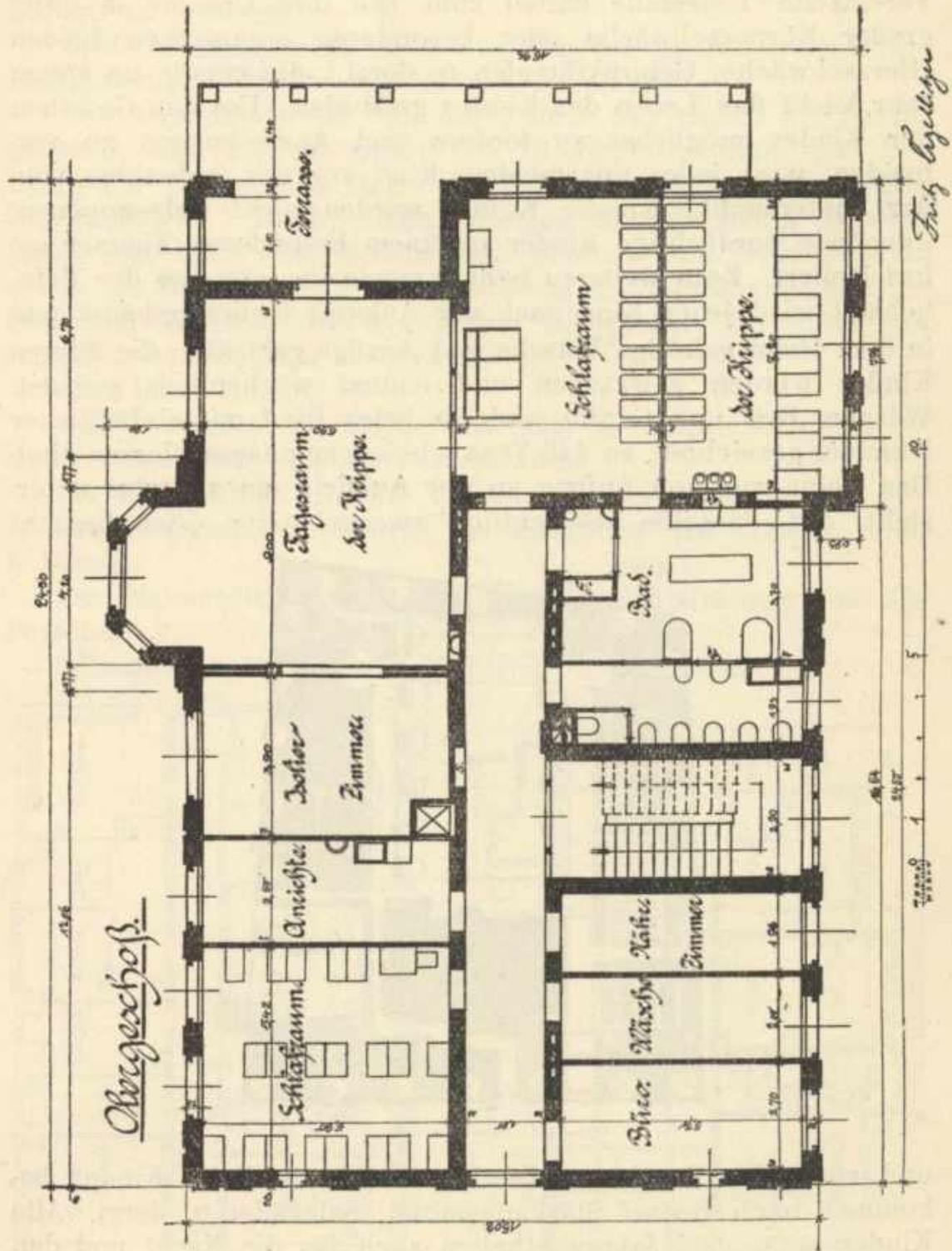
Unter den in einer Jutefabrik benötigten weiblichen Arbeitskräften befinden sich stets in größerer Zahl Mütter, die durch ihre Erwerbstätigkeit an der vollen Erfüllung ihrer häuslichen Pflichten behindert sind. Besonders bedauerlich ist, daß die Kinder oft schon im zartesten Alter die Pflege der Mutter entbehren und daß an die Stelle der Ernährung durch Muttermilch häufig eine mangelhafte künstliche tritt. Um solchen Schädigungen entgegenzuwirken, entschloß sich die Firma sehr bald (die Inbetriebnahme der Fabrik erfolgte Sommer 1904) im Juli 1907 ein Kinderheim zu eröffnen, welches die Kinder unter ein Jahr von morgens 6 bis abends 6 Uhr in Pflege nahm. Eine Bewahrung der Kinder über Nacht wurde grundsätzlich ausgeschlossen, um das Band zwischen Mutter und Kind nicht noch mehr zu lockern.

Die zur Verfügung stehenden 13 Räume lagen direkt an den Betriebsräumen. Es wurde den Müttern auch während der Arbeitszeit ermöglicht, ihre Kinder selbst zu stillen, worauf unausgesetzt nach Kräften hingewirkt wird. Die Leitung des Heims wurde einer in Kinderpflege erfahrenen Schwester übertragen, die mit Hilfe von jungen Mädchen und Frauen für Pflege, Wäsche, Hausreinigung, kurzum für einen ordnungsmäßigen Betrieb sorgt. Leider hatte das Heim, das sich bald eines lebhaften Zuspruchs erfreute, bei einer noch im ersten Jahr eintretenden, durch die ganze Stadt verbreiteten, sehr bösartigen Masern-epidemie schwere Zeiten durchzumachen, die das Vertrauen der Mütter erschütterten. Es gelang jedoch, das Mißtrauen zu beseitigen und auf vielfaches Bitten der Mütter wurden alsdann auch Kinder bis zu 3 Jahren aufgenommen.

Um einer Überfüllung der Räume vorzubeugen, wurde im Juni 1910 mit dem Bau eines neuen, nur diesem Zweck dienenden Gebäudes begonnen, das im September 1911 bezogen wurde. In Rücksicht auf den von den Müttern häufig geäußerten weiteren Wunsch, alle noch nicht schulpflichtigen Kinder dem Heim anvertrauen zu können, erhielt das Haus Räume für einen Kindergarten zur Aufnahme der Kinder von 3 bis 6 Jahren. Diese werden nach Fröbelscher Methode unterhalten und beschäftigt und zu kleinen Hilfsleistungen herangezogen. Pflege von Tieren

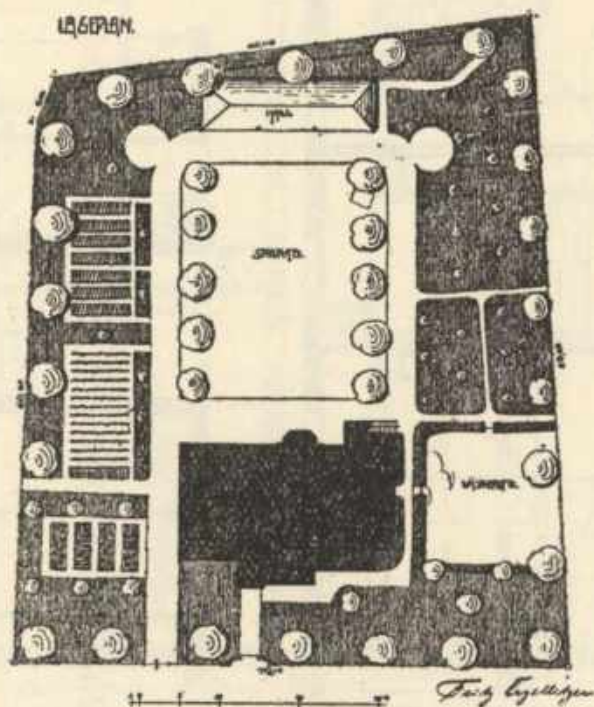






und Blumen soll den Sinn für Freude an der Natur wecken. Nach Möglichkeit wird danach gestrebt, dem Heim Familiencharakter zu geben.

Die Gesundheitsverhältnisse sind im ganzen befriedigende. Vereinzelte Todesfälle hatten zum Teil ihre Ursache in übergroßer Körperschwäche oder besonderen organischen Leiden (Herzschwäche, Gehirnkrämpfen u. dergl.), die gerade im ersten Jahr leicht das Leben des Kindes gefährden. Um das Gedeihen der Kinder möglichst zu fördern und Ansteckungen zu vermeiden, wird jedes angemeldete Kind vor der Aufnahme vom Arzt untersucht. Kranke Kinder werden nicht aufgenommen, irgendwie verdächtige Kinder in einem besonderen Zimmer sofort isoliert. Zum weiteren Schutz sowie im Interesse der Reinlichkeit wird jedes Kind nach der Ankunft täglich gebadet und in dem Heim gehörige Wäsche und Anzüge gekleidet; die älteren Kinder werden gewaschen und einmal wöchentlich gebadet. Wäsche, Bett und Geräte sind für jedes Kind mit einheitlicher Nummer gezeichnet, so daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Das Heim war von Anfang an der Aufsicht eines Arztes unterstellt, der dasselbe wöchentlich zweimal oder öfter besucht



und auch die Ernährung bestimmt. Schwächliche Kinder bekommen nach Bedarf Stärkungsmittel, Salzbäder u. dergl. Alle Kinder unter drei Jahren erhalten auch für die Nacht und den Sonntag die nötige Menge sterilisierter Milch, um einen Nahrungswechsel zu vermeiden. Das Gedeihen der Säuglinge wird durch regelmäßiges Wiegen kontrolliert und nach wie vor auf

die Mütter eingewirkt, daß sie auch während der Arbeitszeit ihre Kinder selbst stillen. Es wird bei allen Kindern versucht, durch Abhärten den Erkältungen von und nach der Wohnung vorzubeugen, den verkürzten Nachtschlaf durch Ruhen morgens und mittags zu ersetzen.

Weitere Einzelheiten sind aus den am Schluß beigefügten Bestimmungen für das Kinderheim zu ersehen.

Das Grundstück ist von der Fabrik nur durch die Straße getrennt, und hat eine Größe von $70 \times 80 \text{ m} = 5600 \text{ qm}$. Das nach den Plänen des Herrn Regierungsbaumeister Crzellitzer, Zehlendorf-W., durch einen hiesigen Maurermeister gebaute Haus liegt nach allen Seiten frei. Blumen- und Gemüsegarten sowie ein Kiesspielplatz von $30 \times 35 \text{ m}$ mit Sandkiste und Sitzbänkchen umgeben es und bieten Gelegenheit für fröhliches Schaffen und Spielen im Freien.

Das Haus enthält:

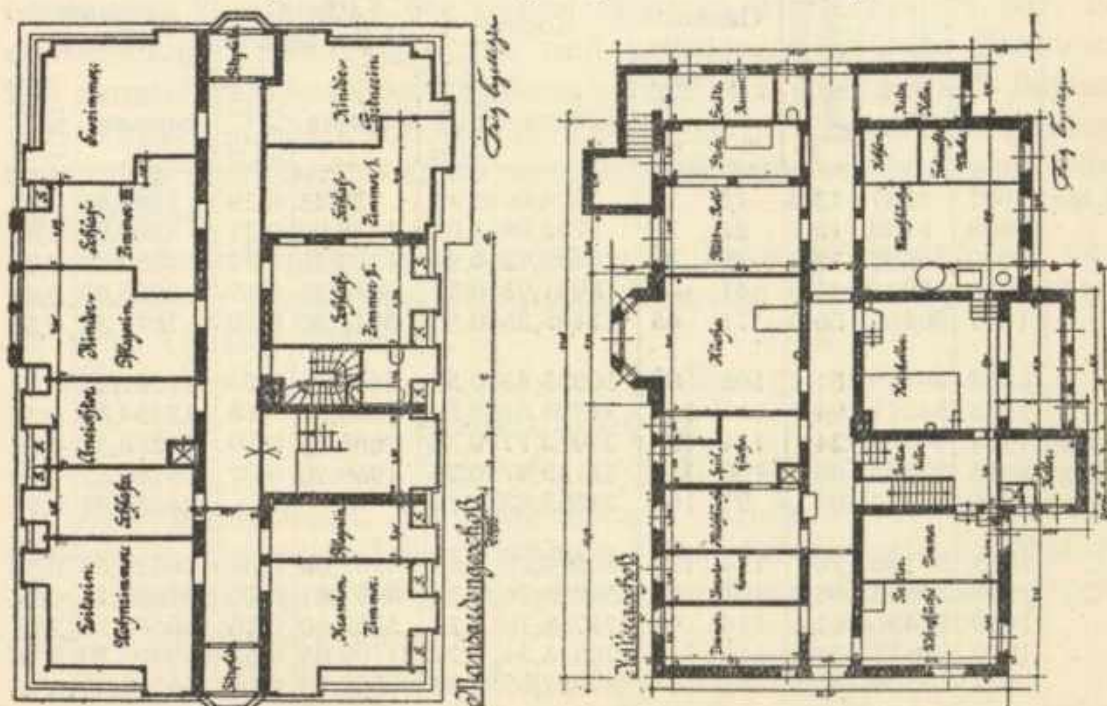
Im Kellergeschoß: Portierwohnung, Zentralheizung, Warmwasserversorgung und Wirtschaftsräume.

Im Erdgeschoß: Räume für den Kindergarten.

Im Obergeschoß: Räume für Säuglinge und Kinder unter 3 Jahren.

Im Mansardengeschoß: Wohn- und Schlafräume für das Personal.

Näheres ergeben die beigefügten Zeichnungen.



Bei der Inneneinrichtung sind besonders Erleichterung des Wirtschaftsbetriebes und Befolgung hygienischer Vorschriften maßgebend gewesen.

Die Milch wird in Flaschen gefüllt in einem Sterilisierapparat durch den Dampf sterilisiert. Die Küche hat Senking-schen Kohlenherd und eine durch Dampf geheizte Wärmplatte. Die Wäsche wird aus allen Geschossen durch Fallrohr in die Waschküche befördert, in Waschmaschine, Zentrifuge und Drehrolle mit elektrischem Antrieb behandelt und durch Fahrstuhl nach dem auf dem Boden belegenen heizbaren Trockenraum gebracht. Essen und Geschirr wird gleichfalls durch den Fahrstuhl in die Geschosse verteilt.

Die Fußböden sind mit Linoleum belegt oder in Terrazzo ausgeführt, die Wände gerundet, alle Türen, Fenster usw. mit glatten runden Ecken und Kanten gearbeitet, Wände mit Öl oder Vitralin gestrichen. Zur leichteren Lüftung haben die oberen Fenster Patent-Öffner. Alle Geräte und Möbel sind einfach und zweckmäßig gewählt; besonderer Wert wurde darauf gelegt, daß alles leicht und gründlich zu reinigen ist.

Zum Baden der Kinder sind 5 gußeiserne, porzellanemailierte Badewannen und eine Dusche vorhanden. Jedes Geschoß hat 8 Kinderklosetts mit Einzelspülung. Geräumige Terrassen bieten Gelegenheit, Kinder und Wagen ins Freie zu bringen.

Zusammenstellung über Besuch und Kosten.

	Jahr	Besuchst- tage	Durchschn. Tagesbesuch	Gesamt- zahl der Kinder		Kosten		Eltern- Beiträge		Zuschuss der Firma		
				m	w	Summa	f. Kind u. Tag	Summa	f. Kind u. Tag	Summa	f. Kind u. Tag	
$\frac{1}{2}$ Jahr	1907	2387	13,0	13	12	2304,09	0,92	720,45	0,29	1583,59	0,63	
	1908	5738	15,7	21	29	5783,88	1,01	1278,00	0,21	4505,88	0,80	
	1909	6535	18,0	36	32	6338,72	0,97	1388,35	0,22	4950,37	0,76	
	1910	15050	41,0	41	41	8941,95	0,59	2878,35	0,19	6063,60	0,45	
	1911	20551	56,0	71	65	11485,26	0,56	3812,90	0,19	7672,36	0,30	
Kriegs- anfang Krieg	1912	29719	81,2	105	83	16935,83	0,57	5628,39	0,19	11307,44	0,37	
	1913	34571	94,7	115	119	18794,81	0,54	6340,51	0,18	12454,30	0,38	
	1914	40703	124	124	128	21973,17	0,54	7686,85	0,19	14286,32	0,35	
	1915	27594	85	106	112	21135,87	0,76	1969,70	0,07	19166,17	0,69	
	1916	33243	103	97	104	24565,83	0,74	—	—	24565,83	0,74	
	„	1917	37150	116	124	125	30872,26	0,83	1751,60	0,05	29122,66	0,78
	„	1918	28363	88,8	104	94	36825,26	1,30	4497,11	0,16	32328,15	1,14
		1919	32450	102,6	114	94	71758,10	2,21	5253,60	0,16	66504,50	2,05
		1920	39677	123,6	145	144	170515,34	4,29	21109,05	0,53	149406,29	8,76
		1921	43508	134,5	165	131	287081,67	6,60	30522,20	0,70	256559,47	5,90
	1922	44444	137	143	136	2057917,36	46,33	122686,50	2,76	1935230,86	43,57	
	1923	36798	115	138	128	Inflationszahlen in Gold nicht festzustellen.						
	1924	36079	112,3	143	141	25750,10	0,71	5452,33	0,15	20297,86	0,56	



Das Heim wird zur Zeit von 76 Kindern (Krippe 38, Kindergarten 38) besucht. Der Raum ist für 100—120 Kinder berechnet. Durch Anbau würde die Zahl sich auf 200 erhöhen lassen. Dementsprechend sind Wirtschaftsräume und Betriebsanlagen bemessen worden.

Angestellt sind zur Zeit: 1 Leiterin, 1 Kinderpflegerin, 1 Kindergärtnerin, 1 Wirtschaftlerin, 4 Gehilfinnen, 2 Aufwarte-frauen, 1 Waschfrau, (die letzteren drei-täglich 5—6 Stunden).

Die Betriebskosten beliefen sich im letzten Jahre auf ca. 11 500 Mark, wovon etwa 3800 Mark durch Beiträge der Mütter gedeckt wurden.

Die Kosten der Kinderheim-Neuanlage betragen etwa 128 000 Mark für Baulichkeiten, 27 000 Mark für Inventar, 5000 Mark für das Grundstück, also insgesamt rund 160 000 Mark, deren Verzinsung und Amortisation neben baulicher Unterhaltung mit mindestens 10 000 Mark dem jährlichen Zuschuß hinzutreten.

Stellen sich somit die auf ein Kind entfallenden Kosten und Zuschüsse ziemlich hoch, so muß doch das zu bringende Opfer als wohlbegründet angesehen werden, da die Industrie sich der Pflicht nicht entziehen sollte, die mit ihrer Entwicklung verbundenen Schädigungen nach Kräften zu mildern, namentlich wenn es sich um Gesundheit und Kraft der Kinder handelt. Wurde anfänglich die Einrichtung des Kinderheims von sozialdemokratischer Seite verdächtigt und geschmäht, so ist doch heute das Verständnis für seinen Wert in der Arbeiterschaft in erfreulicher Weise gewachsen und damit ein weiterer Baustein zur Herstellung sozialen Friedens gelegt. Wir können nur hoffen und wünschen, daß solche Einrichtungen in einer recht großen Zahl von Betrieben, welche weibliche Kräfte beschäftigen, Eingang finden.

Die Besichtigung des Kinderheims kann nach der bei der Fabrikleitung eingeholten Erlaubnis Dienstag vormittag zwischen 10 und 11 Uhr erfolgen.

Max Bahr.

Margarete Bahr.

Bestimmungen.

§ 1. Zweck des Heims.

Das Kinderheim hat den Zweck, Kindern im Alter von 6 Wochen bis zu 6 Jahren während der Arbeitszeit der Mütter eine möglichst gute Pflege zu sichern und sie zur Ordnung und guter Sitte zu erziehen.

§ 2. Aufnahmebedingungen.

Es werden nur Kinder der im Betriebe der Max Mahr Jute-Spinnerei und -Weberei, Plan- und Sackfabrik arbeitenden Mütter aufgenommen.



Aufzunehmende Kinder sind der Leiterin in der Frühpause anzumelden unter Angabe von Namen, Alter, Gesundheitsverhältnissen und Sonstigem.

Falls die Aufnahme erfolgen kann, ist das Kind von dem Arzt des Kinderheims zu untersuchen. Hierbei ist diesem ganz genau über jede Krankheit, die das Kind gehabt hat, über die Gesundheitsverhältnisse in der sonstigen Familie und im Hause zu berichten.

Der Arzt gibt den Untersuchungsschein mit seiner Unterschrift und nötigen Bemerkungen der Mutter zur Rücklieferung an die Leiterin.

Danach wird bestimmt, ob das Kind das Heim besuchen kann.

§ 3. Aufnahme- und Pflegegeld.

Für jedes aufzunehmende Kind hat die Mutter eine Aufnahmegebühr von 1,— Mark zu zahlen.

Diese wird von neuem erhoben:

a) wenn das Kind länger als 8 Tage nicht im Heim gewesen ist;

b) wenn das Kind während seiner Erkrankung von einem anderen als dem Arzt des Kinderheims behandelt wurde.

Das wöchentliche Pflegegeld beträgt:

2,—	Mark	für	Kinder	unter	1	Jahr,	die	nicht	gestillt	werden,
1,—	„	„	„	„	1	Jahr,	die	die	Mutter	stillt.
1,50	„	„	„	von	1—3	Jahren,				
1,—	„	„	„	„	3—6	Jahren.				

Die Beträge werden der Mutter bei der Löhnung regelmäßig in Abzug gebracht.

Eine Rückvergütung für einzelne Tage, die das Kind fern bleibt, findet nicht statt.

§ 4. Erkrankte Kinder.

Erkrankte Kinder unter 3 Jahren können die Milch gegen Zahlung des halben Pflegegeldes nur für die ersten 8 Tage erhalten.

Kranke Kinder und solche, in deren Familien ansteckende Krankheiten wie Scharlach, Masern, Stickschusten, Blattern, Ruhr, Nervenfieber u. a. herrschen, können nicht aufgenommen werden, bis der Arzt jede Ansteckungsgefahr für beseitigt erklärt hat.

Wenn ein Kind krank werden oder auch nur irgendwelche Anzeichen einer Krankheit zeigen sollte, hat die Mutter dies sofort der Leiterin zu melden. Im Notfall muß der Arzt entscheiden, ob das Kind länger im Heim bleiben darf. Auch kann die Leiterin verlangen, daß jedes schon im Heim befindliche

Kind, welches zu erkranken scheint, sofort aus dem Heim abgeholt werde.

Von allen ansteckenden Krankheiten, die sonst in der Familie oder unter den Mitbewohnern vorkommen, muß ebenfalls der Leiterin Mitteilung gemacht werden, damit eine Ansteckungsgefahr der anderen Kinder vermieden wird.

In besonderen Fällen können dem Heim angehörige Kinder, die an nicht ansteckenden Krankheiten leiden, ausnahmsweise Tag und Nacht in besonderem Krankenzimmer im Heim verpflegt werden gegen eine Vergütung von 0,50 Mark für jede Nacht.

§ 5. Aufenthalt.

Die Kinder müssen (möglichst von der Mutter) morgens vor 6 Uhr gebracht und nach Arbeitsschluß abgeholt werden.

Während des Aufenthalts im Heim erhalten die Kinder die ihrem Alter entsprechende Nahrung, Pflege und Kleidung.

§ 6. Pflege.

Das Heim steht unter regelmäßiger Aufsicht eines Arztes, der die richtige Ernährung bestimmt.

Die Säuglinge können von den Müttern in dem dafür bestimmten Zimmer viermal täglich gestillt werden, um 8, 10 $\frac{1}{2}$, 1 und 3 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Um den für kleine Kinder oft gefährlichen Milchwechsel zu vermeiden, erhalten Kinder unter 3 Jahren beim Abholen die nötige Menge in Flaschen gekochter Milch für die Nacht. Für Sonn- und Feiertage kann die Milch morgens von 8 bis 9 Uhr abgeholt werden. Sie muß zum Schutz gegen Verderben dauernd kühl aufbewahrt werden.

Die leeren Flaschen mit Verschlüssen müssen am nächsten Morgen ausgespült zurückgegeben werden. Wer die Rückgabe verschiedentlich unterläßt, erhält ferner keine Milch, weder für die Nacht noch für den Sonntag.

Für zerbrochene oder verloren gegangene Flaschen sind 15 Pfennige, für Verschlüsse 10 Pfennige sofort zu zahlen.

§ 7. Allgemeines.

Die Kinder müssen reinlich gewaschen und gekleidet zum Heim gebracht werden. Besonders haben die Mütter darauf zu achten, daß die Kinder, und ganz besonders die Säuglinge, unterwegs der Jahreszeit gemäß und warm genug umhüllt werden.

Verbände, die dem Kinde im Heim angelegt wurden, dürfen auf keinen Fall von der Mutter zu Hause abgenommen werden.

Die Leiterin des Heims hat das Recht, die Mütter zur Beachtung dieser Vorschriften anzuhalten und die Kinder von dem Besuche bei Nichtbefolgung derselben auszuschließen.



Mütter, welche ihr Kind während des Tages stillen, dürfen sich nicht länger, als nötig ist, im Heim aufhalten.

Wer den getroffenen Bestimmungen nicht nachkommt, verliert die Aussicht, seine Kinder im Heim verpflegt zu sehen.

Sobald die Mutter aus der Arbeit bei der Firma Max Bahr austritt, hört für die Kinder die Verpflegung im Heim auf.

§ 8. Änderung.

Diese Bestimmungen können später je nach Bedarf verändert oder ergänzt werden.

Anlage 6.

Textil-Industrie, Valuta und Handelsbilanz.

Anfang Dezember 1919.

Die gefährdete Lage der deutschen Textilindustrie, welche sich aus der völligen Abhängigkeit von der ausländischen Rohstoffversorgung ergibt, wächst infolge der Valutaverteuerung zu einer solchen Riesenhöhe heran, daß auch der Gleichgültigste aufgerüttelt wird. Unsere Textilindustrie beschäftigte vor dem Kriege direkt 1,1 Millionen, einschl. des von ihr versorgten Bekleidungs-gewerbes 2,4 Millionen Arbeiter. Sie bedurfte einer Rohstoff-einfuhr von nahezu 1 Million Tonnen Faser im Wert von $1\frac{1}{4}$ Milliarden Mark, während Deutschland selbst kaum $1\frac{1}{2}$ Prozent dieses Bedarfes erzeugte. Im Weltmarkt kostet der Rohstoff jetzt das 3—5fache, unsere Valuta gilt augenblicklich nur 12—15 Pfennig für die Mark — in unserer heutigen Papierwährung müßten wir also das 20—30fache — 25—30 Milliard. Mark — zahlen für die Jahreseinfuhr von 1913. Einige wenige Beispiele mögen dies erläutern. Amerikanische Baumwolle kostete im 10jährigen Durchschnitt etwa $6\frac{1}{2}$ pence für das englische Pfund (453 g), heut 24 pence. Nach altem Geldwert wären das 122 und 451 Pfennig für das Kilo. Nach heutiger Valuta ($12\frac{1}{2}$ Pfg.) wäre der heutige Preis gleich 36 Mark — und wenn wir $16\frac{2}{3}$ Pfg. rechnen, noch immer 27 Mark, d. h. unsere Baumwolleneinfuhr allein — 500 Millionen Kilo — würde 13 500 Millionen Mark (statt 600) kosten. Bei der Jute war der 10jährige Durchschnitt etwa 38 Pfennig für das Kilo, der heutige 140 gleich 11,20 bzw. 8,40 Mark für das Kilo — statt 57 hätten wir 1260 Millionen Mark (160 Millionen Gold) für 150 Millionen Kilo zu zahlen! Nun können wir gegenwärtig unsere Spindeln ja nicht in vollem Umfange laufen lassen — aber wenn wir auch nur die Hälfte der früheren Arbeiter beschäftigen wollen, so hätten wir 10—15 Milliarden an das Ausland zu zahlen und womit ernähren wir ferner die 1,2 Millionen Arbeiter, für welche die Arbeit fehlt?



Die Größe der Gefahr wird doch wohl auch dem blödesten Zweifler klar machen, daß es unbedingt geboten ist, wo die Möglichkeit sich bietet, unsern Rohstoff in Deutschland selbst zu erzeugen und bei den Riesensummen, welche wir ins Ausland zu schicken hätten, dürfen uns auch die Milliarden nicht mehr schrecken, welche aufzuwenden sind, um den größten Teil unserer Spinnstoffe selbst zu erzeugen. Wir haben während des Krieges unsern Hanfbau bis auf etwa 5000 ha, unsern Flachsbau auf 80 000 ha Anbaufläche gebracht, wir haben Röstanstalten für Hanf und Flachs geschaffen, die Kinderkrankheiten ziemlich überwunden und festgestellt, daß sich die Flachs- wie die Hanffaser verwollen läßt, so daß wir damit einen vollwertigen Ersatz für Baumwolle schaffen, der nicht teurer wird als Baumwolle und sich auf den Baumwollmaschinen unverändert ver-spinnen läßt. Namentlich der Hanf, der bei guter Kultur vom Hektar 1000—1200 Kilo Hanffaser oder 700—850 Kilo Hanfwolle bringt — Amerika erzielt nur 225 Kilo Baumwolle vom Hektar — muß mit allen Kräften gefördert werden; er kann unsere Baumwoll- und Jute-Industrie völlig unabhängig machen, wenn wir einen Anbau von 750 000 Hektar erzielen. Natürlich nicht in wenigen Jahren, sondern erst in Jahrzehnten! Dabei erzeugt ein gutes Hanffeld noch 65 dz Holz (Schäben) je Hektar, deren Heizwert $32\frac{1}{2}$ dz Steinkohle gleichzustellen ist — also 750 000 Hektar Hanf könnten 2 437 000 t Kohle ersetzen — eine nicht zu unterschätzende Hilfe, zumal sie am Erzeugungsort Verwendung fände.

Nun haben wir noch ungenutzt 1 Million Hektar Niedermoo-re, $1\frac{1}{2}$ Millionen Hektar Wald-Moorbrücher, ca. $1\frac{1}{4}$ Millionen Hektar Hochmoore, mindestens 1 Millionen Hektar kultivierbarer Ödländereien. Nehmen wir an, daß hiervon nur 3 Millionen der Kultur erschlossen würden, davon 1 Million für Hanf und Flachs, 2 Millionen für Nährzwecke (halb Körner, halb Kartoffeln), so würden wir von den 2 Millionen an Nährfrüchten 2 Millionen t Körner und 12 Millionen t Kartoffeln mehr gewinnen. Die Nachfrucht nach Hanf und Flachs bringt erfahrungsgemäß außerdem an Körnern ca. 20 Prozent mehr als nach anderer Vorfrucht, also nochmals von 1 Million Hektar 400 000 t Körner mehr! 250 000 Hektar Flachs gäben neben der Faser und den Schäben noch 1 bis $1\frac{1}{2}$ Millionen dz Ölsaaten. Wir können unsere gesamte Bevölkerung ernähren, wenn wir die ungenutzten Flächen erschließen und aus allem Boden durchweg herausholen, was die tüchtigen Landwirte schon längst erreicht haben. Wir dürfen nicht Düngewerte von Riesengröße mit den Spülwässern in die Flüsse schicken (Hamburg — die Düngewerte von 1



Million Menschen) oder durch Berieselung kaum mit einem Viertel ihrer Nutzwirkung ausnutzen. Wenn wir 3 Millionen Hektar in die Kultur bringen, schaffen wir Siedlungsland für 200 000 Bauern (10 Hektar), 250 000 Gemüsebauer ($2\frac{1}{2}$ Hektar), 400 000 Arbeitersiedler ($1\frac{1}{4}$ Hektar) und erhalten das wertvollste uns noch gebliebene Gut — die deutsche Arbeitskraft — unserm Vaterlande! Zusammen mit Kanalbauten, die unbedingt vorgenommen werden müssen, um die Groß-Industrie aus den Großstädten und übervölkerten Bezirken hinaus über das Land zu verteilen, werden wir mit der Durchführung dieser Arbeiten Hunderttausenden Erwerbsloser Arbeit schaffen, die nicht vergeudet ist, deren Wert über die Aufwendungen weit hinaus geht. Vor dem Kriege betragen die Erschließungskosten der bisher bearbeiteten rund 50 000 Hektar des havelländischen Luchs etwa 450 Mark je Hektar, der geschaffene Mehrwert etwa 1000 Mark je Hektar. Nach dem Kriege werden die Kulturkosten wohl das 4—5fache betragen, der geschaffene Mehrwert wird sie aber trotzdem übersteigen, auch wenn wir von der in der Valuta liegenden Steigerung des Mehrwertes absehen.

Die hier in groben Umrissen gezeichnete Aufgabe ist für unser Volk und Vaterland von so riesengroßer Bedeutung, daß alle beteiligten Kreise — Reichs- wie Landes-Regierungen, Finanz-, Landwirtschafts-, Wirtschafts- und Arbeits-Ministerien, Parlamente wie Industrie — sie unbedingt mit aller Kraft in Angriff nehmen müssen und nicht nachlassen dürfen in dem Bemühen, sie ihrer Lösung entgegen zu führen.

Die Möglichkeit der Verwollung der Bastfaser zwecks Schaffung von Ersatz für Baumwolle ist unbestreitbar. Schon seit Jahrzehnten hat eine Reihe von Leuten sich mit dieser Aufgabe beschäftigt. Daß die Bastfasern — Flachs, Hanf — aus Zellen bestehen von 15—25 mm Länge, die durch Pflanzenleime zur langen Bastfaser zusammengeschlossen sind, ist der Wissenschaft wie den Fachkreisen seit längerer Zeit bekannt. Aufschließungen sind auch oft genug durchgeführt, ohne zu praktischer Verwertung zu führen, da die Preis- und Marktverhältnisse wenig Anlaß boten, die Sache weiter zu verfolgen. Die Spinnstoffe waren an sich nicht teuer, in der üblichen Form auch wertvoll und zweckmäßig, außerdem in ausreichender Menge meist vorhanden, sodaß für den praktischen Fachmann wenig Anreiz vorlag, größeres Interesse und größere Geldmittel an die Frage zu wenden, ob die Bastfasern einen Ersatz für Baumwolle bieten könnten. Mit dem Kriege und der Abschneidung aller Rohstoffe für die Mittelmächte trat die Gefahrslage der deutschen Textil-Industrie in ihrer ganzen Furchtbarkeit klar zu Tage.



Man ging zunächst an die Aufgabe, Flachs und Hanf überhaupt in größerem Umfange in Deutschland zu erzeugen und erreichte die eingangs erwähnten Erfolge.

Für die größte Textil-Industrie aber — die Baumwoll-Industrie — schien jede Möglichkeit, den Rohstoff in Deutschland selbst zu schaffen, ausgeschlossen und es wurde daher mit großer Freude begrüßt, als 1917 und 1918 verschiedene Herren mit der Erklärung hervortraten, es wäre ihnen gelungen, für die Verwollung der Flachs- und Hanffaser ein Verfahren zu finden, welches die Umwandlung mit geringen Kosten ermögliche, so daß die gewonnene Hanfwolle auch im Preise gegen die Baumwolle wettbewerbsfähig sei.

In der Friedenszeit war 1 Kilogramm Hanf (ca. 70—80 Pfg.) je nach der Marktlage 40—50 Pfg. billiger als 1 Kilogramm Baumwolle (120—130 Pfg.). Das aus 1,3 Kilogramm Hanf zu gewinnende 1 Kilogramm Hanfwolle würde also 91—107 Pfg. an Bastfaser-Rohstoff gekostet haben und es würden 23—30 Pfennig zur Deckung der Umwandlungskosten geblieben sein. Da die Umwandlung ein ziemlich einfaches Verfahren ist, und die Durchführbarkeit selbst einwandfrei sichergestellt ist, während jetzt infolge der Valutaverschlechterung die Selbstbeschaffung des Rohstoffes für die deutsche Baumwoll-Industrie kaum erschwinglich ist, so ist es zwingendes Gebot, jetzt die Verwollung der Hanffaser mit aller Kraft in Angriff zu nehmen. Es gilt, die verschiedenen Umwandlungsmethoden zu prüfen, die beste herauszufinden und dann die Verwollung in einer leistungsfähigen Anlage in großem Umfange durchzuführen. Ehe nennenswerte Mengen wirklich verwollt werden, werden freilich noch einige Jahre hingehen, aber die vorbereitenden Schritte der Versuche sind getan. Die erzielten Aufschließungsergebnisse deren Muster vorliegen, werden jedem Baumwollspinner die Sicherheit geben, daß das Material gut spinnbar ist und man wird zur Tat schreiten müssen, um nun größere Mengen den Spinnern zuzuführen. Auch als Wollersatz wird sich die umgewandelte Hanffaser voraussichtlich verwerten lassen. Die Versuche über diese Frage sind noch nicht ganz abgeschlossen. Das bisher erreichte berechtigt aber zu der Hoffnung, daß auch unserer Kammgarnspinnerei hier eine Hilfe in Aussicht steht.

Die gegenwärtige Verschlechterung unserer Valuta ermöglicht es nun, das Erzeugnis deutscher Arbeit ins Ausland zu senden, auch wenn es aus teurem Auslandsrohstoff hergestellt ist, weil der im Auslande erzielte Preis in der Auslands-Valuta nicht nur den Rohstoff, sondern auch die hineingesteckte Arbeit in deutschem Gelde hoch bezahlt. Wir können also den verteuerten



Rohstoff leicht bezahlen, wenn wir das Erzeugnis wieder ins Ausland verkaufen — mit der Wiederherstellung unserer Valuta wird diese günstige Möglichkeit wieder verschwinden — sie weist uns aber den Weg, um auch unter normalen Verhältnissen uns in die Lage zu bringen, dasjenige, was wir an Nahrungsmitteln und Rohstoffen vom Auslande kaufen müssen, bezahlen zu können. Wir müssen die Erzeugung der leistungsfähigen Industrien steigern, welche auch ihren Rohstoff im Lande finden, welche daher im Auslandsverkaufspreise Rohstoff wie Herstellungskosten in Auslandsvaluta bezahlt erhalten und somit die ganze Summe zur Deckung unserer Zahlungsverpflichtungen frei lassen. Für diese Aufgabe ist kaum eine andere Industrie so gut geeignet wie die deutsche Textil-Industrie.

Technisch hat sie seit Jahrhunderten gegenüber allen anderen Kulturvölkern einen allerersten Rang behauptet. Sowohl das deutsche Tuch wie die deutsche Leinwand ist stets im Weltverkehr hoch bewertet worden. Wenn auch andere Nationen — wie England und Frankreich — in bestimmten Erzeugnissen an der Spitze marschierten, — in andern Erzeugnissen war es wieder Deutschland. Die feinen leinenen Damastgewebe, die feinen Taschentücher, die solide mittlere deutsche Leinwand, die Chemnitzer Wirkwaren, die Lausitzer und rheinischen Tuche und andern Wollwaren sind in der ganzen Welt bekannt und hoch gewürdigt. In früheren Jahrhunderten erzeugte auch Deutschland für die Industrien seinen gesamten Rohbedarf — ja, noch vor 60 Jahren wurden nicht unerhebliche Mengen von Rohwolle nach England ausgeführt. Der deutsche Flachs- und Hanfbau war völlig genügend, um die deutsche Industrie vollständig zu versorgen. Nach und nach haben sich diese Verhältnisse verschoben. Die Baumwolle verdrängte das Leinen aus vielen Verwendungsgebieten; das Ausland erzeugte teilweise mit Sklavenarbeit, teilweise durch die billige Arbeit kulturell tiefstehender Volksteile zu niedrigen Preisen die Rohstoffe z. B. Flachs und Jute; die Erzeugerin des Rohstoffes, die deutsche Landwirtschaft gab einen großen Teil ihrer Arbeitskräfte an die glänzend aufblühende deutsche Industrie ab und mußte deswegen auf die Ausarbeitung der Faserpflanzen verzichten, deren Preis auch durch Jahrzehnte hindurch so niedrig war, daß der Anbau den Landwirten nicht mehr lohnend blieb.

Bei der Leichtigkeit, mit welcher das Ausland den erforderlichen Rohstoff seinerseits lieferte, unterließ man es in Deutschland, dem Umstande, daß die Grundlage der Textil-Industrie — die Selbsterzeugung des Rohstoffes — uns verloren ging, besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Der Krieg hat uns über



die Bedeutung dieses Zustandes die Augen wieder geöffnet, und es gilt nun den alten Zustand wiederherzustellen, daß unsere große Textil-Industrie auch ihren Rohstoff, soweit dies irgend möglich ist, als deutsches Erzeugnis wieder zur Verfügung gestellt erhält.

In den letzten Jahrzehnten haben wir die benötigten Rohstoffe und Nahrungsmittel bezahlt aus den Zinserträgen von Kapitalien, welche im Auslande arbeiteten, aus den Frachteinnahmen unserer Handelsflotte und aus den Erträgen der hohen Qualitätswaren, welche unsere Maschinen-Industrie unsere Feinmechanik, unsere chemische und Farben-Industrie, unsere Klavier-Industrie, unsere Konfektions-Industrie ausführte. Auslandskapitalien und große Frachteinnahmen unserer Handelsflotte fallen fort. Auch mit manchen unserer früheren Ausfuhr-Industrien werden wir stark zu kämpfen haben, um das frühere Absatzgebiet wieder zu gewinnen. Umso nötiger ist es, die Erzeugung der Industrien zu steigern, welche eine hohe Stufe erreicht haben, welche stets bodenständige deutsche Industrien gewesen sind und für welche wir uns den Rohstoff im Lande selbst beschaffen können.

Für keine zweite große Industriegruppe liegen die Verhältnisse so günstig, wie für die Textil-Industrie, und wir haben daher allen Anlaß, vor keiner Anstrengung zurückzuschrecken, um dieser Industrie wieder die frühere sichere Grundlage zu geben und den Rohstoff in Deutschland selbst zu erzeugen.

Kein einsichtiger, weitblickender Staatsmann wird sich der Berechtigung dieser Forderung verschließen dürfen. Er wird vielmehr anerkennen müssen, daß es unbedingt geboten ist, durch Erschließung unserer Moorgelände, durch Kultivierung unserer Odländereien neues Siedlungsgelände zu beschaffen, auf welchem wir Hanf und Flachs in genügendem Umfange bauen und gleichzeitig auch der Ernährung unseres Volkes große Gebiete neu dienstbar machen können. Nicht unterlassen möchten wir dabei, darauf hinzuweisen, daß die Moorerschließung häufig in Verbindung gesetzt werden kann mit der Schaffung neuer Wasserwege, welche es gleichzeitig ermöglichen, die Industrie gleichmäßiger über das ganze Reich zu verteilen und die Gefahren zu mildern, welche mit der Zusammendrängung großer Menschenmassen in einzelne Städte oder dicht bevölkerte Industriegebiete verbunden sind.

Wenn all diese Punkte gebührend berücksichtigt werden, dann werden wir auch nicht zurückschrecken vor der Größe der Aufgabe, werden vielmehr die Verpflichtung anerkennen, sie unverzüglich mit voller Kraft in Angriff zu nehmen, unsern



Erwerbslosen statt der Unterstützung lohnende Arbeit zu bieten und damit einen wichtigen Schritt vorwärts zu tun zur Gesundung unserer ganzen inneren Verhältnisse.

Deutschland hat sein Unheil teilweise verschuldet durch die Unterlassungsünden der Vergangenheit (Moorerschließung — Kanalbauten). — Mögen wir uns vor dem Vorwurf schützen, daß wir aus den harten Lehren unseres Unglücks trotzdem nichts gelernt haben.

Anlage 7a.

Baufl Hanf zum Wohle des Vaterlandes wie Eurer selbst!

Oktober 1922. Anlage (Flugblatt).

- Hanf** gibt uns Leib- und Bettwäsche durch Umwandlung in Hanfwolle; außerdem Taue, Stränge, Bidegarn, Bindfaden, Segeltuche, Säcke.
- Hanf** gibt die stärkste Faser. Garn Nr. 1, metrisch (1000 m 1 kg wiegend) trägt bei Hanf 30 kg, Flachs 25 kg, Nessel 22 kg, Baumwolle 20 kg, Jute 15 kg, Papier 6 kg.
- Hanf** gibt die größten Fasererträge vom Hektar, 1000 bis 1200 kg, Flachs 600 kg, Nessel 250 kg, Baumwolle 225 kg, nur die Jute bringt das 1½ fache an Faser, leistet aber an Dauerhaftigkeit nicht ein Drittel des Hanfes.
- Hanf** bietet in Hanfwolle umgewandelt vollwertigen Ersatz für Baumwolle ohne Preiserhöhung, eher zu etwas billigeren Preisen.
- Hanf** gibt dem Landwirt höhere Erträge als Roggen, Weizen, Hafer, Gerste, nach Friedenspreisen 500—800 Mark vom Hektar bei gutem Boden, guter Bearbeitung und Düngung auf Moor- wie Mineral-Böden.
- Hanf** bringt neben der Faser vom Hektar 200—1000 kg Ölfrucht (Öl und Ölkuchen) ferner 4000—6500 kg = 6 bis 10 cbm Holz (Schäben), bei guter Ernte (2½—3 m Höhe) soviel wie 2 ha mittlerer Kiefernwald in jährlichem Zuwachs erbringen.
- Hanf** macht uns in Faser, Holz, Ölfrucht vom Ausland mindestens zur Hälfte unabhängig, erspart eine Gold-Milliarde Mark deutscher Einfuhr und kann den Rohstoff für eine Million deutscher Arbeiter liefern.
- Hanf** kann auf einer Million Hektar bisher unbenutzter Niederungsmoore wie auf Mineral-Böden gebaut werden, bringt große Ertragssteigerung der Nachfrucht und erhöht unsere Nahrungsmittelerzeugung!



Jeder Landwirt muß Hanf bauen zur Fasergewinnung dicht gesät, um Leib- und Bettwäsche, Stränge, Bindegarn, Öl und Ölkuchen zu erhalten. Zur Sammengewinnung weit gesät, in Rüben-, Kartoffel-, Gemüse-Felder, damit wir unseren Anbau jährlich verdreifachen, dann würden wir in 10 Jahren mehr als die Hälfte des Faserbedarfs der deutschen Baumwoll-, Hanf-, Jute-Industrie decken können. Samengewinnung ist jetzt die Hauptsache!

Anlage 7b.

Bitte um Hilfe gegen die Wäsche-Not.

Flugblatt. Oktober 1922.

Die Notlage unseres Vaterlandes ist in ernster Weise verschärft dadurch, daß wir für unsere Industrie einen großen Teil ihrer Rohstoffe und außerdem einen erheblichen Teil unserer Nahrung aus dem Auslande beziehen müssen, zu deren Bezahlung uns die Mittel fehlen.

Die Entwertung unserer Mark ist zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß wir dauernd an das Ausland erheblich mehr zu zahlen als für gelieferte Ausfuhrware zu fordern haben.

Unsere ganze Textil-Industrie brauchte 1913 folgende

	Mengen in Tonnen	und Werte in Millionen Mark
Baumwolle	478 000	579
Jute	154 000	90
Flachs	50 000	50
Wolle	182 000	363
Hanf	55 000	38
anderes	35 000	170

Zusammen rund 1 Million (954 000) Tonnen, (1290) Mill. Goldmark.

Außerdem gebrauchten wir für etwa 2000 Millionen Goldmark Nahrung für Menschen und Vieh.

Dabei haben wir etwa 2½ Mill. ha ungenutzte Moore, rund 1 Mill. ha Niederungs-, 1½ Mill. ha Hochmoore (außerdem etwa 2½ Mill. ha Niederungs-Moore, — Brücher — in unsern Forsten), die durch Kultivierung unsern ganzen Nahrungsbedarf decken und außerdem durch Hanfbau von unserm Spinnfaser-Bedarf decken: Etwa die Hälfte von Baumwolle, einen Teil von Wolle und Jute, fast das Ganze an Hanf, ohne unsere Nahrungs-Erzeugung zu schmälern! Die Nahrung wird vielmehr durch die Erschließung der Moore und die auf den, alles Unkraut erstickenden Hanf, folgende Ernte von Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Kartoffeln, Rüben, Gemüse mit einem Mehrertrag von 25—33⅓ Prozent gewaltig vermehrt.



Man kann die Hanffaser in Hanfwolle umwandeln und mit Baumwolle gemischt verspinnen in einer Weise, daß etwa 90 Prozent unseres Baumwollgewebebedarfs durch solche Hanfwollgewebe ersetzt werden können.

Dieses Hanfwolltuch stellt sich voraussichtlich billiger als reines Baumwolltuch, da die geringeren Abfall- und Werg-Hanf-Fasern darin noch gute Verwertung finden.

Das Ihnen hierneben als Probe zugehende Hanfwolltuch ist in dieser Weise hergestellt. Ich bitte es sofort in Dauer-Gebrauch zu nehmen (als Handtuch, Wischtuch, Windel), damit es mindestens einmal wöchentlich zur Wäsche kommt und Sie in 4—6 Wochen klar erkennen und erklären können, daß die Haltbarkeit mindestens gleich oder größer ist als bei Baumwollgewebe!

Es handelt sich um erste Versuche, die äußere Schönheit des Tuches wird später höher stehen. Das Tuch soll aber nicht voll gebleicht werden, da die Festigkeit darunter leidet. Auch werden zunächst gröbere Tuche gearbeitet werden, welche im Gebrauch viel länger halten, als die feinen, für deren Gebrauch unser Volk viel zu arm geworden ist.

Etwas feinere Tuche als diese ersten Muster werden aber gleichfalls angefertigt werden.

Es gilt jetzt alle zuständigen Stellen, Staatsbehörden und Landwirte, dahin zu bringen, daß die Niederungsmoor-Erschließung und die Ausdehnung des Hanfbaus ohne jeden Verzug energisch in Angriff genommen wird. Im nächsten Frühjahr muß in ganz Deutschland überall Hanf gebaut werden. Geeignete Moore sind fast überall vorhanden. Kleinerer Probeanbau kann aber auch auf anderen Böden vorgenommen werden.

Ich rufe alle Frauen, welche die Not unseres Volkes an Wäsche kennen, zur Hilfe auf. Sie sollen die maßgebenden Männer veranlassen, ohne Säumen zur Tat zu schreiten, damit Hanf angebaut wird, der am besten in lohnendem Verhältnis bezahlt wird in Geld oder durch Lieferung von Geweben je nach Wunsch des Anbauers. Die Verhandlungen mit den betreffenden Stellen — Spinner und Weber — werden in diesem Sinne geführt. Das Preußische Landwirtschaftsministerium, die Reichsbehörden, führende Landwirte und Spinner wie Weber erkennen die unschätzbare Wichtigkeit dieser Aufgabe. Ohne größeren Hanfbau aber kommen wir nicht vorwärts — und ohne energische Hilfe der Frauen bringen wir die Männer nicht schnell genug dazu. Darum Frauen helft! Windeln, Bettücher, Leibwäsche, Handtücher — alles fehlt. Ich setze mich dafür ein, daß die herzustellenden Gewebe in erster Linie nur solchen Personen



zugeführt werden, welche mithelfen, Hanf zu gewinnen. Mit Rat und Auskunft stehe ich gern zur Verfügung, werde auch über die weitere Entwicklung alle gern unterrichtet halten, welche bereit sind mitzuarbeiten.

Aufklärungsschriften über Anbau usw. sind auch von der Deutschen Hanfbau-Gesellschaft in Berlin NW., Dorotheenstraße 77, zu erhalten, die auch für den Bezug von Hanfsaat Hilfe leisten wird.

Der bekannte Oberamtmann Schurig, Markee bei Nauen, der die Hanfröstanstalt Berger Damm bei Nauen von der Deutschen Hanfbau-Gesellschaft erwarb, gibt als Ertrag seiner im Havelländischen Luch (Niederungsmoor) erzielten Ernte des Jahres 1922 an für den Morgen: 5 Ztr. Hanfsamen, 30 Ztr. Hanfstengel (das Hektar 10 dz Samen, 60 dz Stengel). Die Körner ergaben für den Morgen 120 Pfund Speiseöl, 200 Pfund Ölkuchen, enthaltend 4 Prozent Fett, 23 Prozent Eiweiß, 10 Prozent Kohlenhydrate, (für das ha 240 kg Öl, 600 kg Kuchen). Herr Schurig baute 1922: 1500 Morgen (375 ha) Hanf, wird bauen 1923: 4500 Morgen (1125 ha) Hanf.

Anlage 8.

Deutschlands Wiederaufbau und die Frau.

Mai 1923.

Von einem Wiederaufbau Deutschlands sprechen zu wollen, erschien mir noch vor wenigen Monaten, als ich dieser Frage näher trat, reichlich kühn. Die Verhältnisse in unserem armen Vaterland liegen ja leider so entsetzlich trübe, daß man eigentlich seinem Schöpfer zu danken hat, wenn man hoffen darf, von einem Deutschland in dem Sinne eines einheitlichen Staates und Volkes nach einem oder einigen Jahren überhaupt noch sprechen zu können. Die Beobachtungen aber, die wir in den letzten Monaten an der Ruhr und am Rhein machen konnten, haben in mir doch die Überzeugung wieder gefestigt, daß Deutschland nie verloren gehen kann, solange noch seine Bevölkerung das zu ertragen vermag, was sie an der Ruhr in so bewunderungswürdiger Weise trägt. Wir müssen uns darüber klar sein, wenn Deutschland zu Grunde ginge, so geschähe dies nicht infolge der Macht und Taten unserer Feinde, sondern nur, wenn seine sittliche Kraft versagte. Alle andern Dinge sind nebensächlich, die Entscheidung hängt einzig und allein davon ab, ob das Volk noch sittlich stark und fest ist. Mit einem Beispiel vor Augen, wie die Ruhrbevölkerung es bietet, dürfen wir auch hoffen, daß selbst die Teile Deutschlands, die, wenn sie an der Ruhr säßen, vielleicht nicht ganz das Beispiel des harten Granits



bieten würden, daß auch sie, deren Opfer ja an das Leid der Ruhr nicht entfernt heranreichen, zurückschrecken würden vor der Scham, sich als sittlich so viel tiefer stehend zu erweisen.

Die Frage des Wiederaufbaus Deutschlands ist nun freilich ein Thema, welches man ausreichend in der gebotenen Kürze der Zeit nicht würde behandeln können. Ich muß mich darauf beschränken, mit kurzen Strichen die unendliche Fülle von Fragen zu streifen, die hierbei in Betracht kommen. Ich hoffe, daß sich an meinen Vortrag eine Besprechung schließen wird, die ich eigentlich stets als wichtiger ansehe, als die Rede selbst, und die auch, namentlich auf politischem Gebiete (ich spreche aus einer mehr als 50 jährigen Erfahrung) unbedingt geboten ist, wenn das von dem Redner Dargestellte wirklich etwas länger im Kopf des Zuhörers haften und nachwirken soll.

Sie wissen ja alle, in welcher entsetzlichen Lage wir uns befinden. Es gibt kaum ein Gebiet unseres öffentlichen Lebens, wo dies nicht der Fall wäre. Soweit es sich um wirtschaftliche und finanzielle Dinge handelt, können wir alles in den Satz zusammenfassen: Was ist das zwingende Gebot für uns? Mehr erzeugen und weniger verbrauchen. An beiden fehlt es. Wir arbeiten nicht genügend, noch weniger ausreichend ergiebig und lassen das Gebot der Not, unsern Verbrauch auf das Unentbehrliche zu beschränken, in unverantwortlicher Weise außer Acht. Wir haben niemals unsere Arbeit mit so geringer Nutzwirkung, so unwirtschaftlich gestaltet wie jetzt, was doppelt schwer wiegt bei der geringen Wirtschaftskraft, die uns noch zur Verfügung steht. Nun sind wohl viele geneigt, in erster Linie gegen die breiten Schichten unseres Volkes den Vorwurf zu richten, daß ein großer Teil des Lohnes für unnütze Dinge ausgegeben werde, und das erscheint auch berechtigt, soweit es sich um die Jungen, Ledigen handelt, während die Familien sicher vielfach entbehren und schwer leiden. Wir haben daher zu fragen, ob wir berechtigt sind, solche Vorwürfe gegen die Gesamtheit der breiten Volksschichten zu erheben und andererseits, ob nicht ein großer Teil der anderen Volksteile der gleichen oder noch schwererer Sünden sich schuldig macht. Wir vergeuden heute in allen Schichten große Summen für nichtige Dinge. Wo wir hinsehen, sei es in die immer überfüllten Vergnügungsstätten, in Restaurants, auf die Straße, überall bemerken wir einen Riesenaufwand für überflüssige Dinge — Tabak, Alkohol, Süßigkeiten, wie für Luxus der Kleidung. Wir müssen uns sagen, daß der für solche Ausgaben aufzuwendende Gesamtbetrag vielleicht ausreichen würde, selbst unsere Feinde auf einer der Billigkeit entsprechenden Grund-



lage abzufinden. Man darf sich nicht wundern, wenn diese und auch Leute, die durchaus nicht unsere Feinde sind, uns aber doch mit einer gewissen Kritik gegenüberstehen, unsere immer betonte Zahlungsunfähigkeit anzweifeln, wenn sie die eben geschilderten Zustände täglich vor Augen haben. Daß ein solches Verhalten es fast unmöglich macht, bei den Feinden eine richtige Vorstellung über unsere Lage zum Durchbruch kommen zu lassen, ist eine Tatsache, der wir uns nicht verschließen sollten. Es ist durchaus kein seltener Fall, daß z. B. kürzlich eine Deutsch-Amerikanerin, die sich während des Krieges mit großem Eifer an der Beseitigung der Not in Deutschland beteiligt hatte und jetzt zu demselben Zweck in Berlin weilte, ganz entsetzt sagte, sie habe sich an Ort und Stelle von dem hier herrschenden Elend überzeugen wollen, um drüben ein Hilfswerk in die Wege zu leiten, wisse aber nun nicht, was sie berichten solle, da sie überall nur Überfluß bemerke und Ausgaben, die nichts von Not erkennen ließen. Ihr wurde erwidert, daß sie zwar im Bild der Öffentlichkeit die Not nicht erkennen könne, da diese sich nicht vor aller Augen breit mache, daß sie aber im Innern der Häuser sich leicht von dem herrschenden Elend überzeugen könne. Sie wurde dann in die Wohnungen armer, kinderreicher Familien geführt, in denen die Kinder in Betten ohne Bettwäsche schlafen, ohne Hemden zur Schule gehen und zum Teil nur mit dürftiger Kost genährt werden, was an den Körpern mit erschreckender Deutlichkeit zutage tritt. Eine solche Belehrung erfolgt aber nur in Ausnahmefällen — recht Viele sehen nur die Vergeudung und tragen dann diese falschen Eindrücke ins Ausland hinaus. — Die Not, und zwar ernste Not, ist überall da, wo der Verdienst eines einzigen Erwerbers oder vielleicht eines zweiten für drei bis fünf andere Köpfe ausreichen soll. Wo ein einzelner nur für sich allein zu sorgen hat, da ist die Not nicht, und dort wird vielfach frevelhaft vergeudet. Das schafft das beklagenswert böse Bild, das der Fremde zu sehen bekommt.

Auch unser **S t e u e r w e s e n** gibt ein trauriges Bild. Schlecht organisiert, wie mehr oder weniger fast alles in unserem ganzen Getriebe, verschlingen die hohen Verwaltungskosten einen viel zu großen Teil der Einnahmen, die dem Reiche zufließen müßten. Fast noch verhängnisvoller ist die Entwicklung, welche Ländern und Gemeinden die Steuerselbständigkeit und damit die Verantwortung für ihre Ausgaben genommen hat. Wenn das Reich für alles aufkommen muß — z. B. den größten Teil der Beamtengehälter —, wenn die eigene Bürgerschaft nicht die Kosten für die Beschlüsse ihrer Vertreter aufzubringen hat, dann dürfen



wir uns nicht wundern, wenn neben dem Reich auch Länder und Gemeinden rettungslos dem Bankerott zusteuern.

Welche Forderungen bezüglich der künftigen Steuerleistungen sich ergeben, kann in Rücksicht auf die innezuhaltende Zeit nicht erörtert werden. Nur muß mit allem Nachdruck betont werden, daß das deutsche Volk sich wird glücklich schätzen müssen, wenn es neben der durch sehr viel ergiebigere Steuern herbeizuführenden unbedingt gebotenen Gesundung der Staats- und Privatwirtschaft noch die Ausgaben für das Unentbehrliche bestreiten kann. Für Entbehrliches wird auf Jahrzehnte hinaus — bis auf wenige Ausnahmen — dem Deutschen nichts übrig bleiben. Diese bittere Notwendigkeit, dem Volke durch die sparsamste Lebensführung zum Bewußtsein zu bringen, ist eine der ernstesten Pflichten der oberen Schichten.

Dann unsere Finanzen! Die Geldentwertung, die dahin geführt hat, daß unsere Mark etwa noch den hundertsten Teil eines Goldpfennigs ausmacht, hat unsere Finanzen auf einen Tiefstand gebracht, daß von einer Finanzwirtschaft — dabei denken wir uns doch eine geordnete, planmäßige Tätigkeit — überhaupt nicht mehr die Rede sein kann. Die Geldentwertung ist der unverkennbare Gradmesser unseres Elends.

Trotz des an der Oberfläche erscheinenden Wohllebens sind wir entsetzlich arme Bettler geworden. Unser Verlust an Volksvermögen als Ergebnis des Krieges wird wohl mit einem Drittel zu niedrig veranschlagt sein. Wenn auch kleine Volksteile heute noch ein bezahltes Stück Fleisch im Topf haben, so lebt unser Volk im Grunde doch nur vom Schuldenmachen. Wenn man früher unser Volksvermögen etwa auf 300 Milliarden Goldmark geschätzt hat, so sind zwar die Substanzwerte, die dieser Schätzung zugrunde liegen, noch vorhanden; sie verschwinden nicht so leicht — der Grund und Boden, die Gebäude, die Fabriken usw. — sie sind noch da, sie sind auch in kleinem Umfange gemehrt. Der Besitz an ihnen hat sich zwar verschoben, aber verschwunden sind die Werte nicht. Die früheren Hypotheken- und Kapitalgläubiger sind verarmt. Den grundbuchlich eingetragenen Besitzern aber ist durch das Abtragen der Schulden mit geringwertigem Papier ein Riesengeschenk in den Schoß gefallen. Ihr Substanzbesitz hat sich auf diese Weise verdoppelt. Auch das, was neu entstanden ist, repräsentiert ganz reelle Werte. Das Volksvermögen selbst aber ist mit Schulden belastet, die wahrscheinlich eine Unterbilanz ausweisen. Tröstlich ist nur, daß der wichtigste Wertfaktor, die wirklich unentreibbare Substanz, die Arbeitskraft unseres Volkes, noch



vorhanden ist. Sie allein kann uns die Gewähr dafür bieten, daß es noch einmal möglich sein wird, einen Wiederaufbau zu erzielen.

Wie war es nun möglich, daß uns unser Geld so tief sinken konnte? Wir verzehren, wie schon erwähnt, erheblich mehr als wir erzeugen, und solange es dabei bleibt, kann unsere Valuta niemals gesund sein, denn wir sind darauf angewiesen, einen großen Teil unentbehrlicher Dinge aus dem Ausland zu beziehen — seien es Nahrungsmittel, Kohlen oder Rohstoffe der Industrie. In Deutschland erzeugen wir nur etwa 25% der industriellen Rohstoffe. Für die Textilindustrie, die etwa 10% unserer gesamten erwerbstätigen Bevölkerung beschäftigt, kaum 5% ihrer Rohstoffe!! Ein großer Teil des Bedarfs an Eisen Kupfer, Leder usw. kommt vom Ausland. Um diese Stoffe zu bezahlen, müssen wir natürlich soviel Fertigfabrikate wie nur irgend möglich in das Ausland schicken, und diese Ausfuhr bleibt gegenwärtig weit zurück hinter den Zahlungen, die wir zu leisten haben. Daß dabei der Geldwert dauernd rückwärts geht, ist begreiflich. Auch die Leistungen zur Deckung des Staatsbedarfs bleiben erheblich zurück, so daß das Reich sich nur helfen kann, indem es wöchentlich Hunderte von Milliarden neuer Papierzettel druckt. Das sind Zustände, die eine gewisse Zeit bestehen können, die aber auch sicher einmal zu einem völligen Festlaufen der ganzen Staatsmaschine führen. Wenn wir schließlich überhaupt nichts mehr haben, um unsere Nahrung und Rohstoffe zu bezahlen, dann steht das ganze Wirtschaftsleben Deutschlands still, und wir kommen zum Bolschewismus. All dies zwingt uns doch, darüber nachzudenken, ob es überhaupt möglich ist, in dieser Weise weiter zu wirtschaften. Wir werden sicherlich für lange Jahre eine Not in Deutschlands Wirtschaftsleben durchzumachen haben, die weit hinausgeht über alles, was wir bisher erlebt haben und uns träumen lassen. Die Gefahr, daß wir unsere nach Millionen zählende Arbeiterschaft nicht mehr dauernd beschäftigen können, rückt immer näher.

Außerdem ist das Erträgnis unserer Arbeit ja sehr viel ungünstiger geworden als früher. Früher konnte man vielleicht sagen, daß jeder Betrieb geführt wurde mit einem Wirkungsverlust von 10—15%, also mit 85—90% produktiver Leistung. Heute hat sich der Verlustsatz mehr als verdoppelt. Man wird nicht zu tief greifen, wenn man sagt, daß der Anteil der produktiven Leistung des einzelnen Werkstätigen auf 60—65% der Vorkriegszeit zurückgegangen ist. Es kommt hierbei mancherlei in Betracht, wofür der einzelne nicht verantwortlich gemacht



werden kann. Beschäftigung Kriegsverletzter, Verwendung geringerer Kohle, was die Verfeuerung der doppelten oder dreifachen Gewichtsmenge bedingt, Störung der Verkehrs- und Betriebsordnung, Belastung mit Staatsaufgaben. So stieg bei gleicher Erzeugung in einer größeren Spinnerei und Weberei die Beamtenzahl für die Lohnzahlung mit Steuerabzug von 5 in 1913 auf 19 in 1922 —, die Arbeiterzahl von 2000 auf 2900; 1913 kam ein Beamter auf 76 Arbeiter, 1922 auf 311 — all dies sind Dinge, welche die Ergiebigkeit der Arbeit herabdrücken müssen, gegen welche wir aber zur Zeit alle machtlos sind.

Allerdings spricht dabei der Achtstundentag erheblich mit. Ich will nicht verhehlen, daß ich keineswegs zu den entschiedenen Gegnern des Achtstundentages gehöre. Acht Stunden Arbeit, die an derselben Stelle geleistet, vom 1. Januar bis 31. Dezember Tag für Tag mehr oder weniger dieselben Handgriffe, dieselben Kopfnerven beansprucht, ist sicherlich keine besonders erfreuliche Betätigung, in welcher gegenwärtig wahrscheinlich $\frac{2}{3}$ aller Arbeiter Deutschlands stehen. Ich kann nicht wünschen, daß dauernd diese gleichmäßige Fabrikarbeit mehr als 8 Stunden täglich betragen sollte. Eine andere Frage ist freilich, ob sie auch jetzt nicht noch für einige Jahre des Elends mehr betragen könnte. Die Hauptsache ist denn doch „Leben“, und das fordert „Güter erzeugen im Umfang des Lebensbedarfs“. Man rechnet wohl mit Verbesserungen des Betriebes, welche in 8 Stunden die bisherige zehnstündige Leistung erbringen sollen, aber solche Verbesserungen brauchen wir so wie so. Wir haben sie schrittweise immer erstrebt und erreicht und damit auch eine allmähliche Hebung der Lebenshaltung ermöglicht. Wenn nun heute ein weiterer, an sich durchaus erwünschter, wesentlicher Fortschritt in dieser Richtung gefordert wird, und dieser wirklich erst 10 Jahre es sich um Sein oder Nichtsein des Volkes handelt.

Hierbei kann auch die Wirkung des Einflusses der Sozialdemokratie nicht unerwähnt bleiben. Sie trägt einen nicht kleinen Teil der Schuld an dem, was an Unverständlichem auf vielen Gebieten bei uns geleistet wird. Ich bin weit entfernt davon, die Sozialdemokratie allein hierfür verantwortlich oder ihr daraus einen schweren moralischen Vorwurf zu machen. Das Wort Goethes „Jede Schuld rächt sich auf Erden“, gilt auch hier, und die Schuld daran, daß die Sozialdemokratie vielfach in einer Weise politisch sich betätigt, die ein alter Mann, der im öffentlichen Leben grau geworden ist, nur als groben Unfug



bezeichnen kann, tragen wir alle mit. Wir, die wir mehr oder weniger auf demokratischem Standpunkte stehend, nach Kräften daran gearbeitet haben, die Übel der alten Zeit zu bessern, dürfen unsere eigene Schuld vielleicht als eine etwas kleinere bezeichnen. Hätten alle bürgerlichen Kreise hierbei mitgearbeitet mit derselben Energie, mit der die Generation unserer Väter die großen Kämpfe um die freiheitliche Gestaltung unseres Staatswesens vor und nach 1848 durchgekämpft hat, dann wären die Hindernisse längst beseitigt gewesen, die die breiten Schichten unseres Volkes, die stärkste Kraft unseres Volkstums, so verständnislos dieser Verantwortung jetzt gegenüberstehen lassen. Es geht nicht an, die Schuld an solchen Dingen nur auf die Regierung schieben zu wollen. „Ein jedes Volk hat die Regierung, die es verdient, denn es verdient die Regierung, die es sich gefallen läßt,“ und man tut unserem Volke in den letzten 30 Jahren vielleicht noch zuviel Ehre an, wenn man nur davon spricht, daß es sich die Regierung hätte gefallen lassen. Das Gefallenlassen setzt immer noch ein gewisses Nachdenken über Form und Handeln der Regierung voraus. Wir waren ja aber so weit gekommen, daß selbst dieses behagliche Nachdenken kaum noch vorhanden war. Skat spielen, Bier trinken und auf die Politiker schimpfen, darin erschöpfte sich ungefähr in den letzten 30 Jahren die politische Tätigkeit des größten Teils unseres Bürgertums. Auf allen anderen Gebieten haben wir die hervorragendsten Leistungen aufzuweisen — sei es auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem oder künstlerischem Gebiet — Leistungen, die von keiner anderen Nation in diesem Ausmaße erreicht wurden. Auf rein politischem Gebiet aber zeigte sich — wenn es sich nicht um das eigene Geldinteresse handelte — außer bei dem bedauerlich kleinen Rest der älteren Generation eine Stumpfsinnigkeit, die nicht zu übertreffen war und uns mitverantwortlich macht für die traurigen Folgen. Man erkennt immer mehr, wie recht der alte Oxenstjerna hatte, als er seinem Sohn sagte: „Mein Sohn, Du glaubst nicht, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird.“ Wer weiß, was er gesagt hätte, wenn er die letzten 30 Jahre bei uns miterlebt hätte!

Was aber soll man heute sagen, wenn auch jetzt noch erhebliche Teile unseres Volkes davon sprechen, daß die alte Regierung denn doch merklich höher gestanden hätte als die heutige. Jetzt treten uns doch erst die furchtbaren Folgen ihrer Fehler in vollem Umfange vor Augen. Wir erkennen, daß wir seit 100 Jahren wirklich große, allen Aufgaben gerecht werdende Staatsmänner nicht mehr gehabt haben. Selbst Bismarck, so



tiefen Dank wir ihm schulden für die Einigung Deutschlands — abseits vom Gebiet der äußeren Politik hat doch auch er versagt. Auf dem Gebiet der Außenpolitik ist er seit mehr als 100 Jahren in der Geschichte der Großmächte unbestritten der Größte gewesen. In manchen kleineren Staaten haben wohl auch bedeutende Staatsmänner gewirkt, deren Bedeutung aber weniger beachtet wurde. (So hat z. B. in Mexiko Porfirio Diaz Leistungen aufzuweisen, die den Vergleich mit Bismarck nicht zu scheuen brauchen. In innerpolitischen Fragen, die, wenn man tiefer blickt, Warnungen enthalten, welche nicht unbeachtet bleiben dürften, hat doch auch Bismarck versagt.

Die Erbschaft, die er uns in der inneren Politik hinterlassen hat — abgesehen davon, daß er uns keinen Nachfolger erzogen hat —, die heute noch nicht ganz verschwundene Verbitterung bei unseren katholischen Mitbürgern wegen des Kulturkampfes, bei den Polen wegen der brutalen Gewaltpolitik, bei den Sozialdemokraten wegen der harten Verfolgung und Mißhandlung, diese Erbschaft haben wir jetzt sehr schwer zu büßen. Das Schwerste und Gefährlichste, welches uns gegenwärtig bedroht, wächst aus dieser Erbschaft hervor. Hätten wir das unselige preußische Wahlrecht beseitigt, hätten wir das ganze Volk zur Gestaltung seiner Geschicke mit herangezogen, hätten wir die Kinder alle auf dieselbe Schulbank geschickt, so daß sie wirklich als Kinder eines Volkes sich zu fühlen lernten, dann hätten wir nicht diese tiefgehende Erbitterung, durch welche Deutschlands Zukunft jetzt bedroht ist. Aber wir alle tragen in diesen Dingen einen erheblichen Teil von Schuld mit und büßen nicht völlig unverdient!

In der Tiefe unseres Elends findet sich vielleicht als tröstliches Moment, daß diese ganze furchtbare Entwicklung bezeichnet werden kann als der völlige Bankerott der brutalen Gewaltpolitik. Es ist nur zu bedauern, daß die Männer, die gegenwärtig die Geschicke der Menschheit leiten, anscheinend keine Geschichte gelernt haben, oder daß für sie das Wort gilt, welches der alte Mommsen einmal aussprach, als er unter der Bismarckanklage vor Gericht stand: „Es ist das traurige Geschick der Geschichte, daß sie von den Klugen mißbraucht und von den Toren mißverstanden wird.“ Wie ein Franzose, der doch die Geschichte Napoleons kennen sollte, heute daran denkt, mit brutaler Gewalt Zustände zu schaffen, die sein Volk mit Sicherheit einer verhängnisvollen Zukunft entgegenführen müssen, wie ein solcher Mann noch heute ein Anhänger der brutalen Gewaltpolitik sein kann, nachdem Napoleon es auf Helena ausgesprochen hat: „Es gibt



zwei große Kräfte in der menschlichen Entwicklung, die Kanone und die Idee, und letzten Endes ist letztere doch die stärkere,“ das ist unverständlich. Alle brutalen Gewaltmenschen haben schließlich Bankrott gemacht, Napoleon ist hierfür ein noch packenderes klassisches Beispiel als Bismarck.

Wenn nun die Gegner der Republik heute die Vergangenheit rühmen, so dürfen wir unter Hinweis auf unbestreitbare Vorzüge, wie Ordnung, Redlichkeit der Verwaltung usw. doch daneben auch deren Sünden nicht vergessen. Friedrichs des Großen Vater hat den staatsmännischen, so richtigen Ausspruch getan: „Menschen erachte ich vor den größten Reichtum“, und wenn man diesem von seinem großen Sohn aufgenommenen Grundsatz folgt, dann hat man auch die Verpflichtung, diese Menschen stark zu machen, sie zu pflegen, sie zum höchsten Grad der Leistungsfähigkeit zu erziehen, ohne sie über die Gebühr anzuspannen. Nach diesen Grundsätzen hat die Vergangenheit nicht gehandelt. (Erst das viel verlästerte Taylorsystem hat gefordert und gelehrt, den arbeitenden Menschen nie zu erschöpfen, sondern ihn durch angemessene Ruhepausen frisch und leistungsfähig zu erhalten.) Und wie man auch über die Arbeitsdauer denken mag, man muß sich darüber klar sein, daß 8 Stunden Gesamtarbeit nicht ausreichen, weder, um für den Lebensbedarf ausreichende Güter zu erzeugen, und noch viel weniger, um jeden Menschen, namentlich den jungen, in der richtigen Bahn zu erhalten und vor Abwegen zu schützen. Wenn wir aber fordern, daß neben den 8 Stunden Fabrikarbeit noch einige Stunden der Erzeugung anderer Werte gewidmet werden sollen, dann müssen wir auch hierfür die Möglichkeit schaffen.

Friedrichs des Großen Name ist stets im Munde unserer Herrscher und Minister geführt, aber seine Ideen und Regierungsgrundsätze hat man schnell vergessen und seinen Bahnen ist man nicht gefolgt. Seit dem Freiherrn von Stein, den man ja sehr schnell abgehalftert hat, weil für die engstirnigen Menschen seiner Zeit seine Ideen zu hoch waren, hat man die Menschen nicht mehr politisch erzogen und nicht mehr pfleglich behandelt. Zusammengepfercht in übervölkerten Industriebezirken, engen Straßen und überfüllten Häusern war den Arbeitermassen keine Möglichkeit gegeben, nach der Fabrikarbeit im Freien noch irgendwelche werteschaffende Arbeit zu leisten und dabei gleichzeitig die Gesundheit zu stärken. Die großen Bodenflächen waren in den Händen einer kleinen Besitzerzahl, und nur in Ausnahmefällen konnte der Arbeiter auf eigenen, wenn auch noch so kleinem Grund und Boden sich in frischer Luft be-



wegen, sein Gemüse bauen. Hätte man seit 50 Jahren gesiedelt, hätte man einige Millionen Hektar Moore und Ödland nach Friedrich des Großen Vorbild erschlossen, dann hätten wir das Proletariat nicht in der jetzigen furchtbaren Form, nicht in der Verbitterung, daß es sich für Generationen hinaus für verurteilt erachtet, dauernd Paria des Volkes zu sein. Das sind einige der Sünden der Vergangenheit, die entsetzlich sind, und deren Wirkung wir nur sehr langsam werden aufheben können.

Nun noch in aller Kürze zum zweiten Teil meines Themas, der Bedeutung der Frau bei der Lösung unserer politischen Aufgaben. Ich selbst habe mir früh zum Grundsatz gemacht, vor allem über die von mir selbst gemachten Fehler und meinen eigenen Schuldanteil an vorhandenen Übeln mich keinen Täuschungen hinzugeben. So bin ich auch zu der ketzerischen Auffassung gekommen, daß die Männer gar keine Veranlassung haben, auf ihre Leitung der Menschheitsentwicklung besonders stolz zu sein. Überall finden wir unter ihrer Herrschaft die Anwendung der brutalen Gewalt in den Beziehungen der Völker wie der einzelnen Volksteile zueinander. Die Heroen der Weltgeschichte sind große Eroberer, die große Reiche schaffen, die aber, wie z. B. bei Alexander dem Großen, schnell, bei anderen langsamer, wieder dem Untergange entgegengehen. Und im Innern der Völker selbst „Herren und Knechte“. Dies die Lehre der Weltgeschichte von der Vergangenheit bis zur Gegenwart! Wir müssen uns darüber klar sein, daß dieses Grundverhältnis, wenn auch in veränderter Form, bestehen geblieben ist. Und wenn nun einer der großen Wohltäter der Menschheit, Christus, den Gedanken aussprach, wir Menschen sind vor unserm Herrgott alle gleich, und unsere Aufgabe ist es, uns als Brüder zu fühlen und als solche miteinander zu leben, dann wissen wir, auch er ist dem Geschick nicht entgangen, daß die, „die töricht genug ihr volles Herz nicht wahrten“, gekreuzigt und verbrannt werden. Was hat man im Laufe der Zeit aus seiner Lehre gemacht! Von der „Bruderliebe“ ist weder bei der Kirche selbst und noch viel weniger bei den Christenmenschen viel übrig geblieben. Es gab eben immer Herren und Knechte, eine kleinere Oberschicht, die sich in der alten Zeit durch körperliche, heut geistige überragende Kraft eine beherrschende Stellung schuf, während die anderen, welche die Lasten trugen, an den Errungenschaften der Kultur keinen nennenswerten Anteil hatten. Deutschland hat nun zwar mehr als andere getan, um durch Hebung der geistigen Kräfte des ganzen Volkes auch den breiten Schichten den Weg zum Aufstieg zu öffnen. Aber die großen Massen haben doch nicht den Anteil an dem Ergebnis der Ge-



samtarbeit gehabt, den man ihnen zubilligen müßte, wenn man sie im christlichen Sinne als Brüder ansehen wollte. Daß Marx, als er sein „Kapital“ schrieb, noch sehen konnte, daß in England Kinder 12 oder 14 Stunden im Fabrikbetriebe arbeiten mußten, daß das arbeitende Volk in scheußlichen Wohnungsverhältnissen lebte, das läßt es begreifen, daß er zu dieser rabiaten Verurteilung des ganzen Wirtschaftssystems kommt. Es wurde zwar nach und nach einiges geändert und manches gebessert, aber ein befriedigender Zustand wurde keineswegs erreicht. Wenn nun jetzt, nachdem die Dinge so radikal umgestaltet sind, die, die früher Ambosse waren, sich als Hammer in teilweise recht unerfreulicher Weise betätigen, so ist dies zwar bedauerlich, aber doch nicht unverständlich. —

Was hat nun die Frau diesen Verhältnissen gegenüber für eine Aufgabe? Wenn der Mann bisher allein geherrscht und alles bestimmt hat — an sich ist der Mann doch nicht der ganze Mensch. Er ist ein einseitig entwickelter Teil des Menschen, der zum Begriff des ganzen Menschen, der Ergänzung durch die Frau bedarf. Beim Mann überwiegt die geistige und physische Kraft, die oftmals mit Härte gepart ist; bei der Frau überwiegt das Gefühlsleben, und erst, wenn beide sich ergänzen, haben wir einen Organismus, der den ganzen Menschen wirklich darstellt.

Betrachten wir zunächst die Aufgaben der Frau in wirtschaftlichen Dingen: Früher gingen von dem gesamten Verbrauch der Menschheit 50 Prozent für den Nahrungsbedarf durch die Hand der Frau, von den anderen Haushaltsbedürfnissen vielleicht auch noch 25 Prozent. Gegenwärtig nimmt die Nahrung allein 70—75 Prozent des Gesamtverbrauchs unseres Volkes sicher in Anspruch. Auf diesem Gebiete wird aber recht viel gesündigt. Wir verwenden die hierfür aufzuwendenden Mittel durchaus nicht immer in der richtigen Weise. Es gilt dies besonders stark für einen größeren Teil der arbeitenden Schichten, deren Frauen ja leider häufig nicht gelernt haben, wie zweckmäßig im Hause gewirtschaftet werden kann und muß. In der richtigen Verwendung der vorhandenen Mittel liegt aber eine sehr wichtige Aufgabe für alle Frauen. Es genügt nicht, daß die einzelne ihren eigenen Haushalt wirtschaftlich richtig einrichtet, sie muß auch in möglichst weiten Kreisen das Prinzip der Sparsamkeit zu verbreiten suchen. Die Aufgabe, für das Geld die höchste Summe von Nährwerten zu erwerben, muß bestimmend sein. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob Spargel oder kräftiges Graubrot gekauft wird.



Das für die Frau Wichtigste sind aber trotz allem die materiellen Dinge nicht. Das Wichtigste ist und bleibt der Mensch und damit die wichtigste Frauenaufgabe die Kindererziehung. Diese liegt doch kaum zu 25 Prozent in der Hand des Vaters, und gerade in den stark arbeitenden wohlhabenden Erwerbskreisen kaum zu 10 Prozent. In den Kindern aber liegt unsere Zukunft. Wenn die Mütter uns nicht tüchtige Kinder erziehen, dann geht es mit Deutschland rettungslos bergab. Napoleon hat der neugierigen Frau von Stael, als sie ihn fragte, welche Frau in seiner Achtung am höchsten stehe, sehr trocken geantwortet, diejenige, welche dem Staat die meisten tüchtigen Kinder erzieht. Diese Aufgabe der Frau ist von der allerhöchsten Wichtigkeit, und auch da liegt wieder der Schwerpunkt in der sittlichen Einwirkung. Sittlicher Ernst und Pflichttreue sind entscheidender als die weitgehendste Begabung. Auf die Dauer erringt doch der Mann, der durch sein ganzes Verhalten unbeschränktes Vertrauen erwirbt, auch wirtschaftlich größere Erfolge als der vielleicht begabtere aber weniger vertrauenswürdige. Deutschland hat nun der Menschheit die drei Männer gegeben, die nächst Christus für ihre Entwicklung von der größten Bedeutung waren, Luther, den knorrigen Bauernsohn, der uns ein seltenes Beispiel der Überzeugungstreue gab. „Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir, Amen!“ Kant, den Handwerkersohn, der uns das maßgebende Pflichtgebot aufstellte: „Handle so, daß die Maxime Deines Handelns zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte“, der als Gebot der Vernunft die Beseitigung des Krieges, die friedliche Schlichtung des Streites forderte, und den Handwerkerenkel Goethe, der in seiner abgeklärten Weisheit uns goldene Lebensregeln gab: „In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister, und das Gesetz nur kann uns Freiheit geben“, der seinen Faust schließt: „Das ewig weibliche zieht uns hinan.“ Wenn unsere Frauen den Geist dieser drei Männer und den christlichen Geist der Nächstenliebe, der Bereitwilligkeit zu Opfern in unsere Jugend pflanzen, dann dürfen wir ohne Sorge in die Zukunft blicken. Ein Volk, in dem dieser Geist lebendig ist, kann und wird nie untergehen.

Das ist das Wichtigste, worauf es ankommt. Die Voraussetzung für den Erfolg aller dieser Betrachtungen ist aber: Gesunden in wirtschaftlicher, außen- und innenpolitischer Beziehung können wir nur, wenn wir die tiefe Kluft überbrücken, die das deutsche Volk heut auseinanderreißt. Wir dürfen uns nicht dadurch verstimmen lassen, daß die Sozialdemokratie heute ernste Fehler macht, die wir schwer büßen müssen, und deren



Folgen sich nicht leicht werden beseitigen lassen. Es ist ein unbilliges Verlangen, daß Leute, die niemals Gelegenheit gehabt haben, in öffentlicher Verwaltung zu lernen, jetzt, wo sie plötzlich zu Macht und Entscheidung kommen, alles gleich richtig machen sollen. Die Fehler, welche wir selber machen, sind außerdem genügend große, um uns zur Bescheidenheit zu mahnen und vor Überhebung und Ungerechtigkeit zu warnen. Wir sollen keinesfalls versuchen, die Sozialdemokraten in der Mitarbeit am Staatsleben wieder zurückzudrängen, das wäre keine verständige Methode. Vor allem müssen wir zeigen, daß wir selbst allen Forderungen des Staatswohls entsprechen, daß wir selbst die sparsame, schlichte Lebenshaltung führen, die die Verhältnisse von uns verlangen, nur dann können wir zu den Arbeitern gehen, die — abgesehen von Ausnahmen — kaum andere als materielle Lebensgenüsse kennen gelernt haben, und ihnen Entbehrung predigen. Sie bringen ja in die Gesetze recht häufig infolge unbesiegbaren Mißtrauens und mangelnder Erfahrung Bestimmungen hinein, welche schweren Schaden anrichten — ich denke z. B. an die Steuergesetzgebung, deren schwere Fehler zum Teil auf die Sozialdemokratie zurückzuführen sind —, aber das darf uns nicht verleiten, uns ihnen schroff gegenüber zu stellen. Was unsere Väter gesündigt und versäumt haben, müssen wir büßen und uns bemühen, nachzuholen. Und wer hat denn schneller gelernt, irrige Anschauungen aufzugeben — umzulernen — die Linken oder die Rechten? Ich glaube die ersteren. Wir können ihnen die Anerkennung nicht versagen, daß sie ihre Fehler eingestehen und andere Wege zu gehen häufig verhältnismäßig schnell bereit waren. Wenn man dagegen sieht, mit welcher Gewissenlosigkeit Kreise, die früher geneigt waren, auch uns alte Liberale beinahe als vaterlandslose Gesellen zu bezeichnen, jetzt verfahren, wo unser Vaterland in einer Lage sich befindet, in der wir täglich und stündlich befürchten müssen, das Fallbeil niederrasseln zu sehen, das uns vernichtet, so steht einem oft der Verstand still.

Ich will damit schließen, daß ich betone: Die Voraussetzung der Überwindung der unser Vaterland bedrohenden Gefahren ist eine Verständigung der bürgerlichen Kreise mit der Sozialdemokratie. Die drei großen Männer, die ich genannt habe, sind aus der breiten Masse des Volkes, aus dem Bürgertum hervorgegangen, zu dem auch wir mit Stolz uns rechnen dürfen. Wir sehen täglich, welche hervorragenden, geistig und sittlich tüchtigen Menschen aus den Volksmassen emporsteigen. Mit ihnen allen ehrlich Hand in Hand zu arbeiten, ist der einzige Weg, der uns zur Rettung führen kann. Auch in dieser Be-



ziehung ist die Aufgabe der Frau bedeutsam. Wir Männer gehen nicht in die Hütten der Armen und sehen, welches Elend da herrscht, wir zeigen ihnen nicht, daß wir Mitleid und Erbarmen mit ihnen haben, das sind Frauenleistungen, deren Wirkungen nicht hoch genug veranschlagt werden können. Alle Schichten und Kräfte unseres Volkes, Männer wie Frauen, müssen sich zusammenschließen. Die trübe Vergangenheit, die im Volke so tiefe Schnitte gezogen hat, muß begraben sein. In den Frauen müssen wir die zwar anders geartete, aber deswegen nicht weniger hoch zu bewertende Hälfte des Menschengeschlechts anerkennen und mit Dank ihre Mitarbeit und Hilfe in den wichtigsten Aufgaben des Staats- und Volkslebens nutzbar machen. Sie müssen lernen, die Pflichten zu erfüllen, die ihnen durch die Verfassung zugewiesen sind, um im gemeinsamen Wirken mit dem Mann für unsere Kinder eine Zukunft herbeizuführen, welche, auf Grund seiner hohen Verdienste um die Gesamtkultur der Menschheit, das deutsche Volk zu fordern berechtigt ist.

Anlage 9.

Bericht

über das Wirken des Gemeinnützigen Bauvereins
zu Landsberg a. W. während der 25 Jahre 1889—1914.

Der Gemeinnützige Bauverein zu Landsberg a. W. beendete am 1. Juli 1914 sein fünfundzwanzigstes Geschäftsjahr, und somit liegt wohl Veranlassung vor, auf sein bisheriges Wirken einen Rückblick zu werfen.

Gründung. Seine Begründung erfolgte am 22. März 1889 durch die Herren Max Bahr, Friedrich Clemens, Robert Bahr, Carl Quilitz, Egmont Groß, Karl Bahr. Sie erklärten:

„Zur Erinnerung an den Geburtstag Seiner Majestät Kaiser Wilhelm I., des ruhmvollen Schöpfers des Deutschen Reiches, sind wir oben benannten heute zu einer Aktien-Gesellschaft zusammengetreten, welche die Firma Gemeinnütziger Bauverein zu Landsberg a. W. führen und ihren Sitz in Landsberg a. W. haben soll. Sie hat lediglich den Zweck, den unbemittelten Einwohnern der Stadt Landsberg a. W. billige, gesunde, gut eingerichtete, das Familienleben fördernde Wohnungen zu beschaffen.“

Kapital. Das Aktienkapital wurde auf 100 000 Mark festgesetzt, bestehend aus 500 Namensaktien zu 200 Mark, übertragbar nur mit Genehmigung der Gesellschaft, und bezüglich des Dividendenbezuges auf höchstens 4 Prozent beschränkt.



Hierdurch war die Gesellschaft für ihre Gerichtshandlungen, Käufe und Verkäufe von Kaufstempel und Gebühren von allgemeinen Gerichtskosten befreit. Eingezahlt wurden zunächst 25 Prozent und mit den sonach verfügbaren 25 000 Mark ging der G. B.-V. sofort an den Bau von 4 Wohnhäusern (Heinersdorfer Straße) mit 16 Arbeiterwohnungen, welche am 1. Oktober 1889 bezogen wurden.

Die erhoffte Unterstützung seitens unserer wohlhabenderen Mitbürger, namentlich Industrieller, wurde uns leider nicht zuteil und bis zur Gegenwart hat sich darin kaum eine Änderung vollzogen. Nur eine kleine Zahl wohlwollender Freunde hat sich durch Übernahme von Aktien an unserm Werke beteiligt. Es waren in erster Reihe treue Söhne der Vaterstadt: Georg Schoenflies-Berlin, Professor Arthur Schoenflies-Königsberg i. Pr. (jetzt Frankfurt a. M., dann Landsberger Mitbürger: George Bendix, Siegfried Landsheim, Albert Luedecke, Karl Ritter, H. A. Kassner, Rud. Deutschländer, Anna Mertens, Frau Johanna Liebert. Hugo und Louis Liebert, Albert David, Dr. Caro, Rud. Schwabe jr., Herm. Ritter, Alb. Prömmel, Georg Voss, Rud. Berndt. Als große Wohnungsnot in der Brückenvorstadt eine stärkere Bautätigkeit von uns forderte, übernahm die Firma Max Bahr, Jutespinnerei, den größeren Teil der Kapitalvermehrung.

Am 1. Juli 1892 forderten wir eine zweite Rate von 25 Prozent auf das gezeichnete Aktienkapital ein und arbeiteten also mit nunmehr 50 000 Mark eigenen Kapitals. Damit mußten wir bis 1903 auszukommen suchen. Am 1. Januar 1904 erfolgte alsdann die Einberufung der restlichen 50 000 Mark, also Erhöhung auf 100 000 Mark, und am 1. Juli 1907 eine weitere Erhöhung auf 150 000 Mark, welchen wir jetzt zum 1. Juli 1914 eine starke Erhöhung auf 400 000 Mark folgen lassen wollen, teilweise zur Umwandlung bisher gewährter ungedeckter Darlehen in Aktienkapital, teilweise zur Beschaffung neuer Mittel, um eine Reihe neuer Bauten in Angriff zu nehmen, in denen alsdann in bevorzugter Weise Familien mit größerer Kinderzahl Aufnahme finden sollen.

Erträge. Die erzielten Dividenden sind durchweg niedrig geblieben. Für die ersten $1\frac{1}{4}$ Jahr wurden 3 Prozent verteilt (= 2,4 Prozent für 1 Jahr), dann folgten 0, 1, 2, 2, 2, 3, 3, 3, 3, 3, $3\frac{1}{2}$, $3\frac{1}{2}$ und so fort $3\frac{1}{2}$ Prozent bis zur Gegenwart. Die in der ersten Satzung ins Auge gefaßte Nachzahlung der an 4 Prozent fehlenden Beträge wurde später beiseitigt, um nicht neuen Erwerbern von Aktien den kleinen Zinsgenuß zugunsten der älteren Aktionäre zu schmälern. Beim Verkauf von Häu-



sern an Arbeiter wurden kleine Mehrpreise gegen die Buchwerte erzielt, welche dem Reservefonds zugeführt wurden, welcher zusammen mit den Abschreibungen am 1. Juli 1914 den Betrag von 45 926,28 Mark erreichte.

Hypotheken. Die Hypothekenbeschaffung hat uns dauernd erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Die städtische Sparkasse gewährte uns wohl Darlehen, wir hatten aber den üblichen Zinsfuß von 4 Prozent zu zahlen, und die Beleihungsgrenze erreichte meist kaum 50 Prozent des Grundstückswertes. Die Niedrigkeit der von uns berechneten Mietspreise war nach dieser Richtung hin ein empfindlicher Nachteil, da die Sparkasse den 10—12 $\frac{1}{2}$ fachen Mietsertrag als Beleihungsgrenze festhält und unsere Mieten unserm Ziele entsprechend 20—25 Prozent unter den ortsüblichen stehen. Auf diese Weise erhielten wir auf 8 Häuser in der Heinersdorfer Straße, welche mit ca. 75 000 Mark zu Buche standen, nur 32 000 Mark Hypotheken zu 4 Prozent von der Sparkasse, welche wir 1894 durch eine von der Versicherungsanstalt der Provinz Brandenburg gewährte 3 $\frac{1}{2}$ prozentige Hypothek ersetzen konnten. Leider aber wurden uns weitere Hypotheken verweigert und so musten wir der Sparkasse dankbar sein, als sie uns 1895/6 auf 5 Häuser in der Küstriner Straße Hypotheken von zusammen 36 000 Mark zu 4 Prozent gewährte. Mangel an Mitteln zwang uns, bis 1903 von weiteren Bauten abzusehen. Auf die 1903/4 erbauten 8 Häuser in der Bühnenstraße und 4 Häuser am Grünen Weg gewährte uns die Versicherungsanstalt der Provinz Brandenburg wieder Hypotheken bis zur Höhe von 75 Prozent der Feuerversicherung (rund 9500 Mark pro Haus bei 13 700 Mark Versicherung) gegen eine Verzinsung von 3 $\frac{1}{2}$ Prozent und eine Tilgung von $\frac{3}{4}$ Prozent und unterstützte uns in der gleichen Weise bei 8 weiteren Häusern in der Bühnenstraße, bei welchen wir allerdings einen um $\frac{1}{8}$ Prozent erhöhten Zins zu zahlen hatten. Die Sparkasse gewährte uns Hypotheken auf weitere Bauten am Wall und an der Turnstraße zu 4 Prozent und wir erhielten bisher von der Landesversicherungsanstalt und Sparkasse die erststelligen Hypotheken auch auf die weiteren Bauten — allerdings mußten wir der Landesversicherungsanstalt auf das letzte Darlehen 3 $\frac{7}{8}$ Prozent Zinsen plus $\frac{3}{4}$ Prozent Tilgungsrate zahlen. Hinter diesen erststelligen Hypotheken haben wir wohl noch teilweise zweite und selbst dritte Hypotheken zu 4 $\frac{1}{2}$ Prozent erhalten, doch bleiben die Beleihungen meist unter 75 Prozent des Buchwertes, so daß ein empfindlich großer Teil aus unserm eigenen Kapital und aus ungedeckt uns gewährten Darlehen festgelegt wurde.



Bauten. Unsere Bauausführungen begannen in der einfachsten und sparsamsten Weise. Die ersten 8 Häuser Heinersdorfer Straße, in Rohbau ausgeführt, hatten 2 Geschosse, eine gemeinsame vom Giebel zugängliche Treppe, Zugang zur Wohnung durch die Küche, Keller nur unter der halben Baufläche, Klosetts (für 2 Familien 1 Klosett) nicht im Hause, sondern in einem auf dem Hofe stehenden Waschküchen- und Abortgebäude. Jede der 4 Wohnungen bestand aus 2 Zimmern, 5 mal 4,25 m und 4 mal 2,10 m, Küche 4 mal 2,10 m, kostete etwa 2400 Mark einschl. Baustelle und wurde für 2 Mark Wochenmiete vermietet. Die Arbeitslöhne waren 1890/2 noch niedrig, Wasserleitung und Kanalisation in der Stadt noch nicht vorhanden, Straßenkosten gleich Null, weil die Heinersdorfer Straße noch auf Stadtkosten hergestellt wurde. Die nächsten 5 Häuser in der Küstriner Straße erhielten statt des Rohbaus einfachen Mörtelputz; Unterkellerung des ganzen Hauses. Eingang von der Straßenfront. Waschküche und Abort waren gleichfalls in besonderem Gebäude auf dem Hof. Jedes Haus hatte 3 Wohnungen von 2 Zimmern und Küche, 2 Wohnungen von 3 Zimmern und Küche. Abmessungen der Räume waren ungefähr denen der Heinersdorfer Straße gleich. Die Kosten stellten sich auf etwa 13 600 Mark für jedes Hausgrundstück, die Wochenmieten der 2-Zimmerwohnungen auf 2,00, 2,20, 2,50 Mark, der 3-Zimmerwohnungen auf 3,00 und 3,50 Mark. Bei Inangriffnahme der weiteren Bauten an der Soldiner Straße, Grüner Weg, Bühnenstraße 1903/4/5 hatten sich die Dinge gewaltig geändert. Wasserleitung und Kanalisation waren eingeführt und die gesamten Herstellungskosten für 19 und 29 m breite Straßen fielen den Häusern zur Last, die Arbeitslöhne waren 20—25 Prozent höher. Klosett und Waschküche wurden ins Haus gelegt — ersteres von der Küche aus zugänglich, durch welche auch der Zugang zu den Wohnzimmern erfolgte. Um die sehr schweren Straßenkosten erträglicher zu machen, wurden die Häuser 3stöckig gemacht. Jedes Haus erhielt 3 Einzelzimmer, 2 Wohnungen von 1 Zimmer und Küche, 4 Wohnungen von 2 Zimmern und Küche. Die Zimmerbreiten wurden um 10—20 cm vergrößert. Die Herstellungskosten dieser Hausgrundstücke stellten sich ursprünglich auf etwa 17 500 Mark, erhöhten sich aber nach Ausführung kleiner Umbauten, Fertigstellung der 29 m breiten Bühnenstraße und Anlegung von Vorgärten auf etwa 19 500 Mark, und auch die etwas höheren Wochenmieten von 2,50 und 2,80 Mark für die 2-Zimmerwohnung ergeben kaum eine bescheidene Dividende von 3½ Prozent. Einzel-Zimmer kosten 1 Mark und 1,35 Mark an Wochenmiete. 1906

folgten dann weitere Bauten an der Turnstraße, Bühnenstraße und am Wall, die teilweise 4stöckig erbaut wurden, um bei den zu stellenden niedrigen Mieten einigermaßen Rechnung zu finden.

Die alsdann 1908 folgenden 9 vierstöckigen Bauten an der Turnstraße und Friesenstraße brachten weitere Fortschritte in der Ausgestaltung der Wohnungen. Die Küchen erhielten kleine Balkons, von denen teilweise auch die Klosetts zugänglich waren, die Häuser wurden zu zweien aneinandergesetzt, um mehr Gartenland zu gewinnen. Diese Häusergruppen erhielten gemeinsame Zentralheizung, welche von einem Heizer für 100 Wohnungen bedient wurde. Die Kosten stellten sich für 7 Hausgrundstücke auf rund je 36 500 Mark, 2 Eckhäuser rund 45 000 Mark. Die Zentralheizung ist für die Mieter natürlich eine sehr große Annehmlichkeit, doch wird über die Kosten geklagt, welche sich für drei Zimmer und Küche auf 2,50 bis 3,50 Mark für die Heizwoche belaufen. Wenn der Betrag auch an sich niedrig ist gegenüber der Beheizung jeden Raumes, so bedeutet er doch eine Erhöhung gegen die Kosten, welche entstehen, wenn, wie üblich, nur ein Zimmer der Wohnung geheizt wird. Wir haben 1911 noch weitere Häuser mit Zentralheizung gebaut, doch werden wir auf Wunsch der Arbeiter bei weiteren Bauten wohl wieder zur Ofenheizung zurückkehren.

1911 wurden am Wall nochmals 7 Häuser gebaut, für welche wir die Pläne von Herrn Reg.-Baumeister E. Crzellitzer, Berlin-Zehlendorf, hatten entwerfen lassen. Auf dem früher Wedelschen Grundstück wurde eine Gruppe von fünf Häusern geschaffen, von denen 3 in der Mitte etwa 20 Meter zurücktraten, während die beiden abschließenden Häuser mit dem Giebel zur Straße gestellt wurden. Hierdurch ergab sich ein sehr hübscher Schmuck- und Spielplatz von etwa 1500 qm. Die ganze Gruppe macht einen sehr freundlichen Eindruck und bildet eine Zierde der Straße. Die andern nahe der Bühnenstraße erbauten Häuser erhielten 4 Läden, um den in diesem Stadtteil angesiedelten Familien (zirka 2500 Köpfe) Gelegenheit zu bieten, mancherlei Bedürfnisse im Bezirk zu kaufen.

Der verhältnismäßig niedrige Stand unserer Grundstückskosten wäre freilich nicht möglich gewesen, wenn wir nicht stets geeignetes Baugelände weit im voraus billig erworben hätten, ehe die Bautätigkeit das Gelände erreichte und die Preise auf das 4—6fache trieb.

1913 schließt mit dem Bau von zwei weiteren Häusern an der Turnstraße unsere Bautätigkeit der ersten 25 Jahre ab, welche sich auf die Berichtszeit verteilt wie folgt:



Es wurden erbaut:

1889	4	Häuser mit	16	Wohnungen,	Heinersdorfer Straße,
1891	2	„	9	„	„
1892	2	„	9	„	„
1894	2	„	12	„	Küstriner Straße,
1895	3	„	18	„	„
1904	8	„	72	„	Buhnenstraße,
	4	„	24	„	Am Grünen Weg,
1905	16	„	144	„	Buhnenstraße,
	7	„	73	„	Turnstraße,
	4	„	24	„	Soldiner Straße,
1906	3	„	33	„	Buhnenstraße,
	5	„	46	„	Am Wall,
1908	9	„	100	„	Turn- und Friesenstraße,
1911	7	„	68	„	Am Wall,
1913	2	„	22	„	Turnstraße,

Sa. 78 Häuser mit 670 Wohnungen.

Für 1914 sind am Wall und Buttersteig 9 weitere Häuser entworfen mit je 12, zusammen also 108 Wohnungen, welche im Frühjahr 1915 zu beziehen sein sollen.

(Dazu kommen bis 1925:

1915	6	Häuser mit	79	Wohnungen,	Am Wall und Buttersteig,
1920	2	„	10	„	Am grünen Weg,
1921/22	15	„	92	„	Turnstr. und Buttersteig,
1925	7	„	42	„	„

Sa. 30 Häuser mit 222 Wohnungen.)

Verkauft wurden von den erbauten Häusern:

1901	3	Häuser	Küstriner Straße,
1903	1	Haus	„
	2	Häuser	Heinersdorfer Straße,
	1	Haus	Küstriner Straße,
1905	2	Häuser	Heinersdorfer Straße,
1906	4	„	„
1912	3	„	Soldiner Straße,
1913/14	1	Haus	„
	4	Häuser	Grüner Weg,

in Summa 21 Häuser.

Es ist uns somit gelungen, 21 Arbeiter zu Hauseigentümern zu machen unter Gewährung von sehr günstigen Anzahlungs- und Tilgungs-Bedingungen. In den ersten 12 Jahren war die Scheu der Arbeiter unüberwindlich. Sie fürchteten die Ersparnisse ihres Lebens zu verlieren — auch waren die von uns gestellten Mieten nicht sehr verlockend, da hierbei große Über-



schüsse nicht zu erzielen waren. Ferner stellten wir die Bedingungen, daß während der ersten 10 Jahre in den Häusern kein Alkoholverkauf und keine Schlafstellen zulässig seien, daß ein Weiterverkauf nur an Arbeiter erfolgen dürfe zu einem Preise, der nicht mehr als 5% den eigenen Erwerbspreis übersteige, daß eine Wohnung zum bisherigen Mietspreise an Arbeiter weiter vermietet werden müsse, so lange der Erwerber dem Bauverein noch mehr als 1000 Mark schulde.

Die Erwerber der Häuser in der Heinersdorfer und Küstriner Straße machten von vornherein ein glänzendes Geschäft. Sie zahlten dem Bauverein nur die billigen 12 und 8 Jahr früher aufgewendeten Grundstücks- und Baukosten mit einem sehr geringen Aufschlag und erwarben die Häuser der Heinersdorfer Straße mit 9500 bis 10 800 Mark, die der Küstriner Straße mit ca. 14 000 Mark, während der normale Wert zur Zeit des Erwerbs wohl 2000 Mark höher zu veranschlagen war. Heute beglückwünschen sich die Besitzer wohl zum Erwerb — die Mieten sind in der Stadt merklich höher gegangen und ergeben somit einen hübschen Zinsüberschuß. Auf diese Weise haben auch die erwerbenden Arbeiter ihren Anteil am Wertzuwachs, welchen die Gesamtheit schafft.

Auch die späteren Erwerbungen an der Soldiner Straße und am Grünen Weg werden von den betreffenden Arbeitern durchaus gewürdigt, wenn auch der ihnen von vornherein zufallende Wertzuwachs nicht so groß ist, wie in den früheren Fällen.

Gärten. Unser Bestreben ist stets darauf gerichtet geblieben, möglichst zu jeder Familienwohnung einen kleinen Garten zu geben, und mit wenigen Ausnahmen haben wir dieses Ziel auch erreicht. Einzelzimmer haben allerdings Garten nicht erhalten können, auch schwankt die Größe des Gartens zwischen 60 und 120 qm. Die Mieter wissen den Wert des Gartens auch wohl zu würdigen und pflegen solchen teilweise musterhaft, wenn auch manche in der Behandlung nachlässiger sind.

Einzelhaus oder Mietshaus? Diese Frage hat uns während der ganzen Zeit unseres Wirkens immer wieder beschäftigt — wir sind aber immer wieder auf den Bau von Mietshäusern mit 4, 6, 8 Wohnungen zurückgekommen. Die für uns ausschlaggebenden Gründe sind die folgenden:

Die Kosten der Wohnung — der Miete müssen möglichst niedrig gehalten werden, damit sie für die am schwersten kämpfenden Arbeiter mit mäßigem Verdienst und größerer Kinderzahl erschwinglich sind. Wollen wir solchen Familien die guten, gesunden Wohnungen unserer Bauten zugänglich



machen, so können wir keine Einzelhäuser bauen — Fundament und Dach über nur einer Wohnung — Straßenbaulast, Kanalisation, Wasser, Gasbeleuchtung — auf nur eine Wohnung fallend. Auch die Außenwände können bei deutschem Klima nicht wesentlich schwächer sein, als bei mehrgeschossigen Häusern. Die Straßenkosten fallen in unserer Stadt schwer ins Gewicht. Die Stadtverwaltung zwingt die Erbauer auch in den Außenbezirken, die ganze Straßenlast bis zu 29 Meter Breite, bei einseitig bebauten Straßen bis zu 19 Meter Breite zu tragen und zur Sicherstellung bis zu 100 Mark für das laufende Meter Straßenfront — für ein Haus von 12 Meter Front also 1200 Mark — eintragen zu lassen — auch ein Einzelhaus von 6 Meter Front hätte also 5—600 Mark Straßenlast zu tragen. Die Fundamente sind an manchen Stellen 4—5 Meter unter der Sohle des Erdgeschosses liegend zu schaffen — aber auch wo diese günstiger lagen, müßte doch ein Teil des Hauses unterkellert werden, um einen trockenen und warmen Fußboden in der Wohnung zu schaffen — und es würden die Baukosten pro Wohnung gleicher Fläche im Einzelhaus sicher 25—33 $\frac{1}{3}$ % höher sein, als im mehrgeschossigen Haus. Eine Wohnung von 1 Zimmer 18/20 qm, 1 Zimmer ca. 8,5, 1 Küche ca. 8,5 qm mit Kellerraum stellte sich einschließlich Baustelle mit Garten in den 8 Häusern in der Heinersdorfer Straße 1889—1892 auf ca. 2300—2700 Mark bei 4 Wohnungen in zwei Geschossen. In der Küstriner Straße 1894/95 waren die Kosten ungefähr dieselben bei 6 Wohnungen in 3 Geschossen. In diesen Häusern kamen Straßenkosten nicht in Betracht, auch war zwar Wasserleitung aber keine Kanalisation eingeschlossen. Bei den Bauten 1904/05/06 an der Soldiner Straße, Grüner Weg, Bühnenstraße, 6 Wohnungen in 3 Geschossen, stellten sich die Kosten zunächst auch nur auf etwa 2700 Mark für die Wohnung — nach weiterem Ausbau des Dachgeschosses und Fertigstellung der 29 Meter breiten Straße in der Bühnenstraße erhöhte sich der Preis auf etwa 3000 Mark. Die Bauten von 1908/11/13, welche durchweg Zentralheizung und etwas besser ausgestattete Wohnungen erhielten — eigenen Korridorabschluß — stellt sich der Preis für die gleiche Wohnfläche 20—25% höher — diese gehen über die Anforderungen einfacher Arbeiterwohnungen merklich hinaus und können nicht gut in Vergleich gezogen werden. Bei den Bauten 1904/05/06 mit einem Wohnungskostenpreis von 2700 Mark hat nun aber der Zuwachs der Straßenkosten die Miete schon etwas erhöht und diese Erhöhung wäre noch erheblich größer, wenn sie auf nur eine Wohnung mit etwa 40% der Straßenfront beim Einfamilienhaus entfiel,



während jetzt 4 Wohngeschosse sie anteilig tragen. Die schwerer kämpfenden größeren Familien würden daher fortfahren, in schlechteren, aber billigen Wohnungen zu bleiben, während gerade in diesen Familien die Überführung in gute Wohnungen am nötigsten erscheint. Berücksichtigt man ferner, wie empfindlich die auf nur eine Wohnung entfallenden Kosten für Wasser-, Kanalisations-, Gas-Anschluß eine weitere Mieterhöhung beeinflussen, so wird man zugeben müssen, daß gerade für die der Hilfe Bedürftigsten das Bessere (Einfamilienhaus) des Guten Feind sein würde. Auch der größere Kapitalbedarf pro Familie fällt ins Gewicht. Mit demselben Gesellschaftskapital, mit welchem wir für 8 Familien gute Wohnungen schufen, hätten wir im Einfamilienhaus nicht für 4 Familien sorgen können.

Die Vorzüge des Einfamilienhauses werden auch vielfach überschätzt. Gewiß ist es dem Empfinden der besser gestellten Klassen erwünschter, allein im Hause zu wohnen. Beim Arbeiter — namentlich der größeren Arbeiterfamilie — liegen die Dinge anders. So hoch sind die Löhne, abgesehen von besonders gut bezahlten Gewerben, nicht, daß der Erwerb des Mannes allein eine größere Familie auskömmlich erhalten kann. Die Frau muß in vielen Fällen miterwerben, und da ist es ganz erwünscht, wenn eine befreundete Mitbewohnerin inzwischen mal nach den Kindern sehen kann. Auch mit Zank und Streit ist es nicht allzu schlimm. Unsere Mietsverträge lauten auf 14 tägige Kündigung, und unverbesserliche Störenfriede werden unweigerlich entfernt. Diese Möglichkeit fördert Verträglichkeit und Friedfertigkeit ungemein und macht die Anwendung des Rechts, von seltenen Ausnahmen abgesehen, entbehrlich.

Der Erwerb eines eigenen Hauses wird im allgemeinen von den Arbeitern nicht so lebhaft erstrebt. Der Arbeiter muß die Möglichkeit haben, seine Kraft da zu verwerten, wo sie am besten bezahlt wird. Er wird daher erst spät an den Erwerb eines eigenen Hauses denken. Auch dann aber ist ein Mietshaus für ihn wesentlich günstiger als ein Einfamilienhaus. Er hat darin Mietsüberschüsse, und auch bei späterem Verkauf ist die Gefahr eines Verlustes am Kaufpreis viel kleiner als beim Einfamilienhaus. Die alte Erfahrung, daß selbstgebaute Privathäuser beim Verkauf immer Verlust bringen, kann auch beim Arbeiterhaus nicht als ausgeschlossen gelten — auch in dieser Beziehung ist das Mietshaus vorzuziehen. Außerdem sind Fortschritte, wie Zentralheizung, Badeeinrichtung usw. wohl im Mietshaus später mal durchführbar — nicht aber im Einfamilienhaus — wenigstens nur bei unverhältnismäßig höheren Kosten



pro Familie. Auf Grund unserer in 25 Jahren in 78 Häusern mit 670 Wohnungen gemachten Erfahrungen müssen wir dem Mietshaus durchaus den Vorzug geben. Die Mieten sind etwas billiger, leichter erschwinglich, und mit gleichem Kapital kann für die doppelte Zahl von Familien gesorgt werden — das ist bei der herrschenden Wohnungsmisere ein sehr wichtiger Punkt!

Wenn wir heut auf das Ergebnis unserer 25 jährigen Arbeit zurückblicken, so geschieht dies mit aufrichtigem Dank an Alle, welche uns unterstützt haben, und mit voller Befriedigung über das Erreichte. Wer nur einige Male einen Einblick getan hat in das Wohnungselend von Familien mit kleinerem Einkommen — wer sich vergegenwärtigt, welche Fülle von schweren Schädigungen an Gesundheit wie Moral aus diesem Wohnungselend hervorgehen, der wird es verstehen, wenn wir uns freuen, 670 Arbeiterfamilien gute gesunde Wohnungen, zum größten Teil mit Garten, gegeben zu haben.

Möge auch diese Schrift dazu beitragen, der guten Sache neue Freunde zu gewinnen. — Mitarbeiter an der großen Aufgabe der Beseitigung schwerer sozialer Schäden und der Herbeiführung sozialer Versöhnung, deren unser Volk wie die gesamte Menschheit so dringend bedarf.

Der Vorstand.

Max Bahr.

Robert Bahr.

Richard Clemens.

Der Aufsichtsrat.

Albert Prömmel.

Dr. Caro.

Alb. David.

Anlage 10

Für den Ostkanal Weichsel—Masuren

1. Die Erhaltung der Ostmark für das Deutschland durch die Schaffung durchgehender Wasserstraßen. Sonderdruck aus der „Zeitschrift für Binnen-Schiffahrt“, Heft 22, November 1908.

2. Die Fortführung des Rhein—Weser-Kanals bis zur Elbe. Sonderdruck aus der „Zeitschrift für Binnen-Schiffahrt“, Heft 15, Juli 1911. Vortrag, gehalten auf der Wanderversammlung des Zentral-Vereins für deutsche Binnen-Schiffahrt“ zu Posen am 25. Juni 1911.

3. Der Bau des Ostkanals ist eine zwingende Forderung des Staatswohls für Preußen wie für das Deutsche Reich. Vortrag, gehalten in der Hauptversammlung des Vereins zur Förderung des Ost-Kanals in Allenstein am 28. November 1912.

Von Fabrikbesitzer Max Bahr, Dr. ing. e. h., Landsberg (Warthe).



183

MUZEUM LUBUSKIE
im. Jana Dekerta w Gorzowie Wlkp.

I.
Die Erhaltung der Ostmark für das Deutschtum
durch die Schaffung durchgehender Wasserstraßen.

November 1908.

Der Kampf um die Ostmark wird nicht durch politische, sondern durch wirtschaftliche Maßregeln zu führen sein, wenn er das gefährdete Deutschtum dauernd sichern soll, und es wird Zeit, erneut ernsthaft zu prüfen, welches wohl die Ursachen sind, daß das Deutschtum im Osten nicht vorwärts, sondern eher rückwärts geht, obwohl Ost- und Westpreußen vom Deutschtum vor mehr als 600 Jahren der Kultur erschlossen sind, obwohl auch Polen seit 120 Jahren unter preußischem Zepter steht — dem es seine glänzende Entwicklung während des letzten halben Jahrhunderts dankt — und obwohl das deutsche Reich seit 40 Jahren seine deutsche Bevölkerung gewaltig vermehrt hat. Wir meinen, die Hauptsache ist, daß der weithinaus gestreckte Osten an der glänzenden industriellen Entwicklung Deutschlands nur einen unverhältnismäßig kleinen Anteil hat. Ist es bisher unmöglich gewesen, durch die Landwirtschaft den deutschen Bauern- und Arbeiterstand dort festzuhalten und zu mehren, so ist das Fehlen wichtiger Vorbedingungen für die Blüte der Industrie noch verhängnisvoller. Die geltenden Zolltarife haben zwischen dem Osten und seinem natürlichen Verkehrsgebiete, Rußland, Schranken errichtet, welche die industrielle Entwicklung lähmen. Nicht genug, daß sein Bevölkerungszuwachs reichlicher, gut zahlender Arbeitsgelegenheit entbehrt, die gleichzeitig einsetzende glänzende Entwicklung des Westens zog Jahr für Jahr die wertvollsten Arbeitskräfte an sich. Und so ist es kein Wunder, wenn die Bevölkerung von Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen von 1871 bis 1905 kaum von 50 auf 61 Köpfe auf das qkm gestiegen ist, während die Ziffer im Reiche von 76 auf 112 wuchs. Und ist das Kopffzahlverhältnis schon böse, das Kapitalverhältnis ist noch unendlich viel ungünstiger. Wir glauben nicht zu übertreiben, wenn wir annehmen, daß auf den Kopf im Westen 4—5 mal soviel Kapital entfällt wie im Osten.

Nun wird man keineswegs einwenden können, daß das Deutschtum des Ostens weniger Tatkraft, Fleiß, Tüchtigkeit besäße, als das des Westens. Eher kann man vielleicht sagen, daß der härtere Kampf mit der Kargheit dem Osten die Sehnen noch mehr stählt.

Was sind also die Ursachen für das schreiende Mißverhältnis in der Entwicklung? Ohne auf anderes einzugehen,



wollen wir hier nur mit allem Nachdruck die Ungunst der Entfernungen hervorheben und erwägen, ob und wie Abhilfe möglich ist.

Im Wirtschaftsleben rechnen die Entfernungen nicht nach den Kilometern, sondern nach den Mark und Pfennigen der Frachtsätze, und danach ist Danzig z. B. näher zu New York gelegen, wohin es mit einem Frachtsätze von 1,50 bis 2,00 Mark für 100 kg verladen kann, als zu Berlin, wohin es für Stückgut 5,00 Mark in gewöhnlicher 10 000-kg-Ladung 2,95 Mark, nach Spezialtarif I 2,24 Mark zahlt. Kalkutta liegt ihm näher als Leipzig, Peking näher als Nürnberg oder München. Wir können es daher ganz ruhig aussprechen, daß der Osten vom eigentlichen Wirtschaftsleben des Reiches als Gebender nahezu vollständig durch seine hohen Bahnfrachten ausgeschlossen ist.

Die Reichsstatistik ergibt für die acht Jahre 1897 bis 1904 als Durchschnittswert der Einfuhr 90,54 Mark, und als solchen der Ausfuhr 138,07 Mark, für 100 kg. Die Industrie-Erzeugnisse des Ostens würden daher mit 100 Mark sehr hoch veranschlagt sein. Ebenso wäre ein daran erzielbarer Reingewinn von 10 Mark hoch gegriffen. Und nun vergleiche man, welche Bahnfrachten vom Osten zu tragen sind, um für diese Erzeugnisse Absatz zu finden:

Es werden erreicht an Entfernungen:

bei Bahnfracht für 100 kg von	I. in Stückgut- Fracht	II. in 10 000 kg- Ladung	III. in Ladung nach Spezialtarif I
a) 1,00 Mark	78 km	146 km	175 km
b) 1,50 Mark	125 „	230 „	307 „
c) 2,00 Mark	175 „	314 „	418 „
d) 3,00 Mark	350 „	480 „	641 „
e) 4,00 Mark	475 „	647 „	862 „
f) 5,00 Mark	600 „	813 „	1085 „

Bereits bei einer Fracht von 2,00 Mark endet eigentlich die Wettbewerbsfähigkeit der meisten in Betracht kommenden Industrien. Ausnahmen bestätigen nur die Regel.

Gehen wir nun einmal von Allenstein aus, das ungefähr die Mitte bildet für den Bezirk östlich von Bromberg, so finden wir, daß bei diesen Sätzen erreicht werden die Plätze:



bei	I. in Stückgut- Fracht	II. in 10 000 kg- Ladung	III. in Ladung nach Spezialtarif I
a) 1,00 Mark	Elbing Braunsberg Pr.-Eylau	Insterburg Danzig Graudenz	Thorn Zoppot Gumbinnen
b) 1,50 Mark	Graudenz Dirschau Königsberg	Nakel Lauenburg Memel	Schneidemühl Köslin Posen
c) 2,00 Mark	Thorn Zoppot Gumbinnen	Schneidemühl Köslin Posen	Landsberg a. W. Pom.-Stargard Oels

Bis hierher also selbst mit Spezialtarif keine einzige größere Stadt des mittleren Deutschlands.

Es werden ferner erreicht nach Westen hin bei:

d) 3,00 Mark	Kreuz	Berlin	Dresden
e) 4,00 Mark	Stettin	Dresden	Hannover
f) 5,00 Mark	Berlin	Braunschweig	Köln

Dabei muß beachtet werden, daß doch ein sehr großer Teil industrieller Erzeugnisse als Stückgut zu verfrachten ist, während der Spezialtarif I nur für Güter geringeren Wertes Anwendung findet, und auch die deutsche Kohle nur auf dem Wasserwege billig in das Herz des Ostens zu bringen ist.

Noch viel trauriger aber wird das Bild, wenn wir neben die Entfernung das damit erschlossene Wirtschaftsgebiet nach Fläche und Kopfzahl setzen und dies z. B. mit Kassel vergleichen. Schlagen wir mit einer um 10 v. H. verkürzten Luftlinie Kreise, dann fällt sehr bald für Allenstein der größte Teil in die Ostsee, wie Rußland, und wir erhalten ungefähr folgendes Bild:

Es entfallen bei einer Fracht von	1 000 qkm		1 000 qkm		1 000 qkm	
	im Stückgut- verkehr	Mill. Köpfe	im 10 000-kg- Ladungsverkehr	Mill. Köpfe	im Spezialtarif- Ladungsverkehr	Mill. Köpfe
I. 1,00 Mk.						
a) auf Allenstein	15	1,0	42	2,0	62	3,5
b) auf Kassel	15	2,3	53	8,0	80	12,0
II. 1,50 Mk.						
a) auf Allenstein	33	1,8	80	4,3	90	7,4
b) auf Kassel	38	5,7	100	21,0	240	35,0
III. 2,00 Mk.						
a) auf Allenstein	62	3,5	90	7,4	140	9,0
b) auf Kassel	80	12,0	240	35,0	360	50,0

(Siehe die beigelegte Karte. S. 122/23)

Die Flächen sind ja schließlich nebensächlich, das Wirtschaftsleben vollzieht sich von Mensch zu Mensch, und was finden wir da? Bei der gleichen Fracht steht dem Westen gegen den Osten im Durchschnitt die 5fache Menschenzahl und das 25fache Kapital für den Absatz zur Verfügung. Daß bei solcher Benachteiligung der Osten verkümmern muß, ist wohl offensichtlich.

Gibt es aber keine Hilfe? Die Eisenbahn kann und sollte in gewissem Umfange helfen; schließlich aber versagt sie doch und wenn sie noch so billig fahren will: die Entfernung zwischen dem Osten und dem kaufkräftigen Westen ist zu groß. Überwinden lassen sich solche Entfernungen nur auf dem Wasserwege: auf diesem aber sind sie auch sicher und spielend leicht zu überwinden. Für dieselbe Fracht kommen wir nämlich

		I. im Stückgut- verkehr	II. im 10 000 kg- Ladungsverkehr	III. Massengut- verkehr
a) bei 1,00 M.	auf der Bahn	78 km	146 km	175 km
	auf dem Wasser	400 „	600 „	1000 „
b) bei 1,50 M.	auf der Bahn	125 „	230 „	307 „
	auf dem Wasser	800 „	1000 „	1500 „ weit



Mit 1,50 Mark Fracht wäre also auf dem Wasserwege von Alleinstein aus für Stückgut Berlin, bei größeren Mengen Hamburg und Braunschweig, in Kahnladungen sogar Köln*) zu erreichen.

Hier liegt die einzige, aber auch sichere Hilfe für den Osten. Der ganze Bezirk, vor allem Ostpreußen, muß durch Kanäle erschlossen und an den großen Wasserweg Weichsel—Oder—Elbe—Weser—Rhein angeschlossen werden, wie dies der Königsberg—Masurische und der jetzt der Prüfung unterliegende Kanal Thorn—Masuren bewirken würden. Das Mittelglied Magdeburg—Hannover muß unverzüglich mit ausgebaut und die volle Verbindung von Ost nach West hergestellt werden.

Die Kurzsichtigkeit der Kanalgegner bindet dem Osten die Lebensadern ab. An der beherrschenden Wasser-Heerstraße lassen sich die verschiedensten und bedeutendsten Industrien schaffen. Der Osten bietet vieles, was dem übervölkerten Westen verschlossen ist. Die Möglichkeit, große Arbeiterstämme rings um die Betriebsstelle in guten, billigen Wohnungen mit Land und Garten anzusiedeln usw. Kurzum, die Vorbedingungen für eine industrielle Entwicklung sind keineswegs ungünstig, und wenn die großen Industriekapitäne des Westens zur Abwehr einer großen nationalen Gefahr, zum Schutz der Ostmark, etwas tun wollen, so bietet sich hier ein Feld, welches auch als materiell fruchtbar sich erweisen wird.

Aber das eine muß besonders hervorgehoben werden: Die östliche Landwirtschaft würde hierbei Vorteile einheimen, viel größer, als sie sonst erreichen kann: Eine dichtere Bevölkerung wird ihr guten Absatz bieten und eine Wertsteigerung des Grund und Bodens bewirken, welche alle sonst erreichbaren Vorteile weit übersteigen würde. Man vergegenwärtige sich doch nur, daß Ost- und Westpreußen, Pommern und Posen, bis sie die Durchschnittsdichtigkeit des Reiches erreichen, noch 6—8 Millionen Seelen aufnehmen können!

Mit diesen landwirtschaftlichen Interessen fallen die allgemeinen nationalen hier in der Tat zusammen, denn, nur wenn es gelingt, einen Menschenstrom in die Ostmark zu leiten, läßt sie sich dauernd sichern, und dieser Menschenstrom kann dorthin nur geleitet werden, wenn ein leistungsfähiger Wasser-

*) Die Luftlinie nach Köln mißt nur 970 km gegen den angenommenen Wasserweg von 1500 km.



weg ihm für seine Arbeit den Markt des deutschen Reiches erschließt, der ihm jetzt verschlossen ist. Selbstverständlich kann nicht erwartet oder behauptet werden, daß mit der Herstellung der unmittelbaren Wasserverbindung Insterburg—Allenstein—Thorn—Bromberg—Berlin—Magdeburg—Hannover—Köln nun sofort Menschen und Wohlstand in den Osten einströmen werden. Jahrzehnte werden vergehen, ehe ein solcher Plan ausgeführt ist, weitere Jahrzehnte, ehe seine Wirkungen greifbar hervortreten. Zunächst handelt es sich darum, seine Bedeutung klarzustellen und nachzuweisen, daß keine andere Maßregel, kein anderer Verkehrsweg diesen Wasserweg ersetzen kann.

Man wende nicht ein, daß die Seestädte Königsberg, Elbing und Danzig die westlich gelegenen Stromgebiete von Oder, Elbe, Weser und Rhein mit ihren Verkehrsgebieten über die Ostsee und Nordsee erreichen können. Jede Umladung, jede Verbindung von Eisenbahn, Seeschiff und Flußschiff erhöht die Fracht ganz wesentlich gegen die Fracht eines Binnenschiffes, welches von Osten nach Westen unmittelbar durchschwimmt. Man denke nur daran, daß man von Chikago nach Hamburg billiger verfrachtet, als von Allenstein nach Berlin, daß man von Ruhrort nach Mannheim 350 km weit 100 kg. Kohlen für 27 Pfennig fährt, von Breslau nach Hamburg auf 800 km Stückgut für 90 Pfennig usw.

Wo gibt es für den Osten so neidrige Frachten? Gewiß haben die Weichselbezirke ihre Wasserverbindung bis zur Elbe — das reiche Deutschland westlich der Elbe aber ist verschlossen. Und ebenso kann Ostpreußen auch von diesem Wasserwege nicht Nutzen ziehen, da er für ihn kaum erreichbar ist. Bei der Schärfe des Wettbewerbs lassen sich Frachtunterschiede von 2 Mark und mehr nicht überwinden; das Absatzgebiet eines Ortes wird begrenzt durch die Kreislinie, welche man mit der auf die absatzfähige Frachtrate entfallenden Kilometerzahl schlägt. Und wie jämmerlich es da mit dem Osten steht, haben wir gesehen. Schaffen wir mit dem Wasserwege die Möglichkeit einer kräftigen industriellen Entwicklung, dann wird das Abströmen des Nachwuchses unserer Bevölkerung im Osten sich in einen Rückstrom aus Mittel- und Westdeutschland verwandeln. Das Deutschtum wird seine alte Kulturaufgabe im Osten mit neuen Kräften wieder aufnehmen, seine Reihen werden dichter und stärker sich schließen, und ein blühendes Wirtschaftsleben wird wie einst beim Zollvereine die Ziele erreichen, welche den politischen Maßnahmen allein bisher unerreichbar blieben.



Man mag von diesen politischen Maßnahmen noch soviel erwarten: solange der Osten nicht fest mit dem deutschen Wirtschaftsleben verwachsen ist, so lange wird das Deutschtum in gefährdeter Lage sein, und ohne einen leistungsfähigen Wasserweg von Insterburg zum Rhein wird dieses feste Verwachsen sich nicht vollziehen.

II.

Die Fortführung des Rhein-Weser-Kanals bis zur Elbe. Juli 1911.

Meine Herren Vorredner haben bereits darauf hingewiesen, ein wie großes Interesse die östlichen Provinzen daran haben, daß das fehlende Zwischenglied des Rhein—Weser—Elbe Kanals, Hannover—Magdeburg, ausgebaut werde. Wenn ich auf diese Frage jetzt des näheren eingehe, so möchte ich zunächst ganz kurz die Entwicklung an uns vorüberziehen lassen, die unser Kanalbauwesen in den letzten Jahrzehnten genommen hat. Ich beschränke mich dabei natürlich auf die wichtigsten Vorkommnisse.

Den Kaiser-Wilhelm-Kanal will ich nur erwähnen; er hat keine unmittelbare Beziehung zu unserem Thema.

Eine solche hat aber der Dortmund—Ems-Kanal, dessen Bau nach zweimaligen Beratungen im Parlament im Jahre 1882 und im Jahre 1886 beschlossen wurde. Im Jahre 1883 hat das Abgeordnetenhaus die Vorlage des Dortmund—Ems-Kanals angenommen mit dem Zusatze, der auf einem Beschlusse des Hauses beruhte:

daß der Mittelland-Kanal auch die Verbindung zwischen Osten und Westen schaffen helfen sollte.

Das Herrenhaus lehnte damals die Vorlage ab, sprach aber ebenfalls aus, daß es von der Königlichen Staatsregierung die Vorlegung eines einheitlichen Kanalplanes erwarte.

Im Jahre 1886 wurde dann der Dortmund—Ems-Kanal angenommen, und beide Häuser des Landtages fügten hinzu, daß der Dortmund—Ems-Kanal berufen sei, nach Ergänzungsbauten Rhein und Elbe zu verbinden.

Sie sehen also: damals nahmen beide Häuser, in denen doch auch die Landwirtschaft keineswegs ungenügend vertreten war, den Standpunkt ein, es solle der Osten mit dem Westen — denn darauf läuft es ja hinaus — durch ein einheitliches Kanalsystem verbunden werden.



Leider war dieses damals allgemeine Interesse verschwunden, als die Staatsregierung, dieser Forderung entsprechend, sich bemühte, den Plan zur Ausführung zu bringen, durch eine neue Vorlage vom Jahre 1899, welche Rhein und Elbe verbinden sollte. Die Vorlage scheiterte an den Gründen, die auch später im Vordergrund gestanden haben: der Furcht vor Schmälerung der Eisenbahn-Einnahmen und der Furcht vor einer Erleichterung der Getreidezufuhr in das Herz Deutschlands hinein.

Es wurde damals ferner der Einwand erhoben, Schlesien, dessen Schifffahrtsverhältnisse sich in wenig befriedigender Weise entwickelten, werde bei Fertigstellung des Rhein—Elbe-Kanals in ein zu ungünstiges Verhältnis in seinem Wettbewerbe gegenüber Rheinland-Westfalen gesetzt werden. Die Gesetzesvorlage fiel und im Jahre 1901 brachte die Regierung die erweiterte große Vorlage ein, welche neben dem Rhein—Elbe-Kanal auch noch den Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin, den Ausbau der Oder und eine wesentliche Verbesserung der Oder—Weichsel-Wasserstraße brachte.

Jetzt setzte nun der schärfste und erbittertste Kampf ein, der, wie wir wissen, leider dazu führte, daß die Regierung erkennen mußte: es bestand keine Aussicht, die Vorlage Gesetz werden zu sehen, so daß sie sich kurzerhand entschloß, sie zurückzuziehen.

Im Jahre 1904 kam alsdann die dritte Vorlage, die 1905 Gesetz wurde, und deren wesentliche Abweichung gegenüber der Vorlage von 1901 darin bestand, daß eben das Mittelstück Hannover—Magdeburg fehlte. Auf Grund dieser Vorlage wird ja nun auch gebaut werden, und die Arbeiten sind überall auf das beste im Gange. Wir hatten vor kurzem die Freude, die Arbeiten am Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin zu sehen, und es besteht die Hoffnung, ihn 1912 dem Betriebe zu übergeben. Jeder, der an dieser Besichtigung teilgenommen hat, wird mit Freude und Stolz sagen dürfen, daß in Deutschland eine großzügige Kanalpolitik damit zur Ausführung kommt in einer Weise und Form, daß wir gegenüber den anderen Kulturstaaten möglicherweise uns als in diesem oder jenem Punkte an der Spitze stehend hinstellen dürfen. Hebewerke und Schleusenanlagen, wie wir sie bei diesem Kanalunternehmen sehen, werden sich in gleicher Weise wohl bei wenigen anderen Staaten in ihren Binnenschiffahrtswegen finden.

Nun kommen wir aber zu unserem Schmerzenskinde, dem noch fehlenden Verbindungsstücke von Hanno-



vernach Magdeburg. Ich möchte dabei aussprechen, daß es ebenso, wie dies schon von einigen der Herrn Vorredner betont worden ist, auch meine feste Überzeugung ist, daß der Osten an der Herstellung dieses Verbindungsstückes ein außerordentlich großes Interesse hat, ja, ich für meine Person stehe nicht an, zu erklären, daß nach meiner Überzeugung das Interesse des Ostens an diesem Verbindungsstücke sehr viel größer ist als das des Westens.

Wenn Sie sich einmal dort auf der Karte die norddeutsche Tiefebene ansehen, dann wird jeder Wasserbautechniker ohne weiteres sagen: die ist vom lieben Gott dazu geschaffen worden, damit man sie durch ein Kanalsystem vom Osten nach dem Westen durchschneidet. (Heiterkeit!)

Es werden sich wenige Ländergestaltungen finden lassen, die einem Kulturvolke eine so zur Erschließung durch Wasserverbindungen gewiesene große Fläche bieten wie gerade die norddeutsche Tiefebene. Daß dieser Gedanke auch wiederholt von weitsichtigen Staatsmännern erfaßt worden ist, wissen wir. Ich kann nicht dafür einstehen, aber ich habe in guter Quelle gefunden, daß auch Napoleon I., dem ja niemand die Weitsichtigkeit absprechen wird, schon den Gedanken gefaßt hat, den Kanal vom Osten nach dem Westen zu bauen, vielleicht um den Engländern einen Schlag zuzufügen, jedenfalls aber in richtiger Erkenntnis von der Bedeutung eines solchen Unternehmens. Daß auch unsere Staatsregierung die Bedeutung dieses Wasserweges vollständig erfaßt hat, sehen wir, wenn wir alle die Vorlagen einmal durchlesen, die dem Landtage zugehen. Mit einer Bestimmtheit, mit einer unanfechtbaren Begründung ist die Notwendigkeit der Wasserstraße dargestellt, daß man eigentlich gar nichts besseres tun könnte, als die Motive für diese Vorlagen vornehmen und Punkt für Punkt zu wiederholen, was die Staatsregierung damals dafür gesagt hat.

Leider ist aber die Durchführung jener Absichten an den Parteiverhältnissen gescheitert. Und es fragt sich, ob wir darauf hoffen dürfen, daß die Dinge in absehbarer Zeit eine Wendung nehmen, die es ermöglicht, auf den ursprünglichen Plan zurückzukommen und das fehlende Verbindungsstück zu schaffen.

Ich für meine Person stehe nicht an, zu sagen, daß ich überzeugt bin: der Kanal wird gebaut, das fehlende Mittelstück wird auch bald gebaut werden. Ich hoffe, daß es mir noch beschieden sein wird, Schiffe darauf fahren zu sehen. Sie werden vielleicht sagen: „Das ist ein Optimismus, der ein bißchen weit geht!“



Aber ich habe doch verschiedene Umstände anzuführen, die mich, wie ich glaube, zu einer solchen Hoffnung berechtigen. Wir haben gesehen: in den allerletzten Jahren, sagen wir mal in den letzten 5, 6, 7 Jahren seit dem Fallen der großen wasserwirtschaftlichen Vorlage, hat sich doch auf vielen Gebieten ein großer Wandel vollzogen, auch in den Anschauungen der früher erbitterten Gegner des Kanalbaues. Wir haben gesehen: der Masurische Kanal, der auch unter landwirtschaftlichen Bedenken und Befürchtungen Gefahr lief, ist doch auch seitens der an der Landwirtschaft beteiligten Kreise angenommen worden. Wenn auch noch immer in den landwirtschaftlichen Kreisen eine starke Minderheit vorhanden ist, die auch heute mindestens sich nichts verspricht von der Durchführung dieses Kanals, die früher vorhandene Mehrheit der Gegner hat sich doch in eine Minderheit verwandelt.

Wenn wir uns nun die ganze wirtschaftliche Entwicklung ansehen und vergegenwärtigen, welche kaum für denkbar gehaltenen Wandlungen sich da gezeigt haben, dann, glaube ich, sind wir doch berechtigt, zu hoffen, daß diese Wandlungen auch auf die Anschauungen über die Kanalfragen einen gewissen Einfluß ausüben werden.

Die Verhandlungen der Jahre 1901 bis 1904 standen unter dem Eindrucke einer im allgemeinen nicht glänzenden weltwirtschaftlichen Lage. Auf den verschiedensten Gebieten glaubte die Menschheit zu leiden unter einem Übermaße nicht bloß der Produktion landwirtschaftlicher, sondern auch einer ganzen Reihe anderer Güter, z. B. der Textilstoffe und des Eisens. Kurzum, Sie können, wenn Sie näher auf die Sache eingehen, eine Zahl von Gütern finden, an denen wir damals anscheinend zu viel hatten und bei denen die Produzenten mehr als ein Jahrzehnt hindurch unter einem recht tiefen Preisstande zu leiden hatten. Daß dieser tiefe Preisstand für die Landwirtschaft, die an und für sich, wie niemand leugnen kann, unter besonders schwierigen Verhältnissen zu arbeiten hatte, besonders fühlbar war, ist richtig, und das erzeugte eine gewisse erbitterte Entschlossenheit, alles zu tun, um den unbequemen Wettbewerb des Auslandes, auf den man ja, teils mit Recht, teils mit Unrecht diese Erscheinung zurückführte, in erster Linie soviel als möglich fernzubalten.

Seitdem haben sich die Dinge aber ganz gewaltig verändert. Mehr und mehr wirkt die hoch erfreuliche Erscheinung, daß sich die Menschenzahl bei uns sehr erheblich erhöht hat. Wir haben die bedeutende Bevölkerungszunahme von 800 000 bis 900 000 Köpfen im Jahre. Das macht



nach Jahrzehnten schon eine Zahl, die weit in die Millionen geht. Aber wir sind es nicht allein, die mit einer solchen Bevölkerungszunahme auftreten können, auch England, Italien und vor allen Dingen die Vereinigten Staaten von Amerika haben eine riesige Zunahme der Bevölkerung aufzuweisen. Wir sind ja vom Jahre 1885 bis 1910 von 47 auf 65 Millionen gestiegen, die Vereinigten Staaten von 57 auf 85 Millionen. Nun, die 28 Millionen Köpfe mehr in den Vereinigten Staaten futtern etwas weg,

(Heiterkeit!)

und was die Vereinigten Staaten damals an Überschuß in Getreide, Weizen und Mais nach Europa herüberschicken konnten, ist heute zum großen Teil verschwunden. An Weizen ist er nur noch sehr geringfügig; und Mais wird ja doch immer mit einem lachenden und mit einem weinenden Auge auch von den Landwirten angesehen. Das weinende Auge sieht in dem Mais den Wettbewerber für das heimische Futtermittel, das lachende das erwünschte Futtermittel, das man eigentlich kaum entbehren kann. Den Weizen aber essen die Amerikaner heute nahezu vollständig selbst auf, und wenn nicht inzwischen andere Länder, wie Kanada, Argentinien und auch Indien zum Teile mit einer sehr erheblich vermehrten Weizen-erzeugung der Menschheit zur Hilfe gekommen wären, so würden wir mancher gefährlichen Hungerkrisis ausgesetzt gewesen sein. Wie Sie wissen, haben wir ganz kürzlich eine derartige Lage — ich möchte sie beinahe Hungerkrisis nennen, — durchzumachen gehabt, wo alle Brotgetreide außergewöhnlich hohe Preise erzielten, weil tatsächlich das gewachsene Brotgetreide für den Bedarf der Menschen kaum ausreichte.

Ich möchte dabei auf einen Punkt hinweisen, der vielleicht bisweilen nicht gebührend gewürdigt wird. Unser Bedarf an Brotgetreide wächst nicht bloß nach der Kopffzahl, sondern Gott sei Dank, auch für den einzelnen Kopf. Die Lebenshaltung der breiten Massen der arbeitenden Kreise ist — und ich sage auch da „Gott sei Dank“ — so erheblich gestiegen, daß auch für den Kopf die Menschheit heute erheblich mehr Getreide braucht als vor 10, 15, 20 und 25 Jahren. Wir werden gegenwärtig, wenn wir uns als Menschheit ansehen, viel mehr zu sorgen haben, die Nahrungsmittel könnten knapp werden, als daß wir zu fürchten berechtigt wären, wir könnten bald wieder unter so gewaltiger Zuviel-Erzeugung leiden.

Dabei spricht auch noch die Frage der Arbeitskräfte mit. Auch Getreide läßt sich ohne menschliche Arbeitskräfte nicht erzeugen. Wenn nun auch die Arbeiterzahl ganz erheblich



wächst und vor allen Dingen die technischen Fortschritte auf allen Gebieten, so auch in der Landwirtschaft, die Arbeit des einzelnen viel nutzbringender gestaltet haben, so reicht dieser Umstand doch meiner Ansicht nach kaum hin, um den gesteigerten Ansprüchen des Menschen an seine Nahrung Genüge zu tun.

Wir müssen uns auch gegenwärtig halten, daß sich heute nicht mehr in dem Maße wie früher der Zuwachsstrom der Menschheit, auch nicht in den neu erschlossenen Gebieten, auf den Ackerbau wirft, sondern daß überall eine industrielle Entwicklung eingesetzt hat, die einen sehr starken Teil des Menschheitszuwachses für sich in Anspruch nimmt und keinen übermäßig großen Teil mehr für die Landwirtschaft übrig läßt. Da ferner allem Anscheine nach auf die Dauer doch eine gut geleitete und gut entwickelte, gedeihende Industrie in der Lage ist, den Leuten etwas höhere Löhne zu bieten als die Landwirtschaft auch auf jungfräulichem Boden, so, glaube ich, können wir die Sorge, daß einmal Zeiten mit einem Nahrungs-Überfluß einen schweren Druck auf die Preise ausüben könnten, in die weite Zukunft zurückrücken.

Dieser Umstand ist doch sehr wichtig; und ich glaube, wir dürfen unseren landwirtschaftlichen Nachbarn empfehlen, die Frage nochmals einer reiflichen Prüfung zu unterziehen: ob die Dinge nicht heute so liegen, daß ihre Sorge vor dem ausländischen Wettbewerb als übertrieben anzusehen ist.

Noch vielmehr als beim Brotgetreide haben wir die Knappheit der Erzeugung auf dem Gebiete der Fleischgewinnung empfunden. Wir tun freilich alles Mögliche, um uns durch Erleichterung der Fleischzufuhr, selbstverständlich unter voller Wahrung des nötigen Schutzes gegen die Einfuhr von Krankheiten, die fremde Fleischerzeugung zugänglich zu machen. Aber eine Zuvielerzeugung von Fleisch gibt es heute eigentlich in der ganzen Welt nicht mehr. In den Vereinigten Staaten tritt dieselbe Erbitterung über die Steigerung der Fleischpreise auf, wie wir sie gehabt haben. Man hat drüben die Trusts dafür verantwortlich gemacht; zum Teil mögen die ihre Hand auch mit im Spiele gehabt haben. — Aber die Hauptsache ist: es reicht nicht mehr, die 85 Millionen Menschen, die jetzt drüben sind, brauchen das Fleisch, das drüben gewonnen wird, zum großen Teile selbst, und auch dort ißt der einzelne jetzt mehr als vor 25 Jahren.

Kurzum, auf diesem Gebiete hat sich eine Entwicklung vollzogen, die uns berechtigt, den Landwirten zu sagen: „Ihr braucht die Sorge, die euch bisher eigent-

lich hauptsächlich zu eurer Haltung bestimmt hat, heute nicht mehr als so schwerwiegend anzusehen.“

Die Gründe, die von den Gegnern angeführt wurden, waren, wenn ich von den unbedeutenderen absehe, hauptsächlich die beiden folgenden: 1. die Sorge um die Finanzen des Staates und 2. die Sorge um das Einfalltor für Getreide, wenn ich es einmal so nennen darf. Über Motive wird ja bekanntlich nicht abgestimmt, und wir wollen gar keine ernststen Zweifel aussprechen, daß nicht die Sorge um die Finanzen des Staates der schwerwiegende Grund gewesen wäre, der die Gegner zu ihrer ablehnenden Haltung bestimmte. Aber, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß diese Sorge um die Finanzen des Staates, die übrigens damals gar nicht so übermäßig bedroht waren, sich doch wenig fühlbar macht, wenn es sich darum handelt, eine Nebenbahn zu bauen, wo sich niemand auf den Standpunkt stellt: „Die Bahn bringt keine Rente“, — also darf sie nicht gebaut werden. — Wenn, sage ich, bei diesen Vorlagen die Sorge um die Finanzen des Staates vollständig in den Hintergrund tritt und verschwindet, dann sind wir doch wohl berechtigt zu sagen: ja, das mag mitgesprochen haben; aber der Hauptgrund war doch wohl das Einfalltor für das fremde Getreide. Das ist mir auch von einem Landwirte rückhaltlos bestätigt worden, der mir sagte: „Wir wollen uns nicht durch diesen erleichterten und verbilligten Frachtweg für das ausländische Getreide noch mehr in das Fleisch schneiden, als wir es so schon leider Gottes getan haben.“ — Die genannten beiden Gründe waren die ausschlaggebenden, die im Jahre 1902 die große geschlossene Vorlage des Mittelland-Kanales zu Fall gebracht haben.

Die Freunde der Vorlage hatten im wesentlichen die folgenden Gründe, die die Durchführung als notwendig erscheinen lassen: einmal die allgemeine Fracht-Verbilligung, die ja zweifellos eintritt und auf die ich nachher noch mit einigen Worten eingehen will, zum andern den Aufschwung des ganzen Verkehrswesens des Staates und des Reiches, der den Eisenbahnminister mit großer Sorge in die Zukunft sehen ließ. Der damalige Eisenbahnminister stand nicht an, zu erklären, es wäre zweifelhaft, ob die Eisenbahnen auf die Dauer imstande sein würden, den Verkehr, wie er sich entwickelt habe und wie er sich weiter zu entwickeln verspreche, zu bewältigen. Und last not least, die militärische Bedeutung des Kanals, die ja immer so ein bißchen stark zurückgedrängt worden ist, weil es einen un-



angenehmen Beigeschmack hat, einen Verkehrsweg zu bekämpfen, der von den maßgebenden militärischen Autoritäten nicht bloß als wünschenswert, sondern als geradezu von hervorragender Wichtigkeit und Bedeutung bezeichnet worden war.

Diesen Punkt möchte ich vorweg etwas näher ausführen. Graf Moltke hat sich dahin ausgesprochen, „Wasserwege seien an sich für den Kriegsfall von außerordentlich großer Bedeutung, sie seien insbesondere geeignet, die Verteidigungskraft des Reiches in erheblichem Maße zu vermehren. In einem Gutachten, welches in den Akten des Generalstabes vorhanden ist, und zwar in den Akten des Generalstabes aus der Zeit, in welcher Moltke der Chef desselben war, heißt es:

„Deutschland mangelt es heute“ — das Gutachten ist aus dem Jahre 1882 oder 1883 — „noch an einem Wasserstraßennetz, welches nach strategischen Gesichtspunkten trassiert ist. Vor allen Dingen fehlt die Verbindung zwischen dem Westen und dem Osten des Reiches, dem Rheine und der Donau, dem Rheine mit der Weser und der Elbe. Es besitzt zwar ein hoch entwickeltes System militärischer Eisenbahnen, wird aber in wenigen Jahren hinter Frankreich zurückbleiben, welches bereits vorzügliche Wasserverbindungen hat und mit allen Kräften ihren Ausbau wie den der Eisenbahnen betreibt.“

Und der Generalmajor Budde, der Chef des Verkehrswesens des Generalstabes erklärte, und zwar im Auftrage des Chefs des Generalstabes der Armee und des preußischen Kriegsministers, daß die Militärverwaltung in der Annahme des Mittel-land-Kanales eine Stärkung des deutschen Vaterlandes sehe, und weiter, daß der Rhein—Weser—Elbe-Kanal der Militärverwaltung wertvoller sei als eine Eisenbahn zwischen der Elbe und dem Rheine und wertvoller als der Küstenkanal —, ein Projekt an der Nordseeküste, das für die gegenwärtige Erörterung ohne Bedeutung ist.

Diese Erklärungen sind meiner Ansicht nach so ernst, daß wir wohl berechtigt sind, die Frage aufzuwerfen, ob es eine verantwortungsvolle Staatsregierung wohl ganz leichten Herzens noch lange mit ansehen kann, wenn diesen, auch von militärischer Seite gestellten Forderungen nicht entsprochen wird.

Nun möchte ich auf die Frage der Leistungen der Eisenbahn etwas näher eingehen. Der Eisenbahnverkehr und die Güterbeförderung sind in den letzten Jahren ganz be-



deutend gestiegen. Die Güterbeförderung ist von 1893 bis 1907 von 341 auf 508 Millionen Tonnen angewachsen, also in 8 Jahren um nahezu 50 v. H. Die Tonnenkilometer (also die Zahl der Tonnen mal Kilometer des durchlaufenen Weges) sind ebensc von 35 auf 51 Milliarden gestiegen; die Einnahmen von 1946 auf 2745 Millionen, und die Überschüsse von 751 auf 851 Millionen. Nach dem Jahre 1907 haben wir ja 1908 einen kleinen Rückschlag gehabt infolge des allgemeinen weltwirtschaftlichen Tiefstandes, in den Jahren 1909, 1910 und 1911 ist es aber schon wieder aufwärts gegangen. Und wenn wir hören, daß gegenwärtig Duisburg, Hochfeldt und Ruhrort, also die drei Haupthafenplätze an dem Ausgange des Kohlenbezirks, Verladungen von 15 Millionen Tonnen im Jahre vollziehen, dann begreift es sich, wenn ein Eisenbahnminister gegenüber einer solchen Entwicklung sich schweren Herzens fragt: Wie soll das werden? Sind wir imstande, mit den Eisenbahnen allein diesen gewaltigen Zuwachs des Verkehrs zu bewältigen?

Wir sprechen ja jetzt das Wort Millionen so leicht lächelnd aus, wir haben uns an die großen Zahlen gewöhnt. Wenn wir von 100 oder 1000 Millionen reden, so denken wir wohl: das ist eine ganz hübsche Summe — indessen, bei den jetzigen Verhältnissen hat das nicht so viel zu bedeuten. Aber, 15 Millionen Tonnen, das sind $1\frac{1}{2}$ Millionen Eisenbahnwaggons, das sind 5000 Eisenbahnwaggons auf den Tag. Die verlangen, daß Tag und Nacht, in den 24 Stunden in jeder Viertelstunde ein Güterzug mit 50 Wagen abgefertigt wird! Wenn wir uns das vorstellen, an einem Tage 5000 Wagen, 100 Güterzüge nur für dieses eine Verladungsgebiet, — dann kommt einem doch wohl ein bißchen der Gedanke: Kann da die Eisenbahn auf die Dauer mit?

Wenn damals alle berufenen Eisenbahnleute — heute natürlich, — Seine Exzellenz wird mir das nicht übelnehmen —, ist dem Eisenbahnminister ja der Mund geschlossen, denn er darf natürlich nichts sagen, was der offiziellen Regierungspolitik entgegentritt — wenn damals sowohl der Minister von Thielen, wie später der Minister von Budde mit aller Entschiedenheit erklärten: Wir sind sehr zweifelhaft, ob wir das auf die Dauer verantworten können, den ganzen Verkehrszuwachs in der Hauptsache der Eisenbahn zuzuweisen, ohne durch den Kanal zu helfen — dann können wir es begreifen, wenn damals einer der Herren Berichterstatter erklärte, daß diese Dinge ernste und schwere Sorgen bereiteten, und daß man unter diesen Umständen verpflichtet sei, auf das allerdringendste zu fordern, daß die einheitliche Wasserstraße



im vollen Umfange fertiggestellt und ausgebaut werde.

Nun komme ich auf die Frachtverbilligung, die ja selbstverständlich jeder Kanalfreund in die Wagschale werfen muß. — Die Eisenbahn kann nicht so billig fahren wie das Wasser. Das ist eine Wahrheit, die man sich an den Schuhsohlen abgelaufen hat, und die, besonders in einem Kreise, der sich, wie der hiesige, mit diesen Dingen viel beschäftigt hat, kaum eingehend erörtert werden sollte. Aber mit einigen wenigen Worten möchte ich doch immerhin das wesentliche noch einmal anführen. Die Eisenbahn schleppt an toter Last fast 100% ihrer Nutzlast mit; der Kahn, wenn er gut gebaut wird, heute wahrscheinlich kaum $12\frac{1}{2}$ v. H., also $\frac{1}{8}$ etwa. Die Reibung auf der Eisenbahn verursacht einen nutzlosen Verbrauch von Kraft, der in gar keinem Verhältnis steht zu dem geringen Widerstande, den die Fortbewegung des Schiffes im Wasser verursacht. Die Eisenbahn verlangt eine Menge Menschen zu ihrer Bedienung und Inbetriebsetzung; auf dem Schiffe ist es eine lächerlich kleine Zahl von Menschen, die auch große Massen befördern: ein 400 t-Schiff erfordert vielleicht 3 Köpfe. Nun sind 400 t ein Güterzug von 40 Eisenbahnwagen. Wieviel Menschen werden in Anspruch genommen, um diesen Zug zu befördern und auf seinem Wege zu überwachen? Das auf dem Kanale oder auf dem Flusse schwimmende Schiff braucht dafür nur drei Leute — beim Schleppzuge kommt natürlich die Bedienung des Dampfers im Verhältnis zu der Zahl der angehängten Kähne hinzu.

Es ist also selbstverständlich, daß die Eisenbahn erheblich höhere Frachtsätze haben muß. Wenn wir die Frachtsätze der Eisenbahn auf das Tonnenkilometer berechnen, so ergibt sich bei der Eisenbahn auf das Tonnenkilometer durchschnittlich der Satz von 3,50 Pf. Natürlich gibt es eine ganze Anzahl von Gütern, die höhere Sätze haben, aber auf der anderen Seite auch große Massen, die zu niedrigeren Sätzen befördert werden. Dabei wirft die Eisenbahn recht ansehnliche und erfreuliche Überschüsse ab. Wollte sie auf 3 Pfg. zurückgehen, so würde sich dieser Überschuß wahrscheinlich in einen Fehlbetrag verwandeln. Auf dem Flusse dagegen macht es gar keine Schwierigkeiten, die Güter mit 1 Pfg. — oder wenn wir die auf dem Flusse oder Kanale erforderlichen Schleusenabgaben und sonstigen Kosten noch hinzunehmen, so macht es gar keine Schwierigkeit, die Güter mit $1\frac{1}{4}$ — $1\frac{1}{2}$ Pfg. für das Tonnenkilometer zu befördern. Auf dem freien Flusse kommen sogar Frachtsätze vor, bei denen sich das Tonnenkilometer auf 0,5 bis 0,6 oder 0,7 Pfg. stellt. Wir befördern auf dem R h e i n e Kohlen



und Erze, auf der Elbe Kohlen, Zucker usw. zu Frachtsätzen, an welche bei der Eisenbahn nicht entfernt zu denken ist — obgleich auf der anderen Seite die Eisenbahn ja in manchen Fällen zum sehr empfindlichen Schaden der Schifffahrt, einem Schaden, der sich, wie ich glaube, vielleicht nicht mehr rechtfertigen läßt — wenn es sich um ein privates Unternehmen handelte, würde man vielleicht von einem „unlauteren Wettbewerb“ reden — (Heiterkeit!) obgleich die Eisenbahn, sage ich, in manchen Fällen Güter zu einem Preise befördert, der nicht im entferntesten mehr die Selbstkosten in vollem Umfange, vielleicht nicht einmal die Kosten deckt, die der einzelne Transport im besonderen veranlaßt. Wenn aber die Eisenbahn auch in einzelnen Fällen solche niedrigen Tarife stellt, so ist doch bei dem großen Verkehre nicht daran zu denken, daß sie durchschnittlich auch nur im entferntesten so billig verfrachten könnte wie die Schifffahrt. Von berufener Seite ist damals die Frachtersparnis, die der Mittelland-Kanal herbeiführen würde, auf 38 Millionen Mark jährlich berechnet worden. Um 38 Millionen Mark also würde das deutsche Wirtschaftsleben dieselben wirtschaftlichen Funktionen billiger zur Ausführung bringen mittels des Mittelland-Kanales als mittels der Eisenbahn. Wenn wir uns aber auf einem bestimmten Wege dieselben Arbeiten um 38 Millionen billiger beschaffen können, so wählen wir natürlich diesen Weg.

Jetzt stehen sich ja immer Eisenbahn und Schifffahrt in einem gewissen Gegensatze gegenüber. Die Gegner des Kanales berechneten, die Eisenbahn-Einnahmen würden bei der Durchführung des Mittelland-Kanales um etwa 52 Millionen Mark geschädigt werden, und diese Gefahr könne doch niemand verantworten, so daß die Kanalpläne unausgeführt bleiben müßten.

Für den größten Teil des Verkehrsplanes, vom Rheine bis Hannover, hat man sich ja über dieses Bedenken hinweggesetzt. Hannover—Magdeburg war mit einem Verkehre von 4 Millionen t veranschlagt, während der gesamte Verkehr auf dem Mittelland-Kanale auf 16 Millionen t veranschlagt war. Also bei der Strecke Hannover—Magdeburg würde es sich nur um einen verhältnismäßig geringen Teilbetrag handeln, der für die preußische Staatseisenbahn nicht mehr allzu schwer ins Gewicht fallen könnte.

Außerdem aber stehe ich nicht an, zu sagen: es ist meine feste Überzeugung: die Eisenbahn wird nicht nur nichts einbüßen, sondern sie wird durch den Kanal ganz gewaltig gefördert werden! Das ist meine Überzeugung, die sich auf eine etwa 40jährige wirt-

schaftliche Tätigkeit gründet, die in ganz bedeutendem Maße ihr Augenmerk darauf richten mußte: in welcher Weise lassen sich Güter in unserem lieben Vaterlande am billigsten befördern?

Ich bitte, ein wenig aus meiner eigenen Erfahrung sprechen zu dürfen. Wir haben vor einer Reihe von Jahren in Landsberg eine Jutespinnerei gegründet, die nur möglich gewesen ist, weil uns der Wasserweg zur Verfügung stand!

(Hört, Hört!)

Denn die Rohjute kostet von Hamburg nach Landsberg, auf der Bahn bezogen, für den Waggon etwa 160 Mark, zu Wasser dagegen 50 Mark, das macht auf jede 10 t eine Verteuerung um 110 Mark und da wir dreimal 10 t brauchen, 330 Mark für den Tag, das heißt bei 300 Arbeitstagen 99 000 Mark. Dazu kommt ein annähernd gleicher Betrag von Mehrfracht bei Bahnverladung in die Absatzgebiete, da der Osten allein in einem mäßigen Umkreis des Produktionsortes einem größeren Betriebe nicht genügenden Absatz bieten würde, vielmehr entferntere Absatzbezirke wie Magdeburg und Hamburg aufgesucht werden müssen, welche nur bei Wasserfracht lohnenden Absatz bieten. Sie werden ohne weiteres anerkennen, daß es nicht möglich sein würde, rund 200 000 Mark Mehrfracht aus irgend einer Industrie herauszuholen und dabei gegenüber den anderen noch wettbewerbsfähig zu bleiben.

(Sehr richtig!)

Nun bewegen wir in Empfang und Versand von Rohstoffen, Kohlen und sonstigen Hilfsmitteln rund 10 Waggon täglich. Auf dem Wasserwege bewegen wir von diesen 10 Waggon 7; 3 bekommt die Eisenbahn. Die hätte sie niemals bekommen, wenn wir nicht die 7 Waggon auf dem Wasserwege bewegen könnten.

(Sehr richtig!)

Auf diese Weise hat das Bestehen der Wasserverbindung der Eisenbahn eine Frachtvermehrung von 3 Waggon täglich gebracht.

(Sehr richtig!)

So liegt es in sehr vielen Fällen — selbstverständlich nicht immer; selbstverständlich werden eine ganze Reihe von Transporten der Eisenbahn entzogen und dem Wasserwege übergeben, weil er eben billiger ist und weil in vielen Fällen in weiten Bezirken, die durch den Kanal erst erschlossen werden, früher überhaupt keine Wahl möglich war, sondern alles der Eisenbahn zufallen mußte. Derartige Verluste müssen also in Rechnung gezogen werden.



Aber einerseits bringt die industrielle Entwicklung in vielen Fällen der Eisenbahn neue Frachten, und andererseits werden eine ganze Menge von Waren in unserem Vaterlande überhaupt erst verwertbar und verwendbar, wenn ihnen der Wasserweg zur Verfügung steht.

(Sehr richtig!)

Sie können geringwertige Sachen auf der Bahn nur auf einem ganz kleinen Aktionsradius verfrachten. Ziegel, Ton und ähnliche Dinge, deren 100 kg vielleicht einen Wert von 1—10 Mark haben, können nicht 1½, 2 und 3 Mark Fracht bezahlen. Das ist ganz ausgeschlossen. Wenn aber dadurch, daß die Wasser-Verbindung geschaffen wird, diese Dinge erstmal überhaupt einen Wert bekommen und versendbar werden, dann entwickelt sich ein Verkehr, der einmal die Wasserstraße bezahlt macht, befruchtend auf die Landwirtschaft wirkt und, wie gesagt, auch der Eisenbahn eine Vermehrung der Einnahmen zuführt, einen Gewinn, der nicht bloß die etwa entstehenden Verluste reichlich deckt, nein, der einen reinen Nettoüberschuß von gar nicht geringer Bedeutung darstellt.

(Hört, Hört!)

Sie brauchen nur einmal einen Blick auf eine Verkehrskarte zu werfen, so werden Sie finden, daß sich der stärkste Eisenbahnverkehr immer gerade da entwickelt, wo auch der größte Wasserverkehr ist.

s. S.
126/27

(Sehr richtig!)

Wo sich der Wasserverkehr entwickeln kann, da wächst auch Eisenbahnverkehr zu einer ungeahnten Höhe empor. Wenn wir in anderen Bezirken Deutschlands annähernd diejenige Menge auf der Bahn befördern sollten, wie das im Gebiete des Rhein—Weser-Kanals geschieht, so wären wir mit unserer Eisenbahnpolitik zehnmal bankrott geworden. Wenn wir das sehen, so können wir es wirklich als eine Kurzsichtigkeit bezeichnen, wenn dem Ausbau unserer Wasserstraßen mit solchen Finanz-Gründen dieser schwere erbitterte Widerstand entgegengestellt worden ist.

Dies gilt für die allgemeinen Verhältnisse.

Lassen Sie mich nun noch einmal kurz auf das eingehen, was den Osten im besonderem angeht.

Wenn Sie sich die politischen Grenzen unseres Vaterlandes einmal ansehen, so sehen Sie, wie weit der Osten hinausgreift. Unser Osten hat im Norden die tote Ostsee (wenigstens als Verbrauchsgebiet tote Ostsee, wenn sie auch natürlich als Verkehrsstraße sehr wertvoll ist), zur Grenze. Im Süden und



Osten ist er von Rußland durch den hohen Zoll abgeschlossen. Es ist ohne weiteres einzusehen, daß es daher für unseren Osten außerordentlich schwer ist, nun auf Entfernungen hinaus, die beinahe 300 km weiter sind, als die der einigermaßen im normalen Verhältnis zum Zentrum liegenden Strecken Deutschlands, auf solche Entfernungen mit den günstiger gelegenen Teilen Deutschlands in Wettbewerb zu treten. Wenn Sie sich unser deutsches Vaterland nach seiner Fläche auf ein Viereck gebracht denken, so kommen Sie dazu, daß Sie ungefähr eine Linie ziehen über Schneidemühl, Bromberg nach Breslau und südlich von Breslau bis Raab. Diese Fläche würde ungefähr ein ebenso großes Stück Auslandsgebiet einschließen als die östlich abgeschnittene Fläche. Von Allenstein bis Schneidemühl sind, glaube ich, 290 km. Da sie für solche Mehrstrecke in 10 t-Ladung etwa 1,80 Mark für 100 kg Fracht zu zahlen haben, hätte Allenstein, bei seiner Entfernung von 290 km für 100 kg Fracht 1,80 Mark, für Stückgut über 3 Mark mehr aufzuwenden, bis es die Grenze des deutschen Wirtschaftsgebietes erreichen kann. Das sind Beträge, wie sie sich im wirtschaftlichen Kampf nicht mehr erschwingen lassen. Jedermann, der im Wirtschaftsleben steht, wird zugeben: eine Industrie, die 18 Mark für die Tonne, bei Stückgut 30 Mark für die Tonne mehr Fracht tragen soll, kann überhaupt nicht bestehen, der fehlt jede Daseinsmöglichkeit.

Wenn wir uns nun einmal ansehen, wie sich unser Osten entwickelt hat — man sollte sagen, wie er sich nicht entwickelt hat —, dann können wir ja vielleicht erklären: auch im Osten hat unsere Bevölkerung etwas zugenommen. Aber wo denn? In den wenigen großen Städten! Wenn Sie in das Land hinausgehen — auf dem Lande und in den kleinen Städten hat die Bevölkerung günstigenfalls nicht abgenommen; in einzelnen Gegenden wird sie geradezu abgenommen haben. Dabei erzeugt der Osten Menschen genug; und wenn die Menschen, die im Osten erzeugt werden, im Osten blieben, so würden wir auch da eine durchaus erfreuliche Entwicklung zu verzeichnen haben. Aber ich muß da auf ein viel erörtertes Wort zurückkommen. Wenn es nicht möglich ist, das Arbeitserzeugnis der Menschen aus dem Heimatsbezirke in lohnender Weise auszuführen, dann führen die Menschen sich aus, dann kommt unausweichlich die Abwanderung. So sehen wir nach dem Westen eine starke Abwanderung vom Osten. Wir haben im Westen eine Anhäufung von Menschen, die ja für die wirtschaftliche Entwicklung durchaus erfreulich ist, die aber, glaube ich, von höheren staatlichen Gesichtspunkten



aus doch nicht mit ungemischter Freude begrüßt werden kann. Wenn wir uns auch alle darüber klar sind, daß niemand imstande ist, dieses Zusammenballen und Zusammenströmen der Menschen zur Großindustrie und zum Handel nach dem Westen und nach den großen Städten geradezu zu verhindern, wenn wir auch darüber klar sind, daß daraus eine Fülle von wirtschaftlichen Vorteilen sich ergibt — der Einzelne, der in solchen dichtbevölkerten Wohnbezirken wohnt, hat für die Verwertung seiner persönlichen Arbeitskraft ganz andere Möglichkeiten; für den Wirtschaftsumlauf fallen eine Menge von Kosten und Schwierigkeiten fort, die mit größerer Entfernung naturgemäß verbunden sind — kurzum, das Wirtschaftsleben vollzieht sich lebhafter, in vielen Fällen vielleicht auch ertragreicher, da, wo die Menschen dicht beisammen wohnen. Aber, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß der Mensch schließlich arbeitet und wirkt und schafft seiner selbst wegen, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie diese dichtbevölkerten Wirtschaftsgebiete mit ihrer nachhaltigen Arbeit und Anspannung das Menschenmaterial zerreiben und zermürben, wie die menschliche Kraft und Gesundheit darunter leidet, wie schwer es hier diesen tüchtigen, kräftigen, leistungsfähigen Menschen wird, mit Muskel, Gehirn und Nerven auszukommen und in wie hohem Maße eigentlich alle diese Bezirke auf den gesunden, kräftigen Zuwachs „aus der Provinz“ angewiesen sind, um immer weiter zu wachsen und ihre Stellung zu behaupten: dann müssen wir uns doch die Frage vorlegen, ob es wirklich richtig ist, diese Entwicklung so weitergehen zu lassen, ob nicht vielleicht ein großes, wichtiges staatliches Interesse vorliegt, diese Entwicklung soviel als möglich mindestens zu mildern und die umgekehrte Entwicklung, die Verteilung der Menschen über größere Flächen und über ein größeres Gebiet mit allen Kräften zu fordern. Ich meine, diese Frage kann nur mit „Ja“ beantwortet werden.

Wenn wir uns nun vergegenwärtigen, wieviel Raum wir noch im Osten haben, wie es dort möglich ist, die Menschen unter sehr viel gesunderen Verhältnissen wohnen, leben und arbeiten zu lassen, als in dem nahezu übervölkerten Westen, wo man sich eigentlich immer wundert, wo die Menschen denn überhaupt noch ein Unterkommen finden — (250 Köpfe auf das qkm haben wir in der Rheinprovinz und in den dichtesten Gegenden noch sehr viel mehr — was die an Staub und Kohlenruß schlucken müssen, ist auch nicht allzuwenig), und wenn wir jetzt auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden sehen, wie die Arbeiterlunge oft mit Kohlenstaub durchsetzt ist



— wenn wir das alles bedenken, so können wir doch diesen Gang der Entwicklung nicht als ein reines Glück bezeichnen. Wir im Osten haben, Gott sei Dank, noch Raum und können unsere Arbeiten ausführen, ohne so schwere Gefahren zu laufen.

Ich meine: Es liegt auch aus diesem Gesichtspunkte ein dringender Anlaß vor, dafür zu sorgen, daß der Osten entwicklungsfähiger gemacht wird.

Das kann aber nur durch die Schaffung der Wasserstraße geschehen. Die Eisenbahn kann nicht so billige Frachten stellen, daß im Osten eine große, wirtschaftliche Tätigkeit sich entfalten könnte. Für ein wirtschaftliches Gedeihen entscheidet ja tatsächlich nicht die kilometrische Entfernung — die ist heutzutage völlig gleichgültig. — Hamburg und Magdeburg liegen heute wirtschaftlich sehr viel näher an Landsberg als Orte, wie Berlinchen und Soldin, die von Landsberg nur eine Entfernung von 35 km haben. Nach Magdeburg und Hamburg kann ich leicht und billig Güter verfrachten; nach Berlinchen dagegen muß erst ein Viereck in dreien seiner Seiten abfahren werden zu höherer Fracht.

Es mag widerspruchsvoll klingen, ist aber richtig, wenn ich behaupte: Kalkutta liegt Hamburg sehr viel näher als etwa Chemnitz—Allenstein, und Australien liegt Hamburg sehr viel näher als etwa Nürnberg—Allenstein. Denn Sie können von Kalkutta nach Hamburg jederzeit die Tonne Güter für 22 bis 25 Mark verladen, also 100 kg für etwa 2,25 Mark; von Allenstein nach Chemnitz dagegen zahlen Sie 4—4½ Mark, für Einzelfrachtgut sogar wahrscheinlich 6½ Mark.

(Hört, Hört!)

Ja, das sind Dinge, die kann die Eisenbahn nicht ändern. Sie könnte ja einzelne ihrer Tarife ermäßigen; aber im großen und ganzen sind ihr die Grenzen doch ziemlich eng gesteckt, innerhalb deren sie sich bewegen kann.

Wenn wir vom Osten nach dem Westen billig verfrachten wollen, so müssen wir eben den Wasserweg haben! Wir müssen von Allenstein bis Köln die Tonne für 15 Mark ohne jede Schwierigkeit befördern können. Auch für Bromberg wäre es sehr bequem, wenn es Getreide für 10 Mark die Tonne auf dem Querwege nach Herne schicken könnte. Dabei dürfen Sie nicht einwenden, Sie hätten ja den Wasserweg über die See. Jeder, der im Verkehrsleben steht, weiß, welche Verteuerung erfolgt, wenn man nicht unmittelbar bei der Ausgangsstation einladen und beim Empfangsorte ausladen kann. Wenn ich erst die Güter von Bromberg nach Danzig schicken, sie dann auf ein Schiff übergehen lassen, über



Rotterdam nach Köln befördern und sie dann vielleicht nochmals auf die Eisenbahn legen soll, um sie nach Herne zu schicken, dann kommen Frachten heraus, daß man an solchen Absatz gar nicht denken kann.

Ich habe die Sache praktisch durchgemacht. Nach Hamburg hatten wir immer einen unmittelbaren Verkehr und bezahlten 50 oder 60 Pfg. für 100 kg, nach Bremen war der Frachtsatz schon 50 Pfg. höher. Wenn wir aber im Wasserplatz von einer Binnenstation verladen mußten, auch wenn es sich nur um 10 km Eisenbahn handelte, so kamen sofort 40 bis 50 Pfg. Mehrkosten hinzu. Also an ein Verladen über See als gleichwertigen Ersatz ist nicht zu denken.

So liegen die Dinge! Da, glaube ich, sind wir doch berechtigt, den Landwirten zu sagen: Überlegt euch ernsthaft, ob wirklich eine Veranlassung vorliegt, so zäh und entschieden an dem Widerstande festzuhalten, den ihr der Durchführung dieses Kanales bisher geleistet habt.“ — Wenn das auch vielfach von gegnerischer Seite bestritten oder bezweifelt wird, so dürfen wir, glaube ich, doch mit gutem Gewissen sagen: Wir sind weit entfernt, der Landwirtschaft eine Schädigung zuzufügen zu wollen; ja, wir sind nicht nur weit entfernt, selbst der Landwirtschaft eine Schädigung zuzufügen zu wollen, sondern wir sind auch davon weit entfernt, eine Schädigung, die etwa der Landwirtschaft gegen unsern Willen entstehen könnte, auf die leichte Achsel zu nehmen. Der Landwirtschaft gehören doch 30 v. H. der gesamten Bevölkerung. Es wäre töricht, wenn man die schwerwiegenden Interessen eines so großen Teiles des Volkes leicht nehmen wollte. Aber ich glaube, wir sind berechtigt, zu sagen: „Ihr seht Gespenster!“

(Sehr richtig!)

Ihr kämpft gegen Windmühlen!

Sehen wir doch einmal auf die Karte Deutschlands! Rhein, Weser, Elbe, Oder, Weichsel: sie schneiden tief in das Herz Deutschlands hinein. Das fremde Getreide hat den billigen Wasserweg zu jeder Zeit und eigentlich nach jedem Platze Deutschlands, der irgendwie von Belang ist, zur Verfügung. Ich sage, das fremde Getreide! Das deutsche aber nicht! Das deutsche Getreide könnte nur auf dem Querwege befördert werden,

(Sehr richtig!)

und dieser Weg soll unter keinen Umständen gebaut werden! Natürlich kann das fremde Getreide nicht auf dem Wasser nach Herne kommen, so lange nicht das Zwischenglied vom Rhein

her gebaut ist. Wenn aber das fremde Getreide den Verbrauch am Stromlaufe selbst versorgt, so nimmt der Absatz des nicht unmittelbar am Strome liegenden Gebietes doch so erheblich ab, daß kaum ein Unterschied besteht, ob das fremde Getreide unmittelbar hinkommen kann oder nicht.

Vor allen Dingen aber: Wir können unser eigenes Getreide, das wir nur im Osten im Überflusse haben, nach dem besten Markte Deutschlands, dem Westen, nicht hinbringen. Wir sind gezwungen, wenn wir es im Osten nicht selbst verbrauchen können, es über die See nach dem Auslande zu führen. Daß das ein Widersinn ist, meine ich, liegt auf der Hand. Wenn man sich mit den Landwirten einmal im Privatgespräch darüber unterhält, so geben sie das auch zu, sie hätten sich zu ihrem großen Schmerze wiederholt überzeugen müssen, daß sie, wenn einmal im Westen eine Not herrscht, trotzdem ihre östlichen Erzeugnisse dort nicht hinbringen können, weil die Bahnfracht alles wegfrißt. Auf dem Wasserwege dagegen könnten sie das ohne Schwierigkeit tun; der Preisunterschied, der sich im Westen für sehr viele landwirtschaftliche Erzeugnisse herausbildet, deckt mit Leichtigkeit die Wasserfracht. Und trotzdem ist dieser erbitterte Widerstand ganz besonders die Ursache gewesen, daß die frühere Mittelland-Kanal-Vorlage gefallen ist!!

Nun haben sich aber die Verhältnisse heute geändert. Aus dem Überflusse der Erzeugung ist vielfach eine sehr ernste Not geworden, an die Stelle von schlechten Preisen sind in vielen Fällen Notstandspreise getreten. Die Landwirte haben auch vielfach empfunden, daß sich die Dinge in unserem Wirtschaftsleben etwas anders abspielen, als sie es sich gedacht hatten. Manche schlechten Erfahrungen haben sie ja auch mit ihren Warenhäuser- und Genossenschafts-Versuchen gemacht, wo die Dinge auch ganz anders gekommen sind, und wo sie dann erst einsehen gelernt haben, daß die Tätigkeit und Tüchtigkeit des Kaufmannes doch eine sehr wichtige unentbehrliche Sache ist.

Alle diese Beobachtungen und Erfahrungen haben auch andere Anschauungen emporwachsen lassen. Blicken wir auf die Karte und sehen auf der einen Seite das große westliche Wasserstraßen-System, und auf der anderen Seite das große östliche Wasserstraßen-System, und dazwischen fehlt das kleine unscheinbare Mittelstück von Hannover nach Magdeburg, — dann, meine ich, muß jeder, der sich einigermaßen Unbefangenheit bewahrt hat, sagen: „Das ist bloß die Frage einer kurzen Zeit“,

(Sehr richtig!)



daß diese beiden Systeme verbunden werden müssen.

(Sehr richtig!)

Wollte man für ein entsprechendes Eisenbahn-System diese Frage auch nur stellen, so würde einem geantwortet werden: „Entweder sind Sie nicht ganz klar, oder Sie halten mich für nicht ganz klar im Kopfe,

(Heiterkeit!)

daß Sie an die Möglichkeit denken können, es müßte nicht jeder als selbstverständlich ansehen, daß diese beiden Systeme mit einander verbunden werden!

Und bei den beiden Wasserstraßen-Systemen soll das anders sein? Hier liegen der Gründe dafür genug vor, — und die Gründe, die dagegen geltend gemacht worden sind, sind meiner Meinung nach keine stichhaltigen Gründe, da sie auf falschen Einbildungen und falschen Voraussetzungen beruhen.

Ich möchte unseren bisherigen Gegnern auch noch ein weiteres sagen. Die Position, den Plan hindern zu wollen, ist nach meiner Überzeugung unhaltbar. Und wenn es sich für jeden militärischen Strategen von selbst versteht, daß er kaum einen schwereren Fehler begehen kann, als eine unhaltbare Position halten zu wollen, so dürfen wir dasselbe auch auf die politische Strategie ausdehnen und den Gegnern des Mittel-land-Kanales zur sorgsamem Überlegung anheimgeben, ob es in der politischen Strategie richtig ist, diese unhaltbare Position mit dieser unerschütterlichen Hartnäckigkeit und Erbitterung festhalten zu wollen. Hier liegt eines von den „Imponderabilien“ vor, die in der gesamten Menschheitsgeschichte und im Staatsleben eine so große Rolle spielen.

Man soll den Bogen nicht überspannen. Der ist vielleicht schon sehr stark gespannt, und es ist vielleicht nur eine Forderung der Klugheit, mit guter Manier geschehen zu lassen, wovon man sich sagen kann: Auf die Dauer hindern kann ich es doch nicht.

Das sind Erwägungen, die — wir haben doch sehr kluge Leute in den Reihen unserer Gegner — angestellt werden sollten.

Ich stehe nicht an, zu sagen: Es ist keine Frage, gebaut wird der Kanal doch!

(Bravo!)

Und er wird auch bald gebaut! Denn die wichtigsten militärischen und wirtschaftlichen Interessen

des gesamten Staates fordern seinen Bau mit gebieterischem Zwange.

(Bravo!)

Liegen die Dinge aber so, dann ist der Widerstand unmöglich. Man kann die schwerwiegenden Interessen des Staatsganzen wohl eine kürzere oder eine etwas längere Zeit zurückhalten und zurückdrängen, auf die Dauer brechen sie sich doch durch!

(Bravo!)

Es wird Zeit, daß wir gegenüber den Interessen einzelner besonderer Gruppen oder Landesteile uns doch einmal wieder auf die Interessen des Staatsganzen besinnen. Diese großen Interessen des Staatsganzen aber fordern den Bau des Verbindungsstückes, und ich hoffe es noch zu erleben, daß er gebaut wird.

(Allseitiger, lebhafter Beifall.)

III.

Meine sehr geehrten Herren!

Mein Thema lautet:

„Der Bau des Ostkanals ist eine zwingende Forderung des Staatswohls für Preußen wie für das Deutsche Reich“.

Die Fassung des Themas enthält zugleich die Rechtfertigung dafür, daß ich, der Märker, hierüber zu Ihnen spreche. Handelte es sich um eine Angelegenheit, welche ausschließlich die zu durchschneidenden Teile von Ost- und Westpreußen angehe, dann hätte füglich der Fernerstehende fern zu bleiben. Handelt es sich aber, wie ich behaupte, um eine Angelegenheit, welche wichtige Interessen des Staatsganzen und des Reiches berührt, dann darf wohl auch der Staatsbürger aus der Mark ein Wort mitsprechen.

Wir sind uns wohl alle darüber klar, daß die Erreichung unseres Zieles zähe Ausdauer fordern wird. Wenn wir zurückblicken auf die Kämpfe, welche sich seit nahezu 30 Jahren an die Kanalbauten geknüpft haben, und welche teilweise mit ganz außergewöhnlicher Erbitterung geführt wurden, dann müssen wir darauf gefaßt sein, daß auch unserm Unternehmen Widerstände begegnen, deren Überwindung nicht ganz leicht sein wird. Ich bin aber Optimist genug um zu hoffen, daß ein gewisser Umschwung der Meinung und Stimmung auch auf diesem Gebiete eingesetzt hat und daß wir heute mit einer günstigeren Würdigung und höheren Bewertung der Wasserstraßen rechnen dürfen, als dies noch vor 10 Jahren der Fall war. Überzeugte Gegner sind doch teilweise an der Richtigkeit

ihrer früheren Meinung irre geworden, die fortgesetzte Beschäftigung mit dem Gegenstande, die Bereisung der in der Ausführung begriffenen Kanalbauten, die eingehendere Kenntnisnahme all der Wirkungen, welche die Beherrschung der Wasserführung*) auf das anliegende Gelände zum Teil schon ausübt, zum Teil sicher erkennbar macht, haben doch manchen überzeugt, daß den befürchteten Schattenseiten auch sehr wertvolle Lichtseiten gegenüber stehen, daß die Kanäle auch der Landwirtschaft recht wirksame Förderung zuführen, kurzum, daß die frühere Gegnerschaft doch möglicherweise auf irrigen Voraussetzungen beruhte. Ich bin meinerseits überzeugt, daß die weitere eingehende Beschäftigung mit diesen Dingen eine immer größere Zahl früherer Gegner zu Freunden der Wasserwege machen wird und daß es tatsächlich irri- ge Vorstellungen gewesen sind, die den größten Teil der Gegner geleitet haben. So nötig die Kenntnis aller Details für jeden tüchtigen Fachmann ist, so wichtig ist es für den Nichtfachmann, bei Beurteilung großer Dinge seinen Blick nicht an die Einzelheiten, sondern an die großen Gesichtspunkte und die Erfahrungen der Geschichte zu heften. Und wenn wir da in schneller Folge die Menschheitsgeschichte an unserm geistigen Auge vorüberziehen lassen, was sehen wir? Überall die Entwicklung der Kultur und der Menschheit gebunden an das Wasser. Das Wort des alten griechischen Weisen „das Beste ist das Wasser“, wird von der Menschheitsgeschichte durchaus bestätigt. In Ägypten, Assyrien, Babylonien ist Wohl und Wehe der Menschen direkt abhängig vom Wasser, von der befruchtenden Flut des Nils, des Euphrat und des Tigris. Die Hauptstädte Memphis, Theben, Ninive, Babylon liegen am Wasser. Dieselbe Erscheinung zeigt die Geschichte der Griechen und Römer und es ist vielleicht von Interesse hierbei zu bemerken, daß Mommsen in seinen klassischen Untersuchungen von Roms Urgeschichte Roms Lage an der Tiber, als wichtigen Grund für die Gewinnung des Übergewichts über seine Nachbarstaaten anführt. Wir wissen, welche fruchtbaren, gesegneten Landstriche des Altertums heute ins Elend geraten sind und wissen, daß dieser Verfall auf die Vernachlässigung der Kanal- und Berieselungsanlagen zurückzuführen ist, welche in Mesopotamien beispielsweise noch unter den Kalifen des Mittelalters Bagdad zu einer reichen, glänzenden Stadt machten. Wir bewundern noch heute

*) Man beachte die Arbeit des Herrn Prof. Baurat Ehlers: „Der Ostkanal, ein Wirtschaftskanal von der Weichsel nach den masurischen Seen.“



die wohldurchdachten, vorzüglichen Bewässerungsanlagen, welche die Römer im Po-Gebiet geschaffen haben. Wir finden ähnliche Anlagen an Stellen, wo wir sie kaum für möglich gehalten hätten, z. B. als Werke weitblickender singhalesischer Regenten auf Ceylon. Wir sehen, wie England in Indien, wie in Ägypten durch gewaltige Bewässerungsanlagen das Kulturland verbessert und erweitert, kurzum überall sehen wir unter der Einwirkung und unter der Ausnutzung des Wassers, die Menschheit in Gesittung und Wohlstand emporblühen. Alle großen Städte finden wir am Wasser liegend. Jerusalem ist vielleicht die Ausnahme, welche die Regel bestätigt. Von den großen Städten des Altertums habe ich bereits gesprochen, aber auch das Mittelalter, wie die Neuzeit zeigen genau dieselbe Erscheinung. Paris, London, Moskau, Petersburg, Wien, Berlin, New York, Boston liegen am Wasser; die Namen ließen sich in das Unendliche vermehren, wenn wir noch Mittelstädte hinzu ziehen wollten. Daß Afrika so lange der dunkle Kontinent blieb, ist nach meiner Überzeugung lediglich darauf zurückzuführen, daß ihm, abgesehen vom Nil, jeder etwas tiefer in das Innere führende Wasserweg fehlte. Afrika ist fast durchweg ein Hochland, welches ziemlich nahe an die Küstenlinie herantritt und dort in starkem Sturz zum Meer hin abstürzt, so daß alle seine Ströme durch große Wasserfälle nach einem kurzen Unterlauf für das weitere Eindringen unzugänglich werden. Jedenfalls müssen wir ohne weiteres zugeben, daß die Menschheit in ihrer Entwicklung die Lage am Wasser als hochwertvoll angesehen und daher für seine größeren Siedlungen durchweg aufgesucht hat. Und wenn wir die großen Regenten ins Auge fassen, so darf ja natürlich der Wasserschwärmer nicht so weit gehen zu sagen, daß ein Herrscher, welcher für den Wert des Wassers blind gewesen, nicht zu den Großen gerechnet werden könne, aber auf der andern Seite ist es doch ein beachtenswertes Zeichen, daß die Herrscher, welche dem Wasser und den Wasserwegen großen Wert beilegten, zu den größten Regenten der Geschichte gehören.

Schon einer der großen Ägypter Necho wollte (statt des Suez-Kanals) eine Wasserverbindung zwischen Nil und dem Roten Meer herstellen. Der erste Napoleon plante eine Kanalverbindung zwischen Rhein und Weichsel und unter den Hohenzollern sind es der große Kurfürst und der große Friedrich, welche durch Kanalbauten, der erstere Elbe und Oder, der zweite Oder und Weichsel verbinden, wie ich meine, mit genialem Blick die Wichtigkeit des Wasserwegs für das feste Zusammenschmieden der entfernten

Bezirk erkennend. Aus diesen großen Zügen der Menschheitsgeschichte glaube ich entnehmen zu müssen, daß das Wasser sowohl als befruchtendes, wie als beförderndes Element von allererster Wichtigkeit ist.

Wie sollen wir es nun erklären, daß auf die hohe Entwicklung des Wasserwesens und der Wasserverwertung, welche das Altertum uns zeigt, ein Jahrtausend völliger Vernachlässigung gefolgt ist. Nach meinem Dafürhalten liegt die Erklärung hierfür auf der Hand. Dieses Jahrtausend ist eine Zeit der erbittertesten Kämpfe aller gegen alle, der Völker gegen Völker, der Stämme des einzelnen Volkes gegen die andern, der verschiedenen Volksschichten, der verschiedenen Religionsgesellschaften gegen einander, kurzum ein Kampf ohne Unterlaß, der die Menschheit kaum dazu kommen ließ, mit Ruhe den Aufgaben des Friedens nachzugehen. Erst das letzte halbe Jahrhundert hat uns ja tatsächlich eine Zeit des Abschlusses für die großen politischen Bewegungen und in ihrem Gefolge der Ruhe für die Friedensarbeit und für die wirtschaftliche Entwicklung gebracht, die denn auch sehr bald den Wasserwegen zu ihrem Recht verholfen und bei uns in Deutschland die großen Bauten des Nord-Ostsee-Kanals, des Dortmund-Ems-, des Berlin-Stettiner Kanals und des Torsos des Mittellandkanals herbeiführte, während für den Osten der Kanal Masuren—Königsberg beschlossen und in Angriff genommen wurde. So wichtig dieser aber auch ist, so reicht er in seiner Bedeutung sowohl für den Osten selbst, wie für Preußen und das Reich nicht entfernt heran an die Bedeutung des Kanals Weichsel—Masuren, welcher, den größten Teil von Ost- und Westpreußen von Osten nach Westen durchschneidend, die Verbindung herstellt mit dem nach Westen führenden Kanalsystem und damit dem Osten die Möglichkeit bietet in einen lebhaften wirtschaftlichen Austausch mit dem so viel kaufkräftigeren Westen zu treten.

Ist dies nun so unbedingt nötig? Kann der Osten nicht ohne diese Wasserverbindung auskommen? oder genügen nicht für diesen Zweck die vorhandenen Eisenbahnwege? Beide letzten Fragen sind nach meinem Dafürhalten unbedingt zu verneinen. Wenn wir die Entwicklung des Ostens in den letzten 50 Jahren ins Auge fassen, was finden wir da? Auf wirtschaftlichem Gebiete ein höchst bedauerliches Zurückbleiben gegenüber der Entwicklung des Westens und auf dem Gebiete der Volksvermehrung geradezu erschreckende Ergebnisse. Die hier aus-



gehängte Karte*) zeigt in Farbigen Kreisen den Umfang des Verkehrs zu Wasser und zu Lande in Empfang und Versand, für die einzelnen Verkehrsbezirke mit mehr als 500 000 Tonnen Gesamtverkehr. Leider nur nach dem Stande des Jahres 1899. Das Material für die Jetztzeit 1910 oder 1911 stand mir bedauerlicherweise nicht zur Verfügung, das Bild würde sonst wahrscheinlich zuungunsten des Ostens noch sehr viel bössere Verhältnisse zeigen.**) Sie sehen im Westen, in Mitteldeutschland, in der Mark und an der Oder einen zum Teil großartigen, zum andern Teil erfreulichen Verkehr, der das beste Barometer für das wirtschaftliche Gedeihen des Bezirks darstellt. Östlich von der Oder haben Sie nur Posen, Bromberg, Danzig, Königsberg und Memel mit verhältnismäßig unbedeutenden Verkehrskreisen, der große östliche Bezirk begrenzt von Oder und Netze, Rußland und der Ostsee zeigt ein erschreckend kahles Bild. Nun weiß ich ja wohl, daß ein großer Teil der Landwirte sagen wird, uns ist an der Industrie gar nicht so viel gelegen, unsere Landwirtschaft gedeiht, wir fühlen uns wohl dabei und auch der Staat, dem die Landwirtschaft noch immer die besten Soldaten stellt, kann recht wohl damit zufrieden sein. Ist eine solche Auffassung aber nicht trügerisch, auch für den Landwirt? Nicht etwas kurzsichtig? Die Schutzzollpolitik hat sich bemüht, ganz Deutschland zu einem in sich geschlossenen Wirtschaftsgebiet zusammenzufassen. Dem Osten, welcher infolge der weiten Entfernungen mangels eines leistungsfähigen billigen Wasserweges den kaufkräftigen Westen schwer erreichen kann, hat man durch das System der Einfuhrscheine den Absatz seines überschüssigen Getreides nach dem Ausland zu ermöglichen und zu erleichtern gesucht. Ostpreußen wie Westpreußen produzieren etwa 950 und 900 Tausend Tonnen Brotgetreide, welche von der eigenen Bevölkerung von 2,06 und 1,70 Millionen Köpfen nicht verzehrt werden können, sondern die Ausfuhr eines Überschusses von 550 bis 600 Tausend Tonnen für jede Provinz unbedingt fordern. Dürfen wir nun annehmen, daß das Ausland diese Mengen anstandslos auf Grund der in den Einfuhrscheinen steckenden Ausfuhrprämien zu sich herüberführen läßt? Und dürfen wir ferner annehmen, daß die deutschen Konsumenten die Entziehung dieses deutschen Getreides, daß die Finanzverwaltung die in der Ausfuhr liegenden mehr und mehr anwachsenden Finanzverluste dauernd ertragen werden, abgesehen davon, daß die deutsche Müllerei unaufhörlich Beschwerde führt über die aus dieser Ausfuhr ihr erwachsende Schädigung? Die Erfah-

*) Siehe Seite 126/27

**) Siehe Nachschrift 1.)



rungen der Vergangenheit sollten doch zur Vorsicht mahnen! Ebenso wie bei den Zuckerprämien, wird der Augenblick kommen, wo die Finanzverwaltung erklären wird, die Sache nicht mehr mit ansehen zu können und ebenso wird der Augenblick kommen, wo die breiten Massen der Konsumenten dagegen mit Erfolg Sturm laufen werden, daß das auf deutschem Boden gewachsene Getreide dem deutschen Konsum entzogen und zu billigeren Preisen dem Ausland zugeführt werde, während andererseits die landwirtschaftlichen Interessen des Auslandes sich dagegen zur Wehr setzen werden, daß ihnen durch dieses deutsche Getreide der eigene Markt und Preis verdorben werde. Im Gange sind ja diese Bewegungen schon, wie lange wird es dauern, bis sie Erfolg haben? Es gibt sicherlich in der Politik wie im Leben nichts gefährlicheres, als von seinen Wünschen eine Lage sich vormalen zu lassen, die die nüchterne Prüfung nicht als beständig anerkennen kann und auch der entschiedenste Befürworter der Einfuhrscheine wird anerkennen müssen, daß es doch vorzuziehen wäre, wenn dieses deutsche Getreide in Deutschland selbst zu gleich lohnenden Preisen Verwendung finden könnte. Auf dem Bahnwege ist dies nicht zu erreichen, auf dem Wasserwege aber würde es mit Leichtigkeit zu erzielen sein. Selbstverständlich müßte zu diesem Zweck das Verbindungsstück Magdeburg—Hannover gleichfalls hergestellt sein, so daß man ohne alle Schwierigkeit von Masuren in glatter durchgehender Fahrt bis nach Köln gelangen könnte. Es würde freilich nicht nötig sein, ostpreußisches Getreide soweit zu transportieren, die dazwischenliegenden großen Konsumbezirke Groß-Berlin, Königreich Sachsen, Westfalen würden völlig ausreichen, um den Überschuß des Ostens, sei es in der Form des Getreides oder des Mehles, aufzunehmen und zu verbrauchen.

Ich muß an dieser Stelle wenigstens in kurzen Worten eingehen auf den Unterschied zwischen der seitens der Eisenbahn und der vom Wasserwege zu bietenden niedrigsten Fracht. Ausführlicher habe ich diesen Gegenstand behandelt in einem im Vorjahr in Posen gehaltenen Vortrage, dessen Ausführungen Ihnen im Druck vorliegen und auf welche ich daher hier verweisen darf. Entscheidend für die Beurteilung der Frachtrate ist der auf das sogenannte Tonnenkilometer entfallende Satz, d. h. der Frachtsatz, welcher in Anrechnung kommt, für die Beförderung von 1000 Kilo, ein Kilometer weit. Die Eisenbahn verteilt bekanntlich je nach dem Werte, der Beförderungsart, oder auch nach anderen wirtschaftlichen Rücksichten die zu befördernden Güter in verschiedene Tarifklassen, für welche



der Tonnenkilometersatz zwischen etwa 10 Pfg. (Einzelgut) und etwa 2 Pfg. schwankt, während er in einigen Ausnahmefällen z. B. für Wegebaustoffe und rohe Kalisalze bei größeren Entfernungen bis auf einen Zuwachssatz von 1 Pfg. herabgeht.

Für Getreide wird bei mittleren Entfernungen ein Satz von 4—5 Pfg. sich ergeben. Auch der frühere Getreidestaffeltarif ergab bei 300 Kilometer etwa 4 Pfg., bei 600 Kilometer 3 Pfg., bei 1000 Kilometer 2,6 Pfg. für das Tonnenkilometer, während auf dem Wasserwege Getreide ohne jede Schwierigkeit mit $1\frac{1}{2}$ und 2 Pfg. zu befördern ist, wenn es sich um kürzere Strecken mit verhältnismäßig vielen Schleusen und Abgaben handelt, während eine lange Fahrt auf freiem Fluß selbst Frachtsätze von 1 Pfg. für das Tonnenkilometer ermöglicht. Auf der Bahn würde eine Tonne Getreide von Allenstein nach Dortmund 41,70 Mark, auf dem Wasserwege vielleicht 15,00 Mark Frachtkosten. Nun gibt es freilich die Kombination von Bahn/Wasser, bei Benutzung des Seeweges, welche ebenfalls erheblich billiger auskommt als der direkte geschlossene Bahnweg, aber doch immer noch je nach der Lage der zu verbindenden Plätze 5,00 bis 10,00 Mark für die Tonne mehr Fracht bringt als die direkte Wasserverladung, so daß zweifellos ein von Allenstein nach dem Rhein führender Kanal die Verwertung des Getreides für den deutschen Konsum bietet zu Preisen, welche für den Osten 5—10 Mark für die Tonne höher stehen werden, als sie beim Fehlen der Wasser Verbindung zu erzielen sind. Welchen Einfluß niedrige Frachten auf den Wert des landwirtschaftlichen Produkts haben, das haben die Herren Landwirte des Ostens im Vorjahr bei der Einführung der Ausnahmetarife für Kartoffeln usw. ja doch praktisch durchgemacht und kennen gelernt, so daß sie sicher den Wert des Wasserweges voll zu würdigen in der Lage sind. Es kommen ja nun Fälle vor, wo die Eisenbahnverwaltung aus bestimmten Gründen so niedrige Frachtsätze einführt, daß auch die Schifffahrt kaum mitkammt, namentlich in den Fällen, in welchen es sich nicht um reinen Wasserweg, sondern um eine Zusammenstellung von Wasser- und Bahnweg handelt, für welchen letzteren dann häufig die Eisenbahn sehr viel höhere Frachtsätze fordert, als sie als Ausnahmetarif für den geschlossenen ganzen Bahnweg in Anrechnung bringt. Hier handelt es sich um Ausnahmen, welche für die Eisenbahn wohl ziemlich verlustbringend sind und an welchen die Landwirtschaft für ihre Produkte, von Notstandszeiten abgesehen, wohl kaum Anteil hat. Für den regelmäßigen Verkehr wird der



Wasserweg immer ganz erheblich billigere Frachten bieten, als der Bahnweg es zu tun vermag, und gerade für die weiten Entfernungen, welche der Osten zu überwinden hat, fällt dieses Moment doppelt schwer ins Gewicht, so daß tatsächlich ein wirtschaftlicher Aufschwung des Ostens, ohne den billigen Wasserweg nahezu unmöglich ist. Ich verweise hierbei auf früher gemachte Darlegungen in dem Artikel „die Erhaltung der Ostmark für das Deutschtum“, in welchem ich dargelegt habe, daß man für 15,00 Mark Fracht die Tonne Getreide auf dem Bahnwege von Allenstein nur bis Schneidemühl, auf dem Wasserwege bis nach Köln zu verfrachten imstande ist. — (Siehe S. 122/3 u. 218).

Ich muß es mir in Rücksicht auf die Zeit versagen, tiefer auf die Einzelheiten all dieser Fragen einzugehen, möchte aber doch noch einige große Momente nachdrücklich hervorheben. Man spricht wohl von der Schädigung der Eisenbahnfinanzen durch den Ausbau der Wasserstraßen. Dem gegenüber ist darauf hinzuweisen, daß die größten Eisenbahneinnahmen aus den Bezirken kommen, welche auch den größten Wasserverkehr haben. Der Wasserverkehr ist nicht nur Ablenker der Frachteinnahmen, er ist in hohem Maße auch Zubringer und schafft erst viele Verfrachtungsmöglichkeiten, die ohne ihn überhaupt nicht vorhanden sein können. Ein Blick auf den gewaltigen Verkehr des rheinisch-westfälischen Industriebezirks genügt, um dies nachzuweisen. Bestätigt wird dasselbe an all den andern großen Verkehrskreisen, welche fast ausnahmslos auf Plätze entfallen, die am Wasser liegen. Das rheinisch-westfälische Industriegebiet, welches gegenwärtig Wagengestellungen von 35—40 000 Wagen pro Tag anfordert, hat in seinem Haupthafenplatz Duisburg-Ruhrort einen Wasserverkehr von ca. 21 Millionen Tonnen, erheblich mehr als der Suezkanal hat (15 Millionen Tonnen) und noch sehr viel mehr als der Panamakanal in absehbarer Zeit jemals zu erreichen hoffen darf. Ja und in diesem gewaltigen Bezirk haben wir noch in diesem Jahre ein wirtschaftliches Menetekel an die Wand geschrieben erhalten, welches wir nicht auf die leichte Schulter nehmen dürfen. Die Minister von Thielen und von Budde haben ja schon vor mehr als 12 Jahren ganz rückhaltlos ausgesprochen, daß sie nur mit ernster Sorge die Frage ansehen können, ob die Eisenbahn allein imstande sein würde, den gewaltigen Verkehrsaufschwung zu bewältigen, welchen das deutsche Wirtschaftsleben erbracht hatte. Wir haben gesehen, daß die Eisenbahn das tatsächlich nicht zu bewältigen und zu leisten vermag. Der Herr

s. S.
126/27



Minister hat wiederholt ausgesprochen, daß die tatsächliche Wagengestellung um 4—5000 Stück pro Tag hinter den Forderungen des Verkehrs und der Industrie zurückgeblieben sei. Auch in allen anderen Industriebezirken Deutschlands und ebenso in den großen Hafenbezirken wird über Wagenmangel geklagt und wenn wir sehen, wie Jahr für Jahr die Steigerung des Verkehrs auch die kühnsten Erwartungen übertrifft, dann werden wir doch fragen, ob die Staatsregierung es eigentlich glaubt verantworten zu können, noch länger damit zu warten, daß durch Ausbau der Wasserstraßen sofort das Nötige getan wird, um wenigstens in einigen Jahren kräftige Hilfe zu leisten. Die Furcht vor einer Schädigung der Eisenbahnen durch die Kanäle, darf man heute wohl als widerlegt und wahrscheinlich auch als überwunden bezeichnen. Die Erkenntnis, daß beide Verkehrstraßen sich gegenseitig stützen und helfen, bricht sich doch immer mehr Bahn. Nun darf aber wohl außerdem mit Entschiedenheit betont werden, daß die Eisenbahn nicht Selbstzweck ist, sondern bei aller Wichtigkeit für die Finanzen des Staates in erster Linie das Wirtschaftsleben des Volkes zu fördern hat und daß auch die Vorliebe für die schönen Eisenbahnüberschüsse nicht so weit führen darf, dem deutschen Volke ein Verkehrsmittel zu beschränken, welches ihm ganz gewaltige Ersparnisse bringt und in vielen Fällen die wichtigste Lebensbedingung für die wirtschaftliche Entwicklung ist.

Der Wasserverkehr wird heute wohl die 18 Milliarden tkm (Tonnenkilometer) schon überschritten haben. (1885 waren es 4,8, 1898 10,7 Milliarden, die Eisenbahnen leisteten 1885 16,6 1898 32,6, 1910 56 Milliarden tkm.) Die Wasserdurchschnittsfracht wird 1,5 Pfg. für das tkm kaum übersteigen, während die Durchschnittsfracht der Bahn mit 3,67 Pfg. berechnet wird. Eine Differenz von 2 Pfg. gegen die Bahnfracht, ergibt eine Jahresersparnis von 360 Millionen Mark für das deutsche Wirtschaftsleben. Ziehen Vertreter des Eisenbahninteresses die Zulässigkeit einer Differenz von 2 Pfg. in Zweifel, weil allerdings das Schiff vorwiegend billige Massengüter führt, welche auch auf der Bahn die niedrigen Tarife haben (normaler Kohlentarif freilich immer noch über 2 Pfg. das tkm), so weise ich darauf hin, daß selbst nur ein Pfennig eine Ersparnis von 180 Millionen Mark darstellt, daß aber nach meiner Überzeugung, eine solche Differenz zu niedrig gegriffen ist, während sie andererseits doch schon die Verzinsung und Tilgung eines Anlagekapitals von 4000 Millionen Mark darstellen würde, welches niemals auch nur zum vierten

s. S.
236/37



Vergleich zwischen Eisenbahn- und Wasserfrachten 1913.

Eisenbahnfracht für 100 kg. (tkm = tonnenkilometer.)

Pfeinig (Pf.)	Frachtgut		A 5000 kg	B 10000 kg	Spezialtarif (Sp. T.)					Ausnahmetarif (Ausn. T.)				
	1	2			A 2	1	2	3	1	2	3	4	5	
je 1 km.	1,1	0,9	0,67	0,60	0,50	0,45	0,35	0,22	9	plus Abfertigungsgebühr				
" 10 "	22	18	17	14	13	13	12	11	12	18	18	29	24	
" 20 "	33	27	24	21	19	18	16	14	12	18	29	2,4		
" 50 "	69	54	48	42	31	29	24	16	21	18	29	2,4		
" 100 "	134	99	86	72	59	54	44	34	39	29	29	2,4		
je 1 tkm	13,4	9,9	8,6	7,2	5,9	5,4	4,4	3,4	3,9	2,9	2,9	2,4		
500 km	570	420	355	312	262	237	187	122	162	105	98	76		
1 tkm	11,4	8,4	8,9	7,8	6,55	5,92	3,74	2,44	3,24	2,1	1,96	1,5		
1000 km	1120	820	690	612	512	462	362	232	312	175	143	146		
1 tkm	11,20	8,20	6,90	6,12	5,12	4,62	3,62	2,32	3,12	1,75	1,43	1,46		

Sp. T. 1: Getreide. 2: Stammholz, Bleche, T-Eisen, Bretter, Jute. 3: Düngemittel, Erde, Erze, Kies, Grubenholz, Eisenbahn-Schwellen, Kalk, Heu, Kleie, Steine, Lumpen, Braunkohle, Steinkohle, Koks.

Ausn. T. 1: Geringes Holz des Sp. T. 2. 2: Rohstoffe — Geringwertiges aus Sp. T. 3. — Kartoffeln, Braunkohle. 3: Kali. 4: Düngekalk. 5: Wegebaustoffe.

Wasserfracht. — Kahnladungen 0,5 bis 1,5 Pf. 1 tkm z. B. Wasserfr. für 100 kg Jute — Kahnladung 2—300 to. Berlin—Hamburg 413 km (Bahnweg) 45 Pf. = 1,1 Pf. tkm. **Bahnfr.**
100 kg tkm.
157 Pf. 3,8 Pf.

Ruhrort—Mannheim 355 km, Kohle 6,5 Pf. = 0,18 Pf. tkm. März—Mai 1910 abnorm niedrig, normal 0,3—0,5 Pf. 90 Pf. 2,5 Pf.



Teile für Kanäle und Wasserwege verausgabt wurde, welche übrigens neben dem Verkehr den anliegenden Ländereien teilweise sehr erheblichen Nutzen stifteten und welche außerdem durch die Kanalabgaben von vornherein ihre Kosten aus den gezahlten Frachten verzinsen und tilgen. Wäre es nicht durchaus verkehrt, die Entwicklung eines Verkehrsweges beschränken zu wollen, welcher dem deutschen Wirtschaftsleben so gewaltige Vorteile bietet und läßt es sich bei solcher Sachlage rechtfertigen, daß man die so notwendige Verbindung des östlichen mit dem westlichen Wasserstraßen-System, durch Herstellung des Kanals Hannover—Magdeburg noch länger hinauschiebt? Im Gegenteil sollte man dem Hauptkanal-System kleine Zubringer geben wo nur das erforderliche Wasser dafür zu haben ist. Brahe, Küddow, Drage müßten auch Westpreußen und Pommern an die große Hauptstraße heranbringen. Ich bin überzeugt, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern ist, wo Hannover—Magdeburg nachgeholt wird und selbstverständlich ist dies für den Nutzen, welchen der Ostkanal dem Osten schaffen soll, von der allergrößten Bedeutung.

Dies wären die nächstliegenden materiellen Geldvorteile, welche der Kanal bieten soll. Ich möchte nun aber auf andere Momente eingehen, welche nach meiner Überzeugung für das große Staats- und Reichsinteresse sehr viel wichtiger und schwerwiegender sind und welche mich berechtigen zu sagen, daß zwingende Forderungen des Staatswohls den Bau zu einer Notwendigkeit machen.

Als Leitsatz möchte ich diesem Teil meiner Ausführungen voranstellen das Wort des großen Friedrich

„Menschen erachte ich für den größten Reichtum“, ein Wort, bezeichnend für den weiten und scharfen Blick des genialen Herrschers, aber leider nicht immer gebührend gewürdigt weder von den Herrschern noch von der Wissenschaft. Wir haben eine Fülle von Untersuchungen über das Volksvermögen der verschiedenen Nationen, mit peinlichster Genauigkeit wird festzustellen gesucht, welche Werte in Grund und Boden, in Gebäuden, in Maschinen und Anlagen, in Eisenbahnen usw. stecken, kaum jemals wird dabei der Wert des Volkes selbst erwähnt, höchstens ganz flüchtig gestreift, während dieser Volkswert in Mark und Pfennigen ausgedrückt bei ärmeren Völkern den Wert des sogenannten Nationalvermögens meist sehr erheblich übersteigt und vielleicht nur bei den aller-



reichsten wie Frankreich und England etwas dahinter zurückbleibt, in Deutschland wahrscheinlich über das Nationalvermögen in Sachgütern hinausgeht. Mir ist nur eine gründliche Untersuchung über den Wert des Menschen näher bekannt von dem früheren langjährigen Leiter der Reichstatistik Dr. Engel. Dieser berechnete im Jahre 1883 den Kostenwert des Menschen, d. h. die Aufwendungen, welche zu machen sind, um ein Kind bis zur Erwerbsfähigkeit zu bringen (die er für Personen niederen Bildungsgangs bei 15 Jahren, mittleren Bildungsgangs bei 20, höheren Bildungsgangs bei 25 Jahren annimmt) unter Berücksichtigung des Sterblichkeitszuschlags (der übrigens nicht allzu schwer ins Gewicht fällt, weil die größte Sterblichkeit im ersten Lebensjahr liegt, die Dahingerafften also bisher verhältnismäßig wenig Kosten verursacht hatten) für einen 15jährigen jungen Mann niederen Bildungsganges auf 2862 Mark, für den 20jährigen mittleren Bildungsganges auf 8540 Mark, für den 25jährigen höheren Bildungsganges auf 17800 Mark. Bei Hinzurechnung der Zinsen für die Ausbildungszeit kommt er dann auf 3700, 12100, 27500 Mark. Für das weibliche Geschlecht für die beiden unteren Stufen eine Kleinigkeit niedriger, so daß wir wohl auf einer unanfechtbaren Grundlage bleiben, wenn wir Durchschnittswerte von 3000, 10000 und 20000 Mark annehmen. Nehmen wir weiter an, daß Personen niederen Bildungsganges 70%, mittleren Bildungsganges 25%, höheren Bildungsganges 5% der Gesamtbevölkerung darstellen, so erhalten wir einen Durchschnittskostenwert der gesamten Bevölkerung von ca. 5600 Mark pro Kopf. Berücksichtigen wir ferner, daß etwa 33% der Bevölkerung unter 15 Jahren, 53% über 21 Jahren stehen und reduzieren wir aus diesen Erwägungen den Durchschnitt auf etwa 4000 Mark pro Kopf, so würde unsere heutige Bevölkerung von 65 Millionen Köpfen nach dem Durchschnittswerte von 1883 rund 260 Milliarden Kostenwert repräsentieren, den wir für die gegenwärtige Zeit wohl ohne weiteres mit 350 Milliarden als sehr niedrig gegriffen ansehen dürfen. Das deutsche Nationalvermögen wurde bei der letzten großen Finanzreform auf 250 bis 300 Milliarden veranschlagt, wir dürfen daher wohl sagen, daß das im deutschen Volk steckende Kapital weit über das in Sachgütern steckende Nationalvermögen hinausgeht. Und wenn bisweilen Frankreich mit seiner Kapitalbildung Deutschland zu überflügeln scheint, so dürfen wir mit völligem Gleichmut diese Erscheinung ansehen, ist sie doch



eher ein Zeichen der Schwäche als der Stärke. Frankreich hatte 1910 774 000 Geburten, Deutschland 1 925 000 und gegenüber dem, was wir Jahr für Jahr an Menschenkapital neu schaffen — mindestens 3 Milliarden — tritt der Vorsprung Frankreichs in Geldkapital sehr weit zurück.

Nach dieser Einleitung wende ich mich nun den Erscheinungen zu, welche der Osten auf dem Gebiete der Bevölkerungsfrage zeigt und welche jeden Vaterlandsfreund, wie jeden verantwortungsvollen Staatsmann mit der ernstesten Besorgnis erfüllen müssen. Wenn ich in dieser Frage vom Osten spreche, so verstehe ich darunter das östlich von der Oder, nördlich von der Netze liegende, eine große rechteckige Fläche darstellende Gebiet Pommern, Westpreußen, Ostpreußen. Pommern ist in diesen Dingen Ostpreußen ziemlich gleichartig, ich scheidet es aus den Erörterungen aus und beschränke mich auf Ost- und Westpreußen, um nicht zu weit abzuschweifen.

Ostpreußen hatte 1871 1,82, 1910 2,06 Millionen Einwohner, Westpreußen 1,31 und 1,70 Millionen. Auf das qkm entfielen bei Ostpreußen 49,3 und 55,8, bei Westpreußen 51,5 und 66,7 Einwohner. Eine Zunahme bei dem ersteren um 12%, bei dem letzteren um 30%, während das ganze Deutsche Reich von 41 auf 65 Millionen um nahezu 60%, Rheinland von 3,58 auf 7,12 um nahezu 100%, Westfalen von 1,78 auf 4,12 um nahezu 130% zunahm. Ist dieses Zurückbleiben in Preußen an sich schon beunruhigend, so muß die Sorge doch noch ganz erheblich wachsen, wenn man näher auf die Dinge eingeht und sieht, daß der Zuwachs der beiden Provinzen fast ausschließlich auf die Städte entfällt, während die Landgemeinden und Gutsbezirke zum Teil sogar empfindlich abgenommen haben. Im Vorjahre veröffentlichte der bekannte Professor Sehring seine Aufsehen erregende Arbeit über die Abwanderung vom Lande, welche jeden ernster denkenden Mann mit schwerer Sorge erfüllen muß. Die Ergebnisse hat Sehring gefunden, indem er ganz genau für jeden einzelnen Kreis Jahr für Jahr den Geburtenüberschuß ermittelt und feststellt, welche Einwohnerzahl hiernach der betreffende Kreis von 1871 bis 1905 erreicht haben müßte, welche Einwohnerzahl tatsächlich vorhanden ist und wie hoch sich somit der Verlust beziffert, den der betreffende Kreis durch die Abwanderung erlitten hat. Ich muß mich natürlich auf die großen zusammenfassenden Zahlen beschränken und kann hier nur anführen, daß die Landbezirke Ostpreußens danach vom Zuwachs rund 100% gleich etwa 0,7 Millionen, die Westpreußens 70% gleich 0,5



Millionen verloren haben. Und wenn auch hiernach gegen 1871 die gesamten Landbezirke in Ostpreußen noch ihre Bevölkerungszahl behauptet, in Westpreußen noch um etwa 30% vermehrt haben, so sehen wir daneben doch die betrübende Erscheinung, daß verloren haben z. B. Kreis Preuß.-Holland 15,5 %, Darkehmen 13,6 %, Angerburg 15,5 % ihrer Bevölkerungszahl von 1871. Daß das so nicht weitergehn kann und darf, darüber sind wohl alle verantwortungsvollen Stellen der Staatsverwaltung einig und wenn demgegenüber in allen polnischen Bezirken, sowohl der Provinz Posen, wie der angrenzenden Provinzen, eine sehr starke Zunahme der Bevölkerung zu verzeichnen ist, so wird die Aufgabe, hier Wandel zu schaffen für das Deutschtum doppelt dringend und gebieterisch. Daß die Wanderungsverluste für die Provinz Preußen einem Kapitalverluste von rund 5 Milliarden Mark gleichzusetzen sind, könnte noch als das weniger schwere Moment angesehen werden. Die Zurückbleibenden sind ja um solche Kapitalien nicht gerade ärmer geworden, wenn auch das wirtschaftliche Emporblühen durch so gewaltige Menschenverluste mehr oder weniger unmöglich gemacht wird. Viel schwerer ins Gewicht fällt für das Wohl Preußens wie des Deutschen Reiches ein anderes Moment.

Wir sind heute wohl darüber einig, daß der Kulturaufstieg der Menschheit für den einzelnen bedingt ist durch das Behaupten und den Aufstieg seiner Nation. Von einem Kulturfortschritt, der nicht auf der nationalen Volksgrundlage sich aufbaut, wollen wir nichts wissen. Das Vaterland ist die Grundlage unserer Existenz wie unserer Kultur und so soll es bleiben. Nun wissen wir, wie schwere Opfer an Geld und Blut das deutsche Volk zu bringen hatte, ehe es ihm gelang, sich zu kraftvoller und mächtiger Einheit zusammenzuschließen und diejenige Stellung unter allen Nationen einzunehmen, die ihm gebührt. Wer könnte kaltherzig genug sein, um ohne tiefes Mitgefühl an die schweren Blutopfer zu denken, welche zu bringen waren, wer aber könnte leichtherzig genug sein, um zu glauben, daß in absehbarer Zeit ein Zustand eintreten könnte, bei welchem die einzelne Nation nicht mehr wie bisher ihre volle Kraft mit Geld und Blut einzusetzen hätte, um jede Bedrohung ihrer nationalen Selbständigkeit abzuwehren. Wir brauchen dafür Geld und immer wieder Geld, noch nötiger aber brauchen wir Menschen, und wenn wir heute Frankreich in der Menschenzahl so gewaltig überflügelt haben, daß man dort wahrscheinlich trotz aller Großsprechereien mit schwerer Sorge an die Möglichkeit eines ernstesten Waffenganges mit Deutschland denkt, so danken wir dies



in hervorragendem Maße der stärkeren Menschenerzeugung des Landes, wobei Ost- und Westpreußen in erster Linie stehen, wenn sie auch von Posen allerdings noch etwas übertroffen werden. Auf 1000 Einwohner hatte Ostpreußen 32,4, Westpreußen 37,8 Geburten, während Berlin nur 22,2, Hamburg nur 24,0 aufweisen. Und wenn wir die Militärkraft selbst ins Auge fassen, so stehen die beiden Provinzen noch glänzender da, Ostpreußen an allererster Stelle, denn gegen 4,10 % der Bevölkerung des Reichs stellt es 5,58 % der Soldaten, d. h. Ostpreußen stellt 1,3 % seiner Bevölkerung zur Friedenspräsenz gegen 1 % des Reiches!! Westpreußen gegen 3,01 % Bevölkerung 3,70 % Soldaten, Berlin gegen 2,81 % der Bevölkerung nur 1,38 %, Hamburg gegen 1,11 % der Bevölkerung nur 0,54 % der Soldaten. Hieraus ergibt sich mit voller Klarheit, in wie hohem Maße die militärische Kraft des Reiches beruht auf der Gesundheit der Provinzen und des flachen Landes, in wie hohem Maße sie gefährdet ist durch das ungesunde Anschwellen der großen Städte. Wir haben ja vorläufig noch immer eine starke Bevölkerungszunahme. Die letzten Jahrzehnte zeigen aber leider auch bei uns Erscheinungen, welche uns mit ernster Besorgnis erfüllen müssen. Während wir im Jahrzehnt 1871 bis 1880 auf 1000 Einwohner noch 40,9 Geburten in Preußen hatten, ist diese Zahl regelmäßig zurückgegangen und der Rückgang hat namentlich im letzten Jahrzehnt ein so bedenkliches Tempo angenommen, daß die Geburtenziffer für das Deutsche Reich im Jahre 1910 nur 29,8 betrug und die hohe Bevölkerungszunahme sich nur ergibt aus der freilich sehr erfreulichen Herabsetzung der Sterbeziffer, welche indes mit 16,2 auf 1000 Köpfe wohl nahe an der erreichbaren untersten Grenze angelangt ist. Frankreich mit 19,7 Geburten bei 17,9 Sterbezahlen bleibt freilich sehr weit hinter uns zurück, doch haben wir allen Anlaß mit der ernstesten Sorge das Zurückgehen unserer Geburtenziffer ins Auge zu fassen, mit allen Kräften und allen Mitteln dahin zu wirken, daß das Zusammenballen unseres Volkes in enge Bezirke und große Städte so viel wie möglich gemäßigt und dagegen eine gleichmäßigere Verteilung der Bevölkerung über die gegenwärtig schwächer besiedelten Bezirke angestrebt werde. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn auch in den gegenwärtig überwiegend landwirtschaftlichen Bezirken des Ostens die Industrie zu einer kräftigen Entwicklung gebracht wird. Die Landwirtschaft selbst hat das allergrößte Interesse daran, daß sie umgeben ist von einer starken kaufkräftigen städtischen und industri-



ellen Bevölkerung, welche ihre Produkte gern aufnimmt und an Ort und Stelle ohne jeden Frachtverlust gut bezahlt. Mag auch die Sorge um die Entziehung von Arbeitskräften teilweise berechtigt sein, so muß sich doch auch die Landwirtschaft entschließen, von zwei Übeln das kleinere zu wählen. Gegenwärtig entzieht die westliche Industrie der östlichen Landwirtschaft Arbeitskräfte und führt sie von der Heimat weit hinweg. Gingen diese Arbeitskräfte in eine östliche Industrie hinein, so wären sie zwar gleichfalls als Arbeiter der Landwirtschaft verloren, ständen ihr aber als kaufkräftige Abnehmer zur Verfügung, so daß dieser Fall wohl unbedingt als das bei weitem kleinere Übel zu bezeichnen ist. Außerdem zieht die Industrie auch aus andern Bezirken Arbeitskräfte, d. h. Konsumenten für die Landwirtschaft, heran. In unserm eigenen Betrieb sind mehr als tausend vom Süden und Westen gekommene Arbeiter beschäftigt, d. h. wir haben der Landwirtschaft unseres Bezirks etwa 3000 Brotesser zugeführt. Wäre es möglich gewesen, die starke Volksvermehrung des Ostens in der Heimat festzuhalten, so würde die Bevölkerung von heute groß genug sein, um die gesamte landwirtschaftliche Produktion an Getreide wie Fleisch zum allergrößten Teile im Bezirke selbst zu verzehren und es würde einer Ausfuhr auf weite Entfernungen hinaus kaum bedürfen. Daß aber eine stärkere industrielle Entwicklung ohne einen leistungsfähigen billigen Wasserweg so gut wie ausgeschlossen ist, wird kaum jemand bestreiten, der mit diesen Verhältnissen einigermaßen vertraut ist. Auch die bisherige Entwicklung der Industrie in den begünstigteren Teilen Deutschlands läßt klar erkennen, wie sehr der Wasserweg von ihr aufgesucht wird. Bei den Verhandlungen über die große Kanalvorlage Ende des vorigen Jahrhunderts legte die Regierung unter anderm auch eine Denkschrift vor, welche nachweisen sollte, welcher Unterschied sich kenntlich gemacht habe in der industriellen Entwicklung zwischen den an Wasserwegen gelegenen Bezirken und solchen ohne Wasserweg.

Als Vergleichsgrundlage wurde gewählt die Zahl der per qkm industriell Erwerbstätigen für die Jahre 1882 und 1895. Die an Wasserstraßen gelegenen Bezirke hatten 1882 18 098, 1895 26 034 Erwerbstätige auf das qkm, also eine Zunahme von 7936. Für die Bezirke ohne Wasserstraßen sind die Zahlen 10 765 und 12 237, also eine Zunahme von nur 2472 Erwerbstätigen. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen an Wasserwegen stieg für die Bezirke westlich von Berlin



von 1,49 auf 2,24 Millionen Erwerbstätiger, ohne Wasserstraßen von 1,87 auf 2,24 Millionen Erwerbstätiger, mit Wasserstraße also 871 000, ohne Wasserstraße 368 000 Zunahme. Östlich von Berlin waren die Zahlen 864 000 und 1 176 000, also 312 000 Zuwachs mit, gegen 865 000 und 1 053 000, also nur 188 000 Zuwachs ohne Wasserweg. Auch hier sehen wir ganz unverkennbar, wie großen Wert die Industrie auf das Wasser legen muß und wie sie danach strebt, an das Wasser zu kommen. Die Berliner Groß-Industrien haben ja in ganz auffallender Weise ihre Betriebe aus dem Innern Berlins heraus, an die neugeschaffenen Wasserstraßen gelegt und wenn es möglich wäre, diese Entwicklung bis in die Neuzeit etwa bis 1910 zu verfolgen, so würde zweifellos noch viel schärfer hervortreten, in wie großem Umfange die Industrie an den Wasserweg gebunden ist. Selbstverständlich würde es verkehrt sein, nun alles von der industriellen Entwicklung zu erwarten, dazu wäre schon der Gang dieser Entwicklung ein viel zu langsamer, da es keineswegs leicht ist, Industrie zu schaffen und in größerem Umfange zu schaffen in Bezirken, wo sie bisher wenig zu Hause war. Aber meine Herren, trotzdem muß es gelingen, die Industrie in die weniger dicht bevölkerten Gegenden hineinzubringen, und der rheinisch-westfälische Industriebezirk ist ja beinahe eine etwas ausgedehnte gewaltige Großstadt. Unser wertvollstes Volksgut, unsere Menschenkraft, leidet bei dieser Zusammendrängung. Nicht nur geht die Geburtenzahl zurück, auch das heranwachsende Geschlecht bringt nicht die kernige Gesundheit mit, deren die ländlichen Bezirke sich erfreuen. Daneben sind sozialpolitische Momente von der allergrößten Wichtigkeit. Wir müssen danach streben, unsere Arbeiterschaft, auch die industrielle, wieder in Verbindung zu bringen mit dem Boden.

Wir müssen suchen, sie anzusiedeln, um das Zentrum der Betriebsstelle herum, in guten, gesunden Wohnungen, und müssen suchen, jedem ein Stückchen Gartenland, oder eine kleine Ackerparzelle zu geben, auf welchem Gemüse und Kartoffeln, womöglich auch etwas Obst für die Familie gewonnen, auf welchem die Mußestunden in gesunder angenehmer Arbeit verwertet werden, auf welchem auch der Arbeiter wieder sich als zum Boden des Vaterlandes gehörig und den Boden des Vaterlandes als auch ihm gehörig empfindet.

Die schwere Schädigung, welche die Verschärfung der Klassengegensätze in sich birgt, wird auf solchem Wege leichter sich über-

winden lassen und überwunden muß sie schließlich doch werden, wenn auch die Sozialdemokratie noch so erbittert dagegen ankämpft und deshalb all solchen Maßregeln mit instinktivem Widerwillen entgegenarbeitet. Neben der Fürsorge für die industrielle Entwicklung aber muß alsdann unbedingt in möglichst großem Umfange eine bäuerliche Kolonisation hergehen, wie sie ja in den verschiedensten Teilen Preußens mit großer Energie in Angriff genommen worden ist und auch schon sehr erfreuliche Erfolge zu verzeichnen hat. Wenn auch der Großgrundbesitz dabei einen Teil seiner Flächen für die bäuerliche Ansiedlung hergibt, so wird er dagegen erkaufen eine Minderung seiner Abhängigkeit von der Haltung auswärtiger Regierungen. In dem Augenblick, wo Rußland und Österreich etwa ihr kostbares Menschenmaterial im eigenen Lande zurückhalten und die Auswanderung landwirtschaftlicher Arbeiter verhindern wollten, würde ja unser großer Grundbesitz vor einer Katastrophe, ja nahezu vor dem Stillstand stehen. Es sind 300 000—400 000 ausländische Arbeiter, welche gegenwärtig nach Deutschland hineinströmen. Ohne sie müßte der Großbesitz seinen Betrieb nahezu einstellen. Bietet da nicht eine Bauernansiedlung in großzügigem Maßstabe Aussicht aus der erfahrungsgemäß großen Nachkommenschaft, auch wieder Arbeitskräfte für den Großbesitz zu gewinnen? Jedenfalls gebietet das wichtigste Staatsinteresse, daß wir für den Osten eine geschlossene deutsche Bevölkerung schaffen müssen, wie sie nur die deutsche Bauernsiedlung verbunden mit deutscher Industrietätigkeit zu schaffen vermögen. Es handelt sich nach meinem Dafürhalten hier um eine Lebensfrage des deutschen Reiches. Man mag noch so viel von der fortschreitenden Gesittung, von der Einsicht in die Widersinnigkeit brudermörderischer Kriege usw. erwarten, kein Mensch, der die Geschichte kennt, kann sich dem verschließen, daß nach wie vor das Streben durch die großen Völkerfamilien geht, die eigene Macht und Herrschaft auf Kosten der andern auszudehnen, fremde Nationen zu beschränken und zu unterdrücken, die eigene Nation zur Herrschaft und Macht ausdehnung emporzuführen. Im Westen gibt es für Deutschland kaum eine Gefahr, auch diese Dinge und Machtfragen werden in letzter Instanz durch die Menschenzahl entschieden, und ein in dieser Beziehung so weit zurückbleibendes Volk, wie das französische, kann dem kräftig emporwachsenden deutschen Volk nicht eine ernste Gefahr werden. Anders liegt es mit unsern slavischen Nachbarn im Osten. Rußland ist



freilich seit 150 Jahren ein wertvoller und auch ziemlich treuer Freund des deutschen Volkes, namentlich Preußens, gewesen. Dürfen wir hierauf aber mit Sicherheit auch für die Zukunft rechnen? Wir wissen heut, wie nahe wir wiederholt vor dem Kriege standen. Außerdem wer wollte verkennen, daß gegenwärtig die großen Geschicke der Völker nicht von den Regenten, sondern von den Völkern selbst und den diese mit mächtiger Gewalt beherrschenden Strömungen und Stimmungen bestimmt werden. Wir wissen alle, daß die großen slavischen Völkerstämme eine anscheinend instinktive Abneigung gegen das Germanentum zeigen und wir müssen uns sagen, daß wir eher mit einem Anwachsen als einer Abnahme solcher Stimmungen zu rechnen haben. Nun ist Rußland schon heute mit seinen 130 Millionen Seelen und seinem gewaltigen Landbesitz allen anderen europäischen Staaten und Völkern weit überlegen. Seine Geburtenzahl steht mit $3\frac{1}{2}$ Millionen jährlich an der Spitze aller und wenn es gelingt, auch die Lebensdauer des Volkes zu erhöhen, seine Sterbeziffer herabzusetzen, so wird das Überflügeln der andern in der Kopffzahl noch stärker in die Erscheinung treten. Daß unser Osten unter diesen Verhältnissen die Vorhut des Deutschen Reiches an seiner gefährdetsten Stelle ist, liegt klar auf der Hand und daß diese Vorhut stark gefährdet ist, wenn sie nicht aus einer geschlossenen deutschredenden und deutschfühlenden Bevölkerung besteht, wird ohne weiteres anerkannt werden.

Und gerade für solche Bestrebungen ist der Wasserweg der Eisenbahn überlegen! durch die dezentralisierende Wirkung des Wassers gegenüber der zentralisierenden Wirkung der Eisenbahn. Der Eisenbahnverkehr ist an die starre Eisenschiene gebunden. Solange noch Personen- und Güterverkehr auf derselben Schiene sich abwickeln (und dies wird, von Ausnahmefällen abgesehen, wohl noch sehr lange der Fall sein), solange bedingt die Gefährlichkeit des Betriebes eine sorgsame Überwachung, eine Fülle von Menschen auf den Zügen, der Strecke, wie auf den Bahnhöfen. Haltepunkte werden über eine ziemlich eng gezogene Grenze in der Zahl nicht hinausgehen können, weil sonst die örtlichen Kosten die zu erwartenden Einnahmen zu stark mindern würden. Anders beim Wasser. Überwachungs- und Sicherheitskosten sind gleich Null, jede 100 Meter des Ufers sind Haltepunkte, auf 1 Kilometer Wasserlauf können an beiden Seiten bequem 10 Halte- und Ausladestellen, auch für große



Betriebe ausreichend, geschaffen werden. Wenn jeder Betrieb 200 Meter Uferfront hat, so kann er daran mehr als einen Kran arbeiten lassen, der ohne Schwierigkeit 75 000 bis 100 000 Tonnen im Jahre ent- und beladen kann. Eine solche Betriebsstätte kann tief auf das Land hinaus 500 auch 1000 Meter weit seine Anlagen ausdehnen und daß auf einer Fläche von 100 000 oder 200 000 Quadratmeter auch Riesenbetriebe genügend Raum haben, bedarf keiner weiteren Erörterung. Aus all diesen Gründen glaube ich, daß wir nicht leicht für die Entwicklung unserer Wasserstraßen zuviel tun können und daß jedes Jahr, welches ungenützt verstreicht, ohne ihren Ausbau und ihre Weiterentwicklung zu fördern, als ein schwerer nationaler Verlust angesehen werden muß.

Nach meiner Überzeugung ist an sich der Wasserweg für die Güterbewegung und die industrielle Entwicklung wichtiger und wertvoller als die Eisenbahn. Selbstverständlich nicht in dem Sinne, daß er die Bahn ersetzen oder zu einer Einschränkung weiterer Bahnbauten führen dürfte. Die Bahn fährt natürlich schneller und zuverlässiger. Das Schiff braucht 4 bis 5 Tage, wo die Eisenbahn mit einem Tage auskommt, Nebel und kurze Tage, die den Schiffer hindern, sind für die Bahn bedeutungslos. Aber die Rohstoffe und Kohle sind für jeden Betrieb die Hauptsache, ihr Verbrauch ist so gleichmäßig, daß auch bei längerer Fahrdauer der Betrieb unschwer gesichert ist. Außerdem bürgen die Fortschritte in den Schiffsmotoren (Ölfeuerung usw.) dafür, daß auch die Schnelligkeit und Unabhängigkeit der Schiffe wächst, während die Billigkeit der Fracht für viele Betriebe erst die Existenzmöglichkeit und Lebensfähigkeit schafft. Die Bahn kann freilich vor allen Dingen überall hingelangen, der Wasserweg nicht — aus dem sehr triftigen Grunde, weil an sehr vielen Orten kein Wasser vorhanden ist, auf dem man fahren könnte. Gerade der Osten ist aber in der glücklichen Lage, in seinen hochgelegenen Seengebieten Wasser-Sammelbecken zu besitzen, welche die größte Sorge des Kanalbauers — ausreichende Wasserversorgung — völlig ausschalten und jedem Kanalbauer müßte das Herz bluten, wenn er solche Schätze ungenutzt lassen sollte. Sind andere wasserarme Bezirke von der Wohltat des Wasserweges ausgeschlossen, so wird dadurch keineswegs beeinträchtigt sein Wert für die für ihn erreichbaren Gebiete. Außerdem muß allerdings gefordert werden, daß den Hauptwasserwegen, da, wo sich irgend die Möglichkeit



bietet, von seitwärts her zuführende kleine Wasserwege angeschlossen werden, welche einerseits die billigen Frachten möglichst weiten Bezirken zugänglich machen und andererseits auch den Hauptwegen wertvolle Gütermengen zuführen, welche die Anlagekosten derselben reichlicher verzinsen und schneller tilgen helfen. Selbstverständlich müssen ferner sämtliche Wasserstraßen Deutschlands mit einander in Verbindung gesetzt werden und dem Ostkanale fiele alsdann die sehr wichtige Aufgabe zu, von Königsberg, Insterburg her eine durchgehende Wasserstraße zu schaffen zur Oder, Elbe, Weser, Rhein. Daß eine solche durchgehende Wasserstraße auch im Kriegsfall von der allergrößten Bedeutung ist, bedarf kaum noch besonderer Ausführung. Abgesehen von den militärischen Vorteilen, bietet sie die Möglichkeit, wenn uns wirklich einmal eine überlegene Flotte unsere deutschen Häfen schließen sollte, die Ausfuhr nach neutralen holländischen und belgischen Häfen zu führen, oder selbst nach Marseille, Genua, Triest, Konstantinopel. Wasserverbindung zwischen Elbe und Donau, zwischen Rhein und Rhone, selbst die Übersteigung mäßiger Gebirgsrücken werden ernsthaft geplant und sind keineswegs als Phantastereien von der Hand zu weisen. Das gewaltige Anwachsen des Verkehrs bezahlt schließlich auch sehr teure Anlagen und von dem Umfang dieses Anwachsens haben auch sehr weitblickende Staatsmänner und Volkswirte noch vor 50 Jahren sicherlich nicht und auch noch vor 25 Jahren wahrscheinlich nicht die richtige Vorstellung gehabt. Der Wasserverkehr Deutschlands ist gestiegen von 4,8 Milliarden Tonnenkilometern im Jahre 1885 auf 7,5 1895, 18 1910 und wird wahrscheinlich 1920 30, 1940 60 Milliarden Tonnenkilometer betragen. Daneben ist der Bahnverkehr gestiegen von 16 Milliarden Tonnenkilometer auf 25 und 56 (1910), sein Anwachsen auf 80 Milliarden 1920 und 120 Milliarden 1940 ist keineswegs eine übertriebene Annahme. Bei solchen Ziffern spielen dann aber auch hunderte von Millionen von Anlagekosten keine Rolle mehr, ihre Verzinsung und Tilgung wird spielend ermöglicht.

Ist aber die nationale Gefahr groß, dann dürfen wir auch sagen, daß Gefahr im Verzuge ist und daß alle Maßregeln, welche geeignet sind, die deutsche Bevölkerung des Ostens zu mehren und zu stärken, ohne jeden Verzug ergriffen und zur Ausführung gebracht werden müssen. Daß ein Kanal geeignet ist, hierbei sehr wirkungsvoll mitzuhelfen, wird wohl



ohne weiteres zugegeben werden. Sehen wir nun einmal zu, welche Gründe gegen seine Ausführung geltend gemacht werden können. Nicht unerwähnt möchte ich dabei lassen einen Grund, der gerade von den östlichen Kanalgegnern häufig angeführt wird, nämlich, daß die größere Kälte des Ostens einen Kanal solange sperren würde, daß die Nutzwirkung dadurch ganz erheblich gemindert werde. Die tatsächliche Frostsperrre ist auf Grund langjähriger Erfahrungen ermittelt worden für das Rheingebiet auf etwa 20, das Emsgebiet auf 29, das Wesergebiet auf 20, das Elbegebiet auf 45 Tage. Die Jahresdurchschnittswärme betrug im Jahre 1910 in Deutschland 9,0, in Marggrabowa 7,1, Bromberg 8,6, Magdeburg 9,6, Mannheim 10,1, Neuwied 10,0 Grad Celsius. Die höchste Frosttemperatur in Marggrabowa 16,4, Bromberg 12,7, Magdeburg 7,7, Mannheim 8,5, Neuwied 5,6 Grad unter Null. Wenn wir bei dieser Sachlage die Frostsperrre für den Osten um zwei Drittel höher greifen als für die Elbe, also auf 75 Tage des Jahres, dann malen wir sicher nicht zu rosig. Es wird aber jeder im Verkehrsleben stehende ohne weiteres zugeben, daß es keine Schwierigkeit hat, sich mit solcher Frostsperrre abzufinden.

Man bezieht eben die erforderlichen Materialien im Herbst in solchen Mengen, daß man über den Winter hinweg kommt, oder wenn wirklich mal während der Winterzeit eine Kleinigkeit auch per Bahn bezogen werden muß, so fällt die hierfür aufzuwendende Mehrfracht wenig ins Gewicht gegenüber den Ersparnissen, die der Wasserweg in 9—10 Monaten des Jahres zu machen gestattet. Die sonst wohl früher stark betonte Schädigung der Eisenbahnfinanzen wird ebenfalls nicht allzu schwer wiegen, nachdem die Eisenbahnverwaltung selbst wohl in den letzten Jahren dahin gekommen ist, ausreichenden Ersatz für entgehende Frachten aus dem wirtschaftlichen Emporblühen der durch Kanäle erschlossenen Bezirke zu erwarten. Da bleibt denn nun als schwerster Gegengrund das Bedenken, wird der Kanal in absehbarer Zeit annähernd eine Verzinsung des aufzuwendenden Kapitals gewähren können? Diese Frage wird leider nicht mit Bestimmtheit bejaht werden können und zwar aus dem entscheidenden sehr triftigen Grunde, daß die starke, verkehrsbedürftige und verkehrsschaffende Bevölkerung eben fehlt. Wollten wir von der baldigen Verzinsung den Bau abhängig machen, so würden wir aus dem bösen Kreise niemals herauskommen, daß der Kanal sich nicht verzinsen kann, weil Bevölkerung fehlt und daß



die Bevölkerung sich nicht bilden kann, weil der Kanal fehlt. Hier hilft es nicht, der Staat muß vorläufig für seine höheren Zwecke finanzielle Opfer bringen. Herr Professor Ehlers hat in seinem Voranschlag die Kosten des Kanals veranschlagt auf etwa 82 Millionen Mark, dafür sollen 322 Kilometer Hauptkanal und 263 Kilometer Seitenkanäle, zusammen 585 Kilometer Wasserstraße geschaffen werden. Das Kilometer Wasserstraße stellte sich dann auf etwa 140 000 Mark, ein verhältnismäßig geringer Betrag, der sich nur daraus erklärt, daß die vorhandenen Seen und Wasserläufe, die Natur des zu durchschneidenden Geländes die Ausführung eben sehr viel günstiger gestalten, als dies gewöhnlich der Fall ist. Hätten wir heut schon eine Gesetzgebung, wie sie die Bodenreformer anstreben oder befände sich der Staat in der Lage, in welcher sich die amerikanischen Staaten beim Bau der großen Eisenbahnen befanden, daß das anliegende Gelände noch mehr oder weniger herrenlos oder Staatseigentum wäre, so würde es eine Kleinigkeit sein, die Kanalbauten ohne jede Belastung zu decken. Man brauchte gar nicht das zu durchschneidende Gelände vollständig den Bauunternehmern zu überweisen, die Wertsteigerung dieses Geländes würde vollständig ausreichen, um ein Mehrfaches der Baukosten zu decken. Auch ein ziemlich entschiedener Gegner der Wasserstraße wird zugeben, daß die wertsteigernde Wirkung derselben auf mehr als 5 Kilometer seitwärts sich erstrecken würde. Nehmen wir nun an, daß das Gelände seitwärts der Kanallinie bis auf 1 Kilometer Abstand um 400 Mark, auf 2 Kilometer Abstand um 200 Mark und auf die letzten 2 bis 5 Kilometer Abstand um nur 100 Mark pro Hektar im Werte sich erhöht, dann erhalten wir folgende Wertsteigerung für einen Kilometer Länge:

200 Hektar zu	400 Mark	=	80 000 Mark
200	„	200	„ = 40 000 „
600	„	100	„ = 60 000 „
<hr style="width: 50%; margin: 0 auto;"/>			
zusammen 180 000 Mark			

d. h. mehr als die volle Deckung der Kosten, welche aufzuwenden sind, um den Kanal herzustellen. Daß aber Wertsteigerungen von 400, 200 oder 100 Mark für das Hektar gleich 100, 50 oder 25 Mark für den Morgen viel zu niedrig gegriffen sind, wird ohne weiteres zugegeben werden müssen. Man braucht gar nicht an die Wertsteigerungen zu denken, wie sie sich in lebhaften Industriebezirken gestalten, wo sie mit Leichtigkeit bis in die Zehntausend pro Hektar gehen, man wird in jedem Falle zugeben müssen, daß die zu erwartende Wertsteigerung des Geländes die Baukosten des Kanals vollständig



aufwiegen würde. Daß außerdem die zu gewinnende elektrische Kraft von 30 400 Pferdestärken (mit 300 Mark für 1 Pferdestärke) einen Kapitalwert von 9 bis 10 Millionen Mark darstellt, mag beiläufig wenigstens erwähnt werden. Wenn wir auf den Standpunkt treten, daß der Staat ein Ganzes ist, so werden wir ohne weiteres zugeben müssen, da die Aufwendung von 82 Millionen Mark für den Kanal durch die Wertsteigerung völlig gedeckt wird, daß ein Verlust an Nationalvermögen nicht entsteht. Die durch den Kanal aber alsdann zu erwartende Befruchtung und Hebung des gesamten Wirtschaftslebens, die Schaffung von Arbeitsgelegenheit für Hunderttausende fleißiger Menschen, die Schaffung neuer Werte aus Naturschätzen, welche gegenwärtig wertlos sind, weil der erforderliche billige Verfrachtungsweg fehlt, all dies sind reine Gewinne, deren Höhe und Umfang sehr schwer zu überschätzen sind.

Fassen wir die Rentabilität des Ostkanals selbst ins Auge, so werden wir damit rechnen müssen, daß ein, vielleicht auch zwei Jahrzehnte vergehen, ehe von einer Verzinsung sich wird sprechen lassen. Nach dieser Zeit aber wird man, wie ich glaube, auch eine Verzinsung erwarten dürfen. Als Anlagekapital sind, wie erwähnt, 82 Millionen Mark berechnet. Sehen wir zunächst mal für 30 Jahre von einer Tilgung ab, dann werden wir mit einem Jahresbedarf zu rechnen haben von etwa 4 Millionen Mark für Verzinsung, Unterhaltungs- und Betriebskosten. Hiervon dürfen wir billigerweise ein Viertel dem übrigen Wasserstraßen-System Deutschlands zuweisen, da der Ostkanal in hervorragendem Maße ein Zubringer für dieses System sein wird. Er selbst müßte aufbringen also etwa 3 Millionen Mark, und wenn wir in Rücksicht auf die verhältnismäßig hohe Summe, gegenüber einem voraussichtlich zunächst schwachen Verkehr Kanalabgaben von 0,75 Pfg. für das Tonnenkilometer zugrunde legen, so würde ein Verkehr von 400 Millionen Tonnenkilometer erforderlich sein, um diese 3 Millionen Mark aufzubringen. Es würde hierzu bedürfen einer Verkehrsmenge von etwa $1\frac{1}{3}$ Millionen Tonnen, welche auf etwa 300 Kilometer Entfernung zu befördern wären.

Es müßten also je etwa 670 000 Tonnen Ausfuhr und Zufuhr befördert werden. Läßt sich das erwarten? Zunächst die Ausfuhr! Preußen erntete 1911 etwa 958 000 Tonnen Roggen und Weizen, 840 000 Tonnen Hafer und Gerste, 2 600 000 Tonnen Kartoffeln. Davon sind auszuführen etwa 550 000 Tonnen Brotgetreide, 400 000 Tonnen Hafer und Gerste, 150/200 000? Tonnen



Kartoffeln oder Kartoffelfabrikat. Ist es zuviel, wenn man annimmt, daß ein Drittel, 250/300 000 Tonnen, den Kanal benutzen würde? An Holz versendet die Regierungs-Bezirk Allenstein etwa 120—150 000 Tonnen, die wohl meist den Wasserweg nehmen würden. Für ganz Ostpreußen würde das Holz wohl das Doppelte ausmachen. Westpreußen konnte nur mit einem Drittel seiner Produktion in Betracht kommen, würde dann aber auch 100/150 000 Tonnen zur Verfrachtung dem Kanal zuführen. Landwirtschaft und Forst würden also wohl in beiden Provinzen 400 000 und 200 000 Tonnen durch das Wasser befördern lassen. Ein Mehrpreis von 10 Mark Frachtersparnis auf die Tonne würde den Landwirten 4 Millionen, den Forsten 2 Millionen Mehrertrag bringen. Das nationale Einkommen würde Gewinn verbuchen, wenn auch die Eisenbahn einige Jahre eine kleine Einbuße haben könnte, die den Gewinn des Forstfiskus wahrscheinlich nicht erreicht. Für die Zufuhr kämen Kali, Kohle, Eisen hauptsächlich in Betracht — daneben natürlich manche andere Dinge.

Rechnen wir aber nochmal nach anderer Methode. Die vom Kanal selbst berührten und durchschnittlichen 15 Kreise haben einschließlich der Stadt Thorn rund 900 000 Einwohner. Der durchschnittliche Wasserverkehr Deutschlands ergab 1910 rund 300 Tonnenkilometer auf den Kopf der Bevölkerung, und diese Zahl wird bis zum Jahre 1920 sicherlich auf 400 Tonnenkilometer gestiegen sein. Daß der Ostkanal vor 1920 betriebsfertig sein wird, ist wohl zu wünschen und zu hoffen, aber nicht gerade zu erwarten. Im Anfang wird der Verkehr, wie die Erfahrung dies zeigt, keineswegs die zur Verzinsung erforderliche Höhe erreichen, dagegen dürfte es nicht zu sanguinisch sein anzunehmen, daß im Jahre 1930 ein Verkehr von vielleicht 200 Tonnenkilometer, 1940 ein solcher von 300 Tonnenkilometer sich findet, der um 1945 wohl die erforderlichen 400 Tonnenkilometer pro Kopf erreicht haben würde und dann anfangs, die Jahresdefizits der früheren Jahre durch die Überschüsse der folgenden zu tilgen. Bei anderen Kanälen sind nach etwa 6 Jahren 100 Prozent des berechneten Anfangsverkehrs erreicht, nach 10 Jahren meistens 150 bis 170 Prozent, und wenn auch, wie ohne weiteres zugegeben werden muß, die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung des Ostens auch weniger günstige Ergebnisse des Kanalverkehrs erwarten läßt, so dürfen wir doch hoffen, daß gerade



die Schaffung des Wasserweges neues Wirtschaftsleben wachrufen und diese Verhältnisse bessern wird.

Sie werden sagen, ich sei ein großer, vielleicht gar ein phantastischer Optimist. Das erstere nehme ich an, das zweite lehne ich ab. Ich bin allerdings mein Leben lang Optimist gewesen, aber niemals phantastisch. Wenn ich nicht stets mit den Beinen auf der Erde geblieben wäre, würde es mir wohl kaum möglich gewesen sein, das zu erreichen, was ich in meiner wirtschaftlichen Tätigkeit erreicht habe. Und sind denn nicht schließlich all die Menschen, welche die Welt vorwärts gebracht haben, Optimisten gewesen? Hätte wohl der Große Friedrich den Bromberger Kanal gebaut, der sicherlich nicht seine Zinsen deckte, wenn er nicht Optimist und gleichzeitig weitblickender Staatsmann gewesen wäre, der wußte, ein wie festes Band er damit um die weitgetrennten Glieder seines Staates schlang? Stefan, der Begründer des Weltpostvereins, Ballin, der geniale Leiter der Hamburg—Amerika-Linie, Rathenau, der ebenso geniale Begründer und Entwickler der A. E. G., Krupp in seinem zähen Vertrauen auf das Gelingen seiner Bemühungen um die Findung des besten Stahls, Thyssen, Stinnes, Kirbach und all die großen Kapitäne der industriellen Entwicklung — glaubt irgend jemand, daß sie ihre bewundernswerten Erfolge errungen hätten, wenn sie nicht Optimisten gewesen wären, nicht sicher überzeugt, daß der Erfolg ihren weit aussehenden Plänen nicht fehlen werde? Optimist also bin auch ich, und so bin ich auch überzeugt, daß die glänzende Verkehrsentwicklung, in welcher Deutschland seit einer Reihe von Jahrzehnten sich befindet, auch weiter gehen wird. Allerdings ist die Voraussetzung dafür, daß es uns gelingt, unserem deutschen Volke seine volle physische und, was noch wichtiger ist, seine sittliche Gesundheit und Kraft zu erhalten, ohne welche seine bisherigen Erfolge nicht möglich gewesen wären, und ohne welche auch Erfolge der Zukunft nicht zu erwarten wären. In wie hohem Maße ich aber von den zu erbauenden Wasserstraßen eine segensreiche Wirkung auch nach dieser Richtung hin erwarte, das habe ich bereits ausgeführt.

Es kann nicht die Aufgabe meines Vortrages oder der Verhandlungen dieser Versammlung sein, technische oder finanzielle Einzelheiten tief eindringend zu behandeln. Die Frage: Bauen oder nicht bauen kann nicht davon abhängig gemacht werden, ob die Jahresbelastung eine Million Mark mehr oder weniger beträgt; nach meinem Dafürhalten dürfen nur die



großen Gesichtspunkte des Staatswohls den Ausschlag geben.

Lassen sie mich noch einmal zusammenfassend das wichtigste wiederholen:

Wasserwege sind an sich von der höchsten Wichtigkeit für die menschliche Kulturentwicklung.

Wasserwege ersparen im Wirtschaftsleben gewaltige Jahressummen an Frachtkosten.

Wasserwege machen viele Dinge erst bewegbar und verwertbar, die ohne sie tot und wertlos sind und bleiben.

Wasserwege verteilen das Wirtschaftsleben, wie die Bevölkerung über weitere Flächen, während die Eisenbahnen zusammenziehend wirken.

Wasserwege wirken infolgedessen steigend auf die Volksvermehrung, während die industrielle und städtische Zusammenziehung hindernd wirken.

Wasserwege sind auch militärisch von allerhöchster Wichtigkeit, sie stärken die militärische Stoß- wie Verteidigungskraft.

Die Hebung des Wirtschaftslebens wieder der Bevölkerung des Ostens ist eine der wichtigsten Aufgaben der Staatsverwaltung.

Der Ostkanal wird auf den vom Großen Friedrich gewiesenen Wegen im Frieden eine neue Provinz erobern und uns ein neues Armeekorps schaffen.

Und nun lassen sie mich zum Schluß noch ein Gefühlsmoment in die Wagschale werfen. Ich bin sonst gerade kein Freund davon, Gefühlsmomente in wirtschaftliche Fragen hineinzutragen, Sie werden aber aus meinen Ausführungen entnommen haben, daß es sich für mich nicht ausschließlich um eine wirtschaftliche Frage handelt, sondern um eine ernste Frage des Staatswohls, welches auf dem Boden des Volksgefühls viel sicherer gegründet ist, als auf dem des kühl rechnenden Verstandes.

Das alte Preußen ist eine nahezu ein Jahrtausend alte Errungenschaft des Deutschtums, es hat dem preußischen Staate nicht bloß seinen Namen gegeben, es hat ihm eine große Zahl hervorragender Männer und in seinem größten Sohne Kant auch den Mann gegeben, der den edelsten Zug seines Herrschergeschlechts wie den kno-



rigen Kern des preußischen Wesen in seinem kategorischen Imperativ zum schönsten Ausdruck gebracht hat. Dieser das preußische Beamtentum und die führenden Geister des Volkes erfüllende preußische Geist war es, der vor 100 Jahren das preußische Volk wieder emporriß aus den Zeiten der tiefsten Schmach. Ostpreußen war es, welches zuerst das Volk aufstehen und den Sturm losbrechen ließ, der Napoleons Herrschaft in Trümmer stürzte und damit den Weg öffnete zu der Entwicklung, aus welcher alsdann unser geeintes deutsches Vaterland, unser herrliches Deutsches Reich hervorgring. Es wäre unverzeihlich, wenn wir etwas verabsäumen wollten, was das Wachsen, Blühen und machtvolle Gedeihen des Deutschtums im Osten zu sichern und zu fördern geeignet ist. Deshalb halte ich mich berechtigt zu schließen mit dem Satz, mit dem ich begann: „Der baldige Bau des Kanals Weichsel—Masuren ist eine zwingende Forderung des Staatswohls für Preußen wie für das Deutsche Reich.“

Nachschrift.

Landsberg a. W., Anfang Februar 1913.

Herr Geh. Oberbaurat Dr. Sympher hat Anfang Januar in der Zeitschrift für Binnenschifffahrt einen sehr lehrreichen Vergleich veröffentlicht, des Wasserverkehrs von 1875 und 1910, des Eisenbahnverkehrs dieser Jahre und der entsprechenden Verhältnisse Frankreichs.

Die Ergebnisse sind so hochwichtig, daß ich die Hauptzahlen hier folgen lasse.

	1875:	1910:	Zunahme in Proz.:
Es betragen in runden Zahlen:			
Die Länge der Wasserwege km:	12 500	13 800	10%
davon nutzbar:	10 000	10 000	0%
der Eisenbahnen km:	26 500	58 600	120%
Die Verkehrsleistg. des Wassers:	2 900	19 000	550%
i. Millionen tkm: der Bahn:	10 900	56 300	410%
Verkehrslstg. f. der Wasserwege:	290 000 t	1 900 000 t	550%
d. Kilometer: der Bahnlänge:	410 000 t	960 000 t	130%
Anteil a. d. gesamt. des Wassers:	21%	25%	
Verkehrsleistung: der Bahn:	79%	75%	



Für Frankreich ergeben sich folgende Zahlen:

Die Verkehrsleistg. des Wassers:	2 000	5 000	150%
i. Millionen tkm: der Bahn:	8 100	22 000	170%
Verkehrslstg. f. der Wasserwege:	182 000 t	456 000 t	150%
d. Kilometer: der Bahnlänge:	420 000 t	543 000 t	30%

Für einzelne Städte ergibt der Gesamt- (Berg- und Tal-) Verkehr der Binnen-Wasserwege in Tausend Tonnen:

	1875:	1910:	Zunahme
Memel	374	564	25%
Königsberg	88	791	800%
Danzig	582	706	22%
Stettin	514	3 006	490%
Breslau	127	1 129	800%
Berlin	3 239	8 849	150%
Hamburg	729	10 369	1 200%
Frankfurt a. M.	201	1 841	800%
Düsseldorf	140	1 742	1 150%
Duisburger Bezirk	2 935	28 419	850%

Für die einzelnen Flüsse finden wir folgende Zahlen der Verkehrsleistung in Millionen-Tonnenkilometern:

Weichsel	170	180	6%
Memel	96	160	65%
Pregel	15	67	350%
Passarge	10	4	— 60%
Die 4 Flüsse zusammen	291	411	41%

Dagegen:

Rhein	882	8 869	900%
Elbe	435	4 026	800%
Oder	154	2 190	1 300%
Weser	29	249	850%

Was lehren diese Zahlen?

Die gewaltige Leistungsfähigkeit des Wassers — bei gleicher Wegelänge 550 % Zunahme, während die Bahn trotz 120 % Zunahme der Länge nur 140 % Zunahme der Leistung aufweist. Das Kilometer Wasserweg, welches 1875 nur 65 % der Verkehrsmenge der Bahn beförderte, befördert 1910 200 % der Bahnziffer!

Die gewaltige Verkehrssteigerung der deutschen Bahn um 410 % auf 56 Milliarden Tonnenkilometer, welchen Frankreich nur 22 Milliarden (Steigerung nur 170 %) gegenüberzustellen hat, beweist gleichzeitig, daß der Wasserweg der Bahn nicht geschadet, sondern genützt hat!



Die ungünstigeren Verhältniszahlen der Bahn beruhen ja auf dem verdienstvollen Ausbau der weniger rentablen Bahnlinien.

Die betrübend ungünstigen Zahlen des Ostens reden eine Sprache, welche jedem Vaterlandsfreund zu Herzen gehen sollte!

Noch ein Beispiel unglaublich niedriger Wasserfracht. Die Kohlenfracht Ruhrort—Mannheim (355 km) betrug laut Angabe des Geh. Regierungsrat Schwabe März, April, Mai 1910 65 Pfg. für die Tonne = 0,18 Pfg. für das tkm. Der dreifache Satz wäre erst der vierte Teil der normalen Eisenbahn-Kohlenfracht (Spezial-Tarif III 2,2 Pfg. für das tkm).

Anlage 11

Die preußische Wahlrechts-Reform muß den wichtigsten Lebensbedürfnissen des Staates entsprechend gestaltet werden.

Januar 1917.

Preußens Wahlrecht soll neu geordnet werden. Nach welchen leitenden Grundsätzen?

Das Dreiklassen-Prinzip,

welches rund 80 Prozent aller Wähler — die dritte Klasse — politisch nahezu ohnmächtig machte, wird sich nach den unsagbar großen Blutopfern, nach der begeisterten Hingabe aller Kreise des Volkes unmöglich aufrecht erhalten lassen. Das Reichstagswahlrecht mit seiner gleichen Wahl kann andererseits wohl von keinem mit den Tatsachen rechnenden Politiker für Preußen ernsthaft ins Auge gefaßt werden. Auch der begeistertste Anhänger wird anerkennen, daß seine Einführung zur Zeit völlig aussichtslos ist, und wenn überhaupt die Dreiklassenwahl gestürzt werden soll, nur ein anderes als das Reichstagswahlrecht Aussicht auf Erfolg hat.

Nach welchen leitenden Gesichtspunkten soll dieses Wahlrecht geformt werden?

Ich meine, nach den wichtigsten Lebensbedürfnissen des Staates.

Der furchtbare Krieg, in dem wir stehen, hat wohl jedem Unbefangenen gezeigt, daß nur die Hingabe des ganzen Volkes

das Vaterland rettet, daß alle Schichten ihr Bestes — Gesundheit, Kraft und Leben — zu opfern bereit sind; solchen Opfern müssen auch die politischen Rechte entsprechen.

Was der Einzelne für die wichtigsten Lebensbedürfnisse des Staates leistet, danach sollen ihm seine politischen Rechte zugemessen werden.

Was braucht der Staat zum Leben und Gedeihen?

In Gruppe B Bürger erhöhter geistiger Kraft, begründet auf Schule und Bildung.

In Gruppe G Männer leistungsfähiger Geldkraft, um den Steuerbedarf des Staates zu decken und das Wirtschaftsleben in kräftigem ungestörten Kreislauf gedeihen zu lassen.

In Gruppe W Männer starker wirtschaftlicher Kraft, um die Millionen seiner Bürger in geordneter Arbeit und hierdurch sie wie ihre Familien in gesicherter Existenz zu erhalten.

Und zuletzt das Wichtigste!

In Gruppe K Männer, welche ihm die Soldaten geben, um ihn gegen den Ansturm der Feinde zu schützen — die Väter kinderreicher Familien! —

Diese vier Punkte scheinen mir für das Staatsleben die wichtigsten zu sein — wenn sich auch die Zahl wichtiger Punkte unschwer vermehren ließe.

Je nachdem der Einzelne in einem dieser Punkte dem Staate Wertvolles leistet, soll man seine politischen Rechte mehren, ihm für die Wahl Zusatzstimmen geben.

Also Plural-Wahlrecht!

Wie aber die Mehrstimmen verteilen und begrenzen? Daß jeder Wähler zunächst gleichmäßig eine Urstimme hat, wird von demjenigen, der die Klassenwahl preisgibt, ohne weiteres zugegeben werden. Wie weit aber sollen die Mehrstimmen gehen und nach welchen Gesichtspunkten sollen sie bestimmt werden? Ich denke, daß im allgemeinen für Wähler der Gruppen B, G, W 4 Stimmen die Höchstgrenze bilden, daß eine 5. Stimme nur den Vätern von 4 Kindern, eine 6. Stimme nur solchen von mindestens 6 Kindern zustehen sollte,

da von der Kinderzahl Deutschlands Zukunft
— Sein oder Nichtsein — abhängt!

Die Bedingungen, nach welchen die Zusatzstimmen gewährt werden, dürfen nicht zu hoch gegriffen werden, sonst ist die Zahl der Träger zu klein und die Masse der Urstimmen erdrückt trotzdem die Zusatzstimmen. Nach den Erscheinungen, welche



England, Frankreich, Italien, die Vereinigten Staaten in ihrem öffentlichen Leben zeigen, kann dies nicht gewünscht werden. Die Herrschaft des allgemeinen Volkswillens ist ein Trugbild — mächtige Interessen gestützt durch eine in ihren Diensten stehende Presse von gewaltigem Einfluß, geschickte Geschäftspolitiker sind die Herren des Volkes. Eine strenge Redlichkeit und Ordnung in der Verwaltung, soziale Fürsorge, Schutz der Schwachen, unparteiische Rechtsprechung, wie sie Preußen-Deutschland besitzen, und

damit langsam aber stetig und sicher das ganze Volk höher bringen,

sucht man in jenen Staaten vergebens, und wenn die Leute, welche die auch bei uns zweifellos vorhandenen Mängel und Übelstände nicht laut genug tadeln und verdammen können, einmal die Zustände in jenen als soviel freier gerühmten Staaten genauer kennen lernten, dann würden sie vielleicht erkennen, daß unser viel geschmähter Polizei- und Bürokraten-Staat doch immer noch unendlich besser für seine Bürger sorgt als jene „freieren“ Staaten.

Das politische Übergewicht kleiner Kreise — namentlich des Geldbeutels — kann und soll aber bei uns auch durch die Pluralwahl nicht aufrechterhalten werden — schon die Zahl der Bevorzugten wäre viel zu klein, um selbst mit hoher Stimmenzahl eine praktische Bedeutung zu haben. Wollte man wirklich 100 000 großen und reichen Leuten je 10 Stimmen geben — was würde die Million Mehrstimmen bedeuten gegen $8\frac{1}{2}$ Millionen Urstimmen? Die Lösung muß darin gesucht werden,

daß den breiten mittleren Schichten des Volkes die entscheidende Stimme zugewiesen wird.

Man gebe den Wählern der Gruppen B, G, W. noch insgesamt 3 Zusatzstimmen,

die 5. und 6. Stimme aber soll nur den Wählern der Gruppe K erreichbar sein, weil ohne Erhöhung unserer Kinderzahl der Staat in der Zukunft rettungslos zugrunde geht.

In jeder Gruppe B, G, W. gebe man je 2 Stimmen, z. B. in B die erste Zusatzstimme für eine Schulbildung, wie sie jetzt das Einjährigen-Zeugnis bedingt, wie sie auch größeren Kreisen auf einer guten Mittelschule — also nach 9—10 jährigem Schulgang — erreichbar ist. Die zweite Stimme könnte für abgeschlossenes akademisches Studium oder gleichwertigen Bildungsgang gewährt werden.

Für Gruppe G könnte man die erste Zusatzstimme geben für mehr als 2400 Mark, die zweite für mehr als 6500 Mark Einkommen.

Bei Gruppe W gebe man die erste Zusatzstimme bei Beschäftigung von 6 und mehr Personen, die zweite bei solcher mit 20 und mehr Personen. Für Landwirte könnte man die erste Zusatzstimme bei Besitz von 5 und mehr Hektar, die zweite bei 20 und mehr Hektar Fläche geben.

Bei der wichtigsten Gruppe K sollte man die erste Zusatzstimme geben für 4 und mehr Kinder, welche leben oder das 18. Lebensjahr vollendet haben, die zweite für 6 und mehr Kinder unter gleichen Voraussetzungen.

Gruppe K ist mir die unbedingt wichtigste; vielleicht trägt das erhöhte Wahlrecht dazu bei, die Erhöhung der Kinderzahl erwünscht zu machen und damit unser Volk vor seinem Verhängnis zu bewahren. Die Kinder müssen aber nicht nur geboren — sie müssen auch erhalten werden. Mit Kindern, welche infolge von Schwäche oder unzureichender Pflege bald wieder zugrunde gehen, ist dem Staate nicht gedient. Es sollen daher nur Kinder angerechnet werden, welche leben oder wenigstens das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Für die zweite Zusatzstimme erscheint ein Mehr von nur 2 Kindern ungerechtfertigt klein. Wie klein ist aber schon die Zahl der Familien mit 6 Kindern — Väter mit 7 oder mehr lebenden Kindern würden eine so kleine Zahl geben, daß sie bedeutungslos wäre. Wie groß wäre dagegen schon der Segen, wenn eine größere Zahl von Familien zu 6 Kindern emporzustreben sich bemühte!

Daß der Kinderzahl eine starke Bevorzugung im Wahlrecht zuteil wird, entspricht durchaus der Gerechtigkeit! Keine andere Leistung ist der Erziehung von Kindern gleichwertig.

Wieviel Liebe, Opfer und Entbehrungen fordert sie! Was kann ein anderer der Schaffung tüchtiger Nachkommen und Staatsbürger an die Seite stellen? Wissen, Tüchtigkeit, Geld wiegen den Wert der Menschenzahl nicht auf.

Das alte Hohenzollernwort: „Menschen erachte ich vor den größten Reichtum“ gilt heute noch mehr als vor 180 Jahren!

Wie würde ein so gestaltetes Wahlrecht wirken?

Für eine genaue Berechnung fehlen mir ausreichende statistische Unterlagen. Ich kann nur ein ungefähr zutreffendes Bild in großen Zügen darzustellen versuchen.

1913 hatte Preußen Urwähler insgesamt:		‰
	8 400 114	100
davon entfielen auf Klasse 1	371 887	4,43
„ 2	1 323 708	15,76
„ 3	6 704 510	79,81
Stimmen wurden abgegeben	2 750 086	32,74
davon in Klasse 1	191 228	51,42
„ 2	554 010	41,85
„ 3	2 004 848	29,90

Wahl-Gesamtbeteiligung also nicht 33%, in Klasse 3 nicht 30% gegen 84/85% bei der Reichstagswahl.

Welche Stimmenvermehrung könnten nun die Zusatzstimmen bringen?

Aus Gruppe B werden jährlich (bei einer Tauglichkeitsziffer aller Gemusterten von etwa 55—60%) im Reich als Einjährig-Freiwillige eingestellt etwa 20 000 = etwa 12 000 für Preußen. Hiernach könnten etwa 20 000 Köpfe mit Einjährig-Bildung für einen Jahrgang als in Preußen vorhanden angenommen werden, was für alle Wahlberechtigten dieser Gruppen — etwa 35 Jahrgänge — ergeben könnte

etwa 700 000 erste
vollendete akademische Bildung alsdann
vielleicht
„ 150 000 zweite

Zusatzstimmen.

Gruppe G würde für Einkomm. über 2400 Mk.	„ 1 200 000 erste
und für Einkommen über 6500 Mk.	„ 250 000 zweite

Zusatzstimmen erhalten.

Aus Gruppe W würden die Betriebe mit 6	„ 172 000 erste
und mehr Personen erbringen	„ 46 000 zweite
die von 20 und mehr Personen	„

Die Landwirtschaft erhielte für Betriebe	„ 778 000 erste
von 5 Hektar an	„ 195 000 zweite
und für Betriebe von 20 Hektar und mehr	„

Zusatzstimmen.

Bei Gruppe K haben wir etwa 3 100 000	„ 2 000 000 erste
Mütter, welche 4 und mehr Kinder ge-	
boren haben. Nehmen wir für $\frac{2}{3}$ an,	
daß 4 Kinder das 18. Lebensjahr voll-	
enden, so ergäben sich daraus	

Für 6 und mehr Kinder hätten wir 1 800 000	„ 1 200 000 zweite
Mütter, welche bei gleicher Annahme	

Zusatzstimmen ergäben, so daß insgesamt etwa 6 691 000 Zusatzstimmen zu den 8 400 000 Urstimmen hinzuträten.



Der Zuwachs ginge an die Träger der ersten Zusatzstimmen, etwa 2 850 000 Wähler der Gruppen B, G, W, und etwa 2 000 000 Wähler der Gruppe K.

Die Beschränkung der Höchstzahl auf 4 Stimmen für die Gruppen B, G, W läßt nicht alle Zusatzstimmen zur vollen Wirkung kommen. Der einzelne Wähler wird häufig sowohl aus B wie G und W Zusatzstimmen zu beanspruchen haben, die nicht angerechnet werden, so daß möglicherweise nur 2½ Millionen Wähler der Gruppen B, G, W (anstatt über 3 491 000) nur über 3 Millionen Zusatzstimmen verfügten, was ihnen zusammen etwa 5½ Millionen Stimmen geben würde, die sich dann durch ihren Anteil an den Zusatzstimmen der Gruppe K wohl auf 7 Millionen steigern würden. Die größere Kinderzahl ist im bürgerlichen Mittelstand und auf dem Lande noch stärker vertreten, während sie auch in den städtischen Arbeiterkreisen stark zurückgegangen ist.

Natürlich sind diese Zahlen nur annähernd richtig und einer Nachprüfung bedürftig. Sie sollen nur ein ungefähres Bild der Stimmenverteilung geben.

Für den einzelnen Wähler könnte sich vielleicht das Stimmrecht so gestalten, daß er an Gesamtstimmen beispielsweise erhielte:

	Urstimme	Zusatzstimmen für Gruppe :						Gesamt-Stimmzahl		
		B		G		W		b. Kinderzahl		
		Ein- jähr Bildung	Aka dem	2400 Mark Ein- kommen	6500	Betr. mit 6 20 Personen 5 20 Hektar i. d. Ldw.	0-3	4	6 und mehr	
Arbeiter, Unterbeamter, jugendlich. Angestellter, Kleinbetrieb in Gewerbe oder Landwirtschaft	1	—	—	—	—	—	1	2	3	
Arbeiter (höherstehend vielleicht Frau miterwerbend) mittlerer Beamter oder Angestellter	1	—	—	1	—	—	2	3	4	
Inhaber von Mittelbetrieben in Gewerbe oder Landwirtschaft	1	—	—	1	—	1	3	4	5	
Höherer Beamter oder Akademiker, Angestellter	1	1	1	1	1	—	4	5	6	
Inhaber von größeren und großen Betrieb in Handel, Gewerbe, Landwirtsch., Großkapitalist	1	1	—	1	1	1	4	5	6	



Die Vorschläge sind berechnet für die Verhältnisse des Friedens, den Deutschland (bis auf die kurzen Unterbrechungen zur Erkämpfung und Verteidigung seiner Einigung) ein Jahrhundert bewahrt hat. Den unvergleichlichen Leistungen und Opfern unserer Kämpfer auf Land und Meer gebührt aber

eine besondere Zusatzstimme,
um welche sich die Stimmenzahl der Kriegsteilnehmer erhöhen würde.

Ein solches Verhältnis dürfte allen billigen Ansprüchen gerecht werden. Daß sich eine Fülle von Einwendungen dagegen erheben läßt, ist mir bewußt,

aber ein völlig gerechtes Wahlrecht gibt es nicht und wird es nie geben.

Mein Vorschlag vermeidet die Schwächen des Reichstagswahlrechts, daß jeder, der noch eben über dem Trotteln steht, denselben politischen Einfluß ausübt wie der Reichskanzler — ebenso die Schwächen der Dreiklassenwahl, daß ein Einzelner, der persönlich eine Null ist, aber eines reichen Vaters oder Schwiegervaters sich erfreut, mehr Einfluß hat als 10 hochstehende Persönlichkeiten des Mittelstandes, die weniger Einkommen haben. Bei beiden Wahlrechten wird der gebildete, tüchtige Mittelstand — der Kern und Träger unserer Kraft und Kultur — einflußlos gemacht — eine unverkennbare große Gefahr für das Wohl des Staates.

Der Punkt aber, auf den ich das größte Gewicht lege, ist die Bevorzugung der Kinderzahl.

Nach meiner Überzeugung geht Deutschland rettungslos seinem Untergang entgegen, wenn es nicht seine Geburtenzahl wieder erheblich steigert. Ein Geburtenrückgang von 36,9 auf 1000 Köpfe (1901) auf 28,3 (1913) — in nur 12 Jahren 8,6 — gleich einem Ausfall von mehr als 500 000 Kindern jährlich — ist grauenerregend.

Für den Krieg bedeutet dies eine Minderung der Heeresstärke von mindestens einem Armeekorps für jeden Jahrgang, etwa 20 Armeekorps der Gesamtstärke.

Man lasse sich auch nicht täuschen und in Sicherheit wiegen dadurch, daß wir trotz des Geburtenrückganges noch eine jährliche Volksvermehrung von 800 000 Köpfen haben. Diese ergibt sich lediglich aus dem Rückgang der Sterblichkeitsziffer von 29,9 (1873), 27,3 (1883), 25,8 (1893), 21,5 (1903) auf 15,8 (1913), also um 14,1 auf 1000 Köpfe! Eine Folge der besseren Lage

sowie der besseren Fürsorge für Kraft und Gesundheit des Volkes — Verdienste unserer sozialen Fürsorge und unserer Wissenschaft.

Mit der Sterblichkeitsziffer haben wir aber die tiefste Grenze so ziemlich erreicht, während ein Fortschreiten des Geburtenrückganges im Schritt der letzten 12 Jahre uns in 20 Jahren auf den Stand von Frankreich brächte — (und damit wäre Deutschlands Geschick besiegelt — sein Niedergang unabwendbar!

So sehr gegenwärtig unsere Erbitterung in erster Linie und mit Recht gegen England sich richtet — so sehr heut England der Hauptvertreter des Kampfes bis zum Weißbluten ist — England ist nicht unser gefährlichster Feind der Zukunft. Daß England nicht einmal in der Gegenwart ohne Frankreich und Rußland für uns gefährlich wäre — weder zu Lande noch auch zur See —, hat der Krieg doch wohl klar gezeigt.

Auch Englands Seeherrschaft wird in diesem Kriege begraben — er mag enden, wie er will.

Es gehörte schon jetzt der ganze britische Dünkel, gegründet auf britische Unwissenheit und Unterschätzung fremder Leistungen, dazu, um sich einzubilden, wie vor 50 Jahren könnten diese 50 Millionen Vollengländer die ganze Welt und alle Seewege beherrschen. Dafür, daß inzwischen das geeinigte Deutsche Reich und das deutsche Volk die Engländer an Menschenzahl, an wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Leistungen weit überflügelt hat, fehlt ihnen das Verständnis. Daß Österreich erstarkt, Italien geeint und gewachsen ist, daß Rußland und die Vereinigten Staaten zu Riesen sich auswachsen, daß Japans Macht ausreicht, sie aus Asien und Australien hinauszuerwerfen — all das zu würdigen, sind ihnen Wissen und Besonnenheit verloren gegangen. Auch die zäheste Ausdauer und Opferwilligkeit kann die Sünden der Vergangenheit nicht gut machen. England ist rückständig geworden auf vielen Gebieten. Sein Reichthum wird sein Verhängnis — der Engländer will sich nicht quälen wie der Deutsche — mit der Kinderbeschränkung steht er Frankreich bedenklich nahe; die Hebung der breiten Massen hat er unverantwortlich vernachlässigt. Wenn auch die Lehren des Krieges anspornen mögen, Versäumtes nachzuholen — die 40 Millionen Engländer Europas können den Vorsprung der 65 Millionen Deutschen nicht mehr einholen, und daß es ihnen zum zweiten Male gelingen sollte, ihren Verband gegen Mitteleuropa in Bewegung zu setzen, ist doch wenig wahrscheinlich.



Die Gefahr der Zukunft ist nicht England, sondern Rußland, für uns wie für ganz Europa! Was wollen wir an Kraft Rußland 1970 entgegenstellen, wenn es unter tüchtiger staatsmännischer Leitung bis dahin seine Bevölkerung auf mehr als 300 Millionen Köpfe vermehrt hat? Wer garantiert uns, daß tüchtige Staatsmänner Rußland immer fehlen werden? Man baue dort Straßen, Eisenbahnen, Schulen, verbessere mit der Bildung den Gesundheitszustand, hebe Industrie, Landwirtschaft, Kapitalkraft. Das russische Volk besitzt Kraft und Arbeitslust genug, es bedarf nur einer erleuchteten Führung,

um 1970 dem ganzen Rest von Europa gewachsen — d. h. überlegen zu sein!

Man täusche sich auch nicht über die Volksgesinnung. Rußland ist in seinem ganzen Volksempfinden Deutschland feindlich gesinnt, und eine solche starke Volksstimmung verliert sich nicht so leicht, zumal Deutschland ja tatsächlich das einzige ernste und starke Bollwerk gegen seinen Ausdehnungsdrang ist und in absehbarer Zeit bleiben wird. Wenn nicht Deutschland kehrt macht, diese unheimliche Kinderverhütung, diesen Krebs, der seine Volkskraft vernichtet, beseitigt, dann steht es am Abgrund seiner Weltbedeutung.

Auch hierin muß Preußen als leuchtendes Beispiel vorgehen. Preußische Schlichtheit und Sittensstrengung müssen all den Kulturflitter hinwegfegen, der sich breit macht und auch Tüchtige in Fesseln schlägt. Es ist nicht wahr, daß Leute mit mäßigen Mitteln eine mäßige Kinderzahl nicht ernähren und erziehen können.

Gerade aus der größeren Kinderzahl solcher Kreise ist eine Fülle der tüchtigsten Personen hervorgegangen,

während Wohlstand und kleine Kinderzahl oft die besten Anlagen der Nachkommen verkümmern lassen. Auch wende man nicht ein, daß unsere Frauen so wie früher 12 oder mehr Kinder nicht mehr bringen können, ohne ihrerseits zugrunde zu gehen. Man erziehe den Nachwuchs zu einfachen, kräftigen Menschen, dann wird ein gesundes Elternpaar auch 6 bis 8 Kinder ohne irgend welchen Schaden recht wohl erziehen können. Aber es müssen die Wohlhabenderen mit gutem Beispiel vorgehen; den Ärmeren ist es natürlich schwerer, eine volle Kinderstube durchzubringen, obwohl so manche brave Arbeiterfamilie ein Häuflein Kinder erzieht, auf welches sie durchaus stolz sein kann.

In jedem Falle leistet der Wähler, welcher seinem Volke eine größere Zahl tüchtiger Nachkommen erzieht, das Höchste für sein Volk und hat berechtigten Anspruch, auch als Staatsbürger höher bewertet zu werden, als derjenige, welcher der hohen aber auch schweren Aufgabe der Kindererziehung sich entzieht oder sie auf das Mindestmaß beschränkt.

Die Reform des preußischen Wahlrechts bietet Gelegenheit, auf eine Besserung der Volksvermehrung erfolgreich einzuwirken — es wäre verhängnisvoll, wenn unsere verantwortlichen Staatslenker und Volksvertreter diese Gelegenheit ungenutzt ließen.

Meine Vorschläge sollen hierauf den Blick lenken — mögen sie in allen möglichen Punkten geändert, erweitert oder verbessert werden, wenn nur das Ziel im Auge behalten wird, bei der Wahlreform auch zu erreichen:

Mehrung unserer Volkskraft!

Landsberg a. W., den 27. Januar 1917.

Max Bahr.

Dieser Vorschlag sollte unter den 1917 vorliegenden Parteiverhältnissen eine Verständigung und eine wesentliche Verbesserung erreichen.

Anlage 12

Monarchie oder Republik?

Nach dem schmachvollen Zusammenbruch fast aller Throne beim Kriegsende, bei welchen von den Stützen von Thron und Altar wenig zu sehen war, verschwand aus der Kreuzzeitung der Leitsatz „Mit Gott für König und Vaterland“ und die „bis in die Knochen Königstreuen“ waren stumm. Auch die Enthüllungen der weitesten Kreise über die Vorgeschichte des Krieges und den Krieg waren wenig geeignet, den Wunsch nach der Wiederkehr der Monarchen rege zu machen. Waren auch die Männer der näheren Umgebung des Kaisers sich schon längst über seine Unzulänglichkeit klar, die weiteren Volkskreise ersehen doch erst aus all diesen Veröffentlichungen, wie furchtbare Folgen dieser Monarch mit seinem Wahn über sein Volk heraufbeschworen hat, und wie vernichtend selbst seine Nächsten: Tirpitz, Waldersee, Zedlitz, mit verständlicher Zurückhaltung selbst sein Sohn, über seine Fähigkeiten und schließlich auch seine Pflichttreue urteilten. Friedrichs des Großen Worte hat er wohl nachgesprochen, aber von Friedrichs des Großen Geist war wenig auf ihn gekommen.



Mit dem dauernd gesteigerten Elend, dem Schimpf und der Schande, welche Rachsucht und Furcht eines alten Feindes auf das Volk häuften, fanden auch die überall den Thronen näherstehenden, mancher Vorrechte und Vorteile sich erfreuenden Kreise, denen die Umwälzung dies alles genommen, wieder den Mut, an die Zurückgewinnung des Verlorenen zu denken. Es war nicht schwer, die Schuld an allem Elend auf die neue Regierung zu schieben, zumal solche ja auch mancherlei Fehler und Mißgriffe nicht vermied. Ganz besonders war das Bestreben darauf gerichtet, die eigene Schuld der früher herrschenden Kreise am furchtbaren Elend auf die regierenden Gegner abzuschieben. Man schlug dabei 2 Fliegen mit einer Klappe — machte sich selbst frei und untergrub den Einfluß der gegnerischen Kreise, indem man sie als die Hauptschuldigen hinstellte. So wurde mit Freude und Geschick die törichte Prahlerei Linksradikaler, daß sie in der Armee die Disziplin untergraben hätten, dahin ausgedeutet, daß nicht die Fehler der Führung, sondern der Dolchstoß von hinten den Zusammenbruch herbeigeführt hätte.

Daß Hindenburg Ludendorff am 28. September 1918 den mit der Bildung seiner Regierung beschäftigten Prinzen Max zur sofortigen Hinausgabe eines Waffenstillstand-Ersuchens aufforderte, daß der von diesem ins Hauptquartier gesandte v. Lersner dem Prinzen am 1. Oktober telegraphierte. Ludendorff—Hindenburg forderten, daß das Telegramm Mittwoch (1. Oktober) nacht spätestens Donnerstag früh bei der Entente sein müsse, 48 Stunden könne die Armee nicht mehr halten —, daß Hindenburg nochmals am 1. Oktober an den Vizekanzler von Payer drahtete: Die Lage verschärfe sich täglich, könne die Oberste Heeresleitung zu schweren Entschliefungen zwingen; daß dann in Compiègne Erzberger mit den dort befindlichen Offizieren die furchtbaren Waffenstillstandsbedingungen nicht auf seine Verantwortung annehmen wollte, sondern bei Hindenburg—Ludendorff anfragte, was er tun sollte und die Antwort erhielt, er solle bei 8 Punkten eine Änderung zu erreichen suchen, „wenn dies nicht erreichbar, so sei trotzdem abzuschließen“, daß also Hindenburg und Ludendorff die Weisung erteilt haben, den Waffenstillstand abzuschließen, welcher uns mit gebundenen Händen den Feinden preisgab! — dies alles wurde am 10. März 1924 im Reichstage den Rechtsparteien entgegenschleudert, und weder ein Deutschnationaler noch ein Deutschvölkischer wagte auch mit einem Wort die Richtigkeit der Darlegungen zu bestreiten. Die 1918



noch zum Reichskanzler geladenen Generale von Gallwitz und Mudra erklärten ihre Armeen für durchaus kampfbereit. Kein Wort von Dolchstoß oder dergleichen! Und jetzt soll Ludendorff der große Heros der Deutschen sein — die Armee infolge des Dolchstoßes versagt haben! Man möchte am Verstande der Menschen zweifeln, wenn man diese Urteilslosigkeit sieht. Und der Kaiser? Tatsächlich hat er, der sein eigener Generalstabschef im Kriege sein wollte, schon 1916 völlig abgedankt, Hindenburg, Ludendorff alle Verantwortung überlassen! Seine Abdankung als Monarch und sein Übertritt nach Holland bestätigen lediglich die eingetretene Entwicklung.

Der ganze Krieg, seine Vorgeschichte, seine Durchführung und seine Folgen zeigen den völligen geistigen, moralischen wie politischen Bankrott der Monarchie. Erträglich ist allenfalls die Rolle der Monarchen, welche wenig oder nichts zu sagen haben: Englands, Italiens; sie werden kaum erwähnt. Die 3 mächtigsten Monarchen — Zar Nikolaus, Kaiser Wilhelm, Kaiser Franz — noch mehr sein schwacher Nachfolger — haben ihr Volk ins Unheil geführt — ihre Schuld, wie Nikolaus tragisch mit dem Leben, so Wilhelm II. und Karl durch den Verlust des Thrones gebüßt — ihren Völkern aber eine Tiefe des Elends hinterlassen, wie sie die Weltgeschichte in diesem Umfange noch nie verzeichnet hat. Man sollte meinen, daß die Frage „Monarchie oder Republik“ danach für die Menschheit erledigt wäre. Auch die früheren Monarchisten Deutschlands waren 1918/1919 zunächst verstummt. Später fingen sie wohl an, hier und da von einer Wiederkehr von Monarchen als mögliches Ergebnis des Volkswillens zu sprechen. Bei den letzten Verhandlungen wegen Bildung einer Koalitionsregierung einschließlich der Deutschnationalen hatten ihre Vertreter der Volkspartei erklärt, ihre monarchischen Ziele zurückzustellen — wie Herr Scholz annahm — völlig, wie Herr Hergt nachher erklärte nur „ad diem“ — „für den Augenblick!“ Jetzt aber fordert ihr Wahlauf Ruf den Kampf für den sozialen, christlichen monarchischen Staat, und damit tritt der Kampf um „Monarchie oder Republik“ entscheidend in den Vordergrund. Daß unsere Gegner — Amerika, England, Frankreich, Italien — die Rückkehr eines deutschen Kaisers als eine Weltgefahr ansehen und mit allen Kräften bekämpfen, haben sie oft genug erklärt. Daß also mit solchen Bestrebungen das deutsche Volk auf jede Aufstiegsmöglichkeit und Erleichterung seiner Lage verzichten müßte, liegt auf der Hand. Ob bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands ein Deutscher solche Gefahren für sein



Vaterland heraufbeschwören darf, mag jeder mit seinem Gewissen abmachen. Prüfen wir aber einmal an Hand der Geschichte die Frage, ob Monarchie oder Republik besser dem Wohl der Menschheit zu dienen geeignet ist! Wir müssen von vornherein anerkennen, das für ein geistig tiefstehendes Volk in Zeiten schweren Existenzkampfes eine einheitliche Leitung durch einen weitblickenden, willensstarken Mann vorzuziehen ist, anders liegt die Frage für ein auf höherer Stufe stehendes Kulturvolk!

Das graue Altertum zeigt uns fast nur mächtige Monarchen, freilich auch bei ihnen nur wenige ganz große Männer und noch weniger tüchtige Nachfolger. Als überragend groß erscheint aus der geschichtlich bekannten Zeit: Alexander, der Sohn Philipps von Mazedonien, erzogen von Aristoteles, dem größten Philosophen des Altertums. Trotzdem überwuchert auf der Höhe seines Ruhms die zügellose Leidenschaft seine Vernunft — er ersticht seinen Freund — sein Reich zerfällt nach seinem frühen Tode. Die nächste überragende Herrscher-gestalt ist Karl der Große. Sohn des früheren Majordomus Pippin, schafft er sein großes Reich Mitteleuropas, das unter seinen schwachen Nachfolgern bald zerbröckelt. Die nächsten sieben Jahrhunderte zeigen kaum einen wirklich großen alles überragenden Herrscher. Barbarossa kann kaum dahin gezählt werden. England, Frankreich, Spanien, Italien haben überhaupt einen Regenten ganz großen Stils nicht aufzuweisen. Rußland hat den großen Peter — man kann vielleicht auch die sittenlose aber bedeutende Katharina (Blut Friedrichs des Großen?) nennen! Die Hohenzollern haben neben einer großen Zahl zweifellos tüchtiger Herrscher zwei ganz Große: den Großen Kurfürst und den Großen Friedrich, der letztere vielleicht — alles in allem genommen — der Größte, der je einen Thron ge-ziert. Nur hat er leider keinen Nachfolger seines Geistes ge-habt — am allerwenigsten hat davon Wilhelm II. aufzuweisen! Während Friedrich der Große täglich 12 bis 14 Stunden seinem Staate widmete, hörte Wilhelm nur mit Ungeduld wichtigen Vorträgen zu, redete soviel wie möglich selbst, schlug alle Zahlen in geschossenen Hasen und Hirschen, errichtete ein Denkmal für den erlegten tausendsten Hirsch und brachte einen großen Teil jedes Jahres auf Reisen zu!

Vergleichen wir nun einmal gegenüber den großen Herrschern die großen aus dem Volke hervorgegangenen Staats-männer, welche die Geschichte verzeichnet. Bei den Griechen Perikles, welcher seinem Zeitalter, der Blütezeit Griechenlands, den Namen gab; Cäsar, dessen Namen als „Kaiser“ der Mensch-



heit den Inbegriff der höchsten Menschheitsmacht darstellt. Seine Nachfolger endeten mit Caligula und Nero, dem Abscheu der Menschheit. Die späteren bedeutenden römischen Kaiser: Titus Trajan, Marc Aurel, Konstantin, Diocletian, waren nicht Herrscherkinder, sondern aus dem Volke emporgestiegen. In England ragen hervor: Cromwell, der Königsmörder, aber auch Begründer der englischen Seemacht; Pitt der Ältere, Verbündeter Friedrichs des Großen, Wiederhersteller der englischen Macht nach dem Verlust der amerikanischen Kolonien; sein genialer Sohn Pitt der Jüngere mit 24 Jahren Premierminister, der Niederzwinger Napoleons. Beaconsfield (der Jude Disraeli) der zielbewußte Festiger des englischen Weltreichs, der auch Bismarcks Achtung erzwang. In Frankreich Richelieu und Mazarin, die Schöpfer von Frankreichs Macht und Stärke unter Ludwig XIII. und Ludwig XIV. In den Vereinigten Staaten: Washington und Lincoln; in Deutschland Stein und Bismarck und zum Schluß der größte Eroberer der neuen Geschichte — Napoleon I. — der täglich 18 Stunden arbeitete in 12 Jahren von 1799 (erster Consul) 1802 (Consul auf Lebenszeit) 1804 (Kaiser) 1812 (nach Rußland marschierend) als Feldherr, Gesetzgeber (Code Napoleon) Erbauer von Kanälen, Häfen, Straßen, Brücken, Alpenübergängen (Simplon und Mont Cenis) als Förderer von Landwirtschaft, Industrie usw. mehr geleistet hat als irgend ein anderer Mensch der Weltgeschichte in ähnlich kurzer Zeit. Und seine Schöpfungen haben ihn überdauert, bestehen zum Teil noch heute in Frankreich. Freilich war er als Mensch ebenso groß in Gewissenlosigkeit und Brutalität — jenseits von Gut und Böse — Moralgesetze erklärte er mit offener Brutalität als für ihn nicht maßgebend. Für Deutschland hat er den Weg frei gemacht von all den kleinen Zwergherrchen, ließ schon den Mittellandkanal vermessen und hätte ihn wohl gebaut, wenn ihn die Empörung Europas nicht gestürzt hätte. Er war ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

Vergegenwärtigen wir uns dies alles und namentlich die Geschichte der letzten 2 Jahrhunderte, welche nur einen, allerdings vielleicht den größten Herrscher zeigten — Friedrich —, der mit seinem Grundsatz: „Ich bin der erste Diener meines Staates“ als Gesamtpersönlichkeit auch über Napoleon zu stellen ist. Stellen wir diesen Einen die große Zahl hervorragender, aus dem Volk hervorgegangener Staatsmänner von Washington bis Bismarck gegenüber, dann werden wir doch anerkennen müssen, daß die Zeit der Monarchie — der Beherrschung eines großen Volkes nach dem Zufall der Erst-



geburt — vorüber ist. Der Kampf um die Höhe, wie ihn der nicht für den Thron Geborene zu kämpfen hat, bietet mehr Gewähr für erprobte Tüchtigkeit als Königsblut und Geburtszufall. Außerdem wissen alle Völker, daß an den Thronen sich die sammeln, welche Sonderrechte und eigene Interessen verfolgen, daß die Interessen des ganzen Volkes und der breiten Volksmasse besser gewahrt werden, wenn das ganze Volk sich seinen Führer selbst wählt und einen Besseren an seine Stelle setzt, wenn es diesen findet.

Die Zeit der Monarchie ist vorüber; die Menschheitsentwicklung geht nicht rückwärts. Die Masse des deutschen Volkes will seinen obersten Führer selbst wählen. Wer ihm dieses Recht nehmen will, beschwört schwere Kämpfe herauf, welche das Deutsche Reich wie das Deutsche Volk zum Untergang führen.

Rettung für Deutschland gibt es nur, unter dem Banner der Republik und der Demokratie.

Anlage 13

Schafft kleine Wahlkreise.

15. Dezember 1923.

Die Änderung des Wahlgesetzes hat auch die Frage der Wahlkreisgröße erneut zur Erörterung gestellt, und wenn auch der Reichstag die Entscheidung über diese Frage auf ruhigere Zeiten verschoben hat, so scheinen mir doch die in den großen Wahlkreisen liegenden Gefahren so groß zu sein, daß man so schnell wie möglich zur Beseitigung schreiten sollte.

Wir haben jetzt 38 Wahlkreise, zusammengefaßt zu 16 Wahlkreis-Verbänden. Die Einwohnerzahl der Kreise schwankt zwischen 871 000 (Pfalz) und 2 509 000 (Württemberg), die der Verbände zwischen 2,23 Millionen (Ostpreußen) und 5,01 Millionen (Sachsen-Thüringen). Bei der Zersplitterung Deutschlands entfallen zurzeit im Durchschnitt auf einen Wahlkreis 1,6 Millionen Seelen oder 1 Million Wähler und von den Sozialisten 4,5, von den Parteien des Zentrums, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei etwa 2, von den Deutschen Demokraten 1 Abgeordneter. Daß bei einem solchen Verhältnis es ganz ausgeschlossen ist, daß der einzelne Abgeordnete mit seinen Wählern in so enger Fühlung bleibt, wie dies im Interesse eines gesunden politischen Lebens geboten ist, liegt auf der Hand, wird auch meist unumwunden anerkannt. Von manchen wird der hierin liegende Schaden als so schwerwiegend empfunden, daß sie sogar eine Rückkehr zum alten System — kleine Einheitswahlkreise mit Stichwahl usw. — fordern. Dies geht m. E. zu weit.



Der Proportionalwahl-Grundsatz, daß auf jeden Abgeordneten die gleiche Wahlstimmenzahl entfallen soll, entspricht durchaus der Gerechtigkeit; daran darf nicht gerüttelt werden. Dagegen muß gefordert werden, daß jeder Abgeordnete seinen Sitz selbst erkämpft, und daß die auf die Reichsliste entfallenden Sitze solchen Bewerbern zufallen, die im Wahlkampf, ohne einen Sitz zu erobern, die höchste Stimmenzahl ihrer Partei erreicht haben.

Um aber die Zahl der Bewerber und damit der politisch dauernd Kämpfenden und Arbeitenden zu erhöhen, müssen kleinere Wahlkreise geschaffen werden, deren Stimmen im Wahlkreis-Verband zusammengerechnet werden, um zu bestimmen, wieviel Sitze der Partei zustehen. Diese werden denjenigen Bewerbern zugewiesen, die im Verhältnis zu den Wahlberechtigten ihres Wahlkreises die höchste Stimmenzahl erreicht haben. Die Wahlkreise selbst sollten innerhalb jedes Verbandes möglichst gleich groß gemacht werden, um größere Verschiedenheiten nach Möglichkeit zu vermeiden. Daß um die Stimmen von einer Million Wähler nur 1 oder 2 Bewerber ernsthaft kämpfen (abgesehen von der Sozialdemokratie, die sich jetzt zu 173 Abgeordneten zusammengeschlossen hat), ist ein Unding. Bildet man Wahlkreise von 150 000, 200 000, 250 000 Wählern, dann erhält man die 7-, 5- und 4fache Bewerberzahl. In jedem Wahlkreis wird nur ein (allenfalls ein zweiter) ernster Bewerber auftreten, der dauernd darin arbeitet; die langen Listen verschwinden, und der im Wahlkreis-Verbande Unterliegende kann zu tüchtiger Arbeit angefeuert werden, indem man ihn beim Ausscheiden eines Abgeordneten des Verbandes nachrücken läßt. Man wird auf diese Weise Bewerber finden, die im Bezirke Ansehen und Vertrauen genießen, und deren Interesse an der politischen Arbeit, durch den Ehrgeiz, doch einmal einen Sitz zu erlangen, belebt wird. In einem großen Wahlkreis von einer Million Wähler kann sich eigentlich nur betätigen, wer über ein gutes Auto nebst größerem Einkommen verfügt und aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist, während ein kleinerer Bezirk auch von Anderen umworben werden kann. Bei dem bedauerlichen Rückgang der Provinz-
presse und dem wachsenden Einfluß des Großkapitals auf die Presse muß dahin gewirkt werden, daß das politische Interesse und Leben der kleinen Bezirke mit allen Mitteln gestärkt wird, das jetzt bei den großen Bezirken bedenklich zurückgeht.

Ich halte es für eine ernste Gefahr, dieser Entwicklung nicht unverzüglich entgegenzuwirken. Wenn man die bestehenden 16 Wahlkreis-Verbände



und damit den Landeszusammenhang unverändert läßt, dann kann die Unterteilung der jetzigen Wahlkreise in Drittel oder Viertel keine großen Schwierigkeiten machen. Wo es sachlich angemessen und erwünscht wäre, könnte innerhalb eines Verbandes ein Bewerber ja auch in mehreren Kreisen aufgestellt werden — für solche Unterfragen würde man wohl bei ernstem Willen auch eine Lösung finden —, vor allem aber zögere man nicht lange! „Im Anfang war die Tat!“

Anlage 14

Walther Rathenaus Tod und seine Folgen.

Anfang Juli 1922.

Der grauenerregende Mord an Walter Rathenau und die ihm folgende tiefe Erregung der breiten Volksschichten scheinen tatsächlich einen Wendepunkt in der inneren Entwicklung Deutschlands zu schaffen, und so rechtfertigt sich wohl eine eingehendere Prüfung aller Punkte, welche für das Verständnis der Tat wie ihrer Folgen von Bedeutung sind.

Zunächst — wer war Walter Rathenau, und woraus erklärt sich der tiefe durch fast alle Völker gehende Eindruck der grausen Tat?

Walter Rathenau war als Sohn Emil Rathenaus, des genialen Begründers der schnell zum Riesen sich auswachsenden Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zu Berlin — der weltbekannten A. E. G. — am 26. September 1867 geboren. Nach Ablegung der Reifeprüfung studierte er in Berlin und Straßburg Physik, Chemie, Mathematik, Philologie, in München Maschinenbau, trat zunächst, gefesselt von dem neuen Entwicklungsfeld der Elektro-Chemie, in den Dienst der Aluminium-Industrie Akt.-Ges. zu Neuhausen (Rheinfall von Schaffhausen), leitete 1893 als Direktor die Elektro-Chemische Fabrik in Bitterfeld, trat 1898 in das väterliche Arbeitsfeld der A. E. G., 1902 bis 1907 in die Leitung der befreundeten Bankverbindung der Berliner Handelsgesellschaft mit dem bekannten Direktor Fürstenberg, in deren Aufsichtsrat er nach seinem Ausscheiden überging, und bereiste alsdann 1907 und 1908 zusammen mit dem befreundeten Kolonial-Sekretär Dernburg die Afrika-Kolonien Deutschlands. Wie mit Dernburg war er auch mit Ballin, dem genialen Schöpfer der Hamburg-Amerika-Linie näher befreundet und in dauernd regem Meinungs-austausch über wichtige Fragen der deutschen wie der Weltwirtschaft. Mit den Geschäften der A. E. G. war er als Aufsichtsratsmitglied (von 1912 an Vorsitzender) vertraut. Nach dem Tode des Vaters wurde für ihn die Sonderstellung des Präsidenten der A. E. G. — über dem



Direktorium als gleichzeitiger Aufsichtsrats-Vorsitzender stehend — geschaffen. An der dauernd weiterwachsenden glänzenden Entwicklung der A. E. G. durfte er für sich einen nicht geringen Verdienstanteil in Anspruch nehmen. Der Vater hatte schon früh die große Befähigung des Sohnes und seine unübertroffene Geschicklichkeit in der Führung schwieriger Verhandlungen erkannt und den Interessen seines Lebenswerkes nutzbar gemacht.

In die politische Öffentlichkeit trat Rathenau mit einem tatkräftigen Eingreifen, als er 1914 bald nach Kriegsbeginn das Kriegsministerium fragte, was geschehen sei, um die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft und des Heeres sicherzustellen. Es gehört mit zu den schwersten Sünden der teilweise von bedauerlichem Dünkel geblendeten Staats- wie Militär-Verwaltung, daß man diese Frage bisher überhaupt kaum beachtet hatte, obwohl die völlige Absperrung vom gesamten Ausland als ziemlich sicher anzunehmen war. Deutschland konnte schon seit Jahrzehnten nicht einmal sein Volk selbst ernähren; seine Industrie war in hohem Maße von ausländischen Rohstoffen — Erzen, Metallen, Ölen, Häuten, Spinnstoffen usw. — abhängig und mußte damit rechnen, Millionen von Arbeitern nach wenigen Monaten brotlos zu sehen, weil die Rohstoffe fehlten. Die ganze Webindustrie wäre z. B. mit etwa $1\frac{1}{4}$ Millionen Arbeitern zum Stilliegen gekommen, wenn nicht inzwischen die Frage des Spinnens aus Papier gelöst gewesen wäre. Es ist Rathenaus Verdienst, die planmäßige Bewirtschaftung der vorhandenen und im Laufe des Krieges erlangbaren Rohstoffe organisiert zu haben. Das Versagen des militärischen wie wirtschaftlichen Beamtenkörpers auf diesen wichtigen Gebieten ist um so unbegreiflicher, als schon Moltke bald nach dem französischen Kriege für den nächsten Krieg die Möglichkeit einer sieben- oder gar dreißigjährigen Dauer vorausgesagt hatte.

Vor dem Kriegsende warf Rathenau noch den Gedanken einer allgemeinen Volkserhebung in die Öffentlichkeit, der aber im Chaos des Zusammenbruchs kaum Beachtung fand.

Nach 1918 beschränkte er sich neben seiner Berufsarbeit auf eine schriftstellerische Behandlung wichtiger Fragen. Er war schon früher mehrfach mit wirkungsvollen, geistreichen, die Aufmerksamkeit ernster Kreise fesselnden Arbeiten hervorgetreten. Seine Impressionen (1902) und Reflexionen (1908) waren Vorläufer für bedeutsamere Werke: „Zur Kritik der Zeit“ (1912), „Zur Mechanik des Geistes“ (1913), „Von kommenden Dingen“ (1917). Hier zeigt er sich als der kühne selbständige Denker,



der von alten überlieferten Anschauungen sich frei macht, über die Interessen und selbstsüchtigen Gedanken des Kapitalismus sich hinwegsetzt, neue Wirtschaftsformen und Organisationen fordert mit dem Ziel, auch den Arbeitern und Angestellten des Wirtschaftskörpers einen größeren Anteil an den Errungenschaften der Wirtschaft wie der Kulturentwicklung zugänglich zu machen. Aus dieser Stellungnahme erklärt sich zum Teil der Gegensatz, in welchen große Gruppen des Unternehmertums zu Rathenau traten, wie andererseits die Zustimmung und das Vertrauen, welche die Arbeiterschaft ihm entgegenbrachte. Man wird nicht allen Gedanken Rathenaus beipflichten; seine Planwirtschaft überschätzt wohl die Bedeutung und die Vorteile der ihm vorschwebenden Wirtschaftsorganisation wie die Nachteile des jetzigen Systems. Unterschätzt werden dagegen die Vorzüge der vom Selbstinteresse gesteigerten Arbeitsleistung, der Verteilung der Erzeugnisse in die kleinsten Kanäle des Verbrauchs, die mit einem bescheidenen Gewinn nicht zu teuer erkaufte sind. Über solche und ähnliche Dinge kann man streiten. Anerkennen muß man aber die Richtigkeit seiner Leitgedanken, mehr ausgleichende Gerechtigkeit im Wirtschaftsleben, Hebung der unteren Schichten, größere Beteiligung an den Kulturerregenschaften. Er zeigt nicht nur eigenes Losagen von selbstsüchtigem Kapitalinteresse, er zeigt die gebotene Höherbewertung der Kultur gegenüber den materiellen Interessen und Genüssen und er zeigt das Verständnis dafür, daß auch im Gemüt des deutschen Arbeiters die Sehnsucht nach einem Anteil an der höheren deutschen Kultur nach Befriedigung lechzt. Dem Einwand, daß diese Sehnsucht nur bei einer Minderheit der Arbeiter vorhanden sei, muß man leider entgegenhalten, daß dies auch für die Kapitalistenkreise gilt, und daß die Erfüllung dieser Rathenauschen Forderung zweifellos ein Segen für unser ganzes Volk sein würde.

Nachdem er schon vorher gelegentlich beratend und vermittelnd die Regierung unterstützt hat, tritt er endlich am 10. Mai 1921 als Aufbauminister in das Kabinett Wirth, welches die Erfüllung des Londoner Ultimatus zu versuchen sich bereit erklärt hatte. In Erkenntnis, daß die Beschaffung ausreichender Goldmittel unmöglich ist, knüpft er am 10. Juni in Wiesbaden persönlich Verhandlungen mit Loucheur an, die Anfang Oktober fortgesetzt und am 7. Oktober dann zum Abschluß gebracht werden, daß an die Stelle von Goldzahlungen an Frankreich Sachleistungen treten. Auch dieses Wiesbadener Abkommen wird von den Deutschnationalen als Gipfel der Torheit auf das Heftigste getadelt; tatsächlich hat Frankreich



bisher von seinem Forderungsrecht kaum Gebrauch gemacht, während wir von der Goldzahlungspflicht für einige Jahre befreit sind. Als nach der wahnwitzigen, der Gerechtigkeit ins Gesicht schlagenden Zerreißung Oberschlesiens die Demokraten aus der Regierung ausscheiden, legt auch er mit Koch und Schiffer als Demokrat sein Amt nieder, stellt aber für die Verhandlungen in London Wirth seine Hilfe zur Verfügung und übernimmt Ende März 1922 auf dessen Bitte das Ministerium des Auswärtigen. Mit seiner gewinnenden Persönlichkeit und sachlichen Klarheit gelingt es ihm, in London und Cannes für die Verhandlungen eine für Deutschland günstige Stimmung zu schaffen, deren Auswirkung leider durch Briands Sturz und Poincarés Übernahme der Regierung Frankreichs jäh unterbrochen wird. Trotz allen Widerstrebens muß aber auch Poincaré die Konferenz in Genua beschicken, wo Rathenau erneut bei den Gegnern an Hochschätzung gewinnt und die Stimmung für Deutschland täglich bessert. Selbst der wie eine Bombe einschlagende Friedensschluß von Rapallo zwischen Deutschland und dem bolschewistischen Rußland kann wohl für einige Tage, nicht aber dauernd die Deutschland günstige Stimmung stören, und als er beim Schluß der Tagung in einer geistvollen und begeisternden Rede der Sehnsucht der Menschheit nach Frieden, Frieden, Frieden Ausdruck gibt, jubelt die ganze Versammlung ihn zu. Rathenau hat für Deutschland einen glänzenden politischen Sieg errungen. Und trotzdem fällt er wenige Wochen später, am 24. Juni, den mörderischen Kugeln wahnwitziger, betörter Buben zum Opfer.

Wie war dies möglich? Rathenau hatte in seiner vornehmen überlegenen Klarheit und Selbstbeherrschung auch schwer reizenden Angriffen der Gegner gegenüber nie zu verletzenden Ausdrücken sich hinreißen lassen, war nie auf den Tiefstand der Gegner herabgestiegen — warum mußten ihn als ersten der Regierung Wirth die Mörder wählen? So beschämend es ist, so muß es doch rückhaltlos ausgesprochen werden — er fiel als Erster, lediglich weil er Jude war, weil bei dem Tiefstand unseres sittlichen Empfindens die schmachvolle Judenhetze es dahin gebracht hat, daß die Mörderbanden, welche Deutschland schänden, gegen einen Juden spielend leicht Vollzieher des Mordes finden. Und wer warf die Saat in den empfänglichen, tief aufgepflügten deutschen Volksacker? Es wäre töricht, behaupten zu wollen, daß die Führer der Deutschnationalen — Männer wie Helfferich, Hergt, Westarp — irgendwelchen Anteil an Mordplänen gehabt oder solche Wirkungen ihrer gegen die Regierung gerichteten scharfen



Angriffe erstrebt hätten. Eine andere Frage aber ist, ob sie nicht, zumal nach dem Ergebnis der Angriffe gegen Erzberger, in Ton wie Inhalt ihrer Angriffe zur Mäßigung verpflichtet waren. Ein so kluger Mann wie Helfferich, der doch gesehen hatte, wie bei seinem Prozeß gegen Erzberger der jugendliche Fähnrich von Hirschfeld seine Pistole gegen den als Verderber Deutschlands von ihm gezeichneten Erzberger richtete, und der dann diesen unter den Kugeln der Mörder fallen sah, mußte doch damit rechnen, daß eine Fortsetzung der Angriffe gegen die Regierungsmitglieder in so gehässiger, sie als verbrecherische Schädiger des Vaterlandes bezeichnender Weise aus der großen Zahl aufgehetzter und schiffbrüchiger junger Menschen weitere Mörder werde erstehen lassen, die glaubten, sich ein besonderes Verdienst um das Vaterland zu erwerben, wenn sie solche Schädlinge beseitigten. Und nun diese schmachvolle Judenhetze der Deutsch-Völkischen und ihrer Presse, die, anstatt abgeschüttelt zu werden, als wertvolle Hilfstruppe von den Deutschnationalen in jeder Weise unterstützt und gefördert wurden! Es ist tief beschämend für das deutsche Volk, daß die Judenhetze wieder so weite Verbreitung findet, daß auch ein so großer Teil der geistig höher Stehensollenden von ihr sich einfangen läßt, daß diese Kreise nicht erkennen, daß diese Hetze nur dem Zwecke dient, die Aufmerksamkeit abzulenken von den am Unglück Deutschlands wirklich Schuldigen, von der Selbstsucht früher herrschender Klassen, die sich nicht darin finden können, daß die Zeiten ihrer Vorherrschaft und Bevorzugung vorüber sind!! Der Ekel steigt dem ernst Denkenden empor, wenn man sieht, mit welcher bodenloser Gemeinheit dieser antisemitische Kampf geführt wird, der das deutsche Volk in den Augen der anderen Nationen aufs Tiefste schändet und mit dem Morde Rathenaus in der ganzen Kulturwelt Entsetzen und Abscheu emporerufen hat.

Wie aber war bei aller Bedeutung Rathenaus und der Nichtswürdigkeit der Tat doch eine so tiefgehende Wirkung möglich? Weil Rathenaus Persönlichkeit bei seinem Verkehr mit den führenden Männern aller Völker — auch unserer Feinde — den Eindruck eines außergewöhnlich bedeutenden Mannes gemacht hatte, dessen hohe Vornehmheit die wahnwitzige Tat alle mit Entsetzen erfüllen ließ. Rathenau war eine in der Menschheitsgeschichte nicht allzu häufige Erscheinung. Ein genialer großer Sohn eines genialen Vaters! Das bedeutet mehr als bloße hohe geistige Fähigkeit und Begabung! Um groß zu werden, muß hohe Begabung begleitet sein von hoher Willenskraft, hohem sittlichen



Streben nach hohen Zielen. Nur Personen solcher Art erreichen es trotz der Versuchungen des Reichtums, sich zu großen Menschen zu entwickeln. Niemand, der Rathenau nähertrat, konnte sich dem Zauber und dem Einfluß seiner überlegenen Persönlichkeit entziehen. Seine Sprache war stets geistvoll, auch in hohen Gedankengängen klar und damit fesselnd. Daß er dann auch noch in fremden Sprachen direkt den gegenerischen Staatsmännern seine Gedanken entwickeln, ihre Irrungen darlegen, die Interessen seines Vaterlandes verteidigen, die Zusammenhänge des fremden Wohls mit Deutschlands Erhaltung und Weiterarbeit darlegen konnte, machte sein Wirken so überaus bedeutsam und wertvoll für Deutschland. Die Schandbuben, welche diesen Mann geschmäht und die Mörder gegen ihn aufgehetzt haben, wissen kaum, wie schwer sie ihr Vaterland geschädigt haben. Rathenau war ein so guter Deutscher, wie nur einer, der glaubt sich über ihn erheben zu können, weil er dreißig bis vierzig Ahnen nachweisen kann. Wie borniert müssen die Leute sein, welche sagen oder glauben, daß ein Mann wie Rathenau, in einem großen stolzen Wirkungskreis mit glänzenden Einnahmen stehend, sorgenfrei lebend, um sich zu bereichern diese Stellung vertauscht habe mit einem Ministerposten, der ihm nur einen Bruchteil der Einnahmen bot, die er dagegen opferte, während er täglich mit einer Mörderkugel rechnen konnte, gegen die er schützende Überwachung trotz wiederholter dringender Aufforderung seiner Freunde und Kollegen immer abgelehnt hatte. Für dies hohe sittliche Pflichtgefühl, welches ihn trieb, in der Not des Vaterlandes sich nicht zu versagen, fehlt ja freilich den verblendeten Kreisen dieser Mordorganisationen jedes Verständnis! Ebenso wie für die furchtbaren Gefahren, welche sie für das Vaterland durch ihre Freveltat heraufbeschworen. Daß der Wert unserer Mark erneut einem Sturz ausgesetzt wurde (von 14 auf 8 Zehntel des Goldpfennigs), der den Zusammenbruch unserer ganzen Wirtschaft herbeiführen kann — das zu begreifen, reichte ihr beschränktes Hirn nicht aus! Daß alle Verhandlungen mit den Feinden und fremden Geldgebern abgebrochen wurden — daß sie lediglich unseren Todfeinden in die Hände arbeiteten — Herrn Poincaré den erwünschten Vorwand lieferten, um seine Besetzung des Ruhrgebiets und Abtrennung des linksrheinischen Gebietes zu begründen — all das lag jenseits ihres Gesichtskreises! Daß die Furchtbarkeit ihres Verbrechens allen Vaterlandsfreunden die Augen öffnen und sie zu rücksichtslosem Durchgreifen zur Ausstumpfung dieser Verbrecherorganisationen aufpeitschen würde, haben sie sich wohl auch nicht träumen

lassen. Auch die bislang noch zweifelnden Kreise unserer Politiker haben nun doch wohl erkannt, daß es für alle ehrlichen Vaterlandsfreunde jetzt nur eine Politik geben kann — entschlossenes Aufgeben aller Gedanken auf Wiederherstellung früherer Zustände, in welchen die rechtsstehenden Kreise wieder eine maßgebende Bedeutung hätten. Daß die breiten Arbeitermassen, zu heller Wut entflammt, durch solche Verbrechen gegen führende Männer der Republik bei ihren Kundgebungen Ausschreitungen nicht immer verhindern konnten, ist bedauerlich. Allerdings werden die Führer der Sozialisten im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung dahin wirken müssen, daß Ausschreitungen der radikalen Linken den Eindruck des Rathenaumordes nicht so überschatten, daß die hoffentlich für unser Volk segensreichen Folgen der grausen Tat dadurch vernichtet werden.

Welche Maßregeln aber sind zu ergreifen, um zunächst die Wiederholung solcher Verbrechen und damit die Untergrabung unseres Staatslebens zu verhüten und um ferner unser Volk zu heilen von Gesinnungskrankheiten, aus welchen diese Gefahren hervorgewachsen?

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß in der Verwaltung wie in der Rechtsprechung die mit den Zielen der Republik feindlichen Kreise übereinstimmenden Anschauungen so stark überwiegen, daß eine erfolgreiche Bekämpfung derselben nicht zu erwarten ist. Sünder dieser Art werden entweder nicht gefangen oder so milde beurteilt, daß die linken Parteien mit Recht erbittert sind über die Härte, welche gegenüber den Sündern aus ihren Reihen Platz greift. Die Schaffung eines Sondergerichtshofes, einer besonderen Reichs-Anklage- und Polizei-Behörde ist unter diesen Umständen unabweisbar. Außerdem aber muß auch im Beamtenkörper dafür gesorgt werden, daß Republikgegner aus den wichtigen Plätzen entfernt und durch Männer ersetzt werden, welche nicht nur mit den Lippen sondern mit den Herzen sich zur Republik bekennen und dafür sorgen, daß diese nicht untergraben sondern befestigt und gesichert wird. Für die Zukunft aber muß vorgesorgt werden, indem man in Schulen und Universitäten die Männer zur Geltung bringt, welche der Vergiftung unserer Jugend durch antisemitische Hetze entgegenarbeiten. Lehrer, welche solche Verhetzung fördern, müssen entfernt oder unschädlich gemacht werden. Der Rathenaumord hat mit seinen wirtschaftlichen, seinen innen- wie außenpolitischen Auswirkungen Deutschland an den Rand des Abgrundes gebracht, aus welchem ein Wiederaufstieg kaum in absehbarer Zeit zu erhoffen wäre. Die Schwere der Gefahr



wird in ihrer Bedeutung kaum richtig gewürdigt. Die Aufpeitschung der Leidenschaften und Gegensätze in unserem Volke hat einen Grad erreicht, der das Schlimmste befürchten läßt. Rettung ist nur möglich, wenn alle, welche bereit und entschlossen sind, das Vaterland zu retten, Vergangenes begraben sein lassen und sich ehrlich die Hände reichen, um mit vereinten Kräften das Unglück abzuwenden. Leicht wird es nicht sein, eine solche Verständigung herbeizuführen. Hüben wie drüben ist manches getan und noch mehr geschrieben, was sich nicht leicht vergißt und die Giftpflanze des Mißtrauens schwer welken läßt. Die Not des Vaterlandes aber fordert gebieterisch diese Überwindung — die Versöhnung aller Volksteile — die Herstellung von Vertrauen zwischen Arbeitern und Unternehmern, damit die unser Leben bedrohende Gefahr, die Unvermeidbarkeit des Verzichts auf alles Entbehrliche, der gebieterische Zwang — mehr Erzeugen — weniger verbrauchen! — klar erkannt und danach gehandelt wird. Die Wege und Ziele, welche Rathenau unserer Wirtschaftsentwicklung gesteckt — Zuwendung eines höheren Anteils am Arbeitsergebnis wie den Kulturerrungenschaften an die Arbeitnehmer — damit Herstellung von Versöhnung und Vertrauen wie Sicherung des unentbehrlichen Einflusses der Wirtschaftsführer — diese Wege müssen besritten werden, wenn Deutschland wieder gesunden soll! Und wenn Rathenaus Tod diese Wirkung auslöst, dann darf auch das gramgebeugte Mutterherz einen schmerzlichen Trost finden in dem Gedanken, daß ihr großer Sohn nicht umsonst für sein geliebtes Vaterland sich geopfert hat!

Anlage 15

Aufgaben des Staates und der Gemeinden in der Frage der Volksvermehrung

Februar 1918.

Die Geschichte lehrt uns: Der Niedergang der Geburtenzahl leitet den Niedergang jedes Volkes ein.

Nur ein starkwachsendes Volk, erzogen von einer weisen Regierung durch gute Schulen zu hoher sittlicher und körperlicher Kraft, zu Schlichtheit und wirtschaftlicher Tüchtigkeit, ist ewig unüberwindlich.

Die Überlegenheit an sittlicher Kraft ist entscheidend für alle Kämpfe, mögen sie auf dem Schlachtfeld oder in friedlichem Wettstreit ausgefochten werden!



Was fordert Immanuel Kant, der größte Denker und Erzieher des Deutschen Volkes?

„Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung dienen könne“, d. h. also, daß dein Handeln im Einklang stehe mit dem höchsten Interesse deines Volkes und Vaterlandes.

Die Römer, das Herrschervolk der alten Welt, stellten den Grundsatz auf: „Salus publica suprema lex esto“ — Das Wohl des States soll oberstes Gesetz sein!

Das sind Grundsätze, die uns in den letzten Jahrzehnten etwas verschwunden waren. Schließlich ist sich doch jeder selbst der Nächste! erst mal für das eigene Wohl sorgen — das war eigentlich der Lebensgrundsatz, der in einer bedenklichen Weise unser Volk zu beherrschen schien, bei den oberen Schichten wie bei den unteren.

Zu unserer aller Freude hat aber der Kriegsbeginn uns gezeigt, daß es in der Stunde der Gefahr für keinen im Volke ein Schwanken gab, daß jeder willens und bereit war, seine Kraft, sein Blut für das Vaterland einzusetzen. Und wenn wir jetzt, nachdem wir bald 4 Jahre im Kampfe stehen, uns vergegenwärtigen, was geleistet worden ist, dann haben wir tatsächlich keine Worte, die ausreichen würden, die Höhe der Leistungen unseres Volkes gebührend zu würdigen. Wir fragen uns wohl: Wie ist es möglich, daß die ganze Welt mit dieser Erbitterung gerade gegen Deutschland in den Waffen steht? Wir wissen es ja und auch unsere Feinde sind darüber keinen Augenblick im Zweifel: wenn unsere Bundesgruppe ihren Angriffen Widerstand zu leisten imstande ist, so ist es in erster Linie Deutschland, dessen Stärke sich auch für ihre Massen als unüberwindlich gezeigt hat.

Nun können wir ja heute vielleicht sagen, der Kampf geht seinem Ende zu. Rußland ist zusammengebrochen und leidet jetzt unter einem Chaos, wie man es sich in einem Staatswesen überhaupt kaum als möglich vorstellen sollte. Rumänien mußte folgen auf dem Wege zum Frieden, und unsere Feinde im Westen erkennen — wenn sie im stillen Herzen sich selbst die Wahrheit gestehen wollen — die Hoffnung, uns zu einem Frieden zu zwingen, wie sie ihn wünschen, als eitel. Aber ich glaube, es würde doch etwas leichtherzig sein, wenn wir uns darauf verlassen wollten, daß an eine Wiederholung solcher Kämpfe in der Zukunft nicht zu denken sei. Sehen wir uns doch unsere Gegner an: England gegenüber wäre es töricht, wenn wir uns



darauf verlassen wollten, daß dieses Land seinen Sturz von seinem Herrscherthron als unabwendbar und unwiederbringlich hinnimmt. Gegenüber Frankreich haben wir vor dem Kriege schon uns redlich bemüht, seinen Haß zu besänftigen, in ein verträgliches Verhältnis zu ihm zu kommen. Aber wir haben uns überzeugen müssen, daß solche Hoffnungen eitel waren, daß die Zahl der Männer, die einigermaßen unbefangen die ganze Frage zu prüfen vermochten, sehr klein war. Den Unbefangenen — Jaurés — schoß man einfach tot, weil er den Leuten, die das Volk in den Krieg trieben, im Wege war.

Unser dritter großer Feind — Rußland — ist beherrscht von einem derartigen Landhunger und Ausdehnungstrieb, daß kaum zu erwarten ist, dieser Grundcharakter des russischen Volkes werde sich ändern — und ob ein Zarenregiment oder ein konstitutionelles Regiment herrscht, in jedem Falle gibt der Charakter und Wille des Volkes an letzter Stelle den Ausschlag. Italien ist ein aufsteigendes Volk, sowohl in Volkszahl wie in wirtschaftlicher Kraft. Es wird mit seiner Volkskraft auch diesen Krieg überwinden und weiter steigen.

Japan hat eigentlich kaum einen ernstesten Grund, dauernd unser Gegner zu sein. China kommt für den Kampf nicht in Betracht. Dagegen die Vereinigten Staaten! Wenn wir uns vergegenwärtigen, mit welcher Leichtigkeit diese vorgeschrittene Demokratie der Welt gegen uns in den Krieg getrieben worden ist, ohne daß sie nach unserer ehrlichen Überzeugung einen ausreichenden Grund dafür gehabt hätte, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß in den Vereinigten Staaten ja viel mehr deutsches Blut ist als englisches, daß die gewaltige geschlossene Menge von Irländern in dem Engländer ihren Todfeind sieht und daß trotz alledem die noch nicht den vierten Teil des Volkes darstellende englische Bevölkerung es fertig gebracht hat, das ganze Land und das ganze Volk in diesen Krieg gegen uns hineinzuziehen, dann werden wir den Gedanken ablehnen, der auch vielfach vertreten wird, „daß der Krieg nicht gekommen wäre und sich nicht wiederholen werde, wenn nur die Demokratie herrschte bei Kriegsbeginn schon in allen Ländern — von Rußland abgesehen —, die den Krieg gegen uns aufgenommen haben, und trotzdem sind alle ohne zwingenden Grund gegen uns in den Krieg eingetreten.

Wie furchtbar der Krieg bisher gewütet hat, das ersehen wir aus den Zeitungsberichten allein nicht. Die gewaltigen Eindrücke lösen sich mit einer solchen Schnelligkeit ab, daß uns der volle Umfang des Kampfes gar nicht klar zum Bewußtsein kommt. Liest man etwa in der Kriegsgeschichte von Stege-



mann im zweiten Band die Schilderung der Kämpfe, die sich von Oktober 1914 bis Januar 1915 gegen die Riesenheere Rußlands in Polen und Galizien abgespielt haben, wie diese unendlichen Massen hintereinander von Nikolai Nikolajewitsch eingesetzt wurden, wie fünf Monate lang unsere Soldaten und die Österreicher — immer dieselben Truppen immer und immer wieder gegen diese russischen Massen — schlagen und standhalten mußten, da kommt uns zum Bewußtsein, wie fürchterlich diese Kämpfe gewesen sind und wie unbeschreiblich erhaben und groß der Heldenmut unserer Soldaten ist. Aber es kommt uns auch zum Bewußtsein, wie sehr an der entscheidenden Stelle es immer darauf ankam, daß die nötigen Truppen da waren, daß gerade in den kritischen Stunden das ganze Schlachtgeschick sich wendete, weil die letzten 2—3 Armee Korps nicht da waren! So war es an der Marne, so war es in Polen, wo unsere Angriffe trotz allen Heldenmutes wiederholt zurückgeworfen wurden, weil die Riesenmassen nicht zu bewältigen waren! Wenn es uns gelungen ist, die gewaltigen Massen Rußlands trotz alledem dank der genialen Führung unseres Hindenburg niederzuringen, so hing es doch wiederholt am seidenen Faden, daß trotz aller Aufopferung unsere Armeen von der Masse nicht erstickt wurden! Da haben wir natürlich doppelt und dreifach Veranlassung, uns zu fragen, ob wir auch in der Folge mindestens zu unserer Verteidigung ausreichende Truppenmassen aufbringen können.

Wir alle wünschen den Frieden. Aber als leitend für unser Handeln dürfen wir doch nur den Grundsatz wählen, nach dem unser Generalstab arbeitet — das Beste erhoffen und das Höchste wagen, aber niemals aus den Augen lassen das Schlimmste und dafür gerüstet sein. Für den Kriegsfall aber müssen wir uns darüber klar sein, daß die Entscheidung bei der Menschenzahl liegt. Schon Friedrich der Große hat gesagt: „Der liebe Gott ist immer bei den stärksten Bataillonen.“ Wir müssen uns fragen, was wir tun müssen, um später die nötigen starken Bataillone zu haben.

Es ist wohl auch behauptet worden, ein neuer Krieg sei schon aus dem Grunde unmöglich, weil nach der furchtbaren Erschöpfung kein Volk in absehbarer Zeit finanziell imstande sein werde, einen solchen Krieg wieder anzufangen. Aber die Leistungsfähigkeit der Menschheit ist in den letzten 40 Jahren so gesteigert worden, daß Summen und Lasten, an die man vor 40 Jahren nie gedacht hätte, von der Menschheit getragen und überwunden werden. Und ähnlich liegt es nicht allein bei uns.



Ein starkes Volk überwindet alles, die Menschen sind und bleiben die Hauptsache!

Haben wir zu erwarten, daß unser Volk Schritt halten wird mit den Nationen, die ihm später möglicherweise wieder als Feinde gegenüberstehen werden? Unser Volk hat sich in den letzten Jahrzehnten jährlich um 7—900 000 Köpfe vermehrt. Nur hat dieses Wachstum vorwiegend beruht auf der Herabsetzung der Sterblichkeit! Die Fortschritte, die uns bessere soziale Verhältnisse herbeigeführt haben — die bessere Ernährung, die bessere Fürsorge für die Kinder, die Beseitigung großer Mißstände im Wohnungswesen, der Fortschritt unserer ärztlichen Wissenschaft — haben unsere Sterblichkeitsziffer sehr stark gesenkt. Gegenwärtig sind wir bei einer Sterblichkeitsziffer von etwa 15,8 auf Tausend angekommen, d. h. die Sterbefälle von 64 Jahren sind erforderlich, um 1000 Menschen, die gegenwärtig leben, vollständig verschwinden zu lassen. Das ist eine so günstige Lage, daß sie viel günstiger nicht mehr werden kann. Dagegen ist die Abnahme der Geburtenzahl noch lange nicht auf dem Tiefpunkte angelangt. Sie ist namentlich in den allerletzten Jahren so schnell gesunken, daß wir uns sehr ernst die Frage vorlegen müssen: Wenn das in dem Tempo noch 10 Jahre weitergeht, überflügeln wir in der Abnahme der Geburtenzahl dann nicht die Franzosen bei weitem?

Wir hatten im Jahre 1872 bei 41 Millionen Menschen 1 700 000 Geburten. 1890 waren es bei 49 Millionen nur 1 820 000 statt 2 Millionen. Im Jahre 1905 haben wir so ungefähr die höchste Zahl unserer Geburten erreicht mit etwas über 2 Millionen, und wir sind im Jahre 1914 bei 68 Millionen Bevölkerung schon wieder bei der Geburtenzahl von 1890 angekommen, bei 1 870 000 Geburten, während es, wenn wir die Geburtenzahl von 1872 gehabt hätten, nahezu eine Million Geburten mehr sein mußten. Die damalige Zahl, ungefähr 41 Geburten auf 1000 Menschen, wäre nicht etwa besonders hoch. Die in Kurland angesiedelten deutschen Bauern haben eine Geburtenzahl von 70—72, und Eheleute mit 12—14 Kindern bilden die Regel. Wir brauchen aber gar nicht Familien mit 10—12 Kindern! 5—6 Kinder, die kräftig aufwachsen und alle heiraten, sind völlig ausreichend! Vor allem aber müssen die oberen Schichten mit gutem Beispiel vorangehen, während gerade in ihnen Ehelosigkeit und Kinderarmut in erschreckender Weise wachsen. Solch Verhalten ist eine ernste Pflichtwidrigkeit gegen den Staat. Mit dem Aussterben geistig und sittlich hochstehender Persönlichkeiten und Fa-



milien gehen der Menschheit unschätzbare Kulturwerte verloren.

Wir haben die entsprechende Zahl von etwa 40 Geburten auf 1000 Köpfe auch eigentlich im ganzen vorigen Jahrhundert gehabt, bis auf die beiden letzten Jahrzehnte, wo der Rückgang anfang. Wir hatten im Jahre 1910 nur noch 30,7, 1913 nur 28,3, 1914 nur noch 27,6, in 4 Jahren also 3,1 auf 1000 Köpfe weniger! Diese Abnahme ist erschreckend! Und wenn wir uns das umrechnen in Soldaten, meine Damen und Herren, dann kann uns ein gelindes Grausen befallen. Von 100 000 Kindern, die geboren werden, sind 50 000 männlich. Das dienstfähige Alter erreichen von den 50 000 etwa 33 000, von den vorhandenen Dienstfähigen werden etwa 62 Prozent Soldat 64 vom Lande und nur 58 $\frac{1}{2}$ aus den Städten, so daß wir im ganzen von den 50 000 Knaben, die geboren werden, etwas über 20 000 Soldaten erwarten können. Nun stellen wir in den Kampf etwa 26 Jahrgänge, und wir haben jetzt bei den Nachmusterungen noch eine ganze Menge Leute eingestellt, die bei den 62 Prozent nicht eingestellt waren, — kurzum, wir können rechnen, daß ein Verlust von 950 000 Geburten im Jahre unsere Heereskraft für den Kampf um nahezu $26 \times 190\,000 =$ nahezu 5 Millionen Soldaten verkürzt. Das sind 100 Armee Korps. Diesem Rückgang der Geburtenzahl Halt zu gebieten, ist deshalb eine Aufgabe, die an Wichtigkeit von keiner andern erreicht wird.

Denn die Mehrung und Stärkung unseres Volkes ist und bleibt die wichtigste Aufgabe des Staates und aller seiner Organe.

Das alte Hohenzollernwort:

„Menschen halte ich für den größten Reichtum“
bleibt ewig wahr für alle Zeiten und für alle Völker!

Für die Zukunft ist die wichtigste Aufgabe,
daß wir all unsere Maßregeln darauf ansehen,
wie sie auf die Frage der Volksvermehrung
wirken.

Da sind nunmehr viele Punkte zu beachten. In erster Linie ist trotz der bereits erreichten guten Erfolge in Bezug auf die Herabsetzung der Sterblichkeit doch noch immer mehr nach dieser Richtung hinzuwirken. Wir verlieren immer noch im ersten Lebensjahre über 15 v. H. der geborenen Kinder, die Engländer nur 9,5, die Franzosen 10,4. 1906 verloren wir 18,5 v. H.! Wir haben also Fortschritte gemacht, aber wir sind noch sehr weit von der Grenze des Möglichen entfernt. Da spricht natürlich sehr viel mit die Gesundheit der Eltern, die



Lebensweise der Eltern — Alkohol des Vaters ist Gift für die Kinder! Geschlechtskrankheiten rächen sich im dritten und vierten Glied!

Dann kommt als einer der wichtigsten Punkte: die Wohnung! Kinder, die in unglücklichen Wohnungsverhältnissen geboren werden, die gehen in der doppelten Zahl zugrunde als diejenigen, die das Glück haben, in guten Wohnungs- und Ernährungsverhältnissen auf die Welt zu kommen. Selbstverständlich kann man nicht erwarten, daß in den ärmeren Schichten, die nicht in der Lage sind, den Kindern immer gerade das Beste an Nahrungsmitteln zu bieten, die Dinge ähnlich sich gestalten. Aber es wird auch in unsern ärmeren Kreisen für nichtige und überflüssige Dinge sehr viel Geld vergeudet, das, für gute, kräftige Ernährung angewendet, unendlich viel besser angebracht sein würde.

Die Frage, um die es sich hier handelt, ist ernst. Was kann geschuhen, um Hilfe zu bringen? Das ist die Aufgabe, welche für unseren Staat und für die Gemeinden gegenwärtig im Vordergrund stehen muß. Unser Staat und unsere Gemeinden haben bisher ihre Hauptaufgabe darin gefunden, für Ordnung und Recht zu sorgen. Daß sie in großem Umfange ihre Anstrengungen und ihre Mittel für soziale Fürsorge aufgewendet hätten, traf nur ausnahmsweise zu; die Steuerlasten waren ja immer zu hoch, obwohl wir uns jetzt überzeugt haben, wie leicht wir sehr viel höhere Lasten tragen können. Das ist aber gegenüber der Aufgabe, mit der wir uns hier zu beschäftigen haben, der verkehrte Standpunkt. Wenn jeder Staatsminister sich in erster Linie fragt, wie eine Maßregel auf die Frage der Volksvermehrung wirkt, dann wird er so zurückhaltend gegen soziale Ausgaben, wie wir bisher waren, in der Folge nicht mehr sein.

Der Staat muß den Familien mit Kindern Erziehungsbeihilfen geben! Vermehrt sollen die Ausgaben für die Kindererziehung dadurch nicht werden, aber diejenigen, die die Hauptlast tragen, die doch nebenher Tag und Nacht ihre Ruhe opfen müssen, um die Kinder emporzubringen, denen muß Erleichterung geschaffen werden, und die andern, die von dieser schweren Lebensbürde frei bleiben, die sollen mehr tragen. Hierüber sind die verschiedensten Vorschläge gemacht worden. Als das Beste erscheint mir der Vorschlag des ersten Staatsanwalts Zeiler aus Zweibrücken, der diese Frage sehr energisch und gründlich angreift und allerdings zu Forderungen kommt, die ich mir nicht ganz zu eigen machen kann, weil ihre Erfüllung in dem geforderten Umfange



völlig ausgeschlossen ist. In vollem Umfange würden Zeilers Vorschläge etwa 24—28 v. H. des Einkommens erfordern. Meiner Ansicht brauchen wir das aber nicht. Es ist nicht angebracht, daß zur Gründung eines Haushalts noch Unterstützung gewährt wird. Zur Berechnung der Kosten hat Zeiler etwa 2000 Familien senier Stadt ganz genau verfolgt und festgestellt, daß für diese 2000 Familien, nach seinen Grundsätzen unterstützt, etwa 8 v. H. des Einkommens ausreichen, wenn die Unterstützung auf die Kinderfürsorge beschränkt wird. Und da muß ich nun wieder betonen, die Ausgabe trifft natürlich nur die, die keine Kinder haben. Es würde wahrscheinlich noch ein wesentlich kleinerer Anspruch auf die Steuerkraft erhoben werden, wenn Staat und Gemeinde, überhaupt jeder, der Beamte beschäftigt, zu dem Grundsatz übergehen würde, daß das Grundgehalt für den Unverheirateten festgestellt und für den Verheirateten ein Zuschlag zum Grundgehalt gegeben wird, und für jedes Kind, das lebt und erzogen wird, ein weiterer Zuschlag. Wir stehen nach dem Kriege vor der Aufgabe einer Neuregelung der Gehälter. Das würde eine gute Gelegenheit sein, zu einer solchen Besserung überzugehen.

Neben diesen Fragen bleibt, um die Gesundheit der Bewohner und die Kinderzahl zu steigern, das Wichtigste: die Frage der Wohnung. Auf dem Lande namentlich, welches uns ja immer noch die größere Kinderzahl gebracht hat, die Selbständigkeit der arbeitenden und weniger bemittelten Kreise, die Kolonisierung in größerem Umfange, Beschaffung eines kleinen eigenen Besitzes, der ja auch aus dem Gesichtspunkt so unbezahlbar wertvoll ist, weil Kinder nun doch mal Unruhe und Störungen mit sich bringen und deshalb im Miethause schwer unterkommen. Wenn da gesagt würde, wir wollen kolonisieren, wir bauen Einzelhäuser, aber wir geben sie nur den Familien mit Kindern, das würde von guter Wirkung sein! Natürlich dürfte man dabei nicht das Wichtigste vergessen: die Sicherstellung des Bestandes solcher Heimstätten für die Zukunft durch Verbot jeder Spekulation mit dem Heimstättengrundstück. Es wird sich wahrscheinlich auch Gelegenheit genug bieten, denn der große Gutsbesitzer wird seine großen Flächen nicht mehr so wie bisher bewirtschaften können, aus Mangel an Arbeitskräften. Er wird der Not gehorchend sich entschließen müssen, Teile davon der Siedlung hinzugeben, und wird sich dann auch wieder eine seßhafte Bevölkerung schaffen, die ihm Arbeitskräfte stellt. Daneben muß auf dem Lande die Trennung zwischen Gutsbesitz und Dorfgemeinde aufhören. Der Gutsbesitzer ist der



gewiesene Führer der ländlichen Bevölkerung, aber er darf als Führer nicht völlig getrennt von seiner Gemeinde stehen. Ferner müßten die kleinen, schwachen Gemeinden aufhören, die nur einklassige Schulen erhalten können. Wieviel besser wäre es, wenn solche Gemeinden zusammengeschlossen eine sechs- bis siebenstufige Volksschule hätten. Das ist auch ein sehr wichtiger Punkt. Wir haben ferner heute Amtsbezirke von zusammen etwa 2000 Seelen. Das müßte die Gemeindeeinheit sein. Wir haben das in Österreich. Dort sind Dorfgemeinden manchmal eine Meile lang und umfassen 2000 bis 3500 Seelen. Da läßt sich natürlich Besseres schaffen, als wenn eine Gemeinde nur 200 bis 300 Seelen hat und über keine Mittel verfügt. Die Landkreise könnten alsdann auf sechsstufige Volksschulen noch an vier bis fünf Orten vierstufige Mittelschulklassen aufbauen, so daß die gesamte Landjugend eine gute Mittelschulbildung erhalten könnte, ohne das Elternhaus zu verlassen.

Dann soll der Staat Kanäle bauen, um es zu ermöglichen, daß an Kanälen die Großindustrie sich ansiedeln kann. So kommt die Großindustrie heraus aus den Städten, wo sie nicht hingehört, wo es unmöglich ist, für die Arbeiterschaft gute, einwandfreie Verhältnisse zu schaffen. Sie muß hinaus ins Freie, womöglich 1000 bis 1200 Morgen Land zur Verfügung haben, um die Arbeiterfamilien in ähnlicher Weise anzusiedeln, wie ich das für die ländlichen Verhältnisse gefordert habe. Das ist viel gesünder, und wenn wir Kanäle haben, dann kann auf je 500 Meter Kanallänge ein Großbetrieb angesiedelt werden. Es spielt auch keine große Rolle, ob bei einem solchen Kanal die Zuwege um 150 Kilometer länger sind, das kostet kaum einen Pfennig Fracht mehr. In der Stadt wird mehr und mehr in der Wohnung alles beengt, und wenn heute einmal ein Großbetrieb sich ansiedelt, wo er etwas freier liegt, sobald die Stadt sich entwickelt, ist er nach 30 Jahren rings eingebaut, und alle Übelstände sind da, die nun mal mit der dichten Stadtentwicklung verbunden sind.

Für die Stadtgemeinden aber sind die sozialen Aufgaben fast noch dringender. Namentlich die Bebauung muß nach sozialen Rücksichten geordnet werden. Die Grundsätze, die Damaschke mit der Kriegerheimstätten- und Bodenreform-Bewegung verfolgt, müssen für die Stadtverwaltung leitend sein. Wir haben viel zu wenig Einzelwohnungen in der Stadt. Ein paar wohlhabende Leute haben Einzelhäuser, alle anderen wohnen in Mietskasernen. Wir haben namentlich auch für die Kinder viel zu wenig Spielplätze. Wenn die Kinder sich



gesund und kräftig entwickeln sollen, dann müssen sie spielen können. Und daß man aus unseren Plätzen mit Vorliebe Schmuckplätze macht, das sieht zwar sehr hübsch aus, aber für die heranwachsende Jugend ist der weniger hübsche Platz, wo die Kinder buddeln und spielen können, viel mehr wert als die Schmuckplätze. Und dann dürfen sich auch die Plätze nicht so ganz vereinzelt in der Stadt befinden. In jedem Bezirk, wo etwa 1000 Menschen wohnen, wo also etwa 250 Kinder sich befinden, die spielen wollen, muß ein Spielplatz sein.

Das Wichtigste bleibt aber doch in der Gemeinde die Wohnungsfrage, und damit hängt wieder zusammen die Frage, wie die Gemeinde ihre sonstigen Aufgaben auffaßt. Gas und Elektrizität gehören in die Hand der Gemeinde, damit nicht vom Geldverdienen abhängig gemacht wird, ob in einen erweiterten Stadtteil die elektrische Straßenbahn hineingelegt wird. Die Aktiengesellschaft, deren Kontrakt zwanzig Jahre läuft, will natürlich ihr Anlagekapital möglichst bald herauswirtschaften und gut verdienen. Sie wird sich hüten, die Straßenbahn in den erweiterten Stadtteil hinzulegen. Die Straßenbahn aber muß hinausgeführt werden, wenn man ein weiträumiges Leben möglich machen will, denn im innern Kern der Stadt kann man nicht weiträumig wohnen.

Vor allem aber müssen billige Baustellen vorhanden sein. Billige Baustellen kann nur die Stadt selbst schaffen. Der Privatmann hat immer den berechtigten Wunsch, aus seinem Besitz so viel wie möglich herauszuschlagen, und da es, wenn eine Stelle bebaut wird, namentlich, wenn sie von einem Miets-
haus bebaut wird, nicht so viel ausmacht, ob die Baustelle 4- oder 5000 Mark mehr kostet, so gehen die Preise für Baugrundstücke rapide in die Höhe, sobald die Bebauung vorschreitet. Dem kann nur die Stadt entgegenarbeiten, wenn sie so viel wie möglich das für die Bebauung in Betracht kommende Gelände selbst erwirbt und zugleich danach strebt den Wertzuwachs, den die Allgemeinheit schafft, der Allgemeinheit auch zugute kommen zu lassen durch Steuern. Die ganze städtische Bodenpolitik ist etwas, was eine Stadtgemeinde, die Jahrhunderte ihres Bestehens vor sich sieht, nicht kleinlich ansehen darf, abgesehen davon, daß die 50 Mark, die der Morgen heute mehr kostet, sich vielleicht in zehn Jahren in 500 oder 1000 Mark Mehrkosten verwandelt haben, sobald die Bebauung einigermaßen dem Lande näher gekommen ist. Bei Großstädten kommen ja hundertfache Erhöhungen vor. Da kann gar nicht großzügig genug gewirtschaftet werden.



Ein Weiteres! Die Stadt muß tatkräftig selbst eingreifen und Einzelhäuser schaffen, wie dies in vorbildlicher Weise der bodenreformerische Oberbürgermeister von Ulm getan hat, der Hunderte von hübschen Einzelhäusern für kleine Leute geschaffen hat, für die er sich außerdem das Wiederkaufsrecht vorbehalten hat. Es soll nicht etwa der Erwerber des Hauses, wenn er es nicht mehr für sich selbst und für seine Familie benutzen kann, damit ein Geschäft machen. Nur wenn die Stadt dergleichen in Angriff nimmt, kann dies in großzügigem Maße geschehen. Denn den gemeinnützigen Bauvereinen werden die Hypothekengelder nur sehr sparsam zugemessen. Die Stadtgemeinde aber würde gar keine Schwierigkeiten haben, den Bau von Einzelhäusern in der Art der Rentengutsbildung zur Durchführung zu bringen, wenn möglich mit einer Fläche von 1250 Quadratmeter, für welche alsdann nach Staatsgesetz die staatliche Rentenbank eine Beleihung bis zu 90 v. H. des Wertes zu gewähren hat. Dadurch sind nur 10 v. H. des Kapitals erforderlich, die derjenige, der ein solches Grundstück erwerben will, selbst anzahlen kann, so daß die Stadt so gut wie gar kein eigenes Kapital bei solchem Unternehmen festzulegen braucht.

Außerdem stehe ich auf dem Standpunkt, daß jede Stadtgemeinde den Familien mit größerer Kinderzahl zur Miete einen angemessenen Zuschuß gewähren müßte, damit die Leute sich eine größere und gesündere Wohnung nehmen können. Wir haben in unserer Stadt Landsberg 11 000 Kinder unter 14 Jahren, die alle bis dahin ausnahmslos den Eltern zur Last fallen, und wenn man Familien mit drei Kindern, die ein kleineres Einkommen haben, eine wöchentliche Mietsunterstützung von einer Mark, also 52 Mark im Jahr, gewährte und sie mit jedem Kinde um 50 Pfg. steigen ließe, so daß sie bei sieben bis acht Kindern vielleicht vier Mark in der Woche betrüge, also 208 Mark im Jahre, dann würde — Herabsetzungen bei dem Einkommen eingerechnet — es darauf hinauskommen, daß diese alles in allem vielleicht 655 Familien etwa 28 000 Mark Zuschuß erfordern würden. Das würde 7 v. H. Zuschlag zu unserer Einkommensteuer erfordern. Diese 7 v. H. machen für einen Mann mit 900 Mark Einkommen etwa 42 Pfgg., für ein Einkommen von 3000 Mark, das 60 Mark Einkommensteuer bezahlt, 4,20 Mark, und derjenige, der Kinder hat, würde dafür eine gute, billigere Wohnung haben, während nur derjenige getroffen würde, der keine Kinder oder ein reichliches Einkommen hat.



Dann müßten Straßen, Elektrizität, Gas weniger unter fiskalischen Gesichtspunkten behandelt werden, als das bis jetzt meist geschehen ist. Ich halte es aber für viel wichtiger, daß alle diese Dinge auch dem Ärmsten für einen billigen Preis zugänglich gemacht werden, als daß der Reichere 20 Mark Steuern weniger zahlt. Und ebenso ist es mit der elektrischen Straßenbahn. Diese muß von der Stadtverwaltung nach dem Gesichtspunkt geleitet werden, daß man die entfernteren Bezirke, wo noch billige und gute Arbeiterwohnungen geschaffen werden können, auch in eine gute Verbindung mit dem Innern der Stadt bringt.

So muß jede Maßnahme, die geplant und ausgeführt wird, daraufhin geprüft werden: „Wie wirkt sie auf die Volksvermehrung, auf das Gedeihen der breiten Schichten unseres Volkes?“ Nur dann können wir mit gutem Gewissen sagen, daß wir das Pflichtgebot Kants erfüllt haben, welches ich an den Eingang meiner Ausführungen stellte.

Der Einzelne aber hat seinem Volke gegenüber die Pflicht, die Lösung aller dieser Fragen mit zu bedenken und zu betreiben. Je mehr man eindringt in die sozialen Zusammenhänge, desto mehr zeigt sich die Frage der Wohnung als die unentbehrliche Grundlage, ohne die Volksgesundheit und Volkswachstum nicht aufgebaut werden können. Die Frage der Wohnung aber ist nicht zu trennen von der Frage des Bodens und Bodenrechts. Wo die Spekulation Baugelände zurückhalten kann, bis ihre übertriebensten Preisforderungen bewilligt werden, da kann einem Wohnungsmangel nicht erfolgreich entgegengewirkt werden. Das kann aber die Spekulation immer tun, wenn vom Recht der Boden, obwohl unvermehrbar und unbeweglich seiner Natur nach, der beweglichen und beliebig vermehrbaren Ware gleichgestellt wird. Hier muß die Reform einsetzen. Darum ist es der Grundgedanke der deutschen Bodenreformbewegung, von dem alle Arbeit des Staates und der Gemeinden an der Volksvermehrung ausgehen muß; der Grundgedanke, daß der Boden, die Grundlage aller nationalen Existenz, unter ein Recht gestellt werden, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte befördert, das jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt, und das die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des einzelnen erhält, möglichst dem Volksganzen nutzbar macht.

Eine starke Volksvermehrung

von welcher Wohl und Zukunft unseres Vaterlandes abhängt, ist auch bei mäßiger Kinderzahl (5—7) möglich, wie nach-



stehendes Beispiel zeigt. Wenn ich die Entwicklung einer mir genau bekannten Bürgerfamilie zur Grundlage und die gleiche Entwicklung für zehn Familien annehme, dann ergeben sich folgende Zahlen:

10 Stamm Eltern-Paare (20 Köpfe)
geb. 1815—18, verheiratet 1845/46
hätten Nachkommen:

10×7 Kinder (7×10 Ehepaare) geb. 1847—61 verh. 1873—1902	}	70 Köpfe: lebend 60, tot 10, verh. 70, unvh. 0									
5×27 Enkel 2—5 f. d. Familie geb. 1874—1910 verh. 1895—1916		135	„	„	125	„	10	„	75	„	40
5×51 Urenkel geb. 1908—1917		255	„	„	230	„	25	„	0	„	230

Sa. 460 Köpfe: leb. 415, tot 45, verh 145, unvh. 270

Nachkommen der 20 Stamm Eltern — lebend 415! Eine fast 21fache Vermehrung in etwa 80 Jahren.

Woraus ist diese starke Vermehrung zu erklären?

Alle Kinder (7) blieben am Leben — nur ein Sohn verunglückte (30 Jahre alt), hinterließ 3 Kinder. Alle Kinder heirateten, 6 früh 22—28 Jahre alt, 1 später 50 Jahre alt. Jede Ehe ergab im Durchschnitt 4 Kinder.

Von den Enkeln (27) blieben 25 am Leben — es starb nur das nachgeborene Kind des verunglückten Sohnes bei der Geburt — 1 Kind etwa 1885 an Diphtherie. Nur 3 heiratsfähige Enkel blieben ledig. Die verheirateten haben 3—6 Kinder.

Von den Urenkeln (51) starben nur 5 (4 Fehlgeburten, 1 Ansteckung durch Hebamme), 46 sind gesund und kräftig.

Männer wie Frauen sind echte Bürgersleute — fleißig, tüchtig, sparsam. Die Kinder wurden abgehärtet, zu körperlich und geistig tüchtigen Menschen erzogen. Geheiratet wurde fast durchweg früh, 22—30 Jahre alt — die Kinder wurden sorgsam gepflegt. Alkoholismus und Ausschweifungen gab es nicht.

Wenn das ganze deutsche Volk in gleicher Weise sein Leben geführt hätte, dann würde es jährlich um mindestens $2\frac{1}{2}$ —3 Millionen wachsen, während die wachsende Ehelosigkeit und Kinderscheu uns dem Untergang zuführt.

Auch mit kleinem und mäßigem Einkommen lassen sich 5—6 Kinder wohl groß ziehen, wenn Mann und Frau tüchtig und sparsam sind; wenn Nahrungsmittel von hohem Nährwert

bei billigem Preis verwendet werden — Grobbrot, Kartoffeln, Erbsen, Bohnen, Magermilch, Schmalz, Leinöl, Heringe, Seefische, bei Kleinviehzucht — Hühner, Kaninchen, Ziege, Schwein — und Garten-, Gemüse- und Obstbau; wenn für die Kleidung dauerhafte, einfache Stoffe verwendet, Putz und Tand, Alkohol und Tabak gemieden werden.

Es gilt unseren breiten Volksschichten mit kleinerem Einkommen solche Lebensführung zu ermöglichen. Darum Staat und Gemeinden baut Krieger-Heimstätten mit Land — 1250 qm und mehr!

Fabrikherren baut Arbeiterwohnungen mit Kleinviehstall und Garten — 300—600 qm! Schnell und in großer Zahl! Das ist unsere wichtigste Friedens-Aufgabe!

Anlage 16

Zur Lösung der Wohnungsfrage für den Wohnungs-Unterausschuß des Reichstages.

(16 Papiermark z. Zt. gleich einer Goldmark).

April 1921.

Wohnung, Siedlung, Nahrung, Arbeit.

Das deutsche Volk hat zur Zeit die oben bezeichneten vier großen Aufgaben zu lösen, welche eng zusammenhängen und sich wechselseitig unterstützen und bedingen.

Es gilt für 5—600 000 Erwerbslose Arbeit, für 5—6 Millionen jetzt auf das Ausland Angewiesene Nahrung, für etwa 800 000 Familien (und den Jahreszuwachs) Wohnung, für etwa 400 000 Siedler mit etwa $7\frac{1}{2}$ ha Durchschnittsfläche (auf ca. 3 Millionen ha Moor und Ödland) Siedlungsanwesen zu schaffen.

Vorbemerkung: Ich muß meine Ausführung niederschreiben, ohne daß mir statistische Quellen zur Hand sind. Meine Zahlen werden daher in Einzelheiten anfechtbar sein — sie sollen auch nur in großen Zügen die Möglichkeit der Lösung der Aufgabe nachweisen. Änderungen und Berichtigungen sind der eingehenden Durchberatung vorbehalten.

Nach meiner Überzeugung ist die Durchführung der Aufgabe nicht möglich, ohne daß noch weiter für eine begrenzte Zeit große Opfer als verlorenes Geld gebracht werden. Hierzu müssen alle in Betracht kommenden Kreise — Reich, Länder, Kreise, Gemeinden und Wirtschaftsbetriebe — in angemessener Weise herangezogen werden. Alle werden zunächst mit dem „Wir können nicht mehr“ Einspruch erheben; allen wird ein unbeugsames „Ihr müßt“ entgegengehalten werden müssen.



Die Prüfung meiner Vorschläge mag erweisen, ob die Unmöglichkeit auch für eine beschränkte Zeit anerkannt werden muß.

Die Zeit ist hart und schwer. Das deutsche Volk kämpft um sein Leben. Da darf niemand geschont werden, am allerwenigsten der Faule! Wer Wohnung oder Siedlung haben will, muß sein eigenes Kapital und noch mehr seine zähe angespannte Arbeitskraft dafür einsetzen! Wer beansprucht, in ein vom ganzen Volk geschaffenes Bett sich legen zu wollen, muß abgewiesen werden. Es werden sich genug Männer und Frauen finden, bereit, für dauernde Selbständigkeit und Unabhängigkeit eine Reihe schwerer Jahre auf sich zu nehmen.

Die Rettung und Heilung in der Sozialisierung zu suchen, lehne ich ab. Nicht weil ich den Gedanken einer völligen Umstellung unserer Wirtschaft, unter Beseitigung günstigerer Stellung für einzelne Volksteile, an sich als unerörterbar oder die günstigere Lage Einzelner als berechtigtes Interesse als unangreifbar ansähe, sondern weil eine mehr als 50jährige, ernster Arbeit gewidmete Tätigkeit mich in der Überzeugung bestärkt hat, daß der Wirkungsgrad sozialisierter Wirtschaft kleiner ist als der einer vom Selbstinteresse geleiteten Wirtschaft. Von kapitalistischer Selbstsucht weiß ich mich frei, bin aber überzeugt, daß bei gebotener verständiger Beschränkung der Selbstsucht Alle besser fahren ohne sozialistische Versuche. Mit diesen kurzen Worten wollte ich nur meine Stellung zur Sozialisierung kennzeichnen, welche auch in den bevorstehenden Erörterungen eine bedeutsame Rolle spielen wird.

Verbilligung der Baustoffe durch möglichste Beschränkung der Gewinne halte ich für durchaus geboten. Holz müssen die Länder zu einem billigen Preise zur Verfügung stellen. Träger der Durchführung der Aufgabe und Überwachung der ordnungsmäßigen Verwendung aller Zuwendungen und Vorteile müssen die Kreise sein (Landratsämter, Magistrate). Sie bieten die Gewähr für pflichtmäßige Überwachung und stehen den Ausführenden nahe genug, um unnötige Zeit- und Kraftvergeudung zu verhüten. Auch stehen ihnen für Wohnung wie Siedlung sachverständige Praktiker zur Verfügung, welche eine gute Durchführung verbürgen.

Der Geschäftsgang zwischen Regierungsstellen und Ausführung muß ein klarer und einfacher sein. Reich und Länder; Land- und Provinzialregierung; Regierung und Kreis; Kreis und Bau- und Siedlungunternehmer.



Alle sonstigen Zwischenstellen müssen fort! Sie erschweren und verursachen unnütze Kosten, die das Ganze tragen muß.

Kapitalbedarf. Das erforderliche Kapital wird in vier Gruppen zu zerlegen sein.

- A. Eigenkapital oder Arbeitsleistung des Wohnungsbauers oder Siedlung etwa 15% bei Wohnhäusern, 20% bei Siedlungen.
- B. Erststellige feste Hypothek, 15% bei Wohnhäusern, 20% bei Siedlungen.
- C. Zweite Tilgungshypothek, garantiert, vom Kreise zu beschaffen durch Pfandbriefe; 30% bei Wohnhäusern, 40% bei Siedlungen.
- D. Zuschuß, als verlorenes Geld zu tragen mit ein Drittel vom Reich, ein Drittel vom Land, ein Drittel vom Kreise; bei Wohnhäusern 40%, bei Siedlungen 20%.

Bei Wohnhäusern wird gefordert und angenommen, daß etwa die Hälfte ohne Zuschuß hergestellt wird, während der Ertrag bei Wohnungen 60%, bei Siedlungen 80% verzinsen und daneben die 30 bzw. 40% Pfandbriefhypotheken tilgen soll.

Miete für Wohnungen, welche mit Zuschüssen hergestellt werden, wird festgelegt in einer Höhe, welche Verzinsung und Tilgung der 60% deckt.

Rückkauf der mit Zuschuß geschaffenen Wohnbauten und Siedlungen ist zu sichern unter Ausschluß jedes Gewinnes aus Wertzuwachs.

Arbeitsprogramm für 5 Jahre.

I. Wohnbauten.

Auszuführen von öffentlichen Körperschaften, gemeinnützigen Gesellschaften mit Zuschüssen; Reich, Länder, Gemeinden für eigene Beamte, Wirtschaftsbetriebe für Arbeitnehmer, Private für eigenen Bedarf ohne Zuschuß.

Bedarf: Ende 1921 fehlende Wohnungen (in Bau befindliche, als fertiggestellt angenommen) 800 000 Wohnungen,
Zuwachs für 5 Jahre \times 150 000 750 000 „

1 550 000 „

davon ab 150 000 „

welche noch gewonnen werden können aus vorhandenen etwa 15 Millionen Wohnungen durch freiwillige Hergabe für Einzelne oder junge Ehepaare aus nicht durch Zwang zu erfassenden Räumen, wenn Mietshöhe, Kündigungsrecht usw. freigegeben werden

Bleiben zu erbauen 1 400 000 Wohnungen.



Hiervon mögen zu beschaffen sein:

A. als reine Wohnbauten mit etwas Garten	1 000 000 Wohnungen,
B. durch Siedlungen	400 000 „
Zur Herstellung der Wohnbauten sind zu verpflichten, ohne Rücksicht auf bereits Vorhandenes,	
a) die Stadtkreise für Wohnungen auf je 100 Seelen, ergäbe bei 35 Millionen	350 000 Wohnungen,
b) die in Landkreisen gelegenen Gemeinden, 1 Wohnung auf je 200 Seelen, ergäbe bei 25 Millionen	125 000 „
c) Reich, Länder, Kreise, Gemeinden für Beamten- und Arbeiterzuwachs bzw. Zuzug nach Ende 1920, veranschlagt auf	75 000 „
d) Betriebe für je 1 Wohnung auf 50 Arbeitnehmer zuschuffrei	250 000 „
e) Privatbauten für eigenen Bedarf zuschuffrei	200 000 „

Als zu bezuschussende Größe könnte festgestellt werden eine Durchschnittsgröße von 56 qm Wohnfläche mit einem durchschnittlichen Herstellungspreise von 60 000 Mark. Die Zusammensetzung der Wohnungen müßte dem Bedürfnis entsprechend sich ungefähr gliedern nach Wohnraum (W) (Küche = 1 Wohnraum) und Wohnfläche (qm) wie folgt: einmal 2 W 33 qm, zweimal 3 W 50 qm, einmal 4 W 66 qm, einmal 5 W 82 qm, das ergäbe einen Durchschnitt von ca. 56 qm. Es muß aber auch gestattet werden, größere Wohnungen bis zu 160 qm Wohnfläche zu schaffen, um auch solchem Bedarf Rechnung zu tragen. Der zu bezuschussende Durchschnitt wird auf 70 qm begrenzt. Da die Miete 60% der Herstellungskosten verzinsen und davon 30% auch noch tilgen soll, so bleibt die Miete hoch genug (etwa 45 Mark für den qm, für 160 qm also 7200 Mark), um vor Wohnungsluxus zurückzuschrecken.

Daß für zuschuffreie Wohnbauten jede Beschränkung fortzulassen und dieses Freibleiben sicherzustellen ist, wird wohl widerspruchslos zugegeben werden.

Im Interesse der Beseitigung der Wohnungsnot muß auch gefordert werden, daß Baukostengelder von Betrieben bis zu 50% der Kosten von Einkommen- und Erbschaftssteuer frei bleiben und daß auch Privatbauten eine solche Bevorzugung genießen unter Beschränkung der Berücksichtigung auf 160 qm



Wohnfläche und auf eine eine mäßige Grenze nicht übersteigende Bauausführung. Alle Bauten von einem dem Luxus sich nähernden Charakter müssen ausgeschlossen bleiben.

II. Siedlung.

Das Siedlungsprogramm war auf 400 000 Siedlungen abgestellt worden, das ergäbe 5 Jahre je 80 000 Siedlungen, eine Zahl, welche sofort wohl nicht erreichbar sein wird. Wenn die Siedlungen ihre wichtige Aufgabe — Mehrung der Volksnahrung erfüllen sollen, werden sie der Nutzbarmachung der Niederung- und Hochmoore, der Öd- und Unland-Gelände zugeführt werden müssen. Um den Volksgenossen Nahrung liefern zu können, darf die Betriebsfläche nicht zu klein genommen werden. Man wird von etwa 7½ ha (30 Morgen) Durchschnittsfläche bei ertragreichem Moorgelände auszugehen haben. Ich kann mich hier nur an mir von sachverständiger Seite gemachte Angaben halten, wonach eine solche Siedlung bei den heutigen Preisen und Löhnen allerdings recht*teuer sich stellt, und zwar wie folgt:

30 Morgen Moor zu erschließen, kultur-	
fähig, à 70 Arbeitstage, 2100 Tage	
32 Mark	67 200 Mark
Gebäude ca.	90 000 „
Inventar (4 Kühe usw.)	60 000 „
Anderes	22 800 „
	<hr/>
	rund 240 000 Mark

In einer solchen Siedlung würde aber auch die Jahresarbeit von mindestens 25 Arbeitern stecken — 80 000 Siedlungen würden also mindestens 200 000 Arbeitskräfte beschäftigen — abgesehen von den größeren Entwässerungsarbeiten, Kanälen, Wegen usw.

Rechnet man als Ertrag je Morgen heute rund 800 Mark, dann würden die zu erzielenden 24 000 Mark 5% Zinsen des Kapitals mit 12 000 Mark decken und dem Siedler 12 000 Mark für seine Arbeit lassen. Wenn man 20% als verlorenen Zuschuß (48 000 Mark) abrechnet, gestaltet sich die Rechnung für den Siedler entsprechend günstiger. In jedem Fall findet das Allgemeinwohl durch Verwertung ungenützter Gelände, Erleichterung unserer Ernährung und unserer Auslandszahlungen eine Förderung von hoher Bedeutung. Noch näher auf Einzelheiten der Siedlungsfrage einzugehen, kann füglich anderen Stellen überlassen werden. Für uns kommt die Frage nur mit ihrer Bedeutung für die Wohnungsbeschaffung in Betracht, und hiernach haben wir sie sowohl bezüglich der Durchführung, wie ihrer Bedeutung für Kapitalbedarf und Belastung unserer Finanzkraft zur Darstellung zu bringen.



Zur Durchführung der 400 000 Siedlungen wären zu verpflichten:

Stadtkreise auf 350 Einwohner 1 Siedlung; auf 20 Millionen Einwohner 100 000 Siedlungen.

Dörfer auf 200 Einwohner 1 Siedlung; auf 20 Millionen Einwohner 100 000 Siedlungen.

Landkreise auf 125 Einwohner 1 Siedlung; auf 25 Millionen Einwohner 200 000 Siedlungen.

Dörfer und Landkreise sollen also zusammen 300 000 Siedlungen schaffen.

Die städtischen Siedlungen werden in der Regel kleiner als 30 Morgen sein können; der leichteren Übersicht wegen halten wir aber an der gleichen Durchschnittseinheit fest.

Wir haben hier zu rechnen mit:

A. 1 Million Wohnungen je 60 000 Mark			
also		auf 5 Jahr 60 Milliarden	auf 1 Jahr 12
Davon sollen aufgebracht werden durch:			
eigenes Kapital des Erbauers 15% je 9000 Mark	9,0	„	1,8
erststellige Hypothek 15 % je 9000 Mark	9,0	„	1,8
zweitstellige Pfandbriefhypothek mit Kreisgarantie und Tilgungs- pflicht 30 % je 18 000 Mark, schließend mit 27 000 Mark . .	18	„	3,6
Zuschuß bei 475 000 Wohnungen zu Dritteln zwischen Reich, Land, Kreis 40% je 24 000 Mark	11,4	„	2,28
eigene Mittel für 525 000 Woh- nungen, erbaut für Arbeitnehmer und Private, 40% je 24 000 Mark	12,6	„	2,52
	<hr/>		
	zusammen	60 Milliarden	12



B. 400 000 Siedlungen je 240 000 Mark,		
also aufzubringen durch:	auf 5 Jahr	auf 1 Jahr
	96 Milliarden	19,2
eigenes Kapital oder Arbeit oder Hilfe von Familien oder Freun- den des Siedlers, 20% je 48 000 Mark	19,2	3,84
erststellige Hypothek, 20% je 48 000 Mark	19,2	3,84
zweitstellige Pfandbriefhypothek mit Kreisgarantie und Tilgungs- pflicht 40 % je 96 000 Mark, schließend mit 192 000 Mark .	38,4	7,68
Zuschuß zu Dritteln zwischen Reich, Land, Kreis 20% je 48 000 Mark	19,2	3,84
	<u>zusammen</u>	<u>96 Milliarden 19,2</u>

Welche finanzielle Belastung durch Zuschuß ergibt sich danach für die beteiligten Körperschaften?

	auf 5 Jahre	auf 1 Jahr
A. für das Reich mit 60 Millionen Seelen für 475 000 Wohnungen à 24 000 = 8 000 Mark	3,8	0,76
<u>3</u>		
für 25 000 Wohnungen (eigene An- gestellte) je 24 000 Mark	0,60	0,12
für 400 000 Siedlungen 48 000 = 16 000 Mark	6,4	1,28
<u>3</u>		
	<u>zusammen</u>	<u>10,8 2,16</u>
B. für Preußen bei 60% der Seelen des Reichs zusammen 60%	6,48	1,296
C. für einen Kreis von 50 000 Seelen für 400 Siedlungen 48 000 = je 16 000 Mark	6,4	1,28
<u>3</u>		
D. für eine Dorfgemeinde von 1000 für 5 Wohnungen 24 000 = 8000 Mark	40 000	8 000
<u>3</u>		
für 5 Siedlungen 48 000 = 16 000 Mark	80 000	16 000
<u>3</u>		
	<u>zusammen</u>	<u>120 000 24 000</u>



E. für eine Stadtgemeinde von 40 000		
Seelen für 400 Wohnungen		Mark
24 000 = 8000 Mark	3 200 000	640 000
<u>3</u>		
für 112 Siedlungen		
48 000 = 16 000 Mark	1 792 000	358 400
<u>3</u>		
	<hr/>	
zusammen	4 992 000	998 400

F. für einen Betrieb von 1000 Arbeitnehmern für 20 Wohnungen je 24 000 Mark 480 000 96 000
 oder auf einen Arbeiter 5 Jahr lang jährlich 96 Mark, etwa 4 Pfg. auf jede Arbeitsstunde.

Sind diese Belastungen neben den an sich schon aufzulegenden Lasten sicher nicht leicht zu nehmen, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß damit

1. in 5 Jahren das Wohnungselend beseitigt wird,
2. die Erwerbslosen verschwinden und die öffentlichen Körperschaften (Reich, Land, Gemeinde) von den dafür zu bringenden schweren Opfern in kurzer Zeit völlig befreit werden,
3. daß die Ernährung eine wesentliche Verbesserung erfährt,
4. daß die Erleichterung unserer Auslandszahlungen unsern Geldwert stärkt und damit Allen zugute kommt,
5. daß die in gemeinsamer Arbeit überwundene schwere Wohnungs- und Arbeitsnot der Versöhnung und Einigung unseres Volkes dient und
6. daß das deutsche Volk um sein Leben kämpft und dabei auch das Schwerste von jedem getragen werden muß.

Anlage 17

Bekämpfung der Wohnungsnot.

August 1923. 1 Million Papiermark gleich 1 Goldmark.

Über den Umfang der Wohnungsnot bestehen wohl Meinungsverschiedenheiten, doch dürfte eine Veranschlagung, daß etwa 1 200 000 Wohnungen fehlen, nicht als zu hoch gegriffen erscheinen. Bei einer Einwohnerzahl von 60 Millionen würde also von der Notwendigkeit des Baues je einer Wohnung auf je 50 Köpfe ausgegangen werden können.

Die Wohnungsgröße muß auf das tiefste Mindestmaß beschränkt werden, was um so mehr als zulässig erscheint, als unter den Wohnungsuchenden die jungen Ehe-



paare einen sehr bedeutenden Anteil darstellen. Über eine Höchstgrenze von drei Räumen und Küche etwa brauchte die öffentliche Wohnungsfürsorge nicht hinausgehen. Verfügbare Statistiken sind nur wenige vorhanden. Aus 29 Großstädten finden sich in Neef's Statistik deutscher Städte folgende Angaben (Küche ist gleich ein Raum gerechnet). Es gab mit

1 Raum	112 029	= 4,5%	aller Wohnung.	= 112 029 Räume.
2 Räumen	477 354	= 18,8%	" "	= 954 708 "
3 "	751 751	= 29,9%	" "	= 2 255 233 "
4 "	533 240	= 21,1%	" "	= 2 132 960 "
<hr/>				
zusammen 1 879 374 Wohnung.		= 74,3%	aller Wohnung.	= 5 545 950 Räume.

Auf eine Wohnung entfielen 2,9 Räume, und wenn wir (wahrscheinlich zu hoch!) den Raum im Durchschnitt mit 16 Quadratmetern Wohnfläche veranschlagen, etwa 46,5 Quadratmeter Wohnfläche. — Die weiteren größeren Wohnungen zeigen folgendes Bild:

5 Räume hatten	288 800	= 11,5%	aller Wohnung.	= 1 444 000 Räume,
6 " "	154 653	= 6,2%	" "	= 927 918 "
7 " "	80 623	= 3,2%	" "	= 564 361 "
8 " "	42 772	= 1,7%	" "	= 262 176 "
9 u. mehr "	69 025	= 2,7%	" "	= 690 250 "
<hr/>				
Gesamtzahl ergibt 2 510 247 Wohnung.		= 99,6%	aller Wohnung.	= 9 344 655 Räume.

d. h. für eine Wohnung 3,7 Räume mit vielleicht 65—68 Quadratmetern Wohnfläche im Durchschnitt (statt 70!). (75 Prozent aller Wohnungen ergaben nur 46,5 Quadratmeter im Durchschnitt!) Diese 29 Städte verteilen sich auf ganz Deutschland (erfassen Berlin, Aachen, Düsseldorf, Breslau, Hannover usw.) reiche wie arme! So schmerzlich es ist, das Bauprogramm auf eine Durchschnittsgröße von vielleicht 50 Quadratmetern beschränken zu wollen, so werden wir uns doch darüber klar sein müssen, daß selbst in dieser Beschränkung eine größere Zahl von Neubauten bei 60 bis 70 Millionen Baukosten für 50 Quadratmeter nicht ausführbar sein werden. Man dürfte die Wohnungen zu einem Drittel zu 2, dem zweiten Drittel mit 3 und dem dritten Drittel mit 4 Räumen herzustellen haben. Darüber Hinausgehendes müßte der Mehrkostenbeschaffung aus privaten Mitteln anheimgestellt werden.

Wer soll nun in der öffentlichen Verwaltung der Träger der Durchführung des Wohnungsbaus sein? Das Reich kann ja nur die grundlegenden Gesetze feststellen, die Durchführung muß in die Hände der Länder gelegt werden, und diese sollten die vorhandenen leistungsfähigen Gemeinde-Verwaltungs-Organisationen mit der Bauausführung bzw. der erforderlichen Überwachung betrauen. Die Beschaffung neuer Organisationen bringt eine Erschwerung und Vermehrung der Verhandlungsarbeiten, welche den Nutzerfolg

erheblich mindert, recht häufig durch die Widrigkeit und den Zeitverlust der vielfachen Verhandlungsstellen die Baulust völlig ertötet. Wo tüchtige Neuorganisationen — Wohnungs-Fürsorge-Stellen — entstanden sind, deren Erhaltung dringend geboten ist, werden diese unschwer in die größeren Zentralstellen (Regierungen oder Kreisverwaltungen) einzugliedern sein! Der ganze Organismus sollte aber mehr als drei Stellen: Landesregierung, Provinz, Kreis (unter denen der Baulustige nur mit einer zu verhandeln hat!) nicht enthalten! In Ländern bis zu etwa drei Millionen Einwohnern sollten grundsätzlich nur zwei Stellen beteiligt sein. Mit Ausnahme von Preußen könnten zwei Stellen eigentlich in ganz Deutschland genügen. Ein so umständlicher Apparat, wie er jetzt in Preußen arbeitet (Wohlfahrts-Ministerium, Oberpräsident, Wohnungsfürsorge-Gesellschaft, Regierungspräsident, Landratsamt, Gemeinde) dürfte wohl in den anderen Ländern nicht bestehen. Ressort-Behandlungen und -Verrechnungen müssen dem Bauausführenden ferngehalten werden, sonst erstirbt auch der letzte Rest von Baulust. Daß sich in nennenswertem Umfang noch Privatkapital für die Schaffung von Mietswohnungen findet, ist ja sowieso wenig wahrscheinlich, aber auch bauwillige Gemeinden oder Genossenschaften müssen vor dem Ersticken im Bürokratismus bewahrt bleiben.

In Verbindung mit dieser Frage muß auch die Holzbeschaffung behandelt werden. Holz ist immer ein wichtiger Posten der Baukosten gewesen. Die jetzt geltenden Holzpreise aber machen von vornherein jedes Bauen unmöglich. Man braucht für eine Wohnung von 50 Quadratmetern rund 15 Festmeter Rundholz oder 10 Kubikmeter Schnittholz; wenn dieses Holz im Walde schon 10, im Bau 16 bis 18 Millionen kosten soll, dann ist dabei ein Bauen in nennenswertem Umfang unmöglich. Hier müssen die Länder aus ihrem Forstbesitz das nötige Holz zu einem billigen Preise dem bauüberwachenden Kreise zur Zuleitung an den Bauausführenden zur Verfügung stellen. Jeder Stadtkreisverwaltung wie jedes Landratsamt verfügen über die nötigen Fachleute, um eine gute, ordnungsmäßige Verwendung zu sichern. Man wird ohne Schwierigkeit zuverlässige Schneidemühlen finden, welche gegen 15 Festmeter Rundholz 10—11 Kubikmeter Schnittholz in passender Zusammenstellung zur Ablieferung bringen, und der Kreisbaurat wird auch die angemessene Verteilung an die Bauherren und Bauhandwerker zu ordnen wissen. Auf Grund der gemachten Erfahrungen wird man auch gegen Schiebungen und Unlauterkeiten Schutz schaffen können. Selbst kleine Verluste aber werden nicht



soviel Schaden stiften wie die jetzt übliche Methode, welche auch dem Opferwilligsten jede Baulust erstickt.

Das den Ländern durch Hergabe billigen Holzes zugemutete Opfer ist nun nicht so groß, wie es vielleicht zunächst erscheint. Der Forstbesitz der Länder umfaßt etwa 4,22, der Gemeinden 2,54 und der Privaten 5,98 Millionen Hektar. Bei Preußen, Württemberg, Baden und dem Rest der kleineren Länder weicht der Prozentsatz des Waldbesitzes nicht erheblich von dem Prozentsatz der Bevölkerung ab. Bayern hat mehr, Sachsen weniger Forstbesitz, als seiner Bevölkerung entspricht. Ähnlich wird es bei einzelnen kleinen Ländern liegen; hier wird ein Ausgleichsweg zu suchen und zu finden sein. Die Länder werden etwa 15 Millionen Festmeter Derbholz jährlich einschlagen; wenn sie davon 5 Prozent zu einem Preis abgeben, der vielleicht nur 10 Prozent des Tagespreises entspricht, dann würde dies bewirken, daß der Gesamterlöß von dem 40 000fachen des Friedenspreises auf das 38 000fache herabgesetzt würde. Ob die Differenz der Forstverwaltung aus anderen Staatsmitteln gutgeschrieben wird, mag innerhalb der Landesregierung geordnet werden. Der Bauausführende muß in jedem Falle dagegen geschützt werden, daß er bei Empfang des Holzes zunächst den vollen Preis mit vielleicht 1500 Goldmarkwert bezahlt und nach zwei Jahren drei Goldmarkwert zurückbekommt, die vielleicht Porto, Papier und Tinte der nutzlos geschriebenen Briefe bezahlen.

Solange die Neubautätigkeit wegen der untragbaren Baukosten nur eine beschränkte sein kann, wird der Forstbesitz der Länder allein in Anspruch genommen werden können. Bei stärkerer Bautätigkeit wird man wohl auch den Privatforstbesitz, der 47 Prozent der Gesamtforsten umfaßt, zur Beteiligung am Opfer heranziehen müssen, unter allen Umständen muß aber das Holz direkt den Bauausführenden zugeführt und den zur Zeit unabsehbaren Preissteigerungen des freien Marktes entzogen werden.

Die den Ländern entstehenden Kosten werden gering sein gegenüber den Erwerbslosen-Kosten, welche beim Erliegen der Bautätigkeit ohne Schaffung von Sachwerten aufzuwenden wären.

Das Reichsarbeitsministerium hat eine Reihe von Leitgedanken für das Bauprogramm 1923 aufgestellt, welche im Wesentlichen die Zustimmung fast des ganzen Wohnungsausschusses gefunden haben.

Daß die freie Wirtschaft im Wohnungswesen jetzt nicht in Frage kommen kann, vielmehr der Zuschußbau fortgesetzt werden müßte, wurde allgemein anerkannt, ebenso die

Notwendigkeit der möglichsten Beschränkung der Wohnfläche — möglichste Erreichung der Mitarbeit der Siedler — Schaffung wertbeständiger Beleihungsmöglichkeit — zinsfreier Reichsvorschuß an die Länder zur Durchführung der begonnenen Bauten.

Eine starke Erhöhung der Wohnungsbauabgabe an den gesunkenen Geldwert ist inzwischen in sechsfacher Höhe genehmigt (zweimal 90fache Friedensmiete, für Land und Gemeinde.).

Auch der Gedanke der Heranziehung der Industrie zur Beteiligung an den Baukosten fand die grundsätzliche Zustimmung des Ausschusses.

Ebenso wurde anerkannt, daß der vorhandene Hausbesitz durch erhöhte Mietseinnahmen nicht nur die Unterhaltungskosten, sondern auch eine angemessene Entschädigung für den eigenen Kapitalzins wie die Verwaltungsarbeit erhalten müsse.

Bei aller grundsätzlichen Billigung dieser Gedanken kann man sich aber doch der Sorge nicht verschließen, daß eine Milderung des Wohnungselends durch Neubauten nicht zu erreichen ist, daß dasselbe vielmehr von Jahr zu Jahr wächst. Einer Neubautätigkeit, die vielleicht 30 000 bis 50 000 Wohnungen schafft, steht ein Jahreszuwachs von 150 000 Wohnungssuchenden gegenüber. Durch Neubau werden wir auch in 20 Jahren das Elend nicht beseitigen, ja nicht einmal mildern!

Der einzige Weg zur Rettung liegt in der besseren Ausnutzung der vorhandenen Baulichkeiten durch:

1. Erfassung brauchbarer Räume in öffentlichen Gebäuden,
2. Ausbau von Dachgeschossen,
3. Teilung und Umbau größerer Wohnungen,
4. Umbau von Fabrik- und Lagerräumen.

Die Erfassung öffentlicher Gebäude ist jetzt (Juli 1923) im neuen Gesetz gegen den Wohnungsmangel den Gemeindebehörden grundsätzlich ermöglicht, und es ist dringend geboten, daß diese Möglichkeit nachdrücklich verfolgt wird. Große Dienstwohnungen können geteilt, Dachgeschosse ausgebaut, zu wenig ausgenutzte Räume nutzbar gemacht werden. Wenn auch die obersten Behörden Einspruch erheben können, es werden sich bei gründlicher Nachforschung doch sicher erfreuliche Erfolge erreichen lassen, was bisher bürokratische Selbstherrlichkeit nahezu unmöglich machte. Im Streitfalle würde das Reich in der Lage sein, einzugreifen, um auch hier für das entsetzliche Wohnungselend Abhilfe zu schaffen, für welche man beim privaten Hausbesitz bisher vor keiner Härte zurückschreckte.



Auch durch Ausbau von Dachgeschossen und Umbau von Fabrik- und Lagerräumen wird man manches erreichen können. Bei Neubaukosten von 60 bis 70 Millionen für 50 Quadratmeter Wohnfläche wird man jede Möglichkeit, beim Um- und Ausbau soviel zu sparen, daß man für die 60 bis 70 Millionen vielleicht 4 bis 5 Familien eine Wohnung schafft, nicht aus dem Auge verlieren dürfen.

Der größte Erfolg aber wird zu erwarten sein, durch Teilung größerer Wohnungen. In den schon vorerwähnten 29 Großstädten zählte man 288 800 Wohnungen mit 5, 347 073 mit 6 und mehr Räumen. Die Verteuerung der Miete und Heizung, die Verarmung aller Rentner, auch der früher reichen, hat sicherlich in vielen Fällen die Geneigtheit geschaffen, sich in der Wohnung einzuschränken. Auch bei vier Räumen könnte mancher Alleinstehende notfalls einen abgeben. Beschränken wir uns aber auf die größeren Wohnungen und nehmen wir an, daß von je drei Wohnungen bei 5 Räumen 1; bei 6 2; bei 7 4; bei 8 5; bei 10 6 Räume (also für eine Wohnung $\frac{1}{3}$, $\frac{2}{3}$, $1\frac{1}{3}$, $1\frac{2}{3}$, 2) abgegeben werden können, dann ergäben diese 635 873 Wohnungen 514 000 entbehrliche Räume, und da ganz Deutschland die sechsfache Wohnungszahl hat wie diese 29 Großstädte, so ergäbe dies für ganz Deutschland 3 084 000 Räume, ausreichend für 300 000 Wohnungen von 2; 600 000 von 3; 170 000 von 4 Räumen, zusammen 1 070 000 Wohnungen.

Hier liegt ein Weg zur Rettung, der unbedingt beschritten werden muß.

Daß die Sache nicht so gemeint ist, daß man aus verschiedenen Einzelräumen eine Familienwohnung machen könne, mag vorsichtshalber betont werden. Diese Ausführungen sollen nur den Nachweis erbringen, daß die erforderlichen Räume vorhanden sind. Sache eines geschickten Wohnungsamts-Vorstehers ist es, durch Austausch usw. die nötigen Wohnungen entstehen zu lassen.

Von vornherein muß aber gebrochen werden mit dem System brutaler Gewalt und dem Gedanken, daß bei Aufwendung öffentlicher Mittel nur ja kein Kapitalist irgendwelchen Vorteil haben dürfe. Etwaige Umbaukosten müssen aus öffentlichen Mitteln getragen werden, ohne Vorbehalt späterer Rückzahlung. Der Hauswirt muß in der Wahl und Wiederentfernung des Mieters wie der Erhebung einer angemessenen Miete unbeschränkt sein, nur muß Sicherheit geschaffen werden, daß die Zahl der neu geschaffenen Wohnungen dauernd der Milderung des Wohnungselends dient. Hier auf Einzelheiten einzugehen, würde zu weit führen. Mit der 180fachen Friedensmiete lassen sich vielleicht



18 bis 20 000 neue Wohnungen schaffen, während mit der Hälfte des Betrages durch kleine Trennungen oder Umbauten sich vielleicht für 400 000 Familien Wohnungen herstellen lassen. Wäre dies Geld nicht hervorragend gut angewendet, auch wenn später kein Pfennig davon zurückerstattet würde? Diese Wohnungsteilungspolitik ließe sich wohl in drei bis vier Jahren durchführen und in Verbindung mit Neubauten, Aus- und Umbauten ließe sich das ganze Wohnungselend beseitigen, was durch Neubauten auch in zwanzig Jahren nicht erreichbar ist.

Auch die vorhandenen Wohnräume in den mehrfachen Besitzungen reicher Leute müssen nutzbar gemacht werden. Hat jemand vier oder zehn Güter, dann muß er neben dem Hauptwohnsitz wohl auf jedem Gut Räume für vorübergehenden Aufenthalt haben. Es können aber nicht vier, sechs, acht oder auch 20 weitere Räume ungenutzt gelassen werden. Auch hier mag dem Besitzer weitgehende Freiheit in der Wahl der Mieter gelassen werden; aber nutzbar müssen die Räume gemacht werden.

Daß mit all solchen Forderungen dem Gutsbesitzer sehr schwere Lasten auferlegt werden, darf in keinem Augenblick verkannt werden. Sie sind aber durchaus nicht schwerer, als sie in den Städten ebenfalls getragen werden müssen. Dort ist der Hausbesitzer häufig nicht einmal in der Lage, einen Mieter wieder loszuwerden, der durch sein Verhalten ihm das eigene Haus zur Hölle macht. Während in den vorstehend geschilderten Fällen dem Besitzer das Recht der Mieterwahl eingeräumt werden soll, sodaß er gegebenenfalls aus Verwandten- oder Freundeskreisen oder sonstwie ihm durchaus sympatische Personen in sein Haus nehmen kann, deren an anderer Stelle freiwerdende Wohnungen alsdann den unter dem Wohnungsmangel Schwerleidenden nutzbar gemacht werden können.

So schwer all diese Lasten sein mögen, sie bleiben weit zurück hinter dem, was unsere Brüder an Rhein und Ruhr gegenwärtig für unser gemeinsames Vaterland zu leiden und zu tragen haben. Das Wohnungselend wächst von Jahr zu Jahr, und wenn nicht jeder sich bemüht, dazu beizutragen, daß es nach und nach abgebaut und beseitigt werden kann, dann werden die hierunter am schwersten leidenden breiten Massen auf die Dauer der Einwirkung frevelhafter Verhetzung nicht widerstehen, und Volk und Vaterland werden dem Zusammenbruch nicht entgehen.

Wir wollen uns der Tatsache nicht verschließen, daß das Wohnungselend zu dem Schwersten gehört, was eine Familie zu tragen hat. Wird den Unglücklichen, die darunter leiden,



nicht wenigstens der Weg gezeigt, auf welchen sie hoffen können, nach und nach aus dem Elend befreit zu werden, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn sie der Verzweiflung mit allen daraus sich ergebenden üblen Folgen erliegen.

Wie wiederholt gesagt, kann nur die Nutzbarmachung entbehrlich werdender Räume uns wirkliche Hilfe bringen; dazu muß auch jeder Einzelne mit der Opferung eines Teils seiner Beaglichkeit beitragen. Auch für unsere Bauarbeiterschaft und die dazu gehörigen Nebengewerbe wird durch die erforderlichen Umwandlungen genügend Arbeitsgelegenheit geschaffen, und wenn erst mal die tatsächlich jetzt Wohnungslosen ihre Unterkunft gefunden haben, dann wird auch wieder in normaler Weise die Bautätigkeit einsetzen und dem jährlichen Zuwachs die erforderlichen Räume zu schaffen in der Lage sein.

Anlage 18

Zwei Grundfehler der deutschen Wohnungspolitik. Januar 1926.

Die Wohnungsnot Deutschlands trat sofort nach Kriegsende erschreckend in die Erscheinung. Vor dem Kriege waren im Jahre etwa 220—225 000 neue Wohnungen gebaut, 20—25 000 waren durch Abbruch fortgefallen, so daß der jährliche Zuwachs etwa 200 000 betrug. Man darf als durchschnittlich auf die Wohnung entfallend 4 Köpfe rechnen. 200 000 Wohnungen entsprachen daher dem Jahreszuwachs von etwa 800 000 Köpfen. Die Eheschließungen betragen 1904—1913 im Durchschnitt 500 771, denen etwa 15 000 Ehescheidungen und durch den Tod von etwa 1 200 000 Köpfen 300 000 freiwerdende Wohnungen gegenüberstanden, so daß sich hiernach ein Neubaubedarf von etwa 186 000 Wohnungen ergeben hätte. Nach dem Kriege ergab sich folgender Wohnungsbedarf:

Für 813 325 Rückwanderer bis 1920	200 000 Wohng.
„ Eheschließungen 1914/1924	5 054 000 „
	<hr/>
	6 054 000 Wohng.

davon ab:

für 12 724 360 Gestorbene	3 181 000 Wohng.
„ 11 Jahr Ehescheidungen	
300 000 bis 400 000 „ ?	
„ Bauten 1914/1918 . . .	300 000 „ ?
„ Bauten 1919/1923 laut	
Statist. Jahrbuch	557 977 „
„ Bauten 1924	150 000 „ rd. 4 589 000 „
	<hr/>
dann bleiben fehlend	1 465 000 Wohng.



Wenn man nun 265 000 Wohnungen noch als durch Trennungen gedeckt annimmt, dann bleiben fehlend immer noch 1 200 000 Wohnungen, d. h. 19 Wohnungen auf 1000 Köpfe der 63 Millionen Deutschlands. Rechnen wir aber auch nur 1 Million Wohnungen als fehlend, dann müßten wir jährlich 100 000 Wohnungen über den Jahreszuwachsbedarf hinaus erbauen, um in 10 Jahren den Fehlbedarf zu decken. Unsere Geburtenzahl beläuft sich in den letzten Jahren auf etwa 1 200 000, die der Gestorbenen auf 900 000. Die letzteren machen also etwa 225 000 Wohnungen frei, während Eheschließungen abzüglich Scheidungen 380 000 bis 400 000 neue Wohnungen fordern. Der Bedarfszuwachs ist also mit 150 000 Wohnungen wahrscheinlich unterschätzt. Wenn wir in 10 Jahren dies Elend beseitigen wollen, müßten wir 250 000 Wohnungen jährlich bauen. Bis jetzt ist das Elend mit jedem Jahr gestiegen und von den neu erbauten Wohnungen ist den Aermsten eine nennenswerte Zahl überhaupt nicht zugeteilt worden.

Damit kommen wir zu den beiden Grundursachen des Uebels.

1. Wir gehen von einer Wohnfläche (70 qm) aus, welche 55% unseres Volkes nicht bezahlen kann.
2. Die Wohnungssucher gehen zum großen Teil davon aus, daß es Sache der andern — des Staates — sei, ihnen eine Wohnung zu beschaffen.

Früher waren die andern — die Hauswirte — ja auch bereit, das zu tun, indem sie Häuser mit Mietwohnungen der verschiedensten Größen bauten, die ihnen für ihr angelegtes Geld und ihre Verwaltungsarbeit einen mäßigen Ueberschuß ließen. Seitdem sie nun in 10 Jahren kaum irgendwelchen Ertrag dagegen recht viel Aerger und Verdruß gehabt — ihr Kapital auch meist verloren haben —, denken sie natürlich nicht mehr daran, für andere Wohnungen zu bauen. Die Wohnungen aber, welche bisher mit Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln gebaut wurden, sind zum allergrößten Teil in einer Größe ausgeführt, welche für die Aermeren nicht in Frage kam. Das Bessere war auch hier mal wieder des Guten Feind.

Es fehlten uns leider bis 1921 genaue Statistiken darüber, in welchen Wohngrößen unser Volk lebt. Aus 29 Großstädten besitzen wir von 1912 Zahlen, wonach lebten

in 1 Raum (Wohnküche)	112 029	Mieter = 4,5 %
in 2 Räumen	477 354	„ = 18,8 %
in 3 Räumen	751 751	„ = 29,9 %
zusammen in 1—3 Räumen	1 341 134	Mieter = 53,2 %
in 4 Räumen (3 Zimm., 1 Küche)	533 240	„ = 21,1 %
in mehr als 4 Räumen	635 873	„ = 25,7 %



Eine im Mai 1918 vorgenommene (1921 für Preußen veröffentlichte) Zählung der Wohnstätten des Reiches ergab in 2069 Gemeinden der 37 Regierungsbezirke Preußens folgendes Bild: Gezählt wurden insgesamt 5 802 828 Wohnungen. Wird die Küche als 1 Raum gerechnet, dann hatten

1 Raum	312 238 = 5,5 %	der Wohnungen
2 Räume	1 033 640 = 19,4 %	„ „
3 „	1 717 889 = 29,6 %	„ „
Kleinwohnungen zus.	3 063 767 = 54,5 %	der Wohnungen
4 Räume	1 068 668 = 18 %	„ „
Mittelwohnung, 5 „	703 249 = 12,5 %	„ „
Große Wohnung,		
6 und mehr „	867 142 = 15 %	„ „

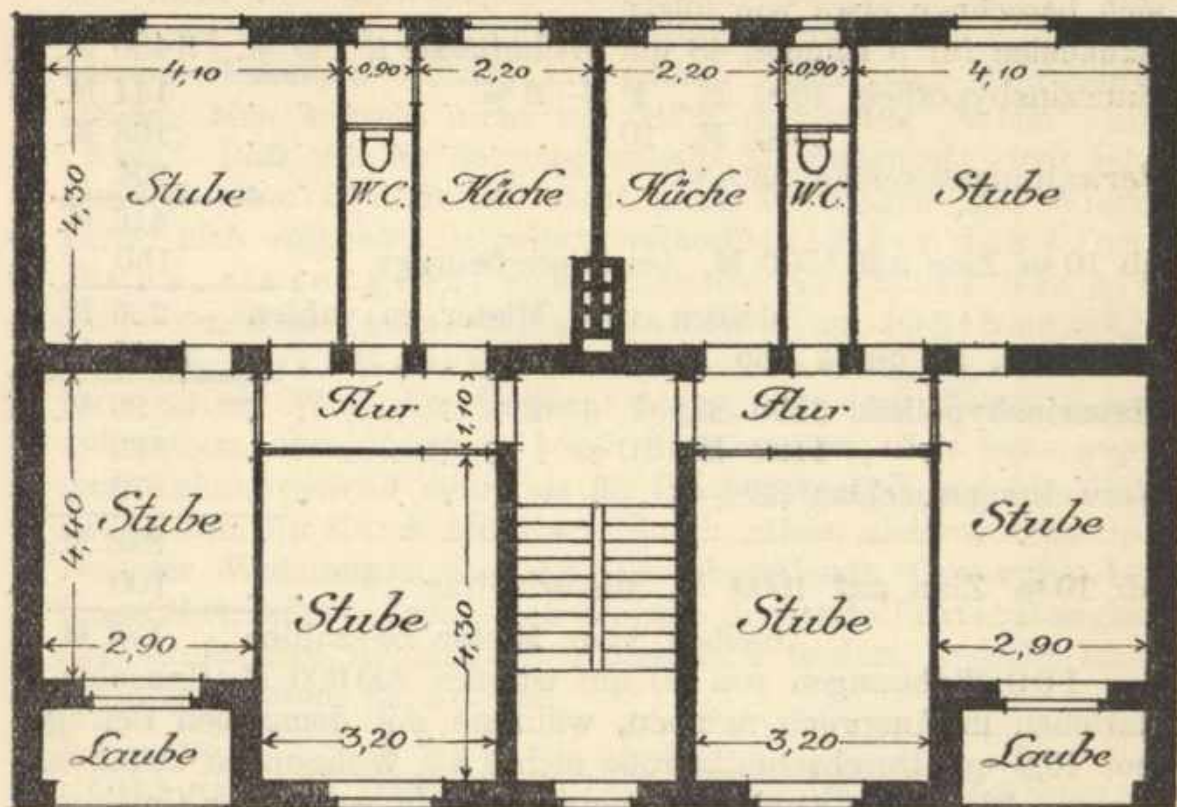
Wir haben also ungefähr das gleiche Bild, wie es die 29 Großstädte zeigen: 72,5 % der Bevölkerung, in 1 bis 4 Räumen wohnend, haben im Durchschnitt etwa 46 bis 48 qm Wohnfläche zur Verfügung.

Mein eigener Betrieb verwaltet 961 Wohnungen für Arbeiter und Beamte, worunter etwa 17 % (169) 1 Raum, 20 % (193) 2 Räume, 47 % (446) 3 Räume, 13 % (126) 4 Räume, 3 % (26) mehr als 4 Räume enthalten. Die Häuser liegen frei, haben fast durchweg Gärten, die Wohnungen sind neuerbaut, gesund, und die Mieten sind niedrig. In diesen überwiegend den ärmeren Kreisen dienenden Wohnungen haben 84 % Wohnungen von weniger als 70 qm Wohnfläche. Wenn wir als Grundlage eines Bauprogramms, für welches öffentliche Mittel verwendet werden sollen, aufstellen, daß

siehe
Grundriss

von je 100 Wohnungen	5 = 1 Raum	18 qm Wohnfläche
	25 = 2 Räume	32 qm „
	50 = 3 „	48 qm „
	15 = 4 „	64 qm „
	5 = 5 „	80 qm „

haben sollen, dann kommen wir zu einem Durchschnitt von 46,5 qm Wohnfläche, welche heute einschließlich der Baustelle für 7 000 bis 7 500 M. hergestellt werden können. Bauzuschüsse sollten nicht für mehr als 64 qm und für Wohnungen, welche über 80 qm Wohnfläche hinausgehen, überhaupt nicht gegeben werden. Hauszinssteuerhypothek zu 1 % verzinslich, mit 2 % tilgbar, möge mit rund 100 M. für 1 qm Wohnfläche gegeben werden; der Mehrbedarf müßte vom Nutznießer (Wirt oder Mieter) beschafft werden. Die Hälfte würde wohl als erst-stellige Hypothek gegen rund 10 % Zinsen zu beschaffen sein, der Restbetrag müßte gleichfalls mit 10 % verzinst werden. Die Miete eines Mieters im 2- bis 3-geschossigen Haus würde

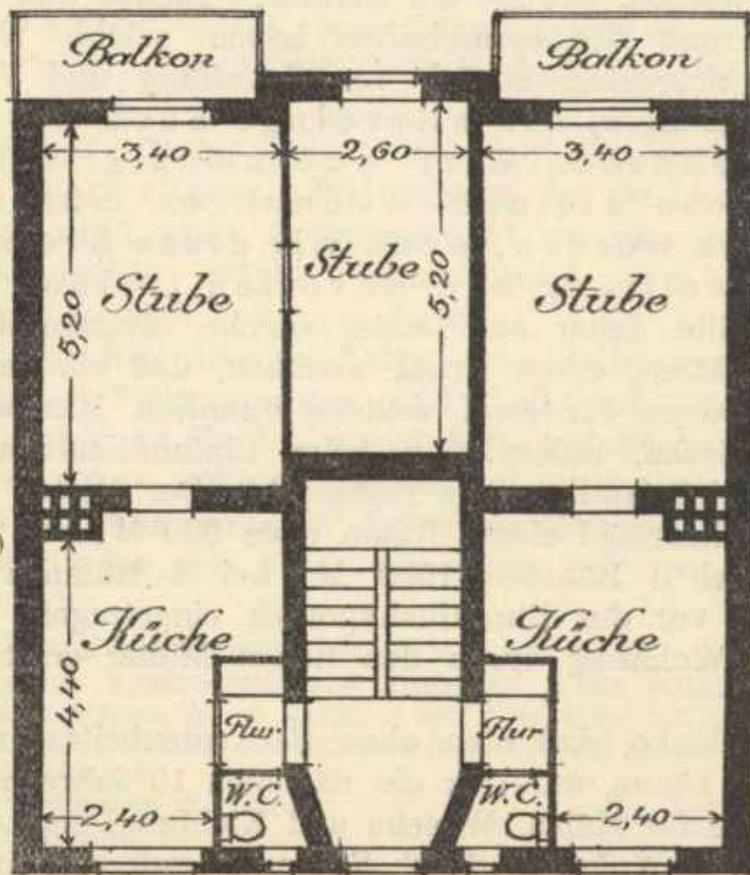


Zwei Wohnungen mit je 4 Räumen

Wohnung von 4 Räumen
Wohnfläche 63,9 qm

Wohnfläche 48,6 qm,

Eine Wohnung mit 3 Räumen



Eine Wohnung mit 2 Räumen

Wohnfläche 35,1 qm

sich berechnen etwa wie folgt:

Baukosten für 3 Räume, 48 qm Wohnfläche à 135 M.	6 480 M.
Hauszinshypothek 4800 M., 1 + 2 %	144 M.
1680 M. 10 %	168 M.
Verwaltungszuschlag 33 ¹ / ₃ %	104 „
	<hr/>
	416 M.
ab 10 % Zins auf 1500 M. des Mieterbeitrags	150 „
	<hr/>
bleiben vom Mieter zu zahlen	266 M.
2 Räume, 32 qm à 135 M.	4 320 M.
Hauszinshypothek 3200 M., 1 + 2 %	96 M.
1120 M. 10 %	112 „
Verwaltungszuschlag 33 ¹ / ₃ %	70 „
	<hr/>
	278 M.
ab 10 % Zins auf 1000 M. Mieterbeitrag	100 „
	<hr/>
bleiben vom Mieter zu zahlen	178 M.

100 Wohnungen von 70 qm würden 700 000 M. Hauszinsdarlehen in Anspruch nehmen, während mit demselben Betrag bei 46,5 qm Durchschnittsgröße sich 150 Wohnungen schaffen lassen. Dies wäre zweifellos schon ein sehr wertvoller Gewinn; noch wichtiger aber ist, daß überhaupt kleinere Wohnungen geschaffen werden, wie sie die Ärmeren suchen und brauchen. Gemeinden und Genossenschaften bauen solche Wohnungen nicht; alle schrecken zurück vor Schaffung und Verwaltung kleiner Wohnungen, die allerdings auch nur der im Hause wohnende Wirt zweckmäßig verwalten kann. Diese kleinen Wohnungen müssen aber geschaffen werden, wenn wir diese Kreise nicht zur Verzweiflung und Revolten treiben wollen.

Man sollte daher auf Leute, welche Hauszinssteuerhypotheken wünschen, einen Druck ausüben, daß sie beim Bauen noch mindestens für zwei weitere Familien Mietswohnungen schaffen müssen, indem man beim Einfamilienhaus weniger oder beim Mehrfamilienhaus mehr gibt. Der Mieter müßte als Baukostenbeitrag bei einem Raum etwa 600 M., bei 2 Räumen 1000 M., bei 3 Räumen 1500 M., bei 4 Räumen 2000 M. leisten, die, vor der Hauszinshypothek eingetragen, beim Verlassen der Wohnung durch den neuen Mieter ersetzt werden müßten.

Der Gedanke, daß man ohne Baukostenbeitrag eine Wohnung haben könne, muß für die nächsten 10 Jahre ausgeräumt werden. Wie für Möbel, Wäsche und Kleidung, muß ein junges Paar auch für Wohnung durch Sparen vorsorgen. Anders läßt sich das Elend nicht beseitigen, und dieses Sparen wird auch



sehr bald sich entwickeln, wenn jeder weiß, daß anders eine Wohnung nicht zu haben ist. Schwierigkeiten der Durchführung solcher Gedanken werden bei gutem Willen sich überwinden lassen. Man komme nicht mit allen möglichen „Wenn“ und „Aber“. Daß eine so tief eingreifende Umgestaltung einer jahrhundert alten Gewohnheit nicht ohne Reibungen und Widrigkeiten sich vollzieht, ist selbstverständlich. Aber das Elend ist da, riesengroß, schreit zum Himmel! Die bisher beschrittenen Wege haben eine fühlbare Abhilfe — vor allen den Aermsten — nicht gebracht. Es muß ein Weg, der Aussicht bietet, aus dem Elend herauszukommen, ohne Zaudern beschritten werden. Ich habe gegen das Wohnungselend mehr als 35 Jahre gekämpft und bin überzeugt, daß nur durch Mitarbeit, durch zähes, zielbewußtes Sparen der Wohnungssucher eine durchgreifende Besserung herbeigeführt werden kann. Daß die uns drohende Erwerbslosigkeit eine großzügige Bautätigkeit gebieterisch fordert, braucht kaum besonders betont zu werden.

Anlage 19

Gibt es noch Rettung für das verarmte Deutschland?

Januar 1920. 1 Papiermark gleich 12 Goldpfennig.

Wie ein ordnungsliebender Kaufmann sollte auch Deutschland beim Jahreswechsel seine Bilanz aufstellen und über sein Vermögen und seine Mittel sich Rechenschaft zu geben versuchen. Dabei hat es natürlich wenig Zweck, mit den heutigen Papierwerten und den aufgeblähten Zahlen zu rechnen. Wir müssen die Goldzahlen der Friedenszeit zum Ausgangspunkt nehmen und uns klar zu machen suchen, welche Veränderungen — in diesen Zahlen ausgedrückt — sich vollzogen haben.

Kurz vor Kriegsbeginn haben eine Reihe von Volkswirten das deutsche Volksvermögen und Volkseinkommen geschätzt und sind dabei zu Zahlen gekommen, welche nur geringe Abweichungen zeigen. Wir folgen den auf mittlerer Linie liegenden Zahlen Helfferichs, welcher das Volksvermögen auf etwa 331 bis 337 Milliarden, das Volkseinkommen auf etwa 43 Milliarden schätzte.

Das Vermögen veranschlagte er wie folgt:

- | | |
|--|----------------|
| a) die durch Feuerversicherung gedeckten Werte (Gebäude, Maschinen Betriebsanlagen, Waren, Mobilien usw.) auf etwa 200 Milliarden, welche wohl mit je 100 auf die Gebäude (a 1), 100 auf den Inhalt (a 2) verteilt werden können | 200 Milliarden |
| b) den städtischen Bodenwert | auf 30 " |
| c) den ländlichen Bodenwert | auf 40 " |
| d) den privaten Bergwerksbesitz | auf 5—6 " |
| e) den deutschen Auslandsbesitz | auf 20 " |



- f) den öffentlichen Besitz an Eisenbahnen, Bergwerken,
Bauten usw. auf 30—35 Millrd.
g) Schiffe, umlaufende Waren, Metallgeld auf 6 „

das gesamte Volksvermögen wie oben auf 331—337 Milld.

Was hat Deutschland davon verloren?

Zunächst in den abgetretenen Gebieten mindestens 30 Milliarden als Anteil an all' diesen Werten (a-g), alsdann

a 1) an Minderwert der vernachlässigten Gebäude 5 v. H.	5	„
a 2) an Minder-Vorrat und -Wert von Waren, Mobilien, Maschinen usw. 20 v. H.	20	„
e) Auslandswerte — ganz —	20	„
f) an Eisenbahn-Fahrzeugen, Bergwerken usw. — Verlust und Entwertung	10	„
g) an Schiffen, umlaufenden Gütern, Metallgeld usw.	5	„

zusammen 90 Milliarden

Es blieben dann vom Vermögen von 1913 240 Milliarden denen an neugemachten Schulden gegenüberstehen:

Reichsanleihen	etwa	80	Milliarden
Anleihen von Ländern und Gemeinden	„	25	„
Schatzanweisungen des Reiches	„	240	„
ungedekte Banknoten	„	130	„

Sa. etwa 475 Milliarden

Gegenwärtig ja Papierwerte, deren Umrechnung in Goldwerte heute völlig in der Luft schwebt, deren furchtbare Bedeutung wir aber doch nicht vergessen dürfen, zumal vor dem Kriege für das Reich etwa 5, die Länder 16, Provinzen und Gemeinden etwa 10, die Banken an ungedeckten Banknoten etwa 1 — zusammen nur 32 Milliarden Schulden bestanden, welchen durch Eisenbahnen und andere Werte volle Abdeckung gegenüberstand. Man mag an einzelnen dieser Zahlen mäkeln und deuteln, an der Richtigkeit und Furchtbarkeit des Gesamtbildes wird dadurch nichts geändert!

Da jene gewaltige Schuldsumme zum allergrößten Teil aber in Deutschland gegen eingebildete und aufgeblähte Werte untergebracht ist, können wir die Sorge um ihre Verzinsung und Abtragung zurückstellen gegenüber der Frage:

Reicht das Jahreseinkommen aus, um das deutsche Volk zu erhalten?

Helfferich schätzt dasselbe vor dem Kriege auf etwa 43 Milliarden, welche Verwendung fanden wie folgt: Für öffent-



liche Zwecke 7, für Verbrauch des Volkes 28, für Kapital-Neuanlagen 8 Milliarden. Unter Berücksichtigung der Gebietsverluste wären die Zahlen auf 6, 25, 7, zusammen 38 Milliarden herabzusetzen.

Wie steht es aber heute mit unserem Volkseinkommen und den zu befriedigenden Ansprüchen? Woraus entsteht und besteht das Einkommen überhaupt? Lediglich aus dem Wert der durch unsere Arbeit geschaffenen Güter, also aus in Güter umgewandelter menschlicher Arbeit!

Die Verkürzung der Arbeitszeit wollen wir nun anstatt mit 15—20 nur mit 10 v. H., die geringere Nutzwirkung unserer heutigen Arbeit nur mit 5 v. H. veranschlagen, das ergibt dann eine Minderung des Arbeitswertes von 5,7 Milliarden. Die öffentliche Verwaltung wollen wir nur mit der Friedenszahl von 6, die Schuldzinsen und Fürsorge für die Kriegssopfer nur mit 5 Goldmilliarden ansetzen, dann bleiben uns von den 38 nur noch 21,3 Milliarden!

Und die Feinde? Werden sie sich mit einer Höchstleistung von einer Goldmilliarde auf 30 Jahre begnügen? Und werden wir, um unserem Menschenzuwachs von 700 000 Köpfen jährlich Arbeits- und Lebensmöglichkeit zu geben, mit weniger als 4 Goldmilliarden für Betriebserweiterungen und Neuanlagen auskommen, die wir schwerlich vom Ausland geliehen erhalten? Werden wir alsdann mit den verbleibenden 16,3 Milliarden Gold unsere 60 Millionen Menschen ernähren können, die vor dem Kriege 25 verbrauchten?

Der uns verbliebene Acker brachte vor dem Kriege 27 Millionen Tonnen Kornfrucht, 44 Millionen Tonnen Kartoffeln, 1920 nur etwa 20 bzw. 28 Millionen! Wann dürfen wir wieder auf Friedenserträge hoffen? Von Kohlen, Erzen, Metallen hat man uns 20—30 v. H. genommen! Andere Rohstoffe für unsere Industrie (Leder, Baumwolle, Wolle, Öle) müssen wir neben den Nährstoffen vom Auslande nach wie vor beziehen! Womit wollen und können wir bezahlen? Mit Papiergeld, dessen Umlauf wir in den letzten zwei Jahren von 50 auf 130, oder mit Schatzanweisungen, die wir von 86 auf 240 Milliarden steigerten? Es ist nur eine Frage kurzer Zeit, daß deutsche Papierzettel nicht mehr genommen werden!! Seine Schulden übersteigendes Vermögen besitzt das deutsche Volk nicht mehr — an Geld und Gut sind wir bettelarm geworden — darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben!

Und doch ist die Verarmung an Geld und Gut nicht entfernt so schlimm wie die Verarmung an sittlicher Kraft, Einsicht und Vernunft! Freilich gilt dies nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Menschheit! Ist es nicht heller Wahnsinn, wenn nach einem Kriege, der mehr als 15 Millionen der besten Männerkraft hinweggerafft, mehr als 5 Millionen Krüppel geschaffen, mehr als tausend Milliarden Mark Goldwerte verschlungen, die Wirtschaft von Rußland, Österreich, Ungarn, Polen völlig zerstört, die Geldwährung von Rußland, Polen, Österreich auf weniger als ein Hundertstel, von Deutschland auf ein Vierzigstel, von Italien auf ein Viertel, von Frankreich auf vier Zehntel des Goldwertes herabgestürzt hat — wenn da noch immer jährlich Goldmilliarden für Armeen, Flotten, Besatzungen aufgewendet werden? Wenn in der ganzen Welt geschlemmt und gepraßt wird, als wenn Gold vom Himmel regnete, während Frankreich, Italien, Deutschland, Österreich, Polen immer tiefer in Schulden versinken, Amerika und England 7—8 Millionen Arbeitsloser zu ernähren haben!!? Kann Deutschland 60—70 Milliarden (Papier) für Tabak und Alkohol, mindestens 40 weitere für andere entbehrliche Dinge aufwenden, wenn es nicht weiß, womit es das fehlende Brot bezahlen soll? Wenn der Reichshaushalt für 1921 in seinem letzten Nachtrag 160 Milliarden Fehlbetrag aufweist, wenn Gehalt- und Lohnforderungen, die 30, 40, 60 Milliarden Mehrausgaben bedeuten, sich folgen wie die Pferde auf der Rennbahn? Mit welcher Wirkung? Weiterer Papierzetteldruck Milliarden wöchentlich! Weitere Steigerung aller Preise, weitere Geldentwertung, so daß mit dem erhöhten Lohn und Gehalt weniger gekauft werden kann als vorher!!

Und bei den Steuern? Ein Wettlaufen der Parteien um Stimmenfang! Herabdrücken der Erträge höchstes Verdienst! Kuhhandel zwischen rechts und Links!! Und die Wirkung wie bei den Lohn- und Gehalts-Rennen! Immer weitere Geldentwertung, so daß der beglückte Steuerzahler sich mit dem geretteten Einkommenrest weniger kaufen kann, als wenn er dem Staat das Nötige gibt, um seine Ausgabe zu bestreiten, den Geldwert zu festigen und Preisabbau zu ermöglichen.

Gibt es gar keine Möglichkeit, aus diesem Wahnsinnzirkel herauszukommen? Freilich ist Vorbedingung Änderung des Versailler Vertrages, der jeden Mut, Besserung zu erwirken, niederschlägt. Die steigende Weltnot wird auch diese Änderung den hartnäckigsten und verbohrtesten Feinden abzwängen! Darüber vergehen aber noch Monate und Monate! Uns aber steht das Wasser schon an der Kehle!

Sollten da nicht die verständigen Männer aller Parteien zusammentreten, alle selbstsüchtige Partei- und Interessenpolitik zurückweisen und mit Entschlossenheit die schwere dornige Aufgabe in Angriff nehmen, dem Volke die Augen zu öffnen über seine entsetzliche Lage und die harten Lasten und Entbehrungen zu erzwingen, ohne die eine Gesundung unmöglich ist? So dringend geboten dies wäre, so wenig wahrscheinlich ist — leider — die baldige Erreichung einer solchen politischen Entwicklung in Deutschland! Ohne eine Zeit noch viel schwererer Not werden wir wohl kaum zur Vernunft kommen.

Trotzdem dürfen und wollen wir nicht verzweifeln. 30 Millionen arbeitsfähige und arbeitswillige Deutsche werden nicht untergehen, solange sie sich nicht selbst aufgeben! Darüber aber müssen wir uns klar sein: Gearbeitet muß werden, stetig, ausdauernd und treu! Hand in Hand: Arbeiter, Angestellte, Beamte und geistige Führer! In der Stunde der Not muß Eintracht herrschen; Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze müssen in ruhiger, besonnener Verhandlung, nicht in wüsten, unvernünftigem Kampf beglichen werden. Wer anders handelt, versündigt sich am deutschen Volke und Vaterland! Deutschland-Preußen haben im 30jährigen, dem 7jährigen und den napoleonischen Kriegen schwere Not getragen und sich mit ihrer Kraft und Pflichttreue doch wieder hochgerungen. Es gilt zu zeigen, daß das heutige Deutschland auch in tiefer Not und Armut seine urwüchsige Kraft nicht verloren hat, und ob die Welt voll Teufel sei, sich doch den Weg erzwingt, der aufwärts führt.

Anlage 20

Gute und billige Ernährung eine Lebensfrage für das deutsche Volk

erläutert von Max Bahr, Landsberg a. W., M. d. R.
und Dr. med. Johannes Haedicke,
Sanatorium Kurpark, Ober-Schreiberhau.

Januar 1924.

Der jährliche Nahrungsbedarf Deutschlands erfordert mindestens 16 000 Millionen Goldmark.

Durch wohlüberlegte Wahl der Speisen lassen sich davon 5% = 800 Millionen Goldmark ersparen, welche das deutsche Volk in der Tiefe seines Elends nicht verlieren darf!

Nach den grundlegenden Forschungen und Arbeiten der führenden Männer der Wissenschaft berechnet man den Tages-Nahrungsbedarf des Mannes bei mittlerer Arbeitsleistung auf



2900 ausgenutzte Kalorien (Nährwert-Einheiten), der Frau auf 2300, der Kinder und Alten (über 60 Jahr) entsprechend niedriger. Man käme dann bei einem Anteil, an der Kopfzahl des ganzen Volkes der Altersjahre 0—15 von 34,75%, der Jahre 15—60 von 57,75%, der Jahre über 60 von 7,5% auf einen Durchschnitt von 2150 Kalorien je Tag und Kopf des Gesamtvolkes. Das ergäbe 762 200, abgerundet auf 800 000, Kalorien für das Jahr und für 60 Millionen Köpfe (Stand von 1923) rund 48 Billionen Kalorien für den deutschen Volksbedarf des Jahres 1923. Das wären 30% weniger, als der später genannte Ausschuß berechnet hat, der vermutlich von Rohwertzahlen ausgegangen ist. Auch diese 48 Billionen Kalorien würden aber bei der sehr hoch gegriffenen Annahme, daß 3000 Kalorien für 1 Mark beschafft würden, einen Geldaufwand von 16 000 Millionen Goldmark erfordern, die das deutsche Volk heut nicht aufwenden kann. Es müssen also Millionen Deutscher bei der jetzigen Ernährungsweise schwer hungern. Eine zweckmäßigere Wahl der Nahrungsmittel würde bei einer Ersparnis von nur 1% 160 Millionen Goldmark, bei 5% 800 Millionen Goldmark ergeben, und solche 5% würden sich leicht ersparen lassen, wenn jede Hausfrau weiß, wie sie für Geld die höchsten Nährwerte erhält.

Nehmen wir z. B. für Mann, Frau, 2 Kinder eine Mittagsmahlzeit, welche etwa 100 g Eiweiß, 70 g Fett, 240 g Stärkemehl = rd. 2100 Kalorien enthielte und wählen dafür

- a) 500 g gehacktes Rindfleisch, 1000 g Kohl, 1500 g Kartoffeln, 60 g Schmalz,

so würde diese Mahlzeit rd. 165 Pfennige kosten nach den Preisen der beigefügten Nährwerttafel. Den gleichen Nährwert erhielten wir

- b) in 400 g Trockenfisch, 80 g Margarine, 2000 g Kartoffeln für 90 Pfennige,

- c) in Knödeln aus 1000 g Sojabohnenmehl mit 500 g Weißbrot und 250 g Backobst für 80 Pfennige,

würden also bei b) 75 Pfg. = 46%, bei c) 85 Pfg. = ca. 50% sparen — bei Zuführung der gleichen Nährwerte. Von der Erzielung dieser Ersparnisse hängt die Ernährung von Millionen notleidender Deutscher,



d. h. die Zukunft des deutschen Volkes und Vaterlandes ab.

Hierfür die Wege zu weisen, ist Zweck und Aufgabe dieser Arbeit; möge sie nicht ganz erfolglos bleiben.

Ich selbst hatte 1897 die auf Seite 297-335 gemachten Ausführungen in etwa 100 000 Abzügen verbreitet und halte es für geboten, bei der schwerwiegenden Bedeutung der Ernährungsfrage einen Abdruck erneut hinauszusenden, um die Hausfrauen anzuregen, das erforderliche Geld so zweckmäßig wie möglich zu verwenden. Die beigelegte Nährwerttafel wird hierfür wertvolle Dienste leisten können.

Ein Ausschuß der „Arbeitsstätte für sachliche Politik, Frankfurt a. M.“ (Prof. Philipp Stein, Staatssekretär Dr. Aug. Müller, Dr. h. c. Rabbethge, Oberpräsident Dr. Schwander u. A.) schätzte 1921 den Verbrauch der Nutz- (menschliche Nahrung erzeugenden) Tiere für das Jahr 1913 auf 128 Billionen Kalorien, welche, in 22 Billionen Kalorien menschlicher Nährstoffe umgewandelt, einen Verlust von 106 Billionen Kalorien ergaben, während der gesamte menschliche Nahrungsverbrauch auf nur 78 Billionen Kalorien veranschlagt wurde. (Für die heute in Deutschland lebenden 60 Millionen ergäbe dies 67 Billionen Kalorien.) Wir würden also unser gesamtes Volk spielend ernähren, wenn wir erheblich weniger Schlachtvieh miternährten. Eine gemischte Nahrung aus tierischen und pflanzlichen Nährstoffen ist aber aus ernährungswirtschaftlichen Gründen so bedeutsam, daß wohl möglichste Einschränkung, nicht aber ein völliger Verzicht auf Fleisch, Fett, Milch, Butter, Käse usw. von der Volksgesamtheit erwartet werden darf.

Um so dringender ist es aber geboten, unter den Nahrungsmitteln diejenigen zu wählen, welche für unser Geld die wertvollsten Nährstoffe in größter Menge uns bieten.

Nun sind zwar die den Ausführungen von 1897 zu Grunde gelegten Friedens-Goldpreise heut nicht maßgebend, eine Umrechnung auf heutige Preise ist aber zwecklos, da es beständige Preise heut noch nicht gibt. Das Verhältnis der verschiedenen Nährstoffe untereinander wird heut wenig gegen 1897 verschoben sein, so daß



die Preisangaben noch immer dem Zweck entsprechen, zu zeigen, in welchen Stoffen man für eine Mark die höchsten Nährwerte erwirbt.

Ferner beschränkte sich 1897 die ärztliche Wissenschaft darauf, zu zeigen, welche Nährwerte in den verschiedenen Stoffen vorhanden waren, und in welchem Verhältnis der menschliche Körper sie in seiner Nahrung vorfinden sollte. Inzwischen hat die Wissenschaft festgestellt, daß neben Eiweiß, Fett, Kohlehydraten und Salzen von großer Bedeutung die Vitamine (andere lebenswichtige Stoffe) sind. Hierüber gibt die angefügte Schrift des Dr. med. Johannes Haedicke, Sanatorium Kurpark in Oberschreibershausen, dem heutigen Stande der Wissenschaft entsprechend, Aufklärung und Fingerzeige, die ich zu aufmerksamer Beachtung nur dringend empfehlen kann.

Arbeitskraft abhängig von gut gewählter Nahrung. (Geschrieben 1897)

Den wichtigsten Teil des National-Vermögens bildet die Arbeitskraft seiner Bürger, und diese ist so wesentlich abhängig von der richtigen Ernährung des Körpers, daß es von der allergrößten Bedeutung ist, hierüber sichere Fingerzeige den weitesten Kreisen des Volkes zugänglich zu machen. Namentlich für diejenigen, welche mit kleinen und mäßigen Einkommen eine Familie ernähren, für die tägliche Nahrung also nur kleine Beträge aufwenden, ist es von größter Wichtigkeit:

1. für das Geld die verhältnismäßig wertvollsten Nahrungsmittel zu erwerben,
2. dafür zu sorgen, daß die verfügbare Nahrungsmenge diejenigen Grundstoffe enthalte, deren der Körper zur Schaffung und Erhaltung der Kraft bedarf.

Seit Jahrzehnten werden große Verpflegungsanstalten, Volksküchen und dergl. nach solchen Grundsätzen geleitet, Ärzte und andere arbeiten daran, unser Wissen auch auf diesem Gebiet zu erweitern und zu vertiefen, aber diejenigen, welche es in erster Linie angeht, wissen vielfach wenig Sicheres, welche Forderungen an eine gesundheitsgemäße Nahrung gestellt werden müssen und bei welchen Nahrungsmitteln sie ihr Geld am besten verwenden. Wohl trifft die auf lange Erfahrung sich gründende übliche Ernährungsweise vielfach das Richtige, aber daneben wird mancher Fehler gemacht,



unter welchem sowohl der Körper wie der Geldbeutel leiden.

In nachstehendem kann nur in gedrängter Kürze das Wichtigste angeführt werden; wer sich gründlicher unterrichten will, findet Belehrung neben vielen anderen, in einer Broschüre des Dr. A. C. Meinert: „Wie nährt man sich gut und billig?“; zu haben bei Mittler & Sohn, Berlin.

Wieviel Nahrung braucht der Körper?

Der Nahrungsbedarf ist natürlich nach Alter, Geschlecht und Arbeitsleistung verschieden. Man betrachtet als normalen Tagesbedarf an Nahrung, welche an verdaulichen Stoffen enthält:

für ein Kind von 7—15 Jahren

etwa 70 Gramm Eiweiß, 42 g Fett, 300 g Kohlehydrate (Mehl, Brot, Zucker, Grütze, Graupen und dergl.);

für eine Frau

etwa 90 g Eiweiß, 45 g Fett, 370 g Kohlehydrate;

für einen mäßig arbeitenden Mann

(Handwerker, Briefbote u. a.)

etwa 100 g Eiweiß, 70 g Fett, 500 g Kohlehydrate;

für einen schwer arbeitenden Mann

etwa 120 g Eiweiß, 70 g Fett, 500 g Kohlehydrate.

Zu empfehlen ist gemischte Nahrung, etwa ein Drittel des erforderlichen Eiweiß soll aus Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs genommen werden, in welchen es mit etwa 95 Prozent verdaut wird, gegen etwa 80 Prozent Verdaulichkeit des pflanzlichen Eiweiß.

In welchen Nahrungsmitteln beschaffen wir uns die erforderliche Nahrungsmenge am billigsten?

Man hat zwecks sicherer Vergleiche den Nährgehalt aller Nahrungsmittel in Nährwert-Einheiten (N.-E.) festgestellt, indem man den Preis von 1 Gramm Kohlehydrat zu Grunde legte und dann 1 Gramm Fett mit 3, 1 Gramm Eiweiß mit 5 in Rechnung stellte. Auf dieser Grundlage sind folgende Vergleichszahlen berechnet:

Für eine Mark

erhält man Nährwert-Einheiten (N.-E.) oder Kalorien (nach dem heutigen (1924) Stande der Wissenschaft sind diese Zahlen etwas verändert).



in Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs

	Wenn 1 Kilo kostet Pf.	N.-E.
Stockfisch	130	3160
Hering, gesalzen St.	5	2300
Kabeljau, gesalzen	110	1240
Schellfisch	75	1139
Hecht	200	411
Leber	90	1244
Schweinefleisch, fett	154	1200
Hammelfleisch, fett	152	1115
Rindfleisch, sehr fett	168	1021
Schweinefl., mager	138	882
Rindfl., mittelfett	163	745
Kalbfleisch, fett	160	729
Hammelfl., mager	144	714
Rindfleisch, mager	175	621
Kalbfleisch, mager	165	618
Speck	150	1839
Mettwurst, westf.	160	1633
Erbswurst	140	1589
Fleisch-Legum- Gemüse	160	1430
Leberwurst	160	1031
Blutwurst	160	741
Cervelatwurst	370	561
Magermilch	9	2488
Vollmilch	15	2247
Rindertalg	135	2197
Magerkäse	105	1987
Schweineschmalz	180	1660
Fettkäse	190	1152

in Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs

	Wenn 1 Kilo kostet Pf.	N.-E.
Butter	230	1120
Eier	170	586
Bohnen	31	5881
Erbsen	30	5803
Kommisbrot	16	5537
Linsen	36	5231
Roggenmehl	26	5146
Kartoffeln	6½	4901
Weizenmehl, grob	28	4864
Roggenbrot	18	4505
Rüböl	70	4243
Weizenmehl, fein	36	3570
Hafermehl-Grütze	48	3166
Graupen	38	3049
Gerstengries	45	2904
Olivenöl	130	2285
Weizenbrot, gröber	30	2773
Weizenbrot, fein	42	2220
Reis	60	1913
Zucker	60	1650
Stärkemehl	70	1260
Möhren	6	2358
Kohlrübe	6	2083
Kohlrabi	12	1930
Weißkraut	10	1492
Grüne Bohnen	32	1125
Spinat	22	1074
Grüne Erbsen	44	1030

Bei billiger Preislage ist natürlich auch die Zahl von Nährwert-Einheiten, welche man für eine Mark erhält, größer. Kostet z. B. das Kilogramm Kartoffeln anstatt 6½ Pf. nur 5 Pf. (der Zentner statt 3,25 Mark nur 2,50 Mark), dann erhält man für 1 Mark $6\frac{1}{2} \times 4901 = 6370$ N.-E.

5

Unter Berücksichtigung der Verdaulichkeit stellt Dr. Meinert folgende Reihenfolge der Nahrungsmittel bezüglich ihrer Wohlfeilheit auf:



Tierlichen Ursprungs :

Magermilch	Vollmilch	Mageres Ochsenfleisch
Fettkäse	Magerkäse	Mageres Hammelfleisch
Hering	Stockfisch	Halbfettes Ochsenfleisch
Patent-Fleischpulver		Halbfettes Schweinefleisch
Patent-Fleischgemüsetafeln		Halbfettes Hammelfleisch
Hühnereier		Leberwurst
Sehr fettes Schweinefleisch		Blutwurst
Sehr fettes Ochsenfleisch		Cervelatwurst
Sehr fettes Hammelfleisch		

Pflanzlichen Ursprungs :

Kartoffeln	Linsen	Spinat
Gutes Roggenbrot	Graupen	Sauerkraut
Erbsen	Reis	Möhren
Weißer Bohnen	Nudeln	Grüne Erbsen
Weizenmehl	Feines Weizengebäck	

Es fallen in die Augen durch ihren hohen Nährwert bei billigem Preise: Milch, Käse, Seefisch (Hering, Stockfisch), Erbsen, Bohnen, Linsen, Kommisbrot, Roggenbrot.*)

Als beachtenswert bei der Nahrungsbereitung und beim Essen werden u. a. noch folgende Regeln aufgestellt:

Reinlichkeit, Ordnung und Appetitlichkeit herrsche in der Küche und am Geschirr.

Man halte auf Abwechslung in den Speisen. Die Nahrungsmittel müssen in leicht verdaulicher Form geboten werden (Erbsen- und Linsenmehl wird z. B. zu 90 Prozent verdaut, die ganzen Erbsen und Linsen zu 50—60 Prozent.

Man esse langsam, nicht zu heiß und kaue recht klein.

Man nehme seine Mahlzeiten zu bestimmten Stunden, esse mäßig, meide scharfe Gewürze.

Es ist für die Verdauung zuträglich, während des Essens wenig, aber öfter zu trinken.

Man gehe nicht mit leerem Magen an die Arbeit.

Nachstehend sind drei Reihen von Dr. Meinert aufgestellter Speisezetteln abgedruckt, welche mit möglichst geringen Kosten die zur Erhaltung der Kraft erforderliche Nahrungsmenge dem Körper zuführen sollen.

*) Heut (1924) überragt die Sojabohne (Hauptnahrung in China und Japan) alle Nährstoffe Europas — sie liefert an Nährwerten für eine Mark etwa das Doppelte der Kartoffel, das Vierfache des Zuckers das Zehnfache des Fleisches.



Speisezettel für 14 Tage

für 1 Mann, 1 Frau, 2 Kinder, deren Nahrungsbedarf ungefähr dem von 3 arbeitenden Männern gleichzustellen ist.

A) Es sollen bei etwa 800 Mark Jahreseinnahme 480 Mark (gleich 132 Pfg. täglich) für die Nahrung verwendet werden. Dieselbe soll enthalten den normalen Bedarf von 300 Gramm Eiweiß, 150 g Fett, 1500 g Kohlehydrate (Mehl, Zucker u. a.).

Dafür stellt Dr. Meinert folgenden Speisezettel auf: Für Frühstück, Vesper, Abendbrot täglich:

Brot 1800 g, Kaffee und gebr. Roggen oder Gerste	
50 g, Fett 65 g, Magermilch 1500 g (1½ Ltr), Salz	
75 g; enthaltend 157 g Eiweiß, 90 g Fett, 983 g	
Kohlehydrate, kostend	72 Pfg.
das Mittag- und sonstige Abendessen muß also noch	
enthalten: 143 g Eiweiß, 60 g Fett, 517 g	
Kohlehydrate, kostend	60 „
das ergäbe zusammen 300 g Eiweiß, 150 g Fett,	
1500 g Kohlehydrate, kostend	132 Pfg.

Für den Mittags- und Abendtisch werden dann vorgeschlagen
(in () sind in Gramm die zu verwendenden Mengen angeführt):

1. Rindfleisch (360) mit Reis (100), Kartoffeln (2000), Fett (30)	67 Pfg.
Abend: Magerkäse (200)	10 „
2. Speck (100) mit Kartoffeln (3000) und Buttermilch (200)	53 „
3. Fleischgemüse (125), Erbsen (250), Kartoffeln (1500),	
Fett (60)	58 „
4. Herings- 3 Stück) -Kartoffeln (3000), Magermilch (500),	
Mehl (30)	49 „
Abend: Milchsuppe, Magermilch (1500 g = 1½ Liter)	12 „
5. Stockfisch (250) mit Senf- (60) Sauce und Kartoffeln	
(2000), Mehl (60), Fett (30), Zucker (20)	64 „
6. Linsen (200) mit Kartoffeln (1500) und Speck (100)	40½ „
Abend: Heringe (1½ Stück) mit Kartoffeln (1500)	21 „
7. Fleischgraupen (300) mit Kartoffeln (1250), Fett (80)	63½ „
8. Kartoffel- (3000) Reibkuchen, Schmalz (100), Mehl (400)	54 „
Abend: Milchsuppe [Magermilch (1500)]	12 „
9. Bohnen (300) und Kartoffeln (1250) in Fleischbrühe und	
Speck (80), Fleischpulver (40)	51 „
10. Saure Milch (2 Liter) mit Kartoffeln (3000)	31 „
Abend: Heringe (3 Stück)	21 „
11. Fleischgemüse (190) mit Weißkohl (1500) und Kar-	
toffeln (1000)	60 „
12. Leberknödel (500) mit Kartoffeln (2500), Schmalz (40),	
Mehl usw.	74 „
13. Erbsen (500) mit Speck (80)	41 „
Abend: Kartoffeln (1500) mit Quark (300)	19½ „
14. Milch (1½ Liter), Hirse (400)	32 „
Abend: Magerkäse (200)	10 „

Für 14 Tage im Durchschnitt 60 Pfg.

Summa: 843½ Pfg.



B) Bei einem Jahreseinkommen von etwa 1100 Mark können für Nahrung etwa 630 Mark, ca. 172 Pfg. täglich, ausgegeben werden. Es soll die Nahrung enthalten 300 g Eiweiß, 150 g Fett, 1500 g Kohlehydrate (Stärkemehl u. a.).

Bei Verwendung für Frühstück, Vesper und Abendbrot von: Weißbrot 290 g, Roggenbrot 1500 g, Magermilch 1 Liter, Schmalz 90 g, Gerstenkaffee 50 g, Braubier 1 Liter, welche enthalten 144 g Eiweiß, 102 g Fett, 1041 g Kohlehydrate und kosten etwa 92 Pfg.

müßten Mittag- und sonstiges Abendessen enthalten noch: 156 g Eiweiß, 48 g Fett, 459 g Kohlehydrate und kosten 80 „

das ergäbe zusammen 300 g Eiweiß, 150 g Fett, 1500 g Kohlehydrate 172 Pfg.

Dies würde sich ergeben bei folgendem Speisezettel:

1. Geschmortes Rindfleisch (500) mit Kartoffel- (3000) Salat, Fett (100)	104 Pfg.
Abend: Milchsuppe (Magermilch 1½ Liter)	12 „
2. Fleischgemüse (200) mit Bohnen (200) u. Kartoffeln (1000)	55 „
Abend: Magerkäse (300)	15 „
3. Blutwurst (200) mit Sauerkraut (1000) und Erbsen (300)	65 „
4. Herings- (3 Stück) Kartoffeln (3000), Magermilch (500), Mehl (30), Fett (30)	71 „
5. Fleischgraupen (450) u. Speck (100) mit Kartoffeln (1500)	94½ „
6. Stockfisch (250) mit Senf- (60) Sauce und Kartoffeln (2500), Mehl (50), Fett (50)	71 „
7. Linsen (500) mit Speck (150) und Kartoffeln (1000)	65 „
Abend: Buttermilch- (2 Liter) Suppe	12 „
8. Leberknödel (500 g Leber und Lunge) mit Kartoffeln (2000), Schmalz (50), Mehl (40)	72 „
9. Welschkohl (1500) und Kartoffeln (1500) in Fleischbrühe (Fleischpulver 70 g), Fett (100)	65 „
Abend: Brot- (400) Suppe, Zucker (30), Fett (40)	15½ „
10. Beefsteak (gehacktes Rindfleisch 300) mit Quetschkartoffeln (2500), Schmalz (30), Milch (250), Mehl (50)	75½ „
11. Klöße mit gebacknem Obst (250) [Weizenmehl (600), Kartoffeln (1500), Schmalz (100), Zucker (30), Semmeln (3 Stück)]	80½ „
12. Fleischgemüse (200) mit Bohnen (300) u. Kartoffeln (1000)	59 „
Abend: 3 Heringe	21 „
13. Klopsfleisch (250) mit Möhren (500) und Kartoffeln (1500), Schmalz, Ei, Fleischpulver usw.	86½ „
14. Kartoffel- (3000) Reibkuchen, Mehl (500), Schmalz (100)	58 „
Abend: Milchsuppe (1½ Liter)	<u>12 „</u>

Für 14 Tage im Durchschnitt 80 Pfg.

zusammen 1115½ Pfg.



Nährwert-Verhältnis auf Grund

Eiweiss: Eier, Fleisch, Fische, Käse, Erbsen, Bohnen u.a. **Fett:** Butter, Schmalz, Talg, Speck, Fleisch, Sojaöl, Leinöl, Margarine u.a.

Prozentgehalt der Nährstoffe K. F. E.	Stoffe	Preis 1kg	NE, ausnutzbare für 1 Mark	Vitamine A B C D
17	Blut	20	4405	
2 13	Lunge	45	1654	
3 21	Pferdefleisch	72	1574	
9 16	Herz	80	1320	m m m
35 14	Schweinefleisch	200	878	
23 17	Rindfleisch, fett	200	788	
43 16	Gänsefleisch	330	628	
11 12	Eier	170	562	
6 19	Schweinefleisch	210	551	
7 19	Halbfleisch, fett	220	530	
9 21	Kaninchenfleisch	260	506	
3 20	Rindfleisch, mager	240	450	w w w
69 8	Speck, gesalzen	190	1296	w
38 18	Knackwurst	190	1092	
3 34 14	Leberwurst	200	882	
24 11 10	Blutwurst	130	838	
43 23	Cervelatwurst	300	820	
5 3	Magermilch	10	2080	w w w w
94	Rindstalg	140	2023	m m m m
5 3 3	Vollmilch	18	1728	
4 12 33	Magerkäse	120	1728	
95	Schweineschmalz	200	1433	w
84	Margarine	180	1421	
81	Kuhbutter	240	1029	s m m m
3 28 24	Fettkäse	240	872	v m m
51 10 10	condensierte Milch mit Zucker	150	849	
80	Stockfisch	150	2660	
16 18	Hering, mariniert	125	1175	e w w
7 20	Bücklinge	170	729	
16	Schellfisch	120	693	w w w
8 18	Karpfen	260	450	
17 13	Aal	280	416	
18	Hecht	280	325	w w w
90	Lebertran	240	1125	s y m
91 40 29	Kinder von 1-2 Jahren	788		
245 43 57	" " " 6-10 " "	1665		

Nährstoff-Bedarf für 1 Tag



MUZEUUM LUBUSKIE im. Jana Dekerta w Gorzowie Wlkp.

von Kleinhandel-Friedenspreisen

Kohlehydrate ^{Zucker, Kartoffeln, Mehl, Grützen, Graupen, Brot u.a.} ^(Kalorien) Nährwerteinheiten-N.E. für 1 Mark

Prozentgehalt der Nährstoffe	K.F.E.	Stoffe pflanzliche	Preis 1kg	N.E. ausnutzbare, für 1 Mark	Vitamine			
					A	B	C	D
	201842	Sojabohne	25	9000 (2)				
	32 48	Sojabohnenmehl	30	8000 (2)				
	95	Rüböl	90	3166	m			
	95	Palmin	140	2046				
	20	1 Kartoffeln	74	014	w	m	m	m
	67	8 Roggenmehl	30	3720	e	m	w	w
	67	8 Weizenmehl, grob	36	3094	e	m	w	w
	47	4 Kommissbrot	26	2700	m	m	m	
	48	4 Roggenbrot, grob	32	2206	m	m	e	
	44	16 Erbsen	48	2671	w	v		
	45	18 Linsen	55	2500	w	v		
	44	17 Bohnen	52	2496	w	v		
	74	8 Graupen	50	2278				
	64 4 10	Hafergrütze	60	2010				
	68 1 8	Gerstengries	60	1922				
	77	6 Hochreis	60	1842				
	99	Zucker	56	1813				
	56	6 Weizenbrot (Semmel)	50	1716	m	m	w	
	6	Kohlrübe	7	1371	v	v	v	
	84	Stärkemehl	68	1267				
	9	3 Grünkohl	25	980	v	v	v	
	10	4 Grüne Erbsen	54	613	v	v	m	
	6	4 Puffbohnen	44	588	v	v	m	
	4	1 Weisskohl	20	565	v	v	v	
	8	1 Mohrrüben	25	520	v	v	v	
	6	2 Wirsingkohl	44	409	v	v	v	
	5	2 Schnillbohnen	38	408				
	5	1 Rotkohl	30	393	v	v	v	
	1	1 Kopfsalat	24	368	v	v	v	
	3	2 Spinat	50	322	v	v	v	
	7	2 Kohlrabi	66	268	v	v	v	
	2	4 Spargel	180	57	m	m	m	
	53	1 Apfel, getrocknet	120	524				
	44	2 Pfäumen, getrock.	140	394				
	11	Apfel, frisch	50	320	w	m	m	
	gr. 475 gr. 55 gr. 102	Männer		Kalorien 2900				
	380 42 81	Frauen		2300				



C) Bei einem Jahreseinkommen von etwa 1500 Mark können für Nahrung etwa 800 Mark, gleich 220 Pfg. täglich verwendet werden. Die Nahrung soll enthalten 360 g Eiweiß, 210 g Fett, 1500 g Kohlehydrate (Stärkemehl u. a.).

Bei Verwendung für Frühstück, Vesper und Abendbrot von: Weißbrot 200 g (4 Stück), Roggenbrot 1500 g, Kaffee und Surrogat 60 g, Butter 100 g, Magermilch $1\frac{1}{4}$ Liter, Braumbier 2 Liter, Salz 75 g, welche enthalten 158 g Eiweiß, 116 g Fett, 1136 g Kohlehydrate, kostend 116 $\frac{1}{2}$ Pfg.
 müßten Mittag- und sonstiges Abendessen enthalten: 202 g Eiweiß, 94 g Fett, 364 g Kohlehydrate, kostend 103 $\frac{1}{2}$ „
 das ergäbe zusammen 360 g Eiweiß, 210 g Fett, 1500 g Kohlehydrate, kostend 220 Pfg.

Dies würde sich ergeben bei folgendem Speisezettel:

1. Schellfisch (500) mit Senf- (125) Sauce und Kartoffeln (2500), Mehl (50), Fett (60)	77 $\frac{1}{2}$ Pfg.
Abend: Fleischgemüse (125) Suppe	25 „
2. Geschmortes Rindfleisch (500) mit Kohlrabi (100) und Kartoffeln (1500), Fett (100)	98 $\frac{1}{2}$ „
Abend: Magerkäse (300)	15 „
3. Bratwurst (300) mit Milchhirse [Magermilch $1\frac{1}{2}$ Liter, Hirse (500)]	86 „
Abend: Zwiebel- (150) Suppe, Mehl (150), Fett (50)	14 „
4. Hammelfleisch (500) mit Bohnen (500), Fett (100)	93 „
Abend: Kartoffelsuppe (2000)	14 „
5. Fleischgrauen (450) mit Speck (125)	88 „
Abend: Erbsen- (300) Suppe, Schmalz (170)	24 „
6. Klöße mit Obst (250), Weizenmehl (600), Kartoffeln (1500), Semmeln (3 Stück), Fett (100), Zucker (30)	76 $\frac{1}{2}$ „
Abend: Heringe: (3 Stück)	21 „
7. Stockfisch (250) mit Sauerkraut (1000) und Erbsen (300), Fett (100)	81 „
Abend: Buttermilchsuppe (2 Liter)	12 „
8. Klopsbraten mit Kartoffel- (3000) Brei, Rindfleisch (200), Schweinefleisch (100), Hammelfleisch (125), Fett (60)	81 „
Abend: Fleischgemüse- (125) Suppe	25 „
9. Blutwurst (300) mit Linsen (500), Essig	76 „
Abend: Kartoffeln (250) mit Quark (250)	27 $\frac{1}{2}$ „
10. Leberknödel mit Kartoffel- (2500) Salat, Leber und Lunge (500), Schmalz (40), Mehl (40) u. A.	79 „
Abend: Käse (300)	15 „
11. Beefsteak (gehacktes Rindfleisch 400) mit Rotkraut (1000) und Kartoffeln (1500), Schmalz (60)	99 $\frac{1}{2}$ „
Abend: (Mager)-Milch- (1500) Brot- (300) Suppe	19 „
12. Herings- (3 Stück) Kartoffeln (3000), Magermilch (1000), Mehl (50), Schmalz (50), Zwiebeln (50)	62 $\frac{1}{2}$ „
Abend: Fleischgemüse- (125) Suppe	25 „
13. Schweinefleisch (500) mit Weißkohl (1000) und Kartoffeln (2000), Schmalz (50)	97 $\frac{1}{2}$ „
Abend: Käse (300)	15 „
14. Leber (500) mit Spinat (1000) u. Kartoffeln (2000), Fett (80)	89 „
Abend: Hafergrütze mit Buttermilch	15 „
Für 14 Tage im Durchschnitt 103 $\frac{1}{2}$	Summa 1450 $\frac{1}{2}$ Pfg.



Erläuterungen zur Nährwerttafel.

Anfang Januar 1924.

Welche Aufgaben hat die Nahrung zu erfüllen?

- I. Die durch den Stoffwechsel verbrauchten und ausgeschiedenen Stoffe zu ersetzen und die Organe des Körpers — Blut, Muskeln, Sehnen, Nerven usw. — stark und leistungsfähig zu erhalten;
- II. die zur Erhaltung der Lebenstätigkeit erforderlichen Energiemengen zu liefern;
- III. die Körperwärme durch die Umwandlung — Verbrennung — der Nährstoffe zu erhalten.

Welche besonderen Aufgaben erfüllen die einzelnen Nährstoffe?

Das Eiweiß bildet das Blut und alle Gewebezellen, und ersetzt deren Verbrauch im Körper.

Das Fett dient zur Ausfüllung der Räume zwischen den Organen, zur Polsterung der Haut und Knochen sowie zur Wärmebildung.

Die Kohlehydrate (Stärke, Mehl, Zuckerarten) dienen hauptsächlich der Muskelarbeit unter Erzeugung von Wärme.

Die Nährsalze sind unentbehrlich zum Aufbau aller Organzellen, besonders der Knochen, Knorpel und Zähne.

Die Vitamine sind lebenswichtige Ergänzungsstoffe. Ihre Bedeutung ergibt sich in erster Linie daraus, daß bestimmte schwere, vielfach tödliche Erkrankungen wie Skorbut, Rachitis usw., durch das Fehlen dieser wichtigen Ergänzungsstoffe in den Nahrungsmitteln oder durch deren Zerstörung bei Herstellung der Speisen entstehen und durch vitaminreiche Ernährung geheilt werden.

Man unterscheidet zur Zeit 4 Gruppen von Vitaminen:

- A. Fettähnlich und fettlöslich, enthalten in Fetten, Milch, Eiern, Lebertran, grünen Gemüsen, Tomaten usw. Wichtig für das Wachstum (besonders der Säuglinge), Muskel- und Knochenbildung.
- B. Wasserlöslich, enthalten in Getreide, Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Gemüse, Milch usw. Wichtig für Stoffwechsel, Atmung, Drüsen, Nerven.
- C. Vorhanden in jungen Gemüsen, Kartoffeln, Obst, frischen Fruchtsäften. Wichtig gegen Skorbut.
- D. Vorhanden in Milch, jungen Erbsen und Bohnen, Getreide, Obst, Kartoffeln usw. Wichtig gegen Entkräftung, Entartung.

Die Aufgabe einer guten Ernährungswirtschaft muß sein: Die erforderlichen Nährstoffe in ausrei-

chender Menge, verdaulicher Form, schmackhafter Zubereitung zu möglichst niedrigem Preise dem Volke zu beschaffen.

Als Nahrungsquellen sind getrennt zu beachten: Das Tierreich und das Pflanzenreich.

Das Tierreich liefert vorwiegend Eiweiß und Fett.

Das Pflanzenreich liefert vorwiegend Kohlehydrate (Mehle und Zucker), Nährsalze und Vitamine, aber auch Eiweiß und Fett (in Ölfrüchten, Nüssen, Getreidekörnern).

Die Preise der tierischen Nahrungsmittel sind meist erheblich höher als die der pflanzlichen.

Bei der Verwendung menschlicher Nahrungsmittel zur Tiernahrung erhält der Mensch im Durchschnitt vom Tier nur ein Fünftel zurück, vier Fünftel gehen verloren!

Menschliche Nährstoffe sollten daher zur Erzeugung von Fleisch, Fett, Milch, Eiern usw. möglichst wenig verwendet werden.

Vor dem Kriege betrug der Verlust an menschlichen Nährstoffen bei der Aufzucht von Schlachtvieh mehr als der gesamte Nahrungsbedarf des ganzen Volkes!

Die Tierfütterung zur Nahrungserzeugung sollte daher möglichst auf Abfälle und solche Pflanzennahrung beschränkt werden, die für die menschliche Ernährung nicht geeignet sind.

Der Fleischverbrauch sollte so viel möglich durch eiweiß- und fettreiche Nahrungsmittel aus dem Pflanzenreich ersetzt werden, wenn auch das Fleisch nicht völlig ausgeschaltet werden soll.

Bei der Auswahl der Speisen soll die beigegebene Tafel wertvolle Dienste leisten.

Einige Punkte mögen zur Beachtung hervorgehoben werden.

Die Vitamine sind bisher in meßbaren Mengen nicht darstellbar. Ihr Vorkommen kann daher auf den Tafeln nur allgemein angedeutet werden mit:

s. v. = sehr viel; v. = viel; m. — mäßig, w — wenig;

s. w. = sehr wenig; o. = nichts.

Angaben über den Vitamingehalt sind nur bei den wichtigsten Nahrungsmitteln gemacht worden, soweit darüber sichere Feststellungen vorliegen.

Der Nährwert der Nahrungsmittel ergibt sich aus ihrem Gehalt an Nährstoffen: Eiweiß, Fett, Kohlehydraten usw., und wird berechnet nach der Menge der bei ihrer Verwertung

und Verbrennung im Körper erzeugten Wärme-Einheiten (W. E.) oder Kalorien. Hierbei erzeugt

- 1 g Eiweiß etwa 4 Kalorien,
- 1 g Fett etwa 9 Kalorien,
- 1 g Kohlehydrat etwa 4 Kalorien.

Der Mensch lebt nicht von dem, was er isst, sondern nur von dem, was er verdaut! — Die Speisen müssen also nahrhaft, schmackhaft und gut verdaulich sein, sowie gut durchspeichelt und durchkaut werden!

Der Bedarf an Nahrung richtet sich nach dem Körpergewicht und der Arbeitsleistung. Der Bedarf ist daher je Körperkilo größer beim wachsenden Kind als beim Erwachsenen und im Greisenalter; größer bei schwerer als bei leichter Arbeit.

Im Durchschnitt braucht an verdaulicher Nahrung:

	Eiweiß	Fett	Kohlehydrate	Kalorien
	g	g	g	
ein Kind von 1—2 Jahren	29	40	69	788
„ „ „ 6—10 „	57	43	245	1665
eine Frau bei mittlerer Arbeit	81	42	380	2300
ein Mann „ „ „	102	55	475	2900
„ „ „ schwerer „	110	60	500	3100

Wir erhalten am billigsten:

Eiweiß aus dem Pflanzenreich: in Soja- und anderen Bohnen, Erbsen, Linsen, Hafer; aus dem Tierreich: in Trockenfisch, Hering, fetten Fleischarten, Herz, Leber, Blutwurst, Lunge, Käse.

Fett aus dem Pflanzenreich: in Sojaöl, Leinöl, Rüböl, Palmkernen, Margarine; aus dem Tierreich: in Schweineschmalz, Speck, Rindertalg, Butter, fetten Fleischarten, fettem Käse, Hering, Lebertran.

Kohlehydrate (Mehle und Zucker) in Kartoffeln, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Mehl, (als Brot), Grütze, Graupen, Flocken, Bohnen, Erbsen, Linsen, Zucker.

Nährsalze sind bei gemischter, gemüse- und obsthaltiger Kost meist ausreichend vorhanden.

Vitamine aus dem Pflanzenreich in frischen Gemüsen und Salaten, Hülsenfrüchten (besonders frischen, jungen Bohnen und Erbsen), Mohrrüben, Karotten, Kleie, stark ausgemahlenem Getreidemehl, Nährhefe, Hefengebäck, Brot, Malzextrakt, Obst, besonders Tomaten, Nüssen, Honig; aus dem Tier-

reich: in Leber, Leberfett, Fischrogen und Eiern, Milch und Butter (besonders bei Weidefütterung), Sauermilch, Sahne, fettem Käse, Eiern.

Bei Zusammenfassung aller Nährstoffe treten als besonders wertvolle und billige Nahrungsmittel hervor:

- a) aus dem Pflanzenreich: Brote und Mehle aus Sojabohnen, Hafer, Roggen, Weizen, Mais, Kartoffeln, Mohrrüben, Karotten, Zucker, Linsen, Erbsen, Bohnen, Nährhefe, Leinöl, Sojaöl, Rüböl, Spinat, Tomaten, Äpfel, Birnen, Pflaumen.
- b) aus dem Tierreich: Trockenfisch, Hering, fette Fleischarten, Blut, Herz, Lunge, Lebertran, Butter.

Trockenfische sollten von den Hausfrauen bei der Wahl der Nahrungsmittel besonders beachtet werden. Sie geben bei Zubereitung mit einem billigen Pflanzenfett und in der Schale gekochten Kartoffeln ein wertvolles und schmackhaftes Essen, reich an Eiweiß, Fett, Kohlehydraten, Nährsalzen und Vitaminen. Die Trockenfische müssen freilich durch mehrtägiges Wässern in wiederholt erneuertem Wasser sorgsam vorbereitet werden.

Die Sojabohne ist als Volksnahrungsmittel in der Mandschurei, Japan, Java usw. seit Jahrhunderten bekannt und gewürdigt. Sie wird dort in allen möglichen Formen, als Käse, Sauce, Brei usw. benutzt und in ihrem Nährwert sehr hoch bewertet.

In Europa wurde ihre Bedeutung vor mehr als 50 Jahren durch Prof. Friedr. Haberlandt festgestellt und der öffentlichen Beachtung anempfohlen. Die Soja enthält etwa 38/40% Eiweiß, 18/20% Fett, 1½—2% Lecithin, und wird in ihrem Nährwert bei billigem Preis von keinem andern Nährstoff erreicht. In der üblichen Weise errechnet erhält man für eine Mark

von der Sojabohne etwa 9000 Kalorien,
von Sojamehl etwa 8000 Kalorien,

während die Kartoffel etwa 4000, Roggenbrot 2200, Rindfleisch 500 bietet. Besonders schwer fällt dabei ins Gewicht, daß die Soja mit dem hohen Eiweiß- und Fettgehalt uns in hohem Maße von der tierischen Nahrungslieferung befreien kann, bei deren Erzeugung wir 75 bis 80% der verwendeten Nährstoffe als Verlust zu berechnen haben.



Man hat in Europa — England, Deutschland, Österreich-Ungarn usw. die Soja zunächst zur Ölgewinnung und als Viehfutter genutzt. Im letzten Jahrzehnt aber hat man sich der Aufgabe zugewandt, die wertvolle Frucht direkt der Menschen-Ernährung dienstbar zu machen. Neben anderen Betrieben haben die Hanseatischen Mühlenwerke in Hamburg im Großbetriebe das Öl und lästige Stoffe ausgeschieden und neben dem wertvollen Lecithin ein Sojamehl hergestellt, welches mit seinem Eiweißgehalt ein Kraftnährmittel höchsten Wertes darstellt. Als Brotzusatz, als Suppe, als Brei wird es unserer Volksernährung unschätzbare Dienste leisten, wenn tüchtige Hausfrauen und Köche durch sorgsame ausdauernde Versuche gute Verwendungsformen ermitteln und sicherstellen. Ihre hingebende Arbeit und Ausdauer kann sich hier ein großes Verdienst um das Vaterland erwerben.

Es gilt aber auch die wertvolle Nährfrucht in Deutschland selbst anzubauen und zu gewinnen. Die Landwirtschaftlichen Institute in Bonn und Halle a. S. haben sich mit der Züchtung von Sojasorten für den deutschen Anbau beschäftigt, die Chemische Fabrik J. D. Riedel A.-G. in Berlin-Britz, Riedelstraße 1—32 hat in Rodleben die Hallischen Sorten: Frühe Braune, Frühe Schwarze, Mittelfrühe Gelbe weitergezüchtet und spricht sich durchaus günstig über Ergiebigkeit und Weiterentwicklung aus. Wie bei allem Neuen werden aber auch hier Kinderkrankheiten zu überwinden sein. Die deutsche Landwirtschaft hat aber schwerere Aufgaben glänzend gelöst und es darf darauf vertraut werden, daß es ihr gelingen wird, uns in der Sojabohne ein Volksnahrungsmittel zu schaffen, welches uns in der Aufgabe, unser Volk aus dem Elend emporzubringen, die wertvollsten Dienste leisten wird.

Um den hohen Nährwert wie die unerreichte Billigkeit

der Sojabohne (s. Seite 307)

für das deutsche Volk nutzbar zu machen, ist es geboten, sie in unserer Hauptnahrung

dem Brote

dem Massenverbrauch zuzuführen, indem die Bäcker veranlaßt werden:

Eiweißreiches Soja-Kraftbrot,
herzustellen, gebacken aus



65 Prozent Roggenmehl, 20 Prozent Weizenmehl,
15 Prozent Sojabohnenmehl.

Dieses Brot enthält etwa 70 Prozent mehr Eiweiß als das übliche Roggen- oder Weizenbrot.

Der Nährwert von

10 Soja-Kraftbrotten zu je 50 Pfg.

ist daher mindestens gleich dem Nährwert von

11 Roggenbrotten zu je 50 Pfg.

Sojabohnenmehl steht im Preise z. Zt. etwas unter dem des Roggenmehls, enthält auch nur etwa 10 Prozent Feuchtigkeit gegen etwa 15 Prozent des Roggen- und Weizenmehls; die Herstellung des Brotes wird also nicht verteuert. Der Weizenmehlzusatz gibt dem Soja-Kraftbrot die erwünschte Lockerung. Das Backen sollte mit Sauerteig erfolgen; aus hygienischen Gründen wird vor dem Backen mit Hefe gewarnt.

Da das deutsche Volk für seine Brotnahrung im Jahre etwa 1200 Millionen Goldmark aufwendet, ist eine möglichst weitgehende Einführung des Soja-Kraftbrotes dringend geboten. —Bei den seit längerer Zeit fortgesetzten Backversuchen und dem Verzehr der Brote hat sich deren Schmackhaftigkeit und Bekömmlichkeit einwandfrei erwiesen.

Nährwertvergleich zwischen Soja- zu Roggenmehl und -Brot.

Eine Großbäckerei bezeichnet den Preis des Sojamehls von 25 Pfg. für das Kilo gegenüber 30 Pfg. für feines Roggenmehl als zu hoch.

Für 1 Mark erhält man nun 4000 Gramm Sojamehl, 3333 Gramm Roggenmehl.

Sojamehl enthält lt. Nährwerttafel S. 307

stickstofffreie Stoffe (Kohlehydrate) (K) 32% = 320 g in 1 kg,

Protein (Eiweiß) (E) 48% = 480 g in 1 kg,

für 1 Mark erhält man also, da 1 g K = 1 Nährwerteinheit (NE) ist, während 1 g E mit 5 NE berechnet wird,

im Sojamehl 1280 g K = 1280 NE; 1920 g E = 9100 NE.
Sa. 10 380 NE.

im Roggenmehl $670 \text{ g} \times 3\frac{1}{3} = 2233 \text{ NE}$; $80 \times 3\frac{1}{3} = 267 \text{ g E} = 1355 \text{ NE}$.
Sa. 3 568 NE.

im Roggenmehl also nur etwa ein Drittel der Nährwerte des Sojamehls!

In Broten erhält man auf Grund der Preise der Nährwerttafel etwa $2 \times 1750 \text{ g} = 3500 \text{ g}$ für 1 Mark, die an Nährwerten boten nach Prof. Fiehe:



im Sojabrot 47,7% K = 1670 NE; 10 % E = 350 g E = 1750 NE
 Sa. 3420 NE.
 im Roggenbrot 52,4% K = 1834 NE; 0,43% E = 225 g E = 1125 NE
 Sa. 2950 NE,

Der Nährwertgehalt von 2959 NE
 des Roggenbrots 100 Pfg. kostend,
 würde im Sojakraftbrot nur 86,5 Pfg. kosten,
 und da 2 Brote im Durchschnitt den Wochenbedarf auf den
 Kopf des Volkes darstellen, würde die Jahresersparnis
 $52 \times 13,5 = 7,02$ Mark betragen, was bei 62 Millionen Köpfen rund
 430 Millionen Goldmark ergäbe.

Ich hatte Januar 1924 in der Nährwerttafel für Sojamehl
 den Preis mit 30 Pfg. zu hoch eingesetzt; Professor Fiehe
 hat auch auf S. 47 und 48 seiner Arbeit noch günstigere
 Zahlen für Sojamehl angegeben, sodaß die von mir oben
 errechneten Zahlen im Wesentlichen unanfechtbar sein dürften.
 M. E. wäre es unverantwortlich, wenn nicht alles versucht
 würde,

den unerreichten Wert der Sojabohne
 dem deutschen Volke nutzbar zu machen, was sich mit
 gleich wirksamem Erfolge wie mit der Einführung des
 Sojakraftbrotes auf andern Wege nicht erreichen ließe.

Die Verwertung der chinesischen Oelbohne oder Sojabohne in der Küche*).

Helene Heinze, Halle (Saale).

Die einzelnen Ölbohnenarten (gelbe, schwarze und braune)
 lassen sich in der Küche gut verwerten und werden, wie alle
 Hülsenfrüchte (nach dem üblichen Abwaschen) am besten schon
 tags zuvor eingeweicht. Sie werden dann schneller gar. Ohne
 vorheriges Einweichen kann man sie jedoch bei schnellem
 Kochen auch in $2\frac{1}{2}$ —3 Stunden weich bekommen. Die Öl-
 bohnen enthalten (bei 8—10 Prozent Wasser) 40—48 Prozent
 Eiweiß und 18—25 Prozent Fett in der Trockenmasse. Das
 Einweichwasser wird nicht weggegossen, sondern zum Weich-
 kochen verwandt. Vor dem Durchdrehen durch den Fleisch-
 wolf wird das Kochwasser abgegossen. Nachher wird meist
 alles wieder zugegeben und das Ganze gut durchgemischt: Eine

*) Anm.: Vergl. hierzu auch die kurzen Hinweise darauf in dem Auf-
 satze u. Sonderabdrucke der Hallischen Zeitung Jan. 1923 von meinem Manne
 Dr. B. Heinze: „Der Anbau der Oelbohne (Soja hispida) in
 unserem eigenen Lande und ihre Bedeutung für unsere
 Volkswirtschaft und für die Volksgesundheit.“ (Nach
 einem Verträge des Verf. während der Leipziger Naturforscher- und Aerzte-
 versammlung 1922, der 100-Jahrestagung, am 21. September in der Abteilung
 für Agrikulturchemie und landwirtschaftliches Versuchswesen.)



genügende Feuchtigkeit ist für die meisten Verwendungsarten notwendig, weil sonst die Breimasse zu trocken ist. — Nachfolgende Kochvorschriften sind für 4—6 Personen berechnet.

1. Ölbohnenuppe von gelben Sorten
(nach Art der gewöhnlichen Bohnensuppe).

$\frac{1}{2}$ — $\frac{3}{4}$ Pfund Ölbohnen, $\frac{1}{2}$ Stange Porree,
2 Pfund Kartoffeln; $\frac{1}{2}$ Kopf Sellerie;
2 Möhren. Salz u. Pfeffer n. Geschmack.

Zubereitung: Die Ölbohnen werden tags zuvor eingeweicht und am anderen Tage langsam mit etwas Suppengrün weichgekocht. Da diese Bohnen (auch wenn sie schon gar sind), etwas fester bleiben, wie Erbsen und weiße Bohnen, so kann man sie vor dem Anrichten mit dem Stampfer noch etwas zerquetschen. Man läßt darin die Kartoffeln als kleine Stückchen weich kochen und schmeckt schließlich die Suppe mit Salz und Pfeffer ab.

2. Ölbohnenuppe nach Linsenart:

$\frac{1}{2}$ — $\frac{3}{4}$ Pfund Ölbohnen, etwas Speck,
2 Pfund Kartoffeln; 2 Zwiebeln;
200 g getr. Pflaumen Salz, Essig, u. etwas Zucker.

Zubereitung: Die Ölbohnen werden ebenfalls tags zuvor eingeweicht und am anderen Tage mit den Pflaumen langsam weichgekocht. Nachdem darin auch die Kartoffelstückchen gar gekocht sind, schmeckt man die Suppe mit in Speck gerösteten Zwiebeln, ferner mit Salz, etwas Essig und Zucker ab. Zu dieser Suppe kann man sehr gut auch alle braunen und schwarzen Sorten verwenden. Durch ein kleines Stück (mitgekochtes) Rauchfleisch oder geräucherter Blutwurst kann man diese Suppe besonders schmackhaft gestalten.

3. Gemüsebrei oder Bohnenreisbrei.

150 g Ölbohnen, 360 g Reis oder gleichviel Kartoffelstückchen oder -Brei, etwas Salz, Pfeffer und Paprika.

Zubereitung: Weichgekochte Ölbohnen werden zerquetscht, mit weichgekochtem Reis oder Kartoffelstückchen oder Kartoffelbrei vermischt und mit Salz, Pfeffer und etwas Paprika abgeschmeckt.

4. Brotaufstrich (nach Fleischwurstart).

300 g Bohnen, 3 Zwiebeln, 1 Ei, etwas Salz, Pfeffer, Kümmel, Majoran oder Thymian.

Zubereitung: Die weichgekochten Bohnen werden durch den engsten Fleischwolf getrieben. Falls sie noch zu körnig sind, wird die Masse im Porzellanmörser solange verrieben, bis unter Kochwasserzusatz (s. oben) eine wurstähnliche Breimasse entsteht. Die Masse (schmackhaft mit Salz, Pfeffer, Zwiebeln,

Kümmel und Majoran gewürzt) liefert einen guten Brotaufstrich. Gut schmeckt auch ein ganzes Ei darunter gerührt. Auch kann man natürlich etwas Fleisch mit verwenden.

5. Fleischklöße aus vorstehendem Brotaufstrich.

300 g Ölbohnen, 2 feingeschnittene Zwiebeln, Salz, Pfeffer, 75 g Fett zum Braten, Kümmel oder Majoran nach Geschmack. Zum Binden: 1 Ei und 2 in Wasser eingeweichte Semmeln oder 50 g Weizenmehl.

Zubereitung: Von der soeben erwähnten Breimasse, die schmackhaft gewürzt und mit 1 Ei und Semmeln oder Mehl vermischt ist, formt man kleine flache Klöße und brät sie in der Pfanne auf beiden Seiten braun. Diese gebratenen Klöße schmecken vorzüglich zu Sauerkohl, ebensogut auch zu Kartoffelbrei mit Tomatentunke oder als kalter Aufschnitt. Ähnlich kann man größere Mengen mit wenig Fleisch auch als sogen. „falschen Hasen“ oder „Hackebraten“ herrichten.

Füllungen mit vorstehender Aufstrichmasse.

Die oben erwähnte gewürzte Breimasse kann zu allerlei Füllungen (auch zu Pasteten verschiedener Art) gebraucht werden.

6. Gefüllte Tomaten (Sellerie oder Zwiebeln).

300 g Ölbohnen, etwas Salz, Pfeffer, 3 Zwiebeln, 1 Ei, 12 Tomaten, 75 g Speck zum Braten, etwas Mehl, Wasser, Maggi oder sonstige Gewürzbrühe (am besten echte „Sojasoße“).

Zubereitung: Hierzu nimmt man schöne mittelgroße, rote, rohe Tomaten, schneidet einen flachen Deckel ab, kratzt das Tomatenfleisch mit einem kleinen silbernen Löffel aus und gibt den Ölbohnenbrei hinein. Dann setzt man den Deckel wieder darauf und brät diese gefüllten Tomaten in der Pfanne $\frac{1}{2}$ Stunde langsam in Speck oder Fett. Man richtet dann die Tomaten vorsichtig auf einer tiefen Schüssel an, bereitet in der Pfanne eine schmackhafte, gebundene Tunke unter Beigabe von etwas Gewürzbrühe oder Maggi und gießt sie über die Tomaten. In ähnlicher Weise kann man gefüllten Sellerie (8—10 mittelgroße Köpfe), gefüllte spanische Zwiebeln (6—8 Stück) und auch sogenannten „gefüllten“ Weißkohl herrichten.

7. Gefüllter Eierpfannkuchen.

300 g Ölbohnen, etwas Salz, Pfeffer, 3 Zwiebeln, 1 Ei, 6 Eierpfannkuchen.

Zubereitung: Auf einen fertig gebackenen Eierpfannkuchen wird von der oben erwähnten gewürzten Breimasse der sechste Teil aufgestrichen, der Teig aufgerollt und in zwei fingerdicke Stücke schräg geschnitten: Ebenso werden die an-



deren Pfannkuchen hergerichtet. Diese gefüllten Eierpfannkuchen werden zu Kartoffel- oder Selleriesalat gereicht.

8. Ölbohnenauflauf mit Pilzen.

200 g Ölbohnen, 2 Pfund in der Schale gekochte Kartoffeln, 3 Zwiebeln, Salz, Pfeffer, etwas Pilmehl oder getrocknete oder frische Pilze.

Zubereitung: Gelbe oder braune Ölbohnen werden tags zuvor eingeweicht. Am Tage selbst werden sie weich gekocht und mit den Zwiebeln durch den Fleischwolf getrieben. Diese Masse würzt man mit Salz, Pfeffer und Pilmehl. Anstelle des Pilmehles kann man auch gargekochte frische oder getrocknete Pilze nehmen. Auch kann man etwas frischgehacktes oder geräuchertes Fleisch daruntergeben, was aber nicht unbedingt notwendig ist. Die Auflaufform wird mit Fett ausgestrichen. Schichtweise werden dann die in Scheiben geschnittenen Kartoffeln und die Ölbohnenbreimasse abwechselnd in die Auflaufform gegeben. * Zum Schluß gießt man einige Löffel von dem Bohnenwasser oder eine leichte Bechamelle-tunke darüber und läßt den Auflauf 1 Std. im Ofen backen. Vor dem Anrichten kann man noch etwas Butterstückchen oder braune Butter darüber geben.

9. Ölbohnenfleischsalat.

350 g Ölbohnen, 3 Zwiebeln, 2 saure Gurken, 2 Äpfel, etwas eingemachte Kapern, 3 Löffel Öl, 3 Löffel Essig, etwas Salz, Pfeffer und Paprika.

Zubereitung: Die Bohnen werden wie oben weichgekocht mit den Zwiebeln durch den Fleischwolf getrieben. Man gibt dann saure Gurken und Äpfel ganz feingeschnitten hinzu. Hierauf mischt man einige Löffel Öl, Essig, etwas Salz, Pfeffer und Paprika und mengt die Breimasse darunter. Verfeinern kann man diesen sogenannten Fleischsalat noch durch Beigabe kleiner Mengen von feingeschnittenem Schinken (oder Wurst, Kalbfleisch) und Kapern.

10. Heringssalat mit Ölbohnen.

250 g Ölbohnen, 4 Heringe, 8 gekochte Kartoffeln, 2 Äpfel, 2 saure Gurken, 4 Zwiebeln, 3 Löffel Öl, 3 Löffel Essig, etwas Salz und Pfeffer.

Anmerkung als Schlußbemerkung: Solange man bei uns im Inlande erst sehr wenig Ölbohnen, und zwar z. Z. noch versuchsweise baut, muß vorläufig die eigene Ernte hauptsächlich als akklimatisiertes Saatgut zur weiteren Anbauversuchen verwandt werden. In der Küche sollte man daher jetzt möglichst nur eingeführte Ware aus China, Japan etc. gebrauchen. Übrigens kann man die Ölbohne auch



recht gut als einen guten Ersatz für echten Kaffee (gestreckt am besten mit 2 Teilen Getreidekaffee) benützen. Einfuhrware kostet z. Zt. das Pfund 12 bis 15 Pfg. Die Hauptmasse der eingeführten Ölbohnen wird in den Margarinefabriken verarbeitet. Die Ölbohne ist ihrem Nährwerte nach ungefähr dreimal so wertvoll, wie unsere gewöhnliche Gartenbohne oder Erbse. Die meisten Ölbohnen werden z. Zt. von der Hansmühle in Hamburg eingeführt. Übrigens kann man die Rückstände von der Ölgewinnung, wie auch die fein geschroteten, noch nicht entölte Bohnen u. a. nicht nur als Suppenmehl benutzen, sondern auch beim Backen von Brot, Kuchen und feinen Zwiebacks (zur Hebung der Nährkraft dieser Backwaren) vorteilhaft verwenden.

Unter Verwendung von wenig Fleisch, aber auch ohne jeden Fleischzusatz kann man jedenfalls schmackhafte und billige Gerichte herstellen. Es wäre daher wünschenswert, wenn allmählich auch unsere breiten Volksschichten die Ölbohne mit unter die täglichen Nahrungsmittel aufnähmen, zumal sie gut bekömmlich, sehr nahrhaft und wegen ihres sehr hohen Lezithin- und Vitamingehaltes, wie auch wegen ihres großen Nährsalzgehaltes gesundheitlich äußerst wertvoll ist. In Ostasien, vor allem in China und Japan, bildet bekanntlich die Ölbohne oder Sojabohne in allen Volksschichten neben Reis das wichtigste Nahrungsmittel. Die Ölbohnen sind übrigens gesundheitlich viel besser, als übertriebene Fleischnahrung; obendrein ist das Fleisch — beim Vergleich der Preise und der gegenseitigen Nährstoffwertes und des Wassergehaltes — zur Zeit wenigstens zehnmal so teuer, wie Ölbohnen: Jedenfalls kann der frühere, stark übertriebene Fleischverbrauch (der bei uns vor allem bei der Stadtbevölkerung beobachtet werden konnte) sehr stark eingeschränkt bleiben und zwar um so stärker, je mehr die Ölbohne allmählich auch in unserer deutschen Küche Eingang findet.

Helene Heinze.

Dr. Kempfski, Landwirtschaftlicher Sachverständiger in Java, sagt in seiner Schrift „Die Sojabohne, Verlag von Paul Parey, Berlin 1923“

Seite 8: „Keine andere Frucht ist imstande, innerhalb 100 Tagen solche Mengen von Fett und Eiweiß zu fabrizieren wie die Sojabohne.“ (Mit Ausnahme der Erdnuß.)

Seite 53: „pro Hektar lieferte bei guten Ernten:
die Sojabohne 666 kg Eiweiß + 366 kg Fett,
die Erbse 498 kg „ ± 34 kg „



Als Ertrag pro Hektar nennt er Seite 52 für Deutschland etwa 1600 kg, Italien etwa 1500 kg, Mandschurei etwa 2000 kg, Amerika etwa 1700 kg, Java 430 bis 2600 kg. (Bessere Sorten werden später auch mehr liefern.)

Wichtige Erzeugungsländer sind: die Mandschurei, Japan, Java, Britisch-Indien, Afrika, die Vereinigten Staaten von Amerika (nördliche Staaten — Missouri — wie Südstaaten — Baumwollgebiet). Das Vorhandensein besonderer Erntemaschinen läßt einen größeren Umfang des Anbaues erwarten. In Europa sind bisher Versuche in Rußland, Österreich, Frankreich, Italien, Deutschland und anderen Ländern nur in kleinerem Umfange gemacht.

Verwendung findet die Sojabohne für den Menschen: zur Gewinnung von Öl, von Mehl zur Steigerung des Eiweißgehalts des Brotes, Herstellung von Nährzwieback und dergl., Herstellung von Käse, Soße usw.; für das Vieh: Herstellung wertvoller Futterkuchen, Gewinnung sehr gehaltreichen Grünfutters. (S. Anbau-Leitung von Dr. B. Heinze.)

Unstreitig ist die Sojabohne zur Zeit die wertvollste uns bekannte Nährpflanze.

Max Bahr.

Anleitung zum Anbau der chinesischen Ölbohne oder Sojabohne.

Von Dr. B. Heinze, Halle a. d. Saale,

Vorsteher der bakt. Abtlg. der Agrik.-chem. Versuchsstation Halle.

Klima und Witterung: In nördlicheren Gegenden, also in den schon etwas rauheren Gegenden von Mittel- und Norddeutschland baut man die Ölbohne als Körnerfrucht, und zwar versuchsweise vorläufig am besten nur auf wärmeren Böden in möglichst sonniger Lage an. Hochstengelige und massenwüchsige Sorten zur Grünfutternutzung kann man auch auf kälteren Böden und in rauhen Lagen anbauen. (Engerer Stand bei Grünfutternutzung im Vergleich zum Körnerbau. (Siehe weiter unten.) Die Ölbohne übersteht Fröste von 6—10° C. (S. unten.)

Boden: Die neue Bohne gedeiht auf den verschiedensten schweren und leichten Böden, besonders gut auf humosen Sand-, Lehm- und Kalkböden, aber auch auf sehr trockenen armen Sandböden (bei reichlicher und richtiger Düngung und erfolgreicher Impfung und frühzeitigem Anbau). Auch anmoorige Böden sind für den Ölbohnenbau gut geeignet.



Düngung: Sehr wichtig sind Kalkungen auf kalkarmen Böden. Stallmist (mittlere Gabe) im Herbst, wenn solcher zur Verfügung steht; frische Stallmistdüngung im Frühjahr in kleiner Gabe. Auf humosen Böden Verwendung von Mist (Kompost) oder Gründünger besonders wichtig. **Beidüngung:** Die für Leguminosen üblichen Kali- und Phosphorsäuregaben; ohne Mist entsprechend höhere Kunstdüngergaben. Stickstoff (N) wie bei Erbsen bis zu 50 Pfd. je Morgen meist sehr lohnend. Doch kann man bei der Ölbohne vorteilhaft auch noch mehr N geben. Aller Kunstdünger möglichst 2—3 Wochen vor der Saat (oder z. T. evtl. später als Kopfdünger vor der 1. Hacke). Neben Stallmist muß (zumal bei phosphorsäure- und kaliarmen Böden) auch noch etwas Kali und vor allem Phosphorsäure gegeben werden, um einseitiger Stickstoff-Düngung vorzubeugen.

Impfung: Diese ist für gute Erträge beim ersten Anbau unbedingt notwendig. Impfstoffbezug für Bayern von der bayer. Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz in München (Nitragin nach Hiltner); außerhalb Bayerns: Am besten Azotogen für Soja hispida (nach Simon) von Dr. Teisler und Ziegenspeck in Dresden, Plauenscher Platz Nr. 1, Azotogen-Institut. Eine kleine Dose reicht für einen Morgen Land aus (Preis zur Zeit 2,— Mark). Anweisung zum Impfen wird beigelegt.

Vorfrucht: Am besten Hackfrüchte und Leguminosen; besonders gut Ölbohnen mehrere Jahre nach sich selbst, da dann die Knöllchenbildung besonders reichlich einsetzt. Man kann sie unter Umständen ohne Schaden 6—8 Jahre ununterbrochen anbauen.

Bodenbearbeitung: Saatsfurche möglichst im Herbst; im Frühjahr die allgemein übliche Behandlung des Bodens.

Saatmenge und Saatzeit: Für den Körnerbau: 15 bis 20 Pfd. je Morgen genügen. Bei Handdibbelsaat am besten 2 Korn, höchstens 3 Korn je Pflanzloch. (4 und 5 Körner sind viel zu viel auf ein Loch.) Bei Drillsaat leicht zu dichter Stand, der die Erträge sehr drückt. **Standweiten:** Nach den bisherigen Erfahrungen am besten für Hallische oder Rodlebener kurze frühe Braune 40 : 20 cm. Aussaat je nach Bodenart und sobald der Boden sie zuläßt: Am besten Mitte März bis Mitte April; sie hält 6—10° Frost aus. Anfangsentwicklung wie bei Lupinen, Seradella usw. sehr langsam; daher rechtzeitige Unkrautbekämpfung wichtig, damit die Erträge nicht



stark gedrückt werden. Saattiefe 3—4 cm. (Engeren Stand hochstengeliger Sorten bei gleichzeitiger Nutzung als Grünfutter und zur Gründung, wie oben bei ausschließlicher Grünfutternutzung, und zwar 40:10 oder 20 cm; evtl. auch nur 20 cm Reihenweite.) Die Ölbohne wächst bei hohem Schnitt wieder gut nach. In waldreichen Gegenden am besten anfangs nur hochstenglige Sorten versuchsweise. Ebenso besser zunächst Anbau zu Grünfutterzwecken. (Kraut und Stengel: Grünzeug [als Trockenmasse] hat 24—25% Eiweiß und 4—6% Fett. Hohe Sorten 1¼ Meter bis 2½ Meter hoch.)

Pflege während des Wachstums: Zweimaliges Hacken, evtl. schwaches Anhäufeln, wie beim Körnermais. Später gute Bodenbeschattung und Unterdrückung des Unkrautes durch die Ölbohne selbst. (Anfangs sehr langsame Entwicklung.) In wildreicheren Gegenden anfangs bei noch kleineren Versuchsflächen natürlich am allerbesten ein Schutz durch Zäune und wiederholter Anbau auf dem gleichen Feldstücke.

Ernte: Mitte August bis Mitte September. Bei dauernd schlechtem Erntewetter aufreitem vorteilhaft. Saatgutgewinnung spätreifender Grünfutter-Ölbohnen unschwer durch Nachreife eines Teils der stehenbleibenden Bohnen. Korn-Ertrag bisher 8—10 Zentner je Morgen.

Dreschen: Bei trockenem Wetter gleich vom Felde weg mit der Erbsendreschmaschine oder vorsichtig mit dem Flegel. Sonst später bei anhaltendem trockenem Frostwetter. Die Ölbohne wird nicht so stark zerschlagen, wie Erbsen. Saatgut läßt man am besten bis zum Frühjahr in den Hülsen.

Allgemeine Verwendung: Die Körner bilden ein äußerst wichtiges und vielseitig verwendbares Nahrungs- und Futtermittel mit 40—48% Eiweiß und 18—25% Fett in der Trockenmasse. Das Stroh ist ein sehr gutes Rauhfutter. Die Ölbohne ist auch ein guter Rohstoff für industrielle Zwecke, für die Gewinnung von Margarine und feinen Küchenmehlen, Speiseölen (ähnlich dem Olivenöl) und technischen Ölen in der Lack-, Firnis- und Seifenindustrie. Die Ölbohne liefert eine sehr gute Schattengare und bildet obendrein eine gute Vorfrucht für andere Früchte.

Saatgutquellen: Kleine Mengen von akklimatisierten Ölbohnen zum Körnerbau können zu Versuchs-

zwecken u. a. von der Bakt. Abtlg. der agrik.-chem. Versuchsstation, Halle a. S., Harz Nr. 11, von der Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz in München, Osterwaldstraße, von der Saatzuchtanstalt in Rastatt in Baden, von der Saatzuchtanstalt Weißenstephan in Bayern und von anderen Instituten, größere Mengen von dem Hause J. D. Riedel, Berlin-Britz, Riedelstraße, bzw. von dem Tretalinwerk Rodleben bei Roßlau a. E. in Anhalt bezogen werden. Ausland-Ölbohnen (auch solche amerikanischer Herkunft) sind bei uns zum Anbau als Körner nicht brauchbar. Jedoch können solche, wenn es hochstengelige, massenwüchsige Sorten sind und wenn sie gut keimfähig sind, ohne weiteres zum Grünfütterbau verwandt werden. Die Grünfüttermasse (Kraut und Stengel) enthält ja (s. oben) als Trockenmasse ca. 25% Eiweiß und 4—6% Fett; sie ist also ein ganz vorzügliches Kraftfutter, das in Nordamerika zusammen mit Grünmais vielfach auch eingesäuert wird und so zugleich ein gutes Dauerfutter liefert. Gewöhnliche Bohnen und Erbsen haben in den Körnern nur 20—21% Eiweiß und 1—2% Fett.

Ueber die Bedeutung der Vitamine für unsere Ernährung.

Von Dr. med. Johannes Haedicke, Sanatorium Kurpark
in Oberschreiberhau.

Die erst kürzlich entdeckten und in ihrer Bedeutung erkannten Vitamine sind organische, stickstoffhaltige Körper von bisher unbekannter Zusammensetzung, die zur Erhaltung der Gesundheit und des Lebens der Menschen und Tiere ebenso wichtig sind wie die zum Aufbau des Körpers und als Energiequellen dienenden Nahrungsstoffe Eiweiß, Kohlehydrate, Fette und Nährsalze. Obwohl sie nur in geringen Mengen in unserem Körper und in der Nahrung vorkommen, sind sie wegen ihrer charakteristischen, fermentähnlichen Wirkungen auf die Stoffbildung und den Stoffwechsel von entscheidender Bedeutung für die Lebensvorgänge innerhalb und zwischen den verschiedenen Körperzellen, so daß ihr Fehlen in der Nahrung zu schweren Gesundheitsschädigungen und sogar zum Tode führt. Solche „Mangelkrankheiten“ oder „Avitaminosen“ sind, außer dem bei uns jetzt sehr seltenen Skorbut, die Pellagra und die Beriberi, die bei solchen Völkern vorkommen, die sich zu einseitig von Mais oder geschältem Reis (wie er auch bei uns fast ausschließlich ver-



wendet wird) ernähren, sowie die Moeller-Barlowsche Krankheit der Säuglinge und wahrscheinlich auch die Rhachitis oder Englische Krankheit der Kinder.

Bei unzureichendem Vitamingehalt führt jede Kost, besonders eine einseitige (auch die Frauen- und Kuhmilch, zumal wegen des darin fehlenden Eisens), auf die Dauer zu schweren Ernährungsstörungen. Dagegen werden bei frei wählbarer, gemischter und abwechslungsreicher Nahrung auch die Vitamine meist in ausreichender Menge aufgenommen, so daß bei uns derartige Mangelkrankheiten im allgemeinen nicht mehr eintreten. Wenn aber die frischen Nahrungsmittel knapp sind, besonders frisches Gemüse und Obst, aber auch Fleisch und Kartoffeln, oder wenn es am Gelde fehlt, diese zu kaufen, wenn also Not oder Zwang zu einer übermäßigen Vereinfachung, Einseitigkeit und Beschränkung der Kost (z. B. auf Konserven) zwingt, dann entsteht die Gefahr, daß unser Körper zu wenig von diesen notwendigen und unersetzbaren Lebensstoffen erhält und infolgedessen erkrankt. Daher ist es gerade für diejenigen, die sich mit der Nahrung einschränken müssen, von entscheidender praktischer Wichtigkeit, sich auch die Vitamine, diese für Gesundheit, Arbeitsfähigkeit und Leben unentbehrlichen Ergänzungsstoffe zu sichern.

Hierbei ist zweierlei zu beachten. Erstens müssen die Vitamine in den verwendeten Nahrungsmitteln in ausreichender Menge enthalten sein, und zweitens dürfen sie bei der Zubereitung der Speisen nicht fahrlässig zerstört werden. Beide Forderungen sind aus Unkenntnis bisher vielfach nicht erfüllt worden.

Der menschliche und tierische Organismus ist anscheinend nicht imstande, die Vitamine selber aufzubauen, und wir sind daher hinsichtlich dieses Teiles unserer Ernährung ebenfalls auf die Pflanzen angewiesen, die sie entweder selbst oder mit Hilfe der Bodenbakterien zu bilden vermögen. Die chemische Zusammensetzung und der organische Aufbau der Vitamine ist uns bisher noch unbekannt, auch ist es trotz eifrigster Mühe noch nicht gelungen, sie rein darzustellen. Gleichwohl ist die Annahme gerechtfertigt, daß es sich um etwa 4 verschiedene Stoffgruppen handelt, die man als Vitamin A, B, C und D unterscheidet.

Das Vitamin A ist ein Lipoid, ein fettähnlicher und fettlöslicher Körper, der hauptsächlich in Begleitung der Fette

vorkommt, sich aber auch in grünem Gemüse, Tomaten, Knollen, Wurzeln usw. findet. Es hat sich gezeigt, daß der Vitamingehalt der tierischen Fette wesentlich von der Ernährung abhängt. Daher ist das Fett von Weidetieren vitaminreicher als von den Stalltieren, besonders von Schweinen, die im allgemeinen nur sehr wenig frisches Grünfutter erhalten. Die praktische Erfahrung der Landwirte, daß die Nutztiere im Sommer und auf der Weide besser gedeihen als im Winter und im Stall, und daß insbesondere junge Tiere, zumal wenn sie zur Zucht und Mast dienen sollen, frischer Pflanzennahrung bedürfen, hat somit ihre späte exakt-wissenschaftliche Bestätigung gefunden, und ist auch für den Menschen wichtig. Denn das fettlösliche Vitamin A geht in die Muttermilch und mit dieser in den Säugling über, und so ist die Ernährung der Mutter hinsichtlich ihres Vitamingehaltes bestimmend für das Gedeihen des Säuglings. Hiernach ist es verständlich, daß ein schwächliches Brustkind sich sofort besser entwickelte, als der Mutter täglich 30 g frischer Karottensaft und 50 g Butter zu der bisherigen Kost zugelegt wurden. Daher ist auch die bisherige Bevorzugung der Stall- und Trockenfütterung der Milchkühe nicht mehr haltbar, vielmehr ist auch für die Milcher-nährung der entwöhnten Säuglinge die vitaminreiche Weidefütterung vorzuziehen, die außerdem in Verbindung mit der freieren Bewegung der Tiere diese selbst gesunder erhält und gegen Infektionen widerstandsfähiger macht. Ein augenfälliges Kennzeichen für den Vitamingehalt ist manchmal schon die Farbe: frisches Gewebefett (z. B. bei dem auch sonst so empfehlenswerten argentinischen Gefrierfleisch), Butter, Eier, Tomaten, Möhren, Karotten enthalten um so mehr Vitamine, je lebhafter ihre Färbung ist.

Das Vitamin A ist gegen Oxidation und große Hitze sehr empfindlich; es fehlt daher in ranziger Butter wie auch in frischem Pflanzenpreßsaft, der auf 120 Grad erhitzt worden ist. Hierauf beruht die Schädlichkeit z. B. zu lange gekochter Milch, wie sie in den ersten Jahren nach Einführung des SOXHLET-Apparates üblich war, bis die Heilbarkeit und Verhütung der dadurch verursachten Moeller-Barlowschen Krankheit, die eine Art Säuglings-Skorbut darstellt, durch frische Milch die Veranlassung gab, die Milch nur noch kurz aufzukochen und in erster Linie auf peinlichste Sauberkeit bei der Milchgewinnung zu



dringen. Ferner erweist sich die bisher nur durch den besseren Geschmack und die leichtere Verdaulichkeit begründete Sitte, die Eier nur so lange zu kochen, daß das vitaminreiche Eigelb noch flüssig bleibt, auch vom Standpunkte der Vitaminforschung als berechtigt und ist daher möglichst allgemein zu befolgen. Besonders schädlich ist die Erhitzung unter Zuführung von Sauerstoff, wie es z. B. beim Braten (von Kartoffeln usw.) geschieht durch das Umrühren und Begießen. Hierbei sei daran erinnert, daß ausgebratenes Fett, wie zerlassene Butter, Schmalz, am schwersten verdaulich ist, am leichtesten frische Butter und Milchrahm.

Das überlange Fehlen des Vitamins A in der Nahrung führt bei jungen Tieren und Menschen zum Stillstand des Wachstums und wie bei Erwachsenen zur Gewichtsabnahme, die Bildung und Erhaltung der Knochen leidet, auch treten häufig schwere Augenerkrankungen, sogar Erblindung auf, und unter zunehmender Entkräftung erfolgt der Tod. So sind in Dänemark in solchen ländlichen Bezirken, wo die Kinder mit Magermilch und Margarine vorlieb nehmen müssen, da Sahne, Butter und Vollmilch ausgeführt werden, häufig Erblindungen der Kinder infolge Ernährungsstörungen der Sehorgane beobachtet worden. Rechtzeitige Zuführung von Vitaminen in daran reichen Speisen kann völlige Heilung bewirken. Der Lebertran, zumal der dunkle, nicht „gereinigte“, verdankt seinen Ruf als Heilmittel, besonders bei der sog. englischen Krankheit (Rhachitis) nicht nur seinem hohen Gehalt an Fett und Kalorien (Wärmeeinheiten), sondern wohl in erster Linie an Vitaminen, von denen er das Vitamin A in größter Menge enthält, und er besitzt somit bei richtiger Herstellung den Wert eines Nahrungsmittels, nicht nur für Kinder, sondern auch für geschwächte Erwachsene, besonders Tuberkulöse.

Das wasserlösliche Vitamin B regt die Atmung, die Drüsentätigkeit und den ganzen Stoffwechsel an und ist auch für die ungestörte Nerventätigkeit unbedingt nötig. Es findet sich am meisten in der Hefe, ferner in Getreide, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und vielen Gemüsen, ferner in der Milch, im Eigelb und in inneren Organen wie Herz, Leber und Nieren. Es wird durch das übliche Kochen der Speisen meist nicht merklich geschädigt und hält sich besonders gut in saueren Speisen. Dagegen ist es gegen Alkalien (Natron,



Soda) sowie gegen Trocknen, Pökeln und Räuchern sehr empfindlich. Daraus ergibt sich u. a. die Forderung, daß Hülsenfrüchte, Rüben usw. nicht mit einem Zusatz von Natron weichgekocht werden dürfen, wie dies gern von Hausfrauen geschieht, denen nur „hartes“ Wasser zur Verfügung steht. Will man auch dann den kostbaren Vitamingehalt nicht preisgeben, so empfiehlt sich die Verwendung von Regenwasser oder eines „weichen“ Wassers anderer Herkunft. Bei der Anlage von Wasserleitungen sollte auch aus diesem Grunde hartes Wasser vermieden und ein möglichst weiches Wasser gewählt werden, das auch aus anderen Gründen zum Kochen und Waschen geeigneter ist. Selbst die Ernährung mit kalorisch vollwertigem Fleisch, das aber mit Soda gekocht worden ist, erweist sich trotz ausreichenden Gehaltes an Eiweiß, Kohlehydraten, Fett und Salzen auf die Dauer als unzulänglich und führt unrettbar zum Tode, wie durch Versuche bei Hunden festgestellt worden ist. Ohne Vitamine ist also selbst die beste Kost nicht vollwertig und auf die Dauer unzureichend.

Bei längerem Fehlen des Vitamins B geht der Appetit zurück und die Nahrungsaufnahme leidet, es treten insbesondere Veränderungen des Nervengewebes ein, und es entwickelt sich das Krankheitsbild der Beriberi. Diese Krankheit ist praktisch meist die Folge zu einseitiger Ernährung mit entschältem Reis, wie dies bei ostasiatischen Völkern, z. B. den Japanern, festgestellt und auch durch Tierversuche bewiesen werden konnte. Seitdem das Wesen und die Ursache dieser früher sehr verbreiteten und lebensgefährlichen Krankheit erkannt worden ist, läßt sie sich leicht verhüten und heilen durch Zugabe vitaminreicher Nährstoffe zu der gewohnten Reismahrung. (Einführung einer der europäischen ähnlichen Kost bei den Japanern.)

Das Vitamin C findet sich am meisten in keimenden Samen, in denen es neu entsteht, und kommt in fast allen saftigen Früchten, Kartoffeln, Rüben, jungen, grünen Erbsen sowie in der Milch vor. Es ist gegen äußere Einflüsse am empfindlichsten, besonders gegen Erhitzen unter hohem Druck sowie gegen Alkalien. Auch beim Trocknen an der Luft nimmt das Vitamin C schnell ab. Dies ist besonders bei der Herstellung von Konserven zu beachten.

Längeres Fehlen des Vitamins C führt zu der bekannten Krankheit Skorbut, der früher besonders bei Mann-



schaften von Segelschiffen häufig auftrat, während des letzten Krieges aber auch das deutsche Volk schwer heimgesucht hat, zumal in dem berüchtigten Kohlrübenwinter 1916/17. Ein bewährtes und längst bekanntes Gegenmittel sind besonders frische Gemüse und Fruchtsäfte, deren Nährwert somit ebenfalls wesentlich größer ist als ihr geringer Kaloriengehalt anzeigt. Dies hat besonders Lahmann frühzeitig betont. Das vielfach übliche Erhitzen des Honigs, um ihn zu verflüssigen, gefährdet die sehr wahrscheinlich darin enthaltenen Vitamine und ist aus diesem Grunde nicht zu empfehlen.

Das Vitamin D soll in der Milch, in jungen Erbsen und Bohnen, im Getreide und Obst, in Knollen und Wurzeln vorkommen, aber nicht in Fetten und Ölen. Sein Fehlen in der Nahrung bewirkt ebenfalls zunehmende Entkräftung und eigenartige Entartungen.

Ist nun ein ausreichender Vitamingehalt der zubereiteten Speisen schon für den Einzelhaushalt unbedingt erforderlich, so gilt dies in erhöhtem Grade für Massenspeisungen in Anstalten, Krankenhäusern, Kasernen, Gefängnissen usw., deren Insassen sich nicht nach freier Wahl ernähren können, und besonders für die sog. „Volksspeisungen“, die infolge der zunehmenden Verarmung der mittleren Volksschichten immer notwendiger werden. Sollen aber gerade diese ihren guten Zweck nicht verfehlen, so muß dabei ausser für den zureichenden Kalorienwert und richtigen Gehalt an Eiweiß, Kohlehydraten, Fett und Mineralien der verwendeten Nahrungsmittel auch auf deren Vitamingehalt geachtet und dafür gesorgt werden, daß dieser durch richtige Zubereitung in genügendem Grade erhalten bleibt. Infolge Unkenntnis sind hierbei früher schwere Fehler begangen worden.

Dringend erforderlich ist die Berücksichtigung der Erhaltung der Vitamine auch bei der Herstellung von Dauerwaren wie Büchsenkonserven, Trockenkartoffeln, Dörrgemüse, Fruchtsäften usw. Dieser sich immer mehr entwickelnden Industrie liegt der sehr berechtigte und fruchtbare Gedanke zugrunde, den örtlichen und zeitlichen Überschuß an einzelnen Nahrungsmitteln auszugleichen durch Herstellung von haltbaren Dauerwaren, die aufgespeichert und zu beliebiger Zeit an den Orten des Bedarfs verzehrt werden können. Hierbei hat man bisher nur den Gehalt an Wärme-Ein-



heiten (Kalorien), den Geschmack, das gefällige Aussehen sowie die Abwesenheit von Giften, Krankheits- und Fäulnis-erregern beachtet, aber infolge Unkenntnis übersehen, daß die dabei angewendeten Mittel wie Erhitzung, Austrocknen, Zusatz von Chemikalien die lebenswichtigen Vitamine schwer gefährden, so daß die auf diese Weise (auch durch sog. „Einwecken“) konservierten Nahrungsmittel heute wahrscheinlich durchweg kaum als vollwertig gelten können und bei ausschließlichen Gebrauch ernste Gesundheitsstörungen zur Folge haben müssen, wie gerade neueste Erfahrungen bei uns und anderswo gezeigt haben.

So hatten die englischen Truppen, die in Kut el Amara im Winter 1915/16 von den Türken 145 Tage eingeschlossen waren, schwer unter Skorbut und Beriberi zu leiden, da ihnen zur Ernährung nur Fleischkonserven und feines Weizengebäck zur Verfügung standen. 15 v. H. der Mannschaft starben, etwa die doppelte Anzahl erkrankte an Muskelschwund, Bewegungs- und Gesichtsstörungen, und erst die Kapitulation brachte die Seuchen zum Stillstand durch Zufuhr von frischen Gemüsen. Es ist für unser Heer ein großes Glück gewesen, daß die Frontkämpfer nie allzulange auf Konserven allein angewiesen waren, und daß insbesondere die kalorisch zwar ausreichende, aber gänzlich vitaminfreie sog. „eiserne Portion“ immer nur für wenige Tage benutzt zu werden brauchte. Jedenfalls wird die Konservenindustrie Mittel und Wege finden müssen, um die Dauerwaren auch hinsichtlich ihres Vitamingehaltes den frischen Nahrungsmitteln möglichst gleich zu stellen.

Dasselbe gilt auch für die Herstellung von Ersatzstoffen wie Margarine, Kunsthonig und die unzähligen künstlichen „Nährpräparate“, mit denen eine reklamegewandte Industrie besonders die kranke Menschheit zunehmend überschwemmt, aber nicht immer fördert.

Die folgende Zusammenstellung des Vitamingehaltes zahlreicher Nahrungsmittel, so weit er bisher erforscht werden konnte, möge ein Wegweiser sein, auch in dieser Hinsicht die Nahrungsmittel richtig auszuwählen und zusammenzustellen sowie daraus die einzelnen Speisen zweckmäßig zu bereiten.



Vitamin-Gehalt der Nahrungsstoffe.

sv = sehr viel; m = mäßig; w = wenig; sw = sehr wenig;
0 = nichts.)

**Zusammengestellt nach den Angaben
von Geh. Rat Prof. Dr. Abderhalden-Halle, Juckenack-Berlin u. u.**

von Dr. med. Joh. Haedicke, Senatorium Kurpark, Ober-Schreiberhau.

A. Tierische Nahrungsmittel.

Vitamine	A	B	C	D	Bemerkungen
Muskelfleisch	w	w	w		
Gehirn	m	m	m		am meisten in der grauen Rinde des Kleinhirns.
Herz	m	m	m		
Niere	m	m	m		
Leber	m	m	m		
Leberfett	sv	m	m		
Pankreas	v	v	m		
Nierenfett	v	0	0		
Pferdefett	v	0	0		} je gelber, desto mehr Vitamine von der Ernährung abhängig! (Weidefutter!)
Rinderfett	m	0	0		
Oleomargarin	v	0	0		
Rindertalg	w	0	0		
Schweinefett	w	0	0		
Hammelfett	w	0	0		
Speck	sw	0	0		
Gefrierfleisch	w	w	w		
Fleischkonserven	sw	sw	sw		
Pökelfleisch, alt	0	0	0		
Fleischextrakt	sw	w	sw		
Fleischwieback	0	0	0		
Fleischmehl	0	0	0		
Dauerwurst	?	?	?		
Fische, mag. (Hecht, Barsch, Schellfisch, Scholle, Kabeljau usw. fett (Ael, Lachs, Hering, Karpfen, Makrele usw.	w	sw	sw		Zusatz von Butter!
	v	sv	sw		



Vitamin	A	B	C	D	Bemerkungen
Fische getrocknet (Stockfisch, Klippfisch)	0	0	0		
„ mariniert	0	0	0		
„ gesalzen (Salz- herin)	0	0	0		
Oelsardinen	0	0	0		
Lebertran	sv	m	?		Nahrungsmittel!
Kaviar	v	v	v		
Fischrogen	v	v	v		sehr wertvoll
Fischhoden	v				
Fischöl	v				
Walfischtran	v				
Milch, Weidefutter	v	v	v	v	340 g Fraumilch
Stallfutter	m	m	m	m	enthalten ebenso- viel Vitamin C wie 450 g Kuhmilch.
„ kurz angekocht	m	m	m		kein Alkali zusetzen.
„ pasteurisiert	m	m	m	m	Säugling-Skorbut. (Barlowsche Krank- heit.)
„ lange gekocht	0	0	0	0	
Magermilch	m	m	m	m	
Sauermilch	v	v	m		
Milchpulver	m	m	?		
Kunstmilch	0	0	0	0	je nach Zusammen- setzung.
S a h n e	sv	sv	sv		
Schlagsahne	sv	sv	sv		
Yoghurt	v	v	v	v	
Butter, Weide- futter	sv	v	v	v	je gelber, desto mehr!
„ (Stallfutter)	m	m	m	m	
„ erhitzt, gebraten	0	w	w		z. B. Bratkartoffeln.
„ ranzig	0	0	0	0	
Butteröl	v	v	v	v	
Butterschmalz	w	w	w	?	
Käse, mager	m	m	?		
Käse, fett	v	v	v		
Margarine	?	?	?		bisher ganz frei von Vitaminen.
Margarinekäse	?	?	?		

Vitamin	A	B	C	D	Bemerkungen
Ei, Eigelb	v	v	?		je lebhafter gefärbt, desto mehr. (Grünfütter!) Beim Kochen das Eigelb flüssig lassen!
Trockenei, Eipulver	v	v	?		

B. Pflanzliche Nahrungsmittel.

Gemüse, frisch	v	v	v		Nur dämpfen, Wasser nicht abgießen!
Spinat	v	v	v		
Grünkohl	v	v	v		
ander. Kohllarten	v	v	v		
Kohlrabi	v	v	v		
Rüben, auch Kohlrüben, Steckrüben	v	v	v		Nicht mit Natron kochen!
„ getrocknet	0	0	0		Oedem (1916/17).
Mohrrüben, Karotten (besonders jung, frisch)	v	v	v		
rote Rüben	sw	sw	sw		
Zwiebeln, roh	v	v	v		
Spargel	v	v	v		
Salate	v	v	v		
Sauerampfer	v				
Sauerkraut	v	v	v		
Salzgemüse (Weißkohl, Rotkohl, Wirsing, Kohlrabi)	m	m	m		daher leichtstrohiger Geschmack.
Gemüse, einge- macht, eingesäuert	?	?	?		
Gemüsepulver	?	?	?		
Trockengemüse	w	w	w		bei niedrigen Temperaturen trocknen.
„ schnell und heiß getrocknet	sw	sw	sw		
Heu	sw	sw	sw		
Wurzeln und Knollen	v	v		m	nicht zu lange lagern lassen!
Kartoffeln	w	v	v	m	am besten in der Schale kochen!
„ lange gelagert	sw	w	w		

Vitamine	A	B	C	D	Bemerkungen
Trockenkartoffeln	?	?	?	?	nur bei niedrig. Temperatur trocknen.
Hülsenfrüchte					beim Kochen kein Soda oder Natron zusetzen!
frisch mit Hülsen	v	v	m		
„getrocknet	w	v			
Erbsen , jung frisch	v	v	v	m	
Bohnen , jung, frisch m. Hülsen (grüne Bohnen)	v	v	v	m	
Lupinen	v	v	v		} hoher Fettgehalt.
Sojabohne	v	v	v		
Getreide, ungemahlen	m	v	w	m	
„ausgemahlen	w	m	m	w	
Getreide-Keiml.	v	v	v		
Kleie	v	v	w		
Kleiemehl	v	v	w		
Roggenmehl		v			
feines Weizenmehl	sw	sw	sw		
Kuchen (Milch Butter, Eier!)	v	v	v		
Schiffszwieback	0	0	0		
Polenta	0	0	0		
„Eiserne Ration“ des Soldaten	0	0	0		
Hefe , auch getrock.		sv			
Hefeklöße	v	v	v		sehr nahrhaft und vitaminreich.
Hefengebäck	v	v	v		
Backpulver	0	0	0	0	
Brot	v	v	w		
Malz	w	m	v		
Malzextrakt	v	v	v		
Obst	0	v	v	v	
Tomaten , besonders roh	v	sv	sv		je mehr Farbstoff desto mehr Vitamine
Zitrone	0	v*	m		*) fast eben so viel wie in der Milch.
Apfelsine	0	v*	m		
Weintrauben	0	v*	m		
Aepfel	sw	v	m		
Birnen	sw	v	m		



Vitamine	A	B	C	D	Bemerkungen
Bananen	w	w	m		
Himbeeren	0	v	v		
Erdbeeren	0	v	v		
N ü s s e	v	v	v		
Fruchtsäfte und -sirup					
„ frisch	?	v	v		
Marmeladen	?	?	?		
Dörrobst	?	?	?		
Honig, fest	m	m	m		{wahrscheinlich, da- her nicht erhitzen!
„ erhitzt, flüssig	?	?	?		
Kunsthonig	sw	sw	sw		
Rohr- und Rüben- zucker, rein	0	0	0	0	
Roh-, Weißzucker	w	w	w		
Milchzucker, rein	0	0	0		
„ roh	w	w	w		
Olivenöl	w				
Leinöl	v				
Baumwollsamensamen öl	v				
Erdnußöl	v				
Kokosfett (Palmin)	0	0	0	0	
gehärtete Fette	0	0	0	0	
Braubenwein		m	m		
Obstwein		m	m		
Tier		m	m		
Weinessig		m	m		
Speiseessig (Essig- sprit)		0	0		
Gährungsessig		?	?		
Mineralwässer	0	0	0	0	
Limonaden (Kunst- produkte)	0	0	0	0	

Einige wichtige Gesundheitsregeln:

Lebe — Mann wie Frau — Reich wie Arm —
regelmäßig, fordere von Körper und Geist tüchtige
Arbeit, bei gebotener Erholung durch 8 Stunden ge-
sunden Schlafs.

Früh ins Bett und früh heraus bringen Gesund-
heit und Wohlstand ins Haus!

Nimm täglich zu fester Stunde 3 Mahlzeiten,
welche dem Körper die erforderlichen Nährstoffe geben —
hierbei

Trinke wenig, iß bedächtig, kaue tüchtig —
der Speichel des Mundes ist für die Ver-
dauung der Speisen von höchster Wich-
tigkeit!

Die Küche bereite die Speisen mit peinlicher
Sauberkeit wohlschmeckend, biete anregende
Abwechslung und gute Verdaulichkeit.

Vitaminreiches Obst und frisches Gemüse sollte
mehr als bisher zur täglichen Nahrung des Deutschen
gehören.

Gewöhne Dich nicht an Reiz- oder Genußmittel
wie Tabak, Bier, Wein, Alkohol, Süßigkeiten. Die
Anregung des Augenblicks wird erkaufte durch nachfolgende Er-
schlaffung — bei dauerndem stärkerem Genuß min-
dert sich die Leistungsfähigkeit.

Wenn Millionen Deutscher heute schwer darben,
wenn Kinder und Schwache durch Hunger zu Grunde
gehen, sollten für Überflüssiges, ja Schädliches nicht
Milliarden Goldmark vergeudet werden.

Hüte Dich vor Körperfülle — Fettleibigkeit.
— Sie belastet das Herz durch Mehrarbeit, sie schä-
digt den Herzmuskel durch Fettablagerung, sie
verkürzt die Lebensdauer und Lebensleistung. —
Fettleibige sterben in der Regel früher, als normal
kräftige.

Halte die Füße trocken, den Kopf kühl, den Leib
offen, das heißt, Sorge für gute Verdauung.

Sorge für gesunde Körperbewegung in freier
Luft.

Sorge für gute, reine Luft in der Wohnung, ins-
besondere in der Schlafstube, welche das beste Zimmer
sein und an der Südseite liegen sollte.

Mache täglich 5—10 Minuten lang vor oder nach der
Nachtruhe, 10—20 mal, kräftig turnerische Frei-
übungen, z. B.

1. Armstoßen und Beinspreizen vorwärts,
2. Armstoßen und Beinspreizen seitwärts,
3. Armstoßen und Knieanreißen aufwärts,
4. Arm- und Rumpfkreisen vorwärts — seitwärts — rück-
wärts — seitwärts,
5. Armschwingen rückwärts, tiefe Kniebeuge.

Muskeln, Gelenke, Unterleib werden hierbei
kräftig aufgerüttelt. Jeder Turner kann diese Übungen
leicht vormachen.



Anlage 21.

Entwertung der Mark von 1914 bis 1924

Bei Kriegsbeginn wurde die Pflicht der Reichsbank, ihre Noten gegen Gold einzulösen, aufgehoben und damit die Reichs-(Gold) Mark zur Papiermark gemacht. Damit setzte die Entwertung der deutschen Mark ein und entwickelte sich derart, daß, gemessen am Dollarkurs, (Parität 1 Dollar, enthaltend 1,5046 g Feingold = 4,20 Mark, enthaltend $4,2 \times 0,3584 \text{ g} = 1,5053 \text{ g}$ Feingold).

Eine Goldmark war gleich Papiermark:

1914 — Anfang		1,—
1914 — Durchschn. Okt./Dezbr.	etwa	1,07
1915	„ „ „	1,175
1916	„ „ „	1,36
1917	„ „ „	1,56
1918	„ „ „	1,75
1919 — Jahresende	„	11,—
1920	„	16,67
1921	„	44,—
1922	„	1 850,—
1923 — Ende Juni	„	33 000,—
„ — „ August	etwa	2 500 000,—
„ — 20. November	„	1 000 000 000 000,— (Billion)

Bei allen Geldangaben in politischen Artikeln muß daher beachtet werden, wieviel Papiermark zur Zeit der Niederschrift einer Goldmark entsprechen.

Anlage 22.

Demokratie und Wirtschaft 1921

Unter diesem Titel bringt die „Hilfe“ in Nr. 18 Ausführungen des Arbeitnehmersausschusses der deutschen demokratischen Partei, welche erwünschten Anlaß bieten, die so schwierige Frage der sozialen Verständigung und Versöhnung von anderen Anschauungen ausgehend zu prüfen und zu den bezüglichen Forderungen Stellung zu nehmen.

Es ist mit Dank anzuerkennen, daß der Verfasser des Artikels sich bemüht, die Übertreibungen der Sozialisten zu vermeiden und die Bedeutung und Unentbehrlichkeit der selbstverantwortlichen leitenden Unternehmerpersönlichkeit anzuerkennen. Nur wird er nicht leugnen können, daß bei näherer Prüfung seiner Forderungen von der Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit des Unternehmers nicht viel übrigbleibt. Wie ist dies zu erklären, wenn wir doch den guten Willen zu gerechter Würdigung der Verhältnisse anerkennen?



Wir müssen in solchen Erscheinungen die Folgen der bedauerlichen sozialen Zerklüftungen der Vergangenheit erkennen, welche es mehr oder weniger unmöglich machten, daß der den Aufgaben der Betriebsleitung Fernstehende eine richtige Auffassung von den Zusammenhängen unseres Wirtschaftslebens, dem Wesen und den Aufgaben der einzelnen Organe, ihrer Hauptgruppen — Leitung — Kapital — Arbeit — gewinnen konnte.

Bei aller Ablehnung marxistischen Denkens durch den Verfasser muß doch gesagt werden, daß seinen Ausführungen die sozialistischen Gedankengänge doch zugrunde liegen, und daß infolgedessen in den verschiedenen Sätzen und Abschnitten sowohl der geschichtlichen Entwicklung wie ihrer Erklärung in hohem Maße Zwang angetan wird.

Suchen wir zunächst eine Verständigung zu finden über die Aufgaben und Ziele der Menschheits- und Wirtschaftsentwicklung und prüfen wir dann, welche Wege uns dem erstrebten Ziele am besten näherbringen werden.

Kein billig Denkender wird einerseits leugnen, daß es geboten sei, soweit wie irgend möglich die Gesamtheit des Volkes an den sachlichen wie geistigen Gütern der Wirtschaft wie der Kultur teilhaben zu lassen. Kein unbefangenen Urteilender wird andererseits leugnen, daß die Menschen verschieden sind und daß diese Verschiedenheit der Natur eine völlige Gleichheit der äußeren Verhältnisse mehr oder weniger unmöglich macht. Die Aufgabe kann nur sein, die Verschiedenheit in mäßigen Grenzen zu halten, dem Schwachen zu helfen, den Starken in Schranken zu halten — alle Hindernisse des Aufstiegs zu beseitigen —, jedem die Entwicklungsmöglichkeiten zu öffnen und zu erleichtern.

Prüfen wir nach solchen Gesichtspunkten die Vergangenheit, so werden wir zugeben müssen, daß weder die Führer des Staats noch die des Christentums eine solche Entwicklung erwirkt haben, und daß bei aller Anerkennung der Unmöglichkeit von Gleichheit der Gesellschaft der Vorwurf nicht erspart werden kann, daß sie mit großer Gleichgültigkeit die Verhältnisse sich so hat entwickeln lassen, daß einer nur kleinen Zahl von Starken und ihren Nachkommen ein Leben in Reichtum und Genuß, einer mäßigen Zahl in erträglicher Lage, der größten Zahl in hartem Kampfe, ja in tiefer Not und Elend beschieden war. Diesen elenden Massen war begreiflicherweise die Lehre von Marx ein Evangelium. Die Ungerechtigkeit der Güterverteilung war unverkennbar, der Erfolg der geforderten Massenorganisation blieb nicht aus, wuchs von Jahr zu Jahr,



die Gegenseite lernte zur Abwehr das gleiche tun, und so standen denn schon vor dem Kriege Arbeitnehmer und Arbeitgeber in geschlossener Front als feindliche Heere sich gegenüber. Daß schließlich auch die Angestellten, unteren und mittleren Beamten sich ebenfalls als Stiefkinder der Entwicklung erkennend, die Lage verschärfend, neben den Arbeiterheeren ihre Stellung nahmen, bedarf keiner gesonderten Behandlung, da es sich um aus der gleichen Wurzel stammende Erscheinungen handelt.

Wir haben behauptet, daß dem Verfasser in dem kritisierten Artikel die sozialistischen Gedankengänge doch zugrunde liegen und man könnte sich versucht fühlen, dies in allen Einzelheiten eingehender nachzuprüfen. Eine solche Behandlung würde aber den zur Verfügung stehenden Raum weit überschreiten und wir werden auch einer Verständigung leichter näherkommen, wenn wir uns auf kurze Bemerkungen zu den Hauptpunkten beschränken.

Die Mängel des bisherigen Wirtschaftssystems waren keineswegs unvermeidlich. Der Schaffens- und Erwerbstrieb kapitalistischer Pioniere konnte sich auch betätigen, die materiellen Bedürfnisse der stark gestiegenen Bevölkerung ließen sich ebenso, vielleicht noch besser befriedigen unter Vermeidung der sozialen Mißstände. Es wäre vielleicht gerade Aufgabe der Deutschen gewesen, bei ihrer Arbeitslust und Arbeitstreue, bei ihrem tief im Blut steckenden starken Empfinden für Recht und Billigkeit in der glänzenden technischen und wirtschaftlichen Entwicklung auch den Massen ihren berechtigten Anteil an allen Errungenschaften zu sichern. Leider aber hat seit dem Großen Friedrich ein staatsmännischer Führer der Nation gefehlt, der die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten aus dem Wege räumte, Klassen- und Standesvorrechte beseitigte, Ausschreitungen der Selbstsucht in ihre Schranken verwies und sozialen Reformen den Weg freimachte. Daß Friedrichs kurzfristige Nachfolger sein Wort, „Ich bin der König der Armen“, so ganz aus dem Auge verloren, alle Reformer als Nörgler und Unruhestifter aus ihrer Nähe verbannten, daß das Bürgertum nicht die Kraft fand, die Macht der alten Reformgegner, der starren Verfechter der Standesvorrechte zu brechen, daß es auch seinerseits den berechtigten Kern der sozialen Bewegung nicht erkannte und mit Kraft und Entschlossenheit dafür eintrat, das sind die Grundursachen unseres Unglücks und der schweren Kämpfe, welche noch vor uns liegen.

Der Hauptirrtum des fraglichen Artikels scheint nur darin zu liegen, daß in ihm ebenso wie bei Marx der Blick zu starr

an den Sachgütern, den körperlichen Leistungen und Dingen haftet, daß das gegenwärtig Vorhandene mit seinen Erscheinungen und Beziehungen das Urteil bestimmt, ohne daß das Entstehen und der geistige Anteil der schöpferischen Persönlichkeit gebührend beachtet und gewürdigt werden. Dessen ist freilich derjenige kaum fähig, der nicht selbst in ähnlicher Weise sich betätigt hat. Er kann bei aller Achtung vor dem Eigentum an Sachgütern dem unkörperlichen Eigentum an nicht greifbaren Werten, geschaffen durch geistige Leistungen des Wissens und Wollens, nicht die gebotene Anerkennung und richtige Würdigung entgegenbringen. Die jetzt vorhandenen Großbetriebe, meist geschaffen oder begründet vor 30, 50, 80 Jahren durch weitblickende geniale Unternehmer von überragender Willens-, Geistes- und Arbeitskraft, stellen neben den vorhandenen Sachgütern und Anlagen ideelle Werte dar, an deren Schaffung die jetzt im Betriebe Arbeitenden zum Teil gar keinen, zum Teil nur einen geringen Anteil haben. Mit welchem Recht für sie ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht, also eine Abart von Eigentumsrecht an Werten, welche sie nicht geschaffen haben, begründet werden soll, ist unverständlich. Anders läge die Frage in Betrieben, welche von vornherein von Leiter und Mitarbeitern in gemeinsamer Arbeit und hartem Kampfe geschaffen wären. Hier könnte von gemeinsam Errungenem und gemeinsam zu Verwaltendem gesprochen werden. Aber man täusche sich doch nicht! Fast alles Große wird geschaffen auf nicht ausgetretenen Wegen, unter Kämpfen und Gefahren, welche wohl die starke, selbstsichere Persönlichkeit, nicht aber die Masse der Durchschnittsmenschen zu bestehen den Mut hat. Oder aber es handelt sich um bedeutsame Geistestaten, bahnbrechende Neuerungen und Erfindungen von hohem, auch wirtschaftlichem Wert, an denen die Mitarbeiter wenig oder gar keinen Verdienstanteil haben. Ein so opferbereiter, von tiefem sozialen Empfinden erfüllter und geleiteter Mann wie Abbé hat hierüber in seiner großherzigen Zeiß-Stiftungs-Urkunde und deren Begründung und Erläuterung Ausführungen gemacht und Grundsätze aufgestellt, deren Richtigkeit sich kein unbefangenes Urteilender verschließen kann.

Unsere bisherigen Ausführungen beziehen sich auf die Vergangenheit, für welche wir die Berechtigung der gestellten Forderungen ablehnen. Wie steht es mit ihnen, wenn wir die Zukunft — die wachsenden Kartell- und Syndikats-Bildungen, die horizontalen und vertikalen Zusammenschließungen der Großbetriebe — mit Normalisierung, Typisierung und Spezialisierung der Erzeugung ins Auge fassen? Muß gegenüber dieser Ent-



wicklung gefordert werden, daß die „selbstverantwortlichen Einzelpersonlichkeiten“ sich des „Rates der Arbeitnehmer zu bedienen haben“, daß diese zu „freien, mitverantwortlichen Mitarbeitern umzuwandeln sind“? Daß solche erweiterten, zu Riesenmaßen sich entwickelnden Unternehmungen auch von den meist sachverständigen, erfahrenen Mitgliedern des Aufsichtsrats kaum noch übersehen und beurteilt werden können, gibt nun aber jeder Sachkenner zu. Wie könnte da wohl die „Mitverantwortlichkeit“ der Arbeitnehmer aussehen? Ließe sich von ihr eine ersprießliche Förderung erwarten? Müßte sie nicht zwangsläufig zu schwerer Schädigung — Bremsung der Entwicklung usw. — führen? Der geniale Führer bleibt auch bei den Riesenunternehmungen der Entscheidende, dem die an leitender Stelle Mitarbeitenden vertrauensvoll folgen. In der Vergangenheit hat meist die Größe eines Unternehmens den Schöpfer, allenfalls noch gleichfalls tüchtige nachfolgende Söhne nicht lange überlebt, hat angefangen zu siechen, von führender Stelle verdrängt, überholt zu werden und ist langsam verschwunden, wenn nicht in einer Katastrophe zugrunde gegangen. Die zähe jüdische Familie der Rothschilds ist eine der wenigen Ausnahmen, welche die Regel bestätigen — Riesenstämme wachsen eben nicht auf üppigem Boden in geschützter Lage! Ob die jetzt entstandenen Riesegebilde, welche über Personen und Familien, Besitz oder Leitung hinausgewachsen sind — Stahl-, Zucker-, Petroleum-Trust Amerikas, Krupp, A. E. G., Hamburg - Amerika - Linie. Stinnes - Thyssen - Konzerne Deutschlands —, die Erfahrungen der Vergangenheit widerlegen werden, kann erst die Zukunft lehren. Vorläufig werden wir gut tun, uns an die Lehren der Vergangenheit auch in wirtschaftlichen Fragen zu halten und zu erwägen, ob die zu erstrebende Besserung der Lage der Arbeitnehmerschaft sich nicht erreichen läßt, ohne den Wert und das Wirken der großen wirtschaftlichen Führer persönlichkeiten schwer zu gefährden und damit das Ergebnis der Gesamtarbeit bedenklich zu mindern. Sehen wir unter diesem Gesichtspunkte die aufgestellten Forderungen durch, so möchten wir vorweg empfehlen, die stark schlagwortähnlichen Wendungen von „diktatorischer Herrschaft“, „reaktionärer Strömung beim Bürgertum“ usw. auszuschalten. Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit bestimmter wirtschaftlicher Maßnahmen oder Betriebsformen dürfen nicht als reaktionäre Gesinnung bezeichnet werden. Der Unfehlbarkeitsstandpunkt kennzeichnet meist eher eine Schwäche als eine Stärke der Beweisführung.

Zu den Punkten 1 und 2 der wirtschaftlichen Reform-



forderungen muß gesagt werden, daß grundsätzlich die Fragen in allen Betrieben, Ländern und Zeiten die gleichen sind. Wollte man Bauernschaft, Handwerk und einzelne Betriebszweige oder Länder ausscheiden, so stände man vor der schwierigen Frage: Wo ist die Grenze zu ziehen — wann ist sie überschritten? Leistet die unabhängige Person bei 50 Arbeitnehmern mehr zum Allgemeinwohl, warum nicht ebenfalls bei 500 oder auch 5000? Leistet sie weniger, warum sollen die kleineren Betriebe nicht durch Sozialisierung zur höheren Leistung gebracht werden, zumal der Verlust der Unabhängigkeit für den Mann der kleineren Leistungsfähigkeit leichter zu verschmerzen ist, als für den Mann der größeren! Das Allgemeinwohl aber litte ebenso sehr, wenn 50 mal 50 Arbeiter im Eigenbetrieb weniger erzeugten, als wenn ein großer von 2500 Köpfen von der Sozialisierung (falls diese als Höheres leistend angesehen wird) verschont bliebe.

Warum nach Punkt 3 „die diktatorische Herrschaft über die Produktionsmittel des Großbetriebes unerträglich und überholt ist“, wird nicht nachgewiesen! Haben die Arbeiterorganisationen der Diktatur nicht längst mit gutem Erfolg Schranken gezogen? Kann man nach Punkt 4 den Eigentumsanteil im Großbetriebe als ein „Menschenrecht“ in Anspruch nehmen? Wir meinen, ein sonst menschenwürdiges Dasein ließe sich auch ohne Eigentumsanteil im Arbeit gewährenden Großbetrieb denken.

Die Punkte 5 und 6 wollen „die Betriebsleitung als Sache selbstverantwortlicher Einzelpersönlichkeiten“ in Einklang bringen mit dem Recht der Arbeitnehmer auf Raterteilung in dem äußeren, schrittweise wachsend weitgehenden Mitbestimmungsrecht in den inneren Betriebsangelegenheiten! Wie sich diese Forderungen sollen vereinbaren lassen, ist schwer zu verstehen. Die obwaltende Unbestimmtheit müßte unvermeidlich zu Gegensätzen und Kämpfen führen.

Wenn folgerichtig alsdann die gleichberechtigte Mitbestimmung in gewerblichen Verbandssachen gefordert und gleichzeitig behauptet wird, daß die Leistungssteigerung solche Gewerbeverbände zum Einkauf von Rohstoffen, Absatzeinrichtungen usw. fordere, so kann dies für Kleinbetriebe wohl zugegeben werden, die aber (Bauernschaft, Handwerk) ausgeschaltet werden. Großbetriebe werden in der Regel Rohstoffeinkauf und Absatz besser selbständig in der Hand behalten. Die Spuren der Kriegsverbände schrecken! Recht häufig bestimmen in solchen Verbänden die Rückständigen Zeitmaß des Handelns und der Preise zum Schaden der Vorgesrittenen und der Allgemeinheit.

Daß nach Punkt 8 und 9 der Staat das Gesamtinteresse gegen Mißbräuche und Schädigungen überwachend schützen, daß



die soziale Fürsorge in die Selbstverwaltung der Beteiligten überführt werden soll, kann ohne weiteres gebilligt werden.

Dagegen möchten wir die in Punkt 10 ausgesprochene Bezeichnung des Arbeits- als eines „Gewalts“-Verhältnisses unter Hinweis auf frühere Ausführungen ablehnen.

Nach dieser Ablehnung der Kernpunkte des Artikels müssen wir uns selbst die Gegenfrage stellen, in welcher andern und bessern Weise sollen die vor uns liegenden sozialen Aufgaben gelöst werden. Ein diktatorisches oder Gewaltverhältnis liegt nach unserer Auffassung nicht mehr vor; die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse, die durch das Betriebsrätegesetz veränderte Rechtslage bieten dagegen wirksamen Schutz, etwa hervortretende Übelstände werden bei beiderseitigem guten Willen beseitigt werden, wobei der Schwächere gebührend zu berücksichtigen und zu schützen ist. Beteiligung der Arbeiter am Ertrage durch Kleinaktie oder Gewinnanteil halten wir für durchaus erstrebenswert und können den Kapitalisten und Arbeitgebern nur dringendst ans Herz legen, diese Dinge großzügig und weitherzig zugunsten der Arbeitnehmer zu regeln. Spielen die zu verteilenden Gewinne auch gegenüber der immer die Hauptsache darstellenden reinen Lohnhöhe nicht die vielfach angenommene große Rolle, so darf doch die damit verbundene Wirkung auf das Gemüt nicht unterschätzt werden. Das allgemein menschliche muß beim Arbeitsverhältnis zum Durchbruch und zu seinem Recht kommen. Vertrauen und guter Wille muß herrschen zwischen den Führern — deren Freiheit und Kraft wir im Interesse aller, in erster Linie auch der Geführten, nicht gefesselt sehen wollen — und den Geführten, deren Lage in möglichst weitem Ausmaß gehoben werden soll. Daß auch wir es als geboten ansehen, dem Arbeitnehmer durch regelmäßige Berichte einen Einblick in die wichtigsten Fragen des Betriebes und ein Verständnis für diese Vorbedingungen seines Gedeihens oder seiner Gefährdung zu erschließen, möchten wir auch hier nachdrücklich betonen.

Vollständig überein stimmen wir mit dem Schlußsatz des Artikels, dem wir nur zwei letzte Worte hinzufügen:

„Das deutsche Volk kann die politische Niederlage im Weltkriege und die Zerstörung seiner Wirtschaft nur überwinden auf dem Boden selbstverantwortlicher Freiheit und in der brüderlicher Gemeinschaftsgesinnung wahrhaft vaterländischen Denkens und Handelns. Freiheit und Volksbewußtsein sind deshalb die ersten und wichtigsten Grundlagen treuer Kameradschaft der demokratischen Arbeitnehmer“ — und Arbeitgeber!



Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten November 1920.

In dem gegenwärtigen Kampf um die Umgestaltung der Menschheitswirtschaft — um die Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus — wie der Kampf ruft laut, steigert sich die Leidenschaft, verschärfen sich die Gegensätze, und es wächst die Gefahr, daß das kranke Wirtschaftsleben unter den Händen der übereifrigen Ärzte dem Tode verfällt. Die Sozialisierungsschwärmer vergessen ganz die Mahnung ihres Herrn und Meisters, daß man nur eine blühende, nicht aber eine todkranke Wirtschaft sozialisieren könne. Es zeugt von wenig Vertrauen in die innere Kraft ihrer Lehre, wenn sie glauben, trotz aller Bedenken, welche auch bisherige Führer mit Nachdruck geltend machen, ungesäumt in möglichst großem Umfange sozialisieren und kommunalisieren zu müssen, anstatt in besonnenem Zeitmaß nach und nach die Gemeinschaft auszudehnen.

Übereinstimmung herrscht bei allen Parteien darüber, daß die wichtigste Aufgabe ist und bleibt, die Erzeugung zu steigern, damit für jeden der Anteil am Gesamterzeugnis größer werde. Die Vertreter der bisherigen Privatwirtschaft behaupten, daß dies nur zu erreichen sei, wenn das Einzelinteresse des Unternehmers lebendig und wirksam erhalten werde — die Gegner erwarten alles Heil davon, daß nicht der einzelne, sondern die Gesamtheit die Früchte der gemeinsamen Arbeit ernte. Wir wollen alle wechselseitigen Vorwürfe nach Möglichkeit ausschalten, die unheilvollen Zustände als Folge des furchtbaren Krieges ansehen und uns bemühen, streng sachlich zu untersuchen, ob sich nicht ein Boden finden läßt, auf dem alle Kräfte sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden können, um das furchtbare Schicksal zu wenden, welches nicht nur die Besiegten — Deutschland, Österreich-Ungarn, die Türkei —, sondern auch die Sieger und die ganze europäische Menschheit und Kultur mit dem Untergange bedroht.

Wenn auch das Streben nach Aufbesserung ihrer Lage, nach Mehrung des Anteils an Sachgütern bei den Arbeitern und Angestellten die stärkste Triebkraft darstellt, so wäre es doch falsch, darin die allein treibende Kraft zu sehen. Auch läßt sich nicht leugnen, daß die bisherigen Lohn- und Gehaltssteigerungen trotz der gewaltigen in Deutschland erreichten Höhe die Lage wohl bei alleinstehenden, nicht aber für die Familien — die unentbehrlichen starken Tragsäulen des Staats- und Volkslebens — gebessert haben. Auch bei den gestiegenen Löhnen



kann der Familienvater für eine vier- bis fünfköpfige Familie an Nahrung, Kleidung usw. nicht soviel beschaffen, wie vor dem Kriege. Die bedauerliche Verschwendung, welche leider in allen Schichten mit Zigaretten Getränken, Süßigkeiten, Kinobesuchen, Putz, Schmuck usw. sich breit macht, darf uns darüber nicht hinwegtäuschen, daß es allen Familien heute schlechter geht als früher und daß es nicht berechtigt ist, in jeder neuen Lohnforderung nur eine unberechtigte, unersättliche Gier und die unsinnige Äußerung eines tollen Machtkitzels der Massen zu sehen. Auch wäre es töricht, leugnen zu wollen, daß bis auf betrüblich kleine Ausnahmen die Geld- und Erwerbsgier der anderen Wirtschaftskreise mindestens ebenso schwere Vorwürfe verdient, wie sie gegen die Forderungen der Massen gerichtet werden. Abgesehen aber vom Kampf um das Geld, dürfen wir nicht übersehen, daß es gerade bei den einsichtigen, besonnenen Elementen sich noch um ein Höheres handelt, welches nicht ohne weiteres als unberechtigt zurückgewiesen werden darf. Die Arbeiter und Angestellten wollen nicht länger als seelenlose Maschinen oder Räder mitlaufen — sie wollen sich als mitberechtigte Teile des Ganzen fühlen, dem sie angehören. Es ist nicht bloß der Kampf um Lohn und Geld, welcher die Erbitterung zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Arbeitern, Angestellten und Unternehmern geschaffen hat. Daß in der Vergangenheit hier schwere Sünden begangen sind, deren Wiedergutmachung geboten ist, wenn wir wieder zu Frieden und Gedeihen kommen wollen, muß anerkannt werden.

Welche Aufgaben liegen nur vor uns und auf welchem Wege lassen sie sich am besten lösen? Wir wollen uns auf die zwei Hauptpunkte beschränken: A. Wie steigern wir am erfolgreichsten das Erzeugnis unserer Arbeit?, B. Wie schaffen wir eine Arbeitsorganisation, bei welcher auch die Gemütsforderungen unserer Arbeiter und Angestellten zu ihrem Recht kommen?

Bei der Prüfung dieser Fragen dürfen doch auch die Anhänger des Sozialismus die Lehren der Geschichte und die Erfahrungen der Vergangenheit nicht aus den Augen verlieren, sie müssen sich bewußt bleiben, daß die Natur keine Sprünge macht, daß nur das Ergebnis organischer allmählicher Entwicklung gesund ist und dauernde Lebensfähigkeit erwarten läßt. Treibende Kraft der Wirtschaft war bisher das Selbstinteresse des Einzelnen und die Selbstverantwortung des tatkräftigen, tüchtigen Unternehmers. Wir können ruhig zugeben, daß dabei der Gewinnanteil tüchtiger Unternehmer in manchen

Fällen größer, der ihrer Arbeiter und Angestellten kleiner, als recht und billig war. Ebenso kann zugegeben werden, daß nicht bloß vor 75 Jahren, als Marx seine Gedanken formte, die Ausbeutung der Arbeitskraft Formen angenommen hatte, die von christlichem Mitgefühl nichts erkennen ließen. Aber hat sich daran nichts geändert? Hat nicht Sitte und Gesetz, wenn auch in abgemessenen Schritten, der Ausbeutung der Arbeitskraft einen Riegel nach dem anderen vorgeschoben, und hat nicht unsere soziale Gesetzgebung viele Elendsquellen verstopft, wenn sie auch noch immer keine vollkommenen Zustände zu schaffen vermochte? Haben nicht auch die Lohnverhältnisse sich langsam gebessert? War nicht doch die Lage des Arbeiters 1910 eine wesentlich bessere als 1860? Wer wollte dies als ehrlicher Mann ernsthaft leugnen? Gewiß haben die Arbeiter diese Fortschritte erst im schweren Kampfe erringen und auch ihre Rechte nur unter Kämpfen sichern können! Auch haben die Unternehmer selbst berechtigte Forderungen länger verweigert und mit Mitteln bekämpft, die nicht immer zu billigen waren. Aber die Fortschritte sind doch trotz allem gemacht, und die Revolution hat nunmehr den Arbeitern doch Erfolge und Rechte gegeben, die auch der kühnste Optimist kaum in 50 Jahren erwartet hätte. Und wenn dem Unternehmer der Vorwurf gemacht wird, daß er dem Arbeiter zuviel von dem geschaffenen Mehrwert vorenthalten habe? Ja, ist dieser Vorwurf in dieser Allgemeinheit überhaupt berechtigt? Geht nicht ein Teil der Unternehmer wirtschaftlich völlig zugrunde, muß nicht ein recht großer Teil sich mit einem durchaus mäßigen Gewinn begnügen, während die großen erfolgreichen, allerdings die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich ziehenden Unternehmer eine recht kleine Minderzahl bilden?

Und sind nicht gerade sie, die in verhältnismäßig kurzer Zeit die Betriebe groß machen, Zehntausenden von Arbeitern neue Arbeitsgelegenheit schaffen und durch ihre starke Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt eine Lage schaffen, die die unentbehrliche Grundlage für erfolgreiche Lohnkämpfe bildet — sind in dieser Beziehung nicht sie die wirksamsten Förderer der Arbeiter? Und ihre großen Gewinne und Dividenden, waren sie denn von Anfang an vorhanden? Waren nicht (abgesehen von bahnbrechenden Erfindungen wie bei Auer) Jahrzehnte schwerer Kämpfe (wie bei Krupp und Siemens) und einer weitsichtigen, auf innere Stärkung durch Einbehaltung der Gewinne gerichtete Finanzpolitik vorhergegangen, die überhaupt erst die spätere glänzende Entwicklung möglich machten und dann die Gewinne, welche vielleicht 15 Millionen (Be-



triebskapital, Abschreibungen und Reserven) erzielten, auf 5 Millionen verteilen, so daß sie allerdings rein ziffernmäßig hoch erschienen? Alle diese Momente müssen doch auch in Betracht gezogen werden, wenn man ein gerechtes Urteil gewinnen will. Heute aber darf man vor allem nicht vergessen, daß die arbeitenden Anlagen in Goldwerten geschaffen wurden, während die Erträge sich in Papiermark ergeben, die ebenso wie beim Lohn dem Empfänger nicht Sachgüter schaffen, die größer wären, als ein kleinerer Gewinn vor dem Kriege ergab. Die wichtigste Frage aber bleibt: Dürfen wir erwarten, daß die sozialisierte Wirtschaft eine höhere Gütererzeugung bringen wird als die bisherige Privatwirtschaft? Die Erfahrungen der Vergangenheit sprechen dagegen. Nicht nur haben die Staatsbetriebe weniger erzeugt als die Privatbetriebe sowie auch eher niedrigere Löhne gezahlt — fast ausnahmslos sind bisher alle Versuche der Gemeinwirtschaft nach kurzer Zeit zusammengebrochen. Die Hoffnung auf die Stärke des Gemeingeistes findet in den bisherigen Erfahrungen keine sichere Begründung. Die viel geschmähte Selbstsucht hat doch in der Vergangenheit eine Wirtschaftsblüte entstehen lassen, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Auch hat sie den letzten Verbraucher viel billiger versorgt als alle staatlich organisierte Wirtschaft. Gewiß war neben dem Licht auch viel Schatten. Aber ist es nicht richtiger, diese Schatten zu beseitigen, als mit der Verstopfung der Quelle, aus der das Licht kam, die Gefahr eines Versinkens ins Dunkel heraufzubeschwören? Läßt sich die Forderung, daß der Arbeit ein größerer Anteil am Ertrage zugeführt werde, nicht auch erfüllen, ohne die bisherige Grundlage unserer Wirtschaft umzustürzen, und läßt sich damit nicht verbinden die zweite Aufgabe, den Gemütsforderungen der Arbeiter und Angestellten zu ihrem Recht zu verhelfen?

Unter den Mitteln, welche zur Lösung dieser Aufgabe vorgeschlagen werden, steht im Vordergrund die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer, für welche die Vergangenheit gleichfalls wertvolle Erfahrungen bietet, die beachtet zu werden verdienen. Der Umstand, daß schon seit 60, 50, 40 Jahren in Frankreich, Deutschland, England, den Vereinigten Staaten Amerikas wie in kleineren Ländern in erheblichem Umfange und in einer nicht ganz kleinen Zahl von Betrieben die Gewinnbeteiligung in Kraft war, daß die französische Gesetzgebung sogar dafür ein grundlegendes Gesetz geschaffen hat, daß in den letzten Jahren eine sich mehrende Zahl ernster Volkswirte und Wirtschaftler für sie eintreten, zeigt, daß wir es mit einer Frage zu tun haben, welche ernste Bedeutung hat und ihre Beachtung und Lösung



fordert. Wir wollen vom Auslande absehen, um nicht zu weit zu schweifen; nur die Versuche der allerletzten Jahre in Fords Riesen-Automobil-Fabrik wollen wir kurz erwähnen. In Deutschland sind beachtenswert die Erfahrungen von Heinrich Freese (Berlin), von Ernst Abbes Zeiß-Stiftung in Jena, die Mahnungen des Kammgarnspinnners Eduard Stöhr (Leipzig-Eisenach), deren wichtigste Grundzüge wir in Kürze darlegen möchten.

Freese, der schon 1879 durch freiwillige Schaffung eines selbständigen Arbeiterausschusses ein vertrauensvolles Verhältnis zu seiner Arbeiterschaft herzustellen wußte, begann 1889 seinen Angestellten einen Gewinnanteil zuzuwenden und dehnte dies 1891 auch auf die Arbeiter aus. Sein Vorgehen war ein sehr vorsichtiges. Vom Reingewinn des Geschäfts (welcher auch die Entlohnung für seine eigene Arbeit sowie die Verzinsung seines Kapitals einschloß) überwies er den Beamten wie den Arbeitern anfänglich nur je 2 Prozent, ging aber schon nach einem Jahr auf 5 Prozent und nach weiteren 5 Jahren für die Arbeiter auf $7\frac{1}{2}$ Prozent. 1919 gelegentlich eines Streiks und Bewilligung erheblicher Lohnerhöhungen wurde der Gewinnanteil alsdann festgelegt zur Berechnung nach dem über 5 Prozent Zins des Betriebskapitals hinausgehenden Gewinn. Der verteilte Gewinn betrug im Durchschnitt von etwa 30 Jahren bei den Arbeitern etwa 2,9 Prozent des gezahlten Lohnes, bei den Angestellten 11,7 Prozent der gezahlten Gehälter, bei Schwankungen zwischen 0,44 Prozent bis 5,11 Prozent bei den Arbeitern und 3 Prozent bis 24,64 Prozent bei den Angestellten. Man sieht, der Geldbetrag fiel für die Arbeiter nicht allzu schwer ins Gewicht — trotzdem betont Freese nachdrücklich den Einfluß, den die Gewinnbeteiligung auf das Gemüt ausgeübt habe und das unverkennbar gesteigerte Interesse, namentlich der älteren Arbeiter am Gedeihen des Betriebes. Man wird nicht fehl gehen, wenn man hiervon einen nicht kleinen Anteil dem zwischen Freese und der Arbeiterschaft infolge unausgesetzter menschlicher Teilnahme und sozialer Fürsorge obwaltenden vertrauensvollen Verhältnis zuweist. Dieses Moment verstärkt aber auch das Gewicht der Worte und Ratschläge eines solchen Arbeitgebers.

Bei Abbe steht die Gewinnbeteiligung nicht in der ersten Reihe seiner großherzigen Zeiß-Stiftung, durch welche er das ganze Werk zum Träger wichtiger Aufgaben für das Allgemeinwohl machte unter Festlegung der Grundsätze, nach welchen es zu verwalten und nach welchen die Erträge zu verwenden waren. In erster Linie stand ihm für die Arbeiter die Sicherung gegen Schaden Unglück und Willkür. Bei der Sicherung gegen



Krankheit, Invalidität, Alter gingen die Leistungen weit hinaus über das sonst übliche Maß. Entlassung durfte nur erfolgen bei ganz schweren Vergehen, sonst nur bei ganz schwerer Zwangslage des Werkes und nur gegen eine weitgehende klagbare Abgangsentschädigung. Die Erträge des Werkes mußten alle solche Verbindlichkeiten durch Ansammeln ausreichender Summen sicherstellen — es wurden 5 Prozent Kapitalzins und bestimmte Teile des Gewinnes für die Weiterentwicklung des Werkes und für andere Wohlfahrts- und Studienzwecke vorweggenommen und der Rest nach den gezahlten Löhnen und Gehältern an die Werksangehörigen verteilt. Den leitenden Personen wurde eine Beteiligung am Gewinn versagt; sie sollten völlig frei von eigenem Geldinteresse, aber auch frei von jedem Einspruchsrecht der Arbeiterschaft die Geschäfte führen und ein festes Gehalt beziehen, welches das Zehnfache des Durchschnittsverdienstes der männlichen Arbeiter über 24 Jahre nicht übersteigen sollte. Der den Arbeitern und Angestellten schließlich verbleibende Gewinnanteil ergab im Durchschnitt von 23 Jahren 8 Prozent. Ein Jahr blieb gewinnlos, die Schwankungen bewegten sich zwischen 5 und 10 Prozent.

Eduard Stöhr ruft alle Industriellen auf, durch Gewinnbeteiligung das Interesse der Arbeiter und Angestellten am Gedeihen des Betriebes zu beleben, den Gegensatz und das Mißtrauen zwischen Arbeitern und Betriebsleitung zu beseitigen und damit die deutsche Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Er empfiehlt 1. Gewährung der gleichen Dividende an Betriebskapital wie an Lohn- bzw. Gehaltssumme, außerdem 2. Einrichtung einer Sparkasse, deren Einlagen bis zur Höhe eines Jahreseinkommens, mindestens 5 Prozent, bei höherer Dividende deren Satz als Zins erhalten, und 3. Beteiligung am Aktienkapital durch kleinere Arbeiter-Aktien von 200 Mark. Auf dieser Grundlage hat er die „Erste Stapelfaserfabrik für Volksbekleidung A.-G. in Eisenach“ begründet. Von praktischen Erfahrungen läßt sich in diesem Falle noch nicht sprechen, daß aber ein alter erfahrener Großindustrieller zu solchen Ratschlägen und Maßnahmen kommt, ist sicherlich beachtenswert.

Interessant sind auch die Maßnahmen von Henry Ford in Detroit, der in seinem Riesenbetriebe eine Steigerung erzielte, wie sie wohl kein zweites Unternehmen aufweisen kann. Im Juni 1903 begründet, zeigte sein Werk 1906 eine Erzeugung von 1600, 1909 10 607, 1912 78 440, 1915 308 213, 1917 785 000, 1920 996 660 Autos eines Typs und 79 000 Zugwagen. Für 1921



wird die Erreichung von $1\frac{1}{4}$ Million in einem Jahre erwartet. 1912 glaubte er dem Mangel an Interesse für den Betrieb durch Gewinnbeteiligung der Angestellten und Arbeiter begegnen zu sollen. Auch schien ihm der Unterschied der Stundenlöhne (34 bis 80 Cents) zu groß. Auch der niedrigst Entlohnte sollte mindestens 5 D (Dollars) am Tage verdienen. Er zahlte also, Januar 1914 beginnend, dem untersten Arbeiter als Gewinnanteil zu den 34 Cents Stundenlohn $28\frac{1}{2}$ Cents hinzu — dem höchsten zu den 80 Cents nur $7\frac{1}{2}$ Cents, so daß ein Tagelohn von 5 und 7 D sich ergab. Bedingung für diese Gewinnbeteiligung war nur: Alter 21 Jahre, 6 Monate Probezeit, solide und sparsame Lebenshaltung. Jüngere Arbeiter, welche Mutter oder nahe Verwandte ernährten, erhielten gleichfalls den Gewinnanteil. Juli 1918 wurde das Bezugsalter auf 18 Jahr, Juli 1919 die Probezeit auf einen Monat herabgesetzt. Über die „Würdigkeit“ zur Gewinnbeteiligung entschieden Vertrauensmänner der Arbeiter, welche anfänglich nur 70 Prozent, nach 3 Jahren $99\frac{1}{2}$ Prozent der Arbeiterschaft als würdig bezeichneten. Da dieser Gewinnanteil bei jeder Lohnzahlung mitgezahlt wurde, verlor er naturgemäß bald seinen Charakter und erschien als ständiger Lohnanteil. Auch erschien der große Unterschied ($28\frac{1}{2}$ Cents unten und 7 Cents für die höchste Arbeitergruppe) wohl doch unbillig, und Ford erhöhte den Mindestlohn am 1. Juli 1919 auf 60 Cents und gab allen gleichmäßig 15 Cents Gewinnanteil für die Stunde. Auch diese Methode fiel aber schon Ende 1919, um durch einen Gewinnanteil „Bonus“ ersetzt zu werden, der halbjährlich gezahlt wird, abgestuft einmal nach 13 Lohnklassen, um 80 Cents steigend, von 6 bis 10,80 D Tagesverdienst, beginnend mit 50 D und steigend um 10 D auf 170 D für das Jahr. Diese untersten Sätze, welche bei 3 Monat Dienstzeit am Jahresschluß gelten, erhöhen sich für jedes weitere Dienstjahr fünfmal um 20 D, so daß also der Arbeiter mit $5\frac{1}{4}$ und mehr Dienstjahren in der untersten Lohnklasse 150 D, in der obersten 270 D Gewinnanteil erhält. Außerdem kann der Arbeiter Geschäftsanteile von 100, 500, 1000 D erwerben durch Ersparnisse aus seinem Lohn oder Bonus, welche 6 Prozent Jahreszinsen erhalten und den von der Direktion festgesetzten Zuschlag, welcher für das erste Halbjahr 1920 5 Prozent betrug, also gleichbleibend 16 Prozent Ertrag für das Jahr bringen würde. Auf weitere Einzelheiten einzugehen, würde zu weit führen. Interessenten werden die bezüglich Drucksachen erhalten, wenn sie „Factory Facts From Ford“ von der Ford Motor-Kompagnie Detroit Mich. U. S. A. erbitten. Ford ist zweifellos nicht bloß ein genialer Organisator,



sondern auch ein warmherziger Arbeiterfreund, dessen segensvolles Wirken zum Wohl der Arbeiter unter einer sozialisierten Gemeinwirtschaft wohl niemals zu solcher Entwicklung gekommen wäre.

Gemeinsam ist all diesen Organisatoren die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Betriebsleitung. Selbst Abbe, der sein ganzes Werk den Arbeitern schenkt, schließt sie von einem Einspruchsrecht in die Leitung klar und bündig aus. Sollten diese Beispiele nicht auch den Sozialisierungsschwärmern zu denken geben? Eine andere Frage aber ist dagegen: Können diese Beispiele als zwingende Beweise für die Richtigkeit der Gewinnbeteiligung angesehen werden? Wir wollen diese Frage nicht ohne weiteres bejahen. Abbe und Ford sind geniale Ausnahmemenschen. Weder die Erträge ihrer Unternehmungen noch die Grundzüge ihres Lohnsystems lassen sich ohne weiteres auf weite Kreise übertragen. Gegenüber der Großzügigkeit ihrer freiwilligen Zuwendungen verstummen die Forderungen auf Mitsprechen und Nachprüfung, welche unsere deutsche fieberhaft erregte Arbeiterschaft gegen die mit Mißtrauen betrachteten Unternehmer stellen würde. Es wäre töricht, ein harmlos glattes Arbeiten von einer Gewinnbeteiligung erwarten zu wollen. Trotzdem aber glauben wir, sie empfehlen zu sollen, freilich mit allen Vorbehalten zur Sicherung der Freiheit, Selbständigkeit und Arbeitsfreudigkeit des Unternehmers, deren Zerstörung auch die deutsche Wirtschaft zerstören würde. Wir halten eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter für empfehlenswert, sie muß aber so geordnet sein, daß dabei die drei unentbehrlichen Faktoren — Kapital, Leiter, Arbeiter — zu ihrem Recht kommen und die Weiterentwicklung wie bisher gesichert wird.

Die Aufgabe ist, einen Arbeitsplan aufzustellen, der auf die breiten Kreise der Wirtschaft anwendbar ist und eine gesunde, günstige Weiterentwicklung erwarten läßt.

Wie entstehen denn in der Regel große Betriebe? Ein weitblickender, arbeitsfroher, kühner und sparsamer Mann erwirbt mit seiner Arbeit und Sparsamkeit ein mäßiges Kapital, um einen kleinen Fabrikbetrieb aufzubauen. Gleichzeitig aber erwirbt er auch in weiteren Kreisen Achtung und Vertrauen, so daß ihm auch fremde Kapitalien in Erwartung einer guten Verzinsung anvertraut werden, die ihm eine schnelle Entwicklung und Aufstieg zum Großbetrieb ermöglichen. Ohne Sparsamkeit haben die meisten Großen nicht gearbeitet!! Der große Petroleumkönig Rockefeller rühmte sich noch als



Milliardär vor den Studenten der von ihm gegründeten Universität der Sparsamkeit, mit welcher er als junger Buchhalter sein schmales Monatsgehalt verwaltete. Ohne Sparsamkeit, ohne Verzicht auf Lebensgenuß wird Kapital nicht gebildet, ohne Kapital kann keine Arbeitsgelegenheit geschaffen werden, die den Hunderttausenden und Millionen den Lebensunterhalt gewährt und deswegen muß dem Kapital eine angemessene Verzinsung gewährt und in jedem Betrieb jährlich ein Teil des Ertrages für die Weiterentwicklung einbehalten werden.

Der Leiter muß für seine höhere geistige Leistung eine Entlohnung erhalten, die ein Mehrfaches der Arbeiterentlohnung darstellt. Der Billigkeit dürfte es entsprechen, wenn hierbei die Zahl der beschäftigten Arbeiter berücksichtigt würde. Als Abbe 1891 die Zeiß-Stiftung begründete, beschäftigte sein Werk etwa 500, bei Feststellung der Satzung 1896 etwa 800 Personen. Als Höchstgehalt für die Leistung bestimmte er damals das Zehnfache eines Arbeiter-Jahres-Durchschnittslohnes. Es dürfte der Billigkeit entsprechen, wenn bei 5000, 10 000, 50 000 Arbeitern die Entlohnung des Leiters höher wäre als bei 500 oder 1000! Daneben wäre es durchaus richtig, den heute üblichen Brauch festzuhalten, daß der Leiter neben der Entlohnung mit der Tantieme vom Reingewinn am Ergebnis des Betriebes beteiligt bliebe. Das Selbstinteresse wird in absehbarer Zeit noch immer die stärkste Triebkraft beim Durchschnittsmenschen bleiben, und auf Durchschnittsmenschen muß der Plan eingestellt werden.

Das Kapital muß jedenfalls aus dem Gewinn eine Verzinsung erhalten, die dem Zinsfuß sicherer Anlagen plus einer Risikoprämie entspricht, und an dem Mehrertrag würden die Arbeiter zu beteiligen sein, wenn sie nicht durch eigene Kapitaleinlage sich mit den bisherigen Kapitalgebern gleichstellen.

Hieraus ergibt sich nun die heute kaum lösbare schwierige Frage: Auf welcher Grundlage soll diese Beteiligung geordnet werden? Unter normalen Verhältnissen würde die Frage sich darauf beschränken können: Sollen A. Löhne und Gehälter gegenüber dem Betriebskapital zugrunde gelegt werden oder soll B. jedem Arbeiter die Gelegenheit geboten werden, durch Erwerbung von Klein-Aktien Aktionär zu werden und hierdurch seinen Gewinnanteil zu erwerben? Das oben erwähnte französische Gesetz geht den Weg B., macht aber die gesamte Arbeiterschaft zum Besitzer des Arbeiter-Beteiligungskapitals und fordert Bestellung berufener Vertreter dieses Kapitals, welche dann zwangsläufig alle Rechte von Aktionären ausüben, Vertreter in den Aufsichtsrat senden usw. Diese Form der Lösung



räumt viele Bedenken und Schwierigkeiten aus dem Wege. Der einzelne Arbeiter ist nur als Glied der Arbeiterschaft beteiligt, beim Ausscheiden aus dem Betriebe erhält er seine Einlage zurück, und die verbleibende Arbeiterschaft übernimmt seinen Anteil. Die Schattenseite ist nur, daß das anzulegende Kapital vom Familienvater schwerer erspart wird als vom Ledigen oder Kinderlosen, während gerade der Familienvater auch beim Gewinnanteil bevorzugte Berücksichtigung verdient. Freese, Abbe, Ford gehen von Lohn und Gehalt aus, folgen also dem Plan A. Dieser hat auch zweifellos viel für sich und würde bei unveränderten Wertverhältnissen wohl verhältnismäßig leicht in befriedigender Weise durchzuführen sein. Bei dem Mißverhältnis aber zwischen dem in Gold verauslagten Anlage- und Betriebskapital und den in Mark zur Zahlung kommenden Löhnen ist es recht schwer, eine Grundlage zu finden, welche auf längere Dauer Bestand zu haben verspricht. Trotzdem wird man in dieser Richtung die Lösung suchen müssen. Der leitende Grundgedanke des französischen Gesetzes ließe sich vielleicht auch hierbei — sowohl bei Aktiengesellschaften wie auch bei Privatunternehmungen — nutzbar machen, in der Weise, daß der gesamten Arbeiterschaft eine Gesamtbeteiligung zugewiesen würde, welche mit dem Betriebskapital den gleichen Anspruch auf Dividende hätte. Nehmen wir an, auf 500 Arbeiter entfielen 1 Million Kapitalbeteiligung, also im Durchschnitt 2000 Mark je Kopf. Je nach dem Lohn könnte die Beteiligung abgestuft werden auf 1000, 1200, 1400, 1600, 1800, 2000, 2200, 2400, 2600, 2800, 3000 Mark. Wer das Geld nicht hat, um seinen Anteil einzuzahlen, der wird mit 5 Prozent Zinsen belastet; wer mehr Geld hat, kann dies je nach Vereinbarung als Spargeld einlegen. Beim Ausscheiden aus dem Betriebe wird das eingezahlte Geld zurückgezahlt. Es ließe sich mit einem solchen System sehr wohl eine Berücksichtigung der Familien verbinden. Es werden sich immer Restanteile finden — es könnte auch ein bestimmter Teil für Familien ausgesondert werden, um diesen einen kleinen Vorteil zuzuwenden. Von vornherein könnten nur Arbeiter beteiligt werden, die eine gewisse Mindestzeit dem Betriebe angehören. Ebensowohl könnte die Gesamt- und Einzellöhne als Grundlage der Gewinnverteilung genommen werden derart, daß, wenn z. B. bei 10 Prozent Dividende auf die Arbeiterschaft also 100 000 Mark Gewinn entfielen, nun festgestellt würde, daß dies etwa 5 Prozent des Lohnes ausmache, welche dann jedem Beteiligten zugewiesen würden. Ein etwa verbleibender Gewinn würde auf das nächste Jahr vorgetragen. All diese weiteren Einzelheiten bedürften



natürlich eingehender Durcharbeitung und Ordnung. Es kann sich jetzt nur darum handeln, einen Grundriß zu entwerfen, der vielleicht dem wankenden Bau der deutschen Wirtschaft eine neue feste Grundlage geben könnte.

Daß eine Gewinnbeteiligung — wenigstens bei einem beachtenswerten Teil der deutschen Arbeiterschaft — eine günstige Wirkung erzielen würde, halten wir für sicher. Es würde mit mehr Interesse gearbeitet, das Material schonender behandelt, ein nachlässig oder schädigend Arbeitender von den Kollegen zur Wahrung des Gesamtinteresses angehalten werden — das wichtigste aber wäre die Wirkung auf das Gemüt. Der Arbeiter würde sich als lebendes Glied des Ganzen mit gesicherten Rechten fühlen, er wüßte, daß er nicht nur für den Kapitalisten, sondern daß er auch für sich und seine Familie arbeitet. Es käme ein neuer Geist in unsere Wirtschaft, die unter der Herrschaft des Mißtrauens und der Verbitterung zugrunde zu gehen droht.

Im Interesse einer gesunden Weiterentwicklung unserer Wirtschaft müßten dann aber auch bei dem veränderten Arbeitsplan die Maßregeln aufrechterhalten und gepflegt werden, auf denen die frühere Blüte unseres Wirtschaftslebens beruhte. Die Kapitalkraft des Unternehmens muß dauernd gestärkt und gemehrt werden, durch angemessene Abschreibungen, Schaffung offener und stiller Reserven. Es ist dies um so notwendiger, als die bisher gemachten Abschreibungen sich auf die früheren niedrigen in Goldwert gemachten Anschaffungen gründeten. Heute würden auch bei unverändertem Valutawert, wie die Preisgestaltung der Länder mit vollem Goldwert — Vereinigte Staaten von Amerika, Schweiz, Holland usw. — zeigt, Neuanschaffungen in vollwertigem Gelde das Dreifache, in deutschem Gelde das Zwanzig- bis Dreißigfache kosten. Es muß daher zum Ersatz verbrauchter Maschinen oder zur Beschaffung neuer Anlagen, welche unumgänglich sind, um das Werk auf der Höhe der Wettbewerbs- und Lebensfähigkeit zu erhalten, ein ausreichender Erneuerungsfonds geschaffen werden. Ein unter Gewinnbeteiligung der Arbeiter wirtschaftender Betrieb muß ebenso wie eine gutgeleitete Aktiengesellschaft oder eine weitblickende Privatfirma einen Teil des Gewinnes als Lebensbedarf des Betriebes diesem selbst vorbehalten. Der einzelne Arbeiter muß sich damit abfinden, daß sein Anteil am Jahresgewinn etwas geschmälert wird zur Sicherung und Förderung der Zukunft der Gesamtheit. In dieser Weise ist bisher gewirtschaftet worden und dabei muß es bleiben, sonst verlieren die Wurzeln des Baumes die Kraft, um die erhofften Früchte zu bringen.



In jedem gutgeleiteten Unternehmen muß nach jahrzehntelangem Bestehen der innere Wert größer sein als der Buchwert (Anschaffung abzüglich Abschreibungen und Reserven). Auch wo der Betrieb vom Vater auf eins unter mehreren Kindern übergeht, wird im Interesse gesunder Weiterentwicklung der Betrieb unter seinem inneren Wert übertragen unter berechtigter Erwägung, daß niemand voraussehen kann, welche Stürme die Zukunft bringen kann. In ausgezeichnete Weise hat Abbe in den Erläuterungen zur Satzung seiner Zeiß-Stiftung und in einer 1897 an die Werksangehörigen gerichteten Rede über die „Grundlagen der Lohnregelung in der Optischen Werkstätte (Zeiß-Werk)“ die Notwendigkeit und Berechtigung solcher Betriebsführung und Finanzpolitik nachgewiesen.

Wenn nun jetzt ein Betrieb aus Privat- oder Aktien-Alleinbesitz in eine Gemeinschaft mit der Arbeiterschaft übergeführt werden soll, wird man gegenüber der gewaltigen Wertverschiebung dem bisherigen Besitz immerhin einschließlich der geschaffenen Reserven nach seinem inneren Wert anrechnen und ein der Billigkeit entsprechendes Verhältnis herstellen müssen zu der der Arbeiterschaft zu gewährenden Beteiligung. All diese Dinge müssen in jedem Falle besonders geprüft und geordnet werden unter Festhaltung des Grundsatzes, daß Verhältnisse geschaffen werden müssen, welche Recht und Billigkeit entsprechend dauernden Bestand haben sollen. Später trotzdem hervortretende Mängel müssen mit beiderseitigem gutem Willen beseitigt werden.

Den der Reserve zuzuführenden Gewinnanteil wird man nach der Höhe des Gewinnsatzes staffeln müssen. Grundsätzlich müßten vor jeder Gewinnverteilung mindestens 10 Prozent der Reserve zugeführt werden. Von dem über 10 Prozent Gewinnbeteiligung hinausgehenden Gewinnrest sollte man 20 bis 25 Prozent der Reserve zuführen. Auch für eine über das gesetzliche Maß hinausgehende soziale Fürsorge müssen die Mittel gesichert werden. Gerade die wohlwollenden Arbeitgeber haben dafür oft Summen aufgewendet, welche der Dividende gegenüber schwer ins Gewicht fielen — unter Umständen sie überstiegen. Ein nicht unwichtiger Teil der Arbeiterschaft — Ledige z. B. — könnten sich leicht dagegen auflehnen, daß dafür Opfer gebracht würden, welche die Dividende vielleicht um 6—10 Prozent schmälern. Hiergegen muß ausreichender Schutz gewahrt bleiben. All solche Einzelheiten müssen den Besonderheiten des einzelnen Falles angepaßt werden — bei gutem Willen beider Parteien wird dies auch keine Schwierigkeiten machen. Es erscheint aber doch richtig, solche Dinge, welche dem Ge-



dankenkreise der Arbeiterschaft bisher ferngestanden haben, hier zu erwähnen, um zum Nachdenken darüber anzuregen.

Es wäre töricht, behaupten zu wollen oder zu erwarten, daß durch einen Übergang zur Gewinnbeteiligung die Schwierigkeiten zwischen Arbeiter und Unternehmer beseitigt oder alle Reibungen ausgeschaltet werden könnten. So schwer, wie viele glauben, fällt die Gewinnbeteiligung bei den meisten Betrieben nicht ins Gewicht. Es muß selbst mit einer gewissen Enttäuschung gerechnet werden, da die Arbeiter meist ihren Blick auf die glänzendsten Verhältnisse gerichtet halten und sich leicht Erwartungen hingeben, welche im Durchschnitt von einer großen Zahl von Betrieben nicht erfüllt werden können. Die üble Wirkung der danach kommenden Enttäuschung darf nicht ganz leicht genommen werden. Die Lohnhöhe selbst wird nach wie vor das Wichtigste sein. Darüber aber wird sich jeder weiter Blickende klar sein müssen, daß eine grundsätzliche Umwandlung unserer Betriebsführung unaufhaltsam sich vollzieht, welche um so ernstere Gefahren in sich birgt, als die Arbeiterschaft völlig kenntnislos den inneren Verhältnissen des Betriebes gegenübersteht und daher die Bedeutung der von ihr heraufgeführten Gefahren gar nicht zu würdigen vermag. Daß ihr Gelegenheit geboten wird, hierfür ein Verständnis zu gewinnen, halten wir nicht nur für wünschenswert, wir halten es geradezu für geboten im Interesse der Beteiligten wie des ganzen Volkes. Wir wollen die Grundlage unserer Wirtschaft vor dem Umsturz bewahren, aber wir wollen die Arbeiterschaft an der Wirtschaft, der sie angehört, nicht nur mit Kopf und Hand, sondern auch mit dem Herzen beteiligen. Wir wollen freiwillig in Deutschland die Umorganisation der Wirtschaft in die Wege leiten, um welche in der ganzen Menschheit gekämpft wird. Deutschland hat die Führung genommen in der sozialen Fürsorge, diese Führung wollen wir auch in der Weiterentwicklung behalten und damit in der wirksamsten Weise der Menschheit beweisen, daß das deutsche Volk in den höchsten Kulturaufgaben nicht minderwertig, sondern — wenn nicht überlegen —, so doch mindestens ebenbürtig den anderen Kulturvölkern gegenübersteht.

Möge der Grundgedanke dieser Ausführungen als Saatkorn auf fruchtbaren Boden fallen. Gegenwärtig befindet sich ja die ganze Menschheit in einem Gärungsprozeß, welcher die politischen wie wirtschaftlichen Grundlagen umgestaltet. Ob dabei die glänzende industrielle Entwicklung, welche die Kulturvölker, insbesondere neben den Vereinigten Staaten, England,



Japan und Deutschland genommen haben, bestehen bleibt, welche Industrien vielleicht nach ihren Rohstoff-Erzeugungsländern abwandern oder als Erzeuger von Luxus, den sich die verarmte Menschheit nicht mehr erlauben darf, umzustellen sind, entzieht sich jeder Berechnung. Für unsere Zukunft steht als drohendes Gespenst vor uns die Durchführung des Versailler Friedens, vor jedem grundlegenden Umgestaltungsversuch zurückschreckend. Möge in dieser Zeit der Unruhe und Sorge das Saatkorn keimen und Kraft gewinnen, um in recht vielen Betrieben dazu zu führen, Klassenverbitterung und -gegensatz zu vertreiben und durch die Erkenntnis zu ersetzen, daß alle Beteiligten das gleiche Interesse haben, durch Anspannung der vereinten Kräfte den Betrieb, der allen Arbeit und Nahrung gibt, in blühendem Gedeihen zu erhalten — zum eigenen Besten und zum Segen für das Ganze Volk und Vaterland!

Nachschrift 1925. Ich würde heute die Gewinnbeteiligung in Form einer hohen festen Verzinsung von Spar-Einlagen vorziehen, um einen starken Anreiz zum Sparen zu geben und den Arbeiter gegen Enttäuschungen und Verluste zu schützen, welche in ungünstigen Jahren aus Zinsausfall und Kursrückgang von Aktien sich ergeben würden, welche auch bei tüchtiger Geschäftsführung nicht ganz zu vermeiden sind. Max Bahr.

Anlage 24

Produktionssteigerung bei verkürzter Arbeitszeit? Januar 1923.

In der Jutespinnerei zu Landsberg a. Wl. waren 1913 beschäftigt 1958 Köpfe, davon in der Spinnerei 1017, in der Weberei und Appretur 851, in der Werkstatt 52, bei Hof- und Magazinarbeit 38. In einer Löhnung (2 Wochen) wurden erzeugt als Durchschnitt des Jahres 1913 461 400 kg Garn, 458 300 kg = 1 238 650 qm Gewebe bei einer Arbeitszeit von $2 \times 56\frac{1}{2} = 113$ Stunden. Für die Spinnerei ergäbe dies 114 921 Arbeiterstunden und 4,01 kg Garn auf eine Arbeiterstunde; in der Weberei 96 163 Arbeiterstunden und 12,88 qm Gewebe für die Arbeiterstunde. Rechnet man Garn- und Gewebegewichte zusammen, dann käme man auf 459 850 kg fertiges Gewebe, auf welche entfielen $1958 \times 113 = 221 254$ Arbeiterstunden und 2,08 kg Gewebe auf eine Arbeiterstunde der gesamten Arbeiterschaft.

Im Jahre 1922 ergab eine Löhnung von Mitte August, welche eher über als unter dem Durchschnitt stand, 459 259 kg Garn, 396 433 kg = 1 166 806 qm Gewebe. Gearbeitet wurde (mit etwa $\frac{1}{4}$ des Betriebes in zweiter Schicht) $2 \times 46 = 92$ Stunden



in der Löhnung. Beschäftigt waren in der Spinnerei 1387, in der Weberei 1127 Köpfe. Auf die Spinnerei entfallen danach $1387 \times 92 = 127\,604$ Arbeiterstunden und 3,6 kg Garn auf die Arbeiterstunde, auf die Weberei $1127 \times 92 = 103\,684$ Arbeiterstunden und 11,26 qm auf die Arbeiterstunde. Bei Zugrundelegung der Arbeiterzahl des ganzen Betriebes kämen wir zu 427 846 kg Fertigfabrikat, $2738 \times 92 = 251\,896$ Arbeiterstunden und 1,7 kg Fertigfabrikat für die Arbeiterstunde.

Auf eine Arbeiterstunde bezogen, beträgt I. die Mehrleistung des Jahres 1913 gegen 1922 bzw. II. die Minderleistung von 1922 gegen 1913:

	1913	1922	I +	II -
A) in der Spinnerei	4,01 kg	3,6 kg	11,4%	10 %
B) in der Weberei	12,88 qm	11,26 qm	14,4%	13 %
C) im Gesamtbetrieb	2,08 kg	1,7 kg	22,4%	18,7%
D) in 2 Wochen auf den Arbeiterkopf	235,00 kg	156,00 kg	50,7%	33,6%

Diese erhebliche Minderleistung in 1922 ist indessen zum Teil aus einer Reihe von Umständen zu erklären, für welche die Arbeiterschaft nicht verantwortlich zu machen ist. Die 1922 gearbeiteten Gewebe sind etwas (vielleicht 2%) dichter gewebt, auch die Garne etwas (auch 2%) feiner gesponnen.

Unter den Arbeitern sind etwa 52 Kriegsbeschädigte, welche wohl nur mit einer Leistungsfähigkeit von 60% einzuschätzen sind, bei den Webern waren etwa 130 jüngere Weber, die nur 90 Vollkräften gleichzustellen sind; 1913 arbeiteten wohl 75 Weber an 2 Stühlen gegen 58 August 1922; Werkstatt und Hof brauchten 1913 nur 90, 1922 224 Köpfe, so daß von der 1922er Zahl von 2738 abzuziehen wären $21 + 40 + 17 + 134 = 212 = 8\%$.

Rechnet man für 1922 nach Abzug dieser 212 nur mit 2526 Köpfen, dann würde auf den Kopf:

- C) im Gesamtbetrieb die Stundenleistung von 1,7 auf 1,84 kg,
- D) die 2-Wochenleistung von 156 auf 169 kg steigen.

Die Mehrleistung von 1913 gegen 1922 fiel dann:

- C) für die Stunde von 22,4 auf 13%,
- D) für zwei Wochen von 50,7 auf 39%.

Die Minderleistung von 1922 gegen 1913 fiel dann:

- C) für die Stunde von 18,3 auf 11,5%,
- D) für zwei Wochen von 33,6 auf 28%.

Zuzüglich der $2 \times 2\%$ für Verschiedenheiten der Garne und Gewebe käme man dann zu dem Schlußergebnis, daß die Arbeitsleistung für die Arbeiterstunde 1922 etwa 7,5% niedriger steht als 1913. Von einer Leistungs-

steigerung in der achtstündigen Schichtdauer kann also nicht gesprochen werden, und wenn auch die Minderleistung heute bei dem wahnsinnigen Schwanken des Geldwertes nicht zur entscheidenden Geltung kommt, so würde sie doch unter geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen die Industrie rettungslos zum Untergang führen.

In manchen Arbeitsgebieten wird sich die Arbeitsstundenleistung bei gutem Willen bei achtstündiger Dauer steigern lassen — bis zur Höhe der zehnstündigen dürfte dies nur in Ausnahmefällen gelingen. In Spinnerei und Weberei und vielen anderen Industrien wird die Steigerungsfähigkeit gering sein. Man darf auch nicht übersehen, daß wir eine Produktionssteigerung durch Betriebsverbesserung auch bei zehnstündiger Arbeitszeit sowieso dringend brauchen, um die furchtbaren Kriegsschäden einigermaßen tragen zu können.

Vorläufig herrscht auch noch Unruhe und Erregung — Betriebsfortschritte, z. B. Erhöhung der Zahl der Zweistuhlweber, begegnen starkem Widerstand. Die Verwendung schlechter Heizstoffe, Erhöhung der Beförderungsarbeit usw., wie sie in der gewaltig gesteigerten Zahl der Werkstatt und Hofarbeiter ihre Wirkung zeigen, bilden eine ernste Gefahr für unsere Zukunft.

Das einzige uns verbleibende Aktivum ist die Arbeitskraft unseres Volkes; gelingt es uns nicht, durch sie mehr Werte zu erzeugen als früher, dann gehen wir rettungslos zu Grunde. In dem geschilderten Betrieb werden tatsächlich vom Kopf 33,6% weniger erzeugt! Es gilt, alle verständigen Kräfte unseres Volkes zusammenzufassen, um in einmütiger, friedlicher Zusammenarbeit unser Volk vor dem Untergang zu bewahren.

Man kann es verstehen, daß dem Arbeiter die Sicherung des Achtstundentages eine Herzenssache ist, daß er sich diese Errungenschaft nicht schmälern lassen will. Auch der Unternehmer, für den es einen Achtstundentag nicht gibt, der neben einer zehn-, zwölfstündigen Arbeitszeit oft auch noch die Nachtruhe für Reisen opfert, sollte nicht verkennen, daß eine achtstündige gleichartige Arbeit jahraus, jahrein, stumpf macht und schwerer zu ertragen ist als eine wechselnde, die Nerven freilich stark anspannende und ermattende Tätigkeit. Er sollte daher dem Arbeiter die Beschränkung auf eine achtstündige Fabrikarbeit gern gönnen. Der Arbeiter aber darf nicht übersehen, daß an sich eine Beschränkung wertschaffender Arbeit auf acht Stunden für absehbare Zeit nicht vereinbar ist mit der geforderten Hebung der Lebenshaltung der breiten Volksschichten, und daß auch neben acht Stunden Arbeit



acht Stunden Ruhe, acht Stunden für Mahlzeiten, Wege und Erholung zu viel sind. Die älteren müßten von diesen acht mindestens noch zwei nutzbringender häuslicher Arbeit — die Frau für Haus und Familie — der Mann für Haus, Garten, Acker — widmen. Für die Jugend sind acht freie Stunden eine ernste Gefahr. — Müßiggang ist aller Laster Anfang! Und wenn dann noch hinzukommt ein Verdienst, der nur wenig unter dem eines älteren Familienvaters steht, dann muß die Jugend ja in bedenklichem Umfang sich an Bummeln und Vergeuden gewöhnen, bei welchem dann später die Gründung und Führung eines geordneten Familienlebens kaum zu erwarten ist. Wenn man auch grundsätzlich die Beschränkung der Fabrikarbeit auf acht Stunden gern zugibt, so muß doch andererseits betont werden, daß die jetzige Zeit des tiefen Elends des Vaterlandes von allen Deutschen Opfer fordern muß, und daß es daher wohl berechtigt ist, zu sagen, daß heut jeder noch eine Reihe von Jahren, bis die schwersten Jahre vorüber sind, die Arbeitsleistung der früheren Jahre dem Vaterlande noch opfern müßte. Auch der Bergmann sollte sich nicht ausschließen, der Minderertrag der Kohlenförderung wird für Deutschland eine Gefahr, an der es zu Grunde gehen kann. Auch die starre Bindung an die acht Stunden ist töricht. In der Landwirtschaft muß Tageslicht und gutes Wetter ausgenutzt werden. Bei Eisenbahn- und Schiffs- Be- oder Entladung darf nicht Waggon oder Schiff einen Tag länger stilliegen, weil die acht Stunden abgelaufen sind. Unsere Wirtschaft wird durch solche Dinge in einem Umfange belastet, die Leistung und Ertrag der Eisenbahn herabgedrückt, wie der Arbeiter dies kaum versteht und richtig würdigt.

Von Arbeiterseite wird die Ablehnung jeder Arbeitszeitverlängerung sehr gern damit gerechtfertigt, daß durch Verbesserungen in den Betriebseinrichtungen und die Technik der Betriebsführung es leicht zu erreichen sei, das Arbeitsergebnis in acht Stunden auf das frühere Ergebnis der zehn Stunden und selbst darüber hinaus zu steigern. Es werden eine Reihe von Beispielen angeführt, welche dies beweisen. Dies kann gern anerkannt werden, aber einerseits folgt daraus keineswegs, daß eine solche Steigerung allgemein möglich ist und andererseits wird dabei übersehen, daß eine Erreichung des gleichen Arbeitsergebnisses auch nur die gleiche Lebenshaltung ermöglichen würde bei sonst unveränderten Umständen. Die Arbeiter aber fordern verbesserte Lebenshaltung, die als durchaus erstrebenswertes Ziel anerkannt wird. Diesem

Ziele können wir, wie in der Vergangenheit, nur näher kommen, wenn dauernd die Betriebe verbessert, ihre Arbeitsergebnisse gesteigert werden. Es war auch in der Vergangenheit nur dieser Prozeß, welcher die Erzeugung der Landwirtschaft wie der Industrie gesteigert und eine allmähliche stete Hebung der Lebenshaltung des ganzen Volkes ermöglicht hat. Hätten wir nicht unter den furchbaren Folgen des Krieges, den gemachten Schulden und den uns aufgebürdeten Lasten, der Zerrüttung unserer Wirtschaft und Finanzen, der Erhöhung des Anteils unproduktiver Arbeit an der Leistung zu leiden, dann könnte man vielleicht schrittweise dahin gelangen, im Achtstundentag die frühere Lebenshaltung zu bewahren. Im Achtstundentag aber auch noch die unglaublich schweren Kriegsfolgen zu tragen, ohne mit den Finanzen in den Abgrund zu stürzen, ist unmöglich. Die von Jahr zu Jahr in immer schnellerem Zeitmaß sich vollziehende Steigerung unserer Verschuldung hat uns bisher noch immer die Furchtbarkeit unserer Lage verschleiert. Lange geht es aber so nicht weiter — der Zusammenbruch mit Arbeitslosigkeit und Chaos rücken immer näher. Nun muß ja ohne weiteres zugegeben werden, daß auch der Kinder miternährende Arbeiter in bitterer Not lebt, wenn nicht mehrere Köpfe der Familie mitverdienen. Es ist zwingendes Gebot, den Verdienst des Familienvaters so zu gestalten, daß er seine Kinder ernähren kann. Das kann aber die deutsche Wirtschaft nicht tragen, dem Ledigen, dem Jugendlichen, dem Ungelernten annähernd gleiche Löhne zu zahlen, wie dem gelernten Familienvater, und diese in riesenhafte Summen anwachsenden, den Bedarf übersteigenden Lohnbeträge der vielen Millionen Lediger neben den gewaltigen Kriegsfolgenlasten mit einer achtstündigen Arbeitszeit zu beschaffen. Die so dringend gebotene Umsiedlung unseres Volkes in Wohnverhältnisse mit Garten und Gemüseland, die eine Verwertung der Arbeitszeit neben der achtstündigen Fabrikarbeit ermöglichte, kann nur langsam herbeigeführt werden. Bei solcher Sachlage sollte die Arbeiterschaft sich darin ergeben, zunächst einmal auf den schematischen Achtstundentag zu verzichten und durch Mehrarbeit das Wiederemporkommen zu ermöglichen.

Andererseits soll man nicht solche Mehrleistungen ohne angemessene Mehrzahlung vom Arbeiter verlangen. Es ist töricht, behaupten zu wollen, daß unsere Wirtschaft es nicht tragen könnte, für zwei Überstunden $2 \times 25\%$, also eine halbe Stunde mehr zu bezahlen.



Einmal sind dies nur 5% Mehrlohn auf die zehn Stunden — Generalkosten erhöhen sich für die Überstunden nicht, und ein Mehrbetrag von 25 % in der Erzeugung gleicht eine Verteuerung der Kosten um etwa 3% leicht aus. Es ist eine verkehrte Politik, den besonnenen Elementen der Arbeiterschaft die Aufgabe, die Radikaleren zu bekehren, so erheblich zu erschweren, oder es ganz unmöglich zu machen, indem man Überstunden ohne Zuschlagzahlung fordert. Auch der Unternehmer muß zu Opfern bereit sein, ja, er muß mit gutem Beispiel vorangehen und die Mehrzahlung tragen, auch wenn er wirklich dabei einen Teil der Mehrkosten nicht gedeckt bekäme. Tatsächlich könnten dies nur Ausnahmefälle sein, die gegenüber unserer Gesamtlage völlig bedeutungslos sind und von den günstigen Wirkungen einer Mehrarbeit der deutschen Arbeiterschaft zehnfach ausgeglichen würden. Es geht nicht an, einseitig vom Arbeiter Mehrleistungen zu fordern, selbst aber solche abzulehnen. Die Zeit ist so überaus schwer, die uns bedrohende Gefahr so furchtbar, daß demgegenüber es wenig ausmacht, ob in den nächsten fünf Jahren etwas mehr oder weniger, vielleicht auch gar nichts verdient wird — wenn nur unsere Wirtschaft nach fünf Jahren noch in Ordnung ist, und wir dann mit Vertrauen auf Besserung in die Zukunft sehen können. Also vor allem mit dem Opfer vorangehen und erst dann die anderen auffordern, nun nachzufolgen! Das ist der einzige Weg, der Aussicht bietet, zum Ziele — der Rettung Deutschlands — zu gelangen.

Anlage 25

Forderungen der Weltwirtschaft

Oktober 1923.

Der furchtbare Weltkrieg hat die Menschheit in ihrer Entwicklung in entsetzlicher Weise geschädigt und mit Grauen blickt man in eine Zukunft, welche noch furchtbarere Vernichtungskämpfe androht, wenn es nicht gelingt, in friedlichem Verkehr die Menschen einander näher zu bringen, die Interessen zu verknüpfen, geschehenes Unrecht durch Verständigung zu beseitigen und damit wirklichen Frieden zu schaffen.

Der Welthandel hatte mit den Errungenschaften der Wissenschaften und der Technik die Menschheit der ganzen Erde so nahe gerückt, daß man mit Recht von der Kleinheit der Erde sprechen konnte. Goethes Reise nach Rom, Neapel, Sizilien war ja wirklich ein größeres, beschwerlicheres und kostspieli-



geres Unternehmen als heute eine Reise nach Indien, Japan, China, Australien. Die Beförderung einer Tonne Getreide von Hamburg nach Leipzig kostete zu Goethes Zeiten mehr als heute die Beförderung von Australien nach Hamburg. Mit der Verkürzung und Verbilligung der Wege, mit der Beschleunigung des Brief- und Drahtverkehrs wuchsen auch der Umfang und die Bedeutung des Weltverkehrs, und wenn nicht Engherzigkeit und Kurzsichtigkeit immer wieder dem freien Verkehr und Gütertausch Hindernisse in den Weg gelegt hätten, dann wären durch innige Verwachsung aller Interessen uns die furchtbaren Opfer des Weltkrieges wohl erspart geblieben. Es ist ein Irrtum, wenn angenommen wird, daß der Vorteil — der Gewinn des Einen — nur mit dem Nachteil — dem Verlust des Andern erkauft werden könne. Schiller hat recht, wenn er sagt: „Gerne folg' ich dem Kaufmann — Güter sucht er — doch an sein Schiff knüpft das Gute sich an“. Im gesunden auf Rechtlichkeit allein dauernd blühenden Wirtschaftsverkehr müssen beide Seiten ihren Vorteil finden und der dabei sich entwickelnde Wettbewerb ist ganz unentbehrlich, um die Menschheit dauernd frisch und tüchtig zu erhalten.

Für Deutschland war schon vor dem Kriege sein Außenhandel der Ernährer für vielleicht ein Viertel (oder mehr) seiner Bevölkerung. Für England war dies in noch höherem Maße der Fall und entbehrlich war er wohl für keine der Kulturnationen. Der Weltumsatz betrug 1912 169,1 Milliarden Goldmark; davon entfielen 141,8 Milliarden = 80,2 v. H. auf Europa nebst seinem Kolonialbesitz, 26,4 = 15,6 v. H. auf Amerika, 5,7 = 3,4 v. H. auf Asien, 1,3 = 0,8 v. H. auf Afrikas selbständige (Ägypten?) Staaten. (Ohne Kolonien Europa 66,4, Amerika 19,0, Asien 9,0, Afrika 3,1, Australien 2,3 v. H.) Das europäische England war mit 15,75, sein Kolonialbesitz mit 10,25, das englische Reich also mit 26 v. H. am Welthandel beteiligt, dann folgten Deutschland mit 12,8, die Vereinigten Staaten mit 9,6, Frankreich mit 8,8, Niederlande 7, Belgien 6,5, Rußland 3,5, Österreich-Ungarn 3,3, Italien 3, Argentinien 2,1, Brasilien, Schweiz, China je 1,7, Japan mit 1,4 v. H., während alle anderen Staaten unter 1 v. H. blieben. Heute ist der Außenhandel die Lebensfrage für Deutschland — nur durch Ausfuhr kann es seine Bevölkerung beschäftigen und ernähren, nur durch Ausfuhr kann es die Verpflichtungen erfüllen, welche der Krieg ihm auferlegt.

Wir haben daher doppelt und dreifach Anlaß, sorgsam zu prüfen, wie wir unseren Außenhandel und unsere Ausfuhr fördern und sichern können. Die „Forderungen der



Weltwirtschaft“ gewinnen damit für uns eine große ernste Bedeutung.

Was ist im Weltverkehr das Nötigste und Wichtigste? In erster Linie die Tugend des ehrbaren Treu und Glauben hochhaltenden Kaufmanns. Die moralischen Kräfte sind wie überall so auch hier auf die Dauer die entscheidenden; Redlichkeit und Zuverlässigkeit siegen auch hier über hohe geistige Gaben, die nicht mit voller Zuverlässigkeit verbunden sind. Aber dies sind innere Charakterfragen, die schwer zu beeinflussen sind. Worauf aber kommt es in äußerlichen Dingen an? Da kommt in erster Linie die Frage der Verständigung durch Sprache und Schrift. Wir müssen eine der lebenden Kultursprachen zur Weltspache machen! Das kann nur die englische sein! Sie wird, abgesehen von allen Hotels des Weltverkehrs, in Europa, Amerika, Australien, Asien, Afrika von etwa 180 bis 190 Millionen Menschen der europäischen Kultur gesprochen und weitere etwa 400 Millionen fremder Kultur leben unter englischer Herrschaft. So weit China und Japan im Außenhandel Briefe wechseln, werden sie sich des Englischen bedienen. Französisch werden kaum 45 Millionen, italienisch und spanisch noch weniger sprechen — unser Deutsch ist für den Ausländer schwerer zu erlernen und kommt nach dem Kriege als Weltspache für absehbare Zeit nicht in Betracht. Englisch muß daher unsere gesamte Jugend gründlich verstehen und sprechen lernen. Zu Tausenden müssen unsere Kaufleute, Handwerker, Techniker, Ingenieure hinaus, um zu lernen und Anknüpfungen für Handel und Ausfuhr zu schaffen. Für die Schrift müssen wir die lateinischen Buchstaben wählen. Alle Kultursprachen benutzen sie: Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Holländisch, Schwedisch usw. Auch Russen, Griechen, Chinesen, Japaner müssen im Außenverkehr lateinisch schreiben, ja, im fortschrittlichen Japan ist eine Bewegung im Gange, auch für die eigene Sprache zu den lateinischen Schriftzeichen überzugehen. Wir schädigen uns schwer in der Wirkung auf das Ausland, wenn wir an unserer gotischen Schrift festhalten, die gegenüber hundert Leuten, welche eine lateinische Schrift gern lesen, nicht 10 willige Leser findet. Alle unsere Zeitungen und Druckschriften, welche im Auslande wirken sollen, müßten nur in lateinischem Druck erscheinen und auch für unsere eigenen Augen würden die klaren Linien der Lateinschrift vorzuziehen sein.

Nächst Sprache und Schrift würde dann für den Welt-



verkehr eine unendlich wertvolle Erleichterung sein: Übereinstimmung in Maßen und Gewichten sowie in Geld und Münzen. Hier bilden England und Amerika schwere Hindernisse. Ihre ziemlich übereinstimmenden Maße und Gewichte — Yard von 3 Fuß und 12 Zoll — Tonne von 20 Zentnern von 112 Pfund von 16 Unzen — sind entsetzliche Rechnungsgrundlagen mit ihren 4tel-, 8tel-, 12tel-, 96stel-Teilungen der kleinsten Einheiten. Wie man die letzten Teilungen der Feinmechanik und der Wissenschaft damit ausdrücken kann, ist dem Nicht-Engländer kaum faßlich. Die bei den billionenfachen Rechnungen des Wirtschaftslebens dabei verlorene Zeit ergibt Millionen von Pfunden für vergeudete Arbeitskraft. Leider ist die Aussicht, daß beide Länder das metrische System einführen, sehr wenig versprechend. Auf die Dauer werden freilich beide Staaten in Rücksicht auf ihre Beteiligung am Welthandel auch ihrerseits das metrische Maß- und Gewichtssystem anzunehmen sich gezwungen sehen, da dies fast von der ganzen Menschheit (mit Ausnahme von England nebst Kolonien, Amerika, Rußland, Japan, China) angewendet wird. Bei den gewaltigen Vorteilen der Benutzung dieses Systems werden die fortschrittlichen Völker Japans und Amerikas — vielleicht auch Rußlands — bald sich zur Einführung entschließen und England täte gut, auch seinerseits möglichst schnell ein System einzuführen, welches ihm gewaltige Arbeitersparnisse bringt und dessen Fehlen es im Weltverkehr nach Wiederherstellung normaler Verhältnisse in den wichtigsten Absatzmärkten empfindlich behindern wird. Die „zu späte“ Durchführung einer Maßnahme, die in absehbarer Zeit wird erfolgen müssen, könnte leicht Nachteile bringen, die schwer wieder gutzumachen sind. Stark betonen möchten wir seine besonders schwere Bedeutung für die in der gesamten Menschheit so wichtige Textilindustrie, welche für England von ganz besonderer Bedeutung ist. Die verschiedenartige Garnnumerierung der verschiedenen Spinnstoffe — Seide, Wolle, Baumwolle, Flachs — fiele weg; an ihre Stelle träte die einheitliche Numerierung nach der auf das Kilo entfallenden Meterzahl (1000 Meter = 1 Kilogramm wiegend = Nr. 1; 5000 Meter = 1 Kilogramm wiegend = Nr. 5 usw.). Die Feststellung der im Gewebe in Kette und Schuß befindlichen Meterlänge des Garnes wäre wesentlich erleichtert usw. Für die das metrische System benutzenden Einfuhrländer werden Angebote im eigenen Maß- und Gewichts-



system immer erwünschter sein als solche, welche erst eine lästige Umrechnung nötig machen.

Was nun das Münzwesen anbelangt, so hat sich nach jahrzehntelangem Kampf das Gold als Währungsgrundlage überall durchgesetzt. Auch dort, wo neben dem Gold Silber noch zugelassen ist, wird tatsächlich nur das Gold als maßgebend dem Verkehr zugrunde gelegt. Mehr oder weniger werden auch hier wieder als Währungseinheit Münzen benutzt, welche von einer mäßigen Höhe, durch 100 teilbar, ausgehen. Diese Art des metrischen (Dezimal)-Systems entspricht am besten den Bedürfnissen der Weltwirtschaft, welche kleine letzte Einheiten (Pfennige, Centimes) zur Festsetzung auch kleinster Preisunterschiede verlangt, die bei der Berechnung alsdann sofort sich in die letzte Münzeinheit (Pfennige in Mark, Centimes in Francs) umsetzen. Dem Frankensystem (81 Goldpfennige) haben sich angeschlossen: Frankreich, Belgien, Schweiz, Italien, Spanien, Rumänien, Bulgarien, Serbien, Griechenland, Finnland, Venezuela; Österreich-Ungarn hatte leider mit der Krone 85 Goldpfennige) eine vereinzelt stehende, schwer anzugleichende Einheit geschaffen, während die deutsche Mark (100 Goldpfennige) leicht dem $1\frac{1}{4}$ Franc (81 Goldpfennige), dem Shilling (102 Pfennige), dem Viertel-Dollar (105 Pfennige) anzugleichen war. Die geringen Unterschiede von 1—5 v. H. waren im Reiseverkehr z. B. nebensächlich. Die Krone der nordischen Länder (112 Goldpfennige), der holländische Gulden (169,5 Pfennige), der japanische Yen wie der mexikanische Peso (202 Goldpfennige) und der amerikanische Dollar (420 Goldpfennige) haben alle wenigstens die Hundertteilung. Nur England hat mit seinem Pfund von 20 Shilling von 12 Pence, die nachher in viertel, achtel, zwölftel, achtundvierzigstel, sechsundneunzigstel unterteilt werden müssen, verbunden mit seinen Längenmaßen (Yard von 3 Fuß von 12 Zollen usw.), bei der Notwendigkeit, die Brüche zunächst in Pence, dann diese durch 12 in Shilling und diese durch 20 in Pfunde umzuwandeln, eine Geldrechnung, die auf die Dauer gar nicht zu halten ist. Es sollte den Shilling zu seiner Münzeinheit machen und diesen durch 100 teilen, dann hätte es sofort eine Münzeinheit, welche sehr bald die Grundlage der ganzen Weltrechnung werden könnte, eine Entwicklung, die für England selbst in seinem Weltverkehr von hohem Werte wäre.

Die ganze Frankenwährung käme mit $1\frac{1}{4}$ Franc dem Shilling auf weniger als 1 v. H. nahe (der Shilling hat 0,3661 g Feingold = $1\frac{1}{4}$ Franc 0,3629 g). Die deutsche Mark könnte leicht bei der Neuregelung unserer Währung von 0,3584 auf 0,3661 ge-



bracht und damit im Weltverkehr dem zweifellos noch auf lange Zeit beherrschenden englischen Shilling gleichgemacht werden, was unserem Ausfuhrgeschäft sehr zu-
statten kommen würde. Wir würden damit mit den Währungssystemen aller wichtigen Wirtschaftsvölker in ein günstiges Verhältnis kommen — den Frankenkändern, England mit seinen Kolonien, Amerika, Japan, Mexiko, Indien — ein weniger günstiges Münzverhältnis bestände dann nur mit Österreich-Ungarn, Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark — wie es sich mit Rußland gestalten wird, muß abgewartet werden. Daß diese Momente: mögliche Gleichheit oder Annäherung in Maßen und Münzen für das Ausfuhrgeschäft von unschätzbarem Werte sind, wird jeder im Außenhandel Stehende bestätigen.

Deutschlands Zukunft hängt davon ab, daß wir im Außenhandel die Erzeugnisse unserer Arbeit absetzen und gut verwerten.

Anders können wir unsere Arbeiterschaft weder beschäftigen noch ernähren. Gelingt uns diese Aufgabe nicht, dann müssen die 20 Millionen Menschen, welche Deutschland für Herrn Poincaré zuviel hat, entweder auswandern oder sterben. Beides heißt Niedergang Deutschlands, der sich ohne schwere innere Umwälzungen, die uns dem Untergang nahebringen, nicht vollzieht.

Wer also sein Volk und Vaterland davor bewahren will, der helfe mit, den Forderungen der Weltwirtschaft entsprechend die geforderten Änderungen für Deutschlands Weltverkehr herbeizuführen.

Kein etwas weitblickender Staatsmann — Wirtschaftler wie Politiker — kann sich der Einsicht verschließen, daß das nächste Jahrhundert die ganze Menschheit der Erde noch viel näher zusammenrücken wird als bisher. Schon heute überwindet der Luftverkehr Tausende von Kilometern in wenigen Stunden, die drahtlose Nachricht wird in kurzer Zeit in wenigen Minuten die ganze Erde umkreisen, das große Frachtschiff wird den Güter-
austausch von Erdteil zu Erdteil, das Binnenkanalschiff vom Rhein zum Balkan vermitteln zu Frachtsätzen, zu welchen man zu Goethes Zeiten nicht eine Tonne Getreide von Halle nach Weimar bringen konnte. Der unendlich steigerungsfähige Weltverkehr wird auch die Volksgegensätze mildern und dem Frieden dienen.

Gemeinsam sind der ganzen Menschheit die großen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen. Unsere, Europa und seine Sprößlinge beherrschende,



christliche Kultur hat im großen Weltkriege unstreitig ihren völligen sittlichen Bankerott erwiesen. Die Kriegsmethoden und die Politik der Nachkriegszeit sind ein Hohn auf die Grundsätze, welche Christus gepredigt hat. Nicht besser erscheint das Bild, welches die Volksschichten in ihren sozialen Beziehungen bei den einzelnen Völkern bieten. Die drei christlichen Kirchen zeigen kaum einen Unterschied in ihrer Einwirkungslosigkeit auf die Gläubigen. Auch der Papst, welcher beansprucht, als Nachfolger Christi zu gelten, wagt nicht, das katholische Christentum aufzurufen zu einem energischen Protest gegen die Schandtaten, welche die christliche Menschheit zum Gespött der alten Kulturvölker Indiens, Chinas, Japans machen. Wie leicht könnte ein genialer Mann auf Petris Sitz heute die nach Frieden lechzende gesamte Christenheit wieder zur Einheit zusammenführen! Aber der große Moment findet ein jämmerlich kleines Geschlecht! Nicht ein einziger großer Mann in der gesamten Menschheit!!

Um so nötiger ist es, dahin zu wirken, daß die Weltwirtschaft durch die wirtschaftlichen Interessen das erzielt, was Religion und Politik allein nicht erreichen — Menschheitsversöhnung!! Frieden — Frieden — Frieden!! Nicht auf Kosten der nationalen Selbständigkeit!! Die Eigenart der wichtigen Kulturvölker darf nicht verloren gehen! Die Menschheits-Gesamtkultur findet nur in der Erhaltung der Völkereigenart ihr sicheres Fundament! Aber die Völkergegensätze müssen sich dem Menschheits-Gesamtinteresse unterordnen. Dazu brauchen wir im Menschheitsverkehr eine gemeinsame Verkehrssprache und -Schrift und gemeinsame Maß-, Gewichts- und Münzeinheit. Diese herbeizuführen ist eine Aufgabe, des Schweißes der Edlen wert!!

Wer ist bereit mitzuarbeiten?



Druck von
R. Schneider & Sohn
Landsberg (Warthe)





MUZEUM LUBUSKIE
im. Jana Dekerta w Gorzowie Wlkp.



MUZEUM LUBUSKIE

ul. Świdzińska 14, 14-100 Zielona Góra